Fürst Bismarck

und

seine Zeit.

Eine Biographie für das deutsche Volk

von

Dr. Hans Blum.

Fünfter Band.

1871—1879.

München 1895
C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung
Oskar Beck.

C. H. Beck'sche Buchdruckerei in Nördlingen.

Vorwort.

Dieser Band bereitet dem Leser eine — hoffentlich nicht unwillkommene — Überraschung insofern, als er dieses Werk nicht abschließt. Das wird in einem druckfertig vorliegenden sechsten Bande geschehen. Diese Erweiterung des Werkes machte sich notwendig, wenn der ungeheure geschichtliche und biographische Stoff, den das erste Vierteljahrhundert des Deutschen Reiches, die Jahre von 1871 bis 1895, darbieten, im Vergleich zu der erschöpfenden Darstellung in den ersten vier Bänden dieses Werkes, nicht stiefmütterlich verkürzt werden sollte. Diese ganzen fünfundzwanzig Jahre — man denke: die gewaltige Zeitspanne vom Abschluß der Reichsverfassung und des Frankfurter Friedens bis zum achtzigsten Geburtstage des Altreichskanzlers, hätte, nach der ursprünglichen Raumbemessung für dieses Werk, allein der fünfte Band aufnehmen müssen. Das Mißverhältnis zu der breiteren, und nur dadurch die ungeheure Stoffmenge erschöpfenden Behandlung der früheren Bände springt in die Augen. Denn im ersten Bande wurden von Bismarcks politischem Wirken nur die Jahre 1847

bis 1853 ausführlich behandelt. Band II schilderte sein politisches Wirken und persönliches Leben in dem Jahrzehnt von 1853 bis 1863; Band III die Jahre 1863 bis 1867, Band IV die Zeit von 1867 bis 1871. Wenn nun der fünfte Band dagegen 25 Jahre hätte umfassen sollen, so hätte entweder der geschichtliche oder der biographische Stoff oder beide eine Verkürzung erfahren müssen, die den Wert dieses letzten Bandes gegenüber den früheren erheblich beeinträchtigt hätte. Deshalb wurde die Zugabe eines sechsten Bandes als notwendig erachtet und die Darstellung des Lebens und Wirkens Bismarcks während dieser 25 Jahre auf Band V und VI gleichmäßig verteilt.

Der Plan zur Herausgabe dieses Werkes wurde bereits Ende 1892 zwischen dem Verfasser und dem Verleger entworfen. Die Bereicherung der Bismarcklitteratur im Laufe dieser 2½ Jahre ist so enorm, daß nicht Wunder nehmen kann, wenn der damals für das vorliegende Werk entworfene Plan der Verteilung des Stoffes und der Zeitspanne, die jedem einzelnen Bande zugewiesen wurden, bei der Ausarbeitung dieser Bände, unter Berücksichtigung des fast täglich neu hinzuströmenden Materials, sich als zu eng bemessen erwies, so daß schließlich im Interesse der Gleichmäßigkeit und Gründlichkeit der Darstellung des auch in den letzten Bänden bearbeiteten Stoffes, die Zugabe eines sechsten Bandes unumgänglich nötig erschien. Dadurch konnten namentlich auch die wichtigen Aufschlüsse, welche die Reden und Ansprachen Bismarcks während der Jahre seines Ruhestandes, und während derselben Zeit die „Hamburger Nachrichten" und andere dem Altreichskanzler nahestehende Blätter über

bis dahin wenig bekannte oder wenig aufgehellte Ereignisse der neuesten deutschen Geschichte gaben, volle Berücksichtigung finden, was der geehrte Leser gewiß nur freudig willkommen heißen wird.

Zu dem Wagnis eines sechsten Bandes konnten sich endlich Verfasser und Verleger in der Zuversicht entschließen, daß unserem Volke über seinen Bismarck niemals zuviel geboten werden kann, daß hier das Wort gilt: Je länger je lieber. In Wahrheit aber befleißigt sich unser Werk, trotz seiner Ausdehnung auf sechs Bände, überall thunlichster Kürze. Der Leser wird das namentlich dann in vollem Maße erkennen und anerkennen, wenn er den Umfang dieses Werkes vergleicht mit nur einigen der dafür benützten Quellenwerke. Von letzteren besitzt die bekannte Urkundensammlung „Fürst Bismarck“ von Hahn-Wippermann in ihren fünf Bänden (infolge ihres weit engeren Druckes und ihrer stärkeren Seitenzahl) reichlich den doppelten Umfang unseres Werkes, die kritische Ausgabe der Reden Bismarcks von Horst Kohl in ihren erheblich größeren zwölf Bänden allein schon die dreifache Ausdehnung des vorliegenden Werkes. Außerdem aber sind in unserem Werke noch die fast zahllosen Quellen von geringerer Stoffmenge, Memoirenwerke, Flugschriften, hunderte von Briefen, Depeschen, Zeitungsartikel u. s. w. berücksichtigt. Und schließlich ist der Preis dieses Werkes doch noch erheblich geringer als der irgend eines der benützten größeren Quellenwerke, von denen keines auch nur annähernd die Aufgabe zu lösen sucht, eine Biographie des Fürsten Bismarck zu bieten.

So möge denn unser Werk in seinem ganzen Umfange vom deutschen Volke ebenso freundlich aufgenommen werden wie die bisher erschienenen Teile. Der Abschluß des Ganzen wird, da das Manuskript vollständig vorliegt, baldigst erfolgen.

Leipzig, den 25. Juni 1895.

Dr. **Hans Blum.**

Inhalt.

Neuntes Buch.
Fürst Bismarcks Wirken in den ersten fünf Jahren des Reiches (1871 bis 1876).

Erstes Kapitel.
Im ersten Jahre des neuen Deutschen Reiches (1871).

Zweites Kapitel.

Bismarck in Kampf und Frieden 1872.

Drittes Kapitel.

Neue Kämpfe und Konflikte (1873/74).

Viertes Kapitel.

Bismarcks auswärtige Politik in den Jahren 1873/4. Persönliches. Der weitere Ausbau des Reiches.

Fünftes Kapitel.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck in den Jahren 1875 und 1876.

Zehntes Buch.

Fürst Bismarck als Reichskanzler von 1877 bis 1879.

Erstes Kapitel.

Bismarcks auswärtige Politik 1877 bis 1879.

Zweites Kapitel.

Der Ausbau des Reiches durch Bismarck 1877/79. Friedensunterhandlungen mit Rom. Das Sozialistengesetz.

Drittes Kapitel.

Bismarcks nationale Wirtschaftspolitik (1876/79).

Viertes Kapitel.

Persönliches 1877 bis 1879.

Neuntes Buch.

Fürst Bismarcks Wirken in den ersten fünf Jahren des Reiches.

(1871 bis 1876.)

Erstes Kapitel.

Im ersten Jahre des neuen Deutschen Reiches (1871).

Es ist Frühling geworden in Deutschland! Der mächtigste auswärtige Feind ist niedergeworfen. Kaiser und Reich sind neu erstanden. Auch der erste Gesamtreichstag Deutschlands hat seine volle Schuldigkeit gethan. Der große Staatsmann aber, dem Volk und Vaterland verdanken, was sie errungen haben, er sehnt sich jetzt nach friedlicher Muße und Erholung, um die seit Jahresfrist unablässig übermäßig angespannten Kräfte des Körpers und Geistes wieder zu ersetzen. Gerade beim Schlusse des Reichstags Mitte Juni 1871 gab es jedoch nach außen hin wie im Innern noch eine Fülle dringlicher Geschäfte zu erledigen, ehe Bismarck seine Ferien in Ruhe antreten konnte.

Wir sahen, wie ernstlich der deutsche Reichskanzler bemüht war, die Regierung des Herrn Thiers in Frankreich zu stützen und zu befestigen. Dem Entgegenkommen Bismarcks dankte die Versailler Regierung die zu Ende Mai 1871 endlich geglückte Bewältigung des Aufstandes der Pariser Kommune. Wenn es für den Kanzler noch irgend eines Beweises bedurfte, daß diese Politik richtig und zugleich im besten Sinne national deutsch sei, so hatte Herr Bebel diesen Beweis erbracht durch seine berufene Lobrede auf die Pariser Kommune im deutschen Reichstag am 25. Mai 1871, in welcher er, durch die grauenhaften Unthaten seiner Pariser Gesinnungsgenossen herostratisch begeistert, verkündete: „daß der Kampf

1*

in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats: ‚Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müssiggange!‘ der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariates sein wird.“ Sofort erklärte auch das „amtliche“ Organ der deutschen Sozialdemokratie sich und die ganze Partei „solidarisch“ mit der Pariser Kommune und ihren Schandthaten. Dieses Gerede machte dem Kanzler fürerst keinerlei Sorge. Denn diese Partei, die sich schon durch ihre landesverräterische Franzosenfreundschaft während des Krieges gerichtet hatte, mußte jedem ehrlichen Deutschen durch eine derartige Verhimmelung von Mördern, Räubern und Brandstiftern nur noch verächtlicher werden. Dagegen schienen die Franzosen die ihnen während des Kampfes gegen den Pariser Aufruhr erwiesene deutsche Nachsicht nun mißbrauchen zu wollen. Sofort schritt Bismarck nachdrücklichst ein. Als französische Truppen Mitte Juni die deutsche Zone „der Lilas“ vor Paris, von Le Raincy und Romainville, überschritten, richtete Bismarck am 16. Juni eine Depesche an Favre, in welcher er mit dem deutschen Angriff drohte, wenn nicht sofort die Zurückziehung der Truppen erfolge. Während er sich an diesem Tage am Siegeseinzuge in Berlin beteiligte, schrieb er, gleichsam auf dem Sattelknopf, an den deutschen Vorpostenkommandanten vor Paris die telegraphische Weisung, bei weiterem Vordringen die französischen Vorposten anzugreifen. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß diese Erlasse sofort volle Wirkung übten.

Mit Unwillen hatte Fürst Bismarck während der Frühjahrssession des deutschen Reichstags die „Mobilmachung“ der ultramontanen Partei erlebt, die sich nach ihren Sitzen im Hause das „Zentrum“ nannte. Nach ihrer Gesinnung hätte sie sich ganz anders bezeichnen müssen. Denn die wahren Absichten dieser Partei lagen klar zu Tage, nachdem sie im ersten Reichstag jeden Widerspruch unterstützt hatte, der sich gegen die Neugestaltung Deutschlands aus dem Lager der Polen, Welfen und Dänen erhob, und nachdem sie „Grundrechte“ verlangt hatte, die mit der Selbständig-

keit des Staates gegenüber der Kirche unverträglich waren. Bei den guten Beziehungen aber, die Bismarck, wie wir sahen, schon in Versailles mit der Kurie angeknüpft hatte, hoffte der Kanzler mit Erfolg von dem schlecht unterrichteten Zentrum an den besser beratenen Papst appellieren zu können. Er erließ daher am 17. April 1871 an den bayerisch-deutschen Gesandten beim heiligen Stuhl, den Grafen Tauffkirchen, die Weisung: „Erwähnen Sie, ohne Initiative zu nehmen, in gelegentlichen Gesprächen, daß die wenig taktvolle Art, in der die ungeschickt konstituierte katholische Reichstagsfraktion ihr angreifendes Vorgehen gegen das neue Reich und seine Regierung in Scene gesetzt hat, der antipäpstlichen Bewegung die Sympathien auch solcher Kreise zuführt, denen solche früher fremd waren.“ Darauf telegraphierte Tauffkirchen am 21. April aus Rom: „Kardinal Antonelli“ (damals der Leiter der römischen Politik und die rechte Hand des Papstes) „erklärte mir, daß er die Haltung der sogenannten Zentrumsfraktion im Reichstage als taktlos und unzeitgemäß mißbillige und beklage.“ Am 10. Mai ließ Tauffkirchen dann weiter den Bericht folgen: „Zur Ergänzung meiner am 21. v. M. telegraphisch berichteten Unterredung mit Kardinal Antonelli dient, daß mir Graf Kalnoky“ (der damalige österreichische Gesandte in Rom) „heute mitgeteilt hat, der Papst habe ihm gegenüber das Auftreten der Katholikenpartei im Reichstage als inopportun und unpraktisch bezeichnet und beklagt. Diese Mitteilung Kalnokys erfolgte, ohne daß ich ihm von meiner Unterredung mit Antonelli gesprochen, und es folgt hieraus, daß das trop de zèle der deutschen Ultramontanen hier nachträglich mißbilligt wird.“

Bismarck empfing diese amtlichen Berichte mit Genugthuung. Denn sie erneuten und verstärkten seine Hoffnung, daß er an dem päpstlichen Stuhle selbst einen Bundesgenossen finden werde gegen die dem religiösen Frieden in Deutschland feindseligen Bestrebungen des Zentrums. Mit seiner gewohnten Offenheit teilte Bismarck den Inhalt dieser amtlichen Berichte einer Anzahl von Abgeordneten mit, so dem katholischen Grafen Fred Frankenberg aus Schlesien,

aber auch dem Bischof Ketteler von Mainz, der im Reichstag mehrfach als Wortführer des Zentrums aufgetreten war. Bismarck hatte diesem Kirchenfürsten sein Wohlwollen noch kurz zuvor durch das Anerbieten bewiesen, ihn zum Erzbischof von Gnesen-Posen zu erheben, und Ketteler hatte nur unter dem Vorwand abgelehnt, daß er nicht Polnisch verstehe. Herr v. Savigny, der Bismarck tötlich haßte, seitdem dieser den alten Jugendfreund nicht hatte Bundeskanzler werden lassen, verstand es, den Bischof vom Kanzler zu trennen. Am 19. Juni schrieb Bismarck nun, mit der Befugnis das Schreiben zu veröffentlichen, an den Grafen Frankenberg, daß der Kardinalstaatssekretär Antonelli in einer Unterredung mit dem Grafen Tauffkirchen in der That das Vorgehen der sogenannten Fraktion des Zentrums mißbilligt habe, und daß Äußerungen von Vertretern anderer Mächte in Rom ihm die Bestätigung gäben, daß der Kardinal damit auch den persönlichen Gesinnungen Sr. Heiligkeit Ausdruck gegeben habe. „Diese Mißbilligung ist mir nicht unerwartet gewesen, da die Kundgebungen, welche Sr. Majestät dem Kaiser nach Herstellung des Deutschen Reichs von Sr. Heiligkeit dem Papste zugegangen waren, jederzeit den unzweideutigsten Ausdruck der Genugthuung und des Vertrauens enthalten haben."

Sowie dieses Schreiben veröffentlicht wurde, „ging der Sturm los und flogen alle Minen auf" — so berichtet Graf Frankenberg später selbst*) — und eine dieser Minen ließ Bischof Ketteler springen, der Bismarcks vertrauliche Eröffnungen mit der dazu gehörigen entrüsteten Klage des Zentrums sofort nach Rom berichtet hatte. Er konnte nämlich zur Beschwichtigung der durch Frankenbergs Veröffentlichung erzeugten Erregung ein Schreiben Antonellis vom 5. Juni vorlegen, in dem sich der Kardinalstaatssekretär als „nicht wenig betrübt darüber bekennt, daß durch die Gegner der Kirche (!) in deutschen Zeitungen verbreitet werde, die Handlungsweise der katholischen Fraktion im deutschen Reichstag sei von ihm getadelt worden." Er habe gegenüber dem Grafen Tauffkirchen

*) Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, II, 160.

„die Absicht, den Reichstag zu einer Meinungsäußerung über eine zum Schutze der weltlichen Herrschaft der Kirche zu beschließende Intervention zu veranlassen, nur für verfrüht“ erklärt. Antonelli schließt alsdann wörtlich: „Hieraus läßt sich ermessen, daß ich durchaus nicht das Bestreben der katholischen Abgeordneten getadelt habe, das Wohl der Kirche zu fördern und die Rechte des heiligen Stuhles zu schützen, indem es durchaus nicht zweifelhaft sein kann, daß dieselben mitten unter den Versuchen, welche man gemacht hat, sie einzuschüchtern, jede Gelegenheit ergreifen würden, ihrer Gewissenspflicht zu genügen, wozu die Wahrung und die Verteidigung der Religion und der Rechte ihres Oberhauptes gehört.“

Bismarck ersah aus diesem Schreiben mit tiefer Betrübnis, daß die Stimmung in Rom zu Gunsten des Zentrums umgesetzt habe, und daß die römische Politik fortan die ultramontane Partei Deutschlands als ihre Stütze und Kriegstruppe betrachte, obwohl Windthorst im Reichstag dreist erklärt hatte: „Wir sind gar nicht konfessionell.“ Der Kanzler ließ sich dadurch über den wahren Charakter und die wahren Absichten der neuen Partei so wenig täuschen als durch das nichtssagende Programm, das diese Partei am Schlusse der Reichstagssession in der Berliner „Germania“ veröffentlichte. In diesem Programm wurden dem Wirken der Partei folgende Ziele gestellt: „1. Der Grundcharakter des Reiches als eines Bundesstaates soll gewahrt, 2. das moralische und materielle Wohl aller Volksklassen nach Kräften gefördert werden und 3. die Fraktion nach diesen Grundsätzen beschließen, ohne daß übrigens den einzelnen Mitgliedern verwehrt wäre, ihre Stimme abweichend von dem Fraktionsbeschlusse abzugeben.“ Bismarcks Organ, die Nordd. Allg. Z., bemerkte dazu: „Warum hat man denn eine neue, von den anderen Parteien scharf gesonderte Fraktion gebildet, wenn diese Fraktion nicht einen einzigen Satz aufzustellen vermag, der ihr besonderes Eigentum wäre? Entweder ist das veröffentlichte Programm das ganze Programm der Fraktion, dann ist sie überflüssig. Oder aber, das Programm spricht das eigentliche Streben der Partei nicht völlig aus; dann bedauern wir die Zeit, welche

man auf Abfassung eines solchen Programms verwendet und verschwendet hat."

Am 30. Juni 1871, also nachdem Bischof Ketteler das Schreiben Antonellis vom 5. Juni veröffentlicht hatte, richtete Bismarck an den Grafen Tauffkirchen in Rom eine Note, welche als eine letzte Warnung und Mahnung an die Kurie angesehen werden kann, gegen die staatsfeindlichen Umtriebe des Zentrums einzuschreiten, ehe der Reichskanzler selbst die Feindseligkeiten erwidere. Den willkommenen Anlaß zu dieser Note gab ein Bericht Tauffkirchens vom 21. über eine Audienz beim Papste, in welcher Pius IX. dem deutschen Gesandten Bemerkungen gemacht hatte über die Gefahren, die der Gesellschaft vom Kommunismus drohen. Bismarck schrieb darauf: „Wir sind nicht blind gegen diese Gefahren und erkennen die Aufgabe der Regierungen an, ihnen entgegenzutreten, um so mehr aber müssen wir bedenken, daß wir darin nicht nur nicht unterstützt werden von der katholischen Kirche und deren Organen, sondern daß gerade diejenige Partei, welche sich vorzugsweise als die kirchliche und päpstliche bezeichnet, und deren Abgeordnete durchgehends unter der entscheidenden Mitwirkung der Geistlichen gewählt worden sind, nur dazu beiträgt, diese Gefahren zu steigern und den Regierungen ihre Aufgaben zu erschweren." Nachdem dies an dem Verhalten des Klerus in Preußen und in den übrigen Bundesstaaten des Deutschen Reiches nachgewiesen ist, kommt Bismarck, ein Wort Antonellis zu Tauffkirchen vom 27. Juni wiederholend, zu dem Schlusse: „Das Bündnis ‚der schwarzen mit der roten Partei‘, welches der Kardinal Antonelli mißbilligt, hat sich an vielen Punkten als eine vollendete Thatsache gezeigt; ist es doch selbst im Reichstage durch den Versuch der Einführung von Grundrechten offen zu Tage getreten. Daß gerade in diesem Bündnis für die Kirche selbst eine Gefahr liegt und was sie von einem solchen Bundesgenossen zu erwarten hat, darüber hätten ihr die neuesten Ereignisse in Paris die Augen öffnen können. Aber man scheint sich in Rom darüber zu täuschen, sonst hätte man wohl kaum Anstand genommen, die Mißbilligung, welche der Kardinal

Ihnen“ (am 23. Juni über ‚das Bündnis der sogenannten Schwarzen mit den Roten‘) „ausgesprochen hat, auch öffentlich kund werden zu lassen. Daß die Einwirkungen der fanatischen Partei in Rom nicht auf einen unfruchtbaren Boden fallen, zeigt dasjenige, was Ew. Hochgeboren selbst über die reserviertere Haltung des Kardinals Antonelli sagen; ich kann dieselbe nur der Einwirkung der Partei“ (des Zentrums) „zuschreiben, welche den Fürsten Löwenstein-Heubach nach Rom gesandt hat, um dort selbst sich zu rechtfertigen und vermutlich im Vatikan mit den Folgen einer Desavouierung geradezu zu drohen. Diese aggressive Tendenz der die Kirche beherrschenden Partei nötigt uns zur Abwehr, in welcher wir unsere eigene Verteidigung suchen, die wir aber mit allem Ernst mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln durchführen müssen. Kann man sich im Vatikan entschließen, mit der regierungsfeindlichen Partei zu brechen und ihre Angriffe auf uns zu verhindern, so wird uns das nur erwünscht sein, kann oder will man das nicht, so lehnen wir die Verantwortung für die Folgen ab.“

Mit diesem Schriftstück wird gleichsam der Beginn des sogenannten „Kulturkampfes“ eingeleitet, und es ist für Bismarcks unwandelbaren Standpunkt in allen Phasen dieses Kampfes höchst bezeichnend. Zunächst nämlich ist sein erster Schritt kein Angriff, sondern — wie er selbst sagt — „aufgenötigte Abwehr“. Sodann findet sich in dem ganzen Schriftstück kein Wort, welches auch nur im entferntesten darauf schließen lassen könnte, daß Bismarck eine Schmälerung der Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche in Preußen und im Reiche beabsichtigt habe. Er wehrt die Angriffe der römischen, der „fanatischen“ Partei, überhaupt nicht aus konfessionellen Gründen ab, sondern lediglich aus politischen, d. h. weil diese Angriffe das Bestehen des Staates und der Gesellschaftsordnung überhaupt, namentlich aber alle nationalen Errungenschaften des deutschen Volkstums bedrohen. Indem Bismarck in seiner Note an Tauffkirchen „das oft wiederholte Zeugnis des Papstes selbst“ dafür anruft, daß „die katholische Kirche in Preußen eine freiere und bessere Stellung hat, als in irgend einem Lande der Welt,

und nach eben diesem Zeugnis gerade die Dynastie nicht aufgehört hat, der Kirche und dem Papste selbst das freundlichste Wohlwollen zu beweisen", lehnt er auf das bündigste jeden Verdacht für das Streben ab, die Stellung der katholischen Kirche in Preußen minder frei und gut zu gestalten.

Mit vollem Recht sagten wir aber, daß Bismarck in den „Kulturkampf" eingetreten sei lediglich in Notwehr der ihm anvertrauten Rechte des Staates, der Gesellschaft, und vor allem der deutschen nationalen Errungenschaften, des deutschen Volkstums. Er selbst hat in späteren Jahren in vertraulichen, in amtlichen und öffentlichen Reden vor dem „versammelten Kriegsvolk" des Reichstags und Landtags oft versichert, daß ihn vornehmlich diese nationale Sorge, die Abwehr des „Polonismus", in den Kulturkampf getrieben habe. Wer aber geneigt sein möchte, daran zu zweifeln, daß Bismarck schon 1871 so dachte wie später, der findet den vollgiltigen Beweis für die Wahrheit seiner späteren Bekenntnisse in der Denkschrift, die er am 30. Juni 1871 — also am nämlichen Tage, da er seine letzte Note an Tauffkirchen in Rom erließ — im Namen des preußischen Staatsministeriums an den König richtete, mit dem Antrag, die katholische Abteilung im preußischen Kultusministerium aufzuheben. Diese Maßregel, die durch königliche Verordnung vom 8. Juli 1871 ausgeführt wurde, bezeichneten die Kreise des Zentrums als die erste Angriffshandlung des preußischen Staates. Bismarck dagegen bewies dem geschichtskundigen Monarchen in jener Denkschrift vom 30. Juni, daß die erst seit 1841 bestehende katholische Abteilung im preußischen Kultusministerium ursprünglich bestimmt gewesen sei, die Rechte des Staates gegenüber der katholischen Kirche, das jus circa sacra, wahrzunehmen, und zu vertreten, daß dagegen diese Abteilung unter ihrem dermaligen langjährigen Leiter, Herrn Krätzig, zu einem Organ geworden sei, das die Interessen mehr als die Rechte der Kirche gegen den Staat verfolge und außerdem den in den östlichen preußischen Provinzen vorhandenen polonisierenden Bestrebungen durch das Aufgebot alles kirchlichen Einflusses wirksame Förderung und nachhaltige Unterstützung gewähre.

Viel lebhafter und schärfer als in dieser amtlichen Denkschrift sprach sich Bismarck später, namentlich auch gegen ultramontane Abgeordnete, über diese katholische Abteilung und deren Leiter aus. So sagte er am 20. April 1872 auf einer parlamentarischen Soiree zu Dr. August Reichensperger*): die katholische Abteilung habe das Staatsinteresse völlig außer acht gelassen, deren Chef Krätzig unter einer Decke mit den Polen gelegen, hinter welchen man stets mit den Bajonetten stehen müsse; „an den Beinen sollte man ihn aufhängen". Am 28. Januar 1886 aber bezeichnete Bismarck im Abgeordnetenhause in einer öffentlichen Rede als „den eigentlichen Grund, durch den er überhaupt in den Kulturkampf geraten" sei, die ehemalige katholische Abteilung im Kultusministerium, die nach seiner unmittelbaren Erfahrung „rein den Charakter eines polonisierenden Organs innerhalb der preußischen Verwaltung" gehabt habe und „unter der Leitung des Herrn Krätzig ein Institut in den Händen einiger großen polnischen Familien geworden war, in deren Dienst diese Behörde behufs der Polonisierung in allen zweifelhaften deutsch-polnischen Distrikten sich gestellt hatte." Auf das unzweideutigste endlich wird Bismarcks rein nationaler Standpunkt im Kulturkampfe bewiesen durch die Rede, die er im Herrenhause am 12. April 1886 hielt, als dort „die Polen-Vorlage", d. h. das Ansiedelungsgesetz für Deutsche in den polnischen Landesteilen Preußens zur Beratung stand. „Durch die Polen-Vorlage," sagte er damals, „wird der eigentliche Zweck der Maigesetze hoffentlich erreicht." Alle diese Äußerungen Bismarcks werden im weiteren Verlaufe unserer Darstellung noch weiter belegt werden. Für seinen Standpunkt im Kulturkampf aber, in der Zeit des Vorschreitens wie des Rückgangs dieses Kampfes, galt es schon jetzt zur gerechten Beurteilung des Kanzlers, dessen Hauptziel festzustellen. Es ist genau dasselbe, das der jugendliche Bismarck bei seinen ersten Schritten im öffentlichen Leben ins Auge faßt: die Bekämpfung des Polentums; dasselbe, das der ehrwürdige Alt-

*) Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, II, 183 flg.

reichskanzler in seiner unfreiwilligen Muße in Varzin und Friedrichsruh den Tausenden zu ihm ehrerbietig wallfahrender Landsleute immer wieder aufsteckt.

Einen Tag vor Abgang der soeben erwähnten Denkschrift des preußischen Staatsministeriums über die Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium, am 29. Juni, hatte Bismarck seine Ferien angetreten und zwar begab er sich zunächst mit seiner Familie zu einem kurzen Besuch nach den Lauenburgischen Besitzungen. Es galt an Ort und Stelle über die Erwerbung weiterer Besitzungen zur Arrondierung und über den notwendigen Umbau des künftigen Wohnhauses — das bis dahin ein ländlicher Gasthof gewesen — zu beraten und Beschluß zu fassen. Die deutschen Eisenbahnverwaltungen hatten dafür gesorgt, daß der Fürst in Zukunft seine Reisen mit der denkbar größten Bequemlichkeit würde machen können. Sie hatten ihm nämlich am 18. Juni 1871 einen Eisenbahnsalonwagen zum Gebrauch für sich und seine Familie und zum unentgeltlichen Verkehr auf allen deutschen Eisenbahnen zur Verfügung gestellt. Am 19. Juni legte der Abg. v. Unruh, der damals an der Spitze der Berliner Fabrik für Eisenbahnbedarf stand, welche den Wagen baute und einrichtete, dem Fürsten die verschiedenen Zeichnungen und Entwürfe des Wagens vor.*) Dieser hatte eben den Brief an den Grafen Frankenberg vollendet und las ihn Herrn v. Unruh vor. Unruh äußerte seine Zustimmung und setzte hinzu: der Kampf gegen jene Übergriffe sei unvermeidlich und der jetzige Zustand unhaltbar. Fürst Bismarck runzelte die Stirn und sagte in sehr zuverlässigem Tone: „Nun, wenn es sein muß, werden wir auch damit fertig werden." Unter den vorgelegten Wagenprojekten wählte der Fürst dasjenige aus, das in der Fabrik unter Unruhs Leitung entworfen worden war, und meinte, er wisse kaum ein anderes Geschenk, das ihm soviel Freude gemacht habe, als ein solcher Wagen. Er wünschte einige leicht auszuführende, aber sehr nützliche Änderungen und bemerkte dabei,

*) Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, I, S. 305/07.

daß die Fürstin (wahrscheinlich aus Besorgnis vor Arsenikvergiftung) die grüne Farbe an Wänden und Möbeln nicht liebe. Später erschien Unruh noch einmal mit Stoffproben, unter denen die Fürstin die Auswahl traf. Unruh hatte sich eine Zeichnung von dem neuen, dem Fürsten verliehenen Wappen verschafft, um dasselbe an beiden Seiten des Wagens anzubringen. Damit erklärte sich der Fürst nicht einverstanden, verbat es sich aber auch nicht geradezu und äußerte: „Ich bin, was ich gewesen, Bismarck".

Als der Wagen fertig war, lud die Bestellerin, die Anhaltische Eisenbahndirektion, den Fürsten zur Besichtigung des Geschenkes nach der Fabrik ein, damit etwa gewünschte Änderungen dort sogleich ausgeführt werden könnten. Das schöne Werk fand den vollen Beifall des Beschenkten. Er dankte in herzlichster Weise. Unruh hatte das neue fürstliche Wappen an beiden Seiten des Wagens anbringen lassen, weil er für zweckmäßig hielt, den Wagen auch von außen kenntlich zu machen und auszuzeichnen. Wenn Bismarck Widerspruch erheben sollte, so war das Wappen leicht beseitigt. Als der Fürst nun vor dem Wagen stand und ihn lobte, äußerte er nur: „Eins hätte ich anders gewünscht," und dabei deckte er das Wappen mit der rechten Hand zu.

Aus der Zeit zwischen dem Schlusse des Reichstags im Frühjahr 1871 und Bismarcks Abreise nach Friedrichsruh stammt das Schreiben des Fürsten vom 23. Juni an den Komponisten der „Wacht am Rhein", den Musikdirektor Karl Wilhelm in Schmalkalden. Es lautet: „Sie haben durch die Komposition von Max Schneckenburgers Gedicht ‚Die Wacht am Rhein' dem deutschen Volk ein Lied gegeben, welches mit der Geschichte des eben beendeten Krieges untrennbar verwachsen ist. Entstanden zu einer Zeit, wo die deutschen Rheinlande in ähnlicher Weise wie vor einem Jahre von Frankreich bedroht erschienen, hat ‚Die Wacht am Rhein' ein Menschenalter später, als die Drohung sich verwirklichte, in der begeisterten Entschlossenheit, mit welcher unser Volk den ihm aufgedrungenen Kampf aufgenommen und bestanden hat, ihren vollen Anklang gefunden. Ihr Verdienst, Herr Musikdirektor, ist es,

unserer letzten großen Erhebung die Volksweise geboten zu haben, welche daheim wie im Felde dem nationalen Gemeingefühle zum Ausdruck gedient hat. Ich folge mit Vergnügen einer mir von dem geschäftsführenden Ausschuß des deutschen Sängerbundes gewordenen Anregung, indem ich der Anerkennung, welche Ihnen von allen Seiten zu teil geworden ist, auch dadurch Ausdruck gebe, daß ich Sie bitte, die Summe von Eintausend Thalern aus dem Dispositionsfonds des Reichskanzleramts anzunehmen. Ich hoffe, daß es mir möglich sein wird, Ihnen alljährlich den gleichen Betrag anbieten zu können. Die Reichshauptkasse ist angewiesen, Ihnen die für das laufende Jahr bestimmte Summe alsbald gegen Quittung auszuzahlen. v. Bismarck."

Zwei Tage später, am 25. Juni, war bei einem Festschießen in Osterburg der Schuhmachermeister Otto Bismarck Schützenkönig geworden.*) Die Übereinstimmung seines Namens mit dem des Reichskanzlers gab Veranlassung zur Absendung folgenden Telegramms: „Sr. Durchl. Fürst Bismarck, Berlin, sendet Schützenkönig Otto Bismarck, Osterburg, am heutigen Schützenfest als Landsmann, Namensvetter, seinen schützenköniglichen Gruß." Der Fürst antwortete telegraphisch: „Herrn Otto Bismarck, Osterburg, meinem hohen Namensvetter, danke ich freundlichst für den landsmannschaftlichen Gruß." Die kleine Geschichte kam selbst in französische Blätter, und die Pariser Zeitung „Le Siècle" machte aus den Schützen die „Franc-tireurs" von Osterburg.

Von dem Ausflug nach Friedrichsruh war der Fürst schon am 2. Juli wieder nach Berlin zurückgekehrt, um dann am 4. zu längerem Aufenthalt nach Varzin überzusiedeln, wohin ihn Lothar Bucher begleitete; die Fürstin folgte am 8. nach. In Berlin hatte Bismarck den aus langem Urlaub heimgekehrten Freund Roon getroffen, der darüber am 5. Juli an Blanckenburg schreibt: „Bismarck hat sich gestern auf Varzin zurückgezogen, nachdem er Sonntag abend aus dem Sachsenwalde heimgekehrt war. Ich fand ihn

*) Poschinger, Neue Bismarckbriefe, I, S. 105.

sehr vergnügt und voll heiligem Eifer des Dienstes, gegen mich persönlich zutraulicher und herzlicher denn je, aber vor allem ganz ‚kurbrandenburgischer Vasall‘, voll Hingebung und Verehrung.“ In Varzin erhielt Bismarck ein Schreiben des Herausgebers des russischen Unterhaltungsblattes „Niwa“, des Herrn Marcks, eines deutschen Landsmannes, und ein Exemplar des Blattes. Der Fürst dankte für letzteres und die Begleitzeilen des Absenders. „Aufrichtig und warm sympathisiere ich mit der Aufgabe, welche Sie sich bei Herausgabe Ihres weit verbreiteten Blattes gestellt haben, da auch meine Berufsthätigkeit die Aufgabe hat, die auf gegenseitiger Achtung beruhenden freundnachbarlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu erhalten. Ihren Wunsch, mein Porträt mit einem Autograph in russischer Sprache zu erhalten, erfülle ich gern, indem ich Ihnen beides übersende.“ Seinen freundnachbarlichen Gesinnungen gegen Rußland gab Bismarck in eben jenen Tagen auch erneuten amtlichen Ausdruck durch den am 8. Juli vollzogenen Vertrag des Deutschen Reiches mit Rußland über die Herstellung einer Eisenbahn zwischen Brest-Litowsk und Lyk.

Wie edel Bismarck seinerseits politischen Gegnern „Indemnität“ erteilte, bewies er in einem in der ersten Hälfte des Juli 1871 an den Grafen G. G. Trivulzio in Mailand gerichteten Schreiben, in welchem er diesem die Bitte vortrug, dem Professor Theodor Mommsen in Berlin die im Besitze der Familie Trivulzio befindlichen Manuskripte des „Cicerius“ (einer Sammlung aller in Italien vorhandenen lateinischen Inschriften) unter persönlicher Bürgschaft des Reichskanzlers nach Berlin zu senden. Mommsen war bis dahin dem Ministerpräsidenten zwar noch nicht im Abgeordnetenhause feindlich entgegengetreten, wie später, aber die ganze Konfliktszeit hindurch hatte der berühmte Gelehrte kein Hehl aus seiner Gegnerschaft gemacht und mit der Autorität seines Namens Bismarcks Gegner wuchern lassen.

Von den zahlreichen Kundgebungen der Dankbarkeit und Verehrung, die Bismarck während seiner Erholung in Varzin — wo er die Karlsbader Kur gebrauchte — dargebracht wurden, erwähnen

wir nur zwei: die Verleihung des Dresdener Ehrenbürgerrechtes am 11. Juli — am Tage des festlichen Einzuges der siegreich heimkehrenden sächsischen Truppen — und ein Telegramm des Prorektors Professor Dove in Göttingen von dem Kommers, der am 15. Juli zu Ehren der aus dem Kriege zurückgekehrten Göttinger Studenten gegeben wurde. Dove telegraphierte nach Varzin: „Bei dem allgemeinen Kommers der Georgia Augusta zu Ehren der aus dem Felde heimgekehrten Kommilitonen jubelnde Begeisterung für die im Kaiser verkörperte Einheit, Macht und Herrlichkeit deutscher Nation. Dem ehemaligen Göttinger Kommilitonen v. Bismarck wurde ein donnernder Salamander dargebracht. Von vielen Festgenossen wurde der Wunsch ausgedrückt, den Reichskanzler telegraphisch zu begrüßen." Bismarck antwortete am 18. Juli verbindlichst dankend und fuhr fort: „Die frohen Erinnerungen der Studienzeit und die politischen Verhältnisse der Gegenwart machen gleichzeitig den Gedanken, daß bei einem Feste der Georgia Augusta meiner freundlich gedacht worden ist, zu einem für mich besonders wohlthuenden, und ich erwidere den ehrenvollen Gruß der Kommilitonen mit den herzlichsten Wünschen für das fernere Gedeihen unseres wissenschaftlichen und unseres politischen Gemeinwesens."

Ganz plötzlich sollte Bismarck zur Unterbrechung seiner friedlichen Varziner Erholung genötigt werden. Der Anlaß zu diesem plötzlichen Aufbruch war der folgende. Schon zur Zeit des Versailler und Frankfurter Friedensschlusses wurde in Aussicht genommen, daß unter Umständen an Stelle der territorialen Bürgschaften, welche Frankreich in Gestalt der von den Deutschen besetzten Landesteile für die Ausführung des Friedens gegeben hatte, finanzielle treten könnten. Bei genügender Sicherheit lag diese „Substitution"*) im Interesse beider Teile. Die Besetzung eines erheblichen Teiles des französischen Gebietes war ja für Frankreich zweifellos nach allen Richtungen hin eine große Last, namentlich eine moralische, welche die politische Entwickelung und Befestigung

*) Nach Bismarcks Reichstagsrede vom 25. Oktober 1871.

der neuen französischen Zustände hemmte. Nicht minder für Deutschland, wenn sich Bismarck auch wohl hütete, den Franzosen gegenüber diese Last „zu unterstreichen". Alsbald nach Niederwerfung der Kommune eröffnete daher die französische Regierung Verhandlungen, um jene territorialen Bürgschaften durch finanzielle zu ersetzen. Fürst Bismarck ließ diese Verhandlungen durch den Grafen v. Arnim führen, natürlich unter seiner eigenen Oberleitung. Umsonst gewährte Bismarck nichts, und so mußte Frankreich, außer völlig befriedigenden finanziellen Bürgschaften, auch Zugeständnisse bieten, die dem Kanzler am Herzen lagen: vorübergehende Erleichterungen der Verzollungspflicht für den Handelsverkehr zwischen Elsaß-Lothringen und Frankreich, und die Wiederherstellung des Art. 28 des Vertrages vom 2. August 1862 zwischen dem Zollverein und Frankreich, der den wechselseitigen Schutz der Fabrik- und Handelsmarken gewährleistete. Aber so gern Frankreich auf diese Gegenleistungen und auf den Ersatz der territorialen durch finanzielle Bürgschaften einging, so waren die letzteren doch nach Bismarcks Meinung in keiner Weise ausreichend. Allerdings hatten sich Bankiers für den kleinen — von Frankreich ihnen zu leistenden — Nutzen von zehn Millionen Franken (1 1/2 Prozent) bereit finden lassen, den am 1. Mai 1872 fälligen Betrag von 650 Millionen Franken in Wechseln an Deutschland zu zahlen. Dagegen sollte sich Bismarck anheischig machen, diese Werte bis zum Verfalltermin für unveräußerlich zu erklären. Wurden inzwischen die geordneten Zustände Frankreichs erschüttert, so hatte Deutschland natürlich auch bei den ausstellenden Bankiers das Nachsehen. Unter diesen Umständen hielt der Reichskanzler die von den Bankiers gebotene Bürgschaft mit vollem Recht für wertlos. Der französische Finanzminister Pouyer-Quertier aber appellierte von dem unbequemen deutschen Reichskanzler an den ritterlichen Feldmarschall Manteuffel in Nancy, den Oberkommandanten der deutschen Okkupationsarmee in Frankreich und Liebling des deutschen Kaisers und deutschen Hofes, und setzte mit diesem die Verhandlungen fort, auf die Manteuffel sich unbegreiflicherweise auch einließ — bis sich plötzlich

der Löwe von Varzin unsanft vernehmen ließ, mit dem Ausdruck entrüsteten Mißfallens über die Eigenmächtigkeit des Feldmarschalls, die den Reichskanzler nötige, „seine Karlsbader Kur zu unterbrechen und sich zum Kaiser nach Gastein zu begeben, um Se. Majestät gegen ähnliche Übergriffe zu schützen.“ *)

Diesen Worten folgte die That auf dem Fuße. Am 12. August traf Bismarck von Varzin in Berlin ein. Am 13. hielt er hier eine vertrauliche Besprechung mit den Ministern, welche — wie er später am 25. Oktober dem Reichstag berichtete — die vollständige Übereinstimmung der „Kollegen“ mit seinen eigenen Ansichten von der Wertlosigkeit der französischen finanziellen Bürgschaften ergab. Am 14. August besprach er die Sache auch mit dem Grafen Arnim in Berlin und machte diesem, vorbehältlich der kaiserlichen Zustimmung, die später auch erteilt wurde, einen neuen Vorschlag für die Sicherstellung und Zahlung der französischen Kriegsschuld.**) Dieser Vorschlag enthielt eine wesentliche Erleichterung für Frankreich und keine Gefahr für Deutschland. Die finanzielle Bürgschaft wurde aufgegeben — dabei ersparte Frankreich schon, wie wir oben sahen, etwa zehn Millionen — und die Landesbesetzung Frankreichs wurde wesentlich erleichtert für beide Teile. Bismarck schlug nämlich vor, die französischen Gebiete zu räumen bis zu einer Grenze, die von der Festung Mezières im Norden bis zur Festung Belfort im Süden nebst Toul und Verdun in deutschen Händen blieb. Das von den Deutschen, von Paris bis zu dieser Grenzlinie, geräumte Gebiet aber sollte „neutral“ bleiben, d. h. nicht von französischen Truppen, sondern „nur nach dem Gesichtspunkt der polizeilichen Sicherheit von Frankreich besetzt werden,“ zugleich mit dem durch Vertrag gesicherten Rechte Deutschlands, diese Gebiete „wieder zu besetzen, sobald die in diesem Vertrage von Frankreich übernommenen Zahlungen nicht eingehalten werden sollten.“ Diese Zahlungen sollten nun aber schon am 15. Januar 1872, statt erst im März und Mai beginnen. Auf dieser Grundlage ist später am

*) Schreiben Bismarcks in Arnims „Pro nihilo“ S. 63.

**) Nach Bismarcks Rede im Reichstag am 25. Oktober 1871.

12. Oktober 1871 der neue Zusatzvertrag zum Frankfurter Frieden zwischen Deutschland und Frankreich wirklich zu stande gekommen.

Dieser Erfolg lag aber noch in weitem Felde, als Bismarck am 14. August abends mit Gattin und Tochter und in Begleitung Keudells Berlin verließ. Die Seinen wollten zur Badekur nach Reichenhall, er mit Keudell zum Kaiser nach Gastein. Bis Salzburg ging die Reise gemeinsam, und unterwegs wurde der Reichskanzler überall durch unzählige Beweise nationaler Verehrung und Dankbarkeit erfreut. So schon an der ersten Haltestelle, in Leipzig. Obwohl hier Bismarck erst nach ein Uhr nachts anlangte, hatte sich doch eine große Menge zu begeisterten Huldigungen auf dem entlegenen Berliner Bahnhof eingefunden; eine Dame überreichte einen Lorbeerkranz. Als Bismarck am Nachmittag des 15. August in München eintraf, wiederholten sich hier gleiche Kundgebungen. In München besuchte er den Justizminister Lutz — der zugleich der Bannerträger im bayerischen Kulturkampf war — und dann den Oberstallmeister Grafen Holnstein, mit welchem der Kanzler seit den Tagen von Versailles freundschaftliche Beziehungen pflegte. Bei Holnstein wurde das Diner eingenommen. Am 16. August brach man nach Salzburg auf. Unterwegs fand in Traunstein begeisterter Empfang statt. Am Nachmittag wurde von Salzburg aus ein Ausflug nach Aigen gemacht. Am 17. August trennte sich Bismarck von seinen nach dem nahen Reichenhall reisenden Angehörigen und steuerte weiter in Keudells Gesellschaft nach Bad Gastein.

Wie Kaiser Wilhelm dem Kaiser von Österreich seine Absicht freundlich mitgeteilt hatte, die seit 1865 unterlassene Gasteiner Kur wieder aufzunehmen und damit einen Besuch am kaiserlichen Hoflager in Ischl zu verbinden, so hatte Fürst Bismarck schon im März 1871 gegen den Grafen Bellegarde, der die Glückwünsche des Kaisers Franz Joseph zu Kaiser Wilhelms Geburtstag nach Berlin brachte, geäußert,*) es würde ihn freuen, dem Grafen Beust in Gastein begegnen zu können. Das gab dem österreichischen Reichs-

*) Das Folgende nach Beusts Erinnerungen, II, S. 476 flg.

kanzler Veranlassung, an Bismarck zu schreiben. Der Brief trug einen durchaus privaten Charakter und es fand sich darin der Satz: „Wir haben uns 1865 zum letzten Mal gesehen. Seitdem haben Eure Durchlaucht es weiter gebracht als ich, und doch dürfen Sie sich rühmen, mir erst zu einem Avancement und dann zu einer festen Stellung verholfen zu haben.“ Das Letztere sollte sich, wie Beust selbst erläutert, nicht auf seine persönliche Stellung, sondern auf die Haltung der österreichisch-ungarischen Politik beziehen. Bismarck antwortete in äußerst verbindlicher Weise. Die Worte seines Briefes: „Ich habe in Eurer Excellenz stets meinen objektivsten und liebenswürdigsten Gegner verehrt,“ gelangten nach dem sehr freundlichen Verkehr beider Staatsmänner in Gastein — von welchem sogleich die Rede sein wird — in die Öffentlichkeit und veranlaßten den Kladderadatsch zu einer Dichtung, die mit den Versen endete:

„Als objektiven Gegner preist
Und liebenswürdig er den Grafen Beust,
Seit in Gastein mit ihm er sich versöhnt;
Man sieht, der Fürst war eben nicht verwöhnt.“

„Die drei Wochen, welche ich damals mit Fürst Bismarck in Gastein zubrachte, haben mir die angenehmsten Erinnerungen zurückgelassen“, berichtet Beust selbst. „Wir wohnten beide bei Straubinger und sahen uns fast täglich. Wenn man mit Bismarck in guten Beziehungen steht, gibt es auf der Welt keinen besseren Gesellschafter. Die Originalität der Gedanken wird nur von der Originalität des Ausdrucks übertroffen. Dabei eine ungesuchte, daher ansprechende Bonhommie, welche das oft scharfe Urteil über andere mildert. Ein Lieblingswort war: ‚Der ist ein ganz dummer Kerl‘, ohne ihn damit kränken zu wollen. Verschiedene seiner Äußerungen waren zu charakteristisch und teilweise zu interessant, um sie hier nicht zu erwähnen. ‚Was thun Sie‘, — fragte er einmal — ‚was thun Sie, wenn Sie sich ärgern? ich glaube, Sie ärgern sich nicht so viel wie ich‘. — ‚Nun‘, erwiderte ich, ‚bloß über die Dummheit der Menschen, über deren Bosheit nie‘. — ‚Nein‘, fuhr er fort, ‚finden Sie nicht, daß es dann eine große Erleichterung ist, einen Gegenstand zu zerstören‘? — ‚Wie gut‘, entgegnete ich, ‚daß

Sie nicht an meinem Platze sind, dann bliebe im Hause kein Möbel ganz'! — ‚Sehen Sie', dies war der Schluß, ‚ich war einmal drüben' — dabei wies er auf die mir gegenüber im Badschloß befindlichen Zimmer des Kaisers Wilhelm — ‚und habe mich schwarz geärgert; ich schließe die Thüre heftig, der Schlüssel bleibt mir in der Hand, ich trete bei Lehndorff' (dem Generaladjutanten des Kaisers) ‚ein und werfe den Schlüssel in das Waschbecken, das in tausend Stücke geht.' ‚Mein Gott', sagt dieser, ‚sind Sie krank?' — ‚Gewesen, jetzt bin ich wieder ganz wohl'."

Auch aus dem Kriege gegen Frankreich erzählte Bismarck dem österreichischen Kollegen manches. Besonders gut gefiel Beust der Vorgang beim Einzug der Deutschen in Paris: „Bismarck war mit den deutschen Truppen bei der Revue von Longchamps eingeritten. Da trat ein Blousenmann an ihn heran mit den Worten: ‚T'es une fameuse canaille'. — ‚Ich konnte ihn', sagte Bismarck, ‚gefangen nehmen lassen, aber der Mut des Menschen gefiel mir'."

Aber auch die über die Gegenwart und Zukunft von Bismarck gethanen Aussprachen boten Beust „interessante Aufschlüsse". So entwickelte der deutsche Reichskanzler z. B. dem österreichischen Kollegen den ganzen Verlauf des „Kulturkampfes", wie dieser in den folgenden Jahren sich abspielte. „Auch auf die deutsch-österreichischen Länder kam die Rede. Fürst Bismarck wies jedoch den Gedanken an eine Erwerbung derselben für das Deutsche Reich entschieden zurück, indem er hervorhob, daß Wien, sowie die slavische sowohl als die katholische Bevölkerung uns Verlegenheiten und Erschwerungen sein müßten. — Ich hatte die Ehre, meinem fürstlichen Kollegen ein Diner auf der sogenannten Schweizerhütte zu geben, an dem nächst Bismarck die mit ihm nach Gastein gekommenen Herren v. Keudell und Abeken teilnahmen. Das Diner wurde auf einer Art Gloriette auf einer Anhöhe serviert, von wo aus man die Straße übersehen konnte. Plötzlich wurde die Ankunft einer Extrapost bemerkt und die Vermutung ausgesprochen, es werde sich darin Graf Arnim, welcher soeben zum Botschafter in Paris ernannt worden war, befinden. Ich schickte sogleich jemand dem

Wagen entgegen und ließ den Grafen Arnim bitten, an dem Diner teil zu nehmen. Wir sahen, daß der Wagen halten blieb, ohne daß der Geladene sich zeigte. Endlich entdeckte man, daß er ausgestiegen war und hinter dem Wagen Toilette machte, während wir selbst im Morgenanzug waren. ‚Mit einem solchen Menschen‘, sagte Bismarck, ‚soll man nun höhere Politik treiben‘! Neben diesem Scherz konnte aber einem aufmerksamen Beobachter während des Diners nicht entgehen, daß zwischen Bismarck und Arnim schon damals das Verhältnis kein gutes war und sich das Gegenteil in einigen recht verständlichen Unfreundlichkeiten erkennbar machte.

„Unter den damaligen Gasteiner Badegästen befand sich auch ein Herr Christ, verheiratet mit einer Nichte der Gräfin Meran, Witwe des Erzherzogs Johann. Dieser Herr Christ war ein wohlhabender und wohllebender Frankfurter und hatte in der Zeit, als Bismarck Bundestagsgesandter war, viel mit ihm verkehrt. Herr Christ gab ihm nun in der Restauration von Hofgastein ein Diner, zu dem ich und noch einige andere Österreicher geladen waren. Gegen den Schluß des Diners richtete unser Wirt an Bismarck im besten Frankfurter Dialekt die Frage: ‚Aber, sage Sie, warum sind Sie 1866 nicht nach Wien neingange‘? — Eine etwas mürrische Antwort hielt ihn nicht ab, fortzufahren: ‚Ja, Sie hawwe es ja uns in Frankfurt immer gsagt, es würd der schönste Tag Ihres Lebens, wenn Sie in Wien einreite würde‘! — Tableau ist leicht auszumalen.“

Die wichtigen politischen Unterredungen zwischen den beiden Staatsmännern, welche in den ersten Tagen von Bismarcks Gasteiner Aufenthalt, vom 17. bis 19. August täglich mehrere Stunden dauerten, hat Beust in einem Immediatbericht an den Kaiser Franz Joseph in Ischl etwa am 20. August zusammengestellt.*) Diese Verhandlungen betrafen hauptsächlich das künftige Verhältnis Deutschlands zu Österreich und die Frage, ob man das gewonnene Einverständnis durch einen schriftlichen Vertrag beurkunden solle oder nicht. Beust

*) Beust, ebenda, S. 483/89.

berichtet hierüber: „Fürst Bismarck erachtet es den Interessen und der Konsolidierung des Deutschen Reiches weit zuträglicher, daß mit uns ein Verhältnis entschieden und dauernd hergestellt werde, beruhend auf gegenseitigem gutem Willen, gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Erkenntnis, daß die staatlichen Interessen beider Teile nicht weiter kollidieren, und daß der eine Teil in der berechtigten Erwartung der Gegenseitigkeit dem anderen auch dann beistehen muß, wenn seine eigenen Interessen dabei nicht im Spiele sind, soweit als die eigenen Interessen ihm diese Unterstützung erlauben." Das traf vollständig Beusts eigene Ansichten, zumal da Bismarck ihm auch in dem Satze beipflichtete: „Vertragsmäßige Abmachungen, sie mögen verkündet oder geheim gehalten werden, haben den Nachteil, das Ausland zu beunruhigen und im Inland reichen Stoff für die Partei-Agitation darzubieten." Dem österreichischen Begehren nach Landzuwachs im Osten im Falle des Zerfalls des türkischen Reiches gab Bismarck sein ganzes Wohlwollen in dem bedeutsamen Satze zu erkennen: „Der Begriff einer Großmacht macht ihre Expansionskraft zu einer Lebensbedingung." Über das Verhältnis Preußens zu Rußland konnte Beust die Bemerkungen Bismarcks in die Worte zusammenfassen: „In Berlin will man durch uns nicht in eine feindliche Haltung gegen Rußland gezogen werden, aber man hofft durch das gute Verhältnis zu uns Rußland gegenüber eine freiere Stellung zu gewinnen. Ich konnte dem Fürsten mit voller Aufrichtigkeit erwidern, daß seine Darlegung in die diesseitige Auffassung passe, wie der Schlüssel ins Schlüsselloch."

Schließlich bekundet Beust in seinem Immediatbericht, nachdem er zuvor noch dann und wann gegen Bismarcks volle Aufrichtigkeit — aus alter übler Gewohnheit — leise Zweifel erhoben hat, daß doch auch er den hohen Wert der von Bismarck angebotenen deutschen Freundschaft voll zu würdigen weiß, und wir setzen diese Worte um so lieber hierher, da wir diesen Mann so oft als erbitterten Gegner und Feind unseres Helden vorführen mußten. Nun, da Beust als Mithandelnder fast ganz aus diesem Werke verschwindet, klingen diese Worte versöhnend und versöhnt,

und unser Held allein hat diese Versöhnung herbeigeführt. Denn Beust schreibt seinem Kaiser: „Daß ein solches (Freundschafts-) Verhältnis nicht von uns angestrebt zu werden braucht, sondern uns entgegengebracht wird, haben wir wohl Ursache, nicht gering zu achten. Vergessen dürfen wir nicht, daß dieses Entgegenkommen erfolgt, nachdem unser Nachbar in riesigem Maßstabe mächtiger geworden ist, und nachdem die einzige europäische Macht, die neben ihm eine starke genannt werden kann (Rußland), sich ihm freundlich, uns aber feindselig gezeigt hat, und daß endlich jenes Anerbieten der (deutschen) Freundschaft in eine Epoche fällt, wo unsere inneren Verhältnisse der deutschen Regierung eine leichte Handhabe zu feindlichen Einwirkungen bieten."

Sehr bemerkenswert ist endlich noch eine Thatsache, die Beust am Schlusse seines Berichtes an den Kaiser feststellt. Obwohl nämlich die deutsche Sozialdemokratie durch die Wahlen des Frühjahrs 1871 nahezu vollständig von der Bildfläche des Reichstags und des öffentlichen Lebens hinweggefegt war, so lenkte doch Bismarck die Aufmerksamkeit des österreichischen Kollegen schon bei jenen Besprechungen in Gastein 1871 nachdrücklich auf die Notwendigkeit der Verbindungen aller Kulturstaaten zur gemeinsamen Bekämpfung der Gefahren der „Internationale", d. h. der kommunistischen Umsturzpartei aller Länder. Namentlich verlangte Bismarck schon damals die gemeinsame Bestrafung vorbereitender kommunistischer „Brandstiftung", „wohin namentlich die Haltung rechtfertigender und verherrlichender Vorträge zu rechnen wäre."

Am 21. August reiste der österreichische Reichskanzler von Gastein ab, um sich zum Kaiser Franz Joseph nach Ischl zu begeben. Bismarck konnte nun in dem stärkenden Gebirgsbade einige Wochen lang fast ausschließlich seiner Erholung leben. Aber auch aus diesen Wochen liegt ein beredtes Zeugnis seiner rastlosen Sorge für den Ausbau und die Befestigung der deutschen Einheit vor. Am 4. September richtete er an den preußischen Justizminister Dr. Leonhardt folgendes Schreiben aus Bad Gastein: „Als ich am 3. Januar 1868 die vom Bundesrate des Norddeutschen Bundes

berufene Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs einer Prozeßordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten durch die Staaten des Norddeutschen Bundes bei ihrem ersten Zusammentreten willkommen hieß, deutete ich auf die Möglichkeit hin, daß auch die süddeutschen Staaten Veranlassung nehmen könnten, sich das Werk der Kommission anzueignen, und daß auf diese Weise eine Prozeßordnung für ganz Deutschland zu stande komme. Indem ich heute Ew. Excellenz ganz ergebenst ersuche, die vom Bundesrate des Deutschen Reiches berufene Kommission für eine deutsche Civilprozeßordnung an meiner Stelle zu begrüßen, kann ich das, was mir damals als eine mögliche Folge der bevorstehenden Beratungen vorschwebte, mit lebhafter Genugthuung als die bestimmte Aufgabe der jetzt beginnenden Arbeiten bezeichnen. Der Größe dieser Aufgabe entspricht das Interesse des deutschen Volkes an der Einheitlichkeit einer in alle Verhältnisse des bürgerlichen Verkehrs eingreifenden Gesetzgebung, und der Lösung dieser Aufgabe wird der Dank der Nation gesichert sein. Ich bin gewiß, daß in den durch Einsicht und Sachkenntnis hervorragenden Männern, welche unter Ew. Excellenz bewährter Leitung zusammentreten, das Bewußtsein der nationalen Bedeutung des Werkes lebt, zu dessen Aufbau sie berufen sind, und ich schöpfe aus dieser Gewißheit die Zuversicht für das Gelingen ihrer großen Aufgabe."

Am 6. September verließ Bismarck Gastein, um an der am folgenden Tage in Salzburg stattfindenden Zusammenkunft des Kaisers Wilhelm mit dem Kaiser Franz Joseph teilzunehmen. In des Letzteren Begleitung waren die Minister Beust, Andrassy und Graf Hohenwart erschienen. Wenn man sich erinnert, daß nur vier Jahre zuvor an demselben Orte der österreichische Herrscher mit dem französischen Kaiserpaar zusammengetroffen war, und welche feindseligen Pläne gegen Deutschland die französischen Gäste damals in Salzburg zu schmieden gedachten, so tritt der gewaltige Wandel der Zeiten und Anschauungen, der seither sich vollzogen hatte, besonders deutlich zu Tage. Die Herrscher wie ihre Staatsmänner verkehrten hier aufs herzlichste zusammen. Die bittere Erinnerung

an das Jahr 1866 war in Franz Josephs Seele offenbar ausgelöscht und der Händedruck, den er hier mit seinem erlauchten greisen Verwandten tauschte, heilbedeutend für die beiden großen Völker. Auch Bismarck wurde von dem österreichischen Kaiser mit alter Güte aufgenommen und ins Gespräch gezogen. Zu förmlichen Vertragsabreden kam es — gemäß den Gasteiner Vorbesprechungen — in Salzburg nicht. Wohl aber wurde hier der feste Grund gelegt zu der treuen Freundschaft beider Völker und Staaten. Bismarck hat in den Tagen vom 12. bis 21. Februar 1879 dem deutschen Reichstagsabgeordneten Freiherrn zu Franckenstein einige Andeutungen gemacht über die Unterredung, die er am 7. September 1871 in Salzburg mit dem Kaiser Franz Joseph hatte.*) „Sind Österreich und Deutschland einig, so sind sie gemeinschaftlich jedem Feinde, sei es Frankreich oder Rußland, gewachsen. Solche Ideen habe er dem Kaiser Franz Joseph bei seiner ersten Begegnung mit ihm nach dem Jahre 1866 mitgeteilt."

Nach der Salzburger Zusammenkunft begab sich Bismarck am 8. September in Begleitung Beusts in einer vierspännigen Equipage nach Reichenhall, um hier noch einige Zeit bei Gattin und Tochter zu verweilen. Mit unendlicher Begeisterung wurde der Fürst von der Bevölkerung und den Badegästen Reichenhalls empfangen. Am Abend seiner Ankunft ward ihm ein Ständchen gebracht, welchem sich jubelnde Hochrufe des in dichten Scharen versammelten Volkes anschlossen. Bismarck gab in seinen Dankesworten der Anerkennung für die begeisterte Hingebung des deutschen Volkes und für die Thaten der deutschen Armeen, an denen auch das bayerische Heer einen so ruhmvollen Anteil genommen, den wärmsten Ausdruck und brachte ein Hoch auf den König von Bayern aus. Besonders lauten Jubel erweckten seine Worte: „Das, m. H., kann ich Ihnen sagen, daß die Erfahrungen, welche ich während der letzten Wochen in Österreich gemacht habe, mir die Überzeugung verschafften, daß die Beziehungen zu unsern Nachbarn künftighin die besten sein werden."

*) Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, II, 317.

In Reichenhall verweilte Bismarck bis zum 17. September, an welchem Tage er mit den Seinen, in Traunstein abermals stürmisch begrüßt, die Rückreise nach Berlin über München und Nürnberg antrat. In München besuchte der Reichskanzler den neuen kräftigen Leiter der bayerischen Politik, Grafen Hegnenberg-Dux. Am 19. September kehrte der Fürst nach Berlin zurück. Hier hielt er eine Sitzung des Staatsministeriums ab, um dann am 22. September noch auf zwei Wochen nach Friedrichsruh zu gehen. Die Ferien dieses Jahres waren aber für den Reichskanzler zu Ende, als er am 6. Oktober den Aufenthalt in dem stillen Sachsenwalde wieder mit dem in der Reichshauptstadt vertauschen mußte, und vollauf nahmen ihn nun bis zum Jahresschlusse die vielseitigsten amtlichen Pflichten in Anspruch.

Zunächst waren die Verhandlungen über den bereits erwähnten Zusatzvertrag zum Frankfurter Frieden mit dem in Berlin erschienenen französischen Finanzminister Pouyer-Quertier fortzuführen und zum Abschluß zu bringen. Bismarck begann sie am 8. Oktober. Da das Zustandekommen in erster Linie im Interesse der französischen Regierung lag, und Bismarck den Franzosen durch seinen genialen Vorschlag der teilweisen Räumung des besetzten französischen Gebietes, unter Verwandlung desselben in eine „neutrale“ Zone, weit entgegenkam und alle Schwierigkeiten beseitigte, so gelangte man bereits am 12. Oktober zum Abschluß.

Dazwischen gab es Sitzungen des preußischen Staatsministeriums und des Bundesrates über die Vorlagen an den zum 16. Oktober einberufenen Reichstag. Die vom Kaiser selbst verlesene Thronrede kündigte den Reichsboten mannigfaltige Arbeit an: die Ordnung des Reichshaushaltes und die Verwendung eines Teils der Kriegsentschädigung, die Ordnung des Münzwesens, die Unterstützung „einer Eisenbahnverbindung zwischen Deutschland und Italien durch die Schweiz“ (Gotthardbahn), die Tilgung der norddeutschen Kriegsanleihen aus der französischen Kriegsentschädigung, den Zusatzvertrag mit Frankreich. Weiter erbat der Kaiser die Verlängerung des sog. „eisernen“ Militäretats bis Ende 1872, da die übermäßige

Inanspruchnahme aller Kräfte der Heeresverwaltung auch über den Krieg hinaus „und die Umgestaltung, in welcher ein Teil des Heeres begriffen ist, leider die rechtzeitige Aufstellung eines Etats für die Verwaltung des deutschen Heeres, wie er den dauernden Bedürfnissen desselben genügt, verhindert haben." Besondere Beachtung fanden in Deutschland und in der weiten Welt die Worte der Thronrede, welche die auswärtige Politik des Deutschen Reiches berührten. „Die Beziehungen Deutschlands zu allen auswärtigen Regierungen sind friedliche und von gegenseitigem Wohlwollen getragen," sagte der Kaiser. „Meine Bemühungen bleiben dahin gerichtet, das berechtigte Vertrauen zu stärken, daß das neue Deutsche Reich ein zuverlässiger Hort des Friedens sein will. In dieser Richtung ist es eine besonders wichtige, aber Mir auch besonders willkommene Aufgabe, mit den nächsten Nachbarn Deutschlands, den Herrschern mächtiger Reiche, welche dasselbe von der Ostsee bis zum Bodensee unmittelbar begrenzen, freundschaftliche Beziehungen von solcher Art zu pflegen, daß ihre Zuverlässigkeit auch in der öffentlichen Meinung aller Länder außer Zweifel stehe." Dann gedachte der Kaiser freudig seiner persönlichen Begegnungen, welche er im Laufe des Sommers mit den ihm „persönlich so nahestehenden Monarchen dieser Nachbarreiche gehabt habe," und fuhr fort: „Das Deutsche Reich und der österreichisch-ungarische Kaiserstaat sind durch ihre geographische Lage und ihre geschichtliche Entwickelung so zwingend und so mannigfaltig auf freundnachbarliche Beziehungen angewiesen, daß die Befreiung der letzteren von jeder Trübung durch die Erinnerung an Kämpfe, welche eine unerwünschte Erbschaft tausendjähriger Vergangenheit waren, dem ganzen deutschen Volke zur aufrichtigen Befriedigung gereichen wird."

Deutlich war hier jener ungeschriebene Friedensbund der drei Kaiserstaaten, Deutschland, Rußland und Österreich, angekündigt, der den Weltfrieden für eine Reihe von Jahren verbürgen sollte. Noch deutlicher und nachdrücklicher freilich war Dentschlands völlige Interessengemeinschaft mit Österreich-Ungarn betont, so daß der russische Reichskanzler Fürst Gortschakoff sich gedrungen fand, nach

Berlin zu eilen und dem Fürsten Bismarck in langen Unterredungen vom 29. bis 31. Oktober darzulegen, daß auch Rußland von aufrichtigem Wohlwollen für Deutschland beseelt sei.

Die in der Thronrede angekündigten Vorlagen fanden die fast einstimmige Genehmigung des Reichstags. Wir verweilen daher nur bei den Verhandlungen, in denen Bismarck das Wort nahm. Zuerst geschah das am 25. Oktober bei Beratung des französischen Zusatzvertrages. Aus dieser Rede ist die ungemein klare Entwickelung der Entstehung und des Inhaltes dieses Vertrages schon früher mitgeteilt. Hier mögen also nur noch die von lebhaftem Beifall begleiteten Worte stehen, mit denen Bismarck vom Standpunkt seiner auswärtigen Politik aus diesen Vertrag befürwortete. „Wir haben auf diese Weise der französischen Regierung und, ich kann sagen, dem Lande Frankreich in Befestigung seiner Verhältnisse einen wesentlichen Dienst erwiesen, der von unparteiischen Blättern jenes Landes selbst anerkannt wird, und ich bin um so mehr damit zufrieden, als ich es nicht für unsere Aufgabe halte, unseren Nachbar mehr zu schädigen, als zur Sicherstellung der Ausführung des Friedens für uns absolut notwendig ist (Beifall), im Gegenteil ihm zu nützen und ihn in den Stand zu setzen, sich von dem Unglück, welches über das Land gekommen ist, zu erholen, soviel wir ohne Gefährdung eigener Interessen dazu beitragen können (Sehr wahr!). Ich halte auch fest an dem in diesem Frühjahre von Ihnen mit Zustimmung aufgenommenen Grundsatze, daß es nicht unsere Aufgabe sein wird, uns in die inneren Angelegenheiten unseres Nachbarlandes und in deren Entwickelung über das Bedürfnis der Sicherstellung unserer eigenen Interessen hinaus einzumischen.“ In diesen Worten ist jene weise Politik schon vorgezeichnet, die Bismarck, wie wir sehen werden, jahrelang dem unbotmäßigen Pariser Botschafter Grafen Arnim gegenüber nachdrücklich festhielt und behauptete.

Am folgenden Tage, dem 26. Oktober, war Bismarck des Kaisers Gast zur Jagd im Forstrevier Garbe bei Crüden und am 28. öffnete er seine Säle den Reichsboten zur ersten „parlamentarischen Soiree“ dieser Tagung. Alle Räume waren bis in die

Ecken von Mitgliedern aller Fraktionen so gefüllt, daß der Verkehr schwierig war. Die politischen Parteien sammelten sich in großen Gruppen. Fürst Bismarck aber ging als neutraler, liebenswürdiger Wirt von einer Gruppe zur andern, nahm an deren Unterhaltung teil und säumte nicht, die Gäste auf das Büffet zu verweisen, wo er selbst aus einer großen silbernen Kanne ihnen ein Schmollis zutrank, worauf das Fiduzit nicht ausblieb. Allgemein wurde bedauert, daß die Fürstin durch ein Unwohlsein am Erscheinen verhindert war.

Am 16. Oktober hatte Bismarck im Auftrage des Kaisers dem Reichstag einen Gesetzentwurf betreffend die Bildung eines Reichskriegschatzes vorgelegt. Danach sollte „aus der von Frankreich zu entrichtenden Kriegsentschädigung der Betrag von 40 Millionen Thalern zur Bildung eines in gemünztem Gelde verwahrlich niederzulegenden Reichskriegsschatzes" verwendet werden. „Über denselben kann zu Ausgaben nur für Zwecke der Mobilmachung und nur mittelst kaiserlicher Anordnung unter vorgängig oder nachträglich einzuholender Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags verfügt werden." Die Kommission, welche sich mit Vorberatung der Vorlage beschäftigte, beantragte deren Genehmigung unter der Bedingung, daß durch Bildung eines Reichskriegsschatzes der preußische Staatsschatz aufgehoben werde. Über den so abgeänderten Gesetzentwurf beriet der Reichstag am 4. November in zweiter Lesung. Hier beantragte der Abg. v. Hoverbeck, die Worte „oder nachträglich" zu streichen, eventuell sie zu ersetzen durch die Fassung: „oder im Falle eines Angriffs auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten auch nachträglich." Die Abg. Lugscheider und Öhmichen aber sprachen für Ablehnung des ganzen Gesetzentwurfs. Das nötigte Bismarck, das Wort zu nehmen.

„Über die Nützlichkeit eines Staatsschatzes überhaupt hier zu sprechen", sagte er, „betrachte ich nicht als meine Aufgabe, nachdem die Ereignisse dieses und des vorigen Jahres meines Erachtens lauter, beredter und überzeugender dafür gesprochen haben, als irgend jemand hier in der Versammlung es im stande sein würde. (Sehr

richtig!). Ich will bloß die Thatsache hervorheben, daß wenn wir einen Staatsschatz nicht gehabt hätten, wir positiv nicht im Stande gewesen sein würden, die paar Tage zu gewinnen, welche hinreichten, das gesamte linke Rheinufer, das bayerische wie das preußische, vor der französischen Invasion zu schützen (Hört!). Hätten wir den Staatsschatz nicht gehabt, so fing der Krieg am Rheine an, und wir hatten aus den Rheinfestungen zu debouchieren und den Franzosen das Rheinufer, was sie möglicherweise bis Frankfurt überschritten und überschwemmt haben konnten, wieder abzunehmen, nachdem sie Zeit gehabt, dort mit ihren Turkos und anderem Gesindel zu hausen (Heiterkeit)." Dagegen beschäftigte sich Bismarck eingehend mit den Bedenken und Einwürfen des Abg. v. Hoverbeck. Wenn dieser Abgeordnete fragt: was denn geschehen werde, wenn der Reichstag nachträglich seine Genehmigung zur Verwendung des Staatsschatzes versage? so sei diese Frage völlig unpraktisch, da der Staatsschatz zur Führung eines Krieges doch nicht ausreichen würde, sondern höchstens zu einer Mobilmachung. „Die Mobilmachungsdemonstrationen (aber) sind in den letzten Jahrzehnten in solchem Grade abgenützt, daß der Satz: ‚man macht nicht mobil, wenn man nicht weiß, daß man schlagen muß', ziemlich in der Überzeugung aller Politiker durchgedrungen ist." Das Recht, die Mobilmachung zu beschließen, stehe dem Kaiser allein zu, nicht einmal dem Bundesrate, der nur der Kriegserklärung zuzustimmen habe und in sich schon ein starker Hort des Friedens sei. Nun aber verlange der Abg. v. Hoverbeck gar, daß der Reichstag über die Mobilmachung mit beschließen solle, in öffentlicher Sitzung, wo „kein Wort zur Erlangung der Bewilligung gesprochen werden kann, das nicht in ganz Europa wiederhallt", während der Bundesrat über die Notwendigkeit einer Kriegserklärung in verschwiegener Stille berate. Eine derartige Öffentlichkeit würde „eine zu gefährliche", und darum unerträglich sein. „Der Herr Abg. hat dann die Theorie eines Angriffskrieges zum Zwecke der Verteidigung in Zweifel gezogen. Ich glaube, daß eine solche Verteidigung durch den Vorstoß doch eine sehr häufige und in den meisten Fällen die wirksamste

ist, und daß es für ein Land von einer solchen zentralen Lage in Europa, das drei bis vier Grenzen hat, wo es angegriffen werden kann, sehr nützlich ist, dem Beispiele Friedrichs des Großen vor dem siebenjährigen Kriege zu folgen, der nicht wartete, bis das Netz, das ihn umspinnen sollte, ihm über den Kopf wuchs, sondern mit raschem Vorstoße es zerriß. Ich glaube, daß diejenigen auf eine ungeschickte und schwer verantwortliche Politik rechnen, die annehmen, daß das Deutsche Reich unter Umständen in der Lage sei, einen Angriff, der gegen dieses Reich geplant werde, vielleicht von übermächtigen Koalitionen, vielleicht auch nur von Einzelnen, abzuwarten, bis dem Gegner der bequeme und nützliche Zeitpunkt loszuschlagen gekommen zu sein scheint. In solchen Lagen ist es Pflicht der Regierung, und die Nation hat das Recht, von der Regierung zu fordern, daß, wenn wirklich ein Krieg nicht vermieden werden kann, dann die Regierung denjenigen Zeitpunkt wählt, ihn zu führen, wo er für das Land, für die Nation mit den geringsten Opfern, mit der geringsten Gefahr geführt werden kann."

Der lebhafte Beifall, der diesen Worten folgte, mußte dem Redner der Fortschrittspartei besonders mißtönig ins Ohr fallen, denn er entgegnete darauf mit dem ebenso häßlichen als unbegründeten Vorwurf: Bismarcks ganze Ausführung sei eigentlich nur eine Variation über das Thema gewesen, „daß der Absolutismus die bequemere Regierungsform für den Krieg sei." Sofort erhob sich der Reichskanzler zu der von lautem Beifall begleiteten Erwiderung: „Die letzte Bemerkung des Herrn Vorredners halte ich einfach für eine ungerechte und thatsächlich nicht gerechtfertigte, wenn damit auf die letzten Kriege, die in Deutschland geführt worden sind, hingewiesen werden soll. Ich glaube, die Folge eines jeden dieser Kriege hat gezeigt, daß die preußische Regierung und die Reichsregierung nach dem Kriege entgegenkommender und konstitutioneller gewesen sind, als in der Zeit vor dem Kriege."

Am Abend dieses Tages gab Bismarck die zweite parlamentarische Soiree dieser Session.*) Die Abgeordneten hatten sich zahl-

*) Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, I, 50.

reich eingefunden, der Kanzler aber war sichtlich niedergeschlagen, wodurch die Stimmung der Gäste gleichfalls bedrückt wurde. Plötzlich verbreitete sich die Nachricht, daß der Schwiegervater des Fürsten, Herr v. Puttkamer, verschieden sei, worauf die Gäste alsbald sich entfernten. Vom 5. bis 9. November war Bismarck zum Begräbnis in Reinfeld abwesend. Als ein sinniges Zeichen kaiserlicher Teilnahme an ihrem Schmerz mochte die Fürstin mit Recht die Verleihung des Verdienstkreuzes für Frauen und Jungfrauen ansehen, das ihr Kaiser Wilhelm in jenen Trauertagen zugehen ließ. Den Fürsten aber nahm der Kaiser am 13. November drei Tage lang zur Zerstreuung mit sich aus Berlin hinweg zu den Letzlinger Jagden.

Am 16. November wurde im Reichstag der Etat des Auswärtigen Amtes beraten. Die bisherigen Gesandten des Deutschen Reiches in Wien und London waren zu Botschaftern erhoben worden, und hauptsächlich aus diesem Grunde waren einige Mehrforderungen in den Etat eingestellt. Bismarck begründete diese Mehrbeträge in einer langen Rede — welche die Wirksamkeit, das Ansehen und Auftreten der Botschafter an fremden Höfen aufs feinste und anschaulichste kennzeichnete — vornehmlich mit der Notwendigkeit, die Würde und Macht des Deutschen Reiches an fremden Höfen zum entsprechenden Ausdruck zu bringen. Diese Mahnung genügte, um den geforderten Gehaltserhöhungen fast einstimmige Genehmigung zu erwirken. Dem Abg. Löwe aber, der auch jetzt, wie die preußische Fortschrittspartei seit Jahren, fast bei jeder Beratung des auswärtigen Budgets, das alte Wort von Friedrich dem Großen vorbrachte: „wenn man eine solche Macht und Armee hinter sich hat, dann kann man repräsentieren, ohne große Mittel aufzuwenden", entgegnete Bismarck: „Ich möchte Sie bitten, diese Äußerung ein für allemal zu Grabe tragen; es ist mir schwer glaublich, daß ein so geistvoller Herr eine Äußerung im Ernst gethan haben sollte, die ich mit dem guten Geschmack so wenig in Einklang bringen kann. Bei diplomatischen Verhandlungen an den Degen zu schlagen oder zu sagen: ich erwidere eine Einladung zum Diner nicht, aber

wir haben 100000 Mann, — das ist in der That zu wenig unsern Gewohnheiten entsprechend (Heiterkeit)." Und als der Abg. v. Hoverbeck erklärte, ihm wolle nicht gefallen, daß der Reichskanzler diese berühmte Anekdote in das Gebiet der Fabel verweise, entgegnete Bismarck: „Ich habe die Anekdote auch seit meiner Jugend häufig gehört und auch stets meine Freude daran gehabt — so lange ich nicht Auswärtiger Minister war (Große Heiterkeit)."

Die wichtige Frage der deutschen Münzeinheit, die den Reichstag am 17. November beschäftigte, glaubte der Abgeordnete Graf Münster (der jetzige deutsche Botschafter in Paris) dadurch zu vereinfachen, daß er auf der Rückseite der deutschen Reichsgoldmünzen nicht, wie der Entwurf, das Bildnis der Landesherren, sondern vielmehr das des Kaisers ausprägen lassen wollte. Ihm trat jedoch Bismarck nachdrücklich entgegen. „Wenn Einer von Ihnen, m. H., eine Überzeugung hat," sagte er, „sei sie auch mehr theoretischer als praktischer Bedeutung, wie diese, so hält nichts ihn ab, aufzutreten und dieser Überzeugung in Gestalt eines Antrags praktische Geltung zu geben; die Folgen davon, wie viel sorgfältig gesponnene Fäden dadurch zerreißen, sind ihm vollkommen gleichgültig, und wenn er darauf aufmerksam gemacht wird von dieser Stelle, so ist er berechtigt zu antworten: ‚Das geht mich nichts an, ich rede nach meiner Überzeugung.' Nun, m. H., ich habe auch persönliche Überzeugungen und muß ihnen häufig Gewalt anthun, und wenn ich es nicht thäte, so würden wir in Frieden nicht so weit gekommen sein, wie wir gekommen sind. Wir Leute der Regierung haben nicht das Recht, beliebig nach unserer Überzeugung zu verfahren, sondern wir müssen uns die Wirkungen vergegenwärtigen, die die ausgesprochene Überzeugung auf die politischen Dinge hat. Daß das System, nach dem wir verfahren sind, nicht ganz ohne Erfolg gewesen ist, wird Ihnen klar werden, wenn Sie sich vergegenwärtigen, wo wir noch heute vor einem Jahr mit unseren Einheitsbestrebungen waren. Wäre ich immer nach meiner persönlichen Überzeugung gegangen, so würden wir vielleicht noch da stehen, wo wir vor einem Jahre standen. Ich habe mancher meiner Über-

zeugungen nicht Ausdruck gegeben, und so haben wir erreicht, was wir erreicht haben. . . . Wenn es sich um Interessen des Reichs handelt, durch die seine Einheit, seine Festigkeit, sein Vorteil wirklich bedingt sind, dann, m. H., habe ich ja auch gezeigt, daß die partikularistischen Bedenken unserer Bundesgenossen mich unter Umständen nicht abhalten, bei unserer Abstimmung das Recht und die Mehrheit, die wir etwa im Bundesrate haben, so weit geltend zu machen, als die Verfassung uns erlaubt, auch wenn die Grenze zweifelhaft ist oder von anderer Seite bestritten wird. In dieser Frage aber einen in hohem Grade verstimmenden Druck auf die Bundesgenossen auszuüben, dazu hat uns Gott die Macht, die Preußen in Deutschland angewiesen ist, nicht gegeben. Gibt es ein stärkeres Bekenntnis der deutschen Fürsten zum Reiche, als in der Prägung der Münzen, wie sie vorgeschlagen ist? Wenn Se. Majestät der König von Bayern auf der einen Seite sein Bildnis schlägt und auf der anderen das kaiserliche Reichswappen, kann er offenkundiger und nachhaltiger bekennen: ich hänge am Reiche, ich will ein Glied des Reiches sein? (Sehr richtig!) Es ist mir als Reichskanzler in keiner Weise gleichgültig, wie die verbündeten Monarchen, und namentlich die mächtigeren unter ihnen, persönlich gestimmt sind, und wem dieses gleich ist, der ist ein Theoretiker; ich muß mit diesen Stimmungen rechnen, sie fallen schwer ins Gewicht. Als ich diesen Antrag nach all den schwierigen Verhandlungen hörte, da war mein Gefühl, ich hoffe, nicht ganz so ohnmächtig, wie das des Archimedes, zu sagen: Noli turbare circulos meos!“

Am folgenden Tage, am 18. November, gab Bismarck wieder eine parlamentarische Soiree. Den Hauptgegenstand der Unterhaltung bildete der von Bayern beim Bundesrat und beim Reichstag eingebrachte Antrag, den Mißbrauch der Kanzel durch einen Zusatz zum Reichsstrafgesetzbuch zu ahnden (Kanzelparagraph). Die Vorlage fand, wie hier gleich bemerkt sein mag, die große Mehrheit des Reichstags. Bismarck unterhielt sich an jenem Abend viel und lange mit Lasker, der im Reichstag am 15. November gegen die Stimmen des Zentrums und der äußersten Rechten seinen

Antrag auf volle deutsche Rechtseinheit auch für das gesamte bürgerliche Recht und das gerichtliche Verfahren (Strafrecht, Strafverfahren und Gerichtsorganisation) durchgesetzt hatte. Der Bundesrat freilich verhielt sich zu jener Zeit in der Mehrheit von 6 gegen 4 preußische Stimmen noch entschieden ablehnend gegen den Antrag. Gegen die Opposition der drei Königreiche äußerte sich Bismarck damals: „So kann es nicht fortgehen, da kämen wir in die alten Bundestagszeiten zurück, ja wir wären sogar noch schlimmer daran; denn damals waren doch nur die Schrullen der Regierungen maßgebend, und bekümmerten sich diese um die Landtage wenig oder gar nicht, jetzt aber hätte man auch noch mit diesen oft zweifelhaften und künstlich erzielten Majoritäten zu rechnen, das wäre der sicherste Weg zum Chaos! Die Partikularisten und Ultramontanen sollten nicht vergessen, daß sie ihre Hauptstützen in Paris und Wien verloren haben, und daß Reichsverfassung und Reichstag uns ganz andere Handhaben bieten, über ihre Wünsche, die bisher fast allzu große Berücksichtigung gefunden haben, fortan zur Tagesordnung überzugehen.“ In der That ließ sich die Entwickelung der deutschen Rechtseinheit durch keinerlei Widerspruch aufhalten.

Am 1. Dezember wurde die Session des Reichstags geschlossen, nachdem am 27. November der preußische Landtag eröffnet worden war. Bei beiden Gelegenheiten fehlte aber Bismarck. Er war am 21. November plötzlich ziemlich heftig erkrankt, nachdem er an diesem Tage noch beim Kaiser diniert hatte. Erst am 30. November konnte er wieder eine Audienz erteilen und dem englischen Botschafter, Sir Odo Russell, eine längere Unterredung gewähren. Nachdem er am 4. Dezember zum ersten Male wieder mit den Seinigen speiste, dauerte es doch noch fast vierzehn Tage, bis er, am 16., die erste Ausfahrt in den Tiergarten machen konnte. Dann aber hoben sich die gesunkenen Kräfte schnell. Der Kaiser erfreute ihn am 24. Dezember durch Übersendung seiner Büste mit einem eigenhändigen Schreiben. Am 25. Dezember ehrte Fürst Bismarck seinerseits das Lehrerkollegium des Gymnasiums zum Grauen Kloster in Berlin mit einem Dankschreiben auf ihre Ergebenheitsadresse. Am 26.

konnte er wieder eine Sitzung des Staatsministeriums abhalten. Und in den Tagen vom 27. bis 29. Dezember verweilte er mit den Söhnen bei dem Amtsrat Dietze in Barby zur Jagd und erlegte auf dem ergiebigen Jagdgebiet des Freundes nicht weniger als 315 Hasen.

Alsbald nach der Rückkehr aus Frankreich hatte der Reichskanzler auch wieder die wirtschaftlichen Angelegenheiten in den Kreis seiner Thätigkeit zu ziehen begonnen und noch im Laufe des Jahres 1871 mannigfache Anregungen nach dieser Richtung sowohl wie auch auf dem schon jetzt ihn lebhaft beschäftigenden sozialpolitischen Gebiete gegeben. Zunächst hatte er aus Varzin am 31. Juli an den Direktor im Reichskanzleramt Eck einen Erlaß gerichtet, welcher das Rechtsverhältnis der Eisenbahngesellschaften zu dem Güter absendenden Publikum dahin zu regeln suchte, daß dem Publikum gegen die Bahnen ein Klagrecht auf Annahme und Beförderung von Gütern gewährt würde. Ein Schreiben des Reichskanzlers vom 14. August an den Minister Grafen Itzenplitz enthielt bittere Klagen über die Unzulänglichkeit der Eisenbahnbetriebsmittel. Namentlich wurde die Notwendigkeit der Loslösung der hinterpommerschen Eisenbahn von ihrer Verbindung mit der Berlin-Stettiner Eisenbahn und einer schärferen Handhabung des staatlichen Aufsichtsrechtes betont. Am 20. Oktober folgte dann ein Immediatbericht Bismarcks an den König zur Widerlegung der Bedenken gegen die Gewährung einer Staatsgarantie für Eisenbahnen und zur Befürwortung des Planes, den preußischen Teil der Eisenbahnlinie Fulda-Meiningen durch den Staat erbauen zu lassen.

Wie oben schon flüchtig berührt, hatte Bismarck in den Gesprächen mit Beust in Gastein auch die revolutionäre kommunistische „Internationale“ berührt. Nicht bloß ihre Abwehr durch eine kontrarevolutionäre Verbindung der Kulturstaaten aber hatte er mit dem österreichischen Staatsmann erörtert, sondern auch eine positive Aufgabe stellte er dieser Verbindung, indem er sie zugleich auf die Untersuchung der Maßregeln zu erstrecken wünschte, welche zur Ausgleichung wirtschaftlicher Gegensätze und zur Beseitigung drückender

Notstände unter den arbeitenden Klassen beitragen könnten. Ganz in diesem Sinne richtete er am 21. Oktober 1871 — genau acht Jahre vor Erlaß des Sozialistengesetzes und reichlich zehn Jahre vor Ausarbeitung der berühmten kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 — ein Schreiben an den Minister Grafen Itzenplitz über die internationale Arbeiterbewegung. Neben Maßregeln zur Bekämpfung der sozialistischen Agitation empfahl er dringend die Berücksichtigung der nach den Wandelungen der Produktions-, Verkehrs- und Preisverhältnisse berechtigten Wünsche der arbeitenden Klassen in Gesetzgebung und Verwaltung. Das Verbot staatsgefährlicher Agitationen verlange er nur „soweit es geschehen kann, ohne ein gesundes öffentliches Leben zu verkümmern." Zweckmäßig sei die kommissarische Beratung sachkundiger Männer aus Deutschland und Österreich. Infolge dieser Anregung berief der Handelsminister Graf Itzenplitz Konferenzen von Mitgliedern aller politischen und wirtschaftlichen Parteien Deutschlands zur Vorbereitung eines Programms. In diesen Konferenzen ließ Bismarck sich durch den vortragenden Rat im Staatsministerium, Geh. Rat Wehrmann, vertreten. Zu dem Anfang Oktober 1872 in Eisenach stattfindenden Kongreß der sogenannten „Kathedersozialisten", die das gleiche Ziel verfolgten, — der Spottname „Kathedersozialisten" war der neuen nationalökonomischen Schule von den zu jener Zeit noch allein tonangebenden Manchestermännern beigelegt worden, er blieb ihr aber bis auf den heutigen Tag als Ehrenname — sandte Bismarck seinen vortragenden Rat und Vertrauten Hermann Wagener ab und ließ in der Provinzial-Korrespondenz am 9. Oktober 1872 eingehend auf „die tiefgehende Wichtigkeit der (in Eisenach) behandelten Fragen und der mit denselben zusammenhängenden Pflichten des Staates" hinweisen. „Sie wird von der Regierung des Reiches so entschieden anerkannt, daß dieselbe im Begriff steht, sich über die dabei in Betracht kommenden allgemeinen Gesichtspunkte und Aufgaben zunächst mit der österreichisch-ungarischen Regierung ins Einvernehmen zu setzen. Die zu diesem Zwecke schon früher verabredeten gemeinsamen Beratungen werden in wenigen Wochen statt-

finden.“ Thatsächlich fanden sie erst gegen den Schluß des Jahres 1873 statt. Für Preußen waren u. a. Lothar Bucher und Hermann Wagener als Kommissare ernannt, Wagener als Vorsitzender, Bucher blieb bei dem Chef in Varzin. Eine Veröffentlichung der Beratungen ist nicht erfolgt. Es fand nur eine Art von Gedankenaustausch statt. Im Grunde verliefen die Besprechungen gänzlich im Sande. „Es scheint, daß Bismarck die sich ihm von allen Seiten entgegenstellende Macht der Trägheit (iners moles) nicht zu überwinden vermochte,“ sagt Poschinger.*) Dasselbe Schicksal erlitten bis Ende 1878 fast alle wirtschaftlichen und sozialpolitischen Anregungen Bismarcks.

Mit den Ergebnissen des ersten Jahres, das seit der Kaiserproklamation von Versailles verflossen war, durfte aber Bismarck sowohl im Innern des Reiches als in der auswärtigen Politik recht zufrieden sein. Das junge Reich hatte durch die zur Vollendung gebrachten gesetzgeberischen Arbeiten des Reichstags, die früher erwähnt wurden, sein erstes Probejahr glückverheißend bestanden. Nicht minder hatten sich die deutschen Einzelstaaten in Kaiser und Reich schon freudig eingelebt. In Hessen war schon am 9. April 1871 sogar der zähe Dalwigk gefallen, nachdem unter anderm in den vom Verfasser dieses Werkes damals redigierten „Grenzboten“ ein Artikel erschienen war, in welchem man unschwer die Quelle erkannte, da hier Dalwigks geheimste Umtriebe in Versailles und daheim enthüllt wurden und drohend gesagt war: „Ein Minister im neuen Deutschen Reiche muß noch andere Eigenschaften haben als diejenigen der Katze, aus jeder Höhe gesund auf die vier Pfoten zu fallen.“ In Bayern hatte der gegen die ultramontanen Übergriffe zu nachgiebige Graf Bray dem schneidigen Grafen Hegnenberg-Dux am 22. Juli weichen müssen. Zu Ende 1871 zog Bayern überdies freiwillig seine Gesandtschaften in London, Paris, Brüssel, Karlsruhe und Darmstadt ein, nicht minder Sachsen die Gesandtschaften, welche es bis dahin noch in Paris, Petersburg, Florenz und Weimar unterhalten hatte. Baden endlich hatte schon Anfang

*) „Bismarck als Volkswirt“, Band I, S. 65, 69.

Juli sein gesamtes Militärwesen auf Preußen übertragen und sein auswärtiges Ministerium ganz aufgehoben; zu Ende des Jahres folgte auch die Aufhebung des badischen Kriegsministeriums.

Das wichtigste Ergebnis der auswärtigen Politik Bismarcks im Jahre 1871 war die von den drei Kaiserstaaten Deutschland, Österreich und Rußland nachdrücklich ausgesprochene Anerkennung ihrer Interessengemeinschaft zur Erhaltung des europäischen Friedens. Kaiser Franz Joseph mochte seinen Reichskanzler Grafen Beust, dessen ganzer Vergangenheit nach, für einen dieser neuen Freundschaftspolitik Österreichs zu wenig von Herzen geneigten Politiker halten, und deshalb wurde Beust — wie er selbst gesteht, ziemlich unvorbereitet — am 1. November 1871 durch den Kaiser selbst zum Rücktritt aufgefordert. Sein Amt erhielt der bisherige ungarische Ministerpräsident Graf Andrassy, der mit Bismarck innigstes Einvernehmen und persönliche Freundschaft unterhielt. In seinem ersten Rundschreiben an die Vertreter Österreichs bezeichnete Andrassy den Grundzug seiner Politik in den Worten: „Diese Politik ist eine Friedenspolitik, bündig, offen und unerschütterlich.“ Die trefflichen Beziehungen Deutschlands zu Rußland aber prägten sich am deutlichsten aus in den Worten eines Trinkspruchs, welchen der Zar Alexander am 8. Dezember 1871 beim Georgsfest in St. Petersburg, in Gegenwart einer vom Prinzen Friedrich Karl geführten preußischen Deputation, auf das Wohl des Kaisers Wilhelm ausbrachte: „Ich wünsche und hoffe, daß die innige Freundschaft, die uns verbindet, auch bei den künftigen Generationen fortdauern wird, ebenso wie die Waffenbrüderschaft unserer Armeen, welche aus einer denkwürdigen Zeit datiert. Ich sehe darin die beste Bürgschaft für Aufrechterhaltung des Friedens und der gesetzlichen Ordnung.“

Aber selbst mit Frankreich hatte Bismarcks Staatskunst und Entgegenkommen ein recht leidliches Verhältnis zu stande gebracht. Das vollste Vertrauen setzte der Präsident Thiers in das uneigennützige Wohlwollen des deutschen Reichskanzlers, das dieser der französischen Regierung in den schweren Tagen des Kommuneaufstandes und durch Räumung der „neutralen Zone“ des fran=

zösischen Gebietes so dankenswert bethätigt hatte. Das hinderte Bismarck freilich nicht, zur rechten Zeit auch ein sehr ernstes Wort nach Paris zu richten. Denn als französische Schwurgerichte die Mörder freisprachen, welche friedliche deutsche Soldaten in ihren französischen Quartierortschaften ermordet hatten, und die französische Presse gar noch zustimmende Berichte und Besprechungen brachte, da erließ Bismarck am 7. Dezember 1871 eine Note an den deutschen Gesandten Grafen Arnim, in welcher er der französischen Regierung einfach anzeigte: „Als Maßregel unmittelbarer Abwehr haben unsere Truppenbefehlshaber im Gebiet der Okkupation durch Erklärung des Belagerungszustandes die Militärgerichtsbarkeit für Verbrechen gegen die Truppen sichern müssen." Das Verlangen Deutschlands, daß die beiden Mörder deutscher Soldaten, Tonnelet und Bertin, den deutschen Befehlshabern ausgeliefert würden, habe Frankreich abgelehnt und Deutschland habe dieses Verlangen, im Vertrauen auf die französische Rechtspflege, nicht weiter verfolgt. Nachdem aber nun diese Mörder freigesprochen seien, so werde Deutschland bei verweigerter Auslieferung künftiger Mörder „genötigt sein, durch Ergreifung und Wegführung französischer Geißeln, äußerstenfalls auch durch weitergehende Maßregeln auf Erfüllung unseres Verlangens hinzuwirken — eine Eventualität, der überhoben zu sein, wir auf das lebhafteste wünschen". Zum Schlusse fordert Bismarck den Gesandten auf, „vorzugsweise Gewicht auf das Bedauern und die Enttäuschung zu legen, welche wir darüber empfinden, daß unmittelbar, nachdem wir bei den letzten Verhandlungen die unzweideutigsten Beweise von Entgegenkommen gegeben hatten, Erscheinungen zu Tage treten konnten, angesichts deren ich unsere Hoffnungen auf Wiederbelebung des gegenseitigen Vertrauens leider als verfrüht bezeichnen muß." Der Präsident Thiers erkannte die Berechtigung der deutschen Vorstellungen in würdigster Weise an und verdammte diese Handlungen als „verabscheuungswürdige Verbrechen". Er that das in der feierlichen Form einer Botschaft an die französische Nationalversammlung bei deren Wiederzusammentritt, wobei er folgenden Appell an das französische Volk richtete:

„Wir beschwören die Bevölkerung in ihrem, wie in unserem Namen, mit Geduld die Überbleibsel unserer Unglücksfälle zu ertragen, und sie nicht zu vergrößern durch unvorsichtige Handlungen, welche die Übel nicht abkürzen würden, sondern im Gegenteil von neuem die Sicherheit und Würde Frankreichs gefährden könnten.“ Die sich anbahnende Besserung der Beziehung zwischen den beiden großen Kulturstaaten fand ihren thatsächlichen Ausdruck noch vor Ausgang des Jahres 1871 in der Wiederherstellung des früheren diplomatischen Verkehrs: der Vicomte de Gontaud-Biron wurde zum französischen Botschafter in Berlin und der bisherige Gesandte Graf Arnim zum deutschen Botschafter in Paris ernannt.

Die großen und schwierigen Aufgaben, welche den Fürsten Bismarck im neuen Jahr erwarteten, erfordern zusammenhängende Darstellung. Im Reiche wie in Preußen waren es vornehmlich kirchenpolitische Fragen, welche die streitbare römische Kirche den Staat zu lösen zwang.

In Preußen hatte der Erzbischof von Köln schon Ende 1870 den sogenannten „Kulturkampf“ begonnen, indem er von den geistlichen Professoren an der Universität Bonn die Anerkennung des Unfehlbarkeitsdogmas forderte. Auf die Beschwerde des Bonner Senates mußte selbst der Kultusminister Mühler am 30. Dezember 1870 die Entscheidung geben: „Die Staatsregierung ermißt auch die rechtliche Stellung der Professoren der katholischen Theologie lediglich nach den vom Staate selbst errichteten gesetzlichen Bestimmungen.“ Nach denselben Grundsätzen wurden am 19. Januar 1871 das Einschreiten des Fürstbischofs von Breslau gegen Rektor und Lehrer des dortigen katholischen Gymnasiums, und am 18. März die Maßregelung des Rektors Treibel und des Religionslehrers Wollmann in Braunsberg durch den Bischof von Ermland, zurückgewiesen. Ja als dieser Bischof die beiden Mißliebigen exkommunizierte, verfügte Minister Mühler am 28. Juni, daß die Schüler des Braunsberger Gymnasiums nach wie vor den Religionsunterricht bei Dr. Wollmann hören oder die Schule verlassen müßten, da die Entziehung der missio canonica keine staatliche Wirkung

habe. Der kirchliche Streit in Preußen dreht sich zunächst hauptsächlich um diesen Braunsberger Fall. Schon die erste einschneidende Abwehrmaßregel, die am 8. Juli erfolgte Aufhebung der katholischen Abteilung im preußischen Kultusministerium, richtete ja, wie wir uns erinnern, ihre Spitze hauptsächlich gegen die „polnische" Anmaßung, also auch gegen den polnischen Bischof von Ermland. Minister Mühler wies dann am 21. Juli auch einen Protest dieses Bischofs gegen die Verfügung vom 28. Juni zurück mit der Erklärung: die deutschen Bischöfe hätten die unheilvollen Verwickelungen, welche das neue Dogma zwischen Staat und Kirche erzeugen werde, auf dem vatikanischen Konzil selbst vorhergesehen und davor gewarnt, dürften sich also nicht wundern, wenn diese Folgen nun einträten. Der Bischof aber bezeichnete in einem Hirtenbrief vom 21. Juli die Verordnung dieses äußerst konservativen und starkgläubigen Ministers als „einen Angriff auf das höchste, teuerste Gut der Katholiken, ihren Glauben, eine Verletzung der bestehenden Gesetze, der natürlichen und verbrieften Rechte der Katholiken Preußens, als einen verhängnisvollen ersten Schritt auf abschüssiger Bahn."

Die vom 5. bis 7. September in Fulda versammelten deutschen Bischöfe schlossen sich diesem Protest an in einer Adresse an den Kaiser und König. Sie erklärten: „Nach den Grundsätzen, die Minister v. Mühler ausgesprochen, erscheint die katholische Kirche in Preußen als recht- und schutzlos, als wären die wenigen Abtrünnigen die allein berechtigten Vertreter derselben." Deshalb erhoben auch sie „feierlichen Protest gegen alle und jede Eingriffe in das innere Glaubens- und Rechtsgebiet unserer heiligen Kirche" und erbaten vom König „Recht und Abhilfe." Der König wies den „Vorwurf, als sei ein Eingriff in das innere Glaubensgebiet der katholischen Kirche erfolgt, am 18. Oktober kräftig zurück und bezeichnete als die Aufgabe seiner Regierung: „Die neuerlich vorgekommenen Konflikte zwischen weltlichen und geistlichen Behörden im Wege der Gesetzgebung zu lösen; bis dies auf verfassungsmäßigem Wege der Fall sein wird, (aber) die bestehenden Gesetze

aufrecht zu erhalten und nach Maßgabe derselben jeden Preußen in seinen Rechten zu schützen." Die vom König in Aussicht gestellten gesetzgeberischen Maßregeln zur Bekämpfung der bischöflichen Empörung folgten auf dem Fuße. Dem am 27. November eröffneten preußischen Landtag wurde bereits ein Schulaufsichts- und ein Zivilstandsgesetz angekündigt.

Nächst Preußen tobte der durch das Unfehlbarkeitsdogma entfachte Kampf am lautesten im katholischen Bayern. Wir sahen, daß die bayerische Regierung sich schon im Herbst 1871 gegen die Ausschreitungen ihrer streitbaren Geistlichen nur durch die von Reichswegen ausgesprochene Bestrafung des Kanzelmißbrauchs schützen konnte. Auch in Württemberg und Baden zeigte sich die ultramontane Verhetzung überall.

So mußte denn Preußen zugleich für ganz Deutschland die Führung im Kirchenstreit übernehmen, mußten für Preußen wie für das Reich Abwehr- und Schutzmaßregeln ersonnen werden. Aber der preußische Kultusminister war hiezu durchaus nicht geeignet. Schon das Schulaufsichtsgesetz, das er dem preußischen Landtag am 14. Dezember vorlegte, war im Ministerrat gegen seine Stimme beschlossen worden. Als nun vollends am 21. Dezember Minister Graf Eulenburg dem Landtage den neuen Entwurf einer liberalen Kreisordnung vorlegte, da bebte der Boden unter Mühler, unter seinen Getreuen der alten Junkerpartei; und „die Kreuzzeitung" blickte mit thränenfeuchtem Auge ins neue Jahr, indem sie schrieb: „Es ist ein undankbares Geschäft, heute noch konservativ zu sein. Bismarck schwimmt mit dem breiten Strom des Liberalismus und kämpft gegen die, mit denen er nach Gottes Ordnung zusammenstehen müßte." Das Blatt hatte recht insofern, als Bismarck nun gezwungen war, gegen seine alte Partei zu kämpfen. Aber er kämpfte auch jetzt für „Gottes Ordnung" und für die heiligsten Güter und Rechte der deutschen Nation!

Zweites Kapitel.
Bismarck in Kampf und Frieden 1872.

Als der Minister v. Mühler im preußischen Ministerium gegen das Schulaufsichtsgesetz stimmte, das er dem Landtag vorlegen und vor diesem vertreten sollte, da mochte er ahnen, daß ihm selbst, gerade ihm das Abgeordnetenhaus dieses Gesetz nimmermehr bewilligen werde, da es die Staatsaufsicht über alle Erziehungs- und Unterrichtsanstalten der ausführenden Verwaltung überwies, insbesondere also dem Kultusminister. Damit wären neue, wichtige und ausgedehnte Befugnisse in seine Hand gelegt worden. Die große Mehrheit des Abgeordnetenhauses konnte sich aber nicht entschließen, diese neue Machtfülle einem Minister anzuvertrauen, der, wie man ihm vorwarf — ob mit Recht oder mit Unrecht, haben wir hier nicht zu entscheiden — sein Amt allezeit nur der engherzigsten Orthodoxie dienstbar gemacht habe und allezeit der Feind jeder freieren Regung gewesen sei. Alle liberalen Parteien, Freikonservative, Altliberale, Nationalliberale u. s. w., vereinigten sich am 10. Januar 1872 zu einem Mißtrauensvotum gegen den bisherigen Kultusminister Mühler und erklärten: „seine bisherige Amtsführung biete keine Gewähr der angemessenen und unbefangenen Handhabung einer so bedeutenden Gewalt." Gleichzeitig eröffnete die Kreuzzeitung einen von 300 000 Unterschriften getragenen Entrüstungssturm gegen das Schulaufsichtsgesetz, das „die Schule zur Pflanzstätte des Atheismus, der Revolution, Sozialdemokratie und Unsittlichkeit" machen werde. So reichte denn Herr v. Mühler am

12. Januar 1872 seine Entlassung ein, die der König am 17. gewährte.

Zu Mühlers Nachfolger war dem Fürsten Bismarck der Geheime Oberjustizrat und vortragende Rat im Justizministerium, Dr. Falk, genannt worden, der sich bis dahin durch hervorragende Mitwirkung an den großen gesetzgeberischen Arbeiten des norddeutschen Bundes und Deutschen Reiches ausgezeichnet hatte. Falk wohnte bisher im Berliner Geheimratsviertel drei Treppen hoch. Eines Tages klingelt es vor seiner Thür, ein großer Mann steht davor und bittet, ihn zu melden. Es war Bismarck, der gekommen war, persönlich mit Falk wegen der Übernahme des Kultusministeriums zu verhandeln. Nach dieser Unterredung empfahl Bismarck dem Könige selbst den Dr. Falk zum Kultusminister. Der König aber forderte auch Roons Gutachten, und auch dieses, das am 20. Januar 1872 erstattet wurde, fiel günstig für Falk aus, obwohl dieser einst im Abgeordnetenhause der Fraktion Mathis angehört und gegen die Militärreorganisation gestimmt hatte. Denn auch Roon wußte von Falk zu rühmen, „daß er stets zu den Männern zu zählen war, welche selbst da, wo sie irrten, einer ernsten, gewissenhaften Überzeugung folgten, zu denjenigen, welche, Feind jeder Frivolität und persönlichen Gehässigkeit, ihre Meinungen stets mit angemessener Würde und einer anerkennenswerten Ruhe zu vertreten wußten". Nun vollzog der König am 22. Januar Falks Ernennung zum Kultusminister.

Bismarcks Verhältnis zu Falk war während der Jahre ihres amtlichen Zusammenwirkens ein des Kanzlers Verhältnis zu Delbrück sehr ähnliches. Der Fürst deutete die Gedanken an, welche im Kulturkampf zu verwirklichen seien, und Falk brachte dieselben in die Form von Gesetzentwürfen. Aber schon dabei kam es zwischen den beiden Staatsmännern zu lebhaften Auseinandersetzungen. Einmal erklärte Falk rundweg: „Nun, dann bitte ich um meine Entlassung." Bismarck aber bemerkte beschwichtigend: „Wir werden doch noch unseren Meinungsverschiedenheiten Ausdruck geben dürfen?" Meist aber ist hiebei Bismarck der Nachgebende

gewesen. Aus bester Quelle schöpfend, schilderten die „Hamburger Nachrichten“ am 16. März 1891 das Verhältnis der beiden Staatsmänner und Bismarcks Stellung im Kulturkampfe: „In Rückblicken, die einzelne Blätter . . . . . auf den Kulturkampf werfen, finden wir die Ansicht vertreten, daß Fürst Bismarck seinerzeit Dr. Falks Rücktritt veranlaßt habe. Das ist nicht richtig. Fürst Bismarck hat vielmehr Dr. Falk gehalten, so lange es möglich war und es dem Willen des Ministers entsprach; sollte Dr. Falk einmal die Geschichte seines Ministeriums schreiben, so wird er diese Thatsache nur bezeugen können. Dr. Falks Rücktritt ist durch die Empfindlichkeit veranlaßt worden, die seine Behandlung am Hofe, namentlich so weit der Einfluß der Kaiserin reichte, in ihm hervorgerufen hatte. Fürst Bismarck war bei der Maigesetzgebung“ (den preußischen Gesetzen im kirchlichen Kampfe) „aus Kameradschaft für Falk und im Vertrauen auf ihn mitgegangen, obschon er mitunter anderer Meinung gewesen sein und nicht von allen Einzelheiten Kenntnis gehabt haben mag. Nachdem sich Dr. Falk vom Fürsten gegen dessen Wunsch getrennt hatte, wurden seitens des leitenden Ministers allerdings abweichende Meinungen zur Geltung gebracht, aber diese waren von Anfang an die seinigen gewesen; er hatte nur auf ihre Vertretung verzichtet, um einer so hervorragenden Kraft wie Falk so lange als möglich die Führung des Amtes zu überlassen. Als dies nicht mehr möglich erschien, fiel der Zweck jener Zurückhaltung fort, und der Fürst vertrat alsdann seine eigenen Ansichten.“

Vorläufig aber herrschte zwischen den beiden Staatsmännern noch volles Einverständnis. Namentlich war Bismarck von der Notwendigkeit der ersten zwei Kulturkampfgesetze, die Preußen seinem Landtag vorlegte, des Schulaufsichtsgesetzes und des Zivilehegesetzes, durchaus überzeugt. Nicht minder aber von der Notwendigkeit der „liberalen Kreisordnung“. Das ist bereits früher (s. o. Band IV S. 72) angedeutet worden. Schon am 4. und 5. Februar 1868 hörten wir Bismarck, bei Beratung der Vorlage des hannöverschen Provinzialfonds, im Abgeordnetenhause aussprechen, daß die preußische

Regierung jene Vorlage, welche der Provinz Hannover die Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten überließ, „auch im Interesse der gesamten preußischen Politik für nützlich und notwendig" halte. Und auf die Rede des Abg. v. Kardorff, welcher dem Minister dankte für die Entschiedenheit, mit welcher dieser den wohlbegründeten Anspruch der Nation auf Dezentralisation und Selbstverwaltung anerkannt habe, hörten wir Bismarck damals erklären: „Darüber ist das Ministerium in sich einig, daß ein Zustand so bald als möglich aufhören müsse, in welchem über jeden Zaun, über jede Brückenbohle durch fünf Instanzen bis nach Berlin gegangen wird, und daß schließlich die beiden äußersten Pole, die Bezirksgendarmen und die geheimrätlichen Kreise des Ministeriums die eigentlich Entscheidenden in jeder einzelnen Sache sind." Aber auch damals schon sahen wir die Konservativen in heller Feindschaft gegen Bismarck auflodern. Daß ihr einstiger Vorkämpfer ihnen aber nun vollends die drei Ungeheuerlichkeiten des Schulaufsichtsgesetzes, der Zivilehe und der liberalen Kreisordnung bescheerte, war ihnen unfaßbar. „Bismarck schwimmt im breiten Strom des Liberalismus", klagten sie mit der Kreuzzeitung — mochte er darin untergehen! Die ältesten konservativen Freunde wandten ihm fortan jahrelang den Rücken.

Zum ersten Male ergriff Bismarck im Jahre 1872 im Landtage das Wort am 15. Januar bei Beratung des auswärtigen Etats. Der Abg. Löwe bemängelte wieder einmal die Notwendigkeit der Haltung preußischer Gesandtschaften an deutschen Höfen und nötigte Bismarck dadurch, schon oft Gesagtes zu wiederholen. Nur geschah dies in ganz neuer, jeden Hörer fesselnder Form und Begründung, was man von der Rede Löwes nicht sagen konnte. Unter großer Heiterkeit des Hauses richtete daher Bismarck an Löwe die Bitte: wenn derselbe nichts Neueres als das heute und früher Angeführte über die Sache zu sagen wisse, dann wollten sie sich „in Zukunft lieber gegenseitig mit einer Bezugnahme auf die früheren stenographischen Berichte abfinden". Dem ganzen Hause aber rief er das geflügelte Wort zu: „Ich möchte überhaupt dringend

empfehlen, daß wir die Politik doch etwas mehr vom praktischen Gesichtspunkte betrachten; sie ist in der That eine eminent praktische Wissenschaft, bei der man sich an die Form, an die Namen, an Theorien, in die es gerade hineinpassen soll, nicht so sehr kehren kann."

Das Zentrum wartete die kirchlichen Vorlagen der Regierung nicht ab, um den Angriff zu beginnen. Denn schon bei Beratung des Budgets des Kultusministeriums, am 30. Januar, beklagte Reichensperger in gereizter Rede die Aufhebung der katholischen Abteilung dieses Ministeriums, während Windthorst, nach der würdevollen Entgegnung Falks, in der geringen Berücksichtigung der Katholiken bei Besetzung der höheren preußischen Beamtenstellen eine „konfessionelle Imparität" erblickte und „die feindlichen Maßregeln der Regierung" für den konfessionellen Unfrieden im Lande allein verantwortlich machte. Bismarck, der, im Herrenhause anwesend, nur einen Teil der Rede Windthorsts vernommen hatte, erhob sich sofort zur Entgegnung. Seine Rechtfertigung der Aufhebung der katholischen Abteilung können wir übergehen. Von dem Abgeordneten Windthorst aber sagte er, unter lebhaftem Beifall: Seine Rede war nicht geeignet, den konfessionellen Frieden zu fördern; seine Urteile zeugten weder von christlicher Milde noch von christlicher Demut, noch entsprächen die von jenem angeführten Thatsachen überall der Wahrheit. Eine Verpflichtung der Regierung zur konfessionellen Volkszählung, insbesondere in den Beamtenstellen, bestehe nicht. Namentlich auf dem Posten des Kultusministers seien Männer des Zentrums nicht verwendbar. Dann sprach er wörtlich aus: „Ich habe es von Hause aus als eine der ungeheuerlichsten Erscheinungen auf politischem Gebiete betrachtet, daß sich eine konfessionelle Fraktion in einer politischen Versammlung bildete, eine Fraktion, der man, wenn alle übrigen Konfessionen denselben Grundsatz annehmen wollten, nur die Gesamtheit einer evangelischen Fraktion gegenüber stellen müßte, dann wären wir allerseits auf einem inkommensurabeln Boden, denn damit würden wir die Theologie in die öffentlichen Versammlungen tragen, um sie zum Gegenstande

der Tribünen-Diskussion zu machen (Sehr gut! Sehr richtig! Große Unruhe). Es war ein großer politischer Fehler, den die Herren vom politischen Standpunkt des Vorredners begingen, daß sie diese Fraktion überhaupt bildeten, eine rein konfessionelle Fraktion auf rein politischem Boden, indem sie ihre Glaubensgenossen aus den verschiedenen Fraktionen durch die Einflüsse, die ihnen zu Gebote standen, nötigten, sich ihnen anzuschließen (Sehr wahr!). . . . Ich habe, als ich aus Frankreich zurückkehrte, die Bildung dieser Fraktion nicht anders betrachten können, als im Lichte einer Mobilmachung der Partei gegen den Staat (Sehr wahr!).“

Dafür spreche vor allem die unglaubliche ultramontane Verhetzung bei den Wahlen und die Person des Führers der neuen Partei, Windthorst, „der von Anfang an ungern und mit Widerstreben der preußischen Gemeinschaft beigetreten ist, bisher niemals durch seine Haltung und die Färbung seiner Rede bekundet hat, daß er diesen Widerwillen überwunden habe; ja, von dem ich noch heute zweifelhaft bin, ob ihm die Neubildung des Deutschen Reiches willkommen ist; ob er in dieser Gestalt die deutsche Einigung annehmen will, oder ob er sie lieber gar nicht gesehen hätte.“ Gleichwohl aber habe Bismarck während der ganzen ersten Reichstagssitzung im Frühjahr 1871 über die neue Partei geschwiegen. „Von jener Seite (aber) wurde nicht geschwiegen.“ Sie hetze die gemeinen Leidenschaften der großen Masse auf, ihre Presse sei in ihrer Gehässigkeit solidarisch, und „etwas Gutes über die preußische Regierung, etwas, was zur Anerkennung aufforderte, habe ich nie gelesen.“ Bismarck schloß: „Daß die katholische Konfession außerhalb ihres Gebietes eine Herrschaft übe, das können wir in der That nicht zugeben, und ich glaube, der Streit liegt mehr auf dem Gebiete der hierarchischen Bestrebungen, als auf einem Gebiete der Verteidigung. Jedes Dogma, auch das von uns nicht geglaubte, welches so und so viel Millionen Landsleute teilen, muß für ihre Mitbürger und für die Regierung jedenfalls heilig sein. Aber wir können den dauernden Anspruch auf eine Ausübung eines Teils der Staatsgewalt den geistlichen Behörden nicht einräumen, und

soweit sie dieselbe besitzen, sehen wir im Interesse des Friedens uns genötigt, sie einzuschränken (Lebhafter Beifall)."

Auf die am folgenden Tage fortgesetzte Debatte gehen wir nicht weiter ein. Am 8. Februar begann das Abgeordnetenhaus die Generaldiskussion über das Schulaufsichtsgesetz. Reichensperger und Windthorst griffen die Vorlage heftig an. Gegen diese Redner erhob sich Bismarck am 8. Februar einstweilen nur zu persönlichen Bemerkungen. Als aber am 9. Februar auch der konservative Abgeordnete v. Strosser sich den ultramontanen Gegnern der Vorlage zugesellte, da ergriff, nach einer trefflichen Rede Falks, Bismarck das Wort. „Es ist ja möglich," begann er, „daß sehr viele der Herren, die sonst die Regierung zu unterstützen pflegen, in diesem Falle aber es nicht zu thun entschlossen sind, die Dinge besser kennen, als die Staatsregierung — nun, dann mögen die Herren kommen und selbst einmal regieren und probieren — dann werden sie mehr darüber erfahren, als sie in ihren Provinzen zu hören bekommen. . . . Wie kommt es denn eigentlich, daß wir seit einem Jahre in einem unbehaglichen kampfartigen Zustande uns gegenseitig befinden? Ich habe neulich mein Erstaunen darüber ausgesprochen, daß sich auf einem rein politischen Gebiet eine konfessionelle Fraktion gebildet habe. Indessen ich würde es doch noch als einen Vorteil betrachtet haben, wenn diese Fraktion wirklich eine ganz rein konfessionelle geblieben wäre, wenn sie nicht versetzt worden wäre mit anderen Bestrebungen, wenn sie sich nicht belastet hätte mit der Prozeßführung für Elemente und Bestrebungen, die der friedlichen Aufgabe, die jede Kirche hat, auch die katholische, eigentlich vollständig fremd sind. Das bestreiten Sie auch nicht, selbst der Abgeordnete Dr. Windthorst gibt eine zustimmende Kopfbewegung. Aber deshalb wäre es m. E. Ihre Aufgabe gewesen, sich von dem Einfluß solcher Faktoren frei zu halten, deren Element der Kampf ist, deren Zukunft allein im Kampf und in Unsicherheit der gegenwärtigen Zustände liegt. Diese Elemente des Streites, mit denen Sie die Mission des Friedens, die Ihnen obliegt, sich erschwert haben, sind mehrere. Das erste davon ist m. E. die Wahl Ihres

‚geschäftsführenden Mitgliedes‘,*) welches sich auf die Mehrheit der Fraktion stützt, gewöhnlich im Namen der Fraktion zu sprechen pflegt und ihr den Namen“ („Fraktion Windthorst-Meppen“) „hauptsächlich gegeben hat. Sind die Interessen des Führers und der Armee nun identisch? Das ist die Frage, die ich zu erwägen geben möchte, oder kämpft diese Armee, im Vertrauen auf die Geschicklichkeit ihres Führers, vielleicht doch unter seiner Leitung für Zwecke, die nicht die ihrigen sind.“ Der Abgeordnete Windthorst sei eben in erster Linie Welfe. Er „beteiligt sich viel an den Debatten, aber das Öl seiner Worte ist nicht von der Sorte, die Wunden heilt, sondern von der, die Flammen nährt, Flammen des Zornes.“ Außerhalb des Hauses, im Volk, machten seine Reden den Eindruck, „als wenn so ruchlose Leute in der Regierung unseres Königs säßen, die den heidnischen Staat anstreben, als sei dieses Gesetz — mit der Unterschrift Sr. Majestät des Königs — wirklich dazu bestimmt, das Heidentum, einen Staat ohne Gott, bei uns einzuführen, als seien der Herr Abgeordnete für Meppen und die Seinigen hier noch die alleinigen Verteidiger Gottes. Der Gott, an den ich glaube, möge mich davor bewahren, daß der Herr Abgeordnete für Meppen je die Verfügung über die Spendung seiner Gnaden für mich haben könnte (Heiterkeit). Ich würde dabei nicht gut wegkommen. . . . Ich glaube, m. H. vom Zentrum, Sie werden zum Frieden mit dem Staate leichter gelangen, wenn Sie sich der welfischen Führung entziehen.“

Eine zweite Klasse von Unfriedensstiftern erblickt der Reichskanzler in den „publizistischen Klopffechtern“, namentlich den polnischen; aber auch mit diesen verbinde sich das Zentrum, wie Bismarck aus Zeitungsartikeln nachweist, die er zur Verlesung bringt. „Ich komme damit auf den dritten Bundesgenossen, den Sie haben, der des Streites und Kampfes bedarf. Das sind die Bestrebungen

*) Diese Bezeichnung hatte der Abgeordnete Windthorst dadurch herausgefordert, daß er am Tage zuvor bemerkt hatte: er werde festhalten an dem monarchisch-christlichen Prinzip im Staate, „selbst wenn die Mehrheit und die deren Geschäfte führenden Minister“ anders beschließen sollten.

des polnischen Adels, und Thatsache ist, daß im allgemeinen die katholische Geistlichkeit — auch deutscher Zunge — die Bestrebungen des polnischen Adels, sich von dem Deutschen Reiche und der preußischen Monarchie zu lösen und das alte Polen in seinen früheren Grenzen wieder herzustellen, begünstigt, mit Wohlwollen behandelt und, soweit es ohne Verletzung der Strafgesetze geschehen kann, gefördert hat, und das ist einer der empfindlichsten Punkte, in denen der Kampf von seiten der katholischen Kirche gegen die Staatsregierung zuerst eröffnet worden ist, und wo jeder Minister, der sich seiner Verantwortlichkeit bewußt ist, dahin sehen muß, daß der Staat in Zukunft davor bewahrt werde." Die geistlichen Schulinspektionen in den Provinzen, wo das Polnische geredet wird, hätten „die deutsche Sprache nicht zu ihrem Recht kommen lassen, sondern dahin gewirkt, daß die deutsche Sprache vernachlässigt und nicht gelehrt werde (Sehr wahr! rechts), daß der Lehrer, dessen Schulkinder Fortschritte in der deutschen Sprache gemacht haben, von seinem Geistlichen keine günstige Zensur bekommt." Die meisten von Mühler bei den Regierungsbehörden angestellten Schulräte hätten „mit diesen Bestrebungen sympathisiert, den Lehrern in halb polnischen Landesteilen, bei denen die Kinder nicht deutsch lernten, wohlgewollt, diejenigen aber strenger ins Auge gefaßt, wo die Kinder gute Fortschritte in der deutschen Sprache machten, und es befördert, daß wir in Westpreußen Gemeinden haben, die früher deutsch waren, wo aber jetzt die junge Generation nicht mehr deutsch versteht, sondern polonisiert worden ist nach hundertjährigem Besitz (Hört! Hört!). Es ist das ein rühmliches Zeugnis für die Lebensfähigkeit und Tüchtigkeit der polnischen Agitation, aber diese polnische Agitation lebt doch vielleicht nur von der Gutmütigkeit des Staates. Aber die Herren müssen diese Gutmütigkeit nicht überschätzen, ich kann Ihnen sagen: sie ist zu Ende! und wir werden wissen, was wir dem Staate schuldig sind (Beifall links). Sie werden mit weiteren Anträgen und Klagen, wie man mir sagte, kommen zu Gunsten der polnischen Sprache; wir werden Ihnen mit Gesetzesvorlagen zu Gunsten der Beförderung der deutschen Sprache ent-

gegentreten (Beifall links), auch für die Provinz Posen. . . . Wir werden uns künftig dasjenige annähernd zum Muster nehmen, was beispielsweise von Frankreich im Elsaß zur großen Anerkennung der Elsässer beobachtet worden ist (Heiterkeit)."

Die konservative Opposition gegen die Vorlage aber beruhe hauptsächlich auf dem Gedanken: „daß man der jetzigen Regierung allenfalls in einem gewissen Grade trauen könne, wenn auch ihr Abfall zum Parlamentarismus, wie es scheint, unweigerlich festgestellt ist, aber was könne sie nicht für Nachfolger haben! Da, m. H., muß ich bitten, verfallen Sie doch nicht in diesen Fehler, den Sie der Opposition, der regelrechten Opposition, sonst vorgeworfen haben, daß man die Regierung wie ein schädliches Tier behandeln müsse, das nicht eng genug angebunden werden könne, das nie Freiheit haben müsse, sich zu bewegen, weil es dieselbe sofort mißbraucht. Dadurch beschränken Sie die Freiheit der jetzigen Regierung, für das Wohl, ja für die Sicherheit des Staates nach ihrer Einsicht zu sorgen, in einem Maße, welches die Regierung anzunehmen in der Unmöglichkeit ist. Jeder Tag hat seine eigenen Sorgen, und wenn eine andere Regierung kommt, dann glaube ich nicht, daß diese Regierung in Preußen je so beschaffen sein kann, daß sie mit dem Staate nun abfährt in die gottlose und heidnische Welt, die der Abgeordnete Windthorst uns geschildert hat — sie wird immer eine monarchische Regierung bleiben müssen. . . . Ich bitte Sie, beschäftigen Sie sich mit Realitäten und nicht mit Gespenstern der Zukunft, und beweisen Sie uns auch heute das Vertrauen, welches Sie uns bisher gewährt haben (Lebhafter Beifall links)."

Als der Abgeordnete Windthorst sich dann in langer persönlicher Bemerkung über das „Übermaß von persönlichen Angriffen" beklagte und dem Ministerpräsidenten vorwarf, dessen unbewiesene Verdächtigungen könnten nur den Zweck haben, ihn (Windthorst) „einzuschüchtern mittels eines Terrorismus, der das freie Wort unterdrücke," da erwiderte Bismarck: „Dem Abgeordneten Windthorst habe ich nur dringend die Bitte zu wiederholen, daß er uns den

konfessionellen Frieden dadurch erleichtern möge, daß er sich und seine Bestrebungen von der Fraktion, die er jetzt führt, trennt. Kann er einen anderen Preis dafür finden, über den wir uns verständigen können (Heiterkeit), so unterschätze ich seinen Einfluß nicht, und wenn ich nur gewiß wäre, daß die Trennung nicht bloß eine formale, sondern eine durchgreifende wäre, so könnte ich ein recht hohes Opfer dafür bringen."

Bei der Fortsetzung der Debatte über das Schulaufsichtsgesetz am 10. Februar übte der Zentrumsabgeordnete v. Mallinckrodt an der vortägigen Rede Bismarcks scharfe Kritik. Windthorst sei keineswegs „geschäftsführendes Mitglied" der Partei, wohl aber sei das Zentrum stolz darauf, ein so hervorragendes Mitglied zu haben, wie den Abgeordneten für Meppen. „M. H., man hat eine Perle annektiert und wir haben die Perle in die richtige Fassung gebracht (Sehr gut! im Zentrum. Große anhaltende Heiterkeit)." Bismarck entgegnete, er habe Windthorst genau mit demselben Rechte das „geschäftsführende Mitglied" seiner Fraktion genannt, wie Windthorst ihn „den für die Mehrheit geschäftsführenden Minister", denn „die Fraktion hat acht Mitglieder zum Vorstand, das Ministerium hat auch gerade acht Mitglieder (Heiterkeit). Die sind auch alle vollständig gleichberechtigt, ich habe meinen Kollegen gar nichts zu befehlen. . . . Der Herr Vorredner nannte den Abgeordneten für Meppen eine Perle. Ich teile dies in seinem Sinne vollständig; für mich aber hängt der Wert einer Perle sehr von ihrer Farbe ab, ich bin darin etwas wählerisch (Heiterkeit)."

Nach diesen persönlichen Vorbemerkungen wandte sich aber Bismarck sogleich zur sachlichen Begründung der Vorlage. Sie sei notwendig, weil „katholische Geistliche, und nicht bloß polnischen Ursprungs, sich mit den nationalpolnischen Bestrebungen des polnischen Adels verbünden, um die Entwickelung des Unterrichts der deutschen Sprache zu hemmen," und da ferner die Regierung „sich der merkwürdigen Beobachtung nicht verschließen kann, daß die Geistlichkeit, auch die römisch-katholische, in allen Ländern eine nationale ist; nur Deutschland macht eine Ausnahme. . . . Nur in

Deutschland ganz allein, da ist die eigentümliche Erscheinung, daß die Geistlichkeit einen mehr internationalen Charakter hat. Ihr liegt die katholische Kirche, auch wenn sie der Entwickelung Deutschlands sich auf der Basis fremden Volkstums entgegenstellt, näher am Herzen, als die Entwickelung des Deutschen Reiches, womit ich nicht sagen will, daß ihr diese Entwickelung fern läge, aber das andere steht ihr näher (Abg. Windthorst: Beweise!). Beleidigung kann ich darin nicht finden (Ruf im Zentrum und rechts: Beweise!). Ach, m. H., greifen Sie doch in Ihren eigenen Busen! (Andauernde Heiterkeit). Der Herr Vorredner hat nun ferner an Reden erinnert, die ich vor 23 Jahren, im Jahre 1849 gehalten habe.*) Ich könnte diese Bezugnahme einfach mit der Bemerkung abfertigen, daß ich in 23 Jahren, namentlich wenn es die besten Mannesjahre sind, etwas zuzulernen pflege, und daß ich überhaupt, ich wenigstens, nicht unfehlbar bin (Bewegung). Aber ich will weiter gehen. Was in jenen meinen Äußerungen an lebendiger Erkenntnis und Bekenntnis zu dem lebendigen christlichen Glauben liegt, dazu bekenne ich mich noch heute ganz offen und scheue dieses Bekenntnis weder vor der Öffentlichkeit noch in meinem Hause an irgend einem Tage; aber gerade dieser mein lebendiger, evangelischer christlicher Glaube legt mir die Verpflichtung auf, für das Land, wo ich geboren bin und zu dessen Dienst mich Gott geschaffen hat, und wo ein hohes Amt mir übertragen worden ist, dieses Amt nach allen Seiten hin zu wahren; und wenn die Fundamente des Staates von den Barrikaden und der republikanischen Seite angegriffen werden, so habe ich es für meine Pflicht gehalten, auf der Bresche zu stehen, und werden sie von Seiten angegriffen, die eher berufen waren und noch immer sind, die Fundamente des Staates zu befestigen und nicht zu erschüttern, so werden Sie mich auch da zu jeder Zeit auf der Bresche finden. Das gebietet mir das Christentum und mein Glaube! (Lebhafter Beifall)."

Am Ende dieser Sitzung fand die Abstimmung über die Vorlage im Abgeordnetenhause statt. Sie wurde mit nur dreißig

*) Gemeint ist die Rede vom 15. November 1849. S. o. Bd. I S. 204.

Stimmen Mehrheit angenommen, da die Konservativen, nach Ablehnung eines von ihrem Führer v. Rauchhaupt eingebrachten Amendements, dagegen stimmten. Am 13. Februar suchte der Abg. v. Rauchhaupt diese Haltung seiner Freunde zu rechtfertigen, mußte sich aber von Lasker sagen lassen, daß diese Haltung unbegreiflich sei, da sie nur darauf ausgehe, der Regierung eine möglichst große „moralische Schlappe" beizubringen. Ihm trat Bismarck bei in den Worten: „Der Herr Vorredner hat gesagt, es sei ihm und den Seinen undenkbar gewesen, daß in einer Frage von dieser grundsätzlichen und von uns (der Regierung) für die Sicherheit des Staates wichtig erklärten Frage, in einer Frage von der Bedeutung die bisherige konservative Fraktion der Regierung offen den Krieg erklärt hat. Ich will mir diesen Ausdruck nicht aneignen, aber ich darf das wohl bestätigen, daß es mir auch undenkbar gewesen ist, daß diese Partei die Regierung in einer Frage im Stiche lassen werde, in welcher die Regierung ihrerseits entschlossen ist, jedes konstitutionelle Mittel zur Anwendung zu bringen, um sie durchzuführen (Hört! hört! rechts; lebhafter, anhaltender Beifall, andauernde Erregung)."

Diese Erregung erklärt sich durch den tieferen Sinn dieser Worte. Denn die Hauptopposition stand der Vorlage erst noch bevor, im Herrenhause — und der dortigen konservativen Fronde drohten diese Worte des Ministerpräsidenten ganz deutlich mit dem Ärgerlichsten, mit einem Pairsschub oder mit einer gründlichen Umwandlung des Herrenhauses. Im Abgeordnetenhause bewirkte diese ernste Mahnung wenigstens, daß die konservative Partei bei der Schlußabstimmung am 13. Februar sich spaltete und zum Teil für das Gesetz stimmte, so daß es nun mit einer Mehrheit von 52 Stimmen angenommen wurde. In zweiter und dritter Lesung hatte der einzige Minister, der zugleich Mitglied des Abgeordnetenhauses war, Graf Fritz Eulenburg, dafür gestimmt. An ihn richtete Bismarck am 7. Februar 1872 ein Schreiben,*) welches ebenso deutlich

*) Horst Kohl, Bismarck-Jahrbuch, I, S. 83.

wie die vorstehend mitgeteilten Reden des Kanzlers abermals beweist, welch großen Anteil die Sorge vor der nationalpolnischen Agitation an Bismarcks Stellung im Kulturkampfe hat. Es heißt daselbst: „Verehrter Freund, ich kann nicht umhin, Ihnen ehrlich mitzuteilen, daß Ihre Passivität bezüglich der polnischen Verhältnisse mich im Bewußtsein meiner Verantwortlichkeit auch für unsere inneren Verhältnisse bis an die Grenze der Linie bringt, innerhalb deren meine ministerielle, ich kann nicht sagen Mitwirkung, aber Mitleidenschaft für mich thunlich erscheint. Ich habe das Gefühl, daß auf dem Gebiete unserer polnischen Provinzen der Boden unter uns, wenn er heute noch nicht auffällig wankt, doch so unterhöhlt wird, daß er einbrechen kann, sobald sich auswärts eine polnisch-katholisch-österreichische Politik entwickeln kann. — Wollen Sie mir in den Vorkehrungsmaßregeln, die ich gegenüber der in jedem der nächsten Jahre möglichen Eventualitäten für unabweisbar notwendig halte, nicht aktiver und selbstthätiger als bisher beistehen, so machen Sie mir die Frage eines Personenwechsels in Ihrem oder meinem Ministerium zu einer unabweislichen. — Ich kann mich mit theoretischen Erörterungen und Zugeständnissen auf dem erwähnten Gebiete nicht beruhigen, sondern bedarf des praktischen Beweises, daß Sie mit mir gegen die seit zehn Jahren prosperierende polnische Unterwühlung der Fundamente des preußischen Staates vorgehen.

„Mein Antrag geht auf grundsätzliche Ausweisung aller bei uns nicht heimatberechtigten Polen, vorbehaltlich der Ausnahmen, welche die Regierung in Gnaden bewilligt. Die Passivität des mit dieser für die Sicherheit des Staates so bedeutungsvollen Frage ressortmäßig betrauten Ministeriums" (des Innern, an dessen Spitze Graf Fritz Eulenburg stand,) „nötigt mich, meine petita in diese allgemeine und vielleicht unpraktische Form zu bringen. Wenn ich einen Kollegen hätte, der seinerseits diese Frage mit derselben an keinem Tage nachlassenden Energie betriebe, welche von der polnischen Seite zur Untergrabung der Sicherheit Preußens seit 24 Jahren" (also seit 1848) „entwickelt wird, so würde ich gar nicht in die Versuchung kommen, den Details des Geschäftes meine

Aufmerksamkeit zu widmen. — Aber ich habe das unbehagliche Gefühl, daß in Ihrem Ministerium die Frage bisher keiner grundsätzlichen, thätigen, angreifenden Behandlung unterliegt, sondern die Thätigkeit des Staats sich auf die abwehrende Erledigung der einzelnen von hier oder aus dem Lande eingehenden Anregungen beschränkt. Ich habe das persönliche Bedürfnis, die Aufgaben, an denen wir nun bald zehn Jahre gemeinsam arbeiten, auch mit Ihnen, verehrter Freund, gemeinsam durchzuführen, soweit unsere Kräfte reichen. Wenn Sie aber von den Ihrigen in der polnischen Frage keinen nachhaltigeren und freiwilligeren Gebrauch machen als bisher, so reichen meine Kräfte zur Durchführung des mir zufallenden Anteils nicht aus.

„Ich habe infolge der Überanstrengung, die für mich daraus erwächst, daß ich Ihnen und den anderen Kollegen nur in der Rolle des lästigen Bittstellers und Mahners näher treten kann, meine Nervenkräfte erschöpft, und ich kann mein Geschäft unter diesen Bedingungen nicht fortführen. Wir brauchen vier Ministerpräsidenten: für Se. Majestät, wo ich fühle, daß mein Einfluß schwindet, für die Kollegen, für das Parlament und für die auswärtigen Geschäfte. Ich habe dran gesetzt, was ich konnte, aber meine Kraft ist verbraucht. Sie haben die Ihrige geschont; wenn Sie jetzt nicht Ihre ersparten Überschüsse einsetzen, so liquidiere ich. Ihr v. Bismarck.“

Das Urteil über Bismarcks gewaltige Leistungen auf allen Gebieten, wird dem großen Staatsmann erst dann völlig gerecht, wenn es eingedenk ist der rastlosen Kämpfe, die er nicht bloß gegen die parlamentarischen Parteien, sondern auch gegen die Kollegen im Ministerium, gegen deren „streitbare Räte“, gegen höfische Einflüsse aller Art, gegen widerspenstige Diplomaten u. s. w. zu bestehen und auszufechten hatte. Nun, als im Februar und März 1872 das Schulaufsichtsgesetz in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung die Kommission und das Plenum des Herrenhauses beschäftigte, machten Bismarcks alte konservative Freunde ihm vorwiegend das Leben sauer. Die Kommission des Herren-

hauses hatte die Vorlage bis zur Unkenntlichkeit verändert. In der Plenarberatung am 6. März ergriff Bismarck das Wort, nachdem sich die konservativen Redner v. Wedell, Graf Galen, v. Waldaw-Steinhöfel und der gemäßigte Pole Graf Bninski gegen das ganze Gesetz erklärt hatten. Die auch hier wiederholten eingehenden Schilderungen des Fürsten von der nationalpolnischen Agitation können wir übergehen. Den evangelischen konservativen Gegnern der Vorlage aber rief Bismarck zu: „Wenn mein verehrter Landsmann Herr v. Waldaw mir sein Urteil mit kühler Festigkeit als für jede rednerische Begabung unerschütterlich gegenüberstellt und sagt, es (das Gesetz) ist nicht nötig, und acht Minister nach langen und wiederholten Prüfungen der Frage sind anderer Meinung, und Se. Majestät der König teilt deren Ansicht, und sie machen eine Vorlage und sagen, es sei nötig, so lassen wir das Publikum darüber urteilen, wer diese Frage besser zu beurteilen weiß, wer diese Dinge besser verstehen muß, der Herr Redner oder die Regierung. Diese Art der Kritik kann ich nicht anders benennen als Überhebung. Es ist das eine geringschätzige Behandlung, wie sie die Regierung nicht verdient, wenn man sagt: Du verstehst das nicht, du gehst leichtsinnig darüber hin, — oder wenn andere Redner derselben Partei gesagt haben, diese Gesetzesvorlage sei so unerklärlich, daß man ihr notwendig den Hintergedanken unterschieben müsse: wenn die Regierung den gebotenen Kompromiß nicht annehme, dann müsse sie die uneingestandene Absicht haben, mit der konservativen Partei zu brechen. Keine Regierung hat je ein Interesse, mit einer konservativen Partei zu brechen, aber die Partei besorgt das mitunter selbst (Beifall. Heiterkeit)."

Den Gegnern, die da sagen: das Gesetz ist schädlich, erwidert Bismarck: „Gesetze sind wie Arzneien, sie sind gewöhnlich nur Heilung einer Krankheit durch eine geringere oder vorübergehende Krankheit. Ein jedes Gesetz hat seine Kehrseite, eine jede Änderung von Gesetzen hat etwas Verdrießliches, und die gesetzgebende Gewalt oder die Regierung, welche die Initiative derselben ergreift, kann in der Regel nur zwischen zwei Übeln das kleinere

wählen. Wenn jemand ein Gesetz nicht will, gleichviel aus welchem Grunde, so hat er stets das Bedürfnis, die Übel, die mit diesem neuen Gesetze, wie mit jedem andern, verbunden sind, zu übertreiben." Dieser Übertreibung mache sich namentlich der Kommissionsbericht des Herrenhauses „in einer ungerechtfertigten und mit dem Charakter einer konservativen Opposition nicht mehr verträglichen Weise" schuldig. „Was uns bestimmt hat, dieses Gesetz vorwegzunehmen aus dem (in Preußen mangelnden) Unterrichtsgesetze, und gerade jetzt die Geduld nicht mehr zu haben, die wir hatten, das war die Erwägung, daß wir früher in einem von ganz Europa beneideten konfessionellen Frieden gelebt haben. Dieser Frieden begann aber minder sicher für uns zu werden, von dem Augenblicke an, wo Preußen mit seiner evangelischen Dynastie eine stärkere politische Entwickelung nahm. So lange neben Preußen zwei katholische Hauptmächte in Europa waren, von denen jede einzelne gedacht für die katholische Kirche eine stärkere Basis zu sein schien als Preußen, da haben wir diesen Frieden gehabt; er wurde schon bedenklich und angefochten nach dem österreichischen Kriege, nachdem die Macht, welche in Deutschland eigentlich den Hort des römischen Einflusses bildet, im Jahre 1866 im Kriege unterlag und die Zukunft eines evangelischen Kaisertums in Deutschland sich deutlich am Horizont zeigte. Aber man verlor die Ruhe auf der anderen Seite vollständig, als auch die zweite katholische Hauptmacht in Europa (Frankreich) denselben Weg ging, und Deutschland einstweilen anerkannt die größte Militärmacht und einstweilen, und vielleicht, je nachdem es Gott will, auf längere Zeit hin, die größte Schwerkraft in der politischen Waage wurde, ohne unter einer katholischen Dynastie zu stehen. Ich will den ganzen Kausalzusammenhang nicht entwickeln. Gleichmäßig mit dem Wachsen Preußens haben wir die Beeinträchtigung des konfessionellen Friedens von Hause aus gespürt, und man hat nach vielen Mitteln gegriffen, um Waffen gegen uns in die Hand zu bekommen."

Die Debatte wurde am 7. März fortgesetzt. Auf die in Form von Verwahrungen und Entgegnungen vorgebrachten neuen

Angriffe der Herren v. Kröcher und v. Senfft-Pilsach erwiderte Bismarck: Herr v. Kröcher werfe ihm zu Unrecht vor, daß er die „Theorie vom beschränkten Unterthanenverstand" habe wieder zur Geltung bringen wollen. „Ich habe Höhenmessungen des Verstandes hier gar nicht anstellen wollen und räume jedem ein, der es in Anspruch nimmt, daß er viel klüger ist als ich." Aber ob man sagen soll Men, not measures oder Measures, not men*), diese Frage, „ob man seine Opposition und seine Beurteilung der Regierungsstellung im Ganzen mehr nach der Gesamtstellung des parteiführenden und regierungsführenden Mitgliedes oder nach jeder einzelnen Maßregel richten soll", sei in allen wirklich parlamentarischen Ländern längst im ersteren Sinne entschieden; sonst komme man zu einem „Kriege Aller gegen Alle". Und wer die der eigenen Partei angehörige Regierung bekämpfe oder auch nur kritisiere, der habe die Verpflichtung, den leitenden Staatsmann zu ersetzen. Dagegen „mit bitterer und leidenschaftlicher Kritik der Regierung, deren Gesamtlage man nicht zu beurteilen vermag, einen Stein zwischen die Räder zu werfen — das ist kein patriotisches Gewerbe!"

In ungewöhnlicher Vollzähligkeit war das Herrenhaus beisammen, als am 8. März die Entscheidung über das wichtige Schulaufsichtsgesetz fiel. Mit 126 gegen 76 Stimmen wurde es, nach Verwerfung des Kommissionsberichtes, in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung angenommen. Fürst Bismarck gab selbst seine Stimme dafür ab. Für diesmal war also der Pairsschub oder die Umgestaltung des hohen Hauses noch abgewendet.

Schon in den Wochen, da das Schulaufsichtsgesetz im Abgeordnetenhause der Anfechtung von klerikaler und konservativer Seite begegnete, liefen zahllose Zustimmungen und Danktelegramme aus ganz Deutschland beim Fürsten Bismarck ein, welche wochenlang die Spalten der deutschen Zeitungen füllten. Von seinen Antworten erwähnen wir nur die folgenden. Die deutschen Einwohner der Stadt Posen hatten dem Fürsten am 13. Februar ihren

*) „Männer, nicht Maßregeln, oder Maßregeln, nicht Männer"; ein Citat aus Goldsmiths Lustspiel „Der gutmütige Mann".

lebhaften Dank ausgesprochen, daß er die „Gutmütigkeit“ der preußischen Regierung gegenüber den nationalpolnischen Bestrebungen nicht ferner dulden werde. Er antwortete am 23. Februar: „Die Bestrebungen der von Ihnen gekennzeichneten Partei, welche sich nicht die Wohlfahrt beider dort heimischen Nationalitäten, sondern die Unterdrückung des deutschen Elements als Ziel gesteckt hat, legen der Regierung die Pflicht auf, ungesetzlichen Übergriffen, unter welcher Form sie auch auftreten mögen, entgegen zu treten. Die Regierung ist sich bewußt, daß ihr nicht die polnische Bevölkerung und nicht die katholische Kirche gegenübersteht, weil sie die Rechte Beider auf dem Gebiete der bürgerlichen Gesetze und der Glaubensfreiheit jederzeit geachtet und geschützt hat und achten und schützen wird. Aber in diesem Bewußtsein ist sie auch fest entschlossen, den Gesetzen Achtung zu verschaffen.“ — Am 25. Februar konnte Bismarck sogar einem Katholikenverein im fernen deutschen Süden, dem ersten Innthaler Katholikenverein in Oberaudorf in Bayern, telegraphisch seinen Dank „für die Bekundung landsmannschaftlicher Übereinstimmung in Gesinnung und Bestrebung“ aussprechen. Auch der Vorstand des Allgäuer Volksvereins richtete am 28. Februar ein Danktelegramm an den Fürsten, in welchem von den Allgäuern „dem geistigen Urheber der Wiedergeburt des Deutschen Reiches, dem erhabenen Vorkämpfer für die Rechte des Staates gegenüber den ultramontanen und pietistischen Reichsverderbern die Gefühle wahrster Ehrfurcht dargebracht“ wurden.*) Bismarck antwortete am 29. Februar in dem Telegramm: „Herzlichen Dank für den warmen Ausdruck des Verständnisses zwischen Süd und Nord des Vaterlandes, den mir der Allgäuer Volksverein entgegen bringt und der mir das ehrenvolle Wohlwollen neu bekundet, mit dem ich im letzten Herbste“ (auf der Reise nach Salzburg und Gastein) „von meinen bayerischen Landsleuten in ihrer schönen Heimat aufgenommen wurde.“ — Auch die gemeinnützige Gesellschaft in Leipzig erhielt auf ihre Zustimmungsadresse an den Fürsten am 29. Februar dessen per-

*) Poschinger, Neue Bismarckbriefe, II, 86,87.

sönliche Antwort:*) „Die Herren Unterzeichner haben mit mir den bei Gelegenheit des Schulaufsichtsgesetzes hervorgetretenen Gegensatz, sowohl in seinen Motiven, wie in seinen Erscheinungen, als die notwendige Folge der Niederhaltung des Deutschen Reiches bezeichnet und dessen über die Grenzen Preußens hinausgehende grundsätzliche Bedeutung anerkannt. Ich darf versichern, daß die kgl. preußische Regierung, in gewissenhafter Achtung der Rechte und der Gewissensfreiheit jeder Konfession, sich in ihrer rechtmäßigen Verteidigung der unveräußerlichen Rechte jeder Staatsgewalt durch die Angriffe nicht beirren lassen wird, denen sie von Seiten der Gegner deutscher Entwickelung ausgesetzt ist. Die zustimmenden Kundgebungen häuften sich aber in solchem Maße, daß Bismarck am 4. März im Staatsanzeiger eine allgemeine Danksagung erlassen mußte.

Aber auch nach diesem öffentlichen Danke langten noch immer neue Zustimmungserklärungen an. So am 6. März eine solche, welche von badischen Landtags- und Reichstagsabgeordneten unterzeichnet war. Fürst Bismarck antwortete darauf an den Reichstagsabgeordneten und Präsidenten der badischen zweiten Kammer, Kirsner in Karlsruhe, am 9. März 1872:**) „Obwohl ich es mir seit einiger Zeit habe versagen müssen, die mir mit Bezug auf das Schulaufsichtsgesetz zugehenden Adressen wesentlich gleichen Inhalts einzeln zu beantworten, kann ich es nicht unterlassen, Ew. Hochwohlgeboren und den der badischen Landesvertretung und zum Teil gleichzeitig dem deutschen Reichstag angehörenden Herren Mitunterzeichnern der Adresse vom 6. d. M. besonders meinen herzlichsten Dank auszusprechen. Ich erkenne in Ihrer Kundgebung eine Fortsetzung der nationalen Politik, welche in Baden unter der Leitung Seiner Kgl. Hoheit des Großherzogs von lange her gepflegt worden, und der von hier aus geförderten nationalen Entwickelung seit Jahren so lebendig entgegengekommen ist. Ew. Hochwohlgeboren und Ihre Herren Kollegen werden mit mir in der Zustimmung des deutschen Volkes den Lohn für unser Streben finden." Endlich erwähnen wir noch

*) Ebenda, III, 124/126. **) Ebenda, II, S. 90/91.

die Antwort des Fürsten vom 26. April auf eine Zustimmungsadresse aus Fulda: „Die Stadt Fulda, welche sich der Ehre erfreut, die Hüterin des Grabes des ‚Apostels der Deutschen‘ zu sein, war in der That vor allem berufen, Zeugnis abzulegen, daß Deutschland die Testamentsvollstrecker jenes großen Blutzeugen nicht außerhalb seiner Grenzen“ (ultra montes!) „zu suchen hat.“

Wie gegen den Grafen Eulenburg in dem oben mitgeteilten Schreiben vom 7. Februar hatte sich der Reichskanzler wohl auch gegen Falk über die Lässigkeit der Räte im Kultusministerium am 26. Februar tadelnd ausgesprochen, und dadurch fühlte sich Hermann Wagener persönlich getroffen, so daß er Bismarck am 27. schrieb: „Die Vorwürfe gestern abend haben mir sehr weh gethan, umsomehr, als ich daraus die Überzeugung gewinnen muß, daß meine Kräfte meiner Aufgabe nicht mehr gewachsen sind.“ Bismarck antwortete darauf mit herzgewinnender Güte und Freundschaft noch am nämlichen Tage: „Ich bitte Sie, mir in meinem nervösen und kranken Zustande nicht durch Verstimmung über Äußerlichkeiten das Leben noch schwerer zu machen, als es ohnehin mir schon ist. Sie sind der Einzige in meiner Umgebung, mit dem ich rückhaltlos offen mich ausspreche, und wenn ich das nicht mehr kann, so sticke ich an meiner Galle. Vorwürfe habe ich Ihnen nicht sowohl als dem Geschäftsgange im Staatsministerium gemacht, und wenn auch ersteres der Fall wäre, so sollte ich meinen, daß Sie einem so alten und vielgequälten Freunde etwas zu gute halten könnten.“

Außer den massenhaften Zustimmungserklärungen zu seiner Haltung im kirchlichen Kampfe sind unter den Anerkennungen, die dem Fürsten in diesen Monaten zu teil wurden, besonders die Ehrenbürgerrechtsbriefe zu erwähnen, die ihm zugingen: am 24. Februar von Stendal, am 26. Februar von Chemnitz, am 1. April von Genthin. Der Stadt Stendal dankte der Fürst am 2. März in den Worten: „Unter den Städten, welche mir die Ehre erzeigt haben, mir ihr Bürgerrecht zu verleihen, steht mir Stendal besonders nahe, und nicht nur als Hauptstadt meiner altmärkischen Heimat.

Meine Vorfahren haben lange im Rate der Stadt gesessen, zu der Zeit, als Stendal in seiner höchsten Blüte stand. Wenn meine Väter durch Unruhen, deren damalige Ursachen mit den die jetzige Zeit bewegenden Gegensätzen in folgerechter Beziehung stehen, vor 500 Jahren aus der Stadt vertrieben wurden, so können diese geschichtlichen Erinnerungen den Dank des Enkels nur erhöhen, der jetzt durch den einstimmigen Beschluß der städtischen Behörden wiederum Aufnahme in den alten landsmannschaftlichen Verband findet." — Der Stadt Chemnitz stattete Fürst Bismarck am 8. März seinen Dank in den Worten ab: „Es wird mir zu lebhafter Freude gereichen, in so ehrenvoller Weise einer Stadt anzugehören, welche durch den großartigen Umschwung ihres Gewerbfleißes seit lange einen so hohen Rang unter den deutschen Städten einnimmt und deren Bürger ihre Liebe zu dem gemeinsamen Vaterlande durch lebhafte und umsichtige Beteiligung an Deutschlands Entwickelung auf allen Gebieten zu bethätigen gewohnt sind." — Besondere Freude bereitete dem Fürsten auch die Nachricht, daß an der neuen Reichs-Universität Straßburg ein Stipendium, das den Namen Bismarcks tragen sollte, begründet und zu diesem Zwecke ein Aufruf an weitere Kreise erlassen werde. Er dankte den Herren, die zu diesem Unternehmen den Anstoß gegeben und ihm von ihrer Absicht Mitteilung gemacht hatten, am 19. Februar in freundlichen Worten, indem er schloß: „Ich werde Ihr patriotisches Unternehmen mit lebhafter Teilnahme begleiten und mich aufrichtig freuen, wenn Ihr Aufruf den Anklang findet, dessen der Gedanke, aus welchem er entsprang, würdig ist." Das „Bismarck-Stipendium" konnte alsbald ins Leben treten.

Nach der Annahme des Schulaufsichtsgesetzes im preußischen Landtage verweilte Bismarck vom 12. März bis zum 21. in Friedrichsruh, wo es noch gar viel zu thun gab, ehe der neue Besitz sich zum wohnlichen Heim umgestaltete. Am 22. erschien der Fürst, wie alljährlich, zur persönlichen Beglückwünschung beim Kaiser und gab zu Ehren des kaiserlichen Geburtstages das übliche Diplomatendiner. Am 24. März reiste er auf eine Woche nach Varzin, feierte

seinen 57. Geburtstag aber in Berlin. Von den Glückwunschtelegrammen, die an diesem 1. April bei dem Reichskanzler einliefen, erwähnen wir nur das des Königs Ludwig von Bayern und das des Prinzen Albrecht aus Montreux. Unter allen, die Fürst Bismarck mit eigenhändigen Dankschreiben für ihre Glückwünsche beehrte, war wohl am freudigsten überrascht das Töchterchen des Schullehrers in Thum im sächsischen Erzgebirge, als ihm der Fürst zum Zeichen, wie sehr ihn der kindliche Glückwunsch gefreut hatte, am 5. April ein liebenswürdiges Brieflein zugehen ließ.

Am 2. April ergriff Bismarck die Gelegenheit zu einer Kundgebung, die ihm vielfältigen Dank eintrug, und an die zu erinnern in der Gegenwart aus mehr als einem Grunde besonders am Platze zu sein scheint. Der Vorstand der israelitischen Gemeinde in Stettin hatte sich aus Anlaß der jüngst in Rumänien stattgefundenen Judenverfolgungen an den Reichskanzler mit der Bitte gewandt, der Erneuerung solcher Greuel vorzubeugen. Bismarck antwortete amtlich: „Die in Ihrer Vorstellung vom 26. v. M. erwähnten beklagenswerten Vorgänge in Rumänien sind der Aufmerksamkeit der Regierung Sr. Majestät des Kaisers und Königs nicht entgangen, und wenngleich ich die Hoffnung hegen darf, daß die rumänische Regierung der Pflicht, die Wiederkehr solcher Exzesse zu verhindern, genügen werde, so habe ich doch bei der lebhaften Teilnahme, welche das Schicksal Ihrer Glaubensgenossen bei Sr. Majestät erweckt, Veranlassung genommen, den Vertreter der Kaiserlichen Regierung in Bukarest, in Übereinstimmung mit den ihm schon früher erteilten Instruktionen, erneut anzuweisen, bei der rumänischen Regierung sich für Maßregeln zum Schutze derselben zu verwenden."

Am 8. April 1872 erfolgte alsdann die Reichstagseröffnung, und zwar in Vertretung des Kaisers durch den Reichskanzler. In der von diesem verlesenen Thronrede wurden die Vorlagen aufgezählt, die den Reichstag beschäftigen würden, nämlich: ein Gesetz über den Rechnungshof des Reiches; der Entwurf eines Militärstrafgesetzbuches und eines Reichsbeamtengesetzes; ein Brausteuer-

entwurf; der Reichshaushaltetat für 1873, der eine Verminderung der Matrikularbeiträge ermögliche; die Errichtung eines statistischen Amtes; der Rechenschaftsbericht über die durch den Krieg mit Frankreich veranlaßten Ausgaben; ein Meistbegünstigungsvertrag mit Portugal, eine Konsularkonvention mit den Vereinigten Staaten von Amerika und ein Postvertrag mit Frankreich; ein Bericht über die sehr befriedigenden Ergebnisse des ersten Verwaltungsjahres in Elsaß-Lothringen und die Kreditvorlage zur Dotierung der am 1. Mai zu eröffnenden Universität Straßburg. Über die „Ergebnisse des ersten Jahres des neu begründeten Deutschen Reiches" sprach sich die Rede gleichfalls sehr befriedigend aus und schloß mit der Versicherung, „daß es der Politik Sr. Majestät des Kaisers und Königs gelungen ist, bei allen auswärtigen Mächten das Vertrauen zu erhalten und zu befestigen, daß die Macht, welche Deutschland durch seine Einigung zum Reiche gewonnen hat, nicht nur dem Vaterlande eine sichere Schutzwehr, sondern auch dem Frieden Europas eine starke Bürgschaft gewährt."

Ehe wir den Anteil des Reichskanzlers an diesen von ihm in der Eröffnungsrede angekündigten Verhandlungen verfolgen, müssen wir noch kurz der Thatsache gedenken, daß in der Provinz Posen, als Gegendemonstration gegen die Zustimmungsadressen der dortigen Deutschen zu Bismarcks Reden über das Schulaufsichtsgesetz, ein polnischer Schriftsteller polnische Volksversammlungen in der Provinz zusammentrieb, die fast ausschließlich von Bauern und Handwerkern besucht wurden. Diese Versammlungen sandten dann regelmäßig Adressen an den Reichskanzler, in denen gegen das Schulaufsichtsgesetz protestiert und die Übereinstimmung mit den Abgeordneten der polnischen Fraktion ausgesprochen wurde. Auf eine dieser Adressen gab Bismarck am 18. April 1872 an den Einsender derselben — denn von Unterzeichnung aller Teilnehmer dieser „Volksversammlungen" sahen die polnischen Bauern und Handwerker aus guten Gründen ab —, an den Schuhmachermeister Swierkonski in Gostyn, folgende Antwort: „Aus der . . . Adresse habe ich mit Befriedigung ersehen, daß der Regierung Sr. Majestät

des Königs von der Mehrheit der Bevölkerung das Vertrauen entgegengebracht wird, daß die Regierung Seiner Majestät im Namen der Gerechtigkeit und im Sinne der Gesetze der preußischen konstitutionellen Monarchie nicht zulassen werde, daß irgend ein Teil ihrer Staatsangehörigen beeinträchtigt werde. Seine Majestät hat volles Vertrauen zu der Dankbarkeit und Ergebenheit Seiner polnischen Unterthanen; aber die Abgeordneten derselben haben diesem Gefühle bisher nicht Ausdruck gegeben. Dem Herzen des Königs stehen alle Unterthanen, die polnisch und die deutsch reden, gleich nahe, und wer Ihnen sagt, daß dies nicht der Fall, oder daß die Gesetze nicht für alle die gleichen seien, dem bitte ich Sie keinen Glauben zu schenken und gegen die Feinde des Friedens auf der Hut zu sein, welche ihren eigenen Vorteil suchen, wenn auch die Wohlfahrt des Landes und der Mehrheit seiner Bevölkerung darüber in Unfrieden und in Schaden geriete."

Ehe Bismarck (am 1. Mai) im Reichstag zu einer großen Rede das Wort ergriff, hielt er am 20. und 27. April parlamentarische Soireen ab, von denen hier wenig mehr zu berichten ist, als daß seine Gäste sich ausgezeichnet unterhielten. Die wichtige Besprechung, die der Wirt an der ersten dieser Soireen mit dem Abgeordneten August Reichensperger hatte, ist schon früher erwähnt worden (s. o. S. 11). Während der zweiten unterhielt sich der Gastgeber etwa drei Viertelstunden lang mit Lasker über das Militärstrafgesetzbuch, welches das weiche Gemüt dieses Abgeordneten mehr auf einen „zivilen" Standpunkt zu vermildern wünschte.*) August Reichensperger hatte von seiner Unterredung mit Bismarck das „Vorgefühl, daß ein schweres Unwetter über der Zentrumsfraktion sich zu bilden im Begriff sei." Wir werden sehen, daß der kunstverständige Zentrumsmann auch kein schlechter Wetterprophet war. Aber freilich vermochte er nicht zu erkennen, daß dieses „schwere Unwetter" nicht etwa von Bismarck, sondern von jenseits der Berge her, von Rom, heraufbeschworen wurde.

*) Nach Hölders Brief vom 28. April 1872. Vergl. Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, II, 174.

Denn in Preußen befanden sich bereits zwei katholische Bischöfe, mit ausdrücklicher Zustimmung des Papstes, in hellem Aufruhr gegen die Regierung. Der Bischof in partibus von Agathopolis und katholische Feldprobst der Armee, Namszanowski, war wegen hartnäckigen Ungehorsams gegen die Befehle der ihm vorgesetzten Behörde, des Kriegsministeriums, am 28. April vom Amte suspendiert worden, und alle katholischen Militärgeistlichen, welche fernerhin seinen Befehlen folgten, erfuhren sofort dasselbe Schicksal. Wie Namszanowski, war auch der zweite preußische Bischof, der unter allen andern den Widerstand gegen die Obrigkeit zum äußersten trieb, nicht zufällig ein Pole, Bischof Krementz von Ermeland. Nachdem er sich geweigert, dem Erlaß Falks vom 11. März 1872 nachzukommen, der ihn belehrte, daß das bischöfliche Verbot an die Gläubigen der Diözese, mit den vom Bischof exkommunizierten Dr. Wollmann und Michelis zu verkehren, gegen das preußische Landrecht verstoße, stand dem Bischof nun auch das Schicksal Namszanowskis bevor.

Aber noch weit mehr als durch die römische Unterstützung dieses Widerstandes mußte sich der Leiter der preußischen und deutschen Politik und mit ihm das ganze deutsche Volk verletzt und herausgefordert fühlen durch einen im internationalen Verkehr beispiellosen Vorgang, den der römische Stuhl jetzt vorbereitete. Fürst Bismarck blieb nämlich, trotz der eben erwähnten unliebsamen preußischen Vorgänge, beflissen, sich auf diplomatischem Wege mit dem Vatikan zu verständigen. Er hatte deshalb den deutschen Geschäftsträger v. Derenthall, nachdem Graf Arnim Botschafter in Paris geworden, in Rom belassen. Ja, er war entschlossen, auch bei dem heiligen Stuhl einen deutschen Botschafter zu ernennen und wählte hiezu, mit Zustimmung des Kaisers, den Kardinal Fürsten Hohenlohe, den Bruder des früheren bayerischen Ministerpräsidenten, von dem er annehmen mußte, daß Hohenlohe der Kurie persona gratissima sein werde, da dieser Kardinal war und für das Unfehlbarkeitsdogma gestimmt hatte. Bismarck wies daher Herrn v. Derenthall in Rom am 25. April an, vertraulich dem Kardinal-

Staatssekretär Antonelli mitzuteilen, „daß der Kardinal Hohenlohe vom Deutschen Kaiser zum Botschafter beim heiligen Stuhl ernannt sei und sich unverweilt nach Rom begeben werde, um sich persönlich zu versichern, ob diese Ernennung dem heiligen Vater angenehm wäre und im Falle einer günstigen Antwort sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen." Derenthall gab von diesem Erlaß Antonelli am 25. April Kenntnis. Nach diplomatischem Brauche erwartete Fürst Bismarck eine sofortige zustimmende Antwort, und in dieser Erwartung richtete er am 28. April an den Botschafter Grafen Arnim in Paris die vertrauliche Mitteilung der Ernennung Hohenlohes mit den Worten: „Diese Wahl wird einen neuen Beweis liefern, daß die Regierung Sr. Majestät, so viel an ihr liegt, den Frieden mit der römischen Kirche zu pflegen bemüht ist, da jedem Unbefangenen einleuchten wird, daß ein Kardinal kein brauchbares Werkzeug zur Vertretung feindlicher Tendenzen gegen den Papst sein würde."

Da geschah nun das völlig Unerwartete. Kardinal Hohenlohe wurde von Rom aus vertraulich unterrichtet, daß man seine Ernennung ablehne, und als Fürst Bismarck am 1. Mai in Rom Herrn v. Derenthall von neuem an Antonelli die Frage richten ließ, ob Fürst Hohenlohe dem Papste als deutscher Botschafter in Rom erwünscht sei, erhielt er am 2. Mai die Antwort: „Der Papst bedaure, einen Kardinal der heiligen römischen Kirche, auch wegen der augenblicklichen Verhältnisse des heiligen Stuhles, zur Annahme eines so delikaten und wichtigen Amtes nicht ermächtigen zu können." Die Kurie aber veröffentlichte diesen ihren Entschluß, um den gegen den Deutschen Kaiser und das Deutsche Reich geführten Streich noch empfindlicher zu machen, in der deutschen Zentrumspresse schon am 1. Mai, d. h. ehe Deutschland nur eine amtliche Mitteilung von Hohenlohes Abweisung hatte!

Ein anderer Minister als Bismarck würde sich die fieberhafte Erregung, die ganz Deutschland nach diesen am 1. Mai überall bekannt gewordenen Vorgängen sofort ergriff, nicht haben entgehen lassen, um sich in der Parlamentssitzung dieses Tages einen großen

Tag zu bereiten und die erbitterten Landsleute zu leidenschaftlichen Entschlüssen fortzureißen, gleichviel was auf der Tagesordnung stehen mochte. Ganz anders Bismarck. Er hielt sich streng an die Tagesordnung des Reichstags vom 1. Mai. Da wurde nur die Regierungsvorlage beraten, welche die Salzsteuer auf die Hälfte des bisherigen Betrages herabsetzte. Dieser Vorlage gegenüber wurde der Antrag (v. Kardorff) auf vollständige Aufhebung der Salzsteuer und Ersatz ihres Ausfalls aus einer erhöhten Tabakbesteuerung und einer Reichsstempelsteuer gestellt. v. Hoverbeck beantragte einfache Aufhebung der Salzsteuer und Erhebung ihres Ausfalls aus den Matrikularbeiträgen der Einzelstaaten. Bismarck sprach sich nachdrücklich gegen diesen Antrag aus. „Ich halte die eigenen Einnahmen des Reiches für in so hohem Grade wichtig," sagte er, „daß ich nicht glaube, ein seiner Verantwortung sich bewußter und von dem richtigen Interesse für den Bestand und die Fortentwickelung des Reiches beseelter Kanzler werde jemals seine Zustimmung dazu geben, daß die eigenen Einnahmen des Reiches ohne hinlänglichen Ersatz vermindert werden. Das große Bindemittel einer starken gemeinsamen Finanzeinrichtung, eines gemeinsamen Finanzsystems fehlt einem Reiche, welches nur auf Matrikularbeiträge gegründet ist. Daß die Matrikularbeiträge ungleich treffen, ist eine Sache der Gerechtigkeit, aber daß man sie überhaupt zu vermindern sucht, ist m. E. Aufgabe einer wohlerwogenen Reichspolitik. Ich weiß nicht, ob es nicht noch schlechtere Steuern wie die Salzsteuer in den einzelnen Ländern gibt. Aber jedesmal ist die Steuer, die das Reich gerade am meisten braucht, als eine den armen Mann besonders drückende bezeichnet worden. Als man in dem Lokale am Dönhofsplatze*) über die Tabakssteuer sprach, erinnere ich mich, daß die Pfeife des armen Mannes eine sehr große Rolle spielte (Heiterkeit). Wie von Petroleum gesprochen wurde, war es die Beleuchtung des armen Mannes; aber so lange wir noch Brot und Fleisch besteuern, muß ich sagen, rechne ich dergleichen Äußerungen

*) Dem Abgeordnetenhause, in dem 1868 bis 1870 auch das deutsche Zollparlament tagte.

in das Gebiet derjenigen politischen Heuchelei (Ruf: Oh, oh! Pfui!), die man auf politischem Gebiet für erlaubt hält und sich und anderen zugesteht. . . . Man muß sich überhaupt, wenn man den Staat ernstlich will, und wenn man in sich das Gefühl der staatlichen Verantwortlichkeit hat, hüten, von irgend einer Steuer, die man heute noch nicht entbehren kann, mit dieser, ich kann wohl sagen, Maßlosigkeit zu sprechen, als wenn es eine ungerechte Bedrückung wäre, daß sie überhaupt noch gezahlt wird. Die Steuern sind alle unangenehm, alle lästig, und haben alle die traurige Eigenschaft, daß erst diejenigen, welche von der großen Masse, von den Armen gezahlt werden, überhaupt dem Finanzminister den Säckel füllen, indem die Reichen nicht zahlreich genug sind, um sie allein decken zu können." Schließlich, da Bismarck „auch die eifrigsten, hingebendsten Mitarbeiter an der Befestigung des Reiches für Abschaffung der Salzsteuer mit unterschrieben" sieht, entringt sich ihm die bittere Klage: „Uns fehlt noch in einem für mich schmerzlichen Maße das Gefühl der staatlichen Verantwortlichkeit in unserer Gesamtvertretung."

Als Bismarck von dieser Reichstagssitzung nach Hause kam, liefen hier die Begrüßungs- und Danktelegramme der zur festlichen Einweihung der Universität Straßburg in der elsässischen Hauptstadt versammelten Korpsstudenten und des Oberpräsidenten v. Möller in Straßburg namens der zum Festmahl versammelten Behörden, Professoren und Gäste ein. Das Gesetz, welches die Universität Straßburg ins Leben rief, war am 28. April verkündet worden. Die Stiftungsurkunde trug des Kaisers und Bismarcks Unterschrift. Danach sollte „die durch eine glänzende Vergangenheit ausgezeichnete hohe Schule zu Straßburg in ihrer früheren einheitlichen Gestaltung als Universität wieder ins Leben treten, auf daß an ihr im Dienst der Wahrheit die Wissenschaft gepflegt, die Jugend gelehrt, und so der Boden bereitet werde, auf welchem mit geistiger Erkenntnis wahrhafte Gottesfurcht und Hingebung für das Gemeinwesen gedeihen." Auch wurde die Universität mit den reichsten Mitteln ausgestattet. Bismarck dankte dem Präsidenten v. Möller

am 2. Mai amtlich und telegraphierte der Straßburger Studentenschaft: „Den Herren Korpsstudenten danke ich herzlich im Andenken an die schöne Zeit, da ich selbst einer war.“

Die französischen Zeitungen gestanden voll Scham und Neid, daß Frankreich der Universität Straßburg durchaus nichts an die Seite zu stellen habe, und daß deren Errichtung das beste Mittel sei, die Herzen der reichsländischen Bevölkerung für die überlegene deutsche Wissenschaft und Gesittung im Sturm zu erobern. Das am 23. Januar 1872 erlassene Gesetz, welches vom 1. Oktober an den deutschen allgemeinen Wehrdienst in den Reichslanden einführte, sorgte in anderer Weise für denselben Endzweck. Zahlreiche Damen aus Elsaß-Lothringen hatten sich an Bismarck gewendet, um dessen Verwendung dafür in Anspruch zu nehmen, daß die Einführung der Heerdienstpflicht in den Reichslanden noch längere Zeit hinausgeschoben werde. Er antwortete den Damen am 28. April, daß es, nach Erlaß des Gesetzes vom 23. Januar, nicht mehr in seiner Macht liege, den Termin der ersten Aushebung zum deutschen Heer in den Reichslanden über den Monat Oktober 1872 hinauszuschieben. Wohl aber betonte er:*) „Das Gesetz vom 23. Januar d. J. läßt alle diejenigen von jedem Militärdienst frei, welche vor dem 1. Januar 1851 geboren sind. Die unter dem 26. März d. J. erlassene (kaiserliche) Verordnung befreit in gleicher Weise zahlreiche Kategorien von Heerespflichtigen, sowohl solche, welche in dem letzten Kriege in der französischen Armee gedient haben, als solche, deren häusliche oder Familienverhältnisse durch ihre Abwesenheit (bei der Fahne) benachteiligt werden würden. Anderen erleichtert sie für eine Reihe von Jahren den Eintritt als Freiwillige mit kurzer Dienstzeit. — Es ist darnach geschehen, was ohne Verletzung der Gleichheit in Rechten und Pflichten, welche Elsaß-Lothringen nach seiner in Folge des Friedensschlusses erfolgten Vereinigung mit dem Deutschen Reiche mit dessen übrigen Staaten gemein hat, irgend geschehen konnte, und ich werde gern, so viel

*) Poschinger, Neue Bismarck-Briefe, II, S. 94/96.

an mir liegt, dafür eintreten, daß die Handhabung der erleichternden Vorschriften der ihnen zu Grunde liegenden Absicht entspreche. Ich bin aber auch der Überzeugung, daß die praktische Durchführung des Gesetzes die zur Zeit in Bezug auf dasselbe bestehenden Besorgnisse als unbegründet erweisen, und daß auch in Elsaß-Lothringen der Dienst im Heere, zu welchem die wehrhaften Männer ohne Unterschied des Standes verpflichtet sind, als eine Schule der Mannhaftigkeit und Tüchtigkeit anerkannt werden wird."

An die wachsende Verbitterung der Streiter im kirchlichen Kampfe erinnerte in diesen Tagen wieder eine Adresse, welche die katholische Geistlichkeit des Dekanats Bergheim an den König gerichtet hatte, um ihrerseits gegen den im Abgeordnetenhause erhobenen Vorwurf des Mangels an Vaterlandsliebe und gegen die Beschuldigung der Konspiration mit dem Auslande Verwahrung einzulegen. Darauf antwortete ihnen Bismarck am 6. Mai amtlich, die Adresse sei von Sr. Majestät an ihn abgegeben. „Nach den Erklärungen, welche die Herren Unterzeichner über ihre Liebe zu dem gemeinsamen deutschen Vaterlande Allerhöchsten Orts in so unzweideutiger und rückhaltsloser Weise kundgeben, können Sie sich dem Vorwurfe der Vaterlandslosigkeit und des Mangels an Patriotismus nicht ausgesetzt glauben. Es gibt aber leider auf kirchlichem Gebiete eine Richtung, welche die Wiederherstellung des Deutschen Reiches wenigstens in derjenigen Gestalt verwirft, in welcher allein sie geschichtlich geworden und unter den obwaltenden Verhältnissen allein möglich ist. Je zahlreicher und ausdrücklicher der katholische Klerus dieser Richtung in Wort und That entgegenzutreten fortfährt, umsomehr wird er dazu beitragen, den von der Königlichen Regierung erstrebten Frieden zwischen Staat und Kirche zu erhalten und zu befestigen."

Am 11. Mai fand wieder eine parlamentarische Soiree bei dem Fürsten Bismarck statt. Die Gesellschaft befand sich in freudiger Stimmung darüber, daß eine Verständigung gelungen war über die schwierige Frage der Verteilung des Restes der französischen Kriegsentschädigung an die Einzelstaaten. Dabei mochte jemand

daran erinnern, daß, vom Vereinigten preußischen Landtag an gerechnet, der am 11. April 1847 in Berlin eröffnet worden war, gerade 25 Jahre verflossen seien, der Parlamentarismus in Deutschland also jetzt sein 25jähriges Jubiläum feiere, und ein Vertreter der alten Anschauungen bemerkte dazu: die Verfassungszustände in Deutschland würden sich wohl kaum länger als noch fünfzig Jahre haltbar erweisen.

Darauf erwiderte Bismarck jedoch: er habe eigentlich für die Gegenwart zuviel zu thun, um sich mit tiefsinnigen Spekulationen beschäftigen zu können, was nach einem halben Jahrhundert wohl geschehen werde. Jedenfalls aber seien die Verfassungen in der heutigen Zeit nicht mehr zu entbehren. Die Volksvertretung und die Presse müßten der Regierung durchaus zur Seite stehen, denn auch der größte absolute Monarch könne heute nicht mehr die verwickelten Verhältnisse des Staates beherrschen. Die Volksvertretung und die Presse hätten vor allem die Pflicht, die Schäden der Verwaltung aufzudecken. Mit der hohen Politik sollten sie sich weniger beschäftigen, denn in dieser seien die leitenden Fäden meist so verborgen, daß der Uneingeweihte kein genügendes Urteil gewinnen könne.

Am 14. Mai brachte der Abg. v. Bennigsen im Reichstag die Ablehnung des Kardinals Fürsten Hohenlohe als deutschen Botschafters in Rom zur Sprache, indem er der Hoffnung Ausdruck gab, die Regierung werde jetzt oder künftig die im Budget eingestellte Summe für die Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhl in Wegfall bringen. Einen hierauf abzielenden Antrag aber stellte Bennigsen nicht. Bismarck erhob sich darauf zu der Erklärung, daß ein derartiger Antrag der Regierung „unwillkommen" gewesen sein würde. Denn die Aufgaben einer Gesandtschaft beständen nicht bloß im Schutz der Landsleute, sondern auch „in der Vermittelung der politischen Beziehungen der Reichsregierung zu dem fremden Hofe." Allerdings halte er es „nach den neuerdings ausgesprochenen

*) S. oben Band I, S. 106 dieses Werkes.

und öffentlich verkündeten Dogmen der katholischen Kirche nicht für möglich für eine weltliche Macht, zu einem Konkordat zu gelangen, ohne daß diese weltliche Macht bis zu einem Grade und in einer Weise effaciert würde, die das Deutsche Reich wenigstens nicht annehmen kann (Sehr wahr!). Seien Sie außer Sorge: nach Canossa gehen wir nicht — weder körperlich noch geistig! (Lebhafter Beifall).“ Um aber die Trübung der konfessionellen Beziehungen im Wege der Reichsgesetzgebung „auf die für die konfessionellen Empfindungen schonendste Weise“ zu beseitigen, sei vor allem nötig, daß der Papst „über die Lage der Dinge in Deutschland und die Absichten der deutschen Regierung gut unterrichtet sei.“ Hierzu wäre der Kardinal Hohenlohe vermöge seiner „Wahrheitsliebe und Glaubwürdigkeit, der Versöhnlichkeit seiner Gesinnung und Haltung“ besonders geeignet gewesen.

„Leider ist aus Gründen, die uns noch nicht dargelegt sind, diese Absicht der Kaiserlichen Regierung durch eine kurze Ablehnung von seiten der päpstlichen Kurie verhindert worden, zur Ausführung zu gelangen. Ich kann wohl sagen, daß ein solcher Fall nicht häufig vorkommt. . . . Der Kaiser hat ernannt, ehe er anfrägt; die verneinende Antwort ist also eine Forderung, das Geschehene zurückzunehmen, eine Erklärung: ‚Du hast unrichtig gewählt!‘ Ich bin seit ziemlich zehn Jahren jetzt auswärtiger Minister, ich bin seit 21 Jahren in den Geschäften der höheren Diplomatie, und ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich sage, es ist dies der einzige und erste Fall, den ich erlebt (Hört! hört!), daß eine solche Frage verneinend beantwortet wird.“ Gleichwohl wolle er fortfahren, einen von beiden Seiten mit gleichem Vertrauen erfreuten Vertreter Deutschlands für Rom zu suchen. „Daß diese Aufgabe durch das Geschehene wesentlich erschwert wird, kann ich allerdings nicht verhehlen (Beifall).“

Auch in diesem Streite, in dem alle deutschen Vaterlandsfreunde auf der Seite des Kanzlers standen, erhob sich Windthorst zur Verteidigung der Kurie. Er meinte, Fürst Hohenlohe habe als Kardinal, vor Annahme der deutschen Ernennung zum Bot-

schafter, erst bei seinem „Dienstherrn“, dem Papste anfragen müssen, ob diesem jene Ernennung genehm sei. „Was würden wir urteilen,“ rief er unter großer Heiterkeit, „wenn der Papst den Generaladjutanten Sr. Majestät zu seinem Nuntius ernennen wollte?“ Dann warf er die Frage auf; wie es gekommen sei, daß man diese Angelegenheit schon lange vor ihrer Erledigung in der offiziellen und offiziösen Presse aufgerührt habe. Und endlich dankte er dem Reichskanzler für die freundliche Aussprache und deutete an, daß man doch wohl auch auf dem Wege des Konkordates zur Versöhnung mit der Kurie werde gelangen können.

Fürst Bismarck nahm in seiner sofortigen Antwort jeden dieser Einwände gründlich vor. Zuerst kam er auf das von Windthorst beliebte Wort: „der Dienstherr“ des Kardinals Hohenlohe zurück. „Der Herr Vorredner“, sagte er, „ist in der Geschichte gewiß bewandert — soweit sie kirchliche Verhältnisse berührt (Heiterkeit) — und da erlaube ich mir die Frage, wer der Dienstherr des Kardinals Richelieu, des Kardinals Mazarin war? Beide Herren haben im Dienste ihres Souveräns, des Königs von Frankreich, recht wesentliche Streitfragen, obwohl sie Kardinäle waren, mit dem römischen Stuhle zu erledigen oder zu verfechten gehabt. Also so ganz durchschlagend ist der Vergleich mit dem Kardinal und einem Generaladjutanten doch nicht, obschon ich, wenn es Sr. Heiligkeit gefiele, hier einen Generaladjutanten Sr. Majestät zum Nuntius zu ernennen, Sr. Majestät unbedingt zureden würde, ihn anzunehmen (Große, anhaltende Heiterkeit).“

Auf die Frage Windthorsts: wie diese Angelegenheit so früh ruchbar geworden? antwortet Bismarck: „Als der Herr Vorredner diesen Punkt berührte, hatte ich eine leise Hoffnung, er werde mir seinerseits Aufklärung geben (Heiterkeit). Ja, dieselbe Frage gebe ich ihm zurück und bin überzeugt, er weiß mehr davon, als ich (Bewegung).“ — Endlich habe Windthorst „die Hoffnung ausgesprochen, daß man durch Vertrag zu einer Regelung der bei uns streitigen Angelegenheiten gelangen werde. Aber ich bin ein Feind aller Konjekturalpolitik und aller Prophezeihungen — das wird sich

ja finden —, nur das kann ich dem Herrn Vorredner versichern, daß wir gegenüber den Ansprüchen, welche einzelne Unterthanen Sr. Majestät des Königs von Preußen geistlichen Standes stellen, daß es Landesgesetze geben könne, die für sie nicht verbindlich seien, daß wir solchen Ansprüchen gegenüber die volle einheitliche Souveränität mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht erhalten werden (Beifall), und in dieser Richtung auch der vollen Unterstützung der großen Mehrheit beider Konfessionen sicher sind (Lebhafter Beifall). Die Souveränität kann nur eine einheitliche sein und muß es bleiben: die Souveränität der Gesetzgebung! und wer die Gesetze seines Landes als für ihn nicht verbindlich darstellt, stellt sich außerhalb der Gesetze und sagt sich los von dem Gesetz! (Sehr gut! Sehr richtig!). Ich habe dem Herrn Vorredner als Minister in dieser Beziehung weiter nichts zu sagen; als evangelischer Christ aber habe ich ihm noch zu sagen: wenn er glaubt, daß die Trennung der evangelischen Kirche vom Staate für die evangelische Kirche tötlich sei, so muß ich ihm, was ich seiner ganzen Haltung nach voraussehen konnte, entgegnen, daß ihm zu meinem Bedauern der wahre Begriff des Evangeliums noch nicht aufgegangen ist!"

Nach dieser großen Rede wurde der Budgetposten für den deutschen Botschafter beim Vatikan bewilligt. Am nämlichen 14. Mai 1872 aber richtete Bismarck seinen berühmten Erlaß über die künftige Papstwahl an die deutschen Vertreter im Auslande. Wir entnehmen ihm nur folgende Sätze: „Die Stellung des Oberhauptes der katholischen Kirche ist für alle Regierungen, innerhalb deren Länder diese Kirche eine anerkannte Stellung hat, von solcher Bedeutung, daß es geboten erscheint, sich die Folgen eines Wechsels in der Person des Papstes rechtzeitig zu vergegenwärtigen. . . Vor allem aber hat das vatikanische Konzil und seine beiden wichtigsten Bestimmungen über die Unfehlbarkeit und über die Jurisdiktion des Papstes die Stellung des Letzteren auch den Regierungen gegenüber gänzlich verändert und das Interesse der letzteren an der Papstwahl aufs höchste gesteigert, damit aber ihrem Rechte, sich darum

zu kümmern, auch eine um so festere Basis gegeben. Denn durch diese Beschlüsse ist der Papst in die Lage gekommen, in jeder einzelnen Diözese die bischöflichen Rechte in die Hand zu nehmen und die päpstliche Gewalt der bischöflichen zu substituieren. Die bischöfliche Jurisdiktion ist in der päpstlichen aufgegangen; der Papst übt nicht mehr, wie bisher, einzelne bestimmte Reservatrechte aus, sondern die ganze Fülle der bischöflichen Rechte ruht in seiner Hand. Die Bischöfe sind nur noch seine Werkzeuge, seine Beamten ohne eigene Verantwortlichkeit; sie sind den Regierungen gegenüber Beamte eines fremden Souveräns geworden, und zwar eines Souveräns, der vermöge seiner Unfehlbarkeit ein vollkommen absoluter ist — mehr als irgend ein absoluter Monarch in der Welt. Ehe die Regierungen irgend einem neuen Papste eine solche Stellung einräumen und ihm die Ausübung solcher Rechte gestatten, müssen sie sich fragen, ob die Wahl und die Person desselben die Garantien bieten, welche sie gegen den Mißbrauch solcher Gewalt zu fordern berechtigt sind. . . . Aus diesen Erwägungen scheint es mir wünschenswert, daß diejenigen europäischen Regierungen, welche bei der Papstwahl interessiert sind, sich rechtzeitig mit den dieselbe betreffenden Fragen beschäftigen und womöglich sich untereinander über die Art und Weise verständigen, wie sie sich derselben gegenüber verhalten wollen, und über die Bedingungen, von welchen sie eventuell die Anerkennung einer Wahl abhängig machen würden." Dieses erst im Dezember 1874 (aus Anlaß des später zu erwähnenden Arnim-Prozesses) veröffentlichte Rundschreiben Bismarcks hatte die volle beabsichtigte Wirkung: die nächste Papstwahl vollzog sich in strengster Formrichtigkeit und reichte einem versöhnlichen Papste, Leo XIII., die dreifache Krone.

Am 18. Mai reiste Fürst Bismarck, um seine Gesundheit zu kräftigen, zu längerem Aufenthalt nach Varzin. Er verblieb hier bis zum 3. September 1872. Er nahm also an den weiteren Verhandlungen des preußischen Landtags, der am 10. Juni bis zum 21. Oktober vertagt, und an den Beratungen des Reichstags, der am 19. Juni geschlossen wurde, nicht mehr teil, namentlich nicht an der wichtigsten Angelegenheit, die den Reichstag noch beschäftigen

sollte, dem Jesuitengesetz. Die Monate, die Bismarck nun in Varzin zubrachte, sollten ihm aus mancherlei Gründen mit zu den genußreichsten seines Lebens werden.

Denn zunächst machte die auswärtige Politik ihm wenig Sorge und Arbeit. Mit Frankreich war das denkbar günstigste Verhältnis angebahnt. Der auf Wunsch der französischen Regierung am 29. Juni 1872 abgeschlossene neue Vertrag über eine noch schnellere Tilgung der übrigen drei Milliarden und über eine noch schnellere Räumung der von den Deutschen besetzten französischen Departements gab davon Zeugnis. Gleichfalls im Juni fand der Besuch des Kronprinzen und der Kronprinzessin von Italien in Berlin statt, und der begeisterte Empfang, der dem hohen Paare in dem sonst etwas frostigen Berlin zu teil ward, bewies, wie tief das freundschaftlich-brüderliche Gefühl für das italienische Volk dem deutschen schon ins Herz gedrungen war. Nicht minder bedeutsame Friedenszeichen bereiteten sich aber vor, da sich zu Anfang September die drei mächtigsten Herrscher Europas, Kaiser Wilhelm, Zar Alexander und Kaiser Franz Joseph in Berlin begegnen wollten. Auch alles unnütze Schreibwerk wehrte Bismarck während dieser Urlaubsmonate nach Kräften von sich ab, durch die Ankündigung in der Nordd. Allg. Z., daß Briefe und Telegramme von Varzin aus nicht beantwortet werden würden. Um so mehr durfte sich also der in Hamburg versammelte deutsche Lehrertag geschmeichelt fühlen, da Bismarck für dessen gute Wünsche am 25. Mai umgehend dankte: „Den Vertretern des Standes, welcher an unseren gemeinsamen Erfolgen einen so hervorragenden Anteil und an den Dank des Vaterlandes so berechtigte Ansprüche hat.“

Bismarcks Gemahlin und Tochter begaben sich am 27. Mai über Berlin nach Bad Soden, um hier die Kur zu brauchen. Sie waren noch dort, als der Fürst durch einen Brief des alten Freundes Motley überrascht wurde, auf den er am 6. Juli englisch antwortete:

„Mein lieber Motley, ich war um so angenehmer überrascht, Deine Handschrift zu sehen, als ich vor Eröffnung des Briefes

darauf riet, er werde das Versprechen Deines Besuches in Varzin enthalten. Du bist tausendmal willkommen und doppelt, wenn Du in Begleitung Deiner Damen kommst, die ganz gewiß noch niemals einen Pommer auf seiner heimatlichen Scholle gesehen haben. Wir leben hier einigermaßen hinten im Walde, aber wenn Berlin erst einmal erreicht ist, so ist die Reise nicht schwierig. Der beste Zug geht zwischen 8 und 9 Uhr vormittags in Berlin ab, ich glaube 8.45, vom Stettiner Bahnhof, bis dahin hat man 15 bis 20 Minuten Fahrt von irgend einem Hotel ‚Unter den Linden' aus. Mit der Bahn fährst Du bis Schlawe, wo Du ungefähr um 4 Uhr nachmittag eintriffst und von wo Dich ein das Horn schmetternder Postillon nach Varzin bringt gerade zur rechten Zeit, wann die Dinerglocke erschallt, vor sechs Uhr. Wenn Du die Güte haben willst, mir bei Deiner Abfahrt von Berlin oder abends zuvor ein Telegramm zu schicken, so werde ich für Dich in Schlawe alles bereit halten, so daß Du nur aus dem Waggon in den Wagen zu steigen brauchst. Die pommerschen Götter werden gnädig genug gegen mich sein, Dir einen sonnigen Tag zu schenken, und in diesem Falle werde ich einen offenen Wagen und einen für das Gepäck senden. Nur laß mich in Deinem Telegramm Deine Bestimmung hierüber und die Zahl der Plätze wissen, die innerhalb und außerhalb des Wagens gebraucht werden.

„Meine Frau ist noch in Soden. Ich erwarte ihre Rückkehr am 9. d. M., aber la donna è mobile. Auf alle Fälle wird sie durch weibliche Schwachheit nicht länger als bis zu Ende der Woche aufgehalten werden. Sie wird ebenso erfreut sein, wie ich, Dich wiederzusehen; Dein Name ist ihren Lippen vertraut und ward noch nie ohne ein freundliches Lächeln erwähnt. Der erste Tag, über den Du verfügen kannst, ist jedenfalls der beste, um uns zu besuchen, obwohl wir bis zum Ende des Sommers hier zu verweilen gedenken. Du schreibst nicht, daß Deine Gattin Dich begleiten wird, und aus diesem Schweigen schöpfe ich die Gewißheit, daß sie mit Dir kommt, denn Mann und Weib sind ein Leib. Wir werden glücklich sein, sie mit Dir bei uns zu sehen und en

attendant empfehle ich mich ihr und Mrs. Ives verbindlichst. Treulichst Dein alter Freund v. Bismarck."

Man kann sich denken, welche Freude die Aussicht auf den nun sicher bevorstehenden Besuch des alten teuren Universitätsfreundes dem Gutsherrn von Varzin bereiten mußte. „En attendant" gönnte er sich am 17. Juli noch eine Entenjagd auf dem Zantower See, als Gast des Grafen Blumenthal, des Vorbesitzers von Varzin. Am 24. Juli aber brach der ersehnte Tag an, der den Freund Motley mit dessen Tochter Lilli und zugleich den alten lieben Freund und Nachbar von Kniephof, v. Thadden-Triglaff und Gattin, nach Varzin brachte. v. Thadden reiste schon am 25. wieder ab. Motley und Tochter aber blieben bis zum 31. Juli — feierten also Bismarcks silberne Hochzeit am 28. in Varzin mit. Über den Aufenthalt des Freundes in Varzin besitzen wir aus dessen Briefen an die Gattin vom 25. und 27. Juli*) reizende Schilderungen.

„Liebe Mary!" schrieb er am 25. Juli, „wir verließen Berlin gestern morgen 3/4 9 Uhr und kamen auf Station Schlawe um 1/2 5 Uhr an. Wir hatten bis Varzin anderthalb Stunden zu fahren. Als der Postillon sein Horn blies und an der Thür vorfuhr, kamen Bismarck, seine Frau, Marie und Herbert alle heraus und bewillkommneten uns schon am Wagen in der herzlichsten Weise. Ich fand seine Erscheinung wenig verändert seit 1864, was mich überrascht hat. Er ist etwas stärker geworden, und sein Gesicht verwitterter, aber ebenso ausdrucksvoll und gewaltig wie immer. Frau v. Bismarck hat sich noch weniger verändert in den vierzehn Jahren, seit ich sie gesehen. Sie sind beide so gütig und liebenswürdig gegen Lilli, daß es ihr vorkommt, als hätte sie sie zeit ihres Lebens gekannt. Marie ist ein niedliches Mädchen mit schönem dunklem Haar und grauen Augen — einfach, ungeziert und gleich Vater und Mutter voll Übermut. Die Lebensweise ist höchst ungeniert, wie Du Dir denken wirst, wenn ich Dir sage, daß wir direkt vom Wagen in den Speisesaal geführt wurden (nach einer

*) Motleys Briefwechsel (deutsch von Eltze), II, 361/65, 366/69.

staubigen, heißen Reise, in Eisenbahn und Wagen 10 Stunden unterwegs) und uns niedersetzen und das Essen nachholen mußten, welches schon halb vorüber war, da wir durch irgend ein contretemps eine Stunde später anlangten, als wir erwartet wurden. Nach Tisch machte Bismarck mit mir einen Spaziergang in den Wald, wobei er die ganze Zeit in der einfachsten, lustigsten und interessantesten Weise über alles sprach, was sich in diesen furchtbaren Jahren ereignet hat; aber er sprach davon, wie alltägliche Leute von den alltäglichsten Dingen reden, ohne jede Affektation. Und gerade weil er so einfach ist, sich so gehen läßt, muß man innerlich zu sich selbst sagen: ‚Das ist der große Bismarck, der größte der jetzt lebenden Menschen und einer der größten Charaktere, die es je gegeben hat.‘ Wenn man im vertrauten Umgange mit Brobdignacs*) lebt, so scheint es augenblicklich, als wären wir alle auch Brobdignacs, und das wäre überhaupt so die Regel; man vergißt den Vergleich mit der eigenen Kleinheit. Es gibt dagegen viele Leute in gewissen Dörfern, die uns bekannt sind, welche über ihre Umgebung einen viel erkältenderen Hauch wegblasen, als wenn sie Bismarck wären.

„Am Abend saßen wir wieder als gemischte Gesellschaft beisammen, indem die einen Thee tranken, die andern Bier und einige Selterwasser, während Bismarck eine Pfeife rauchte. Er raucht jetzt aber wenig und nur ganz leichten Tabak in der Pfeife. Früher, als ich ihn kannte, rauchte er unaufhörlich die stärksten Zigarren, und jetzt, sagte er, könne er nicht mehr, um sein Leben zu retten, Zigarren rauchen, solchen Widerwillen erregen sie ihm. Ein Gutsnachbar, Herr v. Thadden und Frau, waren die einzigen Gäste, und sie gehen heute nachmittag wieder fort. Dieser Freund hatte die Schlacht von Königgrätz mitgemacht, und Bismarck erzählte eine Menge Anekdoten von jener Schlacht. . . Ich wünschte, Du hättest ihm zuhören können. Du kennst seine Art und Weise. Von allen Männern, die ich je gesehen, klein oder groß, ist er am wenigsten

*) Die Riesen aus Gullivers Reisen von Swift.

poseur. Alles kommt so nebenbei und nachlässig heraus. Ich fragte ihn, ob er nun mit dem Kaiser von Österreich gut Freund wäre. Er sagte ja, und der Kaiser wäre im vorigen Jahre in Salzburg ausnehmend höflich gegen ihn gewesen und durch den ganzen Saal sogleich auf ihn zugekommen, als er sich in der Thüre gezeigt. Er sagte, als er noch jünger war, habe er sich für einen ganz klugen Burschen gehalten, aber sich allmählich überzeugt, daß niemand wirklich mächtig oder groß sei, und er müsse darüber lachen, wenn er sich preisen höre als weise, vorherrschend und als übe er große Macht aus in der Welt. Ein Mann in seiner Stellung sei genötigt, während Unbeteiligte erwögen, ob es morgen Regen oder Sonnenschein geben würde, prompt zu entscheiden: es wird regnen oder es wird schön Wetter sein, und demgemäß zu handeln mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln. Hatte er recht geraten, so rief alle Welt: ‚welche Weisheit! welche Prophetengabe!‘ hatte er unrecht, so möchten alle alten Weiber mit Besenstielen nach ihm schlagen.

„Wenn er weiter nichts gelernt hätte, so hätte er Bescheidenheit gelernt. Ganz gewiß lebte nie ein Sterblicher, der so unaffektiert war, und auch kein genialerer. Er sieht aus wie ein Koloß, aber seine Gesundheit ist schon erschüttert. Er kann nie vor 4 oder 5 Uhr morgens einschlafen. Natürlich folgt ihm seine Arbeit hierher nach, doch schien sie ihn wenig zu belästigen. Er sieht aus wie ein Landedelmann, der vollkommen Muße hat.

„Der Wald und Park in der Umgebung des Hauses ist schön, doch ungepflegt und rauh, nicht den englischen Landsitzen zu vergleichen. Wir haben, seitdem ich dieses Schreiben begann, schon lange Spaziergänge und Gespräche im Walde gehabt, ein angenehmes Familiendiner und dann eine lange Fahrt durch die ausgedehnte Eichen- und Buchenwaldung, den Hauptbestandteil des Gutes. Ich beabsichtige nicht, seine Worte noch weiter aufzuzeichnen, denn ich habe dabei das Gefühl, als spiele ich den Reporter des New-York-Herald. Er spricht rechts und links über alles und jedes — so sagte er unter anderem, es könne für Deutschland keine größere

bêtise geben, als ein fremdes Land anzugreifen; daß, wenn Rußland ihm die baltischen Provinzen als Geschenk anböte, er sie nicht annehmen würde. Und was Holland beträfe, so wäre es Unsinn zu behaupten, er wolle seine Unabhängigkeit durch Invasion oder Okkupation stören. Es wäre dies weder ihm noch sonst jemand eingefallen. Wegen Belgiens würde allerdings Frankreich jederzeit auf jede Bedingung eingehen, wenn Deutschland erlaubte, daß es Belgien nehme."

Am 27. Juli schreibt Motley der Gattin weiter: „Geliebte Mary! Unser Besuch ist ganz so angenehm und genußreich verlaufen, wie wir erwartet, und das will viel sagen. Es hat mir sehr wohl gethan, mit Bismarck so im lieben Familienkreis zu verkehren. Wir haben lange, lange Gespräche geführt über die großen Ereignisse, in denen er die Hauptrolle gespielt hat, und er geht auf alles so sans gêne ein und mit soviel einfachem Freimut, daß es großen Reiz hat, ihm zuzuhören. Wie wünschte ich, daß Du auch unter den Zuhörern gewesen wärest. Ich finde ihn wenig verändert oder gealtert, aber sein Nervensystem ist erschüttert und er leidet an Schlaflosigkeit. Sie (die Fürstin) sieht fast ganz so aus wie früher und soll dabei doch sehr oft leidend sein; und wenn ich Dir sage, daß sie von Natur eine ängstliche Person ist, wie Du, und immer in Allarm war, wenn das unbedeutendste Kranksein ihren Gemahl oder die Kinder befiel, so kannst Du Dir vorstellen, was sie während all der Feldzüge ausgestanden haben muß."

Da Motley erst am 31. Juli abreiste, so feierte er, wie bereits bemerkt, am 28. Juli 1872 die silberne Hochzeit Bismarcks in Varzin mit. Der Kaiser hatte seinem Reichskanzler zu diesem Jubeltage eine kostbare Vase übersandt in Begleitung des folgenden Handschreibens aus Koblenz vom 26. Juli: „Sie werden am 28. ein schönes Familienfest begehen, das Ihnen der Allmächtige in Seiner Gnade beschert. Daher darf und kann ich mit meiner Teilnahme an diesem Feste nicht zurückbleiben, und so wollen Sie und die Fürstin Ihre Gemahlin hier meinen innigsten und herzlichsten Glückwunsch zu diesem erhebenden Feste entgegen-

nehmen! Daß Ihnen beiden, unter so vielen Glücksgütern, die Ihnen die Vorsehung für Sie erkoren hat, doch immer das häusliche Glück obenan stand, das ist es, wofür Ihre Dankgebete zum Himmel steigen! Unsere und meine Dankbarkeit gehen aber weiter, indem sie den Dank in sich schließen, daß Gott Sie mir in entscheidender Stunde zur Seite stellte und damit eine Laufbahn meiner Regierung eröffnete, die weit über Denken und Verstehen gehet. Aber auch hiefür werden Sie Ihre Dankgebete nach oben senden, daß Gott Sie begnadigte, so Hohes zu leisten! Und in und nach allen Ihren Mühen fanden Sie stets in der Häuslichkeit Erholung und Frieden, — das erhielt Sie Ihrem schweren Berufe! Für diesen sich zu erhalten und zu kräftigen, ist mein stetes Anliegen an Sie, und freue ich mich, aus Ihrem Briefe durch Oberst Graf Lehndorff und von diesem selbst zu hören, daß Sie jetzt mehr an sich als an die Papiere denken werden. — Zur Erinnerung an Ihre silberne Hochzeit wird Ihnen eine Vase übergeben werden, die eine dankbare Borussia darstellt, und die, so zerbrechlich ihr Material auch sein mag, doch selbst in jeder Scherbe dereinst aussprechen soll, was Preußen Ihnen durch die Erhebung auf die Höhe, auf welcher es jetzt steht, verdankt. Ihr treuergebener, dankbarer König Wilhelm."

Am 27. Juli war, nach dem Eintreffen des Bruders Bernhard v. Bismarck mit Frau und Sohn (Ernst), die Familie des Jubelpaares in Varzin vollständig beisammen. Auch Moritz v. Blanckenburg stellte sich ein. Die Teilnahme des deutschen Volkes an dem schönen Festtage gab sich kund in 192 Telegrammen und in sehr zahlreichen Glückwünschen, darunter solchen vom Kaiser, von der Kaiserin, von dem Kronprinzen, von den Prinzen Karl und Friedrich Karl, vom König Ludwig von Bayern u. s. w. Die Tafelmusik wurde von der aus Kolberg herbeigekommenen Kapelle des 54. Infanterie-Regiments ausgeführt.

Bismarck scheint sich an diesem frohen Tage über einen ihm von einem Kleidergeschäft gelieferten Anzug erheblich geärgert zu haben. Denn noch an dem Jubeltage selbst richtete er an dieses

Geschäft das Schreiben: „Sie haben mir früher Sachen gearbeitet, die gut saßen, aber Sie haben leider die Gewohnheit davon verloren und nehmen an, daß ich mit dem Alter kleiner und dünner werde, was doch selten der Fall ist. Ich bitte Sie, nach meinem alten Maße zu arbeiten, von vor vier Jahren; was Sie mir seit 1870 geschickt haben, ist nicht zu brauchen, und ich habe von einem sonst so intelligent betriebenen Geschäfte, wie dem Ihrigen, nicht erwarten können, daß Sie die Naturgeschichte des menschlichen Körpers so wenig studiert haben."

Am 1. August stattete der Fürst seinen Dank an den Kaiser ab in dem Schreiben: „Eure Majestät haben meiner Frau und mir durch die huldreiche Teilnahme an unserem Familienfeste eine große Freude bereitet und wollen unsern ehrfurchtsvollen Dank gnädig entgegennehmen. Mit Recht heben Eure Majestät unter den Segnungen, für die ich Gott zu danken habe, das Glück der Häuslichkeit in erster Linie hervor, aber zum Glück gehört in meinem Hause, für meine Frau sowohl als für mich, das Bewußtsein der Zufriedenheit Eurer Majestät, und die so überaus gnädigen und freundlichen Worte der Anerkennung, welche das Allerhöchste Schreiben enthält, sind für kranke Nerven wohlthuender als alle ärztliche Hilfe. Ich habe im Rückblick auf mein Leben so unerschöpflichen Anlaß, Gott für seine unverdiente Barmherzigkeit zu danken, daß ich oft fürchte, es könne mir so gut nicht bis zu Ende gehen. Für eine besonders glückliche Fügung aber erkenne ich es, daß Gott mich auf Erden zum Dienste eines Herrn berufen hat, dem ich freudig und mit Liebe diene, weil die angestammte Treue des Unterthanen unter Eurer Majestät Führung nie zu besorgen hat, mit einem warmen Gefühl für die Ehre und das Wohl des Vaterlandes in Widerstreit zu geraten. Möge Gott mir auch ferner zu dem Willen die Kraft geben, Eurer Majestät so zu dienen, daß ich mir die Allerhöchste Zufriedenheit erhalte, von der ein so gnädiges Zeugnis heut vor mir liegt, in Gestalt des Handschreibens vom 26. — Die Vase, welche rechtzeitig eintraf, ist ein wahrhaft monumentaler Ausdruck königlicher Huld, und dabei so solide, daß

ich hoffen darf, nicht ‚die Scherben‘, sondern das Ganze wird meinen Nachkommen die gnädige Teilnahme Eurer Majestät an unserer Silberhochzeit vergegenwärtigen. — Die Offiziere des 54. Regiments hatten die kameradschaftliche Freundlichkeit gehabt, ihre Musik von Kolberg herzuschicken. Sonst waren wir, wie die ländlichen Verhältnisse es mit sich bringen, auf den engeren Familienkreis beschränkt; nur der frühere amerikanische Gesandte in London, Motley, ein Jugendfreund von mir, war zufällig zum Besuch hier. — Mit meiner Gesundheit geht es langsam besser; gearbeitet habe ich allerdings gar nicht; doch hoffe ich für die Zeit der Kaiserbesuche mich zum Dienst bei Eurer Majestät melden zu können. v. Bismarck.“

Die großartige Einfachheit, Natürlichkeit und Innigkeit dieser beiden Schreiben, die zwischen Kaiser und Kanzler gewechselt wurden, kennzeichnet das weltgeschichtlich unvergleichliche Verhältnis der beiden Begründer des Reiches besser als irgend ein Wort von außen her. So wie die beiden großen Männer hier schrieben, so dachten und fühlten sie in lautester Wahrheit für einander und für unser Volk und Vaterland, und dadurch führten sie in gemeinsamem, hingebendem Zusammenwirken Deutschlands größte Zeit herauf!

Am 3. September kehrte Fürst Bismarck mit Gemahlin, Tochter und dem Grafen Wilhelm nach Berlin zurück, da „die Zeit der Kaiserbesuche“ gekommen war. Am 4. begrüßte er den Fürsten Gortschakoff im Hotel der russischen Botschaft in Berlin. Am 5. und 6. trafen die Kaiser von Rußland und Österreich zum Besuch des deutschen Kaiserhofes in Berlin ein, wo sie bis zum 11. verblieben. Feldmarschall Roon, der wieder schwer an Asthma litt — „ich keuche wie eine Lokomotive“ — schrieb in jenen Tagen an den Neffen v. Blanckenburg: „Aber das ist ja alles Kaff gegen den nun anhebenden Kaisertrubel, den zu überleben ich bezweifle.“ Bismarck dagegen, dem es körperlich auch nicht ganz erwünscht ging, und dessen Nerven das geräuschvolle Gepränge des „Kaisertrubels“ und des Kaiserdienstes auch als sehr unwillkommenen Gegensatz zu der Varziner Waldstille empfinden mochten, hatte sich stramm „zum

Dienst gemeldet" und that ihn all die Tage hindurch unermüdlich und unverdrossen. Täglich hielt er Beratungen mit den Ministern Gortschakoff und Andrassy und mit den Monarchen selbst. Die höchsten Orden Rußlands und Österreichs in Brillanten wurden ihm in diesen Tagen zu teil. Aber weit höher als diese persönlichen Ehren befriedigte ihn das Ergebnis seiner diplomatischen Mühen dieser Tage, der Abschluß des ungeschriebenen „Dreikaiserbündnisses", das für die nächsten Jahre den starken Hort des europäischen Friedens bildete. Daneben galt es, alle Revuen, Diners, Festvorstellungen u. s. w. des „Kaisertrubels" mitzumachen. Und außerdem hatte Bismarck in diesen Tagen auch eine Menge persönlicher Besuche zu empfangen: den Schauspieler Helmerding, der ihm besonders freundliche Glückwünsche zur silbernen Hochzeit entboten hatte, die Deputationen von Berlin und Dresden, welche das Ehrenbürgerrecht überreichten, und das Mitglied des englischen Unterhauses, Arthur Kinnaird, der dem deutschen Reichskanzler am 5. September persönlich eine schwungvolle Adresse aus England überbrachte, welche von zahlreichen Mitgliedern des englischen Parlaments, von englischen Geistlichen aller kirchlichen Richtungen, von angesehenen Juristen und Großkaufleuten unterzeichnet war, und dem Fürsten Bismarck den Dank und die Anerkennung der Bürger Großbritanniens aussprach für den tapferen Kampf des deutschen Staatsmannes gegen die römische Kurie und den Ultramontanismus. Fürst Bismarck dankte am 10. September schriftlich dem Mr. Kinnaird und den übrigen Unterzeichnern der Adresse: „Ihre Kundgebung hat einen um so höheren Wert, als sie aus dem Lande kommt, welches Europa in den letzten Jahrhunderten als Bollwerk der politischen und religiösen Freiheit schätzen gelernt hat. Sehr richtig würdigt die Adresse die Schwierigkeiten des Kampfes, welcher uns gegen den Willen und gegen die Erwartung der deutschen Regierungen aufgenötigt worden ist. Die staatliche Aufgabe, den konfessionellen Frieden und die Gewissensfreiheit Aller gleichmäßig zu schützen, würde auch dann keine leichte sein, wenn sie den Regierungen nicht durch den Mißbrauch berechtigter Einflüsse und durch

künstliche Beunruhigung gläubiger Gemüter erschwert würde. Ich freue mich, mit Ihnen in dem Grundsatze einverstanden zu sein, daß in einem geordneten Gemeinwesen jede Person und jedes Bekenntnis das Maß von Freiheit genießen soll, welches mit der Freiheit der übrigen und der Sicherheit und Unabhängigkeit des Landes vereinbar ist. In dem Kampfe für diesen Grundsatz wird Gott das Deutsche Reich auch gegen solche Gegner schützen, welche Seinem heiligen Namen den Vorwand für ihre Feindschaft gegen unseren inneren Frieden entnehmen; aber jedem meiner Landsleute wird es gleich mir zur besonderen Genugthuung gereichen, daß Deutschland in diesem Kampfe die Zustimmung der zahlreichen und gewichtigen englischen Stimmen gefunden hat, deren Ausdruck Ihre Adresse enthält."

In der That nahm auch der kirchliche Kampf den deutschen Reichskanzler während der aufregenden Tage in Berlin lebhaft in Anspruch. Der Bischof von Ermland hatte, trotz seines offenen Ungehorsams gegen den preußischen Kultusminister Falk, am 22. August an den Kaiser die Frage gerichtet, ob dieser den Bischof bei der demnächstigen Festfeier in Marienburg zur Überreichung einer Ergebenheitsadresse der ermländischen Geistlichkeit empfangen wolle. Der Kaiser hatte am 2. September geantwortet, er werde den Bischof empfangen, wenn er zuvor rückhaltlos erkläre, daß er gewillt sei, „den Staatsgesetzen in vollem Umfang Gehorsam zu leisten." Als der Bischof darauf am 5. September die sehr gewundene Erklärung abgab, daß er „die volle Souveränität des Staates auf staatlichem Gebiet anerkenne", sich dagegen „in Sachen des Glaubens der Kirche ohne Rückhalt unterwerfe", belehrte ihn Bismarck in einem Erlaß vom 9. September, daß des Bischofs Erklärung „mit der Würde der Krone erst dann verträglich gehalten werden könne, wenn der Bischof „die Autorität der von unseren Königen gegebenen Gesetze dieses Landes unbedingt und vollständig anerkenne und die Thatsache seinem Landesherrn gegenüber eingestehe, daß er (der Bischof) gegen diese Gesetze durch öffentliche Verhängung der großen Exkommunikation gegen Unterthanen

des Königs, ohne Vorwissen der Regierung, gefehlt" habe. Darauf hielt es der Bischof für angemessen, dem König zu schreiben, daß er „infolge einer Zuschrift des Reichskanzlers, welche mit dem gnädigen Schreiben (des Königs) vom 2. nicht im Einklang steht, abgehalten werde, vor dem König bei der Marienburger Jubelfeier zu erscheinen." Auch die letzte darauf folgende Warnung des Reichskanzlers vom 16. September ließ Kremenz unbeachtet, so daß er in Marienburg zum Hoflager nicht zugelassen, und daß am 25. September von Falk, mit des Königs Genehmigung, die Gehaltsperre gegen den Ungehorsamen verfügt wurde.

Bismarck war, nachdem er am 13. September einen Ausflug von Berlin nach Schönhausen gemacht, auf den dringenden Rat seiner Ärzte, schon am 19. wieder nach Varzin zurückgekehrt. In dem nächsten bekannten Privatschreiben, das Bismarck von hier aus (am 7. Oktober) an die „Zündnadel-Kanonen-Garde" in Williamsburgh (Nordamerika) richtete, klagt er ernstlich über seinen Gesundheitszustand. Am 10. November wurde Dr. Struck telegraphisch aus Berlin nach Varzin berufen. Gerade damals aber stellten die innerpolitischen Angelegenheiten Preußens an seine Kraft die stärksten Ansprüche, namentlich die Frage des Zustandekommens der neuen Kreisordnung für die sechs östlichen Provinzen Preußens beschäftigte den Ministerpräsidenten aufs lebhafteste.

Der große und geradezu schöpferische und bestimmende Anteil Bismarcks an diesem wichtigen Gesetzgebungswerke, das die preußische Verwaltungsreform in den hohen Bahnen der Stein-Hardenbergischen Gesetzgebung weiter führte, ist in einer Aufzeichnung Gneists, deren Veröffentlichung wir dem zweiten Band von Poschingers Werke „Bismarck und die Parlamentarier" (S. 186/9) verdanken, erstmalig ganz klar entwickelt und dem Fürsten wirklich gerecht zugemessen worden. Gneist, gewiß einer der bedeutendsten Sachkundigen auf diesem Gebiete, schließt seine lichtvolle Darstellung des Werdeganges und Inhaltes dieser Reform mit den Worten: „Der Schwerpunkt der Schöpfung aber bleibt in der Person des Ministerpräsidenten konzentriert. Der durchdringende Blick des

großen Staatsmanns hat in einer scheinbar ratlosen Lage über alle Parteiprogramme hinaus das punctum saliens erkannt und anfangs gegen das Staatsministerium den neuen Reformplan in Gang gebracht. Sein Verdienst war ferner die Wahl und die stetige Unterstützung eines genialen Staatsmannes, des Grafen Eulenburg, der mit richtiger Auswahl seiner Mitarbeiter die höchst verwickelte Aufgabe im einzelnen durchzuführen verstand. In allen Stadien dieser Übergangszeit hat der Ministerpräsident seine starke Hand über der Durchführung des Werkes gehalten, in dem entscheidenden Zeitpunkt den unberechtigten Widerspruch des Herrenhauses mit raschem Entschluß beseitigt und in den Zwischenstadien der Beratung in geduldiger Ausdauer zahlreiche Kompromisse durch seinen maßgebenden persönlichen Einfluß zu stande gebracht. Unter den vielen Ruhmeserinnerungen des großen Reichskanzlers wird sein Verdienst als Schöpfer der neuen Verwaltungs-Ordnung sicherlich Menschenalter hindurch unvergessen bleiben, als eines ebenbürtigen Fortführers der Stein-Hardenbergischen Reformepoche auch im Innern unseres Vaterlandes."

Von diesem schönen abschließenden Gesamturteil über Bismarcks Anteil an dem Werden und Gelingen des großen Werkes müssen wir uns aber nun zurückwenden zu dem Eingreifen des Ministerpräsidenten „in dem entscheidenden Zeitpunkt", da er „den unberechtigten Widerstand des Herrenhauses beseitigte." Denn dieses Eingreifen sollte für Bismarcks persönliches Leben wie für Preußen und Deutschland auf Jahre hinaus von größter Wichtigkeit werden. „Unberechtigt" nennt Gneist die Opposition des Herrenhauses gegen das bedeutsame Gesetz, da „es sich nicht sowohl um erhebliche staats- und verwaltungsrechtliche Differenzen, als um Interessengegensätze zwischen Stadt und Land handelte, die in Regierungskreisen nunmehr seit Jahren sorgfältig erwogen und durch eine Reihe billiger Ausgleichungen vermittelt waren." Auch waren „dem Großgrundbesitz so weitgehende Zugeständnisse gemacht" — die Gneist einzeln aufzählt — „daß die Regierung in dieser Richtung nicht weitergehen, vielmehr den seit zwanzig

Jahren über die Kreisordnung fortgesetzten Streit endlich schließen mußte."

Gleichwohl verharrte die große Mehrheit des Herrenhauses in heftigster Opposition gegen die Vorlage, nachdem am 21. Oktober der Landtag wieder eröffnet worden war. Der Kaiser und König säumte nicht, am 27. Oktober dem Präsidenten des Herrenhauses persönlich zu eröffnen: „Er lege auf das Zustandekommen der Kreisordnung, in voller Übereinstimmung mit dem Ministerium, den größten Wert und werde der unverweilten Durchführung dieser Aufgabe unter allen Umständen seine Fürsorge widmen." Schon hinter diesen kraftvollen und selbst drohenden Worten sehen wir — der Monarch selbst sagt es — das ganze Ministerium, namentlich den Präsidenten desselben, den Fürsten Bismarck, stehen. Noch deutlicher aber bezeichnet Bismarck durch den Grafen Eulenburg am 31. Oktober vor der entscheidenden Abstimmung im Herrenhause die Folgen einer Ablehnung des Gesetzes: Die Session werde dann sofort geschlossen „und eine neue Session einberufen werden, in welcher die Kreisordnung zu den ersten Vorlagen gehören wird. Wir sind von der Notwendigkeit derselben, unter voller Zustimmung Sr. Majestät so überzeugt, daß wir diese Aufgabe nicht fallen lassen, sondern versuchen werden, die Lösung derselben zu erreichen, durch alle Mittel, welche die Verfassung uns gestattet."

Damit war drohend hingewiesen auf eine Beseitigung der störrischen Mehrheit des Herrenhauses. Gleichwohl wurde die Vorlage im Herrenhause am 31. Oktober mit der ungeheuren Mehrheit von 145 gegen 18 Stimmen abgelehnt, und darauf am 1. November der Landtag durch Roon geschlossen und für den 12. November von neuem einberufen. Bismarck dachte die Lösung der Streitfrage herbeizuführen durch eine von ihm seit Jahren befürwortete Reform des Herrenhauses, da dieses seiner Entstehung nach nur die altständische preußische Interessenvertretung zum Ausdruck brachte und deren engen Horizont nicht zu erweitern vermochte zu der größeren Gesichtsweite, welche die soziale und kirchlich-politische Gesetzgebung seit 1866, und namentlich seit 1871, erforderte. Dieser

kühne Plan einer gründlichen Umgestaltung des Herrenhauses fand aber nur bei dem Freunde Roon Zustimmung. Die anderen Minister wollten sich durch einen „Pairsschub" helfen, durch die königliche Ernennung so vieler neuer Herrenhausmitglieder, als zur Erlangung einer Mehrheit für die Kreisordnung nötig sein würden. Fürst Bismarck war tief verstimmt über diese zaghafte Entscheidung der Kollegen im Ministerrate und sah sich damit vor die peinliche Frage gestellt, ob er als Präsident die Verantwortung für eine von ihm mißbilligte und widerratene Maßregel übernehmen solle. Dazu kam das entmutigende Gefühl körperlicher Schwäche infolge seiner Krankheit.

In dieser Stimmung schrieb er an den König aus Varzin am 13. November: „Allergnädigster König und Herr, ich bin sehr niedergeschlagen darüber, daß ich auf Ew. Majestät huldvolles Schreiben vom 9. c. nicht sofort nach Berlin kommen und mich Ew. Majestät in der schwebenden Krisis zur Verfügung stellen konnte." Im Vertrauen auf seine seit der Abreise von Berlin zunehmenden Kräfte habe er durch Eingaben an den König, durch Korrespondenzen mit den Ministern und mit Mitgliedern des Herrenhauses auf den Gang der Dinge zu wirken gesucht, aber da ihm „die aufklärende Diskussion und die Kenntnis der Gegengründe" fehle, damit vielleicht nur die Verwirrung vermehrt und jedenfalls seine Kräfte völlig erschöpft. „Der Weg, den Ew. Majestät im Konseil gebilligt haben (der Pairsschub), kann ebenso gut wie der von mir vorgeschlagene zu denselben Zielen führen, wenn nur kein Bruch mit dem jetzigen Abgeordnetenhause dazwischen kommt und wenn meine Kollegen unter sich einig bleiben. Um Verstimmungen und Mißverständnisse zu vermeiden, „habe ich Roon gebeten, mich nur dann zuzuziehen, wenn Ew. Majestät besonders befehlen, und ihn benachrichtigt, daß ich mit den einzelnen Kollegen nicht mehr korrespondieren würde. „Meine Hoffnung und meine Bitte zu Gott ist, daß mir bald wieder vergönnt sein möge, unter Ew. Majestät Auge wieder meine Pflicht zu thun und die Beruhigung wieder zu gewinnen, die in der Arbeit liegt."

Roon hatte inzwischen am 12. November die neue Landtags=

session eröffnet und wie sein König „mit schwerem Herzen" dem Pairsschub zugestimmt, da das Herrenhaus noch immer in der Opposition gegen die Kreisordnung beharrte. Doch wollte er nur wenige Neuernennungen. Als er aber die Sitzung des Staatsministeriums am 30. November vor deren Schluß verlassen mußte, schlugen die Minister Eulenburg und Itzenplitz dem König „die größere Liste" von 25 Neuernennungen vor, und König Wilhelm fügte sich dem Beschluß. Roon, durch die vermeintliche Überrumpelung tief verletzt, bat zunächst um Urlaub, und reichte am 8. Dezember dem Könige sein Entlassungsgesuch ein, von dem er auch den Fürsten Bismarck amtlich unterrichtete. Darauf antwortete dieser aus Varzin am 13. Dezember in folgendem Schreiben: „Lieber Roon, auf Ihren amtlichen Brief vom 10. antworte ich jetzt nicht, sondern melde Ihnen nur, daß ich morgen in Berlin einzutreffen hoffe. Ich reise nicht, weil ich mich gesund fühle, sondern weil ich für Pflicht halte, die Lage mit Sr. Majestät und mit Ihnen mündlich zu besprechen. — Mein Gefühl sagt mir seit Monaten, daß ich die alte Gesundheit nicht wieder erlange und also auch den alten Geschäftskreis nicht wieder übernehmen kann. So lange der König es befiehlt, will ich ihm als auswärtiger Minister gern weiter dienen, da ich die mehr als zwanzigjährige Erfahrung in der europäischen Politik und das Vertrauen der fremden Höfe nicht auf einen anderen übertragen kann. Aber die auswärtigen Angelegenheiten der stärksten Großmacht nehmen einen vollen Mannesdienst in Anspruch, und es ist eine unerhörte Anomalie, daß der auswärtige Minister eines großen Reiches daneben die Verantwortung für die innere Politik desselben tragen soll. Mein Gewerbe ist ein solches, in dem man viele Feinde gewinnt, aber keine neuen Freunde, sondern die alten verliert, wenn man es zehn Jahre lang ehrlich und furchtlos betreibt. . . Das muß ich tragen, wenn ich auswärtiger Minister bleiben und der König mich noch schneller aufreiben will, als ich ohnehin zu Grunde gehe. Im Innern habe ich den Boden, der mir annehmbar ist, verloren durch die . . . Desertion der konservativen Partei in der katholischen Frage.

In meinen Jahren und mit der Überzeugung, nicht lange mehr zu leben, hat der Verlust aller alten Freunde etwas für diese Welt Entmutigendes, was bis zur Lähmung geht, wenn die Sorge um meine Frau dazutritt, wie das seit Monaten verstärkt wiederkehrt. Meine Federn sind durch Überspannung erlahmt; der König als Reiter im Sattel, weiß wohl kaum, daß und wie er in mir ein braves Pferd zu Schanden geritten hat; die Faulen halten länger aus, aber ultra posse nemo obligatur. Ich glaubte es noch einige Monate bis zu mündlicher Verständigung hinhalten zu können. Aber Ihr Brief vom 10., lieber Roon, hat meinen Entschluß zur Reife gebracht. Ich kann des Königs preußischer Ministerpräsident nicht bleiben; will Se. Majestät mich als Reichskanzler und Auswärtigen Minister behalten, so will ich versuchen, diesen Zweig weiter zu besorgen. Die Verantwortung für Kollegen, auf die ich nur bittweisen Einfluß habe, und die Verantwortung für solche Ansichten und Willensmeinungen Sr. Majestät, die ich nicht teilen kann, vermag ich in meiner deprimierten Gemütsverfassung nicht mehr durchzufechten. Die meine Bestrebungen kreuzenden Einflüsse sind mir zu mächtig, und die Überhebung und politische Unbrauchbarkeit der Konservativen hat meine Freudigkeit im Kampfe seit dem letzten Frühjahr gebrochen. Mit den Konservativen ist nichts zu machen, sie folgen den Rednern wie K(leist-Retzow) und den Intriganten wie B(odelschwingh), gegen sie mag ich nicht. Der König muß also m. E. neue, im Parteiwesen nicht verbrauchte Leute an die Spitze bringen und mich in Frieden auf mein diplomatisches Altenteil oder gänzlich ziehen lassen. In diesem Sinne werde ich übermorgen mein partielles Abschiedsgesuch Sr. Majestät vortragen. Das Zeugnis gegen das Ministerium, welches in Ihrem Abschiedsgesuch liegt, hat meinen seit Monaten keimenden Entschluß schnell gereift. Wir werden, wenn Gott uns Leben gibt, uns der großen Zeit, die wir gemeinsam durcharbeiteten, als alte Freunde gern erinnern und behäbigeren Nachfolgern mit weniger aufreibendem Diensteifer wohlwollend nachblicken. In herzlicher und unwandelbarer Freundschaft Ihr v. Bismarck."

Die Gründe für diesen folgenschweren Entschluß sind in dem vorstehenden Schreiben so vollständig aufgezählt, daß ihnen nichts hinzuzusetzen ist. Die den Kaiser und König in der inneren (namentlich auch in der Kirchen-) Politik wie in den auswärtigen Angelegenheiten beeinflussenden und Bismarcks „Bestrebungen kreuzenden Einflüsse" werden wir später kennen lernen. Im übrigen aber hat der Leser alle übrigen Faktoren, welche dem „deprimierten" Reichskanzler diesen Entschluß abquälten, selbst am Werke gesehen: „die Desertion der Konservativen", die „Kollegen" im Ministerium, auf die Bismarck „nur bittweisen Einfluß" hat u. s. w. Das Einzige, was der amtsmüde Ministerpräsident dem treuen Roon in jenem Briefe verschwieg, war, daß er beabsichtige, unter den „neuen, im Parteiwesen nicht verbrauchten Leuten", die der König „an die Spitze bringen" müsse, in erster Linie den Grafen Roon selbst dem Monarchen vorzuschlagen, da dieser zu den Konservativen in gleich ungetrübter Freundschaft stand wie zu Bismarck und hauptsächlich auch das Vertrauen und die Liebe des Königs besaß wie kein anderer, außer Bismarck.

Mit diesen Entschlüssen traf der Reichskanzler am 14. Dezember wieder in Berlin ein. Am 15. entwickelte er sie eingehend dem Kaiser. Roon fügte sich hochherzig in die neue Lage und Pflicht, zog sein Entlassungsgesuch zurück und übernahm die neue Last des Amtes des preußischen Ministerpräsidenten. Am 21. Dezember erließ der Kaiser die Ordre, welche diese ungeahnte Wendung dem Volke verkündete. Bismarck behielt natürlich Sitz und Stimme im preußischen Staatsministerium und wurde nur im Falle der Behinderung durch Delbrück vertreten. Es war ein letzter Versuch, den inneren Konflikt, namentlich mit Bismarcks alten konservativen Freunden, anständig zu begraben. Aber das Interregnum Roons schlug aus mancherlei Gründen fehl. Der stets übler werdende Gesundheitszustand des Feldmarschalls war — so gewichtig dieser betrübende Umstand sein mochte — noch das geringste Hindernis an gutem Erfolg. Die konservative Partei beharrte in unbelehrbarer Verbitterung und Feindseligkeit, die Bismarcks „Bestre-

bungen kreuzenden Einflüsse“ wurden noch „mächtiger“ und gefährlicher bei der Allerhöchsten Stelle eingesetzt. Vor allem aber erwies sich die Trennung des höchsten Amtes des Reiches und Preußens als undurchführbar. So mußte denn Bismarck schon am 9. November 1873 wieder preußischer Ministerpräsident werden. Alles das wird später eingehende Darstellung finden. Am Ausgang des Jahres 1872 aber setzten der Kaiser, Bismarck und Roon noch gute Hoffnungen auf den Versuch.

Am 24. Dezember sandte der Kaiser dem Fürsten Bismarck als Weihnachtsgeschenk eine Nachbildung des berühmten Rauch'schen Standbildes Friedrichs des Großen vor dem königlichen Schlosse in Berlin in Bronzeguß. Fürst Bismarck dankte dem gnädigen Geber noch am nämlichen Tage eigenhändig in einem Schreiben, in dem er zunächst die persönlichen Beziehungen seiner im Felde dienenden Vorfahren zu Friedrich dem Großen erwähnt und diese Erinnerungen als „die dauernden Eindrücke seiner Kindheit“ bezeichnet, dann aber fortfährt: „Ich habe jederzeit bedauert, daß es mir nach dem Willen meiner Eltern nicht erlaubt war, lieber vor der Front als hinter dem Schreibtisch meine Anhänglichkeit an das angestammte Königshaus und meine Begeisterung für die Größe und den Ruhm des Vaterlandes zu bethätigen. Auch heut, nachdem Ew. Majestät mich zu den höchsten staatsmännischen Ehren erhoben hat, vermag ich das Bedauern, ähnliche Stufen nicht als Soldat mir erstritten zu haben, nicht ganz zu unterdrücken. Verzeihen Eure Majestät am heiligen Abend einem Manne, der gewohnt ist, an christlichen Gedenktagen auf seine Vergangenheit zu blicken, diese Aussprache persönlicher Empfindungen. Ich wäre vielleicht ein unbrauchbarer General geworden, aber nach meiner eigenen Neigung hätte ich lieber Schlachten für Eure Majestät gewonnen, wie die Generäle, die das Denkmal zieren, als diplomatische Kampagnen. Nach Gottes Willen und nach Eurer Majestät Gnade habe ich die Aussicht, in Schrift und Erz genannt zu werden, wenn die Nachwelt die Erinnerung an Eurer Majestät glorreiche Regierung verewigt. Aber die herzliche Anhänglichkeit, die ich, unabhängig von der Treue jedes ehr-

lichen Edelmannes für seinen Landesherrn, für Eurer Majestät Person fühle, der Schmerz und die Sorge, die ich darüber empfinde, daß ich Eurer Majestät nicht immer nach Wunsch dienen kann, werden in keinem Denkmal Ausdruck finden können; und doch ist es nur dieses persönliche Gefühl in letzter Instanz, welches die Diener ihrem Monarchen, die Soldaten ihrem Führer, auf Wegen, wie Friedrich II. und Eure Majestät nach Gottes Ratschluß gegangen sind, in rücksichtsloser Hingebung nachzieht. Meine Arbeitskraft entspricht nicht mehr meinem Willen, aber der Wille wird bis zum letzten Atem Eurer Majestät gehören. v. Bismarck."

Dieselbe treue Hingebung an den „Landesherrn", die einst in den blutigen Märztagen des Jahres 1848 den kranken Junker v. Bismarck zum Schutze seines Königs nach Berlin getrieben hatte, trat in diesen rührenden Zeilen des 57jährigen Reichskanzlers zu Tage. Aber auch sein König und Kaiser Wilhelm antwortete am 1. Januar 1873 mit jugendfrischer Begeisterung, unter Übersendung der „brillantenen Insignien des Schwarzen Adlerorden", in folgendem Handschreiben:

„Sie wissen, mit wie schwerem Herzen Ich Ihren Wunsch erfüllt habe, indem ich Sie von dem Vorsitz Meines Staatsministeriums entband. Aber Ich weiß, welche geistige und körperliche Anstrengung die zehn Jahre dieser Stellung von Ihnen verlangten und will deshalb nicht länger anstehen, Ihnen eine Erleichterung zu bewilligen. — Zehn inhaltsschwere Jahre liegen hinter uns, seit Sie Meiner Berufung an die Spitze der preußischen Verwaltung zu treten, Folge leisteten! Schritt für Schritt hat Ihr Rat und Ihre That Mich in den Stand gesetzt, Preußens Kraft zu entwickeln und Deutschland zur Einigung zu führen. Ihr Name steht unauslöschlich in der Geschichte Preußens und Deutschlands verzeichnet, und die höchste Anerkennung ist Ihnen von allen Seiten gerecht zu teil geworden. Wenn Ich genehmige, daß Sie die mit so sicherer Hand geführte Verwaltung Preußens niederlegen, so werden Sie mit derselben doch unter Fortführung der politischen Aufgaben Preußens in Verbindung mit denen der deutschen Reichs-

kanzlerstellung im engsten Zusammenhange bleiben. — Durch die Verleihung der brillantenen Insignien Meines hohen Ordens vom Schwarzen Adler will ich Ihnen bei diesem Anlaß einen erneuten Beweis Meiner höchsten Anerkennung und nie erlöschenden Dankbarkeit geben! Mögen die Ihnen gewährten geschäftlichen Erleichterungen die Kräftigung Ihrer Gesundheit sichern, die Sie erhoffen und Ich wünsche, damit Sie lange noch dem engeren und dem weiteren Vaterlande und Mir Ihre bewährten Dienste leisten können. Ihr treuergebener dankbarer König Wilhelm."

Solche Worte des geliebten Monarchen gaben dem großen Staatsmann die Kraft und das Vertrauen, auch die neuen, schweren Kämpfe siegreich zu bestehen, denen er in den nächsten Jahren entgegenging.

Drittes Kapitel.

Neue Kämpfe und Konflikte (1873/74).

Das Jahr 1872 hatte den kirchlichen Kampf weiter verschärft und für das Jahr 1873 die sichere Aussicht eröffnet, daß auf diesem Gebiete noch weitere erbitterte Kämpfe bevorstünden. Am 24. Juni 1872 hatte der Papst Pius IX. zu einer Abordnung des deutschen Lesevereins in Rom die Worte gesprochen: „Wir haben es" (in Deutschland) „mit einer Verfolgung zu thun, die, von weitem vorbereitet, jetzt ausgebrochen ist; es ist der erste Minister einer mächtigen Regierung, der nach seinen siegreichen Erfolgen im Felde sich an die Spitze der Verfolgung gestellt hat. Ich habe ihn wissen lassen, daß ein Triumph ohne Mäßigung von keiner Dauer ist; daß ein Triumph, der sich in einen Kampf gegen die Wahrheit und die Kirche einläßt, der größte Wahnsinn ist. Ich habe die Frage an den Ministerpräsidenten richten lassen, warum nun auf einmal die Katholiken sich in Leute verwandelt haben sollten, die den Gehorsam verweigern, gefährliche Umtriebe machen, auf den Untergang des Staates sinnen? Die Antwort erwarte ich noch immer, vielleicht weil es auf die Wahrheit keine Antwort gibt. Wer weiß, ob nicht bald sich das Steinchen von der Höhe loslöst, welches den Fuß des Kolosses zertrümmert."

Die „Provinzialkorrespondenz" bestritt am 3. Juli 1872, daß der Papst diese Fragen an den Fürsten Bismarck gerichtet habe. Wäre es aber geschehen, „so würde doch der Reichskanzler schon deshalb kaum haben annehmen können, daß der Papst im Ernste

eine Antwort darauf erwarte, weil es durchaus dieselben Fragen sind, welche im Laufe des letzten Jahres Fürst Bismarck und Se. Majestät der König wiederholt mahnend an die Katholiken gerichtet haben. Die Äußerung des Papstes enthält vor allem einen neuen Fingerzeig für unsere Regierung, daß es sich bei den kirchlichen Fragen um einen einheitlich geleiteten Kampf handelt, daß daher auch die Abwehr nicht auf den einzelnen Fall gerichtet sein darf, sondern stets den großen Zusammenhang der antinationalen kirchlichen Bewegung im Auge behalten muß. Wir werden uns bei jedem weiteren Schritte bewußt bleiben müssen, daß der Wunsch der Gegner darauf gerichtet ist, dem mächtigen Deutschen Reiche den Fuß zu zerschmettern."

Von der tiefen Erregung, in welche jene päpstliche Ansprache das ganze deutsche Volk versetzte, legte die gut katholische „Schlesische Volkszeitung" Zeugnis ab, indem sie ihrem Schmerz über die Ansprache des Papstes lauten Ausdruck gab: „In Rom hätte man auf jeden Fall fühlen sollen, daß ein solcher Schlag jenseits der Alpen mehr die Katholiken als ihre Gegner treffen würde und sie auch bei weitem mehr schmerzen müßte, als ihre Gegner." Der Papst aber kümmerte sich um diesen Schmerz nicht. In einer lateinischen Allokution, die er im Konsistorium der Kardinäle am 22. Dezember in Rom hielt, sprach er von der „Unverschämtheit" des deutschen Kaisertums u. s. w. Bismarck ließ die Veröffentlichung dieser Allokution überall verbieten und die Zeitungen, die sie dennoch abdruckten, mit Beschlag belegen. Am 30. Dezember rief er auch den einstweiligen Vertreter Deutschlands in Rom, den Legationsrat Stumm, von dort ab. Zugleich aber wurde die Abwehr auf dem Boden des Gesetzes und der Verfassung vorbereitet.

Am 22. November 1872 schon hatte Kultusminister Dr. Falk dem preußischen Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf zur Begrenzung des Gebrauches kirchlicher Straf- und Zuchtmittel vorgelegt. Danach sollte „jedem Religionsdiener verboten sein, Straf- oder Zuchtmittel anzudrohen, zu verhängen oder zu verkünden, welche weder dem rein religiösen Gebiete angehören, noch lediglich die Ent-

ziehung eines innerhalb der Kirche oder Religionsgesellschaft wirksamen Rechtes oder die Ausschließung aus der letzteren betreffen; oder wegen Vornahme einer Handlung, zu welcher die Staatsgesetze oder die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Anordnungen verpflichten; oder wegen Ausübung öffentlicher Wahl- oder Stimmrechte, oder um eine bestimmte Art der Ausübung oder Nichtausübung solcher herbeizuführen."

Am 9. Januar 1873 legte Falk dem Abgeordnetenhause drei weitere Gesetzentwürfe vor. Der erste derselben betraf die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen. Jedes geistliche Amt sollte danach nur einem Deutschen übertragen werden dürfen, welcher seine Vorbildung auf deutschen Gymnasien und Universitäten oder aber auf einem vom Kultusminister anerkannten Priesterseminar empfangen und eine deutsche Staatsprüfung bestanden hätte. Die kirchlichen Anstalten zur Vorbildung der Geistlichen sollten der Aufsicht des Staates unterstellt, Knabenseminare und Konvikte nicht mehr errichtet, in den bestehenden Anstalten endlich keine neuen Zöglinge mehr aufgenommen werden. Bei der Anstellung und Versetzung von Geistlichen sowie bei der Umwandlung einer widerruflichen Stellung in eine dauernde wurde dem Staat das Einspruchsrecht gegeben und endlich bestimmt, daß jedes erledigte Pfarramt innerhalb eines Jahres neu zu besetzen sei.

Der zweite am 9. Januar 1873 vorgelegte Gesetzentwurf handelte von der kirchlichen Disziplinargewalt und von der Errichtung eines königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten. Dieser Entwurf stellte die kirchliche Disziplinargewalt unter staatliche Aufsicht mit der Bestimmung, daß jeder kirchlich Disziplinierte das Recht der Berufung an den königlichen kirchlichen Gerichtshof haben solle, auch der Oberpräsident im Interesse der öffentlichen Ordnung die Berufung sollte einlegen dürfen, ja der Gerichtshof auch ohne Berufung das Einschreiten verfügen könne. Weiter bestimmte der Gesetzentwurf wörtlich: „Kirchendiener, welche die Vorschriften der Staatsgesetze und die obrigkeitlichen Anordnungen verletzen, können auf Antrag der Staatsbehörde durch gerichtliches

Urteil aus ihrem Amte entlassen werden. Die Anrufung des kirchlichen Gerichtshofs erfolgt, wenn die der kirchlichen Instanz ohne Erfolg geblieben ist."

Die letzte der Vorlagen handelte vom Austritt aus der Kirche, hob alle bisherigen Erschwerungen dieses Schrittes, wie z. B. die kirchliche Abmahnung, auf und erforderte nur die persönliche Erklärung zu Protokoll vor dem Richter des Wohnortes.

Als Dr. Falk diese drei Entwürfe dem Abgeordnetenhause am 9. Januar vorlegte, betonte er: „daß die preußische Regierung in ihrer höchsten Spitze nicht gespalten ist, und daß diese Gesetzentwürfe in freier, voller und ganzer Einmütigkeit der Minister der Allerhöchsten Genehmigung unterbreitet wurden." Auch Roon bezeugte diese Einmütigkeit am 17. Januar im Abgeordnetenhause; über die Notwendigkeit von Abwehrmaßregeln seien alle Minister schon einig seit der Zeit, „wo der Sirokko von Rom aus unsere deutschen katholischen Bischöfe als römische zurückgeführt hat." Am 21. Januar überwies das Abgeordnetenhaus die vier Vorlagen einer Kommission von 21 Mitgliedern, die unter dem Vorsitz v. Bennigsens und des Grafen Bethusy-Huc zusammentrat und zum Berichterstatter den Professor Gneist wählte. Auf dessen Vorschlag beschloß die Kommission, zunächst die mit den Vorlagen unvereinbaren Artikel 15 und 18 der preußischen Verfassung entsprechend abzuändern. Die Regierung erklärte sich damit einverstanden, und das Abgeordnetenhaus nahm diese Verfassungsänderung in drei Lesungen am 30., 31. Januar und 4. Februar an.

Fürst Bismarck erschien 1873 im Abgeordnetenhause zuerst am 25. Januar, als der auswärtige Etat zur Beratung stand. Lasker benützte diese Gelegenheit, den Wechsel im Ministerpräsidium zur Sprache zu bringen und schloß mit der Hoffnung: „daß auch fortan dem preußischen Staatsministerium der Beistand und die Energie des auswärtigen Ministers und Reichskanzlers nicht fehlen werde." Fürst Bismarck sagte das bestimmt zu und erläuterte mit großer Offenheit die Gründe, welche ihn zur Niederlegung des Vorsitzes im preußischen Ministerium bewogen und genötigt hätten.

„Wen das Gefühl der fortwährenden angespannten Verantwortlichkeit nicht angreift," sagte er, „der hat eben kein Pflichtgefühl und kein Herz für sein Land. Wer dies hat, den wird es bis zu einem gewissen Maße packen und verbrauchen." Und auf den Einwand Virchows, daß man das Ministerium aus der Mehrheit der Kammer hätte nehmen können, entgegnete er: „Wir sind meines Erachtens bisher überhaupt nicht in der Lage, ein Parteiministerium bei uns in Preußen bilden zu können. Das Ministerium muß einen vorwiegend gouvernementalen — gestatten Sie mir nach meiner ganzen Herzensauffassung den Ausdruck — königlichen Charakter tragen. Sowie wir in Parteiministerien hineingeraten, so werden die Gegensätze geschärft. Der König allein und die Emanation, die von ihm und seiner politischen Auffassung ausgeht, bleibt parteilos, und in dieser Stellung über den Parteien, auf dieser Höhe der Krone muß meines Erachtens die Regierung in Preußen gehalten werden." Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Am nämlichen Tage gab Bismarck im neuen Jahre das erste parlamentarische Diner und hatte dabei namentlich mit dem Abgeordneten v. Unruh ein interessantes Gespräch,*) das jener Tagesordnung des Abgeordnetenhauses folgte, d. h. das wichtige Ereignis des Rücktrittes Bismarcks vom preußischen Ministerpräsidium nochmals erörterte. Fürst Bismarck bezeichnete das thörichte Gerücht, „daß er mit dem Kaiser zerfallen sei", als falsch. Unruh entgegnete: es gebe etwas, was er und viele andere dem Kaiser sehr hoch anrechneten und auch die Geschichte anerkennen werde. „Nun was?" fragte Bismarck. Unruh erwiderte, er wolle sich wohl ganz offen aussprechen, wenn der Fürst es nicht übel nehme. „Sprechen Sie ganz offen," bedeutete dieser den Abgeordneten, und Unruh fuhr fort: „Nun, ich meine den Umstand, daß der Kaiser einen so unbequemen Minister, wie wohl noch kein König von Preußen gehabt hat, nicht allein beibehalte, sondern seinem Rat, wenigstens

*) Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, I, 307/11.

in der äußeren Politik, unbedingt folge und ihm dankbar sei." „Das ist richtig," meinte Bismarck ohne jede Empfindlichkeit und setzte dann im Laufe des Gesprächs, in dem auch von dem Könige von Bayern die Rede war, hinzu, die Könige hätten einen eigentümlich weiten Blick für alles, was ihnen fromme. Das Detail, mit dem sie nichts zu thun hätten, störe sie nicht, und sie nutzten die Personen, die ihnen nützlich seien, soweit als möglich aus, versuchten wohl auch über diese Grenze hinauszugehen. Weiter versicherte der Fürst, der Kaiser sei ganz fest und zuverlässig in betreff der Kirchengesetze, aber die Zivilehe müsse zurückgestellt werden. Nur durch solche Kompromisse komme man weiter. Später erwähnte er eine seiner Äußerungen gegen den Kaiser: „wenn gewisse Dinge von ihm als Minister verlangt würden, die nach seiner besten Überzeugung dem Könige oder dem Staat verderblich würden, so könnte er Soldat des Königs, aber nicht sein Minister sein."

Nach der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses waren bei Verfassungsänderungen 21 Tage nach Abschluß der drei ersten Lesungen nochmals drei Lesungen vorgeschrieben. Diese fanden am 21. Februar und 1. März statt und ergaben die Annahme der Verfassungsänderungen mit 218 gegen 108 Stimmen. Damit war den vier kirchlichen Vorlagen selbst der Weg gebahnt. In den Tagen vom 7. bis 21. März wurden sie im Abgeordnetenhause beraten und angenommen, in der Schlußabstimmung mit 222 gegen 100 Stimmen. Das Herrenhaus hatte am 19. Februar beschlossen, die vom Abgeordnetenhause zu erwartenden vier kirchlichen Gesetze an eine Kommission zu verweisen, die Verfassungsänderungen aber durch Vorberatung im Hause zu erledigen. Diese fand am 10. März statt, und da zeigte sich die feudale Partei des Hauses noch eben so erbittert gegen Bismarck, wie früher. Namentlich beklagte sich der Frhr. v. Zedlitz-Neukirch über die Fortschritte des Liberalismus in den letzten Jahren und bezeichnete die von der Regierung gebilligte Abänderung der Artikel 15 und 18 der Verfassung als einen „Angriff auf das starke Bollwerk der Kirche. Es soll der Liberalismus in die Kirche hineingetragen werden, damit die Kirche

dadurch unterworfen wird der Herrschaft des omnipotenten liberalen Staates."

Bismarck entgegnete, er habe dem Vorredner und dessen Gesinnungsgenossen schon bei ihrer Opposition gegen das Schulaufsichtsgesetz vorhergesagt, daß der Liberalismus wahrscheinlich Fortschritte machen werde. „Worin liegt denn das? Doch wesentlich in der Desorganisation des Gegengewichts in der konservativen Partei; es liegt wesentlich darin, daß die Regierung und namentlich ich, ihr früherer Vertreter, sich in der Voraussetzung, daß die konservative Partei mit Vertrauen auf sie blickte, getäuscht hat . . . und das Vertrauen ist eine zarte Pflanze; ist es zerstört, so kommt es so bald nicht wieder. Darauf ist die konservative Partei in sich zur Zersetzung gekommen. Sie, m. H., haben wesentlich dazu beigetragen, mich, der ich glaubte, die Geschäfte an der Spitze einer konservativen Partei von einiger Bedeutung und einigem Gewicht führen zu können, herauszudrängen aus meiner darauf berechneten Stellung im Ministerium. Sie haben die Voraussetzungen, unter denen ich glaubte, an der Spitze des Ministeriums bleiben zu können, zerstört. Machen Sie doch nun für Ihr eigenes Werk, welches Ihr eigener Übereifer geschaffen hat, nicht die Regierung verantwortlich. Der Herr Vorredner hat ferner dieselbe Bahn betreten, die im anderen Hause von den Gegnern der Vorlage betreten worden ist, nämlich diesen Vorlagen einen konfessionellen, ich möchte sagen, einen kirchlichen Charakter zu geben. Die Frage, in der wir uns befinden, wird m. E. gefälscht, und das Licht, in dem wir sie betrachten, ist ein falsches, wenn man sie als eine konfessionelle, kirchliche betrachtet. Es ist wesentlich eine politische; es handelt sich nicht um den Kampf, wie unseren katholischen Mitbürgern eingeredet wird, einer evangelischen Dynastie gegen die katholische Kirche, es handelt sich nicht um den Kampf zwischen Glauben und Unglauben, es handelt sich um den uralten Machtstreit, der so alt ist wie das Menschengeschlecht, um den Machtstreit zwischen Königtum und Priestertum, den Machtstreit, der viel älter ist, als die Erscheinung unseres Erlösers in dieser Welt, . . . den Machtstreit, der

die deutsche Geschichte des Mittelalters bis zur Zersetzung des Deutschen Reiches erfüllt hat unter dem Namen der Kämpfe der Päpste mit den Kaisern, der im Mittelalter seinen Abschluß damit fand, daß der letzte Vertreter des erlauchten schwäbischen Kaiserstammes unter dem Beil eines französischen Eroberers auf dem Schaffot starb, und daß dieser französische Eroberer im Einverständnis mit dem damaligen Papste stand. Wir sind der analogen Lösung der Situation nahe gewesen, übersetzt immer in die Sitten unserer Zeit. Wenn der französische Eroberungskrieg, dessen Ausbruch mit der Verkündung der vatikanischen Beschlüsse zusammenfiel, erfolgreich war, so weiß ich nicht, was man auf unseren kirchlichen Gebieten in Deutschland von den gestis Dei per Francos zu erzählen haben würde. Ähnliche Pläne haben vorgelegen vor dem letzten Kriege mit Österreich, ähnliche vor Olmütz. Es ist m. E. eine Fälschung der Politik und der Geschichte, wenn man Se. Heiligkeit den Papst ganz ausschließlich als den Hohenpriester einer Konfession oder die katholische Kirche als Vertreterin des Kirchentums überhaupt betrachtet. Das Papsttum ist eine politische Macht jeder Zeit gewesen, die mit der größten Entschiedenheit und dem größten Erfolge in die Verhältnisse dieser Welt eingegriffen hat. . . . Das Ziel, welches der päpstlichen Gewalt, wie den Franzosen die Rheingrenze, ununterbrochen vorschwebte, das zur Zeit der mittelalterlichen Kaiser seiner Verwirklichung nahe war, ist die Unterwerfung der weltlichen Gewalt unter die geistliche, ein eminent politischer Zweck, ein Streben, welches so alt ist wie die Menschheit, denn so lange hat es auch, sei es kluge Leute, sei es wirkliche Priester gegeben, die die Behauptung aufstellten, daß ihnen der Wille Gottes genauer bekannt sei, als ihren Mitmenschen, und daß sie auf Grund dieser Behauptung das Recht hätten, ihre Mitmenschen zu beherrschen; und daß dieser Satz das Fundament der päpstlichen Ansprüche auf Herrschaft ist, ist bekannt. . . . Der Kampf des Priestertums mit dem Königtum, der Kampf in diesem Falle des Papstes mit dem Deutschen Kaiser, wie wir ihn schon im Mittelalter gesehen haben, ist zu beurteilen wie jeder andere Kampf: er hat seine Bündnisse,

seine Friedensschlüsse, seine Haltepunkte, seine Waffenstillstände. Es hat friedliche Päpste gegeben, es hat kämpfende und erobernde gegeben. . . . Also, dieser Machtstreit unterliegt denselben Bedingungen wie jeder andere politische Kampf, und es ist eine Verschiebung der Frage, die auf den Eindruck auf urteilslose Leute berechnet ist, wenn man sie darstellt, als ob es sich um Bedrückung der Kirche handelte. Es handelt sich um Verteidigung des Staates, es handelt sich um die Abgrenzung, wie weit die Priesterherrschaft und wie weit die Königsherrschaft gehen soll, und diese Abgrenzung muß so gefunden werden, daß der Staat seinerseits dabei bestehen kann. Denn in dem Reiche dieser Welt hat er das Regiment und den Vortritt."

Bismarck führte dann weiter aus, daß das Zentrum ein „Dualismus schlimmster Art" sei und „seinen Souverän in Rom" habe und schloß unter lebhaftem Beifall mit den Worten: „In ihrem Kampfe zur Verteidigung des Staates wendet sich die Regierung an das Herrenhaus mit der Bitte um Beistand und um Hilfe zur Befestigung des Staates und zu seiner Verteidigung gegen Angriffe und gegen Unterwühlungen, die seinen Frieden und seine Zukunft gefährden. Wir haben das Vertrauen, daß uns dieser Beistand bei der Mehrheit des Herrenhauses nicht fehlen wird." Dieses Vertrauen trog nicht. Denn am 13. März nahm das Haus die Verfassungsänderung mit 93 gegen 63 Stimmen an; bei der Schlußabstimmung am 4. April mit 87 gegen 53 Stimmen. Am 5. April schon ließ der Kaiser das von ihm vollzogene Gesetz verkünden.

Inzwischen hatte die zur Vorberatung der vier kirchlichen Gesetze am 19. Februar niedergesetzte Kommission des Herrenhauses ihre Beratungen glücklich am 26. März begonnen und am 4. April noch nicht eine einzige Vorlage durchberaten. Da der Ausschuß aus zehn Gegnern und ebensoviel Anhängern der Regierung bestand, so war ein Ende der Beratungen und vollends ein brauchbares Ergebnis derselben gar nicht abzusehen. Am 3. April beantragten daher die Herren v. Bernuth, Graf Rittberg, Herzog

v. Ratibor und Hobrecht: Unter Aufhebung des Beschlusses vom 19. Februar die Vorberatung der vier Gesetzentwürfe sofort im ganzen Hause vorzunehmen. Dieser Antrag wurde von den Führern der herrenhäuslichen Obstruktionstaktik als Mißtrauensvotum gegen die treffliche Kommission und als von der Regierung bestellte Arbeit bezeichnet. Fürst Bismarck wies diese Unterstellung am 5. April weit zurück, erklärte aber den Antrag Bernuth der Regierung erwünscht, da er die Verhandlungen abkürze, welche die Regierung bis zum Abschluß fortsetzen werde: „und sollte es bis in den September dauern, so werden Sie uns auf dem Posten finden, wir werden nicht zu ermüden sein! Sollte demnächst das eine oder das andere der Häuser nicht beschlußfähig bleiben, so würde das die gesetzgeberische Thätigkeit der Regierung eben auf ein anderes Gebiet lenken müssen, als auf dasjenige, mit dem wir uns in diesem Augenblicke beschäftigen."

Damit war dem Herrenhause die gründliche Umbildung angedroht, die dem Fürsten Bismarck, wie alle wußten, seit langer Zeit am Herzen lag und nur bis dahin nicht hatte gelingen wollen. Dieses Äußerste wendeten die Herren ab, indem sie am 5. April mit 74 gegen 38 Stimmen den Antrag Bernuth annahmen. Am 24. April begann dann im Herrenhause der Kampf um die vier kirchlichen Gesetze und dauerte bis zum 1. Mai. Fürst Bismarck beteiligte sich am 24. April lebhaft und oft an der Debatte. Die erste Veranlassung zum Eingreifen bot ihm die Rede des Herrn v. Gruner, eines früheren Beamten des Auswärtigen Amtes, der Bismarcks kirchlicher Politik bis 1870 hohes Lob, von da ab jedoch herben Tadel spendete. Der Kanzler ergriff das Wort nur, um der Meinung entgegenzutreten, Herr v. Gruner sei infolge seiner früheren Zugehörigkeit zum Auswärtigen Amt „mit den Absichten der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches bekannter als er es ist." Der Wechsel in der kirchlichen Politik seit 1871 beweise nicht das Vorhandensein eines längst vorhandenen Planes, sondern erkläre sich einfach aus dem Stande der Notwehr. Der Streit sei von dem Kanzler, der bis dahin an die äußerste Grenze der staat-

lich möglichen Versöhnlichkeit gegangen sei, nur in der Überzeugung aufgenommen worden, „daß durch die Thätigkeit der nach weltlicher Priesterherrschaft strebenden (Zentrums-) Partei innerhalb der katholischen Kirche eine Politik getrieben werde, welche die Grundlagen des Staates erschüttert und bedroht.“ Die schwarze Internationale sei darin nicht besser wie die rote. Der Staat werde „in seinen Fundamenten bedroht und gefährdet von zwei Parteien, die beide das gemeinsam haben, daß sie ihre Gegnerschaft gegen die nationale Entwickelung in internationaler Weise bethätigen, daß sie Nation und nationale Staatenbildung bekämpfen. Gegen diese beiden Parteien müssen m. E. alle Elemente sich zusammenscharen, die ein Interesse haben an der Erhaltung des Staates.“

Als dann Graf Brühl sich heftig dagegen verwahrt hatte, als Anhänger des Zentrums zu den Feinden des Staates gerechnet zu werden, und im Gegenteil behauptete, daß Fürst Bismarck der Kirche den Krieg erklärt habe und gegen sie Krieg führe, entgegnete der Kanzler: Die Indentifikation der herrschsüchtigen Partei für die weltliche Priesterherrschaft mit der Gesamtheit der katholischen Kirche sei ein beliebtes Manöver, um den Fürsten als den Feind der katholischen Kirche hinzustellen und anzugreifen. Die Mitglieder der Zentrumspartei wollen den Krieg. „Sie sprechen das Wort ‚Bürgerkrieg‘ gelassen aus. Sie sind Feinde des Staates, und ich habe Recht, sie als solche zu bezeichnen. Die Zentrumspartei in ihren Wirkungen ist eine Breschbatterie, aufgeführt gegen den Staat; die Artilleristen, die sie leiten, die Ingenieure, die sie erbauten, sie wissen genau, was sie beabsichtigten. . . . Das einzige Gegenmittel wäre eine konfessionelle Gesamtpartei aller Nichtkatholischen. Der Staat aber thut wohl, daß er sich vorsieht, auf daß der König Herr im Staate bleibe und nicht die Zentrumspartei!“

Bismarcks „Onkel“, Herr v. Kleist-Retzow, den der Neffe Otto einst als „Stolz des Pommerlandes“ in Versen gefeiert hatte (Bd. I dieses Werkes S. 251), schnitt namens der Feudaljunker des Hauses das Tischtuch entzwei zwischen sich und dem abtrünnigen, „losgerissenen“ alten Parteigenossen und klagte in Jammertönen den

Schmerz und das Entsetzen, welche diese vier Gesetze auch bei allen wahren evangelischen Christen wach riefen. Bismarck entgegnete: „Ich habe mich nicht von der konservativen Partei ‚losgerissen', ich bin mit ihr einig geblieben; eine Fraktion, die früher der großen konservativen Partei mit angehörte, hat sich unter der Leitung beredter, einflußreicher Führer und aus Fraktionszwang von der konservativen Partei getrennt; sie hat im Kampfe die Regierung in einem entscheidenden Augenblick (beim Schulaufsichtsgesetz) zu meinem Bedauern im Stich gelassen. Bezeichnend für die ganze Anschauungsweise des Herrn Vorredners und seiner Fraktionsgenossen ist der Ausdruck ‚losgerissen'. Das Kleinere reißt sich vom Größeren los, das Bewegliche von der Basis, ein angewachsenes Schaltier von dem Schiff. Er betrachtet als Basis und als konservative Partei seine Fraktion; von der hat sich, nach seiner Meinung, Se. Majestät mit der königlichen Staatsregierung losgerissen und schwimmt nun steuerlos im Meere umher. Diese außerordentliche Überschätzung der Richtigkeit der eigenen persönlichen Ansichten ist ja gerade das staatszerstörende Element, verbunden mit dieser Unfähigkeit, sich unterzuordnen, mit diesem außerordentlichen Überfluß an Zeit, um nachzudenken über das, was die Regierung thut, und über die Kritik, die daran zu üben wäre, während man den Beruf nicht hat und nicht fühlt, seinerseits für die Verteidigung des Staates gegen dessen Feinde einzutreten, sich aber monatelang zu Hause mit den Waffen oppositioneller Kritik ladet und ausrüstet, dann hieher kommt, die Regierung abzukanzeln."

Fürst Bismarck reiste noch am 24. April mit Kaiser Wilhelm nach Petersburg und nahm daher an den weiteren Beratungen des Herrenhauses über die Kirchengesetze nicht mehr teil. Letztere wurden aber am 1. Mai mit großer Mehrheit von diesem angenommen und schon am 15. Mai im Staatsanzeiger verkündet. Der Volksmund nannte sie die vier „Maigesetze". Am 20. Mai wurde der Landtag geschlossen. Der Bruch des Fürsten Bismarck mit der konservativen Irridenta war durch diese Vorgänge so vollständig wie möglich geworden. In jene Monate (20. März 1873)

fällt die im ersten Bande dieses Werkes (S. 79/80) schon erwähnte Korrespondenz mit dem alten pommerschen Freunde Senfft v. Pilsach.*) Der salbungsvolle alte Herr ließ dem Fürsten die Mahnung zugehen, sich zu „ermannen", und schloß: „Sollten Ew. Durchlaucht indessen Gottes Mahnungen zur Buße beharrlich widerstreben, so werden Sie ohne Zweifel Seinem Gerichte verfallen!" Bismarck versicherte dem freundlichen Briefschreiber: „daß das Interesse, welches Sie meinem geistigen und geistlichen Leben widmen, ein vollständig gegenseitiges ist. Aber ich hätte gern die Gewißheit darüber, daß Ihre mahnende Stimme auch den Ihnen nahestehenden Gegnern Sr. Majestät des Königs nicht vorenthalten werde, welchen die Demut unseres Erlösers so fremd geworden ist, daß sie im zornigen Dünkel eigener Weisheit und in heidnischer Priesterherrschaft es als ihre Aufgabe ansehen, das Land und die Kirche zu meistern und die Grundlagen beider zum Vorteil ausländischer und dem Evangelium feindlicher Gewalten thatsächlich zu erschüttern. Ich bitte Ew. Excellenz, Sich Ihrerseits vorzusehen, daß Sie dem Gericht Gottes nicht eben durch die Überhebung Ihrer an mich gerichteten Warnung verfallen. Ich empfehle Ihnen den 4. und 5. Vers des 12. Psalms zu lesen" — ‚Der Herr wolle ausrotten alle Heuchelei und die Zunge, die da stolz redet, die da sagen: Unsere Zunge soll überhand nehmen, uns gebühret zu reden; wer ist unser Herr?' — „und will mich im Vertrauen auf den Schluß des dritten Psalms an diesen halten" — ‚Ich fürchte mich nicht vor viel hundert Tausenden, die sich umher wider mich legen. Auf, Herr, und hilf mir, mein Gott; denn Du schlägst alle meine Feinde auf den Backen und zerschmetterst der Gottlosen Zähne. Bei dem Herrn findet man Hilfe.'

Inzwischen war am 12. März in Gegenwart Bismarcks der Reichstag eröffnet worden. Die Thronrede kündigte als wichtigste Vorlagen an: ein Militärgesetz, das später mit Zustimmung der Regierung, zugleich mit dem vom Reichstag verlangten Preßgesetze, auf ein Jahr zurückgestellt wurde; dann ein Reichsbeamten- und ein

*) Wortlaut in Kohls Bismarck-Jahrbuch Bd. I S. 85/87.

Münzgesetz, die zu stande kamen; endlich einen neuen Vertrag mit Frankreich, von dem später die Rede sein wird. Mit besonderer Genugthuung verweilte die Thronrede bei den „den Frieden verbürgenden Beziehungen zu unseren Nachbarn", und deutete mit diesen Worten in leicht durchsichtiger Weise auf das Dreikaiserbündnis hin.

Aus der ersten Rede, die Bismarck in dieser Reichstagssession bei Beratung der neuen Konvention mit Frankreich am 24. März 1873 hielt, heben wir eine kurze Bemerkung hervor, mit welcher er einen Angriff des Abgeordneten Eugen Richter zurückwies: „Der Herr Abgeordnete," sagte er, „hat sich als Quelle seiner Andeutungen" (über eine angebliche „zweite Garnitur von Dotationen") „auf die ‚vom Reichskanzler ressortierende offiziöse Presse' bezogen. M. H., das ist ein ganz außerordentlich bequemer und weitsichtiger Ausdruck, mit dem man alles Mögliche sagen kann. Ich bestreite, daß es irgend eine vom Reichskanzler ressortierende offiziöse Presse gibt. Ich lasse mitunter Artikel in irgend ein Blatt hineindrucken, aber es ist ein Manöver, dessen der Herr Vorredner sich sonst nicht gegen mich bedient hat, zu sagen, für alles, was an Thorheiten in einer solchen Zeitung steht, sei der Reichskanzler verantwortlich."

Nach einigen kurzen Worten in der Sitzung vom 26. März beteiligte sich Bismarck erst am 16. Mai wieder an den Beratungen des Reichstags. An diesem Tage stand der zweite Jahresbericht über die Verwaltung der Reichslande zur Verhandlung, und der Abgeordnete Windthorst klagte bitter über „die demoralisierende Wirkung der Diktatur" in Elsaß-Lothringen. Bismarck entgegnete: die Diktatur gehe bekanntlich am 1. Januar 1874 in den Reichslanden zu Ende. Der Vorredner citiere also nur ein Diktaturgespenst, „und wenn er uns tadelt und angreift, weil wir von den gesetzlichen Mitteln zur Sicherung des Landes Gebrauch machen, so kommt mir diese Klage so naiv vor, als wenn in der Schlacht der Feind sagen wollte: schießen gilt nicht (Heiterkeit). Nicht aus Besitzsucht an Land und Leuten, auch nicht aus dem berechtigten Gefühl, altes Unrecht sühnen zu wollen, was uns vor zweihundert Jahren geschehen ist, sondern in der bitteren Notwendigkeit, uns

auf weitere Angriffe eines kriegerischen Nachbarn gefaßt machen zu müssen, haben wir die Forderung auf Landabtretung, auf Festungsabtretung soweit ausgedehnt, wie es geschehen ist.“ An dem Mißtrauen und der Abneigung großer Kreise der reichsländischen Bevölkerung gegen die Reichsregierung sei aber vor allem die ultramontane Verhetzung gegen die „protestantische“ Regierung schuld. Die Rede schloß mit den bedeutenden Worten: „Zweifeln Sie unter Umständen an unserm Geschick; aber an unserer Hingebung, an unserem guten Willen zweifeln Sie nicht, an unserem Mut und an dem festen Entschluß, allen Gegnern des Reichs eine feste Stirne zu zeigen, daran zweifeln Sie nicht (Beifall).“ Am 17. Mai wurde die Verhandlung mit neuen Angriffen der Zentrumsabgeordneten v. Mallinckrodt und Windthorst auf den Reichskanzler fortgesetzt. Bismarck erwiderte Herrn v. Mallinckrodt, der ihn „objektiver Verleumdung“ beschuldigt hatte: „Ich erkläre seine Behauptung der Verleumdung für eine Unwahrheit, die durch die Dreistigkeit des Tones, mit der sie vorgebracht wird, nichts an Bedeutung gewinnt (Sehr richtig!).“ Dem Abgeordneten Windthorst, der sich auch über ungerechte Behandlung durch Bismarck beklagte, entgegnete er: „Ich wünsche, daß der Herr Abgeordnete doch zu der Überzeugung käme, daß ich nicht die Absicht habe, ihm schlimmere Dinge zu sagen, als Wahrheit und Verdienst mit sich bringen (Große Heiterkeit).“ So zog sich fast in jede parlamentarische Verhandlung jener Jahre der bittere kirchliche Streit hinein. Von dem am nämlichen 17. Mai im Reichstag behandelten Antrag Elben auf Errichtung eines Eisenbahnamtes und Bismarcks sympathischer Stellung zu dem Antrage wird später die Rede sein.

Die Reichslande beschäftigten den Reichstag in jener Session noch einmal, als am 16. Juni der Gesetzentwurf beraten wurde, der vom 1. Januar 1874 ab die Reichsverfassung in Elsaß-Lothringen einführte. Der § 8 dieses Entwurfes behielt aber dem Kaiser das Recht vor, „mit Zustimmung des Bundesrates, während der Reichstag nicht versammelt ist, Verordnungen mit gesetzlicher Kraft zu erlassen“. Dabei war dem Reichstag jedoch ausdrücklich

das Recht gewahrt, diese Verordnungen nachträglich zu genehmigen oder zu verwerfen." Gleichwohl fürchtete der ultramontane Abgeordnete Peter Reichensperger einen möglichen Mißbrauch. Bismarck trat diesen Besorgnissen unter lebhaftem Beifall siegreich entgegen, indem er ausführte: „Ich kann die Einrichtung, daß der Reichstag zugleich der Landtag für Elsaß-Lothringen sein soll, doch überhaupt nur als ein Provisorium betrachten, aus welchem wir mit Ihrer Hilfe und Übereinstimmung demnächst in ein Definitivum gelangen müssen, wenn die elsässisch-lothringischen Abgeordneten hier unter uns sitzen und an der Beratung sich beteiligen. Einen so schwerwiegenden Apparat (wie den Reichstag) zur Vertretung eines Landes von 1 1/2 Millionen Einwohnern zu machen, dazu haben Sie die Zeit nicht. Ich glaube, Sie können zu der Gesamtheit des Bundesrats das Vertrauen haben, daß er die ihm provisorisch anzuvertrauende Einwirkung auf die Gesetzgebung (der Reichslande) in den Zwischenzeiten nicht mißbrauchen wird," so daß seine Thätigkeit, „wenn der Reichstag wieder zusammentritt, nicht aus dem Gesichtspunkt beurteilt wird: ‚Wie habt Ihr nur dergleichen thun können, nachdem Euch die Ansichten des Reichstags bekannt waren', sondern daß man sorgfältig erwägen wird, was man nachher vor dem Reichstage wird rechtfertigen können." Nach dieser Rede wurde der Gesetzentwurf am 17. und 18. Juni mit großer Mehrheit angenommen.

Auch in die Beratungen über das Reichspreßgesetz trug Windthorst etwas von der Schärfe des kirchlichen Kampfes hinein. Das war nichts Neues mehr und wurde vom Reichskanzler daher nur mild geahndet. Lebhaft verletzt und peinlich überrascht fühlte sich letzterer dagegen, als hier zum erstenmal der linke Flügel der Nationalliberalen unter Führung Laskers ihm als nörgelnde Oppositionsgruppe gegenübertrat. Der Vorgang bedarf einer kurzen Erläuterung. Schon der erste Reichstag von 1871 hatte die Vorlegung eines Reichspreßgesetzes gefordert. Am 25. Oktober 1871 und am 22. April 1872 hatte Minister Delbrück die Vorlage dem Reichstag für dessen „nächste Tagung" verheißen. Diese Zusage war

aber unerfüllt geblieben. Am 19. März 1873 hatten daher achtzig Abgeordnete der Fortschritts-, der nationalliberalen und der liberalen Reichs-Partei den selbständigen Entwurf eines Reichspreßgesetzes eingebracht, welcher hauptsächlich den Vorschlägen und dem Bericht des Professors Dr. Karl Biedermann an den 6. und 7. deutschen Journalistentag entsprach. Als Reichstagsabgeordneter erstattete Biedermann auch über den Entwurf der Achtzig im Reichstag Bericht. Inzwischen war aber der von der preußischen Regierung vorbereitete Entwurf eines Preßgesetzes fertig geworden, und Bismarck ersuchte daher den Reichstag am 29. Mai, mit der Beratung des eigenen Entwurfes einzuhalten, bis der Bundesrat sich mit beiden Entwürfen beschäftigt hätte, was der Reichskanzler im Laufe von etwa zehn Tagen in Aussicht stellte. Vor Mitte Juni hatten dann aber weiter Beratungen von Delegierten aller Reichstagsfraktionen (heute „Seniorenkonvent" genannt) mit dem Reichskanzler über die Frage stattgefunden, welche Gegenstände in der vorgerückten Tagung vom Reichstag überhaupt noch durchberaten, welche für die nächste Session zurückgestellt werden sollten, und hatten sich, unter Zustimmung des Kaisers, dahin geeinigt, daß das Preßgesetz wie das Militärgesetz für 1874 zurückgestellt werden sollten. Diese Abmachung bezüglich des Preßgesetzes mochte dem Abgeordneten Lasker nicht passen, der bei allen trefflichen Eigenschaften doch auch den Eigensinn eines meisterlosen Franctireurs nie verleugnen konnte. In einer gereizten Aussprache rief er am 16. Juni: die Regierung arbeite so langsam, daß der Reichstag geradezu Ferien machen müsse, wenn er die unliebsamen Ruhepausen nicht mit eigenen Anträgen ausfülle, in denen wenigstens „einmal etwas von Volksrechten die Rede" sei. Nach den mühseligen finanziellen Beratungen, welche den Gegenstand der Session gebildet hätten, sei das so unbillig nicht. Fürst Bismarck sprach darauf zuerst sein berechtigtes Erstaunen aus, daß Herr Lasker sich von vertraulichen Abmachungen, denen sogar der Kaiser beigetreten sei, einseitig lossage und bedauerte noch mehr, daß dies geschähe „mit einer deklamatorischen Abschweifung auf die Frage (Oh! Oh! links): ob wir bereit sind,

Volksrechte zu diskutieren oder nicht. Das sind Reden aus vergangener Zeit (Nein! Nein! links), die ich berechtigt bin, deklamatorische zu nennen (Große Unruhe links). Ich habe lange in Zeiten gelebt, wo jeder, der etwas vorzubringen hatte, was gerade seiner Stellung, seinem Bedürfnis, seinen politischen Anschauungen entsprach, sich ausschließlich die Stellung als Volksvertreter und als Volk vindizierte. Volksvertreter sind alle Herren, die hier sitzen, und zum Volke gehören wir alle, ich habe auch Volksrechte, zum Volke gehört auch Se. Majestät der Kaiser; wir alle sind das Volk, nicht die Herrn, die gewisse alte, traditionell liberal genannte und nicht immer liberal seiende Ansprüche vertreten. Das verbitte ich mir, den Namen Volk zu monopolisieren und mich davon auszuschließen!“

Als Lasker hierauf bestritt, irgend eine Veranlassung zu dieser „sehr erregten Abkanzelung“ gegeben zu haben, entgegnete ihm Bismarck: „Der Herr Vorredner hat gesagt: nachdem so viele Finanzgesetze beraten sind — also nachdem wir der Regierung so viele Summen bewilligt haben —, hätten wir uns wohl auch mit den Volksrechten beschäftigen können. Wie? Sind denn die Finanzgesetze keine Volksgesetze? Ja, wenn sie es nicht wären, so hätten Sie Unrecht gethan, dieselben zu bewilligen! Ist die Verteidigung des deutschen Bodens kein Volksrecht? Ist die Herstellung und Sicherung von Festungen gegen feindlichen Überfall des Landes kein Volksrecht? Ist das Budgetrecht, das geordnete finanzielle Zustände im Deutschen Reiche herbeiführen soll, kein Volksrecht? Oder wollen Sie bloß die Angriffswaffen gegen die Regierung, das belagernde Element, wenn ich so sagen soll, gegen den jedesmaligen Stand der Regierung für sich als Volksrechte vindizieren? Das, m. H., wäre eine Scheidung, die — ich spreche ganz objektiv und nicht im verletzenden Sinne — eine Fälschung der Sachlage sein würde, die ich nicht annehmen kann, weil wir dabei ganz und gar zu kurz kämen.... Es ist eine subversive Tendenz, die darin liegt, und die ich allerdings von dem Herrn Abgeordneten, von der Fraktion, der er angehört, von seiner bisherigen Teilnahme an der

Gründung und Befestigung des Reiches in keiner Weise erwartet habe, und die mich allerdings — verletzt, indem ich mich diesem Ostracismus des Ausgeschlossenseins vom Volke, wie er in den Worten des Herrn Redners angedeutet lag, unmöglich unterwerfen kann."

Bismarck durfte sich mit Recht persönlich verletzt fühlen, da gerade der Abg. Lasker diesen gereizten Angriff unternahm, während der Kanzler umgekehrt diesem Abgeordneten zu dem größten Tage in dessen Leben verholfen und dadurch die Kluft zwischen sich selbst und den alten konservativen Freunden abermals bedeutend erweitert hatte. Auch das erfordert eingehendere Darstellung. Die rasche Zahlung der französischen Milliarden und die schnelle Verausgabung des größten Teiles dieser ungeheuren Summe, hatten von 1871 an in ganz Europa, namentlich aber auch in Deutschland, eine „Gründer- und Schwindelperiode" von kolossalem Umfang hervorgerufen.*) Der furchtbare Krach nahm im Mai 1873 seinen Anfang. Diese Gründer- und Schwindelperiode hatte nicht am wenigsten in Eisenbahnkonzessionen und Eisenbahnbau gefrevelt, und auch einzelne Mitglieder des preußischen hohen Adels, wie Prinz Biron zu Kurland und Fürst Putbus, daneben aber auch Bismarcks alter Freund, der Geheimrat („Kreuzzeitungs"-) Wagener hatten durch Weiterverkauf von Eisenbahnkonzessionen oder unsolide Eisenbahn-„Gründungen" große Gewinne eingeheimst. Im preußischen Abgeordnetenhause hatte Lasker diese durch die Gutmütigkeit des greisen Handelsministers Grafen Itzenplitz geförderten Mißstände schon am 14. Januar 1873 zur Sprache gebracht, ohne die Ehrlichkeit und den guten Glauben des Ministers dabei im geringsten anzuzweifeln. Als der damalige preußische Ministerpräsident Graf Roon in einem Briefe vom 31. Januar den Geheimrat Wagener zu rechtfertigen suchte, enthüllte als Antwort hierauf Lasker am 7. Februar in der berühmtesten Rede seines Lebens die einzelnen Phasen jenes Eisenbahnschwindels und legte die Beweise für seine

*) Der ganze Verlauf und Umfang dieser Krisis ist eingehend dargelegt bei Blum, Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks S. 153—164.

Angaben auf den Tisch des Hauses nieder. Die ungemein wirkungsvolle — in der gesamten Presse noch lange nachhallende Rede — schloß mit der Forderung: eine parlamentarische Kommission zur Untersuchung des gesamten preußischen Eisenbahnwesens niederzusetzen. Roon sprach sich am 7. Februar gegen dieses Verlangen noch sehr zurückhaltend aus. Aber schon acht Tage später verlas er eine Königliche Botschaft, welche die von Lasker geforderte Kommission bewilligte und das Abgeordnetenhaus zur Wahl zweier Mitglieder aufforderte. Damit war Laskers berühmteste Rede auch zu dessen größter realpolitischen That erhoben worden. Wem aber hatte er hauptsächlich diesen größten staatsmännischen Erfolg seines Lebens zu danken?

Wir wissen, daß Fürst Bismarck seit Jahren, schon als norddeutscher Bundeskanzler, den Mißständen der preußischen Privatbahnen — nur um solche handelte es sich bei Laskers Vorgehen — sein Auge nicht verschlossen hielt und sehr häufig, wenn auch vergeblich, deren Abstellung bei Camphausen, Itzenplitz und den Räten des Bundeskanzleramts beantragt hatte. Schon vor Laskers großer Rede hatte Bismarck am 5. Februar in einer Denkschrift das Ziel der staatlichen Eisenbahnpolitik Preußens bezeichnet: Erwerbung der von Berlin ausgehenden Haupteisenbahnlinien und Durchbrechung des Monopols der bestehenden großen Korporativmächte der Privateisenbahnverwaltungen durch Anlegung von Konkurrenzbahnen. Man kann sich also denken, wie sympathisch der Reichskanzler im Innern Laskers Antrag vom 7. Februar begrüßte, die Mißstände der preußischen Privatbahnen durch eine aus Mitgliedern des Herren- und Abgeordnetenhauses und königlichen Ernannten zusammengesetzte Kommission untersuchen zu lassen. Roon hat, nach seiner zurückhaltenden Erklärung vom 7. Februar und nach seinen abgünstigen und — ungerechten Aussprachen über diese Untersuchung, wie sie in seinen Denkwürdigkeiten (II, 591/95) sich finden, sicherlich ebenso wie die ihm etwa beistimmenden Minister nicht das geringste beigetragen zu dem hochherzigen und in der preußischen Geschichte beispiellosen Entschluß des Königs in der Allerhöchsten Botschaft vom

14. Februar 1873, welche die neue Untersuchungs-Kommission einsetzte. Wohl aber hat Bismarck dafür maßgebend und entscheidend gewirkt, wie wir aus seinen alsbald mitzuteilenden Denkschriften und Reden sicher folgern können. Und zwar wirkte er in diesem Sinne noch aus wesentlich höheren und bedeutenderen Absichten als der Abgeordnete Lasker bei seinem Antrage.

Dabei ließ Fürst Bismarck aber auch gleichzeitig die zarteste Rücksicht gegen den von Lasker angegriffenen alten verdienten Freund Wagener walten. Die Vorzüge und Fehler dieses Freundes hatte der Fürst schon früher einmal (s. Band IV, S. 91 dieses Werkes) gegen Roon offen ausgesprochen und damals schon über „Nebengeschäfte" Wageners geklagt. Unmittelbar nach Laskers Angriffen vom 7. Februar begab sich Fürst Bismarck persönlich zu dem alten Freunde, um ihm von jenen Angriffen Kenntnis zu geben und Wageners Verteidigung zu hören. Da diese Verteidigung, wie zu erwarten, die Anklage nicht entkräften konnte, so trat Wagener freiwillig zurück. Bismarck sorgte jedoch dafür, daß der alte Mitstreiter vom 1. Oktober 1873 ab in rühmlichen Ruhestand versetzt wurde.

Bismarcks damalige Eisenbahnpolitik ist am klarsten ausgesprochen in einer amtlichen Denkschrift an Roon vom 1. März 1873.*) Hier erinnert er zunächst daran, daß er „im Laufe der Jahre bereits vielfach Gelegenheit gehabt, bei den Beratungen im Staatsministerium über die staatliche Behandlung der Eisenbahnfrage seinen, von den bisher im Handelsministerium befolgten Grundsätzen abweichenden Ansichten Ausdruck zu geben". Um die Einheit im Ministerium nicht zu stören durch „Fragen, die eine allgemeine politische Bedeutung nicht hatten", habe er bisher „seinem Dissense keinen stärkeren Ausdruck gegeben". Diese Rücksicht falle nun aber fort mit dem Ausscheiden des seit zehn Jahren in allen politischen Fragen mit Bismarck übereinstimmenden Grafen Itzenplitz aus dem Amte des Handelsministers. Er entwickelt nunmehr die Grundsätze, nach denen er vorschlage, „das Ressort des Handels-

*) Poschinger, Fürst Bismarck als Volkswirt. Aktenstücke I, 173 flg.

ministeriums bezüglich der Eisenbahnen in Zukunft zu leiten", und von deren Beurteilung für ihn die Frage abhängig sei, ob er „eine fernere Mitverantwortung für die Leitung dieses Ressorts im Staatsministerium übernehmen könne". Nach eingehender Entwickelung seiner Grundsätze gelangt er alsdann zu folgenden vier Forderungen: „1. Trennung des staatlichen Aufsichtsrechtes von der Verwaltung der vom Staate betriebenen Bahnen und Beantragung eines Reichsgesetzes behufs Einrichtung einer Reichsbehörde, welcher die Ausübung der im Abschnitt VII der Reichsverfassung dem Reiche vorbehaltenen Befugnisse obliegt. 2. Feststellung der Grundsätze, nach welchen in Konkurrenz mit den bisher bestehenden Privateisenbahnen die Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes anzustreben sein wird. 3. Lösung derjenigen Beziehungen, welche mit Aktienbahnen bezüglich des Betriebes staatlich garantierter Zweigbahnen bestehen, sobald die rechtliche Natur der getroffenen Abkommen diese Lösung irgend gestattet. 4. Amtliche Veröffentlichung der nach Maßgabe des Staatsministerialbeschlusses von 1888 neuerdings angenommenen Grundsätze für die Behandlung von Konzessionsanträgen." Ganz im Sinne dieser Denkschrift lehnte Fürst Bismarck in einem Schreiben an Roon vom 23. April die Mitunterzeichnung der ihm vorgelegten Entwürfe eines Immediatberichtes ab, welcher die projektierten Erweiterungen des Unternehmens der rheinischen Eisenbahngesellschaft, einer Privatbahn, befürwortete.

Namentlich aber begrüßte der Reichskanzler mit großer Freude den Antrag des Abg. Dr. Elben auf Errichtung eines Reichseisenbahnamtes — der Bismarcks eigenem eben angeführten Antrag unter Ziffer 1 vollständig entsprach —, als dieser Antrag am 17. Mai 1873 im Reichstag zur Verhandlung kam. „Wenn seit Jahren einer der bedeutendsten und für den Verkehr, für die öffentliche Wohlfahrt, für das Wohlbefinden des Publikums wichtigsten Abschnitte der Reichsverfassung eine Ausführung so gut wie gar nicht gefunden hat," sagte er, „so lastet das wie ein Schuldbuch offenstehender Posten auf dem Reichskanzler, der den Anstoß zu geben haben würde. Ich hoffe, daß die Hindernisse, die bisher

obwalteten, gehoben sein werden, denn ich weiß, daß der jetzige Herr Handelsminister in Preußen" — Dr. Achenbach, der am 13. Mai Nachfolger des Grafen Itzenplitz geworden war — „mit mir vollständig einverstanden darüber ist, wenn ich sage, daß ich diesen Antrag freudig, wie man lang ersehnte Hilfstruppen begrüßt, meinerseits begrüße (Beifall). Ich bin fest entschlossen, so weit mein amtlicher und mein persönlicher Einfluß reicht, dem Antrag zur Seite zu stehen, und bin den Herren Antragstellern wesentlich dankbar, wenn sie mir helfen, mein schwer belastetes kanzlerisches Gewissen durch Ausführung dieses Antrags zu erleichtern (Lebhafter Beifall)." Auf die Bedenken des Abg. Eckhard aus Baden erwiderte Bismarck: „Wir können das bisher Vernachlässigte nicht mit einem Ruck nachholen. Ich bin im wesentlichen schon in meinem Gewissen beruhigt und dankbar, ohne abgefunden zu sein, wenn ich nur eine Beschwerdeinstanz bekomme für die Klagen, die das Publikum hat, auch gegen Staats- und Reichseisenbahnen" (in Elsaß-Lothringen) „— die Klagen können auch von den Regierungen ausgehen —, selbst wenn nur dahin gewirkt wird, daß die Reichsbehörde das Betriebsreglement, welches sie schon erlassen hat, endlich zu einer Wahrheit machen, es weiter ausbilden und seine Durchführung da, wo sie bisher nicht stattgefunden hat, nötigen Falls erzwingen kann."

Als dann bei der zweiten Lesung dieses Gesetzentwurfes der Zentrumsabgeordnete Peter Reichensperger neue Einwände erhob, entgegnete Bismarck: Die Notwendigkeit dieses Gesetzes sei schon durch die Reichsverfassung und die dem Reichskanzler auferlegte Pflicht gegeben, diese Verfassung zu verwirklichen. Die von dem Vorredner zur Prüfung der vorliegenden Schäden gewünschte Kommission könne dieser Aufgabe nicht genügen. Die Frage der Betriebsregulierung sei noch wichtiger als die Konzessionsfrage. Ein Reichsbetriebsreglement liege ja vor, aber es sei ein toter Buchstabe geblieben, da jedes Mittel fehle, ihm Nachdruck zu geben. „Die Eisenbahnverwaltungen beachten es oder beachten es nicht — wie es ihnen gefällig ist. Was uns fehlt, ist die Berechtigung zu einer Exekutive, zu einer — sich meinetwegen in den engsten Grenzen

bewegenden — Strafgewalt." Infolge des Mangels dieser Exekutivgewalt habe sich die „Heranziehung von Sachkundigen, Eisenbahnverständigen, teils als Mitglieder des Bundesrats, teils durch Anstellung von solchen im Reichskanzleramt, vollständig wirkungslos erwiesen. Das Wesentliche des ganzen Gesetzes liegt für die Reichsbehörde im Art. 3, welcher in einem schüchternen, etwas verschämten Maße, möchte ich sagen, der Reichsbehörde eine Exekutivgewalt, und, insoweit die Behörden der einzelnen Staaten sie jetzt bereits haben, eine Strafgewalt beilegt. Aber ich würde auch dieses Minimum schon mit Dank acceptieren, in der Hoffnung, daß Ihre Mitwirkung zur Weiterbildung, je nachdem sich das Bedürfnis dazu zeigt, späterhin die Hand bieten werde. Aber in der jetzigen Ohnmacht und Machtlosigkeit lassen Sie, im Interesse der Würde des Reiches und seiner Verfassung, die Reichsgewalt nicht verharren!"

Nach dieser Rede wurde das Reichseisenbahnamt vom Reichstag beschlossen. Im Bundesrat stimmten nur Mecklenburg und Württemberg dagegen. Am 27. Juni 1873 ward das Gesetz erlassen, welches die neue „Beschwerdeinstanz" ins Leben rief. Daß diese die großen Erwartungen, welche das „Publikum" wie der Reichskanzler auf ihre Wirksamkeit setzten, nicht erfüllt hat, ist weder den tüchtigen Leitern der neuen Behörde (1873/74 v. Scheele, von 1875 an Maybach) noch namentlich dem Reichskanzler schuld zu geben. Die Hauptaufgabe des Reichseisenbahnamtes, ein gesamtdeutsches Eisenbahngesetz zu schaffen, scheiterte vielmehr an dem Widerstand der Privatbahnen und vielleicht noch mehr an dem der deutschen Mittelstaaten. Dagegen erwuchsen dem Fürsten Bismarck auch hieraus wieder neue Kämpfe, Sorgen und Verdrießlichkeiten in Fülle.

Zu allen diesen Kämpfen, die Bismarck offen vor allem Volke führte, war aber nun schon seit längerer Zeit ein damals noch verborgener Kampf getreten, den der Kanzler auf einem Gebiete führen mußte, auf dem er als Leiter der deutschen auswärtigen Politik nur Gehorsam und willige Diensterfüllung hätte erwarten dürfen. Mit wachsendem Trotz und immer gefährlicherer

Unbotmäßigkeit hatte sich ein Untergebener des Reichskanzlers gegen diesen erhoben, der Botschafter des Deutschen Reiches in Paris, Graf Harry v. Arnim.

Wir sahen, daß Bismarck schon mit Arnims Vertretung in Rom während des vatikanischen Konzils unzufrieden war (vgl. oben Band IV, S. 214 flg.). Es ist daher kaum anzunehmen, daß Graf Arnim seine Ernennung zum Botschafter in Paris, dem zur Zeit schwierigsten Posten der deutschen Vertretung im Auslande, der begeisterten Fürsprache des Reichskanzlers verdankte, sondern wahrscheinlich viel mehr der außerordentlichen Gunst und Hochschätzung, deren sich der Graf beim Kaiser und der Kaiserin erfreute. Jedenfalls aber hatte Bismarck schon im ersten Jahre des Deutschen Reiches hinreichende Gründe, mit diesem eigenwilligen und übereiteln Diplomaten unzufrieden zu sein. Den Grafen Arnim traf ein guter Teil der Schuld, daß die Brüsseler Friedensverhandlungen 1871 nicht vorrückten, so daß Bismarck damals selbst eingreifen mußte. Schon im August 1871, als der neuernannte Pariser Botschafter nach Gastein reiste, um sich hier seinem Chef vorzustellen, hörten wir den Fürsten Bismarck gegen Beust klagen: „Und mit einem solchen Menschen soll man höhere Politik machen!“ Arnim seinerseits unterhielt schon damals rege Verbindungen mit der Presse zum Zwecke seiner eigenen Verherrlichung und ließ hier bei jeder Mißhelligkeit, die er selbst zwischen sich und dem Chef verschuldete, die Trauerkunde verbreiten, der begabteste und erfolgreichste deutsche Diplomat gedenke seine Entlassung einzureichen, was dann weiter mit dem Niedergang des Deutschen Reiches und Volkes ungefähr für gleichbedeutend erklärt wurde. Auf eine derartige Hiobsbotschaft der Arnim-Presse erließ Bismarck am 25. September 1872 an den Legationsrat v. Holstein die telegraphische Weisung aus Varzin: die Nachrichten der belgischen Blätter über die Demission des Grafen Arnim ironisch zu behandeln, auch wenn der Botschafter es anders wünschen sollte. Der Hauptgrund des zwischen beiden Staatsmännern stets wachsenden Zerwürfnisses lag aber nicht bloß in Arnims persönlichen Eigenschaften, sondern in seinen den Ab-

sichten des Chefs direkt entgegengesetzten politischen Quertreibereien. Die amtlichen Beweise hierfür liegen vollständig vor.

Fürst Bismarck that, wie wir sahen, seit dem Abschluß des Versailler Vorfriedens alles Mögliche, um die Regierung des Präsidenten Thiers zu stärken und zu befestigen, anfangs gegen die gefährliche Erhebung der Kommune, dann durch Bewilligung rascherer Tilgung der französischen Kriegsschuld und rascherer Räumung des französischen Pfandgebietes. Längstens vom Jahre 1872 an traten aber in Frankreich deutlich monarchisch-klerikale Umtriebe zu Tage, welche auf Beseitigung des Herrn Thiers und der Republik hinzielten. Diese Ränke suchte Bismarck nach Kräften zu vereiteln, während Graf Arnim ihnen wesentlich wohlwollender gegenüberstand. Am 6. Mai 1872 berichtete der Pariser Botschafter an den Reichskanzler: die Radikalen unter Gambetta, wie die Legitimisten, Orleanisten und Bonapartisten, suchten alle gleichmäßig an die Regierung zu gelangen. Die Hoffnungen der Orleanisten seien aussichtslos. Das allgemeine Stimmrecht aber könne „nur zwei Ergebnisse haben, entweder Gambetta oder Napoleon". Daraus schöpfe er den Rat: „daß wir die von den Bonapartisten mit uns gesuchten Verbindungen nicht von der Hand weisen sollen. Um so weniger, als sie unter allen Parteien die einzigen sind, welche offen unsere Unterstützung nachsuchen und die Versöhnung mit Deutschland in ihr Programm aufnehmen, während alle anderen Fraktionen jeden Verkehr mit uns auf das sorgfältigste vermeiden und den Rachekrieg gegen Deutschland auf ihre Fahne schreiben."

In seiner Antwort vom 12. Mai trat Fürst Bismarck der Ansicht des Botschafters bei, „daß die orleanistischen Prinzen, namentlich durch ihr Verhalten in Geldangelegenheiten, ihren Boden in Frankreich mehr und mehr verlieren und Deutschland keine Veranlassung hat, ihr Gelangen zur Regierung zu wünschen, daß vielmehr unter den verschiedenen Parteien, welche um die Herrschaft streiten, das Bonapartische Kaisertum wahrscheinlich diejenige ist, von welcher sich noch am ersten ein leidliches Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich hoffen läßt." Dann aber folgten die

Hauptsätze: „Unsere erste Aufgabe bleibt natürlich immer, die jetzige Regierung zu stützen, solange dieselbe für uns die Verkörperung des Willens ist, den Frieden loyal auszuführen. Was nach ihr kommt, wird sich in dieser selben Richtung von neuem uns gegenüber legitimieren müssen. Wir haben keinen Anlaß, dabei der Bonapartischen Partei die Exklusive" (d. h. die ausschließliche Vorhand) „zu geben, und haben daher auch keinen Grund, irgend etwas zu thun, was ihr in den Augen der Nation schaden, oder ihre Stellung erschweren könnte. Eine aus unserer Zurückhaltung herausgehende Parteinahme und Begünstigung für dieselbe würde aber sicher diese Folgen haben."

Dieser Erlaß zeichnete dem Botschafter die Richtung seines Verhaltens gegenüber den französischen Parteien, in erster Linie die Unterstützung der bestehenden Regierung und die Nichteinmischung in alle gegen diese Regierung gerichteten Umtriebe aufs klarste vor. Man mag sich daher Bismarcks Erstaunen denken, als der Generalfeldmarschall v. Manteuffel, der Oberbefehlshaber der deutschen Besatzungstruppen in Frankreich, dem Fürsten am 1. November aus Nancy berichtete: Vor wenigen Tagen sei Arnim in Nancy gewesen und habe Manteuffel gegenüber die Ansicht ausgesprochen, „die Etablierung der Republik in Frankreich sei zu gefährlich, es sei Zeit, daß eine monarchische Regierung Platz greife." Ja, Graf Arnim habe sogar dem in Nancy weilenden Vertreter der französischen Regierung, dem Grafen St. Vallier, Thiers' Freunde, wie letzterer dem Feldmarschall „in einer gewissen inneren Erregung" mitteilte, „in einer Unterredung, die Arnim allerdings als ganz vertrauliche und mit Ablegung seines diplomatischen Charakters bezeichnete, gesagt: Graf Arnim betrachte die gegenwärtige Regierung als unhaltbar, denn Herrn Thiers werde Gambetta, diesem die Kommune und dieser ein militärisches Regiment folgen, wenn Frankreich nicht rechtzeitig eine monarchische Verfassung wähle. Arnim habe Herrn St. Vallier dann vom Grafen von Paris und dem Sohne des Kaisers Napoleon gesprochen." Fürst Bismarck setzte den Botschafter von dieser vertraulichen Mitteilung Manteuffels

am 8. November in Kenntnis und erklärte scharf: „Soviel sich auch für die Ew. Excellenz zugeschriebene Ansicht über die künftige Entwickelung der französischen Zustände sagen läßt, so schwer wird es mir zu glauben, daß Sie dieselbe gegen einen amtlichen Vertreter der Regierung, bei welcher Sie beglaubigt sind ausgesprochen haben sollten. Ich ersuche Ew. Excellenz ganz ergebenst um eine gefällige Äußerung, wie sich nach Ihrer Erinnerung die Sache verhält."

Graf Arnim versicherte darauf dem Fürsten Bismarck am 12. November: „Der Bericht des Generals v. Manteuffel beruht auf Mißverständnissen." An sein Gespräch mit Herrn v. St. Vallier erinnere er sich nicht mehr bestimmt. Doch habe er allerdings mit demselben über die innere Parteipolitik Frankreichs gesprochen. „Auffallend ist, daß ich in dem Sinne, in welchem ich mit Herrn v. St. Vallier gesprochen haben soll, mit dem Frhrn. v. Manteuffel wirklich gesprochen habe. Derselbe pflichtete meinen Auffassungen, soweit sie die Gefährlichkeit der Republik betreffen, bei und ging so weit, zu behaupten, daß Thiers die Republik selbst als ein Mittel der Revanche ansehe. Ich glaube, daß er hierin recht hat." Natürlich ist Graf Arnim der unschuldig Gekränkte. Denn er fährt fort: „Von dem ganzen Vorgange habe ich einen sehr unerfreulichen Eindruck. Ich bin über Nancy gereist, um frühere Mißverständnisse auszugleichen. Herr v. Manteuffel schien meine gute Absicht nicht zu verkennen. Er sprach den Wunsch aus, vertrauliche Beziehungen zwischen Nancy und Paris herzustellen. Diesem System würde es entsprochen haben, wenn Herr v. Manteuffel, ehe er Ew. Durchlaucht durch seinen Brief beunruhigte, mich nach meiner Version von dem Gespräche mit Herrn v. St. Vallier gefragt hätte. Wenn neben meiner politischen Berichterstattung eine zweite politische Korrespondenz herläuft, so wird mir das Geschäft sehr erschwert. Wenn dieselbe aber eine Berichterstattung über mich wird, so wird mir das Geschäft unmöglich gemacht."

Fürst Bismarck ließ darauf durch seinen Vertreter Herrn v. Balan dem Botschafter am 23. November folgende abfertigende

Weisung zugehen: „Den Schlußfolgerungen, welche Ew. Excellenz aus den mancherlei Bedenken des jetzigen französischen Regimes ziehen, kann Seine Durchlaucht nicht beitreten. Fürst Bismarck ist durchaus nicht der Ansicht, daß keine französische Regierung daran denken würde, die pekuniären Verpflichtungen gegen Deutschland nicht zu erfüllen. Im Gegenteil erfordert nach Ansicht Sr. Durchlaucht unser Interesse, zuerst die Zahlung der Kriegsentschädigung und die Vollziehung des Friedensvertrages abzuwickeln, die Entwickelung der inneren französischen Angelegenheiten aber nach wie vor sich selbst zu überlassen, wenigstens uns denselben nicht mit vorgefaßten Deduktionen und Plänen gegenüberzustellen. Unter Umständen können wir allerdings die Elemente begünstigen, deren Thätigkeit unserem Interesse zusagt, dazu müssen wir aber abwarten, daß sie auf der Bühne erscheinen, nicht aber sie konspiratorisch benutzen wollen. Ein monarchisch konstituiertes Frankreich würde größere Gefahren für uns haben, als die sind, welche Ew. Excellenz in dem ansteckenden Einfluß der republikanischen Institutionen sehen. Das Schauspiel, welches diese darbieten, erscheint eher geeignet, abschreckend zu wirken. Mit den Legitimisten könnten wir überdies unter keinen Umständen gehen, da sie immer päpstlich gesinnt sein werden. Wir würden, wenn wir für irgend eine andere Regierung" (als die in Frankreich bestehende republikanische) „daselbst Partei nehmen, auch die gegen dieselbe gerichteten Feindschaften erben; wir würden Frankreich dadurch erst bündnisfähig machen, was es jetzt nicht ist. Über die Gefährlichkeit von Thiers kann man theoretisch sehr verschiedener Ansicht sein. Bei einer so explosibeln Nation wie der französischen ist die Zukunft unberechenbar. Da der Fürst aber Ew. Excellenz Ansicht über den Grad dieser Gefährlichkeit nicht teilt, so muß er darauf halten — und bezeichnet seine Instruktion in dieser Beziehung als unbedingt, daß es nach seiner Ansicht geht, und die Vertreter Sr. Majestät des Kaisers im Auslande nach außen hin sich jeder entgegengesetzten Äußerung enthalten. Se. Durchlaucht bezeichnet es bei dieser Gelegenheit als einen gewöhnlichen Fehler deutscher Politik,

sich zu früh auf die Ereignisse in einer bestimmten Richtung vorzubereiten."

Da Graf Arnim jede Anwesenheit in Berlin benützte, um beim Kaiser und der Kaiserin für seine höhere politische Einsicht Stimmung zu machen — und, wie wir sofort erkennen werden, nicht ohne Erfolg —, so richtete Bismarck am 5. Dezember 1872 aus Varzin auch an den Kaiser ein Schreiben über die „tendenziösen und sachlich widerspruchsvollen Darstellungen des Grafen Arnim". Auf einen Bericht Arnims vom 16. Dezember aber erteilte er am 20. Dezember die Antwort: „Nach der heutigen Entwickelung der Lage halte ich es nicht mehr für angezeigt, Ihnen eine neue Instruktion zu erteilen, wohl aber gibt mir der Inhalt Ihrer Berichterstattung in den letzten zwei Monaten Anlaß zu einigen allgemeineren Bemerkungen. Ebenso groß wie die Schwierigkeit der Beurteilung der Dinge in Frankreich ist die Wichtigkeit, welche es für die deutsche Reichsregierung hat, nicht zu einer unrichtigen Beurteilung der Sachlage in Frankreich und ihrer Folgen zu gelangen, nicht falsche Voraussetzungen als sichere und richtige Grundlagen der eigenen Politik anzunehmen. In einer solchen Lage ist es meines Erachtens für den amtlichen Vertreter des Deutschen Reiches die Aufgabe, die Eindrücke, welche er empfängt, bevor er sie meldet, einer sehr sorgfältigen Prüfung und Sichtung zu unterwerfen. Denn bei der verhängnisvollen Bedeutung, welche jede Entschließung Sr. Majestät in der auswärtigen Politik für die Zukunft des Reiches und Europas haben kann, wäre es eine große Gefahr für beide, wenn wesentliche Voraussetzungen der Allerhöchsten Entschließungen sich als irrtümlich ergäben, obschon sie von der Kaiserlichen Botschaft als zweifellos angesehen und gemeldet waren. Wenn Ew. Excellenz die Güte haben wollten, Ihre Berichte seit Ihrer ersten Rückkehr nach Paris bis jetzt einer vergleichenden Prüfung zu unterziehen, so werden Sie selbst die Größe der Schwierigkeiten würdigen, die es hat, in einem solchen Lande und in einer solchen Lage sich ein Urteil zu bilden, welches man mit derjenigen Sicherheit aussprechen kann, auf die Se. Majestät der König

in so folgenschweren Fragen bei amtlichen Aktenstücken einen Anspruch hat.

„Meine dienstliche Stellung legt mir die Verpflichtung auf, die Vertreter Sr. Majestät, wenn ich den Eindruck habe, daß ihre Berichterstattung auf irrtümlichen Voraussetzungen beruht, darauf aufmerksam zu machen, und die Wahrheit entweder durch gemeinsame Erörterung zur Feststellung zu bringen, oder in Fällen, wo es sich um Wahrscheinlichkeitsberechnungen für die Zukunft handelt, die Ansicht festzustellen, welche der Politik, zu der ich Sr. Majestät rate, zu Grunde liegt, und gegen welche ein Gesandter seine abweichende Ansicht so lange zurücktreten lassen muß, als Se. Majestät der Kaiser und König mir die Leitung der auswärtigen Politik Deutschlands anvertraut."

Bismarck erörtert dann nochmals die beiden Hauptmeinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Grafen: die von dem letzteren begünstigte Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich und die angebliche Gefährdung der monarchischen Verhältnisse Deutschlands bei Fortdauer der Republik in jenem Lande. Dabei kommt der Reichskanzler zu dem Schlusse: „Unsere Aufgabe ist es gewiß nicht, Frankreich durch Konsolidierung seiner inneren Verhältnisse und durch Herstellung einer geordneten Monarchie mächtig und bündnisfähig für unsere bisherigen Freunde" (namentlich für Rußland) „zu machen. Frankreichs Feindschaft zwingt uns, zu wünschen, daß es schwach sei," und ein Diplomat und Minister, der im Gegenteil „bewußterweise dazu beitrüge, den Feind, mit dem wir den nächsten Krieg zu befürchten haben, durch seine innere Einigung zu stärken und durch eine monarchische Spitze bündnisfähig zu machen," der setze sich und seine „landesfeindliche Politik" nicht bloß der „zornigen Unzufriedenheit in ganz Deutschland", sondern auch „einem strafgerichtlichen Verfahren" aus. Bismarck stellt dann weiter fest, daß Graf Arnim die „auch mündlich Sr. Majestät dem Kaiser ausgesprochene Befürchtung, die einstweilige Fortdauer der republikanischen Verfassung Frankreichs sei den monarchischen Institutionen Deutschlands gefährlich," wohl nicht geäußert

haben würde, wenn ein längerer Aufenthalt in Deutschland und im Zentrum der deutschen Geschäfte ihn in die Lage gesetzt hätte, sich ein sachkundiges Urteil zu bilden. „Ich bin überzeugt, daß kein Franzose jemals auf den Gedanken kommen würde, uns wieder zu den Wohlthaten einer Monarchie zu verhelfen, wenn Gott über uns das Elend einer republikanischen Anarchie verhängt hätte. Die Bethätigung derartiger wohlwollender Teilnahme für die Geschicke feindlicher Nachbarländer ist eine wesentlich deutsche Eigentümlichkeit. Die Regierung Sr. Majestät des Kaisers hat aber um so weniger Anlaß, dieser unpraktischen Neigung Rechnung zu tragen, als es keinem aufmerksamen Beobachter hat entgehen können, wie stark und massenhaft in Deutschland die Bekehrung gewesen ist und noch ist von roten zu gemäßigt-liberalen, von gemäßigt-liberalen zu konservativen Gesinnungen, von doktrinärer Opposition zu dem Gefühl des Interesses am Staate und der Verantwortlichkeit für denselben, seit dem experimentum in corpore vili, welches mit der Kommune vor den Augen Europas gemacht wurde. Frankreich dient mit Nutzen als abschreckendes Beispiel. Unser Bedürfnis ist, von Frankreich in Ruhe gelassen zu werden und zu verhüten, daß Frankreich, wenn es uns den Frieden nicht halten will, Bundesgenossen finde. So lange es solche nicht hat, ist uns Frankreich nicht gefährlich; und so lange die großen Monarchien Europas zusammenhalten, ist ihnen keine Republik gefährlich. Dagegen wird eine französische Republik sehr schwer einen monarchischen Bundesgenossen gegen uns finden. Diese meine Überzeugung macht es mir unmöglich, Sr. Majestät dem Könige zu einer Aufmunterung der monarchischen Rechten in Frankreich zu raten, welche zugleich eine Kräftigung des uns feindlichen ultramontanen Elements involvieren würde."

Noch vor Empfang dieser Zurechtweisung hatte Graf Arnim in einem Bericht vom 16. Dezember seine abfällige Beurteilung des Präsidenten Thiers fortgesetzt, indem er dessen Ausspruch: „Das Land ist vernünftig, die Parteien sind es nicht" unter die „Gemeinplätze" verwies. Fürst Bismarck belehrte den Botschafter dagegen

in einem Erlaß vom 23. Dezember, daß er in diesem Ausspruch „parlamentarisch höflich und richtig die Erscheinung bezeichnet finde, welche sich in allen Ländern mit Repräsentativverfassung wiederholt und durch welche die Befugnis zur Auflösung der Wahlkörper begründet ist: daß die Bevölkerung einschließlich der Wähler besonnener, realistischer, patriotischer denkt, als die Führer organisierter Parteien und in der Presse, in denen gewöhnlich den in jeder Partei Avanciertesten die Führung zufällt. Ich halte für nötig, den, wie mir scheint, ungerechten Urteilen Ew. Excellenz über Herrn Thiers meine Ansicht gegenüberzustellen, weil entgegengesetzte Ansichten über den leitenden Staatsmann Ew. Excellenz auch dann zu einer von der meinigen abweichenden Politik drängen, wenn Ew. Excellenz eine solche prinzipiell nicht beabsichtigen."

Graf Arnim schwieg nun vorerst über den Präsidenten Thiers und verbreitete sich dagegen in einem langen Bericht vom 22. Januar 1873 über die ungünstige soziale Stellung der Deutschen in Frankreich, namentlich auch der Mitglieder der deutschen Botschaft in Paris, um von Bismarck Abhilfe zu fordern. Dieser wies in einem Erlasse vom 2. Februar 1873 zunächst die Voraussetzung zurück, als wenn „diese Verhältnisse und die Schwierigkeiten, welche für Ew. Excellenz sowohl in Bezug auf den Schutz unserer Landsleute, als auf die eigene gesellige Stellung hervorgehen, hier nicht die volle Würdigung" fänden. Diese Voraussetzung sei unbegründet. Die peinliche Lage der Deutschen, auch der deutschen Botschaft, sei in Berlin „vollständig bekannt", aber — so fährt Bismarcks Depesche fort —: „der so wenig verhüllte Haß der Franzosen hat andererseits zur Folge, daß die Aufgaben Ihrer Stellung in mancher Hinsicht wesentlich vereinfacht und erleichtert werden. Die Offenheit, mit welcher seit dem Friedensschluß in Frankreich der Nationalhaß gegen die Deutschen von allen Parteien geschürt und proklamiert wird, läßt uns darüber keinen Zweifel, daß jede Regierung, welcher Partei sie auch angehören möge die Revanche als ihre Hauptaufgabe betrachten wird. Es kann sich nur darum handeln, welche Zeit die Franzosen brauchen werden, um ihre Armee oder ihre Bündnisse so weit zu reorganisieren, daß sie

ihrer Ansicht nach fähig ist, den Kampf wieder aufzunehmen. Sobald dieser Augenblick gekommen ist, wird jede französische Regierung dazu gedrängt werden, uns den Krieg zu erklären. Wir sind darauf vollständig gefaßt, und unsere Vertretung in Paris trifft kein Vorwurf, wenn sie die gallische Kampflust nicht zu zügeln vermag. Wenn es richtig ist, daß Ihre Majestät die Kaiserin den Rat des Herrn Guizot darüber erbeten hat, wie der Haß der Franzosen gegen uns zu mildern sei, so würde solchem Schritte ein für weibliche Empfindungsweise natürliches Gefühl zu Grunde liegen. Die Besänftigung des ungerechten Zornes unserer Nachbarn liegt aber nicht in den Aufgaben Ew. Excellenz, solange jedes Streben nach dieser Richtung ebenso erfolglos als mit unserer Würde unverträglich sein würde. Wir haben den Krieg nicht gewollt, sind aber stets bereit, ihn nochmals zu führen, sobald neue Überhebungen Frankreichs uns dazu nötigen werden. ‚Oderint dum metuant‘ — sie mögen uns hassen, wenn sie uns nur fürchten.“ Zum Schlusse des Erlasses spricht Fürst Bismarck noch offen aus: „Den Deutschen, welche nach dem Kriege nach Frankreich gegangen sind, um dort ihren Lebensunterhalt zu suchen, waren die Gefühle der Bevölkerung bekannt, sie mußten auf Verfolgungen und Demütigungen gefaßt sein und sich persönlich eine erhebliche Befähigung zutrauen, solche Erlebnisse für Geld zu ertragen. Wenn ich es auch bei jeder Gelegenheit als eine Pflicht der Regierung Sr. Majestät des Kaisers betrachte, deren Erfüllung ich mich niemals entziehe, den nachbarlichen Volksinteressen unserer Landsleute vollen Schutz zu gewähren, so kann ich doch mit dem ‚Pariser deutschen Ursprungs‘, der nur insoweit deutsch bleibt, als er Schutz und Unterstützung beansprucht, nicht sympathisieren.“ —

In den wichtigsten Fragen sehen wir also die beiden Staatsmänner verschiedener Meinung, und dabei hatte Graf Arnim an der Kaiserin wie am Kaiser mächtige Gönner und Stützen. Fürst Bismarck wird uns alsbald selbst den amtlichen Beweis liefern, daß der Pariser Botschafter, trotz aller Warnungen und Abmahnungen, seine dem Reichskanzler entgegengesetzten Ansichten über die Begün-

stigung der monarchischen Restauration in Frankreich nicht bloß persönlich festhielt, sondern auch das Ohr des Kaisers dafür gewann. In den ersten Monaten des Jahres 1873 verstärkte sich dieser Konflikt aber noch wesentlich durch den ersten offenen Ungehorsam des Grafen gegen die Befehle seines Chefs. Am 7. Februar 1873 berichtete der Botschafter: Thiers mache Vorschläge, die letzten Reste der Kriegsschuld (etwas über eine Milliarde) in noch kürzerer Zeit zu tilgen, als Frankreich nach dem letzten Abkommen vom 29. Juni 1872 zu zahlen verpflichtet war, um dadurch die völlige Räumung des französischen Gebietes noch eher zu erreichen. Bismarck unterrichtete darauf den Botschafter am 2. März telegraphisch über die Hauptpunkte des neuen mit Frankreich zu vereinbarenden Vertragsentwurfes über die vom Präsidenten Thiers angeregten Punkte. Am nächsten Tage ließ der Reichskanzler einen Erlaß an den Botschafter folgen, in welchem der Entwurf der neuen Übereinkunft im Wortlaut mitgeteilt wurde, mit der schon am Vortage gegebenen Instruktion, die deutschen Vorschläge der französischen Regierung à prendre ou à laisser — zur Annahme oder Verwerfung in Bausch und Bogen — zu überreichen. Da diese Vorschläge den französischen Wünschen selbst entsprachen, so zweifelte Bismarck nicht an sofortiger Annahme. Aber statt dessen hörte er, daß die Verhandlungen stockten und Graf Arnim eigenmächtig handle. Er telegraphierte daher am 8. März an den Botschafter die Weisung: sich genauer an die Instruktion vom 3. halten zu wollen, das Ganze der Vorschläge ohne Verzug der französischen Regierung mitzuteilen und die Antwort anzuzeigen. Aber auch das half noch nicht. Nach drei Tagen, am 11. März sah sich Bismarck vielmehr genötigt, aufs neue nach Paris zu telegraphieren, Arnim möge der französischen Regierung die deutschen Vorschläge „unumgänglich“ und „ohne Rückhalt“ machen und telegraphisch anzeigen, daß und an wen sie erfolgt sei. Doch selbst diese Depesche bewog den Botschafter noch nicht zum Gehorsam. Am 12. März ließ ihm daher Fürst Bismarck in einem dringenden Staatstelegramm den unmittelbaren Befehl des Kaisers zugehen: den deutschen Vertragsentwurf,

„dessen Existenz noch am 10. d. M. Herrn Thiers unbekannt war", der französischen Regierung unverzüglich amtlich mitzuteilen und telegraphisch die Ausführung des Auftrags zu melden. Diesem beispiellosen Verhalten eines deutschen Botschafters gegenüber den immer dringenderen Befehlen seines Chefs entsprach auch die beispiellose Züchtigung, welche Bismarck dem Ungetreuen angedeihen ließ. Denn am nämlichen Tage noch verlegte der Reichskanzler die Verhandlungen über den neuen Vertrag mit Frankreich nach Berlin und nahm sie selbst in die Hand. Am 13. schon erging das beschämende Telegramm an Arnim: er solle sich der Unterzeichnung des Vertrags in Versailles enthalten, da der Reichskanzler denselben mit dem französischen Botschafter Gontaud-Biron in Berlin, mit dem er sich geeinigt habe, unterzeichnen wolle. Am 15. März erfolgte diese Unterzeichnung, und Graf Arnim erhielt, gleichsam als Quittung über seine Unbotmäßigkeit, die kurze telegraphische Nachricht von der vollzogenen Thatsache.

In Berlin wie in Paris gab der Abschluß dieses Vertrages Anlaß zu stürmischen Huldigungen an den leitenden Staatsmann. Im deutschen Reichstag wurde am 24. März im Namen der großen Mehrheit die Erklärung abgegeben: „Die Regierung, der es gelungen ist, ein solches Abkommen herbeizuführen, hat sich durch den in der Leitung der Geschäfte bewiesenen Takt wohlverdient um das Vaterland gemacht." Präsident Simson schloß die kurze Erörterung mit den Worten: der Reichstag habe mit hoher Befriedigung von der Übereinkunft Kenntnis genommen. Fürst Bismarck aber sprach seinen Dank in den Worten aus: „Es gibt für einen Staatsmann keine höhere Befriedigung als die Anerkennung, die ihm von den Vertretern der Gesamtheit seiner Landsleute zu teil werden kann. Ein solcher Ausspruch ist für mich ein Sporn, eine Ermutigung, und ich kann sagen, eine Arznei den Schwächen gegenüber, mit denen ich kämpfe, wenn ich meinen Dienst thue (Beifall)." Wie mußte dem Grafen Arnim zu Mute sein, als er das las, und sich da unzweideutig zu den „Schwächen" gezählt sah, mit denen der Reichskanzler kämpfte!

An demselben 24. März erklärte Bismarck bei Beratung des Reichsbeamtengesetzes im Reichstag: „Es liegt gar keine Schande darin, für ein bestimmtes Amt gerade nach der Meinung eines bestimmten Vorgesetzten, der vielleicht irrig urteilt, sich nicht brauchbar zu erweisen; dieser Vorgesetzte kann aber doch nur mit den Leuten wirtschaften, die für ihn brauchbar sind." Deshalb befürwortete Fürst Bismarck die im Gesetze vorgesehene „Stellung zur Disposition", namentlich im Auswärtigen Dienste, in welchem es wünschenswert sei, „daß die Anstellung weniger fest, daß die Bewegung im Dienste eine flüssigere werde." Am folgenden Tage, am 25. März, erklärte er auf seiner parlamentarischen Soiree den Gästen weiter:*) „Für die straffe und einheitliche Handhabung in den höchsten Stellen der Reichsregierung ist Übereinstimmung der Chefs bei allen wichtigen Fragen erforderlich, und diese Übereinstimmung wird eben bei der gegenwärtigen unvollständigen Organisation leicht gefährdet. Da ist zur Zeit nicht anders zu helfen, als durch kaiserliches Dekret, welches Unverträgliches trennt. Die Beamten aber, welche den diplomatischen Verkehr des auswärtigen Amtes besorgen, zum großen Teil im Auslande, müssen auch aus solchen Gründen schnell entfernt werden können, welche in einem Disziplinarverfahren durchaus nicht gravieren (d. h. von Gewicht sein) würden, z. B. weil sie etwa einer plötzlich entstandenen Schwierigkeit nicht gewachsen sind, indem sie unter Einflüssen stehen, welche ihr Urteil und ihre Zuverlässigkeit in irgend einer neuen Lage beeinträchtigen." Als Graf Arnim diese vertrauliche Aussprache des Chefs in der deutschen Presse las, mochte er abermals gewahr werden, daß er durchschaut sei, und daß Fürst Bismarck mit widerspenstigen Botschaftern nicht länger fackeln werde als mit kleineren Irrlichtern. Er richtete zur Abwendung dieser dringenden Gefahr also zunächst am 8. April eine Immediateingabe an den Kaiser, um des Herren Gunst zu erhalten und diesem klar zu machen, wie schlecht Fürst Bismarck den hochverdienten Botschafter behandle, da

*) Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, I, S. 57.

der Reichskanzler in Berlin Verträge unterzeichne, die eigentlich Arnims Unterschrift tragen müßten.

Die weltgeschichtlichen Ereignisse aber machten diesen Appell an die kaiserliche Gunst pro nihilo und gaben dem Fürsten Bismarck recht.*) Wie der deutsche Reichskanzler, sagten wir, hatte auch der Präsident Thiers aus dem Abschlusse des Vertrages mit Deutschland eine große Huldigung der Volksvertretung geerntet. Am 17. März 1873 sprach die französische Kammer aus: „Thiers hat sich wohl verdient gemacht um das Vaterland.“ Aber schon am 24. Mai nahm die monarchische Rechte der französischen Kammer die von Thiers verfügte Ernennung dreier republikanischer Minister zum Vorwand, um den Präsidenten zu stürzen (mit nur 360 gegen 344 Stimmen) und, unmittelbar nachher, so zu sagen im nämlichen Atemzuge, den Marschall Mac Mahon zum Präsidenten zu wählen, der allgemein nur als Platzhalter für den künftigen König der Franzosen, den Grafen Chambord, galt.

Jetzt erkannte Graf Arnim in einem Bericht an Bismarck vom 27. Mai und in einem Immediatbericht an den Kaiser vom 8. Juni plötzlich an, daß „für uns die beste Regierung in Frankreich immer diejenige sein werde, die den größten Teil ihrer Kraft auf die Bekämpfung ihrer inneren Feinde verwenden müsse“. Bismarck aber antwortete nun dem Botschafter am 19. Juni in einem Erlaß, der dessen Mitschuld an dem der deutschen Politik höchst unerwünschten Sturz des Herrn Thiers in schneidender Bitterkeit wie folgt feststellte: „Nunmehr hat sich Ew. Excellenz selbst die Richtigkeit der Erwägung aufgedrängt, welche ich gegen die in Ihrer früheren Berichterstattung ausgesprochene Beurteilung französischer Zustände bei Sr. Majestät erfolglos zu befürworten wiederholt veranlaßt war. Ew. Excellenz haben in einer achtmonatlichen Berichterstattung eine entgegengesetzte Auffassung festgehalten und bei Sr. Majestät zur Geltung gebracht. Dieselbe, wenn sie den letzten und nach Ew. Excellenz eigenem Ge-

*) Außerdem widerlegte Fürst Bismarck die Arnim'sche Immediateingabe nachdrücklich in einem Schreiben an den Kaiser aus Varzin vom 14. April 1873.

ständnis für uns nicht vorteilhaften Regierungswechsel nicht geradezu herbeigeführt, hat denselben zum mindesten erleichtert, indem sie meine Bemühungen um Erhaltung des Herrn Thiers und seiner, mit immer größeren Schwierigkeiten kämpfenden Regierung lähmte und hierdurch den Nachfolgern desselben die Erreichung seines Sturzes erleichtern mußte. Die von Ew. Excellenz wiederholt geltend gemachte Ansicht, daß die Entwickelung der Dinge in Frankreich unter der Leitung des Herrn Thiers dem monarchischen Prinzip in Europa gefährlich werden müsse, hat bei Sr. Majestät insoweit Anklang gefunden, daß Allerhöchstdieselbe die Unterstützung dieser Regierung nicht in dem Maße für geboten hielten, als es m. E. aus den Gründen, welche Ew. Excellenz selbst am Schlusse Ihres Immediatberichtes vom 8. d. M. anführen, der Fall war. Die Befriedigung, welche sich bei allen unseren politischen Gegnern sofort nach dem Sturze des Herrn Thiers offen gezeigt hat, ist ein vorläufiger Beweis für die Richtigkeit der Politik, die ich als verantwortlicher Ratgeber Sr. Majestät gegen Ew. Excellenz Ratschläge vergebens befürwortet habe.

„Nachdem die Färbung Ihrer Berichte seit 8 Monaten im Gegensatz mit der von mir bei Sr. Majestät vertretenen Richtung in Bezug auf unsere Politik in Frankreich gestanden, und mir durch den bei Sr. Majestät gefundenen Anklang die wirksame Unterstützung des Herrn Thiers unmöglich gemacht hat, befinde ich mich in der Lage, die Verantwortung für diesen politischen Fehler und die daraus sich ergebende Situation auf meine Rechnung zu nehmen, obwohl ich nach den Anstrengungen, die ich in der entgegengesetzten Richtung unausgesetzt zu machen gehabt habe, mich hierzu nicht verpflichtet halten kann. Eine Einwirkung, wie sie durch Ew. Excellenz Berichterstattung in Widerspruch mit der von mir befolgten Politik auf Se. Majestät geübt worden ist, hat nicht mehr den Charakter einer gesandtschaftlichen, sondern einer ministeriellen Thätigkeit. Dieselbe tritt in Rivalität mit der legitimen Wirksamkeit eines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten und ist staatsrechtlich ebenso unberechtigt, als in ihren Folgen für das Land gefährlich.

„Ew. Excellenz fehlt es nicht an den geschonten Kräften und an der Muße, welche Sie verwenden können, um bei Sr. Majestät schriftlich und mündlich eine andere Politik als die des verantwortlichen Ministers zu befürworten. Meine Kräfte sind durch ernste, verantwortliche und erfolgreiche Arbeit im Allerh. Dienst erschöpft, und ich kann die Anstrengung nicht mehr leisten, welche erforderlich sein würde, um neben meinen regelmäßigen Dienstgeschäften im Kabinette Sr. Majestät den Kampf gegen den Einfluß eines meiner Politik widerstrebenden Botschafters zu führen. Da ich nach Ew. Excellenz Berichten aus der letzten Zeit glaube annehmen zu dürfen, daß Sie Sich ebenfalls der Einsicht der Schwierigkeiten nicht verschließen, die sich aus dieser Sachlage für den Dienst Sr. Majestät ergeben, so werden Ew. Excellenz es begründet finden, wenn ich Anträge an Se. Majestät den Kaiser richte, welche m. E. notwendig sind, um die Einheit und Disziplin im auswärtigen Dienste zu erhalten und die Interessen Sr. Majestät und des Reiches vor verfassungsmäßig unberechtigter Schädigung sicher zu stellen."

Vielleicht noch empfindlicher als diese nur zu sehr verdiente herbe Zurechtweisung war für den Botschafter ein weiteres Eingreifen des Reichskanzlers. Am 2. Juni war der Graf vom Fürsten Bismarck aufgefordert worden, eine amtliche Erklärung darüber abzugeben, ob er angebliche Äußerungen, wonach der deutschen Regierung an der Erhaltung des Herrn Thiers nichts gelegen sei, gegenüber den Korrespondenten des „Gaulois" und „Français" in Paris gethan habe oder nicht, und ob er zu diesen Korrespondenzen der beiden Blätter in Beziehung stehe. Graf Arnim leugnete, sich so ausgesprochen zu haben und mit jenen Korrespondenzen irgendwie in Beziehung zu stehen. Fürst Bismarck sprach darauf in einem Erlaß vom 18. Juni aus, diese Erklärung des Grafen sei zwar erfreulich, aber doch einigermaßen unerwartet, da die bisherige Berichterstattung des Botschafters seit dem Herbst 1872 mit der in jenen Korrespondenzen dem Grafen Arnim zugeschriebenen Beurteilung der Lage und des deutschen Interesses an derselben in Einklang stehe. Am 19. Juni erfolgte dann aber weiter auf Befehl

des Reichskanzlers durch dessen Stellvertreter Herr v. Balan die demütigende Mitteilung an den Botschafter, daß eine Abschrift des Erlasses vom 18. Juni der französischen Regierung übersendet worden sei.

Graf Arnim gab jedoch, trotz aller dieser Zurechtweisungen, bald erneuten Anlaß zu verstärkter Unzufriedenheit, so daß er sich auch beim Kaiser unhaltbar machte. Zunächst mußte sein lässiges Verhalten gegenüber der im höchsten Maße deutschfeindlichen Haltung der französischen Bischöfe den deutschen Hof sehr ernstlich verstimmen. Im Vertrauen auf die neue konservative französische Regierung, welche namentlich in klerikalen Kreisen mit gutem Grunde nur als ein Übergang zur Wiedereinsetzung der Bourbons angesehen wurde, und unter dem sichtlichen Schutze der neuen monarchisch-klerikalen Minister, des Herzogs v. Decazes und v. Broglie, predigten die französischen Bischöfe förmlich den Kreuzzug gegen Italien und Deutschland. Namentlich der Bischof von Nancy, der obendrein in größeren lothringischen Sprengeln oberhirtliche Rechte ausübte, that sich dabei in gehässigster Weise hervor. In einem Hirtenbrief vom 3. August 1873 ließ er sich bis zu Beleidigungen des deutschen Kaisers fortreißen und ermunterte die deutschen Ultramontanen in ihrer Auflehnung gegen die preußische und deutsche Regierung und Gesetzgebung, die reichsländische Bevölkerung zum Widerstande bis zum nahen Tage der Erlösung und Revanche. Schon bevor dieser Hirtenbrief des Bischofs von Nancy bekannt geworden war, hatte Fürst Bismarck an den Grafen Arnim am 19. Juli eine Note gerichtet, in welcher der Botschafter aufgefordert wurde, die Bestimmungen des französischen Straf- und Kirchenrechtes dahin zu prüfen, ob die in Frankreich bestehenden Gesetze nicht Handhaben böten, auf die gestützt Bismarck beim Kaiser beantragen könne, an die französische Regierung das Verlangen zur Anwendung dieser Strafmittel gegen die Hirtenbriefe der französischen Bischöfe zu richten. Arnim zog vor, eine Reise anzutreten, statt sich mit dieser heiklen — im Grunde aber, wie wir sogleich erkennen werden, sehr einfachen — Frage zu beschäftigen. Am 3. September richtete daher Bismarck an den Geschäftsträger Graf Wesdehlen in Paris den Auftrag: mündlich die Aufmerksamkeit des

Duc de Broglie auf den Hirtenbrief des Bischofs von Nancy vom 3. August zu lenken und auszusprechen, daß die deutsche Regierung zu der französischen das Vertrauen hege, diese werde geeignete Mittel ergreifen und mit Erfolg anwenden, diesen und ähnlichen Agitationen ein Ziel zu setzen, und die deutsche Regierung der Notwendigkeit überheben, ihrerseits Vorkehrungen gegen dieselben an der Grenze zu treffen. Die klerikale französische Regierung lehnte die Verantwortlichkeit für den Hirtenbrief ab, Bismarck aber erklärte durch Herrn v. Balan dem Grafen Arnim in einer Depesche vom 20. September: die deutsche Regierung könne die Ablehnung dieser Verantwortlichkeit nicht annehmen. Denn die deutsche Presse sei über den Hirtenbrief vom 3. August und eine neuere gleichartige Aussprache des Erzbischofs von Paris mit Recht aufs tiefste erregt und empört. „Wir glauben, daß die französische Regierung wenigstens eine öffentliche erkennbare Mißbilligung über das Mandement des Bischofs von Nancy hätte aussprechen können.“

Graf Arnim begnügte sich auch jetzt mit bloßen Redensarten gegenüber den französischen Ministern, statt sich die französischen Gesetze anzusehen, und erhielt als Austausch dafür leere Versprechungen, über die er mit selbstgefälliger Breite am 17. Oktober berichtete, während die deutschfeindliche Hetzarbeit der französischen Bischöfe immer dreister betrieben wurde. Die Arbeit, die Graf Arnim nicht that, die französische Gesetzgebung nach Waffen der Abwehr zu durchforschen, besorgte die liberale französische Presse, und Graf Arnim hatte weiter keine Mühe, als die betreffenden Blätter nach Berlin zu senden. Darauf erließ Fürst Bismarck am 31. Dezember 1873 an den Grafen Arnim durch den Staatssekretär v. Bülow telegraphisch die Weisung: wegen der neuerlichen Hirtenbriefe der Bischöfe von Nimes und Angers (die abermals schwere Beleidigungen des deutschen Kaisers enthielten) vorstellig zu werden und für ein Eingreifen der Regierung sich auf die Artikel 201—208 des Code pénal und auf das Gesetz vom 17. Mai 1811 zu berufen. Dem arbeitsscheuen Grafen wurde dieses Rüstzeug der französischen Gesetzgebung auf ausdrücklichen Befehl des

Fürsten Bismarck weitläufig vorgeführt in einem Erlaß Bülows vom 3. Januar 1874, der dann fortfuhr: „Seine Durchlaucht sprach mit Rücksicht auf diese Frage sein Bedauern darüber aus, daß Ew. Excellenz nicht schon während der längeren Zeit, welche seit dem Mandement des Bischofs von Nancy verstrichen, Anlaß genommen und Gelegenheit gefunden, die Prüfung der unsern Reklamationen zu Grunde zu legenden gesetzlichen Einrichtungen und Vorschriften Frankreichs Ihrerseits vorzunehmen und anzuregen. Die Kenntnis jener Bestimmungen des code pénal, welche uns jetzt ein französisches Journal bringt, würde als rechtzeitige Mitteilung der zur Darlegung der dortigen Verhältnisse und Gesetzesbestimmungen recht eigentlich berufenen Botschaft uns von größtem Werte gewesen sein, um so mehr als jene Artikel auf die versuchte Störung unseres elsässischen Besitzstandes unzweifelhaft Anwendung leiden, und es nicht Ew. Excellenz Aufgabe sein könnte, sich auf allgemeine politische Betrachtungen zu beziehen, wo ein Appell an bestehende und leicht anwendbare Gesetze für uns als Fundament zur Hand lag. . . . . Jedenfalls würde dieses Mittel doch wirksamer sein, schon des politischen Eindrucks wegen, als die vom französischen Herrn Minister Ew. Excellenz bezeichneten halben Mittel und verborgenen Wege.“

Den ganzen Ernst der europäischen Verwickelungen, welche diese von der französischen Regierung geduldeten Umtriebe heraufbeschworen, brachte Fürst Bismarck gleichzeitig eindringlich zum Ausdruck. Denn am 18. Januar 1874 sagte er in einem amtlichen Schreiben an Arnim: „Wir wünschen keineswegs einen Konflikt zwischen Frankreich und Italien ausbrechen zu sehen, weil wir bei einem solchen uns der Unterstützung Italiens nicht würden entziehen können,“ und in einer Nachschrift wiederholte er: „Allerdings ist es meine Überzeugung, daß wir Italien, wenn es von Frankreich ohne Grund, oder aus Gründen, die auch unser Interesse berühren, angegriffen werden sollte, nicht hilflos lassen können.“ Etwa gleichzeitig aber richtete Fürst Bismarck an die Vertreter Deutschlands bei den großen Höfen folgende Instruktionsdepesche,

deren Inhalt sie den auswärtigen Regierungen eröffnen sollten: „Die deutsche Regierung sei zwar von dem Wunsche durchdrungen, mit Frankreich in Frieden zu leben. Wenn jedoch außer allen Zweifel gestellt würde, daß ein Zusammenstoß unvermeidlich sei, dann würde die deutsche Regierung es nicht mit ihrem Gewissen und vor der Nation verantworten können, den Zeitpunkt abzuwarten, der für Frankreich der passendste wäre. Der Antagonist Deutschlands sei zur Zeit das geistliche Rom. Darin liege die Gefahr für das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich. Sobald sich Frankreich mit Rom identifiziere, werde es eben dadurch der geschworene Feind Deutschlands. Ein der kirchenstaatlichen Theokratie unterthäniges Frankreich sei mit dem Weltfrieden unvereinbar. Trennung der französischen Regierung von der Sache des Ultramontanismus sei die sicherste Gewähr für die Ruhe Europas und für die friedliche, menschenwürdige Fortentwickelung des politischen Lebens der Völker diesseits und jenseits der Vogesen."

Aber Graf Arnim zeigte sich auch jetzt noch lässig und ungeschickt. Mitte Januar mußte ihm Bismarck telegraphieren: „Nach meiner Ansicht ist es nicht nützlich, dem ‚Univers' (dem ultramontanen Pariser Hauptorgan) Reklame dadurch zu machen, daß eine Unterdrückung als unsern Wünschen entsprechend bezeichnet wird." Der Reichskanzler schlug daher schließlich denselben Ausweg ein, wie beim letzten Milliardenabkommen mit Frankreich: er nahm die Verhandlungen selbst in die Hand und führte sie mit dem Berliner Botschafter v. Gontaud-Biron. Am 19. Januar wurde daher Graf Arnim telegraphisch angewiesen, die Sache, die seiner Mitwirkung fortan entzogen sei, nicht weiter zu verhandeln. Bismarck aber kam sofort zu dem erwünschten Erfolg. Die französische Regierung hatte schon durch ein Zirkular vom 30. Dezember etwas eingelenkt. Jetzt aber sagte sich der Duc de Decazes namens der Regierung auch in einer amtlichen Erklärung vor der Nationalversammlung vollständig los von der ultramontanen Partei: „Die Ehre und die Würde Frankreichs sind bedroht durch politische Abenteurer, deren Gebahren das Land verhängnisvollerweise zu einer Schwäche oder

zu einer Thorheit treiben würde.“ Auch wurde der „Univers“ auf zwei Monate suspendiert.

Man kann sich denken, wie peinlich der Kaiser berührt werden mußte von der Unthätigkeit und der Unfähigkeit seines Schützlings, des Grafen Arnim, dem deutschen Volke Genugthuung zu verschaffen gegen eine das deutsche Nationalgefühl beleidigende Aufhetzung und Agitation, durch welche sogar die persönliche Ehre des edeln Monarchen besudelt wurde. Noch greller aber fast trat diese Unzulänglichkeit des eiteln Mannes um dieselbe Zeit hervor bei einem anderen Anlaß. In der klar-durchsichtigen Absicht, die Einheit des Deutschen Reiches durch diplomatische Umtriebe bei den alten Rheinbundstaaten zu lockern, legte das neue konservative Ministerium Frankreichs großes Gewicht auf die Erhaltung der französischen Gesandtschaft in München — die durch einen so ehrgeizigen und fähigen Diplomaten wie Herrn Lefebvre versehen werden sollte — und auf die Wiederbesetzung der bayerischen und mittelstaatlichen Gesandtschaften in Paris. Graf Arnim war naiv genug, in einem Bericht vom 18. Dezember 1873 seinen Chef „um Verhaltungsmaßregeln über diese Frage“ zu bitten, um zu erfahren, ob er „gelegentlich in unauffälliger Weise dem Duc Decazes den freundschaftlichen Wink geben“ solle, „dergleichen Velleitäten nicht nachzugeben, selbst wenn der Anstoß von einer deutschen Regierung kommen sollte“, oder ob er, falls jener die Initiative nähme, „um unsere Stellung zur Sache zu erfahren (!)“, sich in diesem oder einem anderen Sinne äußern solle, und er meinte schließlich: „Wenn sich wirklich bayerische, sächsische oder württembergische Gesandte hier einfinden sollten, so würde die Stellung der kaiserlichen Botschaft selbst dann sehr leiden, wenn die betreffenden Herren für ihre Person reichsfreundlich zu sein sich bemühen sollten.“

Fürst Bismarck antwortete in einem Erlaß vom 23. Dezember: die deutsche Presse habe seit drei Jahren keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, „welcher Auffassung in der deutschen Nation und in der Politik ihrer Regierung solche Velleitäten begegnen würden“. Das Gesandtschaftsrecht der deutschen Mittel-

staaten, namentlich Bayerns, sei ja durch die Reichsverfassung unverkümmert zugestanden, eben deshalb aber dürfe es den Franzosen gegenüber nicht etwa ausgeredet werden. „Dieselben würden im entgegengesetzten Fall schwerlich unterlassen, in München und anderen Residenzen zu insinuieren, daß wir etwa eine Verkürzung der in der Reichsverfassung gewahrten Rechte der Einzelstaaten erstrebten. Sollte jedoch der Duc Decazes Ew. Excellenz eine Frage nach unseren ihm schwerlich zweifelhaften Wünschen auf diesem Gebiete, wie Sie solche zu meiner Überraschung als möglich andeuten, wirklich stellen, so würde Ihnen nicht schwer fallen, zu verstehen zu geben, daß die Eindrücke, die jeder Agent Frankreichs in Deutschland und jeder Zeitungsleser von dem Gewicht haben muß, welches die deutsche Nation auf ihre einheitliche Erscheinung dem Auslande gegenüber legt, der französischen Regierung bekannt sein würden, und daß Ew. Excellenz nicht den Beruf haben, dieselben durch eine diplomatische Erklärung abzuschwächen (!) .... Wenn Ew. Excellenz in Ihrem Bericht schließlich bemerken, daß ‚die Stellung' der kaiserlichen Botschaft ‚sehr leiden' würde, wenn die deutschen Königreiche sich durch wirkliche Gesandte in Paris vertreten lassen sollten, so ist mir diese Betrachtung nicht ganz verständlich. Das Deutsche Reich ist ein zu gewichtiger Körper, als daß die ‚Stellung' seiner Botschaft in Paris, soweit Deutschland der letzteren bedarf, unter dem Erscheinen einiger diplomatischer Figuranten in partibus wirklich leiden könnte, vorausgesetzt, daß die ‚Stellung' von der Botschaft selbst richtig genommen wird."

Diese Abfertigung ermunterte den Grafen Arnim nur, in einem sehr weitläufigen neuen Bericht vom 12. Januar 1874 seinen getadelten früheren Bericht zu rechtfertigen. Abermals bekundete er darin, daß er von der Stimmung Gesamtdeutschlands gegen das Sondergesandtschaftsrecht der Mittelstaaten keine Ahnung habe. Auch verweilte er hier sehr eingehend bei seinem nur „feuilletonistisch" gebrauchten Ausdruck „Stellung der kaiserlichen Botschaft in Paris", obwohl er schließlich selbst um Entschuldigung bitten mußte, so lange sich „über einen Gegenstand zu äußern,

für dessen Besprechung augenblicklich ein dringender Anlaß nicht vorlag."

Die „feuilletonistische" Leistung des Botschafters erschöpfte nun vollends Bismarcks Geduld. Zudem hatte sich Graf Arnim als ein Mann erwiesen, der zu schwach war, einem frechen Weibe die moralische Ohrfeige zu verabreichen, die es verdiente. Bei einem amtlichen Diner des Präsidenten der französischen Republik gegen Ende Dezember 1873 war der deutsche Botschafter von der Frau v. Rothschild beleidigt worden, und hatte die Beleidigung eingesteckt. Fürst Bismarck hatte ihm deshalb am 30. Dezember 1873 die Weisung zugehen lassen: sich des Besuches aller amtlichen französischen Häuser zu enthalten, ohne einen amtlichen oder politischen Grund für diese Enthaltung namhaft zu machen. Jetzt aber, nachdem Graf Arnim in dem Bericht vom 12. Januar 1874 auch seine diplomatische Unfähigkeit feierlich besiegelt hatte, machte Fürst Bismarck dem Botschafter in einem Erlaß vom 21. Januar bemerklich, daß die „politischen Erwägungen" bezüglich des Gesandtschaftsrechtes der Mittelstaaten zu dem vom Grafen Arnim geäußerten „Instruktionsbedürfnis" keinen Anlaß böten, da die vom Botschafter in dieser Frage erbetenen „Verhaltungsbefehle in Deutschland seit Jahren Gemeingut jedes reichsfreundlichen Wählers seien". Zum Schlusse faßte Bismarck in noch unmißverständlicherer Weise seine Beschwerden gegen den Botschafter zusammen: „Ich kann bei diesem Anlaß die Bemerkung nicht unterdrücken, daß mir die Zeit und die Arbeitskraft fehlt, um politische Korrespondenzen wie diejenigen, zu welchen mich die Art und Weise Ew. Excellenz Berichterstattung seit Jahr und Tag nötigt, fortzuführen. Ich muß, wenn ich im stande bleiben soll, die Geschäfte, die Se. Majestät mir übertragen hat, fortzuführen, von allen Agenten des Reichs im Auslande, auch von den Höchstgestellten, ein höheres Maß von Fügsamkeit gegen meine Instruktionen und ein geringeres Maß von selbständiger Initiative und von Fruchtbarkeit an eigenen politischen Ansichten beanspruchen, als dasjenige, welches Ew. Excellenz bisher Ihren Berichterstattungen und Ihrem amtlichen Verhalten zu Grunde legen."

Im Eingange dieses Erlasses hatte Fürst Bismarck dem Botschafter mitgeteilt, daß auch dem Kaiser Arnims Berichte vorgelegen hätten, und daß der Monarch das Erstaunen des Reichskanzlers über diese Art von Berichterstattung teile. In einer Immediatbeschwerde an den Kaiser vom 24. Februar wagte Graf Arnim gleichwohl das zu bezweifeln, und vermaß sich sogar zu der Annahme, daß der Kaiser selbst ihm, dem Botschafter, wohl kaum den Vorwurf des „Mangels an Fügsamkeit" machen werde, „welchen Fürst Bismarck anscheinend formuliert." Noch ehe diese „Beschwerde" in Berlin anlangte, hatte der Kaiser jedoch am 22. Februar die Ordre ausgefertigt, welche den Grafen Arnim von Paris abberief. Am 24. Februar teilte ihm ein Erlaß des Reichskanzlers diese kaiserliche Entschließung mit. Zugleich wurde ihm vertraulich eröffnet, daß er, einem geäußerten Wunsche gemäß, als Botschafter nach Konstantinopel versetzt werden würde, obwohl Fürst Bismarck persönlich den Grafen für diesen Posten in keiner Weise geeignet hielt. Dieser Wunsch Arnims ließ sich nur damit erklären, daß dessen Freund, der unternehmende Baron Hirsch, damals beabsichtigte, von Paris nach Konstantinopel überzusiedeln. Und daher fanden die Kenner der Verhältnisse es auch nicht überraschend, daß Graf Arnim, nachdem er am 19. März 1874 wirklich zum Botschafter in Konstantinopel ernannt worden war, bald darauf das Verlangen stellte, auch diesen Posten aufgeben zu dürfen, als man erfuhr, daß der Baron Hirsch vorläufig auf die Übersiedelung nach dem Goldenen Horn verzichtet hatte. Auch diesem Wunsche Arnims wurde willfahrt. Wäre der Graf in Dingen, die ihn selbst betrafen, einem unbefangenen Urteil zugänglich gewesen, so hätte er sich gestehen müssen, daß der Reichskanzler eine lange Kette von Mißgriffen, politischen Fehltritten, Zuwiderhandlungen gegen erteilte Instruktionen und offene Widersetzlichkeiten dieses Botschafters mit einer ihm bei Erfüllung seiner amtlichen Pflichten sonst kaum eigentümlichen und jedenfalls ganz außerordentlichen Langmut, Geduld und Nachsicht ertragen hatte. Der Fürst hatte dem unbotmäßigen Untergebenen weiter aber auch noch die ehrenvolle Ver-

tretung angeboten und übertragen, die dieser sich selbst gewünscht hatte. Ein billig und gerecht denkender Mann hätte sich nach alledem nur zu lebhaftem Danke gegen den hohen Vorgesetzten verpflichtet fühlen müssen, der soviel Nachsicht bewiesen hatte. Graf Arnim aber erachtete sich durch den Fürsten Bismarck aufs ungerechteste und feindseligste verkannt und zurückgesetzt; unauslöschlicher und grenzenloser Haß gegen den leitenden Staatsmann Deutschlands erfüllte fortan all sein Fühlen, Sinnen und Denken und schritt alsbald zu verbrecherischen Rachehandlungen und Thaten.

Viertes Kapitel.

Bismarcks auswärtige Politik in den Jahren 1873/4. Persönliches. Der weitere Ausbau des Reiches.

Im letzten Kapitel sind alle die Kämpfe und Konflikte dargestellt, die Fürst Bismarck 1873 und zu Anfang 1874 zu bestehen hatte: mit den Ultramontanen, mit den einstigen konservativen Freunden, mit der Fortschrittspartei, selbst mit dem linken Flügel der Nationalliberalen, mit den Gegnern seiner straffen deutschen Eisenbahnpolitik, und endlich mit einem der höchsten Vertreter des auswärtigen Dienstes. „Feinde ringsum" sah der Kanzler zum Danke dafür, daß er sein Vaterland einig und mächtig gemacht hatte. Die ganze Kraft seines Willens und Wesens, das ganze hingebende Pflichtbewußtsein, das ihn beseelte, gehörte dazu, um unter den tausend Widerwärtigkeiten dieser Kämpfe und bei dem Ekel über den Undank von Millionen verhetzter Landsleute Amt und Kampf weiter zu führen — solange, als ihm das Beste, trotz aller Einflüsterungen und Hoftreppenumtriebe, erhalten blieb: das Vertrauen seines kaiserlichen Herrn. Niemals aber hat Fürst Bismarck die Hoffnung sinken lassen, daß er mit dieser hohen Stütze alle Gegner überwinden, alle seine Ziele sieghaft erreichen werde. In dieser Zuversicht bestärkten ihn namentlich die großartigen Erfolge seiner auswärtigen Politik. Denn geringfügig und unbedeutend konnte dem großen Staatsmann alle Feindseligkeit der eigenen Landsleute erscheinen, im Vergleich zu den Gefahren auswärtiger Einmischungen und Feindschaften, die er auf dem langen und mühseligen Wege

seines Einheitswerkes siegreich abgewendet oder bezwungen hatte. Welche köstliche Ernte hatte seine auswärtige Politik dem deutschen Vaterlande allein schon seit dem Kriege gegen Frankreich eingebracht! Mit den außer Frankreich stärksten Mächten Europas, mit Österreich und Rußland, war 1872 der große europäische Friedensbund, das „Dreikaiserbündnis“, geschlossen worden. Dieser Bund richtete sein Schwergewicht aber nicht bloß nach außen, sondern dem Fürsten Bismarck gelang auch, die seit dem Krimkriege bestehende gegenseitige Entfremdung Österreichs und Rußlands auszugleichen und beide Großmächte freundschaftlich zu verbinden. Im Jahre 1873 erfolgten die Gegenbesuche des Kaisers Wilhelm bei den verbündeten Kaisern, welche die in Berlin im Herbst 1872 gewonnene entente cordiale der drei Kaiser bestätigen und befestigen sollten. Der erste Besuch galt dem Zaren in Petersburg. In Begleitung seines Kaisers reiste Fürst Bismarck am 24. April 1873 von Berlin ab. Am 27. nachmittags traf man in Petersburg ein. Hier wurde, unter den höchsten Ehrungen, bis zum Abend des 8. Mai verweilt. Das Einverständnis der Kaiser und ihrer Staatsmänner war ein vollkommenes. Fürst Bismarck stellte bei diesen Zusammenkünften der drei Monarchen des Kaiserbündnisses — wie er dem Verfasser später sagte — jedesmal mit Erfolg vor, daß sie im monarchischen Interesse gegen die Revolution unendlich mehr zu verteidigen hätten, als sie getrennt durch Einzeleroberungen gewinnen könnten. Die Rückkehr nach Berlin erfolgte am 10. Mai, und in der parlamentarischen Soiree vom 17. Mai erzählte der Reichskanzler seinen Gästen,*) welchen glänzenden Empfang sein kaiserlicher Herr in Petersburg gefunden habe. Er selbst sei Gegenstand einer Aufmerksamkeit gewesen, deren herzlicher und wohlwollender Charakter ihn in hohem Grade erfreut habe. Er habe sich fast veranlaßt gefunden, die Ovationen zu vermeiden, welche ihm von mehr als einer Seite zugedacht oder wirklich dargebracht wurden, weil seine Thätigkeit in einer Richtung absorbiert werde, die sich mit den Strapazen großer Festlichkeiten schlecht vertrage.

*) Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, I, S. 87/88.

Gleich bei seiner Ankunft in Petersburg erhielt Fürst Bismarck ein Schreiben des Prinzen Peter von Oldenburg, eines Enkels des Zaren Paul I. von Rußland und russischen Generals. Der Prinz huldigte dem Ideal Elihu Burrits, der Herstellung des ewigen Friedens unter den Völkern auf dem Wege vollständiger Abrüstung der Streitkräfte aller Nationen, und benützte seine prinzliche Stellung dazu, nacheinander den Kaiser Napoleon, den Zaren Alexander, den Kaiser Wilhelm, den Präsidenten Thiers u. s. w. mit seiner Lieblingsidee zu behelligen. Da er hier überall wenig Gegenliebe gefunden, so machte er dem Fürsten Bismarck in Petersburg das Vergnügen, eine Belehrung über „das wahre Christentum und die wahre Zivilisation“ entgegennehmen zu müssen, die im Druck vier große Seiten füllt.*) Bei einem Dejeuner, das der Prinz dem deutschen Reichskanzler am 2. Mai 1873 in Petersburg gab, wird letzterer dem erlauchten Friedensapostel seine Meinung über diesen schönen Wahn nicht vorenthalten haben. Sie wird sehr nahe verwandt gewesen sein den berühmten Worten, die Moltke ein Jahr später bei Beratung des deutschen Militärgesetzes im Reichstag sprach: „Vielleicht, daß ein späteres, glücklicheres Geschlecht, für welches wir im voraus die Lasten mittragen, hoffen darf, aus den Zuständen des bewaffneten Friedens herauszugelangen, welcher nun schon so lange auf Europa lastet. Uns, glaube ich, blüht diese Aussicht nicht. Wir haben seit unseren glücklichen Kriegen an Achtung überall, an Liebe nirgends gewonnen.“

Im Oktober 1873 fand dann auch der Gegenbesuch in Wien statt. Fürst Bismarck reiste am 16. nach Regensburg zu Kaiser Wilhelm und traf mit diesem am 17. in Wien ein, wo die große internationale Welt- und Kunstausstellung noch im Gange war. Die Tage in Wien bis zum 23. waren für Bismarck wirkliche Freudentage, da er sowohl bei Hofe als bei dem Grafen Andrassy und den übrigen österreichischen Ministern, nicht minder aber auch beim Wiener Volke überaus herzlich aufgenommen wurde, und zumal der Empfang seitens

*) Veröffentlicht im Berliner Tageblatt vom 20. März 1894 und in Horst Kohls Bismarck-Jahrbuch, Bd. I, S. 136/139.

des letzteren bereitete ihm in Erinnerung an das Jahr 1866 ganz besondere Genugthuung. Andrassy gab ihm zu Ehren ein Diner und der Kaiser Franz Joseph schenkte ihm die Auszeichnung eines persönlichen Besuches. Dazwischen gab es natürlich auch viel politische Arbeit mit dem befreundeten Leiter der österreichischen Politik, aber auch mit dem italienischen Gesandten in Wien, Grafen Robillant, und dem russischen Gesandten, Grafen Novikoff. Auch die Besprechungen dieser Tage befestigten den europäischen Friedensbund und ließen erkennen, daß auch das Königreich Italien sich an die Seite der drei Friedensmächte stelle.

Von Italiens freundschaftlicher Verbindung mit dem neuen Deutschen Reiche hatte schon vor den Wiener Kaisertagen der Besuch des Königs Viktor Emanuel in Berlin in den Tagen vom 24. bis 26. September 1873 ein glänzendes Zeugnis gegeben. Dieser Besuch war aber keineswegs der erste Beweis für die Freundschaft beider Völker seit dem Abschlusse ihres nationalen Einheitswerkes. Denn schon im Februar 1872 war Prinz Friedrich Karl, der ruhmreiche Sieger von Metz, zum Besuche des italienischen Königs in Rom erschienen und hier vom Volke begeistert empfangen worden. In den Tagen vom 28. Mai bis 6. Juni desselben Jahres hatte dagegen das kronprinzliche Paar von Italien in Berlin verweilt und war in der frostigen deutschen Hauptstadt mit ungestümer Herzlichkeit gefeiert worden. Noch begeisterter wurde jetzt im September 1873 dem in Begleitung seines Ministerpräsidenten Minghetti und seines auswärtigen Ministers Visconti-Venosta vom Besuche am Wiener Hofe kommenden Könige Viktor Emanuel in Berlin gehuldigt. Rührend waren die ersten Worte, welche der König an seinen kaiserlichen Wirt unter vier Augen richtete: „Ich muß Ew. Majestät gestehen, daß ich im Jahre 1870 im Begriffe war, gegen Sie die Waffen zu ergreifen.“ „Das wußte ich wohl,“ erwiderte Kaiser Wilhelm freundlich. Fürst Bismarck war — wie er sich entschuldigend dem italienischen Ministerpräsidenten Minghetti telegraphierte — zur Zeit des festlichen Einzuges der italienischen Majestät in Berlin durch heftige rheumatische Schmerzen leider an Varzin gefesselt, so daß er beim Empfange nicht zugegen sein konnte. Doch kam er am

24. September rechtzeitig genug nach Berlin, um sich noch während dreier Tage des Verkehrs mit den italienischen Gästen zu erfreuen. Mit den Ministern Minghetti und Visconti-Venosta hatte er am 25. wiederholte Konferenzen. Am 26. war er in Audienz beim Könige, dann beim italienischen Gesandten Grafen de Launay zum Diner. Am nämlichen Tage übersandte ihm König Viktor Emanuel sein Bildnis in Aquarell mit der eigenhändigen italienischen Widmung: „Dem Fürsten Bismarck, Berlin am 26. September 1873 von seinem herzlichst ergebenen Vetter*) Victor Emanuel."

Dieser Besuch und die daran sich knüpfenden Besprechungen gingen weit hinaus über die Bedeutung freundschaftlicher Höflichkeitsbezeigungen. Schon der Zeitpunkt des Erscheinens der italienischen Herrschaften in Berlin war bezeichnend für den politischen Charakter des Besuches. Bereits bei der Rückkehr seines Kronprinzen aus Berlin im Juni 1872 hatte König Viktor Emanuel die herzliche Einladung erhalten, zum Kaiser Wilhelm in die deutsche Reichshauptstadt zu kommen. Aber er hatte gezögert, dieser Einladung zu folgen, da sein Herz immer noch an Frankreich hing und er durch einen Besuch in Berlin die einstigen Bundesgenossen im lombardischen Feldzug von 1859, die Befreier Italiens, wie er sie in dankbarer Erinnerung nannte, zu verletzen meinte. Die Franzosen selbst aber hatten dafür gesorgt, diese Gefühle des Königs zu ersticken, nachdem ganz Frankreich seit dem Sturze von Thiers am 24. Mai 1873 zur Beute der gehässigsten und leidenschaftlichsten ultramontanen Agitation und Verhetzung geworden war. Vor Tausenden von französischen Wallfahrern, Offizieren, Wählern u. s. w. predigten die Oberhirten der Kirche und die Führer der monarchischen Partei offen den heiligen Kreuzzug gegen den kirchenräuberischen König von Italien zur Wiederherstellung der weltlichen Papstmacht. Der monarchische Prätendent, Graf Chambord, „Heinrich V.", hatte schon 1867 „die weltliche Oberherrlichkeit des Hauptes der Kirche für die unentbehrliche Bürgschaft seiner Unabhängigkeit und

*) Die Inhaber des italienischen Annunciatenordens, den Bismarck besaß, werden damit „Vettern" (Cugini) des Königs.

der freien Ausübung seiner Autorität im Weltall" erklärt, und dieses Gelöbnis am 6. Februar 1873 in einem Schreiben an den Bischof von Orleans erneuert. „Bedeutet das Königtum Heinrichs V. den Krieg mit Italien?" fragte Paul de Cassagnac ernst. Und sofort schrieb der „Univers", das Hauptblatt der ultramontanen Monarchisten Frankreichs: „Ohne zu zaudern, antworten wir: ‚Ja!'" Der Prätendent aber, dessen „Königtum", nach dem eigenen jubelnden Geständnis seiner Getreuen, „den Krieg mit Italien bedeutete", stand gerade jetzt, im September 1873, schon vor den Stufen des Thrones. Die Orleans machten ihm die Königswürde nicht mehr streitig. Die Bonapartisten konnten, nach dem am 9. Januar 1873 erfolgten Tode des Kaisers Napoleon, zur Zeit auch nicht als ernsthafte Thronbewerber gelten. In der französischen Nationalversammlung erkannte die große Mehrheit den Grafen Chambord bereits als „legitimen" König an. Sie hatte einen Neunerausschuß niedergesetzt, der mit dem Grafen die Formalitäten und verfassungsmäßigen Garantien seiner Thronbesteigung zu vereinbaren hatte. Diese Verhandlungen waren zu der Zeit, als König Viktor Emanuel nach Berlin aufbrach, dem Abschluß nahe. Am 14. Oktober 1873 kam ein Ausgleich zu stande. Es war also die höchste Zeit gewesen, daß Italien sich nach schlagfertigen Bundesgenossen umsah, ehe der neue Roy Frankreichs „den ebenso französischen als heiligen Krieg" eröffnete, den der „Univers" gegen Italien forderte.

Wir wissen aus der im vorigen Kapitel wörtlich angeführten amtlichen Korrespondenz Bismarcks mit dem Grafen Arnim, daß der Reichskanzler dem Botschafter am 18. Januar 1874 schrieb: „Allerdings ist es meine Überzeugung, daß wir Italien, wenn es von Frankreich ohne Gründe, oder aus Gründen, die unsere Interessen berühren, angegriffen werden sollte, nicht hilflos lassen können." Diese Überzeugung hegte Bismarck natürlich auch schon im September 1873, und so trat denn zwischen ihm, den italienischen Staatsmännern und dem Könige ein vollständiges Einverständnis über die politische Interessengemeinschaft beider Völker zu

Tage, wenn auch ein förmliches Bündnis noch nicht abgeschlossen wurde. Die „Provinzialkorrespondenz" schrieb am 24. September 1873: „König Viktor Emmanuel weilt als Gast an dem Hofe des deutschen Kaisers. Der Empfang, der ihm bei uns bereitet worden, wird ihn empfinden lassen, daß er zugleich der willkommene Gast unseres Volkes ist, und daß die Beweggründe, Gedanken und Ziele, welche ihn gerade jetzt nach Deutschland führen, im deutschen Volke ebenso wie auf seiten der Regierung vollkommen gewürdigt werden. Der König von Italien hat es für seine fürstliche Aufgabe im Interesse seines Volkes wie der allgemeinen Politik erachtet, dem großen und mächtigen Bunde für die Ruhe und den Frieden Europas offen und entschieden beizutreten."

Gleich hier mag kurz berichtet werden, daß die für Italien wie für Deutschland bedenkliche Aussicht einer monarchischen Restauration in Frankreich doch nicht in Erfüllung ging, da der Graf Chambord, während die monarchische Mehrheit der französischen Kammer schon den Gesetzentwurf über die Berufung Heinrichs V. beriet, am 27. Oktober die Bestätigung der am 12. genehmigten Bedingungen und Garantien verweigerte. Statt der französischen Trikolore wollte er die „weiße Fahne" der Bourbons führen und lehnte alle von ihm geforderten sonstigen „Bedingungen und Bürgschaften" ab. Damit war die „legitime" Monarchie für immer beseitigt. Chambord starb als letzter französischer Bourbon am 24. August 1883 im Ausland. Die monarchische Mehrheit aber fügte sich nach der Absage des Erkorenen in das Unvermeidliche, indem sie am 20. November 1873 die Befugnisse des Marschalls Mac Mahon auf sieben Jahre verlängerte.

Gleichfalls hier schon mag kurz erwähnt werden, daß die Gegenbesuche der Kaiser Franz Joseph und Wilhelm in Italien erst im April und Oktober 1875 erfolgten, — bei den besonders lebhaften Kriegsbefürchtungen jenes Jahres abermals als bedeutsame Bürgschaften des Friedens, zumal da auch die ultramontanen Kriegshetzereien gegen Italien in Frankreich 1875 wieder aufflackerten, wie 1873. Das Organ des italienischen Ministeriums, die „Opi-

nione" schrieb damals kurz und deutlich: „Es gibt keinen Mittelweg: entweder mit den Klerikalen oder mit dem Staate, entweder Bündnis mit dem Vatikan, oder mit dem Deutschen Reich!" Zu einem förmlichen Vertrag zwischen Deutschland und Italien kam es indes auch diesmal nicht. Schon Graf Cavour hatte gerufen: „Unser Bündnis mit Preußen steht in den Sternen geschrieben." Und Fürst Bismarck zählte später einmal gegen den Verfasser alle die politischen Bleigewichte auf, die in Italien selbst ein geschriebenes und feierlich besiegeltes Bündnis an der natürlichen Freiheit der Bewegung und Wirksamkeit hindern. Bismarcks Freund Crispi weiß davon bis heutigen Tages ein leidvolles Lied zu singen. Als solche Bleigewichte bezeichnete Fürst Bismarck damals hauptsächlich die innere Parteizerklüftung Italiens, die stark französischen Neigungen, die in Norditalien, mit Ausnahme von Piemont, dem Stammland der Dynastie, umlaufen, während in Süditalien vielfach päpstlicher Einfluß sich geltend macht. Jedenfalls ist die Thatsache nicht das schlechteste Zeugnis für Bismarcks geniale Staatskunst, daß es ihm dennoch gelang, während seines amtlichen Wirkens als Leiter der preußischen und deutschen Politik die Bande der Freundschaft und politischen Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Italien immer inniger und fester zu gestalten.

Wenn Moltke in seiner oben erwähnten Rede sagte: „Wir haben seit unsern glücklichen Kriegen an Achtung überall, an Liebe nirgends gewonnen," so verlangte er etwas, das Bismarcks kühle Staatskunst von fremden Völkern nie erwartete. „Achtung" und — Vertrauen war alles, was der deutsche Staatsmann als Frucht seiner auswärtigen Politik zu ernten hoffte und in der That auch erntete. In allen Kulturstaaten, vornehmlich bei den europäischen Mächten, verwandelte Bismarcks feste und ehrliche Friedenspolitik die argwöhnische Zurückhaltung oder gar feindselige Besorgnis vor der so plötzlichen und ungeheuren Steigerung der deutschen Macht in wohlwollendes Vertrauen. England nahm nach dem Kriege eine freundschaftliche Stellung zum Deutschen Reiche; namentlich begrüßte und verfolgte es den kirchlichen Kampf des jungen deutschen

Gemeinwesens mit warmer Teilnahme. Schweden suchte unter dem neuen, 1872 zur Regierung gelangten König Oskar freundschaftliche Verbindungen mit Deutschland, die auch eine Annäherung Schwedens und Rußlands, sowie Dänemarks und Deutschlands im Gefolge hatten. Im Mai 1875 erschien König Oskar zum Besuch in Berlin und zeichnete hier namentlich den Fürsten Bismarck aus. Der König von Holland besuchte den Kaiser Wilhelm in Ems. Tiefgehend war der Umschwung der Stimmung zu Gunsten Deutschlands in der Schweiz, sobald man sich dort überzeugte, daß Bismarck durchaus keine Eroberungspolitik plane. Jeder Schweizer von Einsicht mußte sich doch sagen, daß Frankreich, das schon in den Friedensjahren von 1866 bis 1870 wiederholt gierig nach Genf, der Waadt und den Juragebieten die Hand ausgestreckt hatte, die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft schwerlich geachtet hätte, wenn es im Jahre 1870 über Deutschland gesiegt hätte. Dazu kam das große Wohlwollen, welches das junge Deutsche Reich schon 1871 durch Zahlung von 20 Millionen Franks zum Bau der Gotthardbahn bethätigte; im Jahre 1878 erfolgte noch einmal eine Zahlung von 10 Millionen. Endlich wurden diejenigen schweizerischen Parteien, in denen vorwiegend der Deutschenhaß wucherte, die ultramontane, die partikularistisch-französische und die ultraradikale, in der Volksabstimmung von 1874, aus welcher das große Reformwerk der neuen schweizerischen Bundesverfassung hervorging, aufs Haupt geschlagen und für Jahre von der politischen Führung zurückgedrängt.

Unfreundlicher gestaltete sich anfangs das Verhältnis Deutschlands zu dem von den Ultramontanen beherrschten Belgien. Ein trauriges Dokument für die dort bestehenden Stimmungen bildete ein Schreiben, welches der belgische Kesselschmied Duchesne-Poncelet aus Seraing an den Erzbischof von Paris richtete, worin der Mann sich erbot, für eine Summe von 60000 Francs den Fürsten Bismarck zu ermorden. „Wir haben einen Elenden in Preußen, der, nachdem er unser schönes Frankreich in den Abgrund gestürzt, sich jetzt nicht scheut, die Verfassung der christlichen Familie vernichten zu wollen.

Sein Toben gegen die katholische Religion kennt keine Grenzen mehr, und ich glaube, es ist Zeit, dieser Wut einen Zügel anzulegen. Ich bin bereit, der Arm zu sein, der das Ungeheuer erschlägt, wenn Sie glauben, daß Gott mir verzeihen wird, die Tage dieses Elenden abgekürzt zu haben. Merken Sie wohl, daß wenn Sie einwilligen, mir die Summe zu zahlen, dieses Ungeheuer noch vor dem Ablauf des Jahres 1873 seine fluchwürdige Laufbahn geschlossen haben wird." In Wahrheit hetzten die belgischen Bischöfe ihre Diözesanen gegen Deutschland in ebenso leidenschaftlicher Weise auf wie die französischen dies vor Bismarcks Einschreiten gethan hatten. Nachdrücklich stellte der deutsche Reichskanzler in Brüssel vor, daß solche feindselige Handlungen und Einmischungen in die innere Kirchenpolitik Deutschlands am wenigsten von einem Staate ertragen werden könnten, der sich „des Privilegiums der Neutralität" erfreut, vielmehr erwarte Deutschland „von diesem Königreiche auch eine besondere Sorgfalt in der Pflege guter internationaler Beziehungen, namentlich den Mächten gegenüber, welche diese Neutralität verbürgen." Diese Vorstellungen hatten vollen Erfolg, insbesondere schritt Belgien zu einer Ergänzung seines Strafrechts in der Richtung, daß auch bloße Mordanerbieten à la Duchesne, ohne nachfolgende Ausführung, mit Strafe belegt wurden, was bis dahin nicht der Fall war. Bismarck sprach darauf der belgischen Regierung am 17. Juni 1875 durch den deutschen Gesandten in Brüssel, Grafen Perponcher, die lebhafte Befriedigung des deutschen Kaisers aus.

Am trübseligsten gestalteten sich, infolge innerer Unruhen, die Verhältnisse des Deutschen Reiches zu Spanien. Hier waren die deutschen Einwohner vor den Mordbanden des „legitimen" Prätendenten Don Carlos, bei der Schwäche der spanischen Regierung, so wenig sicher wie die einheimischen. Von Frankreich aus wurde der prinzliche Mordbrenner mit Waffen, Munition und Zuzug unterstützt. Namentlich strömte das ganze überlebende Gesindel der Pariser Kommune unter seine Fahnen. Was Bismarck zum Schutze der deutschen Landsleute in Spanien thun konnte, that er, indem

er wiederholt eine Mitwirkung Englands in Spanien anregte, und im Juli 1873 durch den deutschen Korvettenkapitän Werner vor Cartagena das Haupt der Carlisten, Galvez, samt seinem Schiffe als Piraten abfangen und behandeln ließ. Als aber am 30. Juni 1874 ein ehemaliger deutscher Hauptmann Schmidt, der als friedlicher deutscher Zeitungsberichterstatter im Lager des spanischen Regierungsgenerals Concha sich befand, von den Carlisten gefangen, und nur weil er ein Deutscher und Protestant war, erschossen wurde, besaß Fürst Bismarck zwar kein Mittel, um diesen Mord an den Urhebern zu bestrafen. Aber er that nun das Wirksamste, um die spanische Regierung des Marschall Serrano — die in Spanien wie auswärts übrigens mit Recht nur als eine zur Einsetzung des Königs Alfonso XII. hinüberleitende Macht galt — wesentlich zu stärken, und damit den karlistischen Schandthaten für immer ein Ende zu bereiten. Am 6. August 1874 erkannte das Deutsche Reich die Regierung des Marschalls Serrano an, und Bismarck betrieb und erlangte dieselbe Anerkennung sofort auch bei allen europäischen und überseeischen Mächten — selbst bei Frankreich, wenn auch nach einigem Zögern —, nur nicht bei Rußland, das aber gleichwohl am Dreikaiserbündnisse treulich festhielt und die Anerkennung des Prätendenten Don Carlos verächtlich zurückwies. Außerdem ließ Bismarck durch die Kanonenboote „Nautilus" und „Albatros" die karlistischen Strandbatterien der nordspanischen Häfen unter deutsches Geschützfeuer nehmen und zum Schweigen bringen.

Im deutschen Reichstag entstand diesen karlistischen Meuchelmördern ein ultramontaner Verteidiger in dem Abgeordneten Jörg, der am 4. Dezember 1874 die edeln Karlisten in Schutz nahm und Bismarcks ihnen feindliche spanische Politik tadelte. Der Reichskanzler erwiderte darauf: „Es regte sich in mir bei der Nachricht von der Erschießung des Hauptmanns Schmidt die Erinnerung an alle Demütigungen, die Deutschland durch seine Zerrissenheit früher zu erdulden genötigt worden ist (Lebhafter Beifall), und ich sagte mir, es ist Zeit, das Ausland daran zu gewöhnen, daß man

auch Deutsche nicht ungestraft ermorden darf (Sehr gut! Ruf im Zentrum: Zur Sache!). Wäre es den völkerrechtlichen Überlieferungen gemäß und geziemte es uns, auf eine barbarische, ich kann sagen henkermäßige Verfahrungsweise in ähnlicher Weise zu antworten, so hätten wir am ersten besten karlistischen Hafen, den wir erreichen konnten, eine Landung gemacht, hätten den ersten besten karlistischen Stabsoffizier ergriffen und am Hafenthor gehängt. Das war das, was sich dem natürlichen Menschen als Repressalie aufdrängte (Heiterkeit). Indessen so handeln wir nicht, denn wir sind eminent friedfertig (Bravo! Gelächter im Zentrum). Friedfertiger wie der Herr Vorredner bin ich jedenfalls (Sehr gut!), und wenn er mir als kriegerisch vorwirft, ich hätte irgend einmal von einem Strahl kalten Wassers zur Beruhigung aufgeregter Gemüter gesprochen, so kann ich mich nur darauf berufen, daß kaltes Wasser ein eminent friedfertiges, abkühlendes Element ist. Ich würde dem Herrn Vorredner raten, recht viel Gebrauch davon zu machen (Große Heiterkeit). Demnächst lagen die Verhältnisse in Spanien nicht so, daß wir für diese an einem deutschen Offizier begangene Mordthat die dortige Regierung hätten verantwortlich machen können; denn sie hatte dort die Macht nicht. Da wir nicht in der Lage waren, uns in einer menschlichen und für ein großes Reich schicklichen Weise Vergeltung zu nehmen, so haben wir uns gefragt: wie ist es möglich, diesem Lande von so ruhmreicher Vergangenheit und von so bedauerlicher Gegenwart in seinen jetzigen Leiden einigermaßen zu helfen? Ich habe mir gesagt, das Richtigste ist, wenn man die Reste staatlicher Konsolidation, die dort noch vorhanden sind, dadurch stärkt, daß man sie anerkennt (Sehr gut!), daß man den glimmenden Docht staatlicher Ordnung, der dort noch ist, nicht vollständig auslöschen läßt." Die Weisheit dieser Politik wurde von Jahr zu Jahr deutlicher. Denn unter Serranos und des Königs Alfonso ganzer Regierung wurde Spanien ein befriedeter und Deutschland befreundeter Staat, während bis dahin die inneren Unruhen dieses Landes eine stete Beunruhigung für Deutschland gewesen waren.

Für Bismarcks herzliche Zuneigung zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika und deren Gesandten Bancroft in Berlin gaben die Toaste Zeugnis, die er alljährlich am 4. März als Gast Bancrofts beim Diner auf den Präsidenten Grant auszubringen pflegte. Aber auch das ferne sonnige Persien hatte von der neuen Sonne des Deutschen Reiches vernommen, und am 31. Mai bis 6. Juni 1873 verweilte der Schah in Berlin, um voller Staunen und Bewunderung die mustergültige Ordnung und Festigkeit des Staatswesens der deutschen „Franken" kennen zu lernen. Fürst Bismarck wurde dabei durch den Sonnen- und Löwenorden in Brillanten ausgezeichnet.

Die erste wichtige politische Folge dieses Besuches war der Abschluß eines Freundschafts-, Schiffahrts- und Handelsvertrages mit Persien am 11. Juni 1873. Überhaupt aber bekundet sich das große Vertrauen in die friedfertige auswärtige Politik Bismarcks in einer erstaunlichen Fülle neuer und segensreicher internationaler Verträge, die im Laufe jener ersten Jahre des Deutschen Reiches geschlossen wurden. Wir zählen nur die wichtigsten auf. Im Jahre 1873 werden geschlossen: am 23. Juli ein Markenschutzvertrag mit Rußland; am 25. ein Auslieferungsvertrag mit der Schweiz; am 8. August zwei Verträge mit Italien, von denen der eine zum Gegenstande hatte gemeinsame Bestimmungen über die Handelsgesellschaften beider Länder, der andere die Behandlung der in dem einen Lande hilfsbedürftig werdenden Angehörigen des anderen Landes, die Übernahme von Auszuweisenden und die Aufhebung des Paßzwanges. Ein gleicher Vertrag wurde am 11. Dezember 1873 auch zwischen dem Deutschen Reiche und Dänemark geschlossen, und am nämlichen Tage mit den Niederlanden vereinbart, daß die Ärzte beider Staaten zur Ausübung der Praxis im jenseitigen Gebiete zugelassen werden sollen. Am 3. Dezember 1874 folgte weiter ein Vertrag mit Italien, welcher die Eheschließung von Angehörigen des einen Staates im Gebiete des anderen erleichterte, und am 24. Dezember ein Auslieferungsvertrag mit Belgien; am 14. April 1875 ein Markenschutzvertrag mit Eng-

land, am 10. September ein solcher mit Belgien; am 17. Mai der Abschluß der internationalen Telegraphenkonvention; am 18. der Handels-, Freundschafts- und Schiffahrtsvertrag mit Costa Rica; am 8. Oktober eine Vereinbarung mit Belgien zur Erleichterung der Eheschließung der beiderseitigen Unterthanen auf dem Gebiete des anderen Staates; am 28. Oktober eine Erklärung, welche die Angehörigen der Schweiz vom deutschen Militärdienste befreite, solange bei den in der Schweiz lebenden Deutschen derselbe Grundsatz zur Anwendung kommt. Das Jahr 1876 endlich fügte am 27. April hinzu den wichtigen Niederlassungsvertrag mit der Schweiz; am 9. März einen Auslieferungsvertrag mit Luxemburg und am 26. Mai einen Vertrag mit Rußland bezüglich des Baues der Eisenbahnlinie Warschau-Marienburg. Wahrlich eine reiche Ernte der friedlichen auswärtigen Politik des deutschen Reichskanzlers!

Wir sind bei Aufzählung dieser Erfolge weit vorausgeeilt, und es ist hohe Zeit, daß wir die persönlichen Schicksale unseres Helden vom Beginne des Jahres 1873 an nachtragen. Am 10. Januar 1873 begab sich Fürst Bismarck auf acht Tage nach seiner neuen Besitzung Friedrichsruh. Nach Berlin zurückgekehrt, gab er am 25. Januar eine denkwürdige Antwort an den Bürgermeister und Gemeinderat von Straßburg im Elsaß auf deren Bitte, die französische Sprache (entgegen der Verfügung der Bezirksschulbehörde) in allen Klassen der Gemeinde-Elementarschulen als Unterrichtsgegenstand einführen zu dürfen. Bismarck nahm den angefochtenen Erlaß nachdrücklich in Schutz, indem er sagte: „Ich teile die Ansicht, daß die Erlernung mehrerer Sprachen nebeneinander nicht Aufgabe der Volksschulen ist, und daß es vom erziehlichen Standpunkt richtiger ist, die in der Volksschule unterrichteten Kinder mit dem sicheren Gebrauch einer Sprache in Rede und Schrift auszurüsten, als sie der bei gleichzeitiger Erlernung mehrerer Sprachen erfahrungsmäßig nicht abzuwendenden Gefahr auszusetzen, daß sie keine der beiden sich völlig und richtig zu eigen machen. Die Klassen der Bevölkerung in Straßburg, welche die Erlernung der französischen Sprache für ihre Kinder wegen des Verkehrs mit Frankreich als notwendig

erachten, finden dazu in den höheren Unterrichtsanstalten ausreichende Gelegenheit. Soviel bekannt, wird jenseits der französischen Grenze in den an Deutschland grenzenden Bezirken nirgends in den Primärschulen die deutsche Sprache gelehrt, woraus sich ableiten läßt, daß das Bedürfnis des gegenseitigen Verkehrs die Erlernung der Sprache des Nachbarlandes in jenen Schulen nicht erheischt."

Am 1. April 1873 feierte Fürst Bismarck seinen 58. Geburtstag. Wie früher schon, hatte ihm auch jetzt die freikonservative Fraktion ihre Glückwünsche, diesmal insbesondere für seine Gesundheit, dargebracht. Er dankte mit dem Beifügen, daß für seine Gesundheit entscheidend sei, ob die Angelegenheiten des Deutschen Reiches sich in gutem Fortgang befänden. Hindernisse der politischen Entwickelung des Reiches seien für ihn die hauptsächlichsten Gesundheitsstörer; die beste Medizin aber sei ihm das einträchtige Zusammenwirken aller berechtigten Elemente der Nation. In den Tagen vom 7. bis 10. April machte Bismarck wieder einen kurzen Ausflug nach Friedrichsruh, vom 12. bis 17. April einen solchen nach Varzin. Doch gestatteten die amtlichen Pflichten keine längere Erholung. Am 19. bis 21. April wohnte er den Vermählungsfeierlichkeiten des Prinzen Albrecht (des jetzigen Regenten von Braunschweig) mit der Prinzessin Maria von Sachsen-Altenburg bei. Am 19. Mai dankte er dem Direktor der Nord-Pacific-Eisenbahn-Kompagnie in Nordamerika, Herrn Jay Cook, für den Beschluß der Direktion, „daß die Stadt, wo die Bahn den Missouri überschreitet, den Namen Bismarck erhalten" solle, und versicherte den Amerikaner herzlicher Dankbarkeit für die Ausdrücke, in welchen er von den Verdiensten gesprochen, die Bismarck seinem Vaterlande „und den Interessen habe leisten können, welche allen Nationen gemeinsam" seien.

Im Juni ernannte der Düsseldorfer „Kunstverein Malkasten" den Fürsten zu seinem Ehrenmitgliede. Zugleich ward dem Überarbeiteten endlich eine längere Erholung in Urlaub zu teil. Am 27. reiste er nach Varzin. Am 3. Juli brachte der Reichsanzeiger die übliche Mitteilung, daß die nach Varzin gesandten Gesuche und

Zuschriften während der Dauer des fürstlichen Urlaubes nicht beantwortet werden würden. Aber wie immer hatte diese Regel ihre Ausnahme. Denn als Herr Dr. D. Bendau in Dresden dem Fürsten eine Nummer der amerikanischen Zeitung „Weekly Sun" einsandte, in welcher „irgend Jemand" behauptete, der Fürst habe in einer Unterredung seine Absicht erklärt: „To crush Rome, in order to crush Christianity" (Rom zu zerschmettern, um die Christenheit zu zerschmettern), da dankte Fürst Bismarck am 12. August dem Einsender für diese Mitteilung mit den Worten*): „Es wird so viel auf meine Rechnung gelogen, daß ich mich auch über diese schamlose Erfindung nicht wundere. Ich weiß nicht, ob es Leute gibt, die dumm genug sind, dergleichen zu glauben, aber gewiß ist, daß ich niemals eine Unterredung von ähnlichem Inhalt mit irgend jemand gehabt habe. Es kann also nicht einmal ein Mißverständnis für die Lüge angeführt werden. Mich dünkt aber, daß die Wendung „To crush Rome" u. s. w. Quelle und Zweck deutlich genug nachweist. Daß meine Überzeugungen und mein Glaube das Gegenteil von dem sind, was jene Fabel mir in den Mund legt, ist in Deutschland nicht bezweifelt, und auch in Amerika wird man sich wohl sagen, wer gottverlassen genug wäre, um so zu denken, doch schwerlich dumm genug sein würde, um so zu reden."

Am 31. August kehrte Bismarck nach Berlin zurück, um an der Enthüllung des Sieges-Denkmals teilzunehmen. Zu seinen Ehren bestimmte der Kaiser am 1. September, daß ein Fort der Festung Straßburg „Fort Bismarck" benannt werde, und verlieh dem Fürsten am Sedantage, an dem das Siegesdenkmal in Berlin eingeweiht wurde, Kreuz und Stern der Großkomthure des Hausordens der Hohenzollern in Brillanten. Am 4. September kehrte der Fürst nach Varzin zurück, wohnte im nämlichen Monat der Feier der silbernen Hochzeit des Bruders Bernhard in Külz bei und machte dann dem Freunde Moritz v. Blanckenburg in Zimmerhausen Besuch. Die Rückreise nach Varzin erfolgte am 27. September.

*) Poschinger, Neue Bismarckbriefe, II, 108/09.

Zwei Tage zuvor war Bismarck von den Großgrundbesitzern des zweiten Jerichow'schen Kreises in die neue Kreistagsversammlung gewählt worden. Am 15. Oktober trat der Fürst dann die Reise zu Kaiser Wilhelm nach Regensburg an, um in dessen Begleitung an der Wiener Kaiserbegegnung teil zu nehmen, über die früher berichtet wurde.

In Regensburg und Wien wurde zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler eine Angelegenheit lebhaft erörtert, welche beiden Männern gleich schwer auf dem Herzen lag. Albrecht von Roon hatte nämlich Anfang Oktober, mit Rücksicht auf seinen zerrütteten Gesundheitszustand, dem Kaiser die Bitte um Entlassung von allen seinen Staatsämtern eingereicht und dies dem Fürsten Bismarck in einem Privatbriefe vom 12. Oktober 1873 mitgeteilt, in dem es hieß:*) „Ich wende mich, unter Anrufung unserer alten Freundschaft an Sie, mein teurer Fürst, um Sie inständigst zu bitten, meinem Gesuche nach Kräften Vorschub zu leisten. Ich bin ganz fertig mit meinen geringen Fähigkeiten für den öffentlichen Dienst und daher fest entschlossen, die mir obliegenden Amtsgeschäfte nicht wieder zu übernehmen. Vielleicht erscheinen meine Entschließungen Sr. Majestät erheblich genug, um mit Ihnen darüber zu konferieren, und erbitte ich daher von Ihrer Freundschaft, meinen Standpunkt des non possum wohlwollend zu vertreten, weil ich den Herrn weder erzürnen noch kränken möchte. Zum Schlusse dieser Zeilen erlauben Sie mir, Ihnen aus vollem Herzen nochmals mein: ‚Adelante, adelantador atrevido!‘ (Vorwärts, immer vorwärts kühner Held!) zuzurufen und Gottes Segen für Ihr ferneres gedeihliches und großartiges Wirken zu erflehen; und das werde ich immer thun, bis an mein vielleicht nicht mehr fernes Lebensende, gleichviel ob ich auf der Bühne oder im Zuschauerraume meinen Platz habe!“

Der Kaiser handelte in der That so, wie Roon erwartet hatte. Er verlängerte am 14. Oktober vorläufig nur Roons Urlaub und besprach die wichtige Angelegenheit mit dem Fürsten Bismarck.

---

*) Roon, Denkwürdigkeiten, II, 599/601.

Die Sache berührte letzteren nicht bloß gemütlich und politisch, sondern auch persönlich nahe, weil Roon in seinem Privatschreiben bestimmt erklärt hatte, daß er auch das preußische Ministerpräsidium keinesfalls fortführen werde, „welches von Anbeginn an gleichfalls den Stempel des Provisoriums an der Stirn trug.“ Nach der Rückkehr von Wien hatte Fürst Bismarck deshalb am 24. und 25. Oktober mit den Ministern Eulenburg und Camphausen lange Unterredungen und richtete darnach seine Vorschläge an den Kaiser, deren Ergebnis die Allerhöchsten Ordres vom 9. November zur öffentlichen Kenntnis brachten. Darin wurde Roons Entlassungsgesuch angenommen, General v. Kameke zu seinem Nachfolger als Kriegsminister ernannt, das Präsidium im preußischen Ministerium aber von neuem dem Fürsten Bismarck übertragen, endlich Minister Camphausen mit der Vizepräsidentschaft betraut, um den Reichskanzler thunlichst zu entlasten. „Es handelt sich bei dieser Einrichtung vor allem darum,“ schrieb die „Provinzial-Korrespondenz“ erläuternd, „dem Reichskanzler die obere Leitung der preußischen Verwaltung im Zusammenhange mit der Reichspolitik zu ermöglichen, ohne daß die tägliche Sorge und Verantwortung für die mannigfachen besonderen Aufgaben des preußischen Ministeriums seine Kraft zersplittere und aufreibe.“

Diese Ordnung der Angelegenheit war schon in Berlin vorbereitet, und so konnte Fürst Bismarck beruhigt am 26. Oktober nach Varzin zurückkehren. Herzensbedürfnis war ihm aber, dem aus den Ämtern scheidenden treuen und teuren Freunde Roon offen auszusprechen, wie der im schweren Dienst zurückbleibende Freund empfinde. Fürst Bismarck that das am 20. November in folgendem Briefe aus Varzin an Roon:*) „Lieber Roon. Ich verschob meine Äußerung, bis ich in Wien mit Sr. Majestät mündlich darüber (Ihre traurigen Mitteilungen) reden konnte und empfahl die Bewilligung (Ihres Rücktrittes) bezüglich des Kriegsministeriums, den Aufschub bezüglich des Präsidiums. Der Kaiser war damit

*) Roon, Denkwürdigkeiten, I, 605/07.

einverstanden. In Berlin sah ich Eulenburg und Camphausen, welche für schwierig hielten, dem Landtag ohne Definitivum gegenüber zu treten. Ich selbst war nicht gesund genug, um die Geschäfte in die Hand zu nehmen, ich war pflichtmäßig nach Wien gegangen, kam akut krank hier wieder an und brauche noch Ruhe. Eulenburg wollte oder konnte nicht, und Camphausen hatte die Anciennität nicht, um einstweilen an die Spitze zu treten; so ist es gekommen, daß ich dem Kaiser von hier aus empfahl, was inzwischen von Ihm befohlen ist. Gleichzeitig wurde der Eintritt von Moritz" (v. Blanckenburg, an Stelle des in denselben Tagen zurückgetretenen Landwirtschaftsministers Grafen Königsmarck) „von uns verabredet und von mir in demselben Schreiben bei Sr. Majestät beantragt. Ich habe es abgelehnt, Moritz vertraulich zu sondieren; ich hatte das, bezüglich Stettin und Berlin, zweimal gethan, und nachdem ich sein Widerstreben überwunden, wurde nichts daraus. Ich verlangte also, daß er diesmal auf Allerhöchsten Befehl amtlich und nicht von mir freundschaftlich gefragt werde. Das Weitere wird Ihnen genauer als mir bekannt sein. Moritz hat mir am 16. geschrieben."

Nachdem Bismarck dann seiner Unzufriedenheit über Blanckenburgs Ablehnung und die Haltung der Fraktionsgenossen desselben, sowie der „Junker" lebhaften Ausdruck gegeben, fährt er fort: „Ich stehe dienstlich auf der Bresche, und mein irdischer Herr hat keine Rückzugslinie, also: vexilla regis prodeunt (die Fähnlein des Königs flattern voran), und ich will, krank oder gesund, die Fahne meines Lehnsherrn halten, gegen meine faktiösen Vettern so fest wie gegen Papst, Türken und Franzosen. Vermüde ich, so bin ich anschlagmäßig verwendet, und der Verbrauch meiner Person ist vor jedem Rechnungshofe justifiziert. Durch Ihren Austritt bin ich vereinsamt, unter — Ministern — die einzig fühlende Brust. Der Rest vom alten Stamm, der bleibt, ist faul. — Ich wollte Ihnen nur ein herzliches Lebewohl schreiben, und nun komme ich auf sechs Seiten solcher Abirrungen. Sehen werden wir uns ja doch im Winter, und persönlich also nehme ich nicht Abschied. Wir werden

mündlich doch noch manchen Rückblick auf die 11 Geschichtsjahre thun können, die Gott uns zusammen hat durchkämpfen lassen, und in denen wir mehr von seiner Gnade erlebt haben, als wenigstens mein Verstehen und Erwarten faßte. Im Amte aber wird es einsam um mich sein, je länger je mehr; die alten Freunde sterben oder werden Feinde, und neue erwirbt man nicht mehr. Wie Gott will! Im gelben Sitzungszimmer werde ich die Lücke auf Ihrem Sophaplatze nicht ausgefüllt finden und dabei denken: ‚ich hatt' einen Kameraden'. — Man wird alt, das hat sein Gutes, man ist zufrieden mit Knochen und Leder, an sich und andern. Der Postbote mahnt. Herzlichen Gruß und auf baldiges Wiedersehen. Ihr treuer Freund v. Bismarck."

In ergreifender Wahrheit der Empfindung klingt hier die weltgeschichtliche Freundschaft dieser beiden großen Männer aus, während Moritz v. Blanckenburgs Weigerung, selbst dem vertrauensvollen Rufe des Königs zu folgen, von neuem erkennen läßt, wie tief die Spaltung zwischen den Konservativen und dem Fürsten Bismarck damals schon aufgebrochen war. Die preußischen Landtagswahlen vom 4. November 1873 brachten deutlich zum Ausdruck, daß die große Mehrheit des Volkes treu zur Regierung stehe und gegen die altkonservativen Nörgler Partei nehme. Denn sogar der langjährige Wunsch des Fürsten Bismarck, die Bildung einer regierungstreuen konservativen Partei, war nun der Erfüllung nahe: 22 „Neukonservative" gingen aus Wahlkreisen hervor, die bisher im Besitze konservativer Regierungsgegner gewesen waren; außerdem 40 Freikonservative, 182 Nationalliberale, 69 sonstige Liberale, die alle in den großen Streitfragen der Zeit meist einhellig auf Seite der Regierung standen, so daß die Verstärkung des Zentrums um reichlich 20 Abgeordnete wenig bedeutete. Die peinliche Lage der Altkatholiken unter der bis dahin in Preußen allein gültigen kirchlichen Vollziehung der Eheschließung hatte die preußische Regierung genötigt, trotz des Widerstrebens des Königs, ein Zivilehegesetz dem Landtag vorzulegen, der am 12. November von Camphausen eröffnet wurde. Um an der Verhandlung über dieses wichtige Gesetz

teilzunehmen, verließ Fürst Bismarck am 16. Dezember Varzin und erschien am 17. im Abgeordnetenhause. Vom Zentrum und von den Rechtskonservativen wurde das Gesetz heftig bekämpft. Ludwig v. Gerlach, der Bruder des Generals, der berufene „Rundschauer" der Kreuzzeitung, leugnete durchaus die Notwendigkeit der Zivilehe und nahm die katholischen Bischöfe und Geistlichen in Schutz, die sich gegen die Maigesetze aufgelehnt hatten. Dabei stützte er sich auf Bismarcks Rede vom 15. November 1849 gegen die Zivilehe (Bd. I S. 204 dieses Werkes). Er schloß mit Bismarcks damaligen Worten: „Ich hoffe es noch zu erleben, daß das Narrenschiff der Zeit an dem Felsen der christlichen Kirche scheitert," und knüpfte daran den Wunsch, der Reichskanzler möchte noch vor Eintritt dieses Ereignisses aus dem Schiffe herausspringen und unterstützt von den in Gerlachs Sinn gefaßten Beschlüssen des Landtags, dem Felsen der Kirche schwimmend sich nähern.

Fürst Bismarck wies in den einleitenden Worten seiner Entgegnung darauf hin, daß der Vorredner diese vor 25 Jahren „unter anderen Umständen gehaltene Rede" als Haupttrumpf zu betrachten scheine, da er sie auch schon in Bismarcks Abwesenheit citiert habe, und fuhr dann fort: „Wenn der Herr Vorredner mir das lange entbehrte Vergnügen gewährt, mit ihm wieder in persönliche Diskussion zu treten, ein Vergnügen, welches ich bei der eigentümlichen Stellung, die er seit dem Jahre 1866 zu unseren Verhältnissen einnahm, nicht gehabt habe, so nötigt mich die so genaue persönliche Adresse, die er seinen Worten gegeben hat, darauf zu antworten und meine Stellung zu ihm und der Fraktion, der ich angehörte, und zu dem vorliegenden Gesetz mit wenigen Worten zu kennzeichnen." Fürst Bismarck habe 1849 derselben Fraktion angehört wie Herr v. Gerlach. „Er hat mich damals oft durch seinen überlegenen Geist und seine Beredsamkeit von der Richtigkeit seiner Ansichten überzeugt, und es trat dann ein Moment ein, ein kurzer Moment, wo wir gleicher Ansicht waren (Heiterkeit). Wenn der Herr Vorredner das aber gewahr wurde, so habe ich immer den Eindruck gehabt, daß ihm dieses Gefühl unbehaglich war, mit irgend

jemand gleiche Ansicht zu hegen — dann trat das Bedürfnis ein, zu modifizieren und neue Seiten zur Diskussion zu stellen; wir sind also nie lange einer Meinung geblieben (Große Heiterkeit). Man hat ja reiche Leute, Gründer und andere, die sich den Luxus erlauben können, etwa einen Wagen, ein Haus, einen Rock ganz für sich zu haben, wie ihn kein anderer hat, und die sehr darauf halten, daß nicht jemand einen gleichen trägt wie sie; so darf auch jemand, der mit großem Geistesreichtum, wie der Herr Vorredner, begabt ist, sich wohl den Luxus erlauben, daß er jedes Mal eine Meinung streng für sich hat und nicht duldet, daß sie von einem anderen geteilt werde (Heiterkeit)." Keine Phase der langen preußischen Geschichte „erfreue sich der zustimmenden Würdigung des Herrn Vorredners." Er versage sogar „Friedrich II. den Beinamen des Großen (Heiterkeit)." Solange Herr v. Gerlach und dessen Partei politisch thätig seien, habe er immer nur getadelt, aber nie gesagt, wie es denn eigentlich zu machen; das wurde von ihm und von der Kreuzzeitung „immer auf das nächste Mal, auf den nächsten Artikel verschoben (Heiterkeit). Ich glaube, daß auch jetzt der Herr Vorredner in Verlegenheit sein würde, uns zu sagen, wie wir es zu machen hätten, ich setze bei ihm aber eine vollständige Befriedigung für den Augenblick voraus; denn er hat jetzt das Bewußtsein, sich in einer Stellung zu befinden, zu der schwerlich jemand ihm nachfindet. Wenn jemand, der weder Katholik noch Pole ist und welfische Sympathien doch nur in mäßigem, indirektem Maße haben kann, wenn der sich der Zentrumspartei anzuschließen vermag, da besitzt er eine isolierte Säule, auf der neben ihm kein anderer Platz hat (Heiterkeit), und wo er ganz sicher ist, die Unannehmlichkeit nicht zu erleben, daß jemand mit ihm gleicher Meinung ist (Heiterkeit)." Denn als evangelischer Christ kämpfe er da für die hierarchischen Bestrebungen des Papsttums, einen päpstlichen Kirchenstaat aus Preußen zu machen.

„Wenn der Herr Vorredner ein so schweres Gewicht legt auf meine Überzeugung, die ich vor 25 Jahren ausgesprochen habe, warum will er denn nicht meinem lebendigen Worte von heute

glauben? Oder umgekehrt, wenn er mir einen Vorwurf daraus macht, so nehmen wir an, nicht der Herr Vorredner, sondern ich wäre seit der Zeit altersschwach geworden (Große Heiterkeit). Ich mag durch Anstrengungen gelähmt sein, vielleicht bin ich nicht mehr so frisch wie damals, das würde ja in der Sache nichts ändern, aber ich habe mich noch nie geschämt, eine Meinungsverschiedenheit in meiner Stellung einzuräumen, wenn die Umstände mich nötigten, entweder in etwas nachzugeben oder mich zu überzeugen, daß es so, wie ich wollte, im Interesse des Landes eben nicht geht. . . . Ich treibe keine Fraktionspolitik als Minister, sondern ich habe gelernt, meine persönliche Überzeugung den Bedürfnissen des Staates unterzuordnen. Wenn der Herr Vorredner dann an den prägnanten Schluß meiner alten Rede erinnert — ich habe sie lange nicht gelesen; aber als sie vorhin verlesen wurde, habe ich sie wirklich mit einiger Befriedigung angehört; ich glaube, sie war oratorisch nicht übel (Heiterkeit). Aber welches auch ihr Inhalt sein mag, so kann ich doch unmöglich — wenn ich als evangelischer Christ von „der Kirche" spreche, im Jahre 1849 die katholische Kirche nach den heutigen vatikanischen Bestimmungen als den Fels betrachtet haben, den ich dort als unter allen Stürmen feststehend bezeichnete. Jedenfalls wird man annehmen müssen, da ich meine evangelische Überzeugung immer fest, durchsichtig und offen ausgesprochen habe, daß ich damals nur an die evangelische Kirche habe denken können, keineswegs an die römisch-katholische, noch weniger an die vatikanische, wie sie sich heute gestaltet hat. Außerdem habe ich mich gar nicht darüber erklärt, und enthalte mich auch heut weiterer Äußerung darüber, wer meiner Ansicht nach in dem „glückhaften Schiff", welches ich allerdings „Narrenschiff" genannt habe, heut zu Tage sitzt und an dem Felsen der evangelischen Kirche scheitern kann (Heiterkeit).

„Meine persönliche Stellung (zur Zivilehe) ist die, daß ich mich allerdings nicht bereitwillig, sondern ungern und nach großem Kampfe entschlossen habe, in Gemeinschaft mit meinen Kollegen bei Sr. Majestät den Antrag auf Vollziehung dieser Vorlage zu stellen,

und mich entschlossen habe, mit ihnen dafür einzustehen. Ich habe hier nicht Dogmatik zu treiben, ich habe Politik zu treiben. Aus dem Gesichtspunkte der Politik habe ich mich überzeugt, daß der Staat in der Lage, in welche das — ich will den Ausdruck nicht verletzend gebrauchen, sondern wissenschaftlich — revolutionäre Verhalten der katholischen Bischöfe den Staat gebracht hat, durch das Gebot der Notwehr gezwungen ist, das Gesetz zu erlassen. Ich bin entschlossen, dafür einzutreten, wie für so manches, was meinen persönlichen Überzeugungen, namentlich wie ich sie in der Jugend gehabt habe, nicht immer entspricht. Aber ich bin ein, den Gesamtbedürfnissen und Forderungen des Staates im Interesse des Friedens und des Gedeihens meines Vaterlandes gegenüber, disziplinierter und sich unterordnender Staatsmann (Bravo und Heiterkeit)." Schließlich erläutert Bismarck den Ausdruck „revolutionär", den er auf die katholischen Bischöfe angewendet, noch näher also: „Der eigentliche Standpunkt eines jeden Revolutionärs resumiert sich immer dahin: ich stelle mein eigenes Urteil höher als die Macht des Gesetzes. Das Wesen der Reform im Gegensatze zur Revolution liegt in dem Bestreben, auf legalem Wege zu Änderungen zu gelangen, letzterem aber zu gehorchen, solange es gültig ist. Diesen Standpunkt haben die Bischöfe verlassen, sie haben gesagt, wir erkennen das Gesetz als verbindlich nicht an, wir gehorchen ihm nicht, und insoferne glaube ich sine ira et studio (rein sachlich) die Stellung, welche die Bischöfe gegen den Staat heut einnehmen, als revolutionär bezeichnen zu können." In der Schlußabstimmung (am 23. Januar 1874) wurde das Gesetz mit 284 gegen 95 Stimmen angenommen. —

Der erste Gang des Reichskanzlers im neuen Jahre 1874 galt, wie immer, dem Kaiser, dem Bismarck mündlich seine herzlichen Glückwünsche aussprach. Vom 5.—7. Januar weilte der Fürst in Friedrichsruh. Am 10. übte er in Berlin im Café Hering sein Wahlrecht bei der Reichstagswahl aus, bei welcher zum ersten Mal auch die Elsaß-Lothringer mitwirkten. Die Ergebnisse werden wir später feststellen. Am 14. war der Kronprinz beim Fürsten

Bismarck zum Diner und schon zum folgenden Tage hatte der hohe Herr den Fürsten und dessen Gemahlin bei sich zu Tisch geladen. Am 16. nahm der Reichskanzler an der Matinée bei Herrn v. Bennigsen teil. Aber die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom nämlichen Tage machte dieser friedlichen Tafelrunde bald ein Ende Denn die schwersten Angriffe wurden am 15. und 16. Januar von den Zentrumsrednern gegen Bismarck geschleudert. Gegen die Anklage des Reichskanzlers in der Rede vom 17. Dezember 1873, die Bischöfe handelten revolutionär, hatte der Zentrumsabgeordnete v. Schorlermer-Alst in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 15. Januar 1874 die Anklage zurückgeschleudert: „Wer hat mehr wissenschaftlich den Umsturz der (alten) Bundesverfassung vorbereitet und sie endlich gewaltsam über den Haufen geworfen, wie gerade Fürst Bismarck?“ Er habe 1866, verbündet mit Garibaldi und Klapka, die ungarischen und kroatischen Regimenter zum Bruch ihres Fahneneides gegen ihren Kriegsherrn verleitet und eine ungarische Legion in Schlesien aufgestellt. „Wie darf der Mann, dessen Vergangenheit mit solchen Thatsachen belastet ist, es wagen, gegen die katholischen Bischöfe den Vorwurf revolutionären Verhaltens zu erheben?“ Und am 16. Januar hatte der Zentrumsabgeordnete v. Mallinckrodt hinzugefügt: „M. H., leugnen Sie etwa, daß der Mann, der an der Spitze unserer Regierung steht, erklärt hat, er wäre viel weniger deutsch als preußisch, und ihm würde es so schwer gar nicht werden, einen Teil des linken Rheinufers an Frankreich abzutreten (Hört! Hört! Widerspruch links). Den Teil des linken Rheinlandes, den die bayerische Pfalz und den der preußische Regierungsbezirk Koblenz und Trier auf der rechten Moselseite bildet.“ Mallinckrodt fügte hinzu, er habe das „in amtlichen Aktenstücken gelesen“ und sich „bisher vergeblich nach einem Widerspruch umgesehen“.

Sowie Bismarck von diesem gröblichen Angriff unterrichtet war — die Ausfälle v. Schorlemers am Vortage hatte ihm der eigene Bruder, der Abgeordnete v. Bismarck-Külz mitgeteilt — erschien er im Abgeordnetenhause und verlangte alsbald das Wort. Er erklärte die Behauptung des Herrn v. Mallinckrodt, „für eine

dreiste, lügenhafte Erfindung, die natürlich der Herr Abgeordnete nicht gemacht hat, die aber anderswo gemacht ist. Die Sache ist in lügenhafter, gehässiger Absicht erfunden worden, es ist auch nicht eine Silbe davon wahr! Ich habe niemals irgend jemandem die Abtretung auch nur eines Dorfes oder eines Kleefeldes zugesichert oder in Aussicht gestellt (Stürmischer Beifall)." Diese Art der Verleumdung nennt Bismarck rund heraus „unreinliche Operationen". Beiden Angreifern ruft er dann zu: „Für Sie ist Nichtherrschen schon mit Unterdrücktsein gleichbedeutend" und „ein Mann, dessen Reden mit einer solchen Geringschätzung der Thatsachen und der wirklichen Verhältnisse belastet sind, verdient seinerseits noch viel weniger Glauben." Auf die Frage des Abgeordneten v. Schorlemer: wer mehr zum Umsturz der alten deutschen Bundesverfassung beigetragen habe, als Fürst Bismarck?, erwidert dieser: „Ja, es ist ganz etwas anderes, sich die Abschaffung und Änderung einer gesetzlichen Einrichtung zum Ziel zu setzen oder die Autorität des rite bestehenden Gesetzes schlechtweg zu leugnen und zu sagen: ich kehre mich nicht daran, ich unterwerfe mich ihm nicht. Außerdem gibt es eine Menge Leute, die mehr zur Zerstörung des alten Bundestags gethan haben wie ich, namentlich alle politischen Freunde des Abgeordneten v. Schorlemer (Sehr richtig!), und namentlich vor allen Dingen die Mehrheit der damaligen Regierungen und ihrer Vertreter, die eben Beschlüsse faßten, von denen sie ganz sicher voraussehen mußten, daß sie den Bund und seine Verfassung sprengten." Die Behauptung des Abgeordneten Schorlemer aber: „ich hätte die ungarischen und dalmatischen Regimenter 1866 zum Abfall auffordern lassen, gehört in die Kategorie der heutigen des Herrn v. Mallinckrodt — es ist einfach nicht wahr." Die Bildung der ungarischen Legion habe er allerdings veranlaßt, aber das sei ein „Akt der Notwehr" gewesen. Das ist schon früher in diesem Werk erwiesen und braucht daher hier an den Worten des Fürsten nicht weiter begründet zu werden.

Ebenso wissen die Leser dieses Werkes (aus Band III desselben), was sie von der Glaubwürdigkeit des vormaligen italieni-

schen Generals und Ministers Lamarmora zu halten haben, auf dessen kürzlich erschienene Schrift „Ein bischen mehr Licht"*) sich der Abgeordnete v. Mallinckrodt im weiteren Verlauf dieser Debatte zum Beweise seiner schweren Anschuldigungen gegen Bismarck bezog. Dabei that dieser Abgeordnete so, als sei der italienische Feind Deutschlands noch jetzt in Amt und Würden. Fürst Bismarck belehrte ihn, daß dieser Eideshelfer des Herrn v. Mallinckrodt „einfacher Privatmann" sei, „der in unerlaubter Weise Aktenstücke veröffentlicht habe, und daß man infolge dieses Vorganges das Bedürfnis in Italien anerkenne, ein Strafgesetz herzustellen", das ein solches Verfahren trifft. „Daß der Herr Vorredner lieber das Zeugnis eines Feindes als das der Thatsachen herbeizieht, wundert mich nicht; ein solcher aber ist der General Lamarmora nach seinem ganzen Verhalten und nach seiner ganzen Politik, und ich könnte über seine Politik viel mehr und viel unangenehmere Bücher schreiben, als er über die meinige, wenn ich nicht eine Abneigung hätte, andere Potenzen und Mächte in solche Erörterungen hineinzuziehen. Insofern steht aber der Herr Vorredner viel freier da; er braucht auf die Interessen und Ehre des eigenen Landes und auf dessen Beziehungen zu fremden Mächten ja viel weniger Rücksicht zu nehmen, als ich dazu gezwungen bin."

Der Vorredner sage endlich, er habe an diese „von einem Privatmann veröffentlichte Sammlung zu Unrecht entwendeter Aktenstücke — d. h. subjektiver Aktenstücke; es sind ja doch immer nur einseitige Berichte einzelner Personen, die darin ihre Eindrücke von vertraulichen Verhandlungen veröffentlichen — geglaubt, weil Monate verflossen wären ohne eine Widerlegung. Ja, m. H., wenn ich mich auf die Widerlegung alles dessen einlassen wollte, was gegen mich gedruckt wird, da reichte kein Preßbureau und kein Welfenfonds, da müßte ein besonderes Ministerium eingerichtet werden, um das bloß *lesen* zu lassen. Und ich rechne es mir zur Ehre! In meinem ganzen, unter verschiedenen Gestaltungen der

*) „Un po' più di luce sugli eventi politici e militari dell' anno 1866." Florenz 1873.

europäischen Politik stets mit entschlossener Vertretung der Interessen meines Königs und meines Landes durchgeführten politischen Leben ist mir die Ehre zu teil geworden, sehr viele Feinde zu haben. Gehen Sie von der Garonne, um mit der Gascogne anzufangen,*) bis zur Weichsel, vom Belt bis zum Tiber, suchen Sie an den heimischen Strömen der Oder und des Rheins umher, so werden Sie finden, daß ich in diesem Augenblicke wohl die am stärksten und — ich behaupte stolz! — die am besten gehaßte Persönlichkeit in diesem Lande bin. . . . Aber, m. H., wenn jemand in der Politik offen vor ganz Europa auf der Bühne hat wirken können, wie ich, dann hat er doch wohl das Recht, sich auf Thatsachen zu berufen und dagegen alle apokryphen Winkelskribenten, mögen sie Titel haben, wie sie wollen, als Zeugen abzulehnen. Ist denn irgend etwas abgetreten? Existiert denn irgendwo eine Verhandlung darüber? Hätten wir nicht, wenn wir etwas hätten abtreten wollen, mit großer Leichtigkeit, mit sehr wenig, mit wenig Dörfern, nur daß der Schandfleck an unserer Politik gehaftet hätte, alles erreichen können? Das wäre ja dem Kaiser Napoleon genug gewesen. . . . M. H., ich finde, man hat gar nicht das Recht, mich auf diese Weise zu nötigen, durch einen Mißbrauch der Tribüne zur Verleumdung der eigenen Regierung, den Leiter der Regierung zu nötigen, sich hier gegen solche Vorwürfe zu verantworten und Ihre und meine Zeit damit zu töten, für deren Bezeichnung mir jeder parlamentarische Ausdruck fehlt — aber die Presse wird ihn wohl finden! (Beifall).“

Ohne daß Fürst Bismarck wieder im Landtag erschien, wurde dieser am 21. Mai geschlossen. Die Rede des Reichskanzlers aber vom 16. Januar 1874 erweckte ihm wieder zahlreiche freudige Zustimmungserklärungen aus ganz Deutschland, für die er am 23. Januar öffentlich dankte.

Des Fürsten ältester Sohn, Graf Herbert, wurde im Januar auf ein Jahr in den Dienst des Auswärtigen Amtes gestellt und

*) Die Gascogner gelten den Franzosen als einfältige, leichtgläubige Leute.

am 26. dazu bestimmt, bei der preußischen Gesandtschaft in Dresden einzutreten. Am 2. Februar fand als Abschiedsfeier zu seinen Ehren ein Diner beim Vater statt.

Bei dem ersten parlamentarischen Diner, das Fürst Bismarck im Jahre 1874, am 4. Februar, den Abgeordneten des Landtags gab, erzählte er noch einen interessanten Scherz über den finanziellen Teil der Versailler Friedensverhandlungen. Bismarck hatte bekanntlich zur Beratung bei den Finanzfragen die Bankiers v. Bleichröder und Baron Erlanger nach Versailles berufen. Die deutsche Forderung nun belief sich ursprünglich auf zehn Milliarden Kriegsentschädigung. Als aber Jules Favre, erschrocken über diese Forderung, ausrief: „Wenn ein Mensch schon bei Christi Geburt angefangen hätte, eine solche Summe zu zählen, so würde er heute noch nicht damit fertig sein," erwiderte ihm Bismarck mit Gleichmut: „Darum habe ich mir ja jemanden mitgebracht, der noch vor Christi Geburt zu zählen angefangen hat."

Die Reichstagswahlen vom 10. Januar 1874 hatten die Feudal-Konservativen fast vollständig hinweggefegt. Die Nationalliberalen blieben die stärkste Partei und hatten schon mit der Fortschrittspartei zusammen die absolute Mehrheit. Ihnen traten hier, wie im preußischen Landtag, in allen nationalen Fragen, also namentlich im kirchlichen Kampfe, die Freikonservativen zur Seite. Indessen hatten auch die Ultramontanen 25 neue Sitze hinzugewonnen (92 statt 67 im Jahre 1871), namentlich bayerische, das 32 Zentrumsmänner entsandte. Immerhin zählte das Zentrum im neuen Reichstag nicht ganz ein Viertel, mit Polen und Sozialdemokraten zusammen noch nicht ein Drittel, der Versammlung. Als einer der wenigen nationalen Abgeordneten wurde in Bayern (Kempten) Joseph Völk in einer Stichwahl gewählt. Der Freude über seinen Sieg gab Bismarck am 8. Februar in einem Schreiben an Herrn Schnetzer in Kempten Ausdruck: „Ich sage Ihnen für die bei Gelegenheit der Wahl des Dr. Völk mir telegraphisch ausgesprochenen freundlichen Gesinnungen meinen verbindlichsten Dank und freue mich persönlich und politisch, diesen erprobten

Vertreter der nationalen Sache bei Ihnen wiedergewählt zu sehen."

Den neuen Reichstag eröffnete Reichskanzler Fürst Bismarck am 5. Februar 1874 in Vertretung des Kaisers mit einer Thronrede, in welcher es hieß: „Die erste Stelle unter den Vorlagen, über welche Sie, m. H., zu beschließen haben werden, nimmt der Entwurf eines allgemeinen Militärgesetzes ein. Es ist nicht bloß eine in der Verfassung enthaltene Verheißung und ein durch die Erweiterung des deutschen Heeres gegebenes Gebot, welchem durch diese Vorlage genügt werden soll; entschiedener noch als durch diese Anforderungen, ist die feste Regelung der deutschen Wehrkraft und Wehrfähigkeit geboten durch die erste Pflicht eines jeden staatlichen Gemeinwesens: die Unabhängigkeit seines Gebietes und die friedliche Entwickelung der ihm innewohnenden geistigen und wirtschaftlichen Kraft zu schützen." Die Wichtigkeit dieses Gesetzes — welches fast unverändert schon 1873 dem Reichstag vorgelegen hatte — wurde im Volke so einsichtig gewürdigt, daß die Reichstagswahlen vom 10. Januar 1874 geradezu als ein beifälliges Volksurteil für dasselbe bezeichnet werden können. Die Sorge für Erhaltung und Verstärkung der deutschen Wehrkraft hatte dem neuen Reichstag seinen nationalen Stempel aufgedrückt, indem 240 reichsfreundliche Abgeordnete 135 reichsunfreundlichen gegenüberstanden. Aus Bismarcks Eröffnungsrede erwähnen wir weiter nur die Ankündigung, daß der Bundesrat den von Preußen ausgearbeiteten Entwurf eines Reichspreßgesetzes geprüft habe und die Ergebnisse dem Reichstag in einer Gesetzesvorlage unterbreiten werde.

Dieser Vorlage galt Bismarcks erste größere Rede am 20. Februar. Das Gesetz wurde von den Zentrumsabgeordneten sehr abfällig beurteilt. Ihr Zorn war erregt durch das Verbot ihres Hauptblattes, der „Germania", in den Reichslanden, und sie erklärten diese Maßregel für ungesetzlich, namentlich der Abgeordnete Majunke, der damals Chefredakteur der „Germania" war. Bismarck bewies die Gesetzlichkeit der Maßregel überzeugend aus den dem Oberpräsidenten der Reichslande erteilten außerordentlichen Be-

fugnissen und kennzeichnete die „Germania“ in den Worten: „daß unter den Blättern, die wir für staatsgefährlich, subversiv und geeignet halten, uns die Sympathien der Einwohner der Reichslande zu entfremden, die Germania so ziemlich das am geschicktesten und am vorsichtigsten redigierte ist.“ Er glaube also, „gegen die ‚Germania‘ recht höflich gewesen“ zu sein. Hier mag nur noch bemerkt werden, daß das Preßgesetz in dieser Session zu stande kam.

Die erste Rolle spielten die Reichslande in der Sitzung vom 3. März 1874. Diese Gebiete hatten am 10. Januar nur französisch gesinnte „Protestler“ und Ultramontane in den Reichstag gewählt. Am 18. Februar hatte der Reichstag die — von den reichsländischen Ultramontanen mit unterschriebenen — Anträge der Protestler abgelehnt: daß eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit der Reichslande zu Deutschland oder Frankreich stattfinden solle, und daß jeder reichsländische Abgeordnete im deutschen Reichstag französisch sprechen dürfe. Die reichsländischen Ultramontanen hatten aber die protestlerischen Freunde, denen sie ihre Wahl mit dankten, plötzlich in Stich gelassen, indem sie sowohl in der Debatte als bei der Abstimmung die von ihnen mitunterschriebenen Anträge verleugneten. Darauf waren alle Protestler von Berlin abgereist und kehrten niemals wieder. Die ultramontanen Elsaß-Lothringer aber blieben in Berlin, da ihnen das Zentrum seine Unterstützung für ihre von Windthorst gebilligten weiteren Anträge zugesagt hatte. Der erste dieser Anträge wurde von dem Abgeordneten Guerber und Genossen eingebracht und verlangte die Aufhebung des § 10 des Gesetzes vom 30. Dezember 1871, welcher dem Oberpräsidenten die Befugnis gab, „bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ den Belagerungszustand im Reichslande zu verkünden und die Truppen aufzubieten. Diese Befugnis nannte der Abgeordnete Guerber bei der Verhandlung über seinen Antrag im Reichstag am 3. März ein „unbeschränktes Diktaturrecht“. In Elsaß-Lothringen seien Vereins- und Preßfreiheit in einer in ganz Europa unerhörten Weise niedergedrückt. Nachdem einige der höchsten deutschen Beamten in den Reichslanden, Direktor Herzog und der Abgeordnete und

Colmarer Bezirkspräsident v. Puttkamer (Fraustadt), die Notwendigkeit dieser Befugnis und deren milde Handhabung dargelegt, ergriff Fürst Bismarck das Wort zu einer von Beifall und Heiterkeit überschütteten Rede.

Er beglückwünschte die elsässischen Redner zunächst dazu, „daß diese Verhandlung hier und nicht in Versailles stattfindet, daß diese Beschwerde des Elsaß hier vor dem deutschen Reichstage und nicht in der französischen Nationalversammlung erörtert wird (Beifall). Denken wir uns die Verhältnisse ins Gegenteil übertragen, daß bei einem anderen Ausfalle des Krieges etwa ein Teil der Rheinprovinz, oder, was vielleicht noch wahrscheinlicher war, ein Teil von Belgien, französisch geworden wäre, und die wider ihren Willen annektierten Abgeordneten wollten in der Pariser Versammlung so sprechen (Heiterkeit. Sehr gut!). Wir brauchen nur die erste beste Sitzung der französischen Versammlung in Versailles zu lesen, um sicher zu sein, daß, wenn nicht die Mehrheit, so doch schließlich der Herr Präsident Buffet mit dem ihm eigenen eingreifenden Wesen die Redefreiheit für die Beschwerdeführer bald illusorisch machen würde; noch bedenklicher würde aber die Bedeutung der Redefreiheit für die Herren Abgeordneten auf den Pariser Straßen und in den Gasthöfen zu Tage treten, und es würde des ganzen Aufwandes der französischen Polizeimacht bedürfen, um die Redner, die ihren Gefühlen gegen Frankreich Ausdruck gegeben, vor unparlamentarischen Unannehmlichkeiten zu sichern (Heiterkeit. Oho!)."

Die Ohoschreier waren Sozialdemokraten, und Bismarck erinnerte diese „Freunde französischer Zustände da hinten, die mehr Vertrauen auf die Gleichmütigkeit und Gerechtigkeit des Pariser Publikums haben, an die französischen Urteilssprüche über den Mord von Deutschen, den die französische Gerichtspraxis fast als etwas Erlaubtes behandelt . . . Die Herren aus dem Elsaß beklagen sich, daß wir die drei Jahre sie nicht so glücklich gemacht haben, wie sie zwar unter der französischen Herrschaft nicht gewesen sind, aber wie sie es doch gern sein möchten, und wie wir sie auch gern sehen möchten (Heiterkeit). Wir wünschen es ihnen, aber der Zweck

der Annexion war es eigentlich nicht. Wir haben mit derselben nicht die Hoffnung verbunden, daß diese Herren sofort nun enthusiastische Anhänger unserer deutschen Einrichtungen, Freunde unserer dorthin gesendeten neuen Beamten sein würden und ihnen mit wohlwollender Kritik und kindlichem Vertrauen entgegentreten würden. Wir haben uns darüber gar nicht getäuscht, daß wir einen harten Kampf zu bestehen haben würden, ehe es uns gelänge, ihre Anhänglichkeit zu gewinnen, die wir allerdings erstreben, die wir aber augenblicklich ohne Zweifel noch nicht besitzen. Die Zeit ist zu kurz dazu. Wenn die Herren erst einmal zweihundert Jahre zu Deutschland gehört haben werden (Heiterkeit)" — wie das Elsaß vorher zu Frankreich — „dann empfehle ich einen vergleichenden Rückblick, und ich bin überzeugt, daß sie bei uns doch im ganzen angenehmer gelebt haben (Heiterkeit).

„Wir haben (übrigens) den Belagerungszustand, wenn Sie es so nennen wollen, die Ausnahmgesetze ja gar nicht eingeführt, wir fanden ihn vor und haben ihn gemildert, vermindert und unter die verantwortliche Zivilverwaltung gebracht. . . . Die Frage ist: können wir ganz ohne Belagerungszustand leben? Die Franzosen sind gewiß in der Behandlung der bis 1870 französischen Unterthanen erfahrener, als wir; sie haben (aber) bisher doch nicht geglaubt, ohne Belagerungszustand leben zu können. Es befinden sich augenblicklich noch 28 Departements von Frankreich im Belagerungszustand (Hört! hört! Große Heiterkeit), und darunter die bevölkertsten und bedeutendsten. Nun ist im ganzen der Gallier leichter zu regieren als der Germane; ich glaube also, die Nationalfranzosen leichter als die Elsässer. Ich zweifle daher gar nicht daran, daß, wenn den Herren der Wunsch, wieder französisch zu werden, erfüllt würde, sie sich sofort im vollständigen Belagerungszustande befinden würden, ebenso wie die 28 übrigen Departements dort (Große Heiterkeit); und zwar unter einem Belagerungszustand, der doch mit etwas weniger Schonung, ich kann unter Umständen sagen, wenn die Wogen hochgehen, mit etwas weniger Menschlichkeit gehandhabt wird, als bei uns, und in dessen Hintergrund sie statt

auf die Vogesen die Aussicht auf Lambessa und Neukaledonien*) haben."

Die Wahrscheinlichkeit spreche also dafür, daß die Franzosen den Belagerungszustand in den Reichslanden bestehen lassen würden. Er selbst habe sich kein Urteil darüber erlaubt, sondern er habe sich nach dem Urteil der dortigen Beamten gerichtet, unter denen ein Zweifel über die Notwendigkeit des bestehenden Restes von Belagerungszustand nicht bestand. „Wenn ich daher noch zweifelhaft gewesen wäre, ob ich die Aufhebung dieser Bestimmung befürworten könnte, so haben die jüngsten Wahlen, hat der Antrag, den dieselben Herren unterschrieben haben, auf eine allgemeine Abstimmung, die ja doch nur die Loslösung dieses Teiles vom Reiche als Hintergedanken haben konnte, so hat die Art, wie die Herren die Erscheinungen auffassen und öffentlich schildern, in mir jeden Funken von Zweifel beseitigt. Nachdem ich die Herren hier näher kennen gelernt habe, sage ich ihnen: ich kann unbedingt nicht ohne diese Machtvollkommenheit, die bisher geübt ist, die Verantwortung für die Verwaltung, die mir soweit obliegt, tragen (Sehr wahr! Beifall!)." Schließlich aber erinnert Bismarck die Antragsteller an ihre eigene Mitschuld bei dem Geschick ihrer Heimat. „Wenn Sie hätten protestieren wollen, so hätten Sie bei dem Ausbruch des Krieges protestieren müssen, so hätten Sie bei vielen anderen Gelegenheiten protestieren sollen. Aber nachdem Sie geholfen haben, daß ein Krieg hereinbrach, daß ein Krieg geführt wurde, so möchte ich sagen, daß jeder, der auch nur ein Dreißigmillionstel der Mitschuld und Verantwortlichkeit an dem so ruchlosen Angriffskriege gegen uns trug, der sollte an seine Brust schlagen und fragen: habe ich damals meine Schuldigkeit gethan? (Lebhafter Beifall.)" Aus allen diesen Gründen ersucht Bismarck, den Antrag Guerber, ohne vorherige Kommissionsberatung, sofort im Plenum abzulehnen und „der Reichsregierung ein volles und festes Vertrauensvotum dadurch geben zu wollen." Diesem Ersuchen wurde sofort, aber leider nur

*) Die französischen Strafkolonien.

mit 196 gegen 138 Stimmen entsprochen, da die „deutsche" Fortschrittspartei mit Ausnahme von nur fünf Mitgliedern leider mit der Minderheit stimmte.

Einige Tage früher, am 27. Februar, hatte Bismarck eine Unterredung mit dem durch den Reichstagsabgeordneten Karl Braun an ihn empfohlenen ungarischen Dichter Maurus Jókai, die letzterer mit selbstgefälliger Breite schildert.*) Dem Dichter der Pußta mag vieles, was der Fürst ihm sagte, ganz neu und wunderbar erschienen sein. Den Lesern dieses Werkes geben wir den Kern des Gespräches, bei dem Fürst Bismarck der Sprecher war, in den wenigen Sätzen: „Den Bemühungen der deutschen Diplomatie ist es gelungen, das Einverständnis zwischen Rußland und der österreichisch-ungarischen Monarchie ins Geleise zu bringen; nun ist dies geschehen. Jetzt sind wir verbündet, nicht wie dereinst in der heiligen Allianz, damit wir im Einvernehmen der Herrscher die Völker unterdrücken, sondern daß wir durch Sicherung des Friedens die freisinnige Entwickelung der Völker zu einer dauernden machen. Wollte, wer immer, den Frieden Österreich-Ungarns stören, so würde er Deutschland sich gegenüber finden."

In der Nacht vom 5. zum 6. März erkrankte Fürst Bismarck plötzlich an dem alten rheumatischen Fußleiden, so daß er an den ferneren Verhandlungen des Landtags und den noch wichtigeren des Reichstags über das Militärgesetz nicht mehr teilnehmen konnte. Der alte erfahrene Hausarzt Dr. Struck behandelte den Kranken. Am 8. März erschien aber auch der Leibarzt des Kaisers, Generalarzt Dr. Lauer, an seinem Bette. Die Schwere und Heftigkeit des Anfalls läßt sich an der langsamen Heilung erkennen. Erst am 23. April konnte der Fürst den Versuch eines Spaziergangs und am 8. Mai die erste Spazierfahrt machen. Inzwischen war der Reichstag am 26. April geschlossen worden. Aber daß die deutsche Volksvertretung von ihrem Tagewerk heimkehrte mit dem Danke des Kaisers und des Volkes für das glücklich abgeschlossene

*) v. Unger, Unterredungen mit Bismarck, I, 171.78.

Militärgesetz, das war gleichwohl nicht zum geringsten Teile das Verdienst des Fürsten Bismarck und seiner vaterländischen Hingebung, da er auch auf dem Krankenlager seine Pflicht nach besten Kräften that.

Wochenlang war das Zustandekommen des wichtigsten Gesetzes, das den Reichstag jemals bisher beschäftigt hatte, höchst zweifelhaft gewesen. Der Schwerpunkt der Vorlage lag in dem § 1, welcher die „Friedenspräsenzstärke des Heeres an Unteroffizieren und Mannschaften bis zum Erlaß einer anderweiten gesetzlichen Bestimmung" — also für immer, so lange Kaiser, Bundesrat und Reichstag nicht über eine andere Stärkeziffer einig wurden, — auf 401 659 Mann festsetzte. Diese Forderung der Regierung nach dauernder, s. z. s. „ewiger" Festsetzung der Friedenspräsenzstärke entsprach durchaus den Bestimmungen der Art. 60 und 61 der Reichsverfassung und der Entstehung dieser Artikel bei Beratung der norddeutschen Bundesverfassung. Es war daher rechtlich nicht begründet, wenn die Oppositionsparteien — zu denen „in der Theorie" auch Lasker und der „linke Flügel" der Nationalliberalen gehörte — die Behauptung aufstellten, die dauernde Festlegung der Präsenzstärke sei mit dem alljährlich auszuübenden Budgetrecht des Reichstags unvereinbar. Denn dieses Recht verkümmerte die Vorlage dem Reichstag in keiner Weise. Wohin die Opposition mit diesem Einwand zielte, verriet aber ihre Loosung: daß bei dieser Gelegenheit „das volle Budgetrecht" des Reichstags erstritten werden müsse, d. h. also in einem von der Reichsverfassung und von deren bisheriger Auslegung seitens der Regierung nicht anerkannten Umfange. Das erhellte ganz klar schon aus den ersten Äußerungen der Oppositionsredner bei der ersten Lesung am 16. Februar. Der Reichstag verwies die Vorlage damals an eine Kommission, und diejenigen nationalliberalen Kommissionsmitglieder, für welche die Notwendigkeit der Annahme des Gesetzes von Anfang an feststand, sowie alle freikonservativen Kommissionsmitglieder versuchten ein Kompromiß mit der Regierung auf der Basis einer etwas niedrigeren „Durchschnitts-Präsenzziffer" zu erreichen, während sie die geforderte Präsenzstärke als Maximalziffer anerkennen wollten.

Die Militärverwaltung wies jedoch jede Herabsetzung der Ziffer und jede zeitliche Begrenzung des Friedenspräsenzstandes zurück. In diese Zeit fiel unglücklicherweise die Erkrankung Bismarcks, der allein im stande und wohl auch gewillt gewesen wäre, die Grundlage einer Verständigung zu finden. Nun aber schien eine Einigung ausgeschlossen. So ward denn in der Kommission § 1 der Vorlage am 13. März mit 24 gegen 6, am 20. März mit 22 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Die Nationalliberalen, welche dagegen stimmten, thaten dies nur, um einen Aufschub zu gewinnen bis zur Wiedergenesung des leitenden Staatsmanns und behufs Verständigung mit diesem. In einer Ansprache an die Generale an seinem Geburtstage (22. März) setzte der Kaiser diese Absage jedoch in eine Linie mit dem preußischen „Militärkonflikt“ zu Anfang der sechziger Jahre. Nicht minder ernst aber sprach sich Fürst Bismarck am 27. März gegenüber den Abgeordneten Dietze-Barby und Dr. Lucius aus, als diese am Krankenbette dem Reichskanzler einen Besuch machten.

Ihnen erklärte Bismarck: „Ich habe 1867 im konstituierenden Reichstage gesagt: ‚Heben wir Deutschland nur in den Sattel, reiten wird es schon können.‘ Ich fürchte, dieses geflügelte Wort muß man wieder streichen. Der Reichstag scheint den Beweis liefern zu wollen, daß Deutschland nicht reiten kann. Der Reichstag verkennt die Lage. Einzelne hervorragende Mitglieder glauben sich durch irgend eine frühere Äußerung gebunden. Sie glauben deshalb das nicht thun zu dürfen, was die Lage des Augenblicks gebieterisch fordert. Ich habe es anders gemacht. Ich habe stets gestrebt, Neues zu lernen; und wenn ich dadurch in die Lage kam, eine frühere Meinung berichtigen zu müssen, so habe ich das sofort gethan, und bin stolz darauf, daß ich so gehandelt habe. Denn ich stelle stets das Vaterland über meine Person. Das gegenteilige Verhalten ist mir geradezu unbegreiflich. Ich habe mich gar nicht besonnen, sogar meine subjektive Meinung zu opfern oder unterzuordnen, wenn das Wohl des Ganzen es erheischte. Hier aber im Reichstage glauben diejenigen Herren, welche ausdrücklich auf meinen Namen gewählt sind, von

welchen ihre Wähler wünschen, daß sie die deutsche Reichspolitik stützen, daß sie mir gegen unsere gemeinsamen Feinde beistehen, diese Herren glauben sich dieser Aufgabe stets dann entziehen zu dürfen, wenn sie dadurch scheinbar in Widerspruch geraten mit irgend einem Wort, das sie an einem anderen Orte, zu anderer Zeit und unter ganz anderen Umständen gesprochen haben. Ich kann mir diese Dinge nicht gefallen lassen. Ich kann meinen europäischen Ruf nicht opfern. Ich werde, sobald ich wieder im stande bin, die Feder zu führen, meinen Abschied erbitten. Ich habe an anderen Orten, z. B. auch im Bundesrat, schon Schwierigkeiten genug zu überwinden; spöttelnd sagte man mir, unter Hinweis auf das Verhalten einzelner Liberalen und der Fortschrittspartei im Reichstag: ‚Das also sind die Männer, auf die Sie sich stützen!‘ Einer solchen Lage der Dinge, welche die höchsten Interessen des Reiches schädigt, muß sobald als möglich ein Ende gemacht werden; und es gibt nur zwei Mittel hierzu, entweder mein Rücktritt oder die Auflösung des Reichstags.“ Und die „Norddeutsche Allg. Zeitung“ bemerkte zu dem Bericht der beiden Abgeordneten über diese Äußerung Bismarcks, zu deren Veröffentlichung jene ermächtigt waren, am 31. März: Bismarcks „Hauptgedanke“ bei der Aussprache sei gewesen, „daß die Stärke und Stellung der Fortschrittspartei und des mit ihr gehenden Teils der Nationalliberalen die Lage unhaltbar machen“. Deshalb habe der Reichskanzler erklärt: „das einzige Mittel sei eine Berufung an die Wähler, und wenn das den Fehler nicht heile, so sei eine konstante Mehrheit, auf welche irgend eine Regierung sich stützen könne, überhaupt nicht möglich.“

Bekannt ist, wie der drohende Konflikt sich löste.*) Die Reichsboten hörten sofort aus der Erregung der nationalen Presse und daheim während der Osterferien von ihren Wählern ungefähr dasselbe, wie die beiden Abgeordneten am Krankenbette Bismarcks. Das Gesetz mußte unter allen Umständen gerettet werden. Rudolf v. Bennigsen fand die Formel der Verständigung. Er schlug die Be-

*) Eingehende Darstellung der ganzen Verwickelung und Lösung bei Blum, Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks, S. 130/37.

willigung der geforderten Präsenzziffer auf sieben Jahre vor, versicherte sich dafür der Einstimmigkeit seiner Partei und konnte nun Bismarck am Tage nach der entscheidenden Klubsitzung, am 9. April, persönlich an dessen Krankenbette eine zweifellose Mehrheit für den national-liberalen Kompromißvorschlag in Aussicht stellen. Fürst Bismarck gab seine Zustimmung und erlangte dann in langen Beratungen die Moltkes und Kamekes, die mit dem Kaiser vor dem Bette des Reichskanzlers versammelt waren, zuletzt auch die des Kaisers. Am 10. April sandte er die glückliche Botschaft durch den treuen Lothar Bucher an Bennigsen und dessen versammelte Parteigenossen. Sie wurde „mit beispiellosem Jubel" aufgenommen. Am 14. April gelangte der Kompromißantrag Bennigsens mit 224 gegen 116 Stimmen im Reichstag zur Annahme. Wie bereits bemerkt, fand der Schluß des Reichstags am 26. April statt.

Krank und belastet mit dieser großen nationalen Sorge, hatte Fürst Bismarck am 1. April seinen 59. Geburtstag gefeiert. Aber auch heller Sonnenschein drang in sein Krankenzimmer. Der Kaiser selbst erschien an diesem Tage vor seinem Bette. König Ludwig von Bayern sandte ein Glückwunschtelegramm: „Am heutigen Tage gedenke Ich Ihrer, Mein lieber Fürst, mit dem besonderen Wohlwollen, welches Ich stets für Sie im Herzen hege. Möge Ihnen der Frühling das Glück voller Gesundheit wiederbringen! Hierin gipfeln die innigen Glück- und Segenswünsche, welche Ich Ihnen zur Feier dieses Tages sende."*) Bismarck antwortete sofort: „Ew. Majestät haben durch huldreiches Gedenken des heutigen Tages und die so gnädigen Wünsche mich sehr beglückt. Genehmigen Allerhöchstdieselben den Ausdruck meines ehrfurchtsvollen Dankes und der Hoffnung, daß mit Gottes Beistand ich bald der Aufgabe zurückgegeben sein werde, für deren Erfüllung mir Ew. Majestät Gnade und Vertrauen unentbehrlich bleiben." — Am 14. April dankte der Fürst dann öffentlich für alle Beweise der Teilnahme während seiner Krankheit und alle Glückwünsche zu seinem Geburtstage.

*) Poschinger, Neue Bismarckbriefe, I, 115.

Am 3. Mai traf Kaiser Alexander von Rußland in Berlin ein und verweilte ebenso wie sein Minister Fürst Gortschakoff länger beim deutschen Reichskanzler, der noch immer nicht ausgehen konnte. Am 7. Mai erneute sich das alljährliche sog. „Mordständchen" des 2. Garderegiments z. F. vor dem Palais des Fürsten Bismarck — zum Andenken an den Mordversuch Cohens im Jahre 1866 — und am nämlichen Tage fand sich auch der Kaiser bei seinem leidlich erholten Reichskanzler ein. Am folgenden Tage machte Fürst Bismarck, wie erwähnt, seine erste Ausfahrt.

Nach Breslau hatte Fürst Bismarck in diesen Tagen für zwei ihm wohlthuende Kundgebungen seine Dankbarkeit zu richten. Am 20. Mai ein Schreiben an den Fabrikbesitzer Dr. Th. Schube: „Durch die mir von Ew. Wohlgeboren mitgeteilte Absicht, Ihrer Stiftung znr Unterstützung eines Studierenden den Namen „Bismarck-Stipendium" beizulegen, fühle ich mich sehr geehrt, und werde mich freuen, wenn das Unternehmen guten Fortgang findet." Und am 28. Mai ein Telegramm an die allgemeine deutsche Lehrerversammlung in Breslau, als Dank für deren Begrüßung: „Herzlichen Dank den treuen Kampfgenossen."

In unholdem Gegensatze zu diesen Regungen dankbarer Verehrung für den großen Staatsmann in weiten deutschen Volkskreisen, steht das Verhalten der verstimmten Konservativen alten Schlages. Sie hatten dem stetigen Wachsen des Konfliktes in der Militärfrage schadenfroh zugesehen, in der begehrlichen Hoffnung, bei einer Auflösung des Reichstags, statt ihrer jetzigen 22 Sitze Dutzende von neuen zu erobern und sich dann wieder als „die festeste Stütze von Thron und Altar" geltend und wert zu machen. Dem Kompromiß schauten sie mit scheelen Augen zu, aber immerhin schien das Gelingen des Gesetzes auf dieser Grundlage den sündhaften Gedanken in ihnen zu regen: „Nun, da die deutsche Wehrkraft für sieben Jahre unantastbar sichergestellt ist, kann vielleicht auch Bismarck eher verdrängt werden." Daß solche Gedanken bei ihnen nicht bloß im stillen Schrein des Herzens verschlossen wurden, erkennen wir aus einem Briefe des in seiner Grundanschauung wie be-

kannt ebenfalls streng konservativen Roon aus Rom vom 18. April 1874 an Blanckenburg.*) Da schreibt der verabschiedete Feldmarschall warnend: „Man dürfte Bismarck doch nur dann unmöglich machen oder ihm auch nur Schwierigkeiten bereiten, wenn man einen besseren Mann an seine Stelle zu bringen hätte. Aber wo ist ein solcher? Moltke? Schwerlich ginge er darauf ein. Manteuffel? Halte ich für ganz unmöglich, bitte mir die Gründe zu erlassen. — Wen sonst? Ich weiß es nicht, absolut nicht. Was man daher auch gegen Bismarck oder vielmehr gegen seine politischen Mittel einwenden mag: ich würde es immer für ein großes politisches Unglück halten, würde er jetzt durch Krankheit oder Kabalen zum Rücktritt gezwungen. Ich halte ihn so lange für unentbehrlich, bis ich einen besseren weiß, und ich weiß keinen. Die politischen Heißsporne, welche ihn stürzen möchten, wissen nicht, was sie wünschen. Was nachher käme, wäre das Chaos (nach menschlichem Ermessen), und jeder Remplaçant würde gleichfalls Fehler machen und mißfällig werden und die Fehler aus Unfähigkeit sind schlimmer als die anderen!"

Zu diesen verbissenen konservativen „Heißspornen", die durch „Kabalen" auf Bismarcks „erzwungenen Rücktritt" hinarbeiteten, gehörte aber vor allen Einer, dessen Seele zugleich ganz erfüllt war von Haß und Rachgier gegen den mächtigen Staatsmann, durch den dieser Eine sich mit Unrecht herabgeschleudert glaubte von den hohen sichern Bahnen seines Ehrgeizes. Ja, dieser Eine hatte auch an sich selbst mehr als alle notwendigen Eigenschaften entdeckt, um selbst Reichskanzler zu werden und die deutsche Politik wesentlich besser zu führen, als der unfähige Bismarck. Dieser Eine und Unvergleichliche war der Graf Harry von Arnim. Noch während Fürst Bismarck von den schweren Sorgen um die Militärvorlage und die eigene Gesundheit gequält wurde, hatte der Graf die ersten Rachehandlungen vollzogen. Diese „Kabalen", und noch mehr die Unterstützung und Begönnerung derselben durch zahlreiche Konservative und selbst durch einflußreiche Hofkreise, füllen mit die häß-

*) Roon, Denkwürdigkeiten, II, 631.

lichsten Blätter unserer neuesten deutschen Geschichte. Freilich aber verdarb Arnims leidenschaftlicher Haß und seine maßlose Eitelkeit den feinen Plan, ihn als „besseren Mann" auf den Posten des Reichskanzlers zu erheben, schon lange, ehe dieser Plan zur Ausführung reif war.

Der Graf befand sich noch in Paris, zur Abwickelung der letzten dortigen Botschaftergeschäfte — er verließ Paris erst am 24. April 1874 —, als am 2. April in der „Presse" in Wien „diplomatische Enthüllungen" erschienen, die nur von ihm veranlaßt sein konnten. Ein geheimer amtlicher Bericht Arnims aus dem Jahr 1870 über das vatikanische Konzil und zwei Briefe des Grafen an den Bischof Hefele und dem Stiftsprobst v. Döllinger gelangten hier zur Mitteilung. Den Zweck dieser Veröffentlichung enthüllte wenige Tage später, gleichfalls offenbar aus Arnim'scher Quelle, die „Schlesische Zeitung" in den Worten: die Wiener Enthüllungen gäben „in überraschender Weise von dem weiten Blicke Zeugnis, mit welchem Preußens damaliger Vertreter bei der Kurie die Folgen der vatikanischen Beschlüsse vorausgesehen habe." „Zur besseren Würdigung dieses weiten Blickes" veröffentlichte darauf die „Nordd. Allg. Ztg." am 13. April den ganzen amtlichen Schriftwechsel zwischen Bismarck und Arnim über das Konzil, der von uns s. Z. (Bd. IV, S. 214/221) mitgeteilt wurde. Diese „Enthüllungen" Bismarcks waren natürlich dem Grafen höchst unbequem, und deshalb druckte die Arnim-Presse am 21. April ein neues Schreiben des Grafen an Döllinger ab, dessen Inhalt das Eigenlob „weiten Blickes" weniger geruchvoll machen sollte. Aber da auch dieser Zug mißlang, so brachte die „Spenersche Zeitung" am 4. Mai, abermals zweifellos aus Arnim'scher Offenbarung, ein Schreiben, in welchem die von Bismarck befohlene Veröffentlichung des Arnim'schen Berichtes vom 14. Mai 1869, welcher den thörichten Vorschlag der Einsetzung preußischer Oratores beim Konzil enthielt (s. o. Bd. IV, S. 215), frech „als im Widerspruch mit den Traditionen nicht nur der preußischen, sondern jeder Diplomatie" bezeichnete.

Nun erließ der Vertreter Bismarcks, v. Bülow, am 5. Mai

auf Allerhöchsten Befehl die Aufforderung an den Grafen, auf seinen Amtseid sich darüber zu erklären, ob diese Veröffentlichungen direkt oder indirekt von ihm verfaßt seien oder ob er vor ihrem Erscheinen Kenntnis davon gehabt habe. Nach einigem Zögern und einer erneuten Aufforderung Bülows vom 10. Mai, leugnete Arnim am 11. Mai dreist. In seiner späteren Schrift „Pro Nihilo" gestand er dagegen unbeschämt zu, mindestens die Veröffentlichung in der „Presse" vom 2. April selbst veranlaßt zu haben. Am 14. Mai wiederholte der Graf auf seinen Amtseid die Unwahrheit vom 11., und darauf wurde er ohne weiteres in Ruhestand versetzt. Schärfer, d. h. kriminell, konnte man nach der damaligen deutschen Gesetzgebung dieses Verhalten nicht ahnden.*)

Aber Graf Arnim sorgte auch dafür, sich sogar nach damaligem Recht dem Strafrichter in die Arme zu liefern. Denn als Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst am 24. April 1874 sein neues Amt als deutscher Botschafter in Paris antrat, vermißte er etwa sechzig zum Archiv der Botschaft gehörige Schriftstücke. Graf Arnim hatte sie, wie er zugestand, von Paris zuerst nach Berlin, dann nach Karlsbad mit sich genommen. Auf wiederholte Aufforderungen sandte er diejenigen, die seine Gespräche mit dem Präsidenten Thiers betrafen, von Karlsbad nach Berlin ein. Alle übrigen aber, den gesamten oben S. 127 flg. mitgeteilten amtlichen Schriftwechsel mit dem Reichskanzler, behielt er an sich. Er weigerte sich, dem Auswärtigen Amt überhaupt darüber Rede zu stehen. Denn nach seiner Versetzung in den Ruhestand habe ihm dieses überhaupt nichts mehr zu befehlen, nur der Kaiser. Er betrachte alle mitgenommenen Schriftstücke als sein Privateigentum, das er „zu seiner Verteidigung" gegen die ungerechten Anschuldigungen des Reichskanzlers brauche. Später nannte er die entwendete Sammlung auch elegisch „seine Konfliktsakten" und sentimental „das Grab einer lang gehegten und gepflegten innigen Freundschaft".

Das Auswärtige Amt unter Bismarcks Leitung folgte weniger

*) Das Nähere über diesen Konflikt bei Blum, Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks, S. 234/239.

sentimentalen Anwandlungen. Am 2. November 1874 stellte es beim Staatsanwalt den Antrag auf strafrechtliche Verfolgung des Grafen Arnim wegen Urkundenunterschlagung im Amte (§ 348 des Reichsstrafgesetzbuchs). Am 4. November fand eine Durchsuchung der Wohnung des Grafen auf seinem Gute Nassenheide bei Stettin und seine persönliche Verhaftung statt. Die Urkunden wurden nicht gefunden. Nach wechselvollen Angaben beharrte der Angeklagte schließlich dabei, sie ins Ausland geschafft zu haben. Der Prozeß machte ungeheures Aufsehen. Alle Bismarckfeinde der Welt, namentlich auch der alte Ritter v. Schmerling in Wien, waren einig darüber, daß Arnim das unschuldige Opfer des Neides, der Eifersucht und der Bosheit Bismarcks sei. Der Groll und die Trauer der konservativen Mißvergnügten, über diesen Prozeß, der ihren Zukunftskandidaten für das Amt des Reichskanzlers ruhmlos verdarb, tönt selbst aus einem Briefe Roons dieser Tage wieder: „Harry Arnim sitzt vor seinen Richtern!" Hier beim Berliner Stadtgericht ging es dem Sünder aber überaus wohl. Denn dieses Gericht vermochte nicht einzusehen, daß diplomatische Aktenstücke „Urkunden" seien. Es verurteilte den Angeklagten lediglich aus § 133, Ziffer 1 des Strafgesetzbuchs (wegen Beseitigung anvertrauter Gegenstände, und zwar nur der 13 kirchenpolitischen Berichte, nicht wegen der übrigen 46) zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe, auf die noch ein Monat Untersuchungshaft angerechnet wurde. Der Staatsanwalt hatte 2½ Jahre Gefängnis beantragt. Das Kammergericht dagegen erkannte am 16. Juni 1875 in zweiter Instanz die Urkunden-Eigenschaft der beseitigten Schriftstücke durchweg an und verurteilte den Grafen daher aus § 348 des Strafgesetzbuchs zu neun Monaten Gefängnis. Das Obertribunal bestätigte am 20. Oktober 1875 dieses Urteil, unter Verwerfung der Nichtigkeitsbeschwerde Arnims. Der Reichsdisziplinarhof erkannte am 27. April 1876 demgemäß auf Dienstentlassung des Grafen. Der Verurteilte selbst hatte sich und seinen Bismarck-Haß längst vor diesem mißlichen Ausgang ins Ausland gerettet, und schritt hier, wie wir in der Folge sehen werden, zu neuen, noch schwereren Verbrechen.

Wir sind bei Verfolg dieses Konfliktes der Zeitspanne dieses Kapitels weit vorausgeeilt und nehmen nun den Faden der persönlichen Erlebnisse unseres Helden am Beginne dieses Konfliktes, im Mai 1874, wieder auf. Wir sahen den Reichstag und Landtag geschlossen. So durfte sich denn der von seiner Krankheit glücklich Genesene nun auch Ruhe und Erholung gönnen. Am 29. Mai statteten noch der Kaiser und der Kronprinz dem Fürsten Besuche ab, zwei Tage darauf, am 31., reiste er nach Varzin ab. Hier durfte er, wie Goethe sagt, „ganz Mensch" sein und wollte es auch sein. Wir erwähnen aus den vier Wochen seines dortigen Aufenthaltes nur zwei Kundgebungen. Auf der parlamentarischen Landtags-Soiree am 4. Februar hatte Bismarck den Abgeordneten für Nordhausen, Rittergutsbesitzer Mühlenbeck, gefragt,*) ob Nordhausen noch seinen berühmten Kornbranntwein herstelle, bezw. noch von früher auf Lager habe. Er sei gesonnen, bei Stiftung von Fideikommissen neben anderen wertvollen Stücken auch dieses Getränk zum Genusse für spätere Generationen in den Keller zu legen. Die Brennereibesitzer von Nordhausen gaben sich infolge dessen die Ehre, zwei Faß vom besten Nordhäuser Kornbranntwein als Geschenk zu übersenden. Ihnen dankte der Fürst im Juni 1874 verbindlichst, indem er aussprach: „Ich werde der Bestimmung der Herren Geber gemäß, welche meinem eigenen Wunsche entgegenkommt, das altberühmte Produkt Nordhausens fideikommissarisch auf die Enkel vererben, damit der wohlverdiente Ruf dieses heimischen Getränkes auch bei den späteren Geschlechtern erhalten und anerkannt bleibe." — Seinem alten Erzieher, dem Direktor des Gymnasiums zum Grauen Kloster in Berlin, Dr. Bonnell, aber dankte der Fürst am 30. Juni für die Einladung und die übersandten Festschriften mit dem „Wunsche, daß das Graue Kloster, treu seiner dreihundertjährigen Vergangenheit, auch fernerhin unter der Fürsorge unserer Fürsten und der Bürgerschaft Berlins fortfahren werde, eine hervorragende Pflanzstätte wissenschaftlicher Bildung und patriotischer Gesinnung zu sein."

Am 8. Juni kam Graf Wendt zu Eulenburg nach Varzin,

*) Poschinger, Neue Bismarckbriefe, I, 119/122.

welchen ihre Wähler wünschen, daß sie die deutsche Reichspolitik stützen, daß sie mir gegen unsere gemeinsamen Feinde beistehen, diese Herren glauben sich dieser Aufgabe stets dann entziehen zu dürfen, wenn sie dadurch scheinbar in Widerspruch geraten mit irgend einem Wort, das sie an einem anderen Orte, zu anderer Zeit und unter ganz anderen Umständen gesprochen haben. Ich kann mir diese Dinge nicht gefallen lassen. Ich kann meinen europäischen Ruf nicht opfern. Ich werde, sobald ich wieder im stande bin, die Feder zu führen, meinen Abschied erbitten. Ich habe an anderen Orten, z. B. auch im Bundesrat, schon Schwierigkeiten genug zu überwinden; spöttelnd sagte man mir, unter Hinweis auf das Verhalten einzelner Liberalen und der Fortschrittspartei im Reichstag: ‚Das also sind die Männer, auf die Sie sich stützen!' Einer solchen Lage der Dinge, welche die höchsten Interessen des Reiches schädigt, muß sobald als möglich ein Ende gemacht werden; und es gibt nur zwei Mittel hierzu, entweder mein Rücktritt oder die Auflösung des Reichstags." Und die „Norddeutsche Allg. Zeitung" bemerkte zu dem Bericht der beiden Abgeordneten über diese Äußerung Bismarcks, zu deren Veröffentlichung jene ermächtigt waren, am 31. März: Bismarcks „Hauptgedanke" bei der Aussprache sei gewesen, „daß die Stärke und Stellung der Fortschrittspartei und des mit ihr gehenden Teils der Nationalliberalen die Lage unhaltbar machen". Deshalb habe der Reichskanzler erklärt: „das einzige Mittel sei eine Berufung an die Wähler, und wenn das den Fehler nicht heile, so sei eine konstante Mehrheit, auf welche irgend eine Regierung sich stützen könne, überhaupt nicht möglich."

Bekannt ist, wie der drohende Konflikt sich löste.*) Die Reichsboten hörten sofort aus der Erregung der nationalen Presse und daheim während der Osterferien von ihren Wählern ungefähr dasselbe, wie die beiden Abgeordneten am Krankenbette Bismarcks. Das Gesetz mußte unter allen Umständen gerettet werden. Rudolf v. Bennigsen fand die Formel der Verständigung. Er schlug die Be-

*) Eingehende Darstellung der ganzen Verwickelung und Lösung bei Blum, Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks, S. 130/37.

willigung der geforderten Präsenzziffer auf sieben Jahre vor, versicherte sich dafür der Einstimmigkeit seiner Partei und konnte nun Bismarck am Tage nach der entscheidenden Klubsitzung, am 9. April, persönlich an dessen Krankenbette eine zweifellose Mehrheit für den nationalliberalen Kompromißvorschlag in Aussicht stellen. Fürst Bismarck gab seine Zustimmung und erlangte dann in langen Beratungen die Moltkes und Kamekes, die mit dem Kaiser vor dem Bette des Reichskanzlers versammelt waren, zuletzt auch die des Kaisers. Am 10. April sandte er die glückliche Botschaft durch den treuen Lothar Bucher an Bennigsen und dessen versammelte Parteigenossen. Sie wurde „mit beispiellosem Jubel" aufgenommen. Am 14. April gelangte der Kompromißantrag Bennigsens mit 224 gegen 116 Stimmen im Reichstag zur Annahme. Wie bereits bemerkt, fand der Schluß des Reichstags am 26. April statt.

Krank und belastet mit dieser großen nationalen Sorge, hatte Fürst Bismarck am 1. April seinen 59. Geburtstag gefeiert. Aber auch heller Sonnenschein drang in sein Krankenzimmer. Der Kaiser selbst erschien an diesem Tage vor seinem Bette. König Ludwig von Bayern sandte ein Glückwunschtelegramm: „Am heutigen Tage gedenke Ich Ihrer, Mein lieber Fürst, mit dem besonderen Wohlwollen, welches Ich stets für Sie im Herzen hege. Möge Ihnen der Frühling das Glück voller Gesundheit wiederbringen! Hierin gipfeln die innigen Glück- und Segenswünsche, welche Ich Ihnen zur Feier dieses Tages sende."*) Bismarck antwortete sofort: „Ew. Majestät haben durch huldreiches Gedenken des heutigen Tages und die so gnädigen Wünsche mich sehr beglückt. Genehmigen Allerhöchstdieselben den Ausdruck meines ehrfurchtsvollen Dankes und der Hoffnung, daß mit Gottes Beistand ich bald der Aufgabe zurückgegeben sein werde, für deren Erfüllung mir Ew. Majestät Gnade und Vertrauen unentbehrlich bleiben." — Am 14. April dankte der Fürst dann öffentlich für alle Beweise der Teilnahme während seiner Krankheit und alle Glückwünsche zu seinem Geburtstage.

*) Poschinger, Neue Bismarckbriefe, I, 115.

Am 3. Mai traf Kaiser Alexander von Rußland in Berlin ein und verweilte ebenso wie sein Minister Fürst Gortschakoff länger beim deutschen Reichskanzler, der noch immer nicht ausgehen konnte. Am 7. Mai erneute sich das alljährliche sog. „Mordständchen" des 2. Garderegiments z. F. vor dem Palais des Fürsten Bismarck — zum Andenken an den Mordversuch Cohens im Jahre 1866 — und am nämlichen Tage fand sich auch der Kaiser bei seinem leidlich erholten Reichskanzler ein. Am folgenden Tage machte Fürst Bismarck, wie erwähnt, seine erste Ausfahrt.

Nach Breslau hatte Fürst Bismarck in diesen Tagen für zwei ihm wohlthuende Kundgebungen seine Dankbarkeit zu richten. Am 20. Mai ein Schreiben an den Fabrikbesitzer Dr. Th. Schube: „Durch die mir von Ew. Wohlgeboren mitgeteilte Absicht, Ihrer Stiftung znr Unterstützung eines Studierenden den Namen „Bismarck-Stipendium" beizulegen, fühle ich mich sehr geehrt, und werde mich freuen, wenn das Unternehmen guten Fortgang findet." Und am 28. Mai ein Telegramm an die allgemeine deutsche Lehrerversammlung in Breslau, als Dank für deren Begrüßung: „Herzlichen Dank den treuen Kampfgenossen."

In unholdem Gegensatze zu diesen Regungen dankbarer Verehrung für den großen Staatsmann in weiten deutschen Volkskreisen, steht das Verhalten der verstimmten Konservativen alten Schlages. Sie hatten dem stetigen Wachsen des Konfliktes in der Militärfrage schadenfroh zugesehen, in der begehrlichen Hoffnung, bei einer Auflösung des Reichstags, statt ihrer jetzigen 22 Sitze Dutzende von neuen zu erobern und sich dann wieder als „die festeste Stütze von Thron und Altar" geltend und wert zu machen. Dem Kompromiß schauten sie mit scheelen Augen zu, aber immerhin schien das Gelingen des Gesetzes auf dieser Grundlage den sündhaften Gedanken in ihnen zu regen: „Nun, da die deutsche Wehrkraft für sieben Jahre unantastbar sichergestellt ist, kann vielleicht auch Bismarck eher verdrängt werden." Daß solche Gedanken bei ihnen nicht bloß im stillen Schrein des Herzens verschlossen wurden, erkennen wir aus einem Briefe des in seiner Grundanschauung wie be-

kannt ebenfalls streng konservativen Roon aus Rom vom 18. April 1874 an Blanckenburg.*) Da schreibt der verabschiedete Feldmarschall warnend: „Man dürfte Bismarck doch nur dann unmöglich machen oder ihm auch nur Schwierigkeiten bereiten, wenn man einen besseren Mann an seine Stelle zu bringen hätte. Aber wo ist ein solcher? Moltke? Schwerlich ginge er darauf ein. Manteuffel? Halte ich für ganz unmöglich, bitte mir die Gründe zu erlassen. — Wen sonst? Ich weiß es nicht, absolut nicht. Was man daher auch gegen Bismarck oder vielmehr gegen seine politischen Mittel einwenden mag: ich würde es immer für ein großes politisches Unglück halten, würde er jetzt durch Krankheit oder Kabalen zum Rücktritt gezwungen. Ich halte ihn so lange für unentbehrlich, bis ich einen besseren weiß, und ich weiß keinen. Die politischen Heißsporne, welche ihn stürzen möchten, wissen nicht, was sie wünschen. Was nachher käme, wäre das Chaos (nach menschlichem Ermessen), und jeder Remplaçant würde gleichfalls Fehler machen und mißfällig werden und die Fehler aus Unfähigkeit sind schlimmer als die anderen!"

Zu diesen verbissenen konservativen „Heißspornen", die durch „Kabalen" auf Bismarcks „erzwungenen Rücktritt" hinarbeiteten, gehörte aber vor allen Einer, dessen Seele zugleich ganz erfüllt war von Haß und Rachgier gegen den mächtigen Staatsmann, durch den dieser Eine sich mit Unrecht herabgeschleudert glaubte von den hohen sichern Bahnen seines Ehrgeizes. Ja, dieser Eine hatte auch an sich selbst mehr als alle notwendigen Eigenschaften entdeckt, um selbst Reichskanzler zu werden und die deutsche Politik wesentlich besser zu führen, als der unfähige Bismarck. Dieser Eine und Unvergleichliche war der Graf Harry von Arnim. Noch während Fürst Bismarck von den schweren Sorgen um die Militärvorlage und die eigene Gesundheit gequält wurde, hatte der Graf die ersten Rachehandlungen vollzogen. Diese „Kabalen", und noch mehr die Unterstützung und Begönnerung derselben durch zahlreiche Konservative und selbst durch einflußreiche Hofkreise, füllen mit die häß-

*) Roon, Denkwürdigkeiten, II, 631.

lichsten Blätter unserer neuesten deutschen Geschichte. Freilich aber verdarb Arnims leidenschaftlicher Haß und seine maßlose Eitelkeit den feinen Plan, ihn als „besseren Mann“ auf den Posten des Reichskanzlers zu erheben, schon lange, ehe dieser Plan zur Ausführung reif war.

Der Graf befand sich noch in Paris, zur Abwickelung der letzten dortigen Botschaftergeschäfte — er verließ Paris erst am 24. April 1874 —, als am 2. April in der „Presse“ in Wien „diplomatische Enthüllungen“ erschienen, die nur von ihm veranlaßt sein konnten. Ein geheimer amtlicher Bericht Arnims aus dem Jahr 1870 über das vatikanische Konzil und zwei Briefe des Grafen an den Bischof Hefele und dem Stiftsprobst v. Döllinger gelangten hier zur Mitteilung. Den Zweck dieser Veröffentlichung enthüllte wenige Tage später, gleichfalls offenbar aus Arnim'scher Quelle, die „Schlesische Zeitung“ in den Worten: die Wiener Enthüllungen gäben „in überraschender Weise von dem weiten Blicke Zeugnis, mit welchem Preußens damaliger Vertreter bei der Kurie die Folgen der vatikanischen Beschlüsse vorausgesehen habe.“ „Zur besseren Würdigung dieses weiten Blickes“ veröffentlichte darauf die „Nordd. Allg. Ztg.“ am 13. April den ganzen amtlichen Schriftwechsel zwischen Bismarck und Arnim über das Konzil, der von uns s. Z. (Bd. IV, S. 214/221) mitgeteilt wurde. Diese „Enthüllungen“ Bismarcks waren natürlich dem Grafen höchst unbequem, und deshalb druckte die Arnim-Presse am 21. April ein neues Schreiben des Grafen an Döllinger ab, dessen Inhalt das Eigenlob „weiten Blickes“ weniger geruchvoll machen sollte. Aber da auch dieser Zug mißlang, so brachte die „Spenersche Zeitung“ am 4. Mai, abermals zweifellos aus Arnim'scher Offenbarung, ein Schreiben, in welchem die von Bismarck befohlene Veröffentlichung des Arnim'schen Berichtes vom 14. Mai 1869, welcher den thörichten Vorschlag der Einsetzung preußischer Oratores beim Konzil enthielt (s. o. Bd. IV, S. 215), frech „als im Widerspruch mit den Traditionen nicht nur der preußischen, sondern jeder Diplomatie“ bezeichnete.

Nun erließ der Vertreter Bismarcks, v. Bülow, am 5. Mai

auf Allerhöchsten Befehl die Aufforderung an den Grafen, auf seinen Amtseid sich darüber zu erklären, ob diese Veröffentlichungen direkt oder indirekt von ihm verfaßt seien oder ob er vor ihrem Erscheinen Kenntnis davon gehabt habe. Nach einigem Zögern und einer erneuten Aufforderung Bülows vom 10. Mai, leugnete Arnim am 11. Mai dreist. In seiner späteren Schrift „Pro Nihilo“ gestand er dagegen unbeschämt zu, mindestens die Veröffentlichung in der „Presse“ vom 2. April selbst veranlaßt zu haben. Am 14. Mai wiederholte der Graf auf seinen Amtseid die Unwahrheit vom 11., und darauf wurde er ohne weiteres in Ruhestand versetzt. Schärfer, d. h. kriminell, konnte man nach der damaligen deutschen Gesetzgebung dieses Verhalten nicht ahnden.*)

Aber Graf Arnim sorgte auch dafür, sich sogar nach damaligem Recht dem Strafrichter in die Arme zu liefern. Denn als Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst am 24. April 1874 sein neues Amt als deutscher Botschafter in Paris antrat, vermißte er etwa sechzig zum Archiv der Botschaft gehörige Schriftstücke. Graf Arnim hatte sie, wie er zugestand, von Paris zuerst nach Berlin, dann nach Karlsbad mit sich genommen. Auf wiederholte Aufforderungen sandte er diejenigen, die seine Gespräche mit dem Präsidenten Thiers betrafen, von Karlsbad nach Berlin ein. Alle übrigen aber, den gesamten oben S. 127 flg. mitgeteilten amtlichen Schriftwechsel mit dem Reichskanzler, behielt er an sich. Er weigerte sich, dem Auswärtigen Amt überhaupt darüber Rede zu stehen. Denn nach seiner Versetzung in den Ruhestand habe ihm dieses überhaupt nichts mehr zu befehlen, nur der Kaiser. Er betrachte alle mitgenommenen Schriftstücke als sein Privateigentum, das er „zu seiner Verteidigung“ gegen die ungerechten Anschuldigungen des Reichskanzlers brauche. Später nannte er die entwendete Sammlung auch elegisch „seine Konfliktsakten“ und sentimental „das Grab einer lang gehegten und gepflegten innigen Freundschaft“.

Das Auswärtige Amt unter Bismarcks Leitung folgte weniger

*) Das Nähere über diesen Konflikt bei Blum, Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks, S. 234/239.

sentimentalen Anwandlungen. Am 2. November 1874 stellte es beim Staatsanwalt den Antrag auf strafrechtliche Verfolgung des Grafen Arnim wegen Urkundenunterschlagung im Amte (§ 348 des Reichsstrafgesetzbuchs). Am 4. November fand eine Durchsuchung der Wohnung des Grafen auf seinem Gute Nassenheide bei Stettin und seine persönliche Verhaftung statt. Die Urkunden wurden nicht gefunden. Nach wechselvollen Angaben beharrte der Angeklagte schließlich dabei, sie ins Ausland geschafft zu haben. Der Prozeß machte ungeheures Aufsehen. Alle Bismarckfeinde der Welt, namentlich auch der alte Ritter v. Schmerling in Wien, waren einig darüber, daß Arnim das unschuldige Opfer des Neides, der Eifersucht und der Bosheit Bismarcks sei. Der Groll und die Trauer der konservativen Mißvergnügten, über diesen Prozeß, der ihren Zukunftskandidaten für das Amt des Reichskanzlers ruhmlos verdarb, tönt selbst aus einem Briefe Roons dieser Tage wieder: „Harry Arnim sitzt vor seinen Richtern!" Hier beim Berliner Stadtgericht ging es dem Sünder aber überaus wohl. Denn dieses Gericht vermochte nicht einzusehen, daß diplomatische Aktenstücke „Urkunden" seien. Es verurteilte den Angeklagten lediglich aus § 133, Ziffer 1 des Strafgesetzbuchs (wegen Beseitigung anvertrauter Gegenstände, und zwar nur der 13 kirchenpolitischen Berichte, nicht wegen der übrigen 46) zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe, auf die noch ein Monat Untersuchungshaft angerechnet wurde. Der Staatsanwalt hatte 2½ Jahre Gefängnis beantragt. Das Kammergericht dagegen erkannte am 16. Juni 1875 in zweiter Instanz die Urkunden-Eigenschaft der beseitigten Schriftstücke durchweg an und verurteilte den Grafen daher aus § 348 des Strafgesetzbuchs zu neun Monaten Gefängnis. Das Obertribunal bestätigte am 20. Oktober 1875 dieses Urteil, unter Verwerfung der Nichtigkeitsbeschwerde Arnims. Der Reichsdisziplinarhof erkannte am 27. April 1876 demgemäß auf Dienstentlassung des Grafen. Der Verurteilte selbst hatte sich und seinen Bismarck-Haß längst vor diesem mißlichen Ausgang ins Ausland gerettet, und schritt hier, wie wir in der Folge sehen werden, zu neuen, noch schwereren Verbrechen.

Wir sind bei Verfolg dieses Konfliktes der Zeitspanne dieses Kapitels weit vorausgeeilt und nehmen nun den Faden der persönlichen Erlebnisse unseres Helden am Beginne dieses Konfliktes, im Mai 1874, wieder auf. Wir sahen den Reichstag und Landtag geschlossen. So durfte sich denn der von seiner Krankheit glücklich Genesene nun auch Ruhe und Erholung gönnen. Am 29. Mai statteten noch der Kaiser und der Kronprinz dem Fürsten Besuche ab, zwei Tage darauf, am 31., reiste er nach Varzin ab. Hier durfte er, wie Goethe sagt, „ganz Mensch" sein und wollte es auch sein. Wir erwähnen aus den vier Wochen seines dortigen Aufenthaltes nur zwei Kundgebungen. Auf der parlamentarischen Landtags-Soiree am 4. Februar hatte Bismarck den Abgeordneten für Nordhausen, Rittergutsbesitzer Mühlenbeck, gefragt,*) ob Nordhausen noch seinen berühmten Kornbranntwein herstelle, bezw. noch von früher auf Lager habe. Er sei gesonnen, bei Stiftung von Fideikommissen neben anderen wertvollen Stücken auch dieses Getränk zum Genusse für spätere Generationen in den Keller zu legen. Die Brennereibesitzer von Nordhausen gaben sich infolge dessen die Ehre, zwei Faß vom besten Nordhäuser Kornbranntwein als Geschenk zu übersenden. Ihnen dankte der Fürst im Juni 1874 verbindlichst, indem er aussprach: „Ich werde der Bestimmung der Herren Geber gemäß, welche meinem eigenen Wunsche entgegenkommt, das altberühmte Produkt Nordhausens fideikommissarisch auf die Enkel vererben, damit der wohlverdiente Ruf dieses heimischen Getränkes auch bei den späteren Geschlechtern erhalten und anerkannt bleibe." — Seinem alten Erzieher, dem Direktor des Gymnasiums zum Grauen Kloster in Berlin, Dr. Bonnell, aber dankte der Fürst am 30. Juni für die Einladung und die übersandten Festschriften mit dem „Wunsche, daß das Graue Kloster, treu seiner dreihundertjährigen Vergangenheit, auch fernerhin unter der Fürsorge unserer Fürsten und der Bürgerschaft Berlins fortfahren werde, eine hervorragende Pflanzstätte wissenschaftlicher Bildung und patriotischer Gesinnung zu sein."

Am 8. Juni kam Graf Wendt zu Eulenburg nach Varzin,

*) Poschinger, Neue Bismarckbriefe, I, 119/122.

der, bisher Gerichtsassessor, dem Reichskanzler auf längere Zeit zur persönlichen Dienstleistung attachiert worden war. Der junge Graf faßte alsbald eine Herzensneigung zu Bismarcks einziger Tochter Maria, mit der er sich ein Jahr später, im September 1875, verlobte.

Fürst Bismarck rüstete sich in den letzten Junitagen zum Antritt der ihm von den Ärzten verordneten Badekur in Kissingen. Auf der Reise dahin berührte er mit Gemahlin und Tochter am 1. Juli Berlin. Hier empfing er tags darauf eine Deputation, die ihm den Ehrenbürgerbrief der Stadt Chemnitz überreichte, und am Abend brachte ihm die Kapelle des kgl. sächsischen Schützenregiments Prinz Georg Nr. 108 eine Serenade dar, wobei sich der Fürst aufs leutseligste mit den Mitgliedern der Kapelle unterhielt. Am 3. Juli 1874 traf Fürst Bismarck mit Gemahlin und Tochter in Kissingen ein.

Der Verfasser ist in der glücklichen Lage, über diesen ersten Aufenthalt des Fürsten in Kissingen, der durch Kullmanns Mordattentat eine besondere Berühmtheit erlangte, eigenhändigen Aufzeichnungen seines damaligen Arztes, des Herrn Geheimen Hofrates Dr. Oskar Diruf sen., folgen zu können. Dieser schreibt: „Meine persönliche Bekanntschaft mit dem Fürsten Bismarck datiert vom 4. Juli 1874. Am Abend dieses Tages ließ er mich zur ersten ärztlichen Beratung nach seiner Wohnung rufen. Die beabsichtigte Kissinger Trink- und Badekur war damals für den Fürsten eine sehr dringend notwendige, da sein durch andauernde starke geistige Arbeit, Anstrengung und Gemütsaufregungen im Berufe sehr in Anspruch genommenes Nervensystem einer gründlichen Erholung bedurfte und zu der allgemein bekannten, schon länger bestehenden Neigung zu sehr schmerzhaften neuralgischen Affektionen neuerdings noch weitere lästige funktionelle Störungen der Gesundheit hinzugetreten waren. Schon einige Tage vorher hatte der älteste Sohn des Fürsten, Graf Herbert Bismarck, die Wohnung für die Seinigen ausgewählt. Sie war sehr bequem und schön gelegen und befand sich in dem damals nur aus Hochparterre und erstem Stock bestehenden Hause meines Neffen Sanitätsrat Dr. Ed-

mund Diruf auf dem rechten Saaleufer in der oberen Saalestraße, welche in den jüngsten Jahren den Namen Bismarckstraße erhielt. Dort ist die Straße nur auf einer Seite mit Privathäusern und Hotels bebaut. Die Straßenfront des betreffenden Hauses hat freie Aussicht nach Osten, Nordosten und Südosten auf die Saale, auf die grünen Wiesenflächen zu beiden Seiten des Flusses, den ganzen östlichen Stadtteil und die sich hinter demselben erhebenden, meist von Waldungen gekrönten Bergrücken. An die Westseite des Hauses schließt sich ein ziemlich geräumiger, englisch angelegter, von schönen Bäumen beschatteter Garten mit fahrbarem Hofraum.

„Der Fürst befand sich in den ersten Tagen seines Kissinger Aufenthaltes, gleich seiner Familie, ziemlich behaglich und befriedigt. Nur fiel ihm das allzu lebhafte Verlangen des Publikums, den berühmtesten Mann des Jahrhunderts möglichst nahe zu sehen, sichtlich lästig, zumal da Einzelne die schuldige Rücksicht auf den leidenden Zustand des Fürsten, der in diesem Kurorte vor allem Ruhe und Erholung erwartet hatte, nur allzu sehr außer acht ließen. Bei jedem Ausgange zu Fuße umdrängte von allen Seiten eine große Schar Neugieriger jeden Alters, Standes und Geschlechtes den Fürsten so nahe, daß er sich mitunter nur mit Mühe vorwärts bewegen konnte, und zwar nicht bloß in den Straßen der Stadt; denn ein Häuflein der unverzagtesten Neugierigen verfolgte ihn oft auch bis ins Freie außerhalb der Stadt. Besonders in den üblichen Trinkstunden war an den Quellen im Kurgarten beim Erscheinen des Fürsten das Gedränge um ihn beinahe ein gefährliches, so daß ich schon am vierten Tage der Kur mich veranlaßt sah, aus Rücksicht für die Gesundheit des Patienten demselben pflichtgemäß zu raten, den Morgentrank von der Quelle direkt nach Hause holen zu lassen und sich dabei im stillen Hausgarten zu ergehen, dessen hinteres Pförtchen zugleich einen der Beobachtung entzogenen Ausgang in den überall nahen Wald mit seinen zahlreichen, um diese Zeit einsamen Spazierwegen gestattete. Dieser Rat wurde sehr gerne befolgt. Die für mich abfallenden Klagen und Vorwürfe des Publikums, besonders nachdem auch die Presse mir allein das spar-

same Erscheinen des Fürsten in der Öffentlichkeit aufs Kerbholz geschnitten hatte, konnte ich ruhig hinnehmen. Die später vom kgl. Bad-Kommissariate und dem Stadtmagistrate gemeinschaftlich in der Kissinger Saale-Zeitung erlassene Bekanntmachung des dringendsten Wunsches, den Fürsten bei seinem öffentlichen Erscheinen nicht mehr zu belästigen, hatte noch weiteren Erfolg. So konnte der Fürst seine Kur — abgesehen von der vorübergehenden Störung durch das Attentat am Montage, den 13. Juli — doch mit sichtlichem Vorteil für seine Gesundheit gebrauchen.

„An diesem 13. Juli kurz vor 1 Uhr, unmittelbar vor der Ausfahrtszeit des Fürsten nach seinem auf der königlichen Saline zu nehmenden Bade, befand ich mich in einer ärztlichen Unterredung mit dem Fürsten in dessen Arbeitszimmer im ersten Stockwerke des früher beschriebenen Hauses, als der Kammerdiener mit den Worten eintrat: ‚Durchlaucht, der Wagen ist vorgefahren.‘ Ich wollte mich entfernen, der Fürst aber sagte mir: ‚Bleiben Sie doch noch, und gehen Sie zu meiner Tochter, die Sie in ihrem Zimmer erwartet und auch zu sprechen wünscht.‘ Ich ging daher in das Zimmer der Komtesse Marie, nahm Platz und begann das Gespräch, während der Fürst an der Rückseite des Hauses den im Hofraum wartenden Wagen, eine offene Kalesche, bestieg. Diese bog sodann um die nordöstliche Ecke des Hauses und nahm an dessen Straßenseite den Weg gegen die Brücke hin. Wie stets zur Ausfahrtzeit des Fürsten, hatte sich eine große Menschenmenge versammelt, durch deren Reihen der Wagen langsam vorrückte. Während dieser noch am Hause hinfuhr, hörte ich plötzlich einen Knall und sah eine Wolke von Pulverdampf vor dem mir zunächst liegenden Fenster aufsteigen. Was geschehen, war mir sofort klar, da der Eindruck des früheren Cohen'schen Attentates, dessen Einzelheiten mir der Reichskanzler zufällig am Tage vorher (am 12. Juli) ausführlich erzählt hatte, noch frisch in meinem Gedächtnis haftete."

Wir unterbrechen diesen interessanten Bericht nur, um mit wenigen Worten, nach der Anklageschrift und dem Bericht eines Augenzeugen in der Nationalzeitung den Vorgang auf der Straße

zu schildern, den Herr Geh. Rat Dr. Diruf nicht selbst mit ansah. Der Wagen hatte von der Ausfahrt des Diruf'schen Hauses an nur erst etwa 15 Schritte langsam zurückgelegt — da ein katholischer Landgeistlicher in der Fahrbahn stand und nicht ausweichen wollte — als plötzlich aus nächster Nähe ein Pistol auf den Fürsten Bismarck abgefeuert wurde. Er hatte zufällig gerade die Hand zu militärischer Begrüßung der ihn umjubelnden Menge an seine Schläfe erhoben, als der Schuß krachte. Diese Bewegung rettete sein Leben. Der Mörder gestand es später selbst ein mit den ihn bezeichnenden Worten: „Ich habe mich einexerziert, schon öfter, ja hundertmal, aus der Pistole geschossen, aber der Kerl hat eine Bewegung gemacht und so habe ich ihn gefehlt." Die zum Gruß erhobene Hand entzog dem Mörder das edle Ziel, das Haupt des Fürsten. Die Kugel streifte nur den Knöchel seiner Rechten. Der Kutscher, fast starr vor Schrecken, hatte doch die Geistesgegenwart, sich umzudrehen. Er sieht den Fürsten anscheinend unversehrt, will also weiterfahren und wendet sein Auge wieder den Pferden zu. Da bemerkt er den Mörder, der die Pistole fortwirft und in der dichten Menschenmenge verschwinden will. Durch einen wuchtigen Peitschenhieb über das Gesicht des Mörders bringt der Kutscher diesen zum Stehen. Gleichzeitig wirft sich der als Badegast in Kissingen anwesende Hofschauspieler Lederer aus Darmstadt auf den Mörder und packt ihn an der Kehle, hält ihn auch — obwohl der Mensch um sich beißt — fest, bis hundert Arme ihn dingfest machen, zu zerreißen drohen. Da springt Fürst Bismarck aus dem Wagen und rettet den Mörder vor der Volksvergeltung mit dem Worte: man solle den Menschen dem Gesetze überlassen. Nun wird der Thäter nach dem Stadtgefängnis geschleift.

Diese Ereignisse spielten sich im Verlaufe weniger Sekunden ab. In diesem Augenblicke nun sah Geh. Rat Diruf, wie Bismarck inmitten eines dicht andrängenden Menschenknäuels stand und mit lebhaften Armbewegungen diesen abwehrte. „Nach einigen von mir an die erschrockene Komtesse gerichteten beruhigenden Worten", berichtet Dr. Diruf weiter, „war ich rasch unten auf der Straße

und bahnte mir durch die Menschenmenge mit vieler Mühe den Weg zum Fürsten. Er zeigte mir die von dem Pulver des aus nächster Nähe abgefeuerten Schusses stark geschwärzte Wunde am rechten Handgelenke, und mit den Worten: ‚Lassen Sie uns vor allem aus dem Gedränge hier wegkommen und fahren Sie mit!‘ bestieg er sofort wieder den Wagen. Ich folgte ihm zwar in den Wagen, bat jedoch dringend, lieber nicht weiter zu fahren, sondern sofort ins Haus zurückzukehren, um vor allem die Verletzung zu waschen, gründlich untersuchen und verbinden zu lassen. Erst nach einigem Widerstreben ward meiner Bitte nachgegeben, und ich stieg mit dem Fürsten in seine Wohnung hinauf. Nachdem ich die Wunde und deren Umgebung von der aus Pulverniederschlag und Blut gemischten schwarzen Kruste befreit hatte, fand ich eine etwa zwei Centimeter lange und dreiviertel bis einen Centimeter breite flache Verletzung, auf deren Grunde man deutlich die vollständig entblößte, aber glücklicherweise unverletzte Pulsader (Radialarterie) pulsieren sah. Von dem derselben benachbarten Köpfchen des Speiche-knochens war die bedeckende Beinhaut ohne Verletzung des Knochens selbst vollständig hinweggerissen; die Blutung aus den umgebenden kleinen Blutgefäßen war gering und rasch gestillt. . . .

„Während ich noch mit dem Verbande beschäftigt war, kam die von dem Vorfalle bereits schonend unterrichtete Fürstin von einem Ausgange nach Hause. Das freundliche Lächeln des Fürsten bei ihrem Empfange beruhigte sie sichtlich. Unmittelbar darauf brachte der Kammerdiener die Nachricht, daß der in das Gefängnis des kgl. Bezirksamtes eingelieferte Thäter Ludwig Kullmann heiße, und ein junger Böttchergeselle aus Neustadt-Magdeburg sei. Zugleich legte der Diener die dem Kullmann abgenommene Waffe, ein kleines schlechtes einläufiges Pistol, neben dem Fürsten auf den Tisch.“ Bismarck verlangte nun, um die Beweggründe des Thäters festzustellen, sofort nach dem Bezirksamt zu fahren und diesen zu sprechen. „Meine Bedenken und Einwände in Bezug auf die nötige Ruhe und Schonung der frischen Wunde wurden durch die Einladung des Fürsten, ihn zu begleiten, abgeschnitten, und so hatte

ich denn auch Gelegenheit bei dem von dem Fürsten mit Kullmann angestellten Verhöre zugegen zu sein.

„Der Thäter, damals 21 Jahre alt, etwas unter mittelgroß, blaß und mager, sehr einfach, fast ärmlich gekleidet, machte im ganzen den Eindruck eines ziemlich unbedeutenden, aber frechen und fanatischen Burschen. Die Frage des Fürsten: ‚Kennt Ihr mich?‘ beantwortete Kullmann mit lautem ‚Ja‘, dagegen mit Nein die Frage, ob er Bismarck schon früher gekannt habe. Auf die Frage, weshalb er die That begangen, antwortete er ziemlich rasch: ‚Wegen der Maigesetze!‘“. — Auch nannte er, wie Bismarck später im Reichstag erzählte, das Zentrum ‚seine Fraktion‘.“ — „Alle an ihn gestellten Fragen“, fährt Dr. Diruf fort, „beantwortete Kullmann mit großer Frechheit und ohne jeden Versuch irgend einer Beschönigung seiner That. Doch war interessant zu sehen, daß der freche Mensch den festen Blick des Fürsten nicht ertragen konnte, sondern immer sofort die Augen niederschlug.“ Auch alle die übrigen Ergebnisse der späteren Untersuchung stellte Bismarck, wie Geh. Rat Dr. Diruf weiter berichtet, in diesem ersten Verhör schon fest. Kullmann hatte bis vor 8 Tagen in Neustadt-Magdeburg gearbeitet, war Mitglied des dortigen katholischen Gesellenvereins gewesen und hier fanatisiert worden. Seine That aber hatte er ohne Anstiftung oder Mitwirkung eines anderen schon seit einem Vierteljahr ersonnen und die Pistole mit zwei Rehposten geladen. „Den Papierpfropf hatte ich schon vorher selbst im Wagen des Fürsten gefunden,“ sagt Dr. Diruf, „es waren Papierstücke der ‚Magdeburgischen Zeitung‘. Der Fürst schloß das Verhör mit den Worten: ‚Das ist nicht schön, wenn Landsleute aufeinander schießen‘.“

Zu der Schwurgerichtsverhandlung in Würzburg gegen Ende Oktober 1874 war Herr Geh. Rat Dr. Diruf als Zeuge und Sachverständiger geladen und gab hier dem Angeklagten Kullmann und dessen Pistole die Stellung, die der Thäter bei dem Attentat in Kissingen gehabt haben mußte, Arm und Waffe nach dem höher gelegenen Ziel steil empor gerichtet, so daß die kleinen Kugeln über das Dach des Hauses in die hinter demselben gelegenen Gärten

flogen und nicht gefunden wurden. „Als der Staatsanwalt den Angeklagten fragte: ‚Seid Ihr wirklich so beim Schießen gestanden?‘, antwortete Kullmann sehr laut und deutlich: ‚Ja, gerade so, wie mich der Herr Doktor eben hingestellt hat.‘“ Bekanntlich wurde Kullmann am 30. Oktober 1874 zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt. Da dort noch weitere Verbrechen hinzutraten, wurde die Strafzeit verlängert, und er starb 1892 im Zuchthause zu Amberg.

„Die Ruhe und Fassung des Fürsten während des Attentates und unmittelbar nach demselben war bewundernswert,“ berichtet Geh. Rat Dr. Diruf weiter. „Einen wesentlich tieferen Eindruck aber machte dieser erneute Angriff auf das teure Leben bei seiner Gemahlin und allen Angehörigen. Namentlich in den ersten Stunden nach der Greuelthat war bei ihnen das Vorhaben, Kissingen auf Nimmerwiedersehen zu verlassen, fast schon zum festen Entschluß gereift. Dagegen erachtete ich als meine dringende Pflicht vorzustellen, daß die Gesundheitsverhältnisse des Fürsten unbedingt die Fortsetzung und Durchführung seiner Kur verlangten, deren Erfolg wohl schwerlich von irgend einem anderen Kurorte zu erwarten sei. Außerdem erscheine das Leben des Fürsten, bei der nun sicherlich verdoppelten Wachsamkeit der Polizei und Beamten, nirgends so sorgsam behütet wie hier. So wurde denn das Vorhaben der Abreise der fürstlichen Familie zur hohen Freude der Kurgäste und der ganzen Bürgerschaft aufgegeben, und dieser verhängnisvolle 13. Juli gestaltete sich sogar in seinem weiteren Verlaufe zu einem bedeutungsvollen Festtage für alle Einwohner Kissingens.

„Schon den ganzen Nachmittag hindurch wogte eine gewaltige Menschenmenge vor dem Diruf'schen Hause und brach in Hochrufe aus, so oft der Fürst an einem Fenster sich zeigte. Die Telegraphenbeamten arbeiteten mit übermenschlicher Anstrengung, um die Kunde von dem ruchlosen Mordversuch und die freudige Stimmung über die Errettung des Fürsten in alle Welt zu tragen. Eine Deputation des Stadtmagistrats brachte dem Fürsten die Glückwünsche der Gemeinde dar. Am Abend wurde in der evangelischen Kirche der Stadt ein stark besuchter Dankgottesdienst gehalten, danach aber von

etwa tausend Ortsbürgern und Kurgästen dem Fürsten ein Fackelständchen gebracht. Während desselben beglückwünschte eine Abordnung der Kurgäste den Reichskanzler. Das Wort führte der tapfere Hofopernsänger Lederer.

„Während einer der kurzen Pausen des Ständchens erschien der Fürst, mit verbundener rechter Hand, auf dem Balkon, und plötzlich trat unten nun lautlose Stille ein, so daß Bismarcks Worte weithin deutlich vernehmbar waren. Er sprach*): ‚Meine Herren! Ich danke Ihnen für Ihre Teilnahme. Danken Sie mit mir Gott, daß seine Hand mich so sichtbar geschützt hat. Weiter ein Wort über die Sache zu reden, ziemt mir nicht, sie ist dem Urteil des Richters übergeben. Das aber darf ich wohl sagen, daß der Schlag, der gegen mich gerichtet war, nicht meiner Person galt, sondern der Sache, der ich mein Leben geweiht habe, — der Einheit, Unabhängigkeit und Freiheit Deutschlands. Und wenn ich auch für diese große Sache hätte sterben müssen, was wäre es weiter gewesen, als was Tausende unserer Landsleute thaten, die vor drei Jahren ihr Blut und Leben auf dem Schlachtfeld ließen. Das große Werk aber, das ich mit meinen schwachen Kräften habe beginnen helfen, wird nicht durch solche Mittel zu Grunde gerichtet werden, wie das ist, vor dem mich Gott gnädiglich bewahrt hat. Es wird vollendet werden durch die Kraft des geeinten deutschen Volkes. In dieser Hoffnung bitte ich mit mir ein Hoch zu bringen auf das geeinigte deutsche Volk und seine verbündeten Fürsten.‘ Ein das Thal weithin durchbrausendes Hoch der Menge folgte diesen Worten. Die Kissinger Liedertafel sang darauf das Lied vom treuen deutschen Herz und zum Schlusse stimmte die Kurkapelle die Wacht am Rhein an, die von der Menge mitgesungen wurde.

„Bei der während des Ständchens stattfindenden einfachen Abendmahlzeit der fürstlichen Familie im Balkon-Salon, an welcher ich selbst teil nahm, trat nach dem ernsten Tage sichtlich wieder eine

*) Die Worte, welche Herrn Geh. Rat Dirufs Bericht nach der Kissinger Saale-Zeitung vom 15. Juli 1874 wiedergibt, sind ausführlicher als die im amtlichen Telegramm (Hahn, II, 695).

wohlthuende Heiterkeit hervor, und auch der Humor des Fürsten brach wieder durch. Seine erst später bekannt gewordenen Worte: ‚Die Sache ist zwar nicht kurgemäß, aber es scheint eben zu meiner Stellung zu gehören, von Zeit zu Zeit angeschossen zu werden,‘ stammen aus jener Zeit, und zwar sind sie entweder an jenem Abend oder am folgenden Tage gesprochen worden.

„Der Fürst hatte selbst sogleich nach dem Vorfall telegraphisch an den Kaiser Wilhelm berichtet, der sich damals auf dem Wege nach Gastein in München als Gast unseres Königs aufhielt. Von beiden Herrschern trafen auch sehr bald Glückwunschtelegramme ein. Überhaupt häuften sich die eingelaufenen Glückwunschdepeschen schon an jenem Abend außerordentlich.“ Wir schalten hier ein, daß alle deutschen Fürsten und Freien Städte dem Geretteten Glückwunschtelegramme sandten, und daß die Schlußworte der Depesche des Königs von Bayern lauteten: „Mögen Sie Trost und Befriedigung finden im Rückblicke auf eine ruhmvolle Vergangenheit, welche Ihnen Buben zu Feinden, Männer zu Freunden gemacht hat.“ Im ganzen liefen etwa zweitausend Glückwunschdepeschen und -Schreiben ein, für welche der Fürst am 14. August in der Nordd. Allg. Z. öffentlich dankte. Der Bericht des Herrn Geh. Rat Dr. Diruf fährt fort:

„Die Kur des Fürsten konnte schon nach 2 Tagen fortgesetzt werden. Er machte, mit dem Arm in der Binde, seine täglichen Ausfahrten und Spaziergänge, und die Wunde heilte gut binnen zwei Wochen. Die Beweglichkeit des anfangs steifen Handgelenkes stellte sich auch nach einigen Wochen wieder vollkommen ein, nur blieb leider eine gewisse Schwäche im Gelenk zurück, die sich besonders beim Schreiben geltend machte. Die Trink- und Badekur des Fürsten hatte für seine Gesundheit einen vortrefflichen Erfolg, so daß dieselbe — in den späteren Jahren nur als Badekur — seither, wie bekannt, fast alljährlich, bis zum Jahre 1893 wiederholt wurde. . . . Gerade an der Stelle, wo am 13. Juli 1874 der Schuß auf den Fürsten fiel, wurde am Diruf'schen Hause von der Stadtgemeinde Kissingen später eine Gedenktafel angebracht.“

Am 12. August kehrte Fürst Bismarck nach Berlin zurück,

am 14. empfing ihn der Kaiser in Babelsberg zum Vortrag. Am nämlichen Tage dankte er dem Protestantenkomitee in London für Übersendung des Werkes „Ultramontanismus: Englands Sympathie mit Deutschland“ in den Worten: „Es war gerade angekommen, bevor ein frevelhafter Versuch gemacht worden war, meiner Thätigkeit für die Interessen der Menschheit, welcher wir beide gleich dienen, ein Ende zu setzen. Gott hat es anders gelenkt und ich hoffe, mit seiner Hilfe erfolgreich den Kampf durchzuführen, in welchem mein Vaterland durch die Sympathie des englischen Volkes ermutigt wird.“

Am 15. August begab sich der Reichskanzler sodann zur Nachkur nach Varzin und verweilte hier bis zum 27. Oktober. Aus diesen glücklichen Monaten ist nur Erfreuliches zu berichten. Am 19. August erschien die Pollnower Turnjugend beim Fürsten zum Besuch in Varzin und wurde huldvoll empfangen. Am 2. September überreichte ihm die Stadt Lauenburg in Pommern den Ehrenbürgerbrief. Am 6. September wurde das erste Bismarck-Denkmal — ein 7 Meter hoher, auf einem Würfel ruhender, mit einer Büste des Fürsten gekrönter Obelisk — zu Charlottenbrunn enthüllt. Am 9. Oktobter erfolgte die Gründung des Weltpostvereins, vornehmlich auf deutsche Anregung und unter deutscher Führung. Im nämlichen Monat wurde Graf Wilhelm Bismarck bei dem Varzin benachbarten Kreisgericht Schlawe erstmalig angestellt, Graf Herbert aber zum Attaché der preußischen Gesandtschaft in München ernannt.

Die auf den 29. Oktober angesetzte Reichstagseröffnung nötigte dann den Fürsten am 27. zur Rückkehr nach Berlin. Am 28. hatte er eine längere Besprechung mit dem Kaiser. Der Reichstagseröffnung wohnte der Reichskanzler persönlich bei. Am 2. November hatte er die hohe Freude, den alten Freund Roon bei sich zu sehen. Darüber berichtete dieser an Blanckenburg am 14. Dezember:*) „Übrigens scheint mir Bismarck jetzt in besserer und gesunderer Fahrt, als seit lange. Bei meinem letzten Ersehen mit

*) Denkwürdigkeiten, II, 642.

ihm — am 2. v. M. während meiner Anwesenheit in Berlin — fand ich ihn objektiver, zufriedener und bei aller gewohnten Lebhaftigkeit unaufgeregter als je — vollkommen auf der Höhe seiner Stellung, in völliger Übereinstimmung mit dem Allerhöchsten; und in den Reichstagsgefechten war er brillanter und siegreicher als in den Vorjahren, und deshalb, meine ich, wird er auch nicht wieder erkranken." In den Tagen vom 2.—11. November weilte Bismarck in Friedrichsruh und vollzog hier den Ankauf des Gutes Silk bei Reinbeck. Am 2. November abends wurde ihm eine große musikalische Huldigung unter Direktion Waldmanns dargebracht.

Die „brillanten und siegreichen Reichstagsgefechte" des Fürsten, von denen Roon schrieb, wollen wir nun verfolgen. Das erste bemerkenswerte Wort sprach Bismarck im Reichstag am 17. November bei der Beratung des Reichsbankgesetzentwurfes. Der Abg. Eugen Richter, ein entschiedener Gegner des Entwurfes, wagte auszusprechen: wie nahe die Beziehungen zwischen auswärtiger Politik und Diskontopolitik liegen könnten, und wie gefährlich es sei, die Fäden der Diskontopolitik und die der auswärtigen Politik durch dieselbe Hand gleiten zu lassen. Fürst Bismarck erklärte: „Ich will nur mit zwei Worten der Angabe widersprechen, als hätte ich versucht, aus politischen Gründen eine Einwirkung auf die Höhe des Diskonts zu üben. Ein solcher Versuch ist meinerseits weder bei der Zahlung der französischen Kontribution noch sonst jemals gemacht worden."

Am 21. November handelte es sich im Reichstag um den Gesetzentwurf über die Steuerfreiheit des Reichseinkommens. Der einzige Paragraph der Vorlage lautete: „Das Reich darf zu den auf das Einkommen gelegten Abgaben (Einkommensteuern) nicht herangezogen werden." Der Reichskanzler entwickelte in eingehender Rede die Notwendigkeit der Steuerfreiheit des Reichseinkommens insbesondere von der kommunalen Besteuerung, da die Gemeinden von dem Sitze der Reichsbehörden ohnehin schon große Vorteile hätten, namentlich Berlin. „Mir macht der ganze Anspruch" (der Gemeinden auf dieses angebliche Besteuerungsrecht) „einen so ur-

germanischen Eindruck, daß mich das Bestreben der Gemeinden — ich könnte sagen geradezu anheimelt“, bemerkte Fürst Bismarck u. a. unter großer Heiterkeit. „Ich glaube aber, daß es nicht in der Aufgabe der gesetzgebenden Gewalten liegt, dem steuerpflichtigen Reichsbürger außer seinem für die großen nationalen Zwecke gebrachten noch diesen kleinen Beitrag zu den Zwecken der einzelnen Kommunen abzufordern, die irgend ein Mittel innerhalb ihrer Mauern vorfinden, irgend eine Stelle, an der sie das große Reichsfaß anbohren können (Heiterkeit), denen noch eine additionelle Bewilligung auf Reichskosten zu geben.“ Der Gesetzentwurf gelangte, wie gleich hier bemerkt werden mag, im Laufe dieser Tagung, die schon am 30. Januar 1875 endete, nicht mehr zum Abschluß. Fürst Bismarck aber vereinigte am Abend des 21. November die Reichsboten auf seiner ersten parlamentarischen Soiree*) und schenkte sich hier aus dem aufgelegten Bierfaß das erste Glas, das ihm nicht schmecken wollte. Er prüfte, ob das Faß ganz gefüllt sei und entdeckte ein beträchtliches Vacuum. Darauf sagte er — unter Anspielung auf seine im Reichstag gesprochenen Worte von der „Anbohrung des Reichsfasses“ — lachend zu seinen Gästen: „Sehen Sie, m. H., sogar dieses Reichsfaß hat man auf dem weiten Wege von München hierher nicht unangezapft gelassen.“ Übrigens fand Bismarck das Bier, das die Fürstin hatte auf Eis legen lassen, auch zu kalt. Dann meinte er zu einigen in seiner Nähe stehenden süddeutschen Gästen: „Nun, das hat alles Süddeutsche so an sich; wenn es hierher kommt, ist es kalt, hier in Berlin wird es dann schon warm.“

Die ultramontanen elsässischen Abgeordneten Simonis und Winterer bekämpften in den Sitzungen des Reichstags vom 28. und 30. November aufs heftigste die Vorlage, welche den Landeshaushalt für die Reichslande feststellte, und eine zweite Vorlage, welche die Aufnahme einer Anleihe von 19 Millionen Francs für dieselben Gebiete erforderte. Namentlich erhob der Abgeordnete Winterer

*) Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, I, 65.

den Vorwurf, daß man immer nur das Reichsinteresse, nicht das Interesse von Elsaß-Lothringen im Auge habe, namentlich bei Anlegung der Universität Straßburg. Fürst Bismarck erklärte dagegen am 30. November: „Die Standpunkte, auf denen wir uns befinden, sind zu inkommensurabel, als daß wir zu einer Verständigung kommen könnten. Wir sprechen gewissermaßen verschiedene Sprachen und verstehen uns gegenseitig nicht, da wir, obschon beide deutsch sprechend, doch von verschiedenen Grundsätzen, die wir als wahr und richtig annehmen, ausgehen. Ich kann allerdings nur das Reichsinteresse verfolgen, und ich hoffe, die Elsässer werden mit der Zeit dahin kommen, daß sie das Reichsinteresse als das ihrige betrachten. Im Reichsinteresse haben wir diese Länder in einem guten Kriege, in einem Verteidigungskriege, wo wir uns unserer Haut zu wehren hatten, erobert; nicht für Elsaß-Lothringen haben unsere Krieger ihr Blut vergossen, sondern für das Deutsche Reich, für seine Einheit, für den Schutz seiner Grenzen! Wir haben auch im Reichsinteresse und nicht im Interesse von Elsaß-Lothringen die Herren frühzeitiger, als vielleicht nützlich war — ich bin zu diesem Wagnis nicht ohne lebhaftes Zureden gekommen —, in unseren Schoß hier aufgenommen und sie an den Wohlthaten der Reichsverfassung teil nehmen lassen — nicht um Ihretwillen, m. H., wir könnten hier ohne Sie leben (Heiterkeit), sondern lediglich im Interesse des Reiches, damit man hier mit lebendiger Teilnahme den dortigen Vorgängen folge, damit man aus dieser entschieden abgeneigten Kritik (der elsässischen Abgeordneten) doch genau die Fehler unserer Verwaltung sehe, die ja gewiß da sind. Ich schätze an dem ganzen Regime der neueren Zeit nichts so sehr als die absoluteste Öffentlichkeit; es soll kein Winkel des öffentlichen Lebens dunkel bleiben (Sehr gut!), und müßte selbst nur das gelbliche Dämmerlicht aus der Blendlaterne, mit der die Herren Vorredner uns beleuchten, auf ihre Schäden fallen, — es ist immer besser, als daß sie unbeleuchtet bleiben, und hätte es auch nur die Folge, daß der ‚Fluch der hohen Meinung', mit der die beste Verwaltung und Bureaukratie sich so leicht täuscht, einige Verminderung erleide. Ich bin dankbar für die

schärfste Kritik, wenn sie nur sachlich bleibt. Wir stehen also hier auf dem Reichsinteresse, die Herren stehen teils auf dem Lokalinteresse, teils auf dem Interesse ihrer Vergangenheit, die sie nach Paris weist, teils auf dem Interesse einer Gegenwart, die sie nach Rom weist (Oho! im Zentrum)." Keinesfalls, schloß er, werde er sich „durch Vorwürfe oder Überredung dahin bringen lassen, die Interessen des Deutschen Reiches aus Gefälligkeit für solche Elsässer zu gefährden, die im ganzen nicht zu unseren Freunden gehören."

In der nächsten Sitzung, am 1. Dezember, wurde der Reichskanzler durch einige Bemerkungen Laskers zu dem in das Budget neu eingestellten Etat für ein Reichsjustizamt veranlaßt, sich über das Maß und die Natur seiner amtlichen Verantwortlichkeit auszusprechen. Als Hauptsätze der langen Ausführung erscheinen die folgenden: „Darin kann m. E. die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers nicht gesucht werden, daß jede spezielle Maßregel innerhalb des ganzen Bezirks, für den er verantwortlich ist, gerade als von ihm persönlich herrührend und gebilligt angesehen wird. Ich bin m. E. dafür verantwortlich, daß an der Spitze der einzelnen Zweige der Reichsverwaltung Leute stehen, die nicht nur dazu befähigt sind, sondern die ihre Verwaltung im großen und ganzen in der Richtung des Stromes führen, den das deutsche politische Leben nach der augenblicklichen Richtung des deutschen Geistes und der deutschen Geister zu laufen genötigt ist, daß kein Zwiespalt nicht nur innerhalb der verschiedenen — Reichsministerien, sondern auch kein dauernder grundsätzlicher Zwiespalt innerhalb der großen Körperschaften, die dem Reiche seine Gesetze und Einrichtungen geben, einreiße, auch kein Mißtrauen und keine Feindschaften zwischen den einzelnen Bundesgliedern; im wesentlichen aber dafür, daß an jeder Stelle, die zu besetzen ist, jemand steht, der nach dem gewöhnlichen Ausdruck ‚tanti' ist, dieses Geschäft zu besorgen." Darauf wurde, trotz Windthorsts lebhafter Bekämpfung der neuen Etatsposition, dieselbe mit großer Mehrheit angenommen.

Eine der erregtesten und interessantesten aller Reichstagssitzungen war die vom 4. Dezember 1874, in welcher das Kull-

mann'sche Attentat zur Sprache kam. Die ganze gesittete Welt war darüber einig, daß Kullmanns That im wesentlichen hervorgegangen sei aus der grundsätzlichen Verhetzung des Volkes durch die ultramontane Partei. Ganz anders urteilte aber natürlich diese Partei selbst über die Sache. Die Berliner „Germania", die, wie bereits bemerkt, damals unter Leitung des Reichstagsabgeordneten Paul Majunke stand, schrieb: Fürst Bismarck könne sich nicht wundern, wenn der Unwille in dem einen oder anderen Kopfe sich zum Plan einer verbrecherischen Gewaltthat verdichte. Andere Zentrumsblätter fanden sogar den Mut zu der arglistigen Unterstellung, das sogenannte Kissinger Attentat sei nur eine „Polizeikomödie" gewesen, „um Bismarcks Volkstümlichkeit wieder aufzufrischen". In der Reichstagssitzung vom 4. Dezember nun, der der Verfasser als Zuhörer anwohnte, beklagte das Zentrumsmitglied Dr. Jörg, daß „wegen des verwegenen Verbrechens eines halbverrückten Menschen ein guter Teil der Deutschen geradezu ins Delirieren geraten sei!" Man hatte eben da und dort nach dem Attentat die katholischen Hetzvereine geschlossen und der ultramontanen Presse scharf auf die Finger geklopft, z. B. den Redakteur der „Germania", Majunke, wegen Majestätsbeleidigung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, und das schmerzte. Fürst Bismarck aber entgegnete dem Dr. Jörg am 4. Dezember: „Der Herr Vorredner hat den Mörder (Kullmann) als einen halbverrückten Menschen bezeichnet. Ich kann Sie versichern, daß der Mann, den ich selbst gesprochen habe, vollkommen im Besitze seiner geistigen Fähigkeiten ist. Sie haben ja auch weitläufige ärztliche Atteste darüber.*) Ich begreife, daß der Herr Vorredner jeden Gedanken an eine Gemeinschaft mit einem solchen Menschen scheut und ihn weit von sich wirft. Ich bin auch überzeugt, das wird auch vor dem Attentate des Herrn Vorredners Absicht gewesen sein, er wird gewiß nie im Innersten seiner Seele auch nur den leisesten Wunsch gehabt haben: wenn dieser Kanzler

*) Namentlich spricht sich Geh. Rat Dr. Diruf sowohl in seinem vom Verfasser oben citierten Bericht als vor dem Schwurgericht in Würzburg in diesem Sinne aus.

einmal irgendwie verunglücken könnte! (Heiterkeit). Ich bin überzeugt, er hat das nie gedacht (Heiterkeit). Aber mögen Sie sich lossagen von diesem Mörder, wie Sie wollen, er hängt sich an Ihre Rockschöße fest! (Beifall. Murren im Zentrum). Er nennt Sie seine Fraktion! (Große Unruhe). Der Mann hat bei der einzigen Unterredung, welche ich mit ihm gehabt habe, wo ich ihn fragte: wenn Sie mich nicht gekannt haben, warum haben Sie mich denn umbringen wollen? — darauf hat er mir geantwortet: Wegen der Kirchengesetze in Deutschland. Ich habe ihn weiter gefragt, ob er denn glaubte, damit diese Sache zu verbessern. Darauf hat er gesagt: Bei uns ist es schon so schlimm — es kann nicht schlimmer werden. Und dann hat er noch gesagt: Sie haben meine Fraktion beleidigt! (Große Heiterkeit). Ich sagte: Welches ist denn Ihre Fraktion? Darauf hat er mir vor Zeugen gesagt: Die Zentrumsfraktion im Reichstage (Heiterkeit. Pfui! aus der Zentrumsfraktion). Ja, m. H. (nach dem Zentrum), verstoßen Sie den Mann, wie Sie wollen! Er hängt sich doch an Ihre Rockschöße!“

Nach dieser Rede wiederholte sich das Pfuirufen im Zentrum, während links und rechts stürmisches, andauerndes Bravo ertönte, bis die Glocke des Präsidenten dem betäubenden Lärm ein Ende gebot. Über die nun folgende Scene berichtet der Reichstagsbericht wie folgt: Präsident v. Forckenbeck: „Ich bitte um Ruhe — und muß bemerken, daß der Ausdruck „Pfui“ nicht parlamentarisch ist. Der Herr Reichskanzler hat das Wort.“ — Reichskanzler Fürst Bismarck: „Meine Herren! ‚Pfui!‘ ist ein Ausdruck des Ekels und der Verachtung. M. H., glauben Sie nicht, daß mir diese Gefühle fern liegen; ich bin nur zu höflich, sie auszusprechen (Lebhafter Beifall von links und rechts. Murren im Zentrum. Aufregung). — Präsident: Ich bitte um Ruhe! (Fortdauernde Unruhe. Mehrere Mitglieder der Linken, auf den Abgeordneten Grafen Ballestrem auf der zweiten Bank des Zentrums zeigend: „Der ist es gewesen! Der hat Pfui gerufen.“ — Große Aufregung und Lärm. Glocke des Präsidenten).

Nachdem die Unruhe sich einigermaßen gelegt hatte, erhob sich Windthorst — immer auch eine Art von Unruhe —, sprach von

14*

„dem unglücklichen Kullmann“ und machte für dessen Verbrechen „diejenigen verantwortlich, die an dieser Aufregung schuld sind“. Bismarck erwiderte ihm, unter Heiterkeit und lebhaftem Beifall: „Der Herr Vorredner — ich nehme davon Akt und werde es nicht so bald vergessen — wiederholt den Gedanken der ‚Germania‘: eigentlich war Kullmann entschuldbar, und der Reichskanzler selbst daran schuld, daß Kullmann auf ihn schoß.“ Der Abgeordnete Lasker gab am Schlusse dieser erregten Sitzung dem Eindruck tiefer sittlicher Empörung der großen Mehrheit des Reichstags unter lautestem Beifall den treffendsten Ausdruck, indem er von den Angriffen des Zentrums auf den Reichskanzler sagte: „Dieses Manöver will ich vor ganz Deutschland brandmarken als Verbrechen gegen das Vaterland.“ Und nach ihm erhob sich noch der Abgeordnete Beseler, der so oft in inneren Fragen Bismarcks Gegner gewesen war, um in tiefempfundenen Worten namens der großen Mehrheit des deutschen Volkes auszusprechen: es habe im Einklang mit den Würzburger Geschworenen sein Urteil gefällt, aber nicht über den Verbrecher, sondern über die intellektuellen Urheber der That. Der Reichskanzler möge sich auch durch die Anfeindungen, die ihn im Reichstage verfolgten, nicht beirren lassen. Der Ruhm der Zukunft wie die herzliche Bewunderung und Verehrung der deutschen Nation seien ihm gesichert und bezeugten ihm, daß auch dieses Attentat zur Kräftigung des Reiches und zur erhöhten Ehre des Reichskanzlers gewirkt habe.

In derselben Sitzung vom 4. Dezember war die Erklärung abgegeben worden, daß die Regierung die Etatposition für den deutschen Gesandten beim römischen Stuhl zurückziehe, also fernerhin keinen diplomatischen Vertreter beim Papste beglaubigen werde. Herr Windthorst zeigte sich in der Sitzung vom 5. Dezember durch diesen Entschluß im höchsten Grade überrascht und deutete ihn dahin, daß das Reich „die vitalsten Interessen der 15 Millionen Katholiken nicht mehr berücksichtigen wolle.“ Fürst Bismarck erwiderte ihm in der Hauptsache: „Ich habe die Streichung der Position für eine Sache des staatlichen Anstandes gehalten, weil und

so lange das Haupt der katholischen Konfession Ansprüche aufstellt und eine Stellung einnimmt, mit deren Durchführung jedes geordnete Staatswesen absolut unverträglich ist." Die Erneuerung dieser Ansprüche und des Kampfes mit dem Staate wurzeln einfach in der „Thatsache, daß auf eine Jahrhunderte lange Reihe von friedlichen Päpsten wiederum ein kämpfender Papst gefolgt ist, der diesen Kampf wieder entzündet hat. Und ich kann Ihnen da noch Spezialdata anführen, die zeigen, daß schon vor dem Kriege 1870 die Aussicht auf diesen Kampf bei den eingeweihtesten Mitgliedern der römischen Politik ziemlich feststand (Hört! Hört! links). Ich will eine bestimmte Thatsache nennen, die sich in den amtlichen Akten einer deutschen Regierung befindet. Diese deutsche Regierung hatte Anlaß, mit dem damaligen Nuntius in München, Meglia, zu verhandeln über gewisse Arrangements in ihrem eigenen Staate, und im Laufe des Gesprächs bekam sie von diesem, wie es scheint, nicht so verschwiegenen Prälaten u. a. die Bemerkung zu hören: ‚Wir können uns auf Vergleiche nicht mehr einlassen, uns kann doch nichts helfen als die Revolution!' (Bewegung). Diese Revolution fand allerdings nicht statt, dagegen kam der Krieg von 1870. Daß der Krieg im Einverständnis mit der römischen Politik gegen uns begonnen worden ist, daß an dem französischen Kaiserhofe gerade die römisch-politischen, jesuitischen Einflüsse, die dort in berechtigter oder unberechtigter Weise thätig waren, den eigentlichen Ausschlag gaben für den kriegerischen Entschluß, der dem Kaiser Napoleon sehr schwer wurde und ihn fast überwältigte, daß eine halbe Stunde der Frieden dort fest beschlossen war, und dieser Beschluß umgeworfen wurde durch Einflüsse, deren Zusammenhang mit den jesuitischen Grundsätzen nachgewiesen ist — über das alles bin ich vollständig in der Lage, Zeugnis ablegen zu können. Denn Sie können mir wohl glauben, daß ich diese Sache nachgerade nicht bloß aus aufgefundenen Papieren, sondern auch aus Mitteilungen, die ich aus den betreffenden Kreisen selbst habe, sehr genau weiß."

Die große Mehrheit nahm diese enthüllungsreiche Rede mit lebhaftem Beifall auf. Der Abgeordnete A. Reichensperger aber

suchte die Richtigkeit der Äußerung zu bestreiten, die Fürst Bismarck dem Nuntius Meglia in den Mund gelegt hatte. Darauf erhob sich indes sofort der frühere württembergische Ministerpräsident Abgeordneter v. Varnbüler und erklärte: die Worte Meglias hätten allerdings so gelautet, wie der Reichskanzler sie zitiert habe. Denn der Nuntius habe zum württembergischen Geschäftsträger in München gesagt: „Die katholische Kirche kommt zu ihrem Rechte nur in Amerika, in England etwa und in Belgien; der Kirche kann allein nur die Revolution helfen."

Die Reden, welche Fürst Bismarck an diesen beiden Tagen gehalten, trugen ihm wieder zahlreiche Dankadressen, -Schreiben und -Telegramme ein. Auf seiner parlamentarischen Soiree am 5. Dezember fehlten die Abgeordneten des Zentrums ganz. Die auf dieser Soiree verkündete Nachricht, daß das Zivilehe- oder Personenstandsgesetz für das Reich noch werde eingebracht werden, wurde mit großer Befriedigung aufgenommen. In der That wurde es am 5. Januar 1875 vom Bundesrat und am 25. Januar mit 207 gegen 72 Stimmen vom Reichstag genehmigt. Fürst Bismarck ergriff dabei nicht das Wort. Er sprach während dieser Tagung zum letzten Mal am 11. Dezember 1874.

Wenige Tage später, am 16. Dezember, wurde der Abgeordnete Majunke verhaftet und auf Betreiben Laskers ließ sich die Mehrheit des Reichstags, ohne Fühlung mit Bismarck zu suchen, dazu verleiten, eine Resolution des fortschrittlichen Abgeordneten v. Hoverbeck anzunehmen: „Bei Aufrechterhaltung der Würde des Reichstags ist es notwendig, im Wege der Deklaration resp. Abänderung der Verfassung die Möglichkeit auszuschließen, daß ein Abgeordneter während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Genehmigung des Reichstags verhaftet wird." Am Morgen des 17. Dezember verbreitete sich im Reichstag das Gerücht, Fürst Bismarck habe infolge dieses Beschlusses seine Entlassung eingereicht. Die Gäste, welche sich nach dem Schlusse dieser erregten Sitzung zum parlamentarischen Diner beim Reichskanzler einfanden, erfuhren hier aus dem Munde ihres Wirtes selbst, daß das Gerücht wahr sei

und daß er sich zu diesem Schritte genötigt gesehen habe, weil er „nach der gestrigen Abstimmung keine Mehrheit für sich im Reichstage mehr zu haben glaube. Die nationalliberale Partei entbehre einer festen Führung und habe keinen anerkannten Führer, als welcher ihm wohl v. Bennigsen ungleich lieber sein würde als Lasker, den er für einen guten Soldaten, aber für einen schlechten Feldherrn halte. Er verlange, daß die Mehrheit mit ihm Fühlung suche und er mit größerer Sicherheit als bisher auf sie rechnen könne. Fortschrittspartei und Zentrum hätten geschlossen für die Resolution gestimmt, und von den Nationalliberalen etwa 40 unter Laskers Führung. Damit hätten sich diese auf die Seite seiner entschiedensten Gegner, der Zentrumspartei, gestellt. „Wenn die Ultramontanen es wirklich darauf angelegt haben, mich zu Tode zu ärgern, so sind sie von ihrem Ziele leider nicht allzu weit entfernt.“

Der Kaiser lehnte, wie zu erwarten, das Entlassungsgesuch ab, welches übrigens nur „die Frage wegen der weiteren Führung der Reichsregierung zur Erwägung und Entscheidung Seiner Majestät gestellt“ hatte. Und die regierungsfreundlichen Parteien des Reichstags, einschließlich der Nationalliberalen, schafften am folgenden Tage den Stein des Anstoßes aus dem Wege durch einen anders gearteten Beschluß und ein begeistertes Vertrauensvotum für den Fürsten Bismarck. Darauf zeigte sich dieser auf seiner letzten parlamentarischen Soiree dieses Jahres, am 19. Dezember, vollkommen versöhnt und äußerst liebenswürdig. Der Reichstag wurde dann am 30. Januar 1875 geschlossen.

Der Kaiser sandte seinem Reichskanzler als Weihnachtsgeschenk eine kunstvolle Miniatur-Darstellung der Siegessäule. Fürst Bismarck aber war gegen Ende des Jahres durch rheumatische Leiden geplagt, die ihn am Neujahrstage am Ausgehen hinderten. Statt seiner erschien an diesem Tage seine Gemahlin im kaiserlichen Palais zur Darbringung der Glückwünsche des Reichskanzlers und ihrer eigenen.

Fünftes Kapitel.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck in den Jahren 1875 und 1876.

In den ersten Tagen des Jahres 1875 wurde Fürst Bismarck durch das Ersuchen erfreut und geehrt, die Widmung einer preisgekrönten „Bismarckhymne" anzunehmen, welche ein Dortmunder Komitee, an dessen Spitze der Oberbürgermeister Becker, zur Konkurrenz ausgeschrieben hatte. Den Preis hatte der Text von Rudolf v. Gottschall davongetragen, der mit den Worten schloß:

Von Alpenhöhn zum Meere
Ruft laut das Vaterland:
Der Hort der deutschen Ehre,
Ruht fest in deiner Hand.

Der Gefeierte antwortete am 15. Januar bescheiden: „In dem vom Dortmunder Komitee ausgehenden Gedanken eines Preisausschreibens für eine ‚Bismarck-Hymne' liegt eine so außergewöhnliche und hervorragende Ehrenbezeugung für mich, daß es mich einigermaßen in Verlegenheit setzt, durch ein Eingehen auf diese Idee eine Art von Anschluß in die freundliche Absicht Ihrer Herren Mitbürger auszudrücken. Wenn ich trotzdem dem Wunsche jener Herren folgend, die Widmung der preisgekrönten Komposition annehme, so geschieht es in der Hoffnung, daß das Werk mit vielen anderen dem deutschen Volke vertrauten Melodien dazu beitragen möge, die Flamme echter Vaterlandsliebe zu nähren und zu beleben.

In diesem Sinne sage ich dem Dortmunder Komitee für sein Unternehmen meinen aufrichtigsten Dank."

Wir wissen, wie herzlich und freudig Fürst Bismarck allezeit die Freundschaft Deutschlands für die Vereinigten Staaten von Nordamerika pflegte und bethätigte. Um so tiefer mußte er sich verletzt fühlen, daß eines der größten, wenn auch einsichtslosesten Yankee-Blätter, der New-York-Herald, seit Jahren das Menschenmögliche an persönlicher Feindseligkeit gegen ihn leistete. Die Bismarck bekannten Beweggründe der dunkeln Hintermänner des Blattes machten diese Angriffe noch verächtlicher. Als aber nun gar Mitte Januar 1875 der Berliner Korrespondent dieses Organs die Dreistigkeit hatte, um ein Interview beim Fürsten nachzusuchen, erhielt er in des letzteren Auftrag von Lothar Bucher am 16. Januar folgende Abfertigung: „Fürst Bismarck ist nicht geneigt, dem Vertreter des Blattes eine Unterredung zu bewilligen, welches so feindselig gegen seine Person und seine Politik ist, wie der New-York-Herald." Bezeichnend für die Gesinnung und Beziehungen des Interviewers in partibus war übrigens, daß die Frankfurter Zeitung zuerst in der Lage war, die Ablehnung mitzuteilen.

Am nämlichen 16. Januar, da diese Abfertigung erging, wurde der preußische Landtag durch Camphausen eröffnet. Gleich im Anfang dieser Tagung erweckte die Frage, ob die Kreis- und Landgemeindeordnung auf die Rheinprovinz und Westfalen ausgedehnt werden solle oder nicht, lebhafte Meinungsverschiedenheit. Der Historiker Abgeordneter v. Sybel erklärte sich, angesichts der erdrückenden Mehrheit der Klerikalen in der Rheinprovinz, entschieden dagegen. Die Fortschrittspartei, an ihrer Spitze der Abgeordnete Berger (Witten), einer der realpolitischen Köpfe der Fraktion, verlangte die sofortige Einführung. Fürst Bismarck neigte der letzteren Entscheidung schon mit Rücksicht auf die Einheitlichkeit der Gesetzgebung in allen preußischen Landesteilen zu. Aber ehe er seinen Enschluß faßte, hörte er unbefangene Sachverständige der Provinz aus verschiedenen Parteien; von den Nationalliberalen den Abgeordneten Seyffardt-Crefeld (jetzt Landtagsabgeordneter für Magde-

burg). Das sehr eingehende Gespräch fand am 22. Januar 1875 statt.*) Seyffardt teilte anfangs die Bedenken seines Kollegen v. Sybel, ließ sie aber fallen, als Bismarck ihm erklärte: „Ich würde nie zur Wahl der Bürgermeister in den ländlichen Gemeinden meine Zustimmnng geben. Denn der passive" (gemeint ist der passiv-ultramontane) „Widerstand ist der schlimmste, man kann ihn nicht fassen." Nach dieser Einigung über die schwebende Frage, kam das Gespräch naturgemäß auf den Kulturkampf. Fürst Bismarck sagte: „Die Schwierigkeiten, dem Staate zum Siege zu verhelfen, habe ich niemals unterschätzt, im Gegenteil, ich fühle die ganze Schwere der übernommenen Aufgabe. Nicht leichtsinnig bin ich in den Kampf eingetreten. Erst als ich mich überzeugt hatte, daß er ganz unabwendbar sei, zögerte ich nicht länger, den dem Staate hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen. Leider wird die politische Bedeutung des Kampfes nicht in allen Ressorts der Regierung gleich gewürdigt. Ich komme täglich in den Fall, mich über die Haltung meiner Kollegen beklagen zu müssen. Es gewinnt viel zu häufig den Anschein, als ob es sich schließlich nur um die Lösung juristischer Fragen handelte. Selbst Falk vermag in dieser Beziehung nicht immer die staatsmännische Anschauung gegenüber der juristischen zur Geltung zu bringen. Ich räume ein, daß ein Menschenalter erforderlich ist, um einen ernstlichen Erfolg zu erzielen. Daß die Staatsregierung die Schule so lange anderen Händen überlassen hat, war ein Fehlgriff, dessen Folgen so bald nicht gut zu machen sind. Die Hauptschuld trifft aber die katholische Abteilung im Kultusministerium, welche die Interessen des Staates in unverantwortlicher Weise geschädigt hat." Am Schlusse, nachdem der Reichskanzler die Schwierigkeiten erwähnt, die er gefunden, um dem Abgeordneten die Einladung zum Diner zuzustellen, bemerkte er, schalkhaft lächelnd: „Übrigens besonders häuslich sollen Sie in Berlin nicht sein. Ihre Hausleute meinten auf die Frage meines Boten, wo Sie denn wohl anzutreffen seien: Wenn Sie zu jener Zeit ausgegangen, könne es 1 Uhr nachts werden, ehe Sie wieder nach

*) Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier, II, S. 230/236.

Hause kämen. Nun, ich weiß ja, Hausleute pflegen verleumderischer Natur zu sein.“ — Abg. Seyffardt: „Durchlaucht, ich merke wohl, ich bin erkannt.“

Der kirchliche Kampf sollte auch im neuen Jahre 1875 heftig entbrennen. Am 5. Februar erließ der Papst eine Encyklika an sämtliche preußische Bischöfe, in welcher er aussprach, daß die neuen preußischen Gesetze „die göttliche Verfassung der Kirche vollständig umstürzen und die heiligen Gerechtsame der Bischöfe gänzlich zu Grunde richten, daß jene Gesetze ungültig sind, da sie der göttlichen Einrichtung ganz und gar widerstreiten. Es will scheinen, daß sie nicht freien Bürgern gegeben seien, um einen vernünftigen Gehorsam zu fordern, sondern Sklaven auferlegt seien, um den Gehorsam durch des Schreckens Gewalt zu erzwingen“ u. s. w.

Die Regierung handelte dagegen mit großem Nachdruck. Alle Zeitungen, welche die Encyklika abdruckten, wurden konfisziert und strafrechtlich verfolgt. Am 6. Februar wurde das deutsche Zivilehegesetz verkündet. Am 4. März erfolgte weiter eine Gesetzesvorlage an den preußischen Landtag, welche die Einstellung der Leistungen des Staates an die römisch-katholische Kirche überall da verfügte, wo Bischof und Geistliche sich nicht ausdrücklich verpflichteten, die Gesetze des Staates zu achten. Das Gesetz wurde deshalb im Landtag und Volksmund fortan kurz als „Sperr- oder Brotkorbgesetz“ bezeichnet. Am 14. März richtete Fürst Bismarck aber auch eine Depesche an den deutschen Gesandten am italienischen Hofe, mit der Weisung, die italienische Regierung zu „erneuter Prüfung der internationalen Stellung des Papstes“ aufzufordern, behufs eines wirksamen Schutzes gegen päpstliche Übergriffe in die staatsrechtlichen Institutionen anderer Länder, sei es, daß ein solcher durch Abänderung des italienischen Garantiegesetzes oder durch ein internationales Übereinkommen erzielt werden möchte.“

Das Abgeordnetenhaus vollzog die drei Lesungen des „Brotkorbgesetzes“ in den Tagen vom 16. März bis 6. April und nahm es mit großer Mehrheit an, obwohl A. Reichensperger am 16. März seine Tendenz mit den Worten zu brandmarken suchte: „es sei ein

Gesetz der Rache, eingebracht mit dem Bewußtsein, Unrecht zu thun“, und obwohl der alte Gerlach ihm beisprang und den Kern der Frage zu treffen glaubte durch das Wort: „Man soll Gott mehr gehorchen als den Menschen.“ Ihm erwiderte Fürst Bismarck, unter begeisterter Zustimmung des Hauses: „Ich glaube Gott zu dienen, indem ich meinem Könige diene im Schutz des Gemeinwesens, dessen Monarch er von Gottes Gnaden ist, und in welchem die Freiheit gegen fremden Geistesdruck und die Unabhängigkeit unseres Volkes gegen fremde Eingriffe zu schützen die ihm von Gott auferlegte Pflicht ist. Der Satz, um den es sich hier handelt, ist nicht: Man soll Gott mehr dienen als den Menschen, sondern die Frage ist: Soll man dem Papst mehr dienen als dem Könige? (Widerspruch im Zentrum.) Zwischen Papst und Gott ist für mich ein wesentlicher Unterschied. Sollen wir in weltlichen Sachen, wo es sich um unser Seelenheil in keiner Weise handelt, dem Papst mehr gehorchen als dem Könige? Wir haben früher unter der Herrschaft des Landrechts gelebt, welches viel weiter geht; und ich glaube, von den Herren, die jetzt behaupten, durch die Maigesetze in ihrem Seelenheil geschädigt zu sein, annehmen zu können, daß ihre Väter selig geworden sind unter der Herrschaft des Landrechts und der geringeren Freiheit, die ihnen damals gelassen wurde. Der Herr Vorredner hat den Kultusminister auch nach seinen Erfolgen gefragt. Auf Erfolge kommt es aber nicht an. Wir streben unsererseits zunächst nicht nach dem Erfolg, sondern nach der Pflichterfüllung, in der Überzeugung, Gott mehr zu dienen als den Menschen, jeder in seiner Weise. Auch dieses Gesetz wird vielleicht keinen praktischen Erfolg haben; der Papst und die Jesuiten sind viel zu reich, als daß es ihnen auf diese kleine Summe ankommen könnte.*) Von der Geldentziehung erwarte ich also keinen Erfolg; aber wir thun einfach unsere Pflicht, indem wir die Unabhängigkeit des Staates und der Nation gegen fremden Einfluß schützen, indem wir die geistige Frei-

*) Abgesehen von dem, was Preußen der katholischen Geistlichkeit an Naturalleistungen, Amtswohnungen u. s. w. gewährte, beliefen sich die baren Zahlungen jährlich etwa auf 1 700 000 Mark.

heit gegen Unterdrückung durch den Jesuitenorden und durch einen jesuitischen Papst sicher stellen. Dafür kämpfen wir mit Gott für König und Vaterland! (Stürmischer, andauernder Beifall rechts und links. Zischen im Zentrum)."

Bei der Fortsetzung der Beratung am 18. März war Windthorst der Redner der Opposition. Er verdrehte Bismarcks Äußerung über das Landrecht und die Maigesetze dahin: der Fürst habe gesagt, die Maigesetze enthielten nichts, was nicht auch schon im Landrecht stünde, und fuhr fort: „Wenn der Herr Ministerpräsident diese Erklärung vor der großen Examinationskommission abgegeben hätte, so würde er schwerlich bestehen." Auch er verneinte im übrigen jeden Erfolg des Gesetzes: auf dem Wege des Zwanges werde man die Katholiken nicht den Wünschen des Staates gefügig machen. Fürst Bismarck bestritt nachdrücklich, die von Windthorst ihm unterschobene Äußerung gethan zu haben und fuhr fort: „Obschon ich mich auf dem Gebiete der Rechtsgelehrsamkeit mit dem Herrn Vorredner nicht messen will, so bin ich doch seit meinen Studien so unwissend nicht, daß ich nicht zu beurteilen verstände, daß in dem Landrecht nach manchen Richtungen sehr viel mehr steht und vieles für uns noch Wünschenswertere als in den Maigesetzen; wiederum vieles, was nicht im Landrecht zu finden ist, in den Maigesetzen, an welche man zur landrechtlichen Zeit noch gar nicht gedacht hat, weil man zu Friedrichs des Großen Zeit an die unerhörte Erscheinung, daß sämtliche Landesbischöfe sich gegen die Gesetze auflehnten, noch gar nicht gedacht hat.... In jedem Examen — bin ich überzeugt — wird der Herr Vorredner sehr viel besser bestehen als ich, namentlich im juristischen, bei seiner Vielseitigkeit auch in sehr viel anderen Dingen; etwas anderes ist es aber, praktische Politik zu treiben, und sich mit einigem Erfolge mit der Wohlfahrt des eigenen Landes zu beschäftigen; da behaupte ich meinerseits wieder, das besser zu verstehen, als der Herr Vorredner (Heiterkeit), und alle Examina, die er machen könnte, würden ihn vielleicht nicht dazu befähigen, wir würden vielmehr jeden Staat bedauern, dem es beschieden wäre, von dem Herrn Vorredner regiert zu werden (Heiter-

keit). Die Herren aus Hannover haben ja die Erfahrung gemacht, und sie werden mir sagen können, ob sie lieber einen streng examinierten oder einen dem Lande nützlichen Minister haben wollen (Beifall)."

Auf die Frage Windthorsts, warum die Regierung die Vorlage mache, wenn sie doch damit wenig erzwinge, antwortet Bismarck: „Der Herr Vorredner begreift doch so manches, was uns unverständlich ist (Heiterkeit); daß er nicht auf den Gedanken gekommen ist, der uns hierbei leitete, das begreife ich nicht: es ist des Staates nicht würdig, seine erklärten Feinde gegen sich selbst zu besolden, es ist Anstandspflicht des Staates, diese Gelder einzubehalten; der Staat kann nicht stillschweigend dulden und durch Zahlung bestätigen, daß gegen ihn der Aufruhr gepredigt wird. Wenn Sie außerdem fragen, was für Erfolge wir davon haben, so glauben Sie den Erfolg zu haben, daß Sie sich das kirchliche Bewußtsein im Kampfe stärken. Aber auch der Staat hat in Bezug auf Geschlossenheit durch diesen Kampf außerordentlich gewonnen. Die Überzeugung von der Notwendigkeit, daß der Staat einige Hilfsmittel zur Verteidigung haben muß, daß ein starker Staat vorhanden sein muß, daß alle Parteien ein Interesse daran haben, daß der Staat nicht in seiner Existenz, in seinen Grundfesten erschüttert werde, hat sich in diesem Kampfe wesentlich gekräftigt. Die Folge davon wird sein, daß wir mit der Zeit nur zwei große Parteien haben werden, eine die den Staat verneint und ihn bekämpft, und eine andere große Mehrheit der dem Saate anhänglichen, achtbaren, patriotisch gesinnten Leute. Diese Partei wird sich bilden in der Schule dieses Kampfes. Der Staat ist durch das Wachsen der staatlichen Gesinnung der großen Mehrheit derer, die ihn ehrlich wollen, stärker und mächtiger geworden als früher und er wird mächtiger und stärker aus diesem Kampfe hervorgehen. Wer uns braucht, weiß uns zu finden, wir genügen unseren Zwecken durch uns selbst."

Zur Unterstützung der Opposition des Zentrums gegen das Gesetz versammelten sich die Bischöfe in Fulda und richteten am 2. April eine Immediateingabe an den Kaiser, in welcher sie be-

haupteten, daß der Staat „unter Verpfändung der Ehre Preußens“ rechtlich verpflichtet sei, die gegen ihn im Aufstand begriffene Geistlichkeit zu besolden. Sie verlangten, der König solle dieser Vorlage, „als einer Verletzung wohlerworbener Rechte und einer Quelle unsäglicher Trauer und friedenstörender Verwirrung“ die Genehmigung versagen. Das gesamte preußische Staatsministerium drückte den Einsendern in der Antwort vom 9. April „in Erledigung des Allerhöchsten Auftrages das Erstaunen und Bedauern“ darüber aus, daß die Bischöfe behaupteten, in Preußen sei es „eine Verleugnung christlichen Glaubens, die Befolgung solcher Gesetze zu versprechen, welche in anderen deutschen und fremden Staaten seit Jahrhunderten von der katholischen Geistlichkeit und ihren Kirchenobern bereitwilligst befolgt werden.... Die Forderung, daß der König, nachdem er die Sperrgesetzvorlage mit seiner ausdrücklichen Genehmigung an den Landtag gelangen lassen, diesem Gesetze, nach Annahme durch den Landtag die Sanktion verweigern solle, ist um so befremdender, als die Herren Bischöfe selbst nicht glauben werden, daß die Zuwendungen, um deren Zurückhaltung es sich handelt, vom Staate jemals bewilligt worden wären, wenn bei der Bewilligung den Bischöfen und Geistlichen das Recht hätte vorbehalten werden sollen, je nach päpstlichem Befinden den Gesetzen des Staates gehorsam zu sein oder nicht.“

Auch im Herrenhause erklärte sich bei den Beratungen der Vorlage in den Tagen vom 14. bis 17. April eine große Mehrheit dafür. Zwar sprach hier am 14. April Bismarcks Onkel Kleist-Retzow dagegen, weil er nach wie vor in jedem Eingriff des Staates in das Leben der katholischen Kirche eine Schädigung des kirchlichen Lebens überhaupt sah. Dagegen hatte sich ein großer Teil der strengkonservativen Elemente des Hauses, wie Graf Otto Stolberg, Maltzahn-Gülz u. a. von dieser Vorstellung losgemacht und v. Maltzahn trat am nämlichen Tage warm für die Vorlage ein. Ihm dankte Bismarck mit den Worten: „Ich kann mir nicht versagen, den Ausdruck herzlicher Freude darüber laut werden zu lassen, daß ich endlich einmal aus der konservativen Seite dieses Hauses ein freies,

fröhliches Bekenntnis zu unserem Evangelium der Reformation gehört habe. Der Kampf mit der katholischen konservativen Partei, auch selbst mit der katholischen Revolution wäre nicht so heftig geworden, wie er geworden ist, wenn mir damals die Evangelisch-Konservativen im Sinne des protestantischen Evangeliums treu zur Seite gestanden hätten. Dieses evangelische Bekenntnis hat uns gefehlt. Ich danke dem Herrn Vorredner, daß er dem Ausdruck gegeben hat. Es ist das eine Brücke für mich, um alte Beziehungen, die nicht ohne schwere Verletzung für mich haben zerrissen werden können, wieder anzuknüpfen."

Dem alten verbitterten Onkel Kleist-Retzow aber rief er zu: „Ich kann mich nicht mit jemandem politisch befreunden, ihn nicht als Bundesgenossen betrachten, der sein evangelisches Bekenntnis seiner Politik unterordnet, für den es hier nur eine Kirche gibt. Wir haben eine allgemeine christliche Kirche, aber mit Rücksicht auf den Kampf, um welchen es sich in dem Gesetzentwurfe handelt, ist es etwas sehr gefährliches — wie Herr v. Kleist-Retzow thut — nur von Einer ‚Kirche' zu sprechen, wo im Gesetz von der evangelischen gar nicht die Rede ist." Denn seit dem Vatikanum sei die katholische Kirche heute der Papst, die Rechte der katholischen Kirche seien die Rechte des Papstes. Er habe sich an die Stelle aller Bischöfe gesetzt, die „nur noch die Präfekten des Papstes" seien „und gar nicht einmal mehr das Recht haben, etwas anderes zu denken als der Papst. . . ." „Was bei dieser Lage der Sache Herr v. Kleist-Retzow immer von einer ‚Kirche' ganz einfach sprechen kann — er hat sich ja viel mit Theologie beschäftigt, und ich glaube, daß er sich wohl auch einmal die Frage vorgelegt hat, ob er für sein Seelenheil besser sorgt, wenn er katholisch wird; ich habe sie mir wenigstens vorgelegt, habe sie aber verneint (Heiterkeit). Folge ich dem Papste, so geht für mich die Seligkeit verloren; der Papst hat sie nicht für mich. Er ist auch nicht, wie Graf Brühl andeutete, der Nachfolger Petri; Petrus war nicht unfehlbar, er sündigte, er bereute seine Sünde und weinte bitterlich über sie; von dem Papst, glaube ich, dürfen wir das nicht erwarten." Bei der Schlußabstim-

mung am 17. April wurde die Vorlage mit der im Herrenhause, bei einem kirchenpolitischen Gesetze, ungewöhnlichen Mehrheit von 92 gegen 29 Stimmen angenommen. Am 22. April wurde sie verkündet.

Am 9. April hatte die preußische Regierung dem Abgeordnetenhause auch eine Vorlage unterbreitet, welche die Art. 15, 16 und 18 der Verfassungsurkunde, von deren Abänderung früher die Rede war, aufhob und an ihrer Stelle bestimmte: „Die Rechtsordnung der evangelischen und katholischen Kirche, sowie der anderen Religionsgesellschaften im Staate regelt sich nach den Gesetzen des Staates." Durch diese Vorlage wollte die Regierung dem immer erneuten Einwand begegnen, daß die neue kirchliche Gesetzgebung Preußens gegen das Verfassungsrecht verstoße. Außerdem aber machte die sehr wesentliche Abänderung der römischen Kirchenverfassung auch eine entsprechende Änderung der preußischen Verfassung notwendig. Das war der Hauptgesichtspunkt, aus dem sowohl Falk als Bismarck am 16. April die Vorlage im Abgeordnetenhause vertraten. Nur ungern sei die Staatsregierung an eine Änderung der Verfassung gegangen, sagte der Fürst, aber diese müsse sich den wirklichen Änderungen unseres Volkslebens anpassen und „eine solche Veränderung sei in diesem Falle eingetreten". Denn wenn im Jahre 1851 die heutigen Zustände gewesen wären, so wären diese Verfassungsartikel überhaupt nicht zu stande gekommen. Immerhin hätte man auf das Nationalgefühl und den Eid der Bischöfe und Geistlichen vertrauen können. „Diese Bürgschaft schwand durch das Vatikanum, durch die große Umwälzung in der Verfassung der katholischen Kirche (Murren im Zentrum.). M. H., Sie murren, Sie werden die Wahrheit nicht totmurren, es bleibt doch wahr (Heiterkeit). Seit dieser Umwälzung, welche die Episkopalkirche in die absolute Herrschaft des Papstes verwandelt hat, heißen diese Paragraphen nichts anderes als: ‚Die Angelegenheiten der katholischen Kirche werden durch den Papst geordnet.'" Denn die neue Macht des Papstes reiche über die kirchliche Grenze weit hinüber und über alle politische Macht hinaus und mache ihm außerdem

zur Pflicht, mit der evangelischen Kirche ganz aufzuräumen. Es sei also „eine Einschränkung dieser übermäßigen Gewalt absolut notwendig. Nachdem auf diese Weise der Gesetzgebung die Bahn frei gemacht ist, hoffe ich, m. H., auf diesem Wege mit Gottes Hilfe den Frieden zu finden, denselben Frieden, unter dem unsere Väter Jahrhunderte lang in einem starken Staate und geschützt in diesem starken Staate durch unsere Dynastie in konfessioneller Einigkeit gelebt haben (Beifall)." Die Verfassungsänderungen wurden im Abgeordnetenhause am 19. April und 11. Mai, im Herrenhause am 14. Juni mit großer Mehrheit angenommen. Am 15. Juni erfolgte der Schluß des Landtags.

Nach der zusammenhängenden Darstellung dieser Vorgänge berichten wir über die persönlichen Erlebnisse unseres Helden seit dem März 1875. Am 18. März empfing die zu Besuch in Berlin anwesende russische Kaiserin den Fürsten in Audienz. Am 22. brachte er dem Kaiser Wilhelm die Glückwünsche zu dessen Geburtstag dar. In den Tagen vom 26. bis 31. verweilte er in Friedrichsruh. Groß waren die Ehren, die ihm am 1. April, zur Feier seines sechszigsten Geburtstages dargebracht wurden. Wir erwähnen davon nur die folgenden. Der Kaiser erschien zur Beglückwünschung persönlich bei seinem Reichskanzler und überbrachte ihm sein Bildnis. Die Städte Köln und Magdeburg verliehen ihm das Ehrenbürgerrecht. Beiden Städten dankte er am 13. herzlich. Aus dem Dankschreiben an Magdeburg mögen die Worte hier stehen*): „Ich freue mich durch diesen Beschluß auch persönlich der näheren Beziehungen teilhaftig zu werden, in denen vor mir zahlreiche Mitglieder meiner Familie in alter und neuer Zeit zu der ehrwürdigen Hauptstadt unserer Elblande gestanden haben. Wenn ich nicht gleich ihnen in Magdeburg wohne, so fühle ich mich doch heimatberechtigt in der Hauptstadt des Bezirks, dem ich durch Geburt angehöre." Von rührender Herzensgüte zeugt das Glückwunschschreiben, das der Fürst am 28. April an den einstigen Feldwebel seiner Greifswalder Kompagnie Herrn Koburg richtete, der nun städtischer Re-

*) Poschinger, Neue Bismarckbriefe, III, S. 145 fg.

vierförster in Jager bei Greifswald war. Fürst Bismarck schrieb ihm: „Zu Ihrem 50jährigen Dienstjubiläum (als Soldat) spreche ich Ihnen in Erinnerung an meine Dienstzeit als Freiwilliger meine herzlichsten Glückwünsche aus und hoffe, daß Sie aus dem beifolgenden Andenken an unsere Kameradschaft in der Kompagnie noch manchen fröhlichen Trunk in guter Gesundheit thun werden!"

In den Tagen vom 1. bis 9. Mai feierte Bismarcks altes Korps, die Hannovera in Göttingen, das Jubelstiftungsfest. Fürst Bismarck telegraphierte am 7. Mai an seinen treuen Universitätsfreund, den Geheimen Regierungsrat Oldekop in Göttingen: „Ich bitte Dich, allen Kommilitonen, die sich meiner freundlich erinnern, mein aufrichtiges Bedauern darüber auszusprechen, daß mein Gesundheitszustand mir die beabsichtigte Teilnahme an dem Feste der Erinnerung an unsere frohe Jugendzeit verbietet und ihnen meine herzlichen Wünsche für jeden einzelnen und für die hohe Schule, in der wir Deutschland dienen lernten, zu überbringen." Das Korps antwortete „seinem früheren Konsenior Otto v. Bismarck" telegraphisch mit der Anzeige, daß es „auf sein Wohl einen stärkenden Salamander reibe."

Der Stärkung bedurfte Fürst Bismarck in jenen Monaten allerdings in hohem Grade. Schon seit dem Februar 1875 lag unter seinen geheimen Papieren das Konzept eines Entlassungsgesuches an den Kaiser,*) das bisher zurückgehalten und, oft abgeändert, am 4. Mai endlich doch ins Reine geschrieben und abgesendet wurde. Darin hieß es: „Bei meiner Rückkehr nach Berlin im Spätherbst v. J. glaubte ich die Hoffnung für berechtigt halten zu dürfen, daß nach längerer schwerer Krankheit und nach einer mehrmonatlichen Beurlaubung unter Gebrauch der Kissinger Brunnenkur meine Gesundheit sich genügend gekräftigt habe, um den Geschäften der von Ew. Majestät mir übertragenen Ämter wieder unbehindert vorstehen zu können. Diese Hoffnung ging nicht in Erfüllung. . . Die Ärzte haben mir wiederholt erklärt, daß meine körperlichen Kräfte meiner bisherigen Lebensweise nicht mehr ge-

*) Kohl, Bismarck-Jahrbuch, Bd. I, S. 87/94.

wachsen sind, vielmehr unter derselben in kurzer Zeit zusammenbrechen werden." Da der Kaiser dem Fürsten bereits gestattet habe, in der nächsten Zeit einen längeren Urlaub anzutreten, „so werden" — fuhr der Kanzler fort — „die für die Zeit eines solchen in der Regel getroffenen Einrichtungen für meine Vertretung auch jetzt genügen und Ew. Majestät durch die Umstände nicht gedrängt sein, definitive Anordnungen früher als vor Ablauf meines Urlaubes zu treffen. Ich möchte auch ehrfurchtsvoll anheimstellen, etwaige Verhandlungen über die Zukunft nicht so früh bekannt werden zu lassen, daß die eintretende Veränderung wegen des Kaiserlichen Besuches*) irrtümlich mit diesem in der öffentlichen Meinung in Verbindung gebracht werden könnte und man ihr andere Gründe unterschöbe als die Lage meiner Gesundheit."

Dieser Satz hindert uns nicht, auch noch nach anderen Gründen dieses folgenschweren Entschlusses zu suchen. Denn auch spätere Entlassungsgesuche, z. B., wie wir sehen werden, im April 1877, hat Fürst Bismarck nur mit „Gesundheitsrücksichten" begründet, während er gleichzeitig oder später eingestand, daß vorwiegend politische Gründe dafür maßgebend gewesen seien. Immer war dabei allerdings, jetzt wie später, die Rücksicht auf seine Gesundheit ein wichtiger Faktor insofern, als deren Erschütterung ihm eben unmöglich machte, seine Amtspflichten mit der Kraft und Energie eines völlig gesunden Mannes auszuüben und durchzusetzen gegenüber allerlei feindseligen Umtrieben oder gegen eine bei Hofe begönnerte oder geduldete Durchkreuzung seiner Ansichten, Pläne und Ziele. Je mehr solche Umtriebe und Unterströmungen Oberwasser gewannen und Bismarcks Wirken lähmten, um so mehr mußte er sowohl für das Ansehen seiner Person als im Interesse der auswärtigen Politik wünschen, daß nur seine üble Gesundheit als Grund seines freiwilligen Rücktrittes anerkannt, oder wenigstens allen bekannt werde. Auch jetzt aber waren solche Unterströmungen gegen ihn am Werke, das Datum des Entlassungsgesuches vom 4. Mai

*) des Zaren Alexander von Rußland, der am 10. Mai in Berlin eintreffen wollte.

— nachdem es seit Februar unversendet geblieben — ist dafür, wie wir erkennen werden, sehr charakteristisch, und der Verfasser dankt das Nachstehende, soweit es den vermutlich zu diesem Entlassungsgesuche führenden Konflikt berührt, persönlichen mündlichen Mitteilungen, die ihm der Fürst im Herbst 1892 in Varzin machte.

Wir müssen, um diesen Konflikt darzustellen, uns daran erinnern, daß anfangs November die große und dringende Besorgnis einer Störung des europäischen Friedens durch Frankreich, als unmittelbare Folge der damals festbeschlossenen „Restauration" des bourbonischen Königtums in Frankreich, durch die Thorheit des Grafen Chambord beseitigt und Marschall Mac Mahon am 20. November auf weitere sieben Jahre zum Präsidenten der Republik erwählt worden war. Dieser fand fortan aber im Innern des Landes so wichtige und zahlreiche Aufgaben für seine Regierung vor, daß an eine Friedensstörung von seiner Seite für Jahre nicht zu denken war. Fürst Bismarck hatte durch sein Verhalten bei der Luxemburger Erregung 1867 und später zur Genüge bewiesen, daß er — wie er 1869 zu Völk sagte (s. o. Band IV S. 211) — aus vollster Herzensmeinung jeden Krieg für eine Ruchlosigkeit hielt, den Deutschland anders als gezwungen und gedrungen aufnähme. Im ersten Frühjahr 1875 erhob sich aber nun plötzlich in angesehenen deutschen Blättern, wie der „Post", ein förmliches Kriegsgeschrei: Frankreich sei auf dem Sprunge zum Angriff, Deutschland müsse sich vorsehen und zuvorkommen u. dergl. Da Bismarck dann und wann einige dieser Blätter zu unterrichtenden Mitteilungen benützte, so war bald alle Welt darüber einig, daß der Reichskanzler auf einen Krieg gegen Frankreich sinne, und noch lange nach des Fürsten Rücktritt hat dieser Unsinn seine Orgien gefeiert.*) In Wahrheit war Frankreich, als dieses Kriegsgeschrei sich erhob, so schwach, daß seine Generale amtlich erklärten, sie würden sich im Felde gar nicht stellen, gar nicht schlagen, um die Frivolität des deutschen Angriffs aller Welt darzuthun. Und auch das Kriegs-

*) Z. B. in der „Deutschen Revue" vom November 1892, wahrscheinlich von Prof. Dr. Geffcken verfaßt.

geschrei ging von ganz anderer Seite aus, als vom Fürsten Bismarck. Denn er war damals allein schon von dem kirchlichen Kampfe vollauf in Anspruch genommen.

Im Gegensatz zu ihm und seiner friedfertigen Politik huldigte aber zunächst der deutsche Generalstab, und an seiner Spitze Moltke, der Ansicht: Frankreich wolle ja doch einmal den Krieg, man müsse ihm also zuvorkommen, so lange es unvorbereitet sei. Nach vieler Mühe und auf Umwegen erlangte der Reichskanzler vom König die Erklärung an den Generalstab, dieser habe sich nicht in die auswärtige Politik zu mischen. Vielleicht liegt diese Erklärung erst hinter dem Datum des Entlassungsgesuches vom 4. Mai. Ein zweiter Nährvater der angeblichen Kriegsbesorgnisse von 1875 war aber der russische Reichskanzler Fürst Gortschakoff. Er haßte Bismarck, weil dieser mit allen Tugenden, die er angeblich dem russischen Lehrmeister von Petersburg her verdankte, letzterem bedeutend über den Kopf gewachsen war. Er versuchte also, den deutschen Kanzler als Friedensstörer bei seinem Kaiser zu verdächtigen, sich selbst als Friedensstifter hinzustellen und preisen zu lassen. Bei dem Zaren hatte er einen schweren Stand, denn dieser bewahrte bis zu seinem tragischen Ende ein unbegrenztes Vertrauen zu Bismarck. Dagegen hatte er mehr Glück in — Berlin, in den Bismarck wenig geneigten Kreisen der Kaiserin Augusta und des Zentrums, mit denen sein Vertrauter, der französische Botschafter Gontaud-Biron, in freundlichen Beziehungen stand. Dieser Botschafter, ein Legitimist, wollte seinen Landsleuten klar machen, daß nur ein monarchischer Mann das heißersehnte Bündnis mit Rußland fertig bringen, mindestens Rußland zum Vermittler des von Frankreich damals so hochgeschätzten Friedens machen könne. Deshalb war er sofort bereit, den Fürsten Gortschakoff und den Fürsten Bismarck die vom russischen Reichskanzler gewünschte Rolle in der europäischen Friedensoper spielen zu lassen. Im thunlichsten Inkognito reiste er nach Petersburg, um dem Fürsten Gortschakoff zu einer mise en scène für den Frieden Gelegenheit zu geben, die denn auch recht fadenscheinig aufgeführt wurde.

Man kann sich denken, wie diese weitverzweigten Umtriebe Bismarck empörten und lähmten: auf der einen Seite der Generalstab, mit dem großen Strategen und Feldherrn an der Spitze, in kriegerischer Politik gegen die friedliche des Reichskanzlers thätig; auf der anderen der russische Staatskanzler, im Bunde mit dem französischen Botschafter, und dieser im Bunde mit der Kaiserin und dem Zentrum gegen Bismarck! Man hätte dem Kanzler wahrlich nicht verdenken können, wenn er vor dieser Koalition die Segel gestrichen hätte und auf seinem Abschiedsgesuche bestanden wäre. Aber seine Gesundheit erlaubte ihm immer noch, sich kräftig zu wehren. Als Zar Alexander am 10. bis 13. Mai in Berlin erschien, hatte Fürst Bismarck schon am ersten Tage eine Audienz bei ihm und beschwerte sich bitter über die Unredlichkeit des Fürsten Gortschakoff, der genau wisse, daß Bismarck gar nicht an Krieg denke, und der sich trotzdem so aufspiele, als danke Europa ihm allein die Aufrechterhaltung des Friedens. „Mais vous savez bien, qu'il est fou de vanité“ (Aber Sie wissen ja wohl, daß er vor Eitelkeit verrückt ist), erwiderte der Zar. Nach dieser Unterredung erließ dann Gortschakoff ein Rundschreiben an die Vertreter Rußlands, in dem es hieß: „Jetzt ist der Friede gesichert, man hat sich von der Notwendigkeit seiner Aufrechterhaltung überzeugen lassen.“ Mit dem „man“ war natürlich Fürst Bismarck gemeint. Dieser aber sagte dem russischen Staatskanzler in jenen Maitagen: „Sie werden sicherlich nicht viel Anlaß haben, sich Glück zu wünschen wegen dessen, was Sie gethan haben, als Sie den Verlust unserer Freundschaft um einer leeren Befriedigung Ihres Selbstgefühles wagten. Ich bemerke Ihnen offen, daß ich Freunden ein guter Freund und Feinden ein guter Feind bin.“ Ganz ähnlich sprach sich Fürst Bismarck in seiner berühmten Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 über diese Umtriebe aus: „Zuerst trat eine Neigung meines russischen Kollegen, des Fürsten Gortschakoff, zu Tage, sich mehr um die Popularität in Frankreich als bei uns zu bemühen und gewisse künstlich herbeigeführte Konstellationen dazu zu benutzen, um der Welt durch ein hinzugefügtes Telegramm glauben zu machen, als

hätten wir 1875 irgend einen entfernten Gedanken daran gehabt, Frankreich zu überfallen, und als wäre es das Verdienst des Fürsten Gortschakoff, Frankreich aus dieser Gefahr gerettet zu haben. Das war das erste Befremden, welches zwischen uns auftrat, und welches mich zu einer lebhaften Aussprache mit meinem früheren Freunde und späteren Kollegen veranlaßte."

Noch während der Anwesenheit des Zaren Alexander in Berlin, am 11. Mai, hatte Fürst Bismarck auf sein Entlassungsgesuch die erste Antwort von seinem „tief erschütterten" Kaiser erhalten, der ihn bat, die Sache im tiefsten Geheimnis bewahren zu wollen, zumal — fügte er bei —: „da Sie eine lange Frist mir setzen, bevor Sie näher auf Ihren gethanen Schritt eingehen werden." Bismarck begab sich alsbald nach Abreise der russischen Herrschaften von Berlin, am 14. Mai bis zum 30. nach Friedrichsruh und am 3. Juni nach Schönhausen, und empfing daselbst am 4. Juni die Entscheidung des Kaisers, welche ihm, in Übereinstimmung mit seinen eigenen Vorschlägen vom nämlichen Tage, statt der erbetenen Entlassung, Urlaub auf unbestimmte Zeit gewährte. Der überaus gnädige Erlaß schloß mit den eigenhändig geschriebenen Worten: „Ihr treu ergebener Freund Wilhelm." Der beurlaubte Reichskanzler trat dann alsbald eine lange Erholungsreise nach dem stilltraulichen Varzin an.

Ohne jede Ahnung von der schweren Krisis, die Deutschland damals seines unentbehrlichen politischen Leiters zu berauben drohte, hatte das deutsche Volk in Nord und Süd auch in jenen Wochen diesem seinem Liebling erhebende Beweise seiner Treue und Verehrung dargebracht. Ein Komitee in Harzburg hatte beschlossen, in der Nähe der Stadt eine „Canossa-Säule" aufzurichten, die Bismarcks berühmten Ausspruch vom 14. Mai 1872: „Nach Canossa gehen wir nicht!" (s. oben S. 77) verewigen sollte. Der Fürst dankte am 14. Mai in den Worten: „Ich sehe in diesem Vorhaben eine neue Bekundung des Einverständnisses und der Unterstützung der Abwehr der Übergriffe, mit welchen noch heute deutsches Leben durch römische Herrschaft bedroht wird." — Am 5. Juni sprach er dem

Sänger der „Bismarckias“, Dr. Gustav Schwetschke in Halle, für die Veranstaltung einer Gedenkfeier für Bismarck seinen Dank aus „für so manches Wort der Ermutigung, welches mir im Verlaufe harter Kämpfe in heiterer und ernster, stets aber klassischer und geistreicher Form aus Ihrer befreundeten Feder zugegangen ist.“ — Anfang Juni bot die badische Stadt Lahr, als Universalerbin des Millionärs Jamm den zu der Hinterlassenschaft gehörigen prachtvollen Park nebst Villa dem Fürsten Bismarck für seine Lebenszeit zur freien Verfügung an. Dieser antwortete am 12. Juni aus Varzin: „Das liebenswürdige Anerbieten ist mir eine große Freude gewesen, und ich sage Ihnen meinen verbindlichsten Dank, daß Sie mir in einer der schönsten Gegenden unseres Vaterlandes einen so beneidenswerten Aufenthalt bereiten wollen.“ Gleichwohl sei er nicht in der Lage, der ihm besonders wertvollen Einladung für jetzt Folge zu leisten, da es für ihn sehr wünschenswert sei, die Zeit seines Urlaubs auf seinem Eigentum zuzubringen. „Der Zweck der Beförderung meiner Gesundheit“, — schloß das Schreiben — „den Sie bei Ihrer Freundlichkeit im Auge haben, wird durch Ihr Anerbieten insofern schon erreicht, als angenehme Eindrücke stets vorteilhaft auf dieselbe einwirken.“

Am 15. Juni bereitete die Stadt Rathenow, die Nachbarstadt und einstige Poststation von Schönhausen, die Stadt zugleich, in der, wie im ersten Bande dieses Werkes erzählt ist, Bismarck zuerst in den Landtag gewählt wurde, dem Fürsten die Freude, ihn zum Ehrenbürger zu ernennen. Aber auch aus weitester Ferne kamen rührende Beweise der Verehrung nach Varzin. Aus dem ursprünglichen Holzwerk der berühmten Independance-Hall in Philadelphia, in welcher im Jahre 1776 die Unabhängigkeits-Erklärung der nordamerikanischen Freistaaten verkündet wurde, hatte der Geschäftsführer der in Philadelphia erscheinenden Zeitung „Public Ledger“ für den Fürsten Bismarck einen schön beschlagenen Spazierstock fertigen lassen, den der deutsche Konsul in Philadelphia nach Berlin beförderte und der deutsche Gesandte in Washington, Kurt v. Schlözer, dem befreundeten Fürsten selbst nach Varzin überbrachte.

Bismarck antwortete darauf dem transatlantischen Geber am 4. Juli 1875 — dem nordamerikanischen Nationalfesttage — aus Varzin: „Sie haben die Güte gehabt, mir als eine Stütze meiner alten Tage einen Spazierstock zu schicken, der von dem Gebälke des Glockenturms geschnitten wurde, von dessen Höhen herab heute vor 99 Jahren die alte Glocke zum ersten Male zu Ehren jenes großen Gemeinwesens läutete, dessen Schiffsglocken heute ihren vollen und willkommenen Klang in allen Gewässern des Erdballs ertönen lassen. Ich bitte für diese historische Erinnerung meinen herzlichsten Dank zu genehmigen. Ich werde dieselbe ehren, sorgfältig bewahren und mit anderen Reliquien denkwürdiger Jahre auf meine Kinder vererben."

Am 13. Juli sandte der Kaiser dem Fürsten telegraphischen Glückwunsch zum Jahrestage des Kissinger Attentates. Unzählig waren die Grüße, die dem Kanzler bei Gelegenheit der Einweihung des Hermanndenkmales zugesandt wurden, so daß er dafür am 17. August öffentlich danken mußte.

Das freudigste Ereignis für das Haus Bismarck in diesen Monaten der Varziner Erholung war aber die zu Anfang September vollzogene — schon erwähnte — Verlobung der Gräfin Marie Bismarck mit dem Regierungsassessor Grafen Wend zu Eulenburg. Leider sollte das Liebesglück des jungen Paares und die Freude der Eltern und Angehörigen nur von kurzer Dauer sein. Schon etwa einen Monat nach Verkündung der Verlobung wurde Graf Wend in Varzin von einem typhösen Fieber ergriffen. Der Patient begab sich später zur Heilung nach Berlin, und hier schien das Befinden des Grafen, an dessen Krankenbett Bismarck nach der Rückkehr nach Berlin am 21. November eilte, Hoffnung auf Genesung zu geben, so daß der Reichskanzler am 27. November und 4. Dezember parlamentarische Soireen abhielt. Da starb der Graf am 5. Dezember früh unerwartet infolge eines Lungenschlages. Am 7. Dezember wohnte der Fürst tiefbekümmert der Trauerfeier am Sarge des Verblichenen bei. Aber auch bei diesem schweren Verlust zeigte er seine ganze Seelengröße. Den auf den 11. Dezember zur parla-

mentarischen Abendgesellschaft geladenen Gästen ließ er den Wunsch aussprechen, dieselben möchten sich durch den Trauerfall in seiner Familie vom Erscheinen nicht abhalten lassen, und am Abend selbst erklärte er den Gästen, die zahlreich herbeieilten, um ihr Beileid auszudrücken: „Bei der Trauer stehe er auf militärischem Standpunkt; er halte jene fest bis zum Begräbnisse, nach diesem zeige er tapferen Sinn. Anders jedoch sei die Lage seiner Tochter, welche vom Tode ihres Bräutigams wohl lange tief erschüttert bleiben werde; ebenso die Stimmung seiner Gemahlin."

Ohne Ahnung von diesem so nahe bevorstehenden schweren Herzeleid, verlebte der Fürst glücklich die friedlichen Sommer- und Herbsttage in Varzin. Allen seinen Gästen erschien er von großer Frische und Lebendigkeit. Ein pommerscher Gutsnachbar, der anfangs Oktober zum Diner beim Fürsten in Varzin war, berichtet, der Reichskanzler habe mit Bezug auf die klerikale Strömung, welche in Frankreich die Oberhand habe, gesagt: „Ein Bataillon, in welchem der aumônier mehr gilt, als der Major, das schlägt man leicht. Da ist viel Heuchelei, aber wenig Dienst darin." In den Tagen vom 15. bis 24. Oktober widerfuhr dem Grafen Herbert die Ehre, den Kaiser auf dessen Reise an den italienischen Hof begleiten zu dürfen. Um diese Zeit war auch Moritz v. Blanckenburg — dem Bismarck die Ablehnung des Ministerportefeuilles inzwischen längst vergeben hatte — bei dem alten Jugendfreunde in Varzin. Hier erfuhr Blanckenburg zum ersten Male von den in der Seele des Fürsten immer mehr heranreifenden wirtschaftlichen Reformplänen, die bald der Öffentlichkeit verkündet werden sollten. Der Junker von Zimmerhausen glaubte nach den in Varzin erhaltenen Eindrücken in einem Schreiben an Roon*) einen „Zusammensturz der liberalen Minister- und Parlamentsherrschaft" sowie der damals herrschenden Wirtschaftspolitik prophezeihen zu können, fügte indes freilich hinzu: „mit welchen Mitteln dies Ziel aber erreicht werden soll, ist mir, und ich fürchte auch Bismarck ein völliges Rätsel." Dafür brauchte Blanckenburg glücklicherweise nicht zu

*) Denkwürdigkeiten, II, 651/53.

sorgen. Mit der Reichstagseröffnung am 27. Oktober war freilich den Varziner Erholungsmonaten bald ein Ziel gesetzt. Denn sowie der Reichstag in die Beratung der Angelegenheiten eintrat, die Bismarcks Geist vorwiegend beschäftigten: in die Steuerreform und in die Ergänzung und Verschärfung des Strafrechtes, fühlte sich der Reichskanzler gedrungen, sein mächtiges Wort für seine Überzeugungen einzulegen. Am 20. November kehrte er nach Berlin zurück.

Schon am 22. November, als der Reichstag die Vorlage wegen Erhöhung der Brausteuer beriet, ergriff Fürst Bismarck das Wort, um seine Gedanken über eine vernünftige Steuerreform des Reiches zu entwickeln. Eine Ablehnung der Steuervorlagen der Regierung, die nur als eine Abschlagszahlung auf die von allen gewünschte Steuerreform anzusehen seien, werde diese Reform selbst nicht zu stande kommen lassen, sagte er. Eine totale Steuerreform inklusive der Zollreform sei eine Herkulesarbeit; die Reform dürfe nicht bestehen in der Auferlegung neuer Steuern ohne gleichzeitige Aufhebung alter. Als „die Gedanken, die er über Steuerreform habe", bezeichnete er „zuerst vom Standpunkte lediglich des Reiches das Bedürfnis einer möglichsten Verminderung, wenn nicht vollständigen Beseitigung der matrikularen Umlagen." Denn sie seien ungerecht und deshalb unpolitisch. „Das Gefühl, zu ungerechten Leistungen herangezogen zu werden, entwickelt das Bestreben, einer solchen Ungerechtigkeit sich zu entziehen, und verstimmt. Also aus dem Gesichtspunkt der Befestigung des Reichs — das Reich ist jung im Vergleich zu den einzelnen Staaten — ich möchte sagen, bei allen den Knochenbrüchen, denen Deutschland im Laufe der Jahrhunderte ausgesetzt worden ist und deren Heilung jetzt versucht ist, da ist der callus noch nicht wieder so fest verwachsen, daß nicht Verstimmungen und dergleichen das Reich empfindlicher treffen sollten als den Partikularstaat. Je mehr gemeinsame Reichseinrichtungen wir schaffen, je mehr gemeinsames Reichsvermögen, desto mehr befestigen wir das Reich."

Was nun die Steuerreform selbst anlangt, so machte Bismarck folgende wichtige Eröffnung: „Ich glaube, daß ich die

Verpflichtung habe, meine Meinung darüber darzulegen, daß ich vielleicht gegen manches Überzeugung verstoße, wenn ich mich von Hause aus wesentlich für Aufbringung aller Mittel nach Möglichkeit durch indirekte Steuern erkläre und die direkten Steuern für einen harten und plumpen Notbehelf, nach Ähnlichkeit der Matrikularbeiträge halte, mit alleiniger Ausnahme ich möchte sagen, einer Anstandssteuer, das ist die Einkommensteuer der reichen Leute — aber wohlverstanden nur der wirklich reichen Leute. Im Übrigen ist das Ideal, nach dem ich strebe, möglichst ausschließlich durch indirekte Steuern den Staatsbedarf aufzubringen," da man diese weniger fühle. „Als solche Gegenstände der Verzollung und zugleich einer entsprechenden Besteuerung im Inlande sehe ich im ganzen an diejenigen Verzehrungsgegenstände, deren man sich, ohne das Leben zu schädigen, in gewissem Maße wenigstens zu enthalten vermag. Das ist der Fall mit dem Kaffee und vor allen Dingen mit dem Tabak. Analog steht es auch mit dem Bier, dem Branntwein, dem Zucker, dem Petroleum und allen diesen großen Verzehrungsgegenständen, gewissermaßen den Luxusgegenständen der großen Masse. Die Luxusgegenstände der Reichen würde ich sehr hoch zu besteuern geneigt sein; sie bringen aber nicht viel." Von lebhaftem Beifall wurde diese große Rede begleitet — die erste, die der Reichstag seit langer Zeit wieder aus diesem Munde hörte, „nachdem der Herr Reichskanzler", wie E. Richter spöttisch bemerkt hatte, „dem Reichstag fast zur mythischen Person geworden war" —; aber trotz dieses Beifalls mißlang vorerst Bismarcks den tief eingewurzelten Anschauungen der herrschenden Wirtschafts-Parteien entgegengesetzter Steuerreformplan durchaus. Er mußte sich, um ihn durchzusetzen, wirklich an die „Herkulesarbeit" wagen, die Zoll- und die Steuerreform „total" und gleichzeitig zu lösen. Damit wird sich das folgende Buch beschäftigen.

Oben wurde schon gesagt, daß Fürst Bismarck auch durch sein Interesse für die dem Reichstag vorgelegte Strafgesetznovelle veranlaßt worden war, nach Berlin zurückzukehren. Diese Vorlage verschärfte zunächst, entsprechend den bisherigen Erfahrungen der

Rechtsprechung, wesentlich die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs von 1870 gegen gewisse Rohheitsvergehen (gefährliche Körperverletzungen, Sittlichkeitsverbrechen u. s. w.), verfolgte sodann diese Vergehen fortan von Amtswegen, nicht nur auf den Antrag der Beschädigten, verstärkte auch den Schutz der Exekutivbeamten gegen Widerstand, und ergänzte vor allem einige Lücken des deutschen Strafgesetzes durch Einschaltung des sogenannten „Duchesne-Paragraphen" — der schon die Aufforderung zu Verbrechen mit Strafe belegte — und des sogenannten „Arnim-Paragraphen" — der die widerrechtliche Mitteilung amtlicher Schriftstücke u. s. w. durch einen Beamten des Auswärtigen Amtes an andere und dessen Zuwiderhandlung gegen die ihm erteilten Anweisungen, sowie dessen Irreführung seiner Vorgesetzten durch falsche Berichte strafbar machte. Es bedurfte Bismarcks ganzer Beredsamkeit bei der ersten Beratung der Vorlage am 3. Dezember 1875, um diesen letzteren Bestimmungen schließlich (am 27. Januar 1876) Annahme zu verschaffen gegenüber Laskers liberal-talmudistischer Casuistik. Dagegen siegte dieser Redner leider gegenüber dem Versuche der Regierung, durch eine schärfere Zuspitzung der §§ 130 und 131 des Reichsstrafgesetzbuchs der untergrabenden und umstürzenden Thätigkeit der Sozialdemokratie zu steuern. Durch die von Lasker ausgegebene brandmarkende Losung „Kautschukparagraphen" ließ sich die Mehrheit und dieser mit einem hervorragenden Redaktionstalent begabte Abgeordnete selbst abhalten, bei Zeiten und auf dem Boden des gemeinen Rechtes Ausschreitungen zu begegnen, die später, nachdem sie das teuerste Blut vergossen, unter der eisernen Zuchtrute eines Ausnahmegesetzes niedergehalten werden mußten.

Bismarcks hohe Einsicht erweist sich allen Einwendungen seiner Gegner auch hier bedeutend überlegen. Nach einer mehr als zweistündigen Rede Laskers bei der ersten Beratung der Vorlage am 3. Dezember 1875 sagte er u. a.: „Wenn ich mich von Jugend auf in juristischen und wissenschaftlichen Theorien auf Wahrung meines Standpunktes hätte beschränken wollen, so glaube ich, wäre es mir nicht beschieden gewesen eine irgend bemerkbare Rolle in

den Ereignissen der letzten Jahrzehnte zu spielen." Dann tritt der Redner der Behauptung Laskers entgegen, daß die oft getadelte übergroße Milde des deutschen Strafgesetzes „ein Märchen" sei. Namentlich bei Körperverletzungen werde mit außerordentlicher Nachsicht gestraft. Freilich möge dieser Tadel noch mehr den Richter als das Gesetz treffen. „Der Richter ist, wie der Deutsche im ganzen, vor allen Dingen gutmütig; namentlich sobald die Persönlichkeit des Verbrechers keine abschreckende und beleidigend herausfordernde Erscheinung hat, so wird der Deutsche dem in Fleisch und Blut gegenüberstehenden leicht gutmütig, ich möchte sagen von strafbarer Gutmütigkeit, wie der Herr Vorredner mit Ironie den Ausdruck ‚strafbare Milde' brauchte." In Bezug auf die einzelnen Bestimmungen der Novelle verwendete sich Bismarck warm für die stärkere Sicherung der Exekutivbeamten (im neuen § 113) und erklärte dann, daß für ihn selbst namentlich der (Arnim-) Paragraph, der die Beamten im Dienste des Auswärtigen Amtes betreffe (§ 353 a), „besondere Bedeutung" habe. „Was mir da zur Wahrung meiner Verantwortlichkeit unentbehrlich ist, das muß ich nachgerade wissen, und in dem Verlangen, daß mir das gewährt werde, kann ich mich dadurch nicht irre machen lassen, daß mir gesagt wird" (von dem Abg. Lasker), „das widerspräche juristischen Theorien. Mit juristischen Theorien läßt sich auswärtige Politik nicht treiben (Heiterkeit und Bewegung).... Paßt es Ihnen nicht in die juristische Façade, so paßt es mir nicht in die Möglichkeit, die auswärtigen Geschäfte zu führen, wenn ich gar keine Hilfe, keine Verschärfung der nicht ausreichenden Disziplinarbestimmungen bekomme." Zu dem sächsischen Generalstaatsanwalt Abg. Dr. Schwarze sagte Bismarck damals: „Meine Diplomaten müssen nach Kommando schwenken wie die Soldaten." Die Äußerungen Bismarcks über diejenigen Paragraphen der Novelle, welche die Bestrafung der sozialdemokratischen Verhetzung bezweckten, erfolgten erst in der Sitzung vom 9. Februar 1876 und sind später, bei Darstellung der sozialdemokratischen Bewegung zu beachten. Doch schon am 11. Dezember erklärte er auf der parlamentarischen Soiree seinen Gästen mit durch-

dringendem Scharfblick: „Der Sozialismus hat die allergrößten Fortschritte gemacht, weit größere als Sie glauben, m. H., das wird sich bei den nächsten Wahlen bereits sehr deutlich zeigen. Schon nach einigen Jahren wird das Bürgertum nach den Strafbestimmungen, die Sie jetzt einstimmig verwerfen wollen, lechzen, wie der einsame Wanderer in der Wüste nach einem Schluck Wasser."*)

Auf derselben Soiree bekannte sich Fürst Bismarck zum ersten Mal als Anhänger und eifrigen Förderer des großen Gedankens, sämtliche deutsche Eisenbahnen, wenn auch nur nach und nach, für das Reich anzukaufen — ein Gedanke, der wie eine Bombe einschlug, und die Presse fortan monatelang eifrig beschäftigte. Auch deutete der Reichskanzler dabei an, daß das Reichskanzleramt — dessen Chef Delbrück dem Reichseisenbahnprojekt feindlich gegenüberstand — dann eine andere Organisation erhalten müsse. Um so erregter war die Presse, da Fürst Bismarck zum Entsetzen Laskers und anderer ganz offen ausgesprochen hatte: „Das alles werde natürlich nicht abgehen ohne eine Verkleinerung Delbrücks." Durch die Erörterung so wichtiger Zukunftsfragen und -Pläne waren diese parlamentarischen Abendversammlungen plötzlich zur Bedeutung eines „Hausparlaments" erhoben.

Ebenso offen wie hier über die großen Ziele seiner inneren Politik, sprach sich Fürst Bismarck auf der letzten parlamentarischen Soiree des Jahres, am 18. Dezember, über die orientalische Frage aus. Mitte Juli war nämlich in der Herzegowina ein Aufstand gegen die türkische Herrschaft ausgebrochen, der sich infolge der ersten günstigen Ergebnisse schnell bis an die montenegrische Grenze ausdehnte. Die Insurgenten pflanzten die österreichische Fahne auf. Mitte August stand auch Bosnien in bewaffneter Empörung. Mit einem Male war damit wieder die „orientalische Frage" vor ganz Europa aufgerollt. Denn kaum konnten Österreich, Rußland und selbst England diesen Vorgängen unthätig zusehen. In der That war denn auch Fürst Gortschakoff am 29. November in Berlin eingetroffen, um mit Bismarck in dieser brennenden Frage sich zu verständigen.

*) Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, I, 77 flg.

Der Reichskanzler hatte sofort eine Sitzung des Staatsministeriums in das Auswärtige Amt berufen. Am nämlichen Tage beriet er auch mit Lord Russell, am folgenden mit Gortschakoff wiederholt, mit dem österreichischen Botschafter Karolyi und hielt dann Vortrag beim Kaiser. Mit Spannung und Beklemmung sah ganz Europa dem Verlauf dieser Dinge entgegen. Da erklärte Fürst Bismarck seinen Gästen am 18. Dezember: „Rußland und Österreich seien über ihre Absichten in der orientalischen Frage noch völlig im Unklaren, wüßten noch nicht, was mit den aufständischen christlichen Provinzen der Türkei anzufangen sei. An den Nachrichten über russische Mobilmachungen sei kein wahres Wort; sie seien von Berlin ausgegangen und noch jetzt schwebten Untersuchungen zur Ermittelung des Urhebers; allem Anschein nach handle es sich um ein Börsenmanöver. Die nächste Zukunft erscheine ihm für Deutschland als eine sorgenfreie. Das einzige Wölkchen am Himmel, ‚das bischen Herzegowina‘ könne Deutschland nicht beunruhigen.“

Noch weit eingehender sprach sich Bismarck in jenen Tagen*) gegen den Reichstagsabgeordneten Karl Braun (Wiesbaden) über seine Politik in der orientalischen Frage aus. Braun war kurz zuvor von einer Reise in Bosnien und der Herzegowina zurückgekehrt, erstattete dem Fürsten mündlich über seine Reiseeindrücke Bericht und glaubte dem Kanzler raten zu müssen, dieser solle den Russen jeden Angriff auf die Türkei verbieten, wenigstens verhindern, daß die Türkei ausschließlich von Rußland okkupiert werde. Fürst Bisnarck erwiderte lächelnd: „Friedrich der Große behauptete vom Kaiser Joseph II., derselbe wolle immer schon den zweiten Schritt thun, bevor er den ersten zurückgelegt habe. Hüten wir uns, daß man dasselbe auch von uns sagen könne. Das mächtige Deutschland hat große Aufgaben, vor allem aber die, Europa den Frieden zu erhalten! Dies ist für mich der oberste Gesichts-

*) Nicht „im September“ 1875, wie Braun in der „Deutschen Revue“ 1885, I. Quartal angibt, denn im September war Fürst Bismarck in Varzin, wohin Braun nicht gekommen ist.

punkt, auch in der orientalischen Krisis. Ich gedenke mich ohne die äußerste Not nicht einzumischen. Denn gerade durch die Einmischung könnte ein europäischer Brand entstehen, namentlich dann, wenn auf der Balkan-Halbinsel die Interessen Österreichs und Rußlands feindlich einander gegenübertreten. Nähme ich für den einen Staat Partei, dann würde sich Frankreich sofort auf die Seite des anderen schlagen, und ein europäischer Krieg stände vor der Thüre. Ich habe zwei mächtige Wappentiere an ihren Halsbändern. Ich halte sie auseinander, erstens damit sie sich nicht zerfleischen, zweitens damit sie sich nicht auf unsere Kosten verständigen können. Ich glaube damit nicht nur jedem derselben, sondern auch Deutschland und Europa einen Dienst zu erweisen. Was den von Ihnen befürchteten Angriffs Rußlands auf die Türkei anlangt, so ist ein solcher, soviel ich weiß, bis jetzt noch durchaus nicht beschlossen, obgleich es eine Partei gibt, die zum Kriege drängt, und eine andere, welche sich drängen läßt; und so wäre möglich, daß Rußland dem Kriege entgegentriebe. Was in diesem Falle zu thun, ist Sache demnächstiger Überlegung. Dem, der zum Hieb ausholt, in die Klinge zu fallen, ist ein schlechtes Geschäft. Man erwirbt sich damit keine Freunde, und der Behinderte wird Einem dies Dazwischentreten bei anderer Gelegenheit entgelten lassen. Ich glaube nicht, daß im Augenblick die Türkei schon geteilt und der „unaussprechliche Türke", wie sich Mr. Gladstone ausdrückt, schon ganz aus Europa hinausgeworfen wird. Jedenfalls ist es nicht Mr. Gladstone, der es thun wird."

Von selbst rückt sich an das Ende unserer Darstellung von Bismarcks Leben und Wirken im Jahre 1875 ein Briefwechsel, der in würdigster und bedeutendster Weise dieses Jahr abschließt. Am 2. Dezember schrieb nämlich der Fürst aus Berlin an den englischen Geschichtsforscher Thomas Carlyle, den Biographen Friedrichs des Großen und Schillers: „Hochgeehrter Herr! Die Feier Ihres achtzigsten Geburtstages geht auch Deutschland an, und Ihnen darf ich das ja in meiner Muttersprache sagen. Wie Sie bei Ihren Landsleuten Schiller eingeführt, so haben Sie den Deutschen unseren

großen Preußenkönig in seiner vollen Gestalt, wie eine lebende Bildsäule, hingestellt. Was Sie vor langen Jahren von dem ‚heldenhaften' Schriftsteller gesagt, er stehe unter dem edeln Zwange, wahr sein zu müssen, hat sich an Ihnen selbst erfüllt; aber glücklicher als diejenigen, über welche Sie damals sprachen, freuen Sie sich des Geschaffenen und schaffen weiter in reicher Kraft, die Ihnen Gott noch lange erhalten wolle. Empfangen Sie mit meinem herzlichsten Glückwunsche die Versicherung meiner aufrichtigen Hochachtung. Fürst v. Bismarck." — Carlyles Antwort lautet in deutscher Übersetzung: „Sir! Sonnabend morgens, an meinem achtzigsten und höchst wahrscheinlich meinem letzten Geburtstage,*) wurde ich durch einen Brief geehrt, der bei weitem der merkwürdigste, am wenigsten erwartete und der erfreulichste war von allen, die mich bei der Gelegenheit erreichten. Es ist dies der edle, weise, aufrichtige und großherzige Brief, den Sie die Güte hatten, mir zu schreiben, und den ich mit großer Überraschung und mit großer und bleibender Freude gelesen habe. Erlauben Sie mir zu sagen, daß mir keine Ehre hätte widerfahren können, die ich höher geschätzt oder die länger und freundlicher in meiner Erinnerung gelebt haben würde, so lange mir in dieser Welt noch zu leben vergönnt ist. Was Sie von meiner bescheidenen Geschichte Ihres großen Königs Friedrich zu sagen belieben, scheint mir die treffendste und schmeichelhafteste Äußerung zu sein, die ich noch irgendwo über diesen Gegenstand vernommen, und sie macht mich aus dem Munde eines solchen Mannes wahrhaft stolz. Ich danke Ihnen aufs herzlichste und aufrichtigste für Ihre Freundlichkeit, und werde fortfahren, Ihnen, wie seit lange, alles Glück und Gedeihen auf Ihrem großen und edlen Lebenswege zu wünschen. Möge Gott Ihnen Jahre und Kraft verleihen, das großartige und glückhafte Unternehmen, in welchem Sie vor den Augen der ganzen Welt bereits so

*) Er starb erst 5. Februar 1881. Übrigens rührt der Ausdruck „The unspeakable Turk" von Carlyle (in dessen während des orientalischen Krieges 1877 zu Gunsten Rußlands veröffentlichter Streitschrift), nicht von Gladstone her.

Großes erreicht haben, zu vollenden und wider alle Stürme zu befestigen! Euer Durchlaucht unterthänigster und gehorsamer Diener Th. Carlyle."

So redete zu und von dem deutschen Kanzler der Mann, der schon mit Goethe in vertrautem Briefwechsel gestanden hatte und allezeit deutsche Größe tiefer und inniger erfaßte als die allermeisten seiner Landsleute. Wie aber urteilten zu derselben Zeit deutsche Landsleute über den Begründer ihrer Einheit und Größe? Wie handelten sie an ihm? Wir kommen nun an die dunkelsten Blätter unserer neuesten vaterländischen Geschichte. Unbeirrt und mindestens nicht verkleinert schreitet Fürst Bismarck auch durch diesen garstigen Schlamm, der nach ihm spritzte. Denn einig fühlte er sich nach wie vor mit seinem Kaiser, mit seinem Volke.

Zum Kaiser richtete er die ersten Schritte im neuen Jahre 1876, um dem geliebten Monarchen Glück zu wünschen. Mit welcher Innigkeit Fürst Bismarck diese Huldigungen darbrachte, wie glücklich und vollbefriedigt er lebte in der Heldengröße seines kaiserlichen Herrn, das bekundete er in rührender Weise dem Verfasser, als er diesem über den großen Tisch seines Arbeitszimmers in Friedrichsruh am 29. April 1893 das Glas zum Anstoßen hinüberstreckte, nur mit den drei bedeutenden Worten: „Auf alte Zeit!" Der Einklang mit seinem Herrn war ihm das Beste. Als im Februar 1876 der Oberbürgermeister Becker von Köln (der einstige „rote Becker") dem Reichskanzler meldete, die große Kaiserglocke des Domes habe die Läutprobe bestanden, telegraphierte Bismarck: „Am Zusammenklange der Kaiserglocke mit den übrigen sehe ich eine vorbildliche politische Verheißung." Er selbst nahm seinen „Zusammenklang" mit dem Kaiser aber nicht bloß als künftige „Verheißung", sondern mit Recht als gegenwärtige wirkliche Erfüllung und Bekräftigung vollkommener Übereinstimmung, als feste Burg gegen die teuflischsten Angriffe. Er durfte sich gerade jetzt dieser festen Stütze und Wehr doppelt erfreuen.

Auf eine der vielen Klagen Moritz v. Blanckenburgs über Bismarcks Stellung zu den Konservativen hatte Roon am 27. No-

vember 1875 dem Neffen geantwortet*): „Bei Bismarcks Eigenart wird, fürchte ich, auch keine Versöhnung mit den Konservativen möglich sein“ — wir werden sogleich erkennen, daß daran hauptsächlich die neue konservative „Eigenart“ schuld war —. „Dennoch kann und werde ich ihm meine Sympathien niemals entziehen. Ich wüßte nicht, an wen sonst sich meine patriotischen Wünsche und Gefühle anlehnen sollten; seiner mächtigen Persönlichkeit die gebührende Anerkennung zu versagen, könnte wohl nur einem Narren einfallen, der sich auf seinem Piedestal sehen möchte.“ Aber leider nicht alle die alten konservativen Freunde des Reichskanzlers dachten so edel und fühlten für ihn so warm und herzlich wie Roon, der treue Streitgenosse der Konflikts-, Kampfes- und Siegesjahre!

Graf Arnim, der Gekränkte, hatte schon lange vor den letzten Urteilen, die ihm, wie wir wissen, neun Monate Gefängnis und Dienstentlassung eintrugen, sich selbst und seine innerste Überzeugung ins Ausland gerettet und gab hier im Oktober 1875 im Verlagsmagazin in Zürich anonym die Brandschrift „Pro Nihilo, Vorgeschichte des Arnim'schen Prozesses“ heraus. Diese Namenlosigkeit war freilich ungemein durchsichtig. Denn kein Kennzeichen des Verfassers fehlte in der Schrift, namentlich nicht die den Leser fast erstickende Selbstberäucherung. Mit Recht, heißt es da, sei Arnim „von vielen“ als Nachfolger des Fürsten Bismarck bezeichnet worden — der Leser muß sogar hinzusetzen, als besserer und gehaltvollerer Nachfolger. Sowie Bismarck aber in dem Grafen „den Erben vermuten konnte“, habe jener diesen Erben gerichtlich verfolgt und vernichtet. „Nicht bloß ist die Verurteilung Arnims rechtswidrig gewesen,“ sagt die Schrift weiter, „sondern das Gericht hat auch denjenigen freigesprochen (den Fürsten Bismarck), der dem Vaterlande einen Mann entzogen, welcher befähigt und berufen war, dem Lande die größten Dienste zu leisten.“ Aber womöglich noch grenzenloser als die Selbstberäucherung, ist der Bismarckhaß jenes Verfassers. Er ist die überall sichtbare Triebkraft dieses Machwerkes und steigert sich zuweilen bis zu Delirien. So wird dem Fürsten

*) Denkwürdigkeiten, II, 652.

z. B. „Ministerialdespotismus“ vorgeworfen, weil er gegen Arnims höfisch-absolutistische Ränke mit rücksichtsloser Strenge und Festigkeit seine Stellung als allein verantwortlicher Reichskanzler und damit das wahrhaft konstitutionelle Prinzip für die auswärtigen Angelegenheiten des Deutschen Reiches zur Geltung gebracht hatte. Auch enthielt die Schrift schon die schmähliche Verleumdung, Fürst Bismarck habe seine amtliche Stellung zu Geldgeschäften mit Bleichröder benützt und mißbraucht. Alle Parteien hetzte der Anonymus auf gegen den unerträglichen Despoten Bismarck, „zur Rettung der von diesem mit Füßen getretenen Freiheit“, vor allem die Konservativen gegen die Liberalen; aber auch mit dem Zentrum und sogar mit dem Republikaner Sonnemann liebäugelte die Schrift. Jeder einflußreichen Persönlichkeit wurde Fürst Bismarck als ihr Feind dargestellt. Namentlich aber dem Kaiser sollte der Reichskanzler zuwider gemacht werden, „als der allmächtigste Minister seit Stilichos und Pippins Zeiten“, der in Wahrheit der Gebieter des Reiches sei, dem Kaiser nur eine Scheinherrschaft übriggelassen habe. Der Kaiser wird aber auch geschmäht, weil er in streng verfassungsmäßiger Pflichterfüllung, nach einigem Zögern, der ungünstigen Meinung seines obersten Rates über den Grafen Arnim beigetreten war. Dafür werden dem edlen Monarchen schimpfliche, noch heute nicht mitteilbare Beweggründe untergelegt.

Der ungeheure Jubel, welchen diese mit Enthüllungen über geheime diplomatische Vorgänge reichlich gespickte Brandschrift unter allen Feinden Bismarcks erregte, veranlaßte den Grafen Arnim, sich bald nachher als ihren Verfasser zu bekennen. Damit hatte er freilich eine neue Anklage wegen Landesverrats, Majestätsbeleidigung und Verleumdung des Reichskanzlers vor dem preußischen Staatsgerichtshofe auf sein Haupt herabgezogen. Der Kaiser, der sich durch den Exbotschafter nicht länger kompromittieren lassen wollte, lehnte das Gesuch der Familie Arnim um Niederschlagung des Prozesses ab. Und als der Graf während des Prozesses durch eine englische Übersetzung seiner Schmähschrift in diesem Lande der Freiheit Stimmung zu machen suchte, veröffentlichte der „Reichsanzeiger“ zwei bis dahin geheim gehaltene

Depeschen, in welchen der deutsche Reichskanzler amtlich gegen seinen Kaiser den Grafen Arnim mit dem Namen bezeichnete, der in England dem Gentleman in der moralischen Skala am tiefsten steht, als Lügner (liar), und nachwies, daß das Kabinett von St. James genau so über den Grafen denke wie Bismarck. Das Ergebnis der neuen Anklage und Untersuchung war das Urteil des Staatsgerichtshofes vom 5. Oktober 1876, welches den Grafen in allen Punkten für schuldig erklärte, bei seinem Verbrechen des Landesverrates (§ 92 des R.Str.Ges.B.) auch „ehrlose Gesinnung" feststellte, und ihn in contumaciam zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilte. So erlosch dieser Stern der Feinde Bismarcks.

Aber mit nichten seine Todfeindschaft gegen den deutschen Staatsmann, mit nichten seine Verbindung mit gleichwertigen Feinden Bismarcks, die mit den niedrigsten Mitteln vereint auf das Ziel hinarbeiteten, den Reichskanzler zu vernichten, ihn geradezu tot zu ärgern. Schon 1875 hatte diese Liga gegen Bismarck ein ihrer würdiges Werkzeug und Organ gefunden in Herrn Joachim Gehlsen und dessen „Eisenbahn-Zeitung", die sich, nachdem ihr durch eine Verurteilung Gehlsens (wegen Bismarck-Beleidigung) zu vier Monaten Gefängnis am 3. Februar 1876 vorläufig das Handwerk gelegt war, dann „Deutsche Reichsglocke" nannte. An diesem Schandblatte, dem unflätigsten, das, außer der sozialdemokratischen Presse, in deutscher Sprache erschien, war Joachim Gehlsen nur dem Namen nach Herausgeber. In Wahrheit reichten die Patrone und Mitarbeiter des Blattes von gewissen Hofkreisen an, durch die Kreuzzeitungs- und Zentrumspartei hindurch, bis zu den Sozialdemokraten. In Wahrheit waren die Hauptverfasser der Schmutzartikel dieses Organs der Graf Harry v. Arnim und der Legationsrat Freiherr v. Loë,*) sowie die ganze ultramontane, junkerliche, demokratische und sozialdemokratische Meute, welche sich auf den Fürsten Bismarck stürzte. Die Verleumdung des Reichskanzlers mit den nichtswürdigsten und giftigsten Mitteln war das Hauptgeschäft aller dieser Männer. Aber meist geschah das nur in An-

*) S. o. Band IV, S. 201.

deutungen und Anspielungen, die vorsichtig genug gehalten waren, um einer strafrechtlichen Verfolgung lange Zeit jede Handhabe zu entziehen. Bezeichnenderweise bot ein beispiellos frecher und unvorsichtiger Angriff auf den Vorsitzenden im ersten Arnim-Prozesse, den Stadtgerichtsdirektor Reich in Berlin, den ersten festen Anlaß zu strafrechtlichem Einschreiten. Sofort verduftete Herr Gehlsen nach der Schweiz und überließ dem sogenannten „verantwortlichen Redakteur", einer völlig unbedeutenden und vorgeschobenen Persönlichkeit, die Abbüßung der von dem feigen Flüchtling verwirkten Strafen. Er hatte aber vergessen, ein Paket Briefe mitzunehmen, welches bewies, daß die gehässigsten Angriffe seines nichtsnutzigen Blattes gegen Bismarck von dem Pariser Mitverschworenen des Grafen Arnim, dem ultramontanen Legationsrat a. D. v. Loë herrührten, und daß Gehlsen in lebhaftem schriftlichen und persönlichen Verkehr mit bekannten Mitgliedern der ultramontanen Partei stand, nicht minder mit Arnim-Genossen, mit Welfen vom Schlage des Grafen Borries in Celle, und mit Sozialdemokraten vom Kaliber des Barrikadenredners Hasselmann. Wohin diese Gesellschaft zielte, verriet ein in der ersten Hauptverhandlung gegen die „Reichsglocke" (am 23. Dezember 1876) verlesener Brief v. Loës aus Paris an Gehlsen: „Ich schlage vor, die nächste Nummer der ‚Reichsglocke' zu einer Benefizvorstellung zu Gunsten des Reichskanzlers zu erheben. Vom psychologisch-medizinischen Standpunkt scheint es mir wichtig bezüglich der Reihenfolge der Artikel zuerst das Pathetische und dann das Komische zu bringen. Die Hauptsache ist, daß von vornherein gleich die Verdauung auf einige Tage gestört wird, und das geschieht nur durch leidenschaftliche Erregung."

In der zweiten Hauptverhandlung gegen das Schandblatt, am 15. Januar 1877, wies der Staatsanwalt v. Tessendorf (der jetzige Oberreichsanwalt) nach, daß die Behauptung, Fürst Bismarck habe sich für die Erwirkung der Konzession zur Gründung der Zentral-Bodenkreditgesellschaft in Berlin mit einer bedeutenden Summe am Gründungsgewinn beteiligen lassen, auf leerer Erfindung beruhe. Weiter enthüllte der Staatsanwalt, daß die „Reichsglocke"

in „höheren Kreisen" (gemeint waren Hofkreise), und von der sozialistischen und ultramontanen Presse, namentlich der „Germania", förmlich kolportiert wurde, daß Gehlsen als Zentrumskandidat im Reichstagswahlkreise Hagen ausersehen war, und überblickte am Schlusse seiner meisterhaften Rede „das Zeitalter der Verleumdungen", indem er die Verleumder in drei Klassen teilte: „die Frechen, die wenigstens den Mut haben, unter eigener Firma zu arbeiten; die Vorsichtigen, die so schreiben, daß man sie gerichtlich nicht belangen kann; endlich die der dritten Klasse, das sind die schlimmsten, es sind die Feigen, die namenlosen, anonymen Verleumder. Diese sind eigentlich schlimmer wie Einbrecher und Straßenräuber, denn die letzteren riskieren wenigstens, daß man sie niederschlägt, indem sie einem gegenübertreten müssen. Aber die namenlosen Ehrabschneider sind in keiner Weise zur Rechenschaft zu ziehen. Sie haben am meisten Ähnlichkeit mit Meuchelmördern."

Zu den Gönnern dieses Blattes gehörte aber unbegreiflicherweise auch die Kreuzzeitung und die mißvergnügte Junkerpartei. Das feudale Blatt verschmähte überdies nicht, sogar durch eigene Preßleistungen sich an der damaligen Bismarck-Hetze zu beteiligen. Namentlich erhob sie in den berüchtigten Artikeln „Die Ära Bleichröder-Camphausen-Delbrück" die aus der blauen Luft gegriffene Anschuldigung, die Minister, und vor allem Fürst Bismarck, hätten ihre amtliche Stellung zu Börsenspekulationen mißbraucht und sich mit Millionen an faulen Gründungen „beteiligen", d. h. bestechen lassen. Alle diese „Ehrabschneider", die nach Tessendorfs Wort in ihrer „Namenlosigkeit am meisten Ähnlichkeit mit Meuchelmördern" haben, brandmarkte Bismarck am 9. Februar 1876 im Reichstag mit den Worten: „Wenn jemand beleidigende, anonyme Briefe bekommt, so erwartet und fordert man von ihm, daß er sie in den Papierkorb wirft, und jedermann ist darüber einig, daß das ein ganz ehrloses Gewerbe ist, anonyme Injurien und Verleumdungen zu schreiben. Die Entrüstung darüber wird noch etwas größer, wenn die Thatsache, daß die Briefe metallographiert sind, beweist, daß sie an mehrere gerichtet sind. Sowie sie aber gedruckt sind,

ist es etwas ganz anderes, da ist es die Stimme der öffentlichen Meinung, die man beantworten soll, während es doch dieselbe ehrenrührige, unbewiesene anonyme Verleumdung ist; denn es ist selten der Redakteur, von dem dergleichen herrührt, sondern ein „Korrespondent“, ein Ungenannter. Auch dagegen könnten wir mit einem entschlossenen sittlichen Gefühl viel thun, — nicht gegen alle kleinen, aber doch gegen große Blätter. Wenn ein Blatt, wie die „Kreuzzeitung“, die für das Organ einer weitverbreiteten Partei gilt, sich nicht entblödet, die schändlichsten und lügenhaftesten Verleumdungen über hochgestellte Männer in die Welt zu bringen, in einer solchen Form, daß sie nach dem Urteil der höchsten juristischen Autoritäten gerichtlich nicht zu fassen ist, aber doch derjenige, der sie gelesen, den Eindruck hat: hier wird den Ministern vorgeworfen, daß sie unredlich gehandelt haben — wenn ein solches Blatt so handelt und in monatelangem Stillschweigen verharrt, trotzdem das alles Lügen sind und nicht ein peccavi oder erravi spricht, so ist das eine ehrlose Verleumdung, gegen die wir alle Front machen sollten, und niemand sollte mit einem Abonnement sich indirekt daran beteiligen. Von einem solchen Blatte muß man sich lossagen, wenn das Unrecht nicht gesühnt wird; jeder, der es hält und bezahlt, beteiligt sich indirekt an der Lüge und Verleumdung.“

„Lebhafter Beifall“ ward im Reichstag nach diesen Worten laut und stürmische Zustimmung erweckten sie dem Fürsten Bismarck im ganzen deutschen Volke. Aber anders wirkten sie auf die alten konservativen Freunde des Fürsten. Schon vor den Ära-Artikeln der Kreuzzeitung hatte einer dieser Herren auf einem pommerschen Woll- und Pferdemarkt sich damit gebrüstet: er werde Bismarck so klein machen, „daß er jedem ehrlichen pommerschen Krautjunker aus der Hand fressen müsse.“ Anstatt der vom Fürsten nach der Rede vom 9. Februar erwarteten Lossagung aller „ehrlichen“ Konservativen von der verleumderischen Kreuzzeitung, konnte diese vielmehr am 26. Februar eine Erklärung von 46 Altkonservativen abdrucken, welche lautete: „Als treue Anhänger der königlichen und

konservativen Fahne weisen wir die Anschuldigungen des Fürsten Bismarck gegen die „Kreuzzeitung“ und die gesamte durch sie vertretene Partei auf das entschiedenste zurück. Wir bedauern, daß der erste Diener der Krone zu derartigen Mitteln greift, um eine Partei zu bekämpfen, die er jahrelang als zuverlässigste Stütze des Thrones anerkannt hat. So wenig wie die schmerzlichen Erfahrungen der letzten Jahre vermocht haben, uns in unserer Königstreue und in unseren Grundsätzen zu erschüttern, so wenig wird auch der letzte und verletzendste Angriff gegen die Partei und ihr Organ im stande sein, uns von der Zeitung zu trennen, welche furchtlos und treu noch stets ihren Wahlspruch: ‚Mit Gott für König und Vaterland‘ verfochten hat.“ Am Schlusse der Unterzeichner dieser Erklärung las man: „Mit tiefem Schmerze unterzeichnet A. v. Thadden-Triglaff.“ Also bis in Bismarcks älteste Jugendfreundschaften hinein ging der trennende Riß. Der Fürst ließ die Namen dieser „Kreuzzeitungsdeklaranten“ — es folgten noch mehrere Listen — im Reichsanzeiger zum Gedächtnis der Mit- und Nachwelt festnageln. Er hat auch den zahlreichen Junkern und noch zahlreicheren evangelischen Geistlichen, die sich unter dem Wahlspruch „Mit Gott für König und Vaterland“ solidarisch erklärten mit den Verleumdern des Reichskanzlers, dieses Treiben nie vergessen. Gegen ihre Handlungsweise sticht um so erfreulicher und vornehmer ab das Verhalten des alten treuen Roon, der am 15. Februar, da nach Bismarcks Rede vom 9. die Widerwasser der Presse am heftigsten tobten, dem einstigen Kampfgenossen schrieb: „Aber innigst hoffe und wünsche ich, daß Sie, neben und nach den Mühen Ihrer großen Rolle, das Bewußtsein sich erhalten, bezw. wieder beleben: daß die Triumphe und Erfolge menschlicher Größe, daß alle Freude, aller Glanz und Schimmer dieses unseres dunstigen, fröhnerischen Erdendaseins — Nichts ist im Vergleich mit der uns in Jesu Christo verheißenen dereinstigen Herrlichkeit. Das wünsche ich Ihnen mit dem treuen Interesse, mit welchem ich bin und bleibe Ihr treu ergebener alter Freund Roon.“*) Am 20. März traf dann der edle Feldmarschall

*) Denkwürdigkeiten, II. 655/56.

in Berlin ein, um — wie er an Blanckenburg am 27. schrieb — seinen „alten Herrn und Kriegsfürsten“ zu dessen 79. Geburtstage noch einmal zu sehen: „B. (Bismarck) begegnete ich am 22. an des Königs Thür. Er schickte dann und ließ mich auf den folgenden Tag zu einem kleinen Diner einladen, das ich annahm. Nach Tische setzte er sich zu mir und wir plauderten Verschiedenes. Indessen verhinderte die Mitanwesenheit der anderen Gäste bald die Fortsetzung unseres tête-à-tête, und ich zog mich früh zurück; ob ich ihn wohl noch einmal wiedersehen werde, den verwegenen Steuermann? —“ Die Treuen sollten sich nicht wiedersehen!

Der ganze, gegen Bismarck gerichtete Verleumdungsfeldzug, der dem Fürsten noch schmerzlicher gemacht wurde durch die auf den Einfluß der Kaiserin Augusta zurückzuführende überraschende Begnadigung einiger Verleumder und durch die Auszeichnung anderer durch gerichtliche Urteile Gebrandmarkter mit hohen Orden — dieser Verleumdungsfeldzug hatte doch eine segensreiche Folge: die konservative Partei besann sich auf ihre wahrhaften Ziele und Aufgaben, auch auf ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Dankbarkeit für den großen deutschen Staatsmann und schritt in Süd und Nord zu einer gründlichen Reorganisation ihrer Grundsätze und ihres Wirkens. Die Vereinigung aller national-konservativen Elemente Ganzdeutschlands machte dem verwerflichen Treiben einer partikularistisch-preußischen Junkerclique von selbst ein Ende. Am 10. Juli 1876 wurde das Programm der neuen „deutsch-konservativen Partei“ veröffentlicht.*) Es war dem Fürsten Bismarck nicht neu und größtenteils sympathisch, zumal in dem Verlangen nach Beendigung des kirchlichen Kampfes, nach großen volkswirtschaftlichen Reformen und nach wirksamer Bekämpfung der sozialistischen Irrlehren. Skeptischer verhielt sich der Reichskanzler anfangs gegen die am 24. Februar 1876 ins Leben getretene agrarische Vereinigung der „Steuer- und Wirtschaftsreformer“, — obwohl sich deren Programm vielfach mit Bismarcks eigenen wirtschaftlichen Ideen deckte — weil die

*) Wortlaut bei Schultheß, Europäischer Geschichtskalender, 1876, 10. Juli.

Mehrzahl der Mitglieder dieser Vereinigung „Deklaranten“ waren — übrigens befanden sich manche von ihnen auch unter den „Deutschkonservativen“. Aber die meisten dieser „Deklaranten“ traten dem Fürsten gegenüber bald freiwillig durch entschuldigende Erklärungen den Gang nach Kanossa an, und außerdem befanden sich unter den leitenden Köpfen dieser neuen Vereinigung auch Männer wie der bayerische Gutsbesitzer Frhr. v. Thüngen, die von Haus aus Bismarcks volles Vertrauen hatten. So erwuchsen denn dem Reichskanzler aus dem abscheulichen Feldzug seiner Verleumder mindestens indirekt zwei große Erfolge. Er gewann in der neuen deutsch-konservativen Partei eine völlig zuverlässige politisch-wirtschaftliche Stütze gegen die unsichere Lauheit und zunehmende Nörgelei der „Fraktion Lasker“ und in den „Agrariern“ eine ebenso wirksame Hilfe für seine Bemühungen zu Gunsten der deutschen Landwirtschaft.

Unmittelbar nach Bismarcks zorniger Reichstagsrede gegen die Kreuzzeitung und deren Anhang war der Reichstag vom Fürsten am 10. Februar 1876 geschlossen worden. Dagegen hatte sich der preußische Landtag seit dem 16. Januar zu erneuter Arbeit versammelt. In seinem Schoße war zunächst die große Frage auszutragen, die Bismarck vor einer seiner parlamentarischen Abendgesellschaften plötzlich aufgerollt hatte: das Reichseisenbahnprojekt. Zu dessen Verwirklichung, insbesondere zur Beseitigung des Mißtrauens der Mittel- und Kleinstaaten, als strebe Preußen auf diesem Wege zu einer die Bundesglieder erdrückenden Macht im Reiche, hatte Fürst Bismarck in eingehender Denkschrift vom 8. Januar den Antrag gestellt, sämtliche preußischen Bahnen auf das Reich zu übertragen. Diesem Antrag hatten sowohl das preußische Staatsministerium als der König zugestimmt, der dem Reichseisenbahngedanken besonders warm geneigt war. In einer zweiten Denkschrift vom 9. März 1876 zeichnete Bismarck gegenüber dem stets wachsenden Widerstand, den der Reichseisenbahngedanke in den nichtpreußischen Bundesstaaten fand, das Verhalten Preußens vor für den Fall, daß das Reichseisenbahnprojekt mißlingen, zunächst also das preußische Anerbieten der Übertragung seiner Bahnen auf das

Reich von diesem abgelehnt werden sollte. Ist das der Fall, sagte er, „so wird niemand Preußen einen Vorwurf daraus machen können, wenn es der durchaus zu beseitigenden Zersplitterung des Eisenbahnwesens und den mit der Überwucherung der Privateisenbahnen verbundenen Nachteilen in seinem Verkehrsgebiete mehr als bisher durch energische Arrondierung und Vervollständigung seines Besitzes ein Ende zu machen sich bestrebt. Wird dadurch das Übergewicht der preußischen Eisenbahnpolitik ein drückenderes und der Kontrolle seiner Bundesgenossen entwachsendes, so werden sich Letztere das selbst zuschreiben müssen." Auf Bismarcks Wunsch wurde das auch „in den Motiven des Gesetzentwurfs ausdrücklich angedeutet und klar in Perspektive gestellt," diese Vorlage selbst aber am 24. März im Landtag eingebracht.

Einen Tag ehe diese Vorlage im Abgeordnetenhause zur ersten Verhandlung kam, am 25. April 1875, war Minister Delbrück von seinem Amte zurückgetreten, und der erste Redner der Opposition gegen Reichseisenbahnen, Eugen Richter, versäumte am 26. April nicht, diesen Rücktritt auf die Reichseisenbahnpolitik zurückzuführen, die das schnurgerade Gegenteil der Zollvereinspolitik sei. Fürst Bismarck erwiderte ihm: „Es ist durchaus unrichtig, und auch nicht ein Schatten von Wirklichkeit liegt dafür vor, wenn man diese beklagenswerte Änderung in unserem Personalbestande mit irgend einer politischen und sachlichen Frage in Verbindung bringt." Delbrück, dessen ausgezeichnete Verdienste der Reichskanzler in wärmster Weise würdigt, sei „bei dem Übermaß von Arbeit, das er zehn Jahre lang auf sich genommen, aufgerieben", obwohl er „mit der ungewöhnlichsten Arbeitskraft, man kann sagen mit der mehrerer begabter Männer ausgerüstet" gewesen. Gegen die Übertreibungen Richters, der geweissagt hatte, dieses Projekt werde das Reich wie Preußen zerstören, bemerkte Fürst Bismarck unter der Heiterkeit des Hauses: „Daß uns die deutsche Einheit und Freiheit auf der ersten Reichslokomotive davon fahren werde, das glaube ich nicht." Dann entwickelte der Reichskanzler, gerade vom Standpunkt dieses seines Amtes aus, die Notwendigkeit der Vorlage. Die Verheißungen der

Reichsverfassung für den Eisenbahnverkehr in Deutschland seien infolge des Partikularismus der Regierungen und namentlich der preußischen, ein toter Buchstabe geblieben. Das Reichseisenbahnamt, auf das man große Hoffnungen gesetzt, sei eine unfruchtbare „bittende Behörde geworden, die sehr viel schreibt und thut, ohne daß ihr jemand Folge leistet." Das preußische Handelsministerium übe einen übermächtigen Einfluß auf das gesamte deutsche Eisenbahnwesen, und es sei gerade die Pflicht des Reichskanzlers, die Entwickelung eines Großpreußentums zum Nachteil der Reichsautorität zu bekämpfen. Hiezu sei die Vorlage der beste Weg. Ebenso zur Beseitigung der unerträglichen Zerrissenheit des deutschen Eisenbahnwesens, die zu einem Kampf der Eisenbahndirektionen unter einander, zu einem „Fehderecht" derselben führe. Eisenbahnen dürften überhaupt nicht Gegenstand finanzieller Konkurrenz sein und die monopolistische Ausbeutung des Publikums durch die Privatbahnen für Privatinteressen sei verwerflich und unzulässig. Niemand denke daran, den anderen Staaten ihre Bahnen wider ihren Willen zu nehmen! Die Regierung wünsche sich der Unterstützung des Landtags zu versichern, ehe sie mit ihrem Antrage auf Übernahme der preußischen Bahnen an das Reich herantrete. Lebhafter Beifall folgte dieser Rede. Auch der Abgeordnete Lasker hatte sich warm für Reichseisenbahnen ausgesprochen. Gegenüber dem Abgeordneten Virchow versicherte Bismarck bei der zweiten Lesung der Vorlage im Abgeordnetenhause am 29. April die volle Einmütigkeit des Ministeriums in dieser Frage. Darauf wurde das Gesetz am 2. Mai mit 215 gegen 160 Stimmen angenommen.

Im Herrenhause trat vor allem Bismarcks Onkel Kleist-Retzow lebhaft gegen die Vorlage auf (18. Mai), da bisher der Versuch noch nicht gemacht sei, einen so großen Komplex von Eisenbahnen aus einer Hand zu bewirtschaften. Fürst Bismarck wies ihm im Gegenteil nach, daß alle anderen Staaten demselben Ziele zustrebten. Am 20. Mai nahm auch das Herrenhaus mit 60 gegen 31 Stimmen die Vorlage an. Am 4. Juni erhielt sie Gesetzeskraft. Fürst Bismarck machte in einer Denkschrift vom 12. Juni an den Handels-

minister Dr. Achenbach geeignete Vorschläge zur Beschleunigung der Ausführung des Gesetzes: Baldige Abschätzung der vom Reich für die preußischen Bahnen zu fordernden Summe, dann Einleitung der Verhandlungen mit den Einzelstaaten und inzwischen „ungesäumt die weitere umfassende Ausdehnung und Konsolidierung des preußischen Staatseisenbahnbesitzes durch Ankauf wichtiger Privatbahnen. Die preußische Regierung fördert damit die eigenen wie die Zwecke des Reichs. Gerade das energische Bestreben Preußens, sich eine dominierende Eisenbahnmacht zu sichern und die Zügel der Staatsaufsicht straff anzuziehen, wird den nationalen Aufgaben des Reichs auf dem Eisenbahngebiete die förderlichste Lösung, dem neuesten, auf nationalem Boden stehenden preußischen Gesetze die heilsamste Ausführung sichern."

An dem endgültigen Scheitern des Reichseisenbahnprojektes trägt die bedauerliche Unthätigkeit der preußischen Minister, über welche sich Bismarck später öffentlich bitter beklagte, mindestens eine so große Schuld als der hartnäckige Widerstand der Mittelstaaten. Obwohl alles vom Landtag bewilligt war, was die Regierung gefordert hatte, vermochte der Ministerpräsident von seinen Kollegen im Verlaufe vieler Monate — und trotz aller seiner Erinnerungen — nicht einmal die Einschätzung des Wertes der preußischen Bahnen zu erlangen, welche die erste Voraussetzung für ein Angebot an das Reich bildete. Diese bitteren Erfahrungen waren einer der Anlässe, die den Fürsten, wie später berichtet werden wird, im April 1877 zu einem neuen Entlassungsgesuche bestimmten. Gleichwohl aber hat schon die Anregung des Reichseisenbahnprojektes durch Bismarck das deutsche Eisenbahnwesen nahe zu dem Ziele geführt, das er erstrebte: die deutschen Eisenbahnen in den Dienst gemeinnützigen Verkehrs und der Interessen des Publikums zu stellen, und namentlich die Mißwirtschaft der Privatbahnen zu beseitigen. Denn in Preußen gingen nach und nach alle wichtigen Privatbahnen in Staatsbesitz über. Und die dem Reichseisenbahnsystem feindlichen Mittelstaaten thaten sämtlich dasselbe. Sie brachten auch auf ihrem Gebiete alle Eisenbahnen in die Hand der Staatsverwaltung,

um dadurch mit dem ungeheuer angewachsenen preußischen Staats- eisenbahnkomplex in einheitlichen Wettbewerb treten zu können. So war denn auch dieses hohe nationale Streben des Reichskanzlers nicht verloren, wenn auch das Hauptziel verfehlt wurde: das ge- waltige Hebungsmittel des Verkehrs und Nationalwohlstandes, das die Eisenbahnen darstellen, auf das Reich zu übertragen, und da- durch jenen Wohlstand und Verkehr mächtig zu fördern.

Inzwischen war die orientalische Frage brennender geworden, der Kriegsgefahr näher entgegengereift. Der deutsche Reichskanzler sah auch jetzt noch keinerlei deutsches Interesse dabei beteiligt. Wohl aber strebte er nach wie vor eifrig danach, die freundschaftlichen Beziehungen Rußlands und Österreichs untereinander und zu Deutsch- land durch jene Wirren nicht trüben und erschüttern zu lassen. Zu diesem Zwecke besprach er sich in den Tagen vom 21. bis 23. April zunächst mit dem ihm besonders vertrauten russischen Botschafter in London, Grafen Schuwaloff, in Berlin und erließ am 5. Mai, auf Anregung Andrassys, eine Einladung an die Reichskanzler Rußlands und Österreich-Ungarns zu einer Konferenz in Berlin über die türkische Krisis. Diese Einladung wurde nicht bloß von Gortschakoff und Andrassy angenommen, sondern Zar Alexander selbst fand sich mit seinem Reichskanzler am 11. Mai in Berlin ein. Graf Andrassy war schon tags zuvor gekommen. Nun folgten in den nächsten Tagen eingehende Beratungen der drei Kanzler unter einander, mit den Kaisern, und auch mit den Berliner Bot- schaftern Frankreichs, Englands und Italiens — und diese Be- ratungen führten unter Leitung des „ehrlichen Maklers“ Bismarck zum vollsten Einverständnis aller Beteiligten, ja zu der seit Menschen- gedenken nicht mehr erlebten Einigung aller christlichen Mächte gegen- über der Türkei. Geschickt benützte Bismarck zu diesem Zwecke die ungeheure Entrüstung, welche die ganze gesittete Welt durchbebte, als am 6. Mai 1876 in Saloniki der deutsche und französische Konsul von fanatisierten muhammedanischen Pöbelhaufen, unter sträf- licher Mitwirkung der türkischen Behörden, ermordet wurden. Da traten alle christlichen Mächte dem Memorandum der drei Kaiser-

staaten bei, welches von der Türkei die rechtliche und politische Gleichstellung aller ihrer christlichen Unterthanen mit den Bekennern des Islam und die Einstellung des Blutvergießens in den empörten christlichen Provinzen forderte.

Fürst Bismarck verstand aber auch, die christlichen Mächte in dem weiteren Verlaufe der schweren Verwickelung vereint weiter zu führen, und dadurch die ernstlich drohende Gefahr eines europäischen Krieges abzuwenden. An das Memorandum vom 11. Mai schlossen sich zunächst noch fortlaufende Konferenzen der Mächte, mit und ohne Zuziehung von Vertretern der türkischen Regierung, die in ihren Entschlüssen erheblich schwankte, zumal da in Konstantinopel in der Zeitspanne vom Juni bis Ende August 1876 die gewaltsame Entthronung zweier Sultane und die Ermordung dreier türkischer Minister sich vollzog. Schließlich aber scheiterten Bismarcks Friedensvermittlungsversuche an dem Freiheitsdrang der Serben und Montenegriner und an dem hochmütig-fanatischen Trotz der Pforte. So ward denn der Krieg unvermeidlich, aber — dank Bismarcks Staatskunst nur ein Krieg der Türkei mit ihren empörten christlichen Vasallenstaaten und Rußland. Selbst Englands Neutralität in diesem Kriege wußte Bismarck zu sichern, nachdem er dem — von ihm feindlichen Hofkreisen lebhaft unterstützten — Ansinnen der Königin Viktoria, Rußland den Krieg zu verbieten, sich rundweg versagt, wohl aber Deutschlands strengste Neutralität zugesichert hatte. Rußland gelobte dagegen feierlich, den Krieg nicht zum Zwecke der Eroberung zu führen, insbesondere Konstantinopel nicht in Besitz zu nehmen, und jede Bedingung des künftigen Friedens, welche europäische Fragen berühren würde, einem europäischen Kongresse zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.

Noch suchte eine Konferenz der Großmächte in Konstantinopel die letzten Friedenshoffnungen zu beleben, als Herr Eugen Richter sich zum Worte meldete, — er nebst seiner Partei und der Sozialdemokratie schwärmte lebhaft für die „Freiheit der Türkei“ und verdammte noch lebhafter die „russenfreundliche Politik Bismarcks“.

Am 5. Dezember 1876 brachte er in dem seit dem 30. Oktober wiedereröffneten Reichstag eine „Interpellation“ ein, die scheinbar nur die Antwort begehrte, was die Reichsregierung auf den russischen Ukas, der vom neuen Jahr ab die Entrichtung der Eingangszölle in Gold verlangte, „zu thun gedenke“. Aber dieses Gold der Richterschen Interpellation war nur Chimäre. Denn in Wahrheit war seine ganze Rede nur ein leidenschaftlicher Angriff auf Bismarcks Orientpolitik. Außerdem war diese Interpellation den englischen Unterströmungen am Berliner Hofe selbstredend günstiger als den deutschen Interessen. Der Kanzler blieb Herrn Richter natürlich die Antwort nicht schuldig. „Mir ist, als einem Pfleger des Friedens, die Interpellation in meinem Werke unzweifelhaft hinderlich und im höchsten Maße unbequem,“ sagte er; „ich glaube auch nicht, daß der Herr Redner sie gestellt hat, um mir förderlich zu sein und meine Aufgabe bequem zu machen. Es ist sehr wohlfeil, zu sagen, daß man den Krieg nicht will; es fragt sich nur: inwieweit schädigt der Herr Vorredner die Bemühungen, den Frieden auf lange Dauer zu wahren?“ Vor anderthalb Jahren habe man „den unbegründeten Vorwurf erhoben, wir suchten Krieg und Händel“ (s. o. S. 229 flg.); und jetzt, nachdem eine solche Unwahrheit in der ganzen Welt keinen Glauben mehr finden würde, beschuldigt man uns des Gegenteils: wir wären zu friedfertig und machten von der Macht, die wir hätten, nicht den richtigen Gebrauch.“ Richter habe angedeutet, daß Rußland „von uns im Augenblicke große Gefälligkeiten und Dienste verlange“, da es seine Grenzen durch Eroberungen erweitern wolle. Das sei durchaus nicht der Fall. Denn bis jetzt liege nur „die feierliche Versicherung des Kaisers Alexander vor, daß er seinerseits auf Eroberung und Erwerb verzichten wolle.“ Niemand habe ein Recht, an diesem Kaiserwort zu zweifeln. „Rußland verlangt von uns gar nichts, wofür wir unsererseits einen Preis fordern könnten. Man muß sich bei dem, was man in der Politik will, immer nur nach dem eigenen Landesinteresse richten, nicht aber nach Preisen, die ein Fremder bietet. Wir werden die Politik, die wir machen, aus eigenem Interesse machen, und eine andere zu machen, werden

wir uns durch keine Anerbietung bestimmen lassen." Die Mächte verlangten nur die Gleichstellung der christlichen Unterthanen in der Türkei. Mißlinge das, so sei allerdings der Krieg wahrscheinlich; aber Rußland fordere von Deutschland gar keine Unterstützung, nur Neutralität, „wiederum also etwas, was vollständig in unserem Interesse liegt, und was kein Mensch beabsichtigt, anders zu leisten. Wenn der Herr Vorredner ein von ihm selbst als apokryph bezeichnetes Gerücht anführte, daß ich gesagt haben soll, im ganzen Orient steckte kein Interesse, was so viel wert wäre als der Ertrag eines pommerschen Rittergutes, so ist das irrtümlich. Es ist in allen solchen Legenden ein Stückchen Wahrheit, und a Bisserle Falschheit ist allweil dabei (Große Heiterkeit). Ich habe gesagt: ich werde zu irgend welcher aktiven Beteiligung Deutschlands an diesen Dingen nicht raten, so lange ich in dem Ganzen für Deutschland kein Interesse sehe, welches auch nur — entschuldigen Sie die Derbheit des Ausdrucks — die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert wäre. Ich habe ausdrücken wollen, daß wir mit dem Blute unserer Landsleute und unserer Soldaten sparsamer sein müßten, als es für eine willkürliche Politik einzusetzen, zu der uns kein Interesse zwingt (Beifall). Und insofern sind wir allerdings der Mindestbeteiligte. Wenn die jetzige orientalische Politik also für uns überhaupt meinem Urteil nach, keine Kriegsfrage enthält, so enthält sie doch sehr wohl die Aufforderung zu einer außerordentlich vorsichtigen Politik, die sich den anderen Mächten durch ihr Wohlwollen und ihre Friedensliebe empfiehlt und empfehlen kann, weil sie dadurch keines ihrer Interessen verletzt. Mein Bestreben und meine mir von Sr. Majestät dem Kaiser gestellte Aufgabe ist: dahin in dem diplomatischen Verkehr zu wirken, daß womöglich die guten Beziehungen, in denen wir zu den drei nächstbeteiligten Mächten sind,*) ungetrübt oder doch möglichst wenig getrübt aus dieser Krisis hervorgehen mögen, daß wir sie pflegen sollen, wie wir können.

*) Rußland, Österreich und England, welches der Redner zuvor durch die Worte auszeichnete: „Wir haben mit England nicht minder wie mit Rußland die Tradition einer hundertjährigen guten Beziehung."

Man weiß die Nützlichkeit dieser unserer Stellung zu schätzen; denn wir allein haben die Möglichkeit unbeteiligt zu vermitteln, in einer Richtung hin, die entweder den Krieg verhindert, oder wenn das sich als möglich nicht erweisen sollte, wenigstens die Mittel dazu bieten kann, ihn einzuschränken, zu lokalisieren, zu hindern, daß aus dem orientalischen Kriege ein europäischer werde, ein Krieg zwischen zwei europäischen Mächten." Diese Rede und die darin entwickelte weise Politik fand den lebhaften Beifall der großen Mehrheit des Reichstags und des deutschen Volkes, ja auch aller europäischen Mächte in dem Maße, daß Deutschland am Ende des orientalischen Krieges von den Mächten ersucht wurde, den Vorsitz auf dem Kongreß zur Schlichtung der Wirren im Orient zu übernehmen und diesen Kongreß nach Berlin zu berufen.

Die Gegner des Fürsten Bismarck und besonders die ihm feindlichen Hofkreise machten ihm aber trotz alledem nicht bloß seine orientalische Politik zum Vorwurf, sondern namentlich auch, daß er sich schon 1876 abgeneigt zeigte, die Pariser Weltausstellung von 1878 zu beschicken, während die Kaiserin hierfür schwärmte. Der Fürst stellte seine Bedenken gegen die Beteiligung Deutschlands an dieser Ausstellung am 1. November 1876 in einer Denkschrift zusammen. Hier betonte er namentlich die Inopportunität eines solchen Schrittes im Hinblick auf die Stimmung der Franzosen gegenüber Deutschland und bezeichnete deshalb die Zurückhaltung Deutschlands als eine Forderung der nationalen Würde. Auch sprach er mit Kennern Frankreichs über die Sache, so namentlich gegen Ende Dezember 1876 mit Ludwig Bamberger, der die Pariser Ausstellungen von 1855 und 1867 gesehen hatte und Bismarcks Bedenken auch vom ausstellerischen Gesichtspunkt durchaus beitrat.*) „Auf einem solchen Jahrmarkt, der namentlich dazu gemacht ist, die Menschen in Masse zu fesseln und zu blenden, wird Deutschland immer keine siegreiche Rolle spielen", meinte Bamberger. Doch bezeugt er zu-

---

*) Reichstagsrede Bambergers vom 28. Januar 1893 und Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, II, 214/15.

gleich: „Ich erinnere mich meines damaligen Gesprächs mit dem Fürsten Bismarck noch ziemlich genau, und er war so wenig geneigt, den Franzosen hier einen Tort anzuthun oder zu zeigen, daß Deutschland eines besonderen Mißgefühls wegen wegblieb, daß er zuletzt auf die, wie mir schien, recht ingeniöse und wirklich auch ausgeführte Idee kam, zu sagen: wir wollen es so machen: wenn wir es nicht für angezeigt halten, die Industrieausstellung mit deutschen Erzeugnissen zu beschicken, wollen wir doch nicht unhöflich sein; wir können unsere Künstler veranlassen, ihre Bilder und Skulpturen dort auszustellen, wir wollen damit gewissermaßen unsere Karte abgeben, einen Akt der Höflichkeit vollziehen, so daß man uns die Sache nicht vom politischen Standpunkte aus auslegen kann. Das ist auch geschehen."

Wir berichten nun über Bismarcks persönliches Leben und seine persönlichen Äußerungen im Jahre 1876 ebenso im Zusammenhang, wie bisher über sein politisches Wirken. Am Eingange dieser Darstellung ist zu erwähnen der freundliche Glückwunsch, den der deutsche Reichskanzler dem Lieblingsdichter des deutschen Volkes, Viktor v. Scheffel, zu dessen 50. Geburtstage, am 15. Februar sandte: „Bei Vollendung Ihres ersten halben Jahrhunderts bitte ich Sie, meiner Frau und meine Glückwünsche freundlichst entgegenzunehmen!"*) Der Dichter dankte mit den Verszeilen: „Ein gutes Blatt Geschichte ist mehr als tausend Gedichte." Anfang März erfolgte dann der Dank des Fürsten an das Protestante Institute of Scotland zu London für die ihm übersandte Preisschrift eines Studenten der Anstalt, Charles Salmond, „Darstellung und Verteidigung der antiultramontanen Politik des Fürsten Bismarck" u. s. w. Der Fürst antwortete: „Obwohl es nicht auffallend ist, daß ein Kampf zwischen bürgerlicher Gesellschaft und päpstlicher Streitsucht teilnehmendes Interesse unter den Landsleuten von John Knox wachgerufen haben sollte, so hat es mich bei der Lektüre Ihrer Preisschrift über Vatikanismus doch sehr gefreut zu sehen, das Sie

*) Poschinger, Neue Bismarckbriefe, I, 136/7.

die Bedeutung unserer Verteidigung gegen ultramontane Anmaßung so schnell erfaßt und so richtig dargestellt haben." Aber noch aus viel weiterer Ferne gelangten Beweise dankbarer Verehrung an den Fürsten. Ein deutscher Unionssoldat, Adolf Kitz, der an der äußersten Kulturgrenze des fernen Westens in Dakota zur Besetzung des Forts Totten gehörte, sandte dem Reichskanzler am 18. Februar 1876 eine Nummer der in der Stadt Bismarck am Missouri erscheinenden „Bismarck-Zeitung" nebst einer Beschreibung der Ansiedelung und versicherte treuherzig, daß „auch die deutschen Soldaten der Vereinigten Staaten, mitten unter den wilden Indianerstämmen des fernen Westens mit großer Spannung der unter Fürst Bismarcks Leitung sich vollziehenden Neugestaltung des Deutschen Reiches entgegensehen und wünschen, daß es dem Fürsten vergönnt sein möge, das Ruder des deutschen Staatsschiffes noch viele Jahre mit der bisherigen Kraft und Geschicklichkeit zu lenken, zum Wohle Deutschlands und der Deutschen im Ausland." Bismarck antwortete dem schlichten Manne am 22. März dankend: „Ich habe mich gefreut, zu ersehen, daß Sie sich in der Ferne die Anhänglichkeit an Ihr altes Vaterland bewahrt haben und wünsche, daß es Ihnen in Ihrer neuen Heimat wohl ergehe."

Am 20. März bestand Graf Herbert das diplomatische Examen „mit Auszeichnung". Am 22. begab sich der Reichskanzler zur Beglückwünschung zu seinem Kaiser und wurde von diesem zum General der Kavallerie ernannt. Zu Bismarcks 61. Geburtstage aber, am 1. April, erschienen der Kaiser und der Kronprinz zur Beglückwünschung persönlich beim Fürsten.

Am 29. April genehmigte König Ludwig von Bayern „mit Vergnügen" den Beschluß der Kissinger Gemeindebehörden, in Kissingen eine Statue des Fürsten Bismarck aufzustellen. „Doch soll das Denkmal nicht da errichtet werden, wo von ruchloser Frevlerhand ein Attentat auf den Reichskanzler verübt wurde, sondern an jener Stelle, wo derselbe Heilung suchte und fand: in den Anlagen des von dem Fürsten täglich besuchten Salinenbades." In den

Tagen vom 14. Juni bis 26. Juli besuchte dieser in Begleitung von Frau und Tochter dann wieder die Kissinger Heilquelle mit gutem Erfolge. Zuvor war er (vom 21. Mai bis 4. Juni) zwei Wochen in Friedrichsruh gewesen. Am 7. Juni hatte er zu Ehren des scheidenden Ministers Delbrück ein Diner gegeben. Zu dessen Nachfolger war, auf Delbrücks eigenen Rat, der großh. hessische Ministerpräsident Hofmann berufen worden. Von Kissingen aus wurde Fürst Bismarck am 10. Juli zu Kaiser Wilhelm nach Würzburg berufen, um in der orientalischen Frage mit ihm zu verhandeln, da der Kaiser mit dem Zaren Alexander vom 14. bis 18. Juni in Ems verweilt hatte, und am 8. Juli der Zar mit dem Kaiser von Österreich in Reichsstadt zusammengetroffen war. In diesen Tagen äußerte sich Fürst Bismarck gegen Herrn v. Benda, einen der nationalliberalen Führer, seinen Tischgast, in Kissingen „sehr ungehalten über die orientalischen Angelegenheiten und den alten Disraeli, der immer den Kriegslustigen spiele, den man auspoltern lassen müsse. Da sei es seine Aufgabe, stundenlang zu sitzen, oder nach Würzburg zum Kaiser zu fahren, — das halte er nicht länger aus."*) In derselben Unterredung erklärte der Reichskanzler unumwunden, er denke nicht daran, sich von der nationalliberalen Partei zu trennen, werde aber gezwungen werden, sich nur auf Konservative, einschließlich des Zentrums, zu stützen, wenn die Partei, wie bisher schon öfters, ihre Haltung und Abstimmungen nach der Führung der Fortschrittspartei einrichte. Auch klagte Bismarck lebhaft über den Widerstand, den seine nationale Politik unter den preußischen Ministerkollegen finde, namentlich im Finanz- und Handelsministerium. Auf die Kanzlerkrisis des Jahres 1877 und die sich anbahnende Veränderung in der Haltung des leitenden Staatsmanns zu den Nationalliberalen von 1878 an war hier schon warnend hingedeutet. Am 1. Juli hatte König Wilhelm den Fürsten Bismarck auch, auf Grund des Fideikommißbesitzes im

*) Das ganze umfangreiche Gespräch bei Poschinger, **Bismarck und die Parlamentarier**, II, 205/09.

Amte Schwarzenbeck in Lauenburg (Friedrichsruh), zum erblichen Mitgliede des Herrenhauses erhoben.

Am 26. Juli kehrte der Fürst nach Berlin zurück, um sich am 30. zur Nachkur nach Varzin zu begeben. Hier verweilte er bis zum 21. November; freilich dachte er so wenig wie in früheren Jahren daran, diese vier Monate ausschließlich seiner Erholung zu widmen. Denn außer dem treuen und gediegenen Mitarbeiter Lothar Bucher erschienen hier nacheinander fast alle Minister und ein guter Teil der deutschen Botschafter zu Beratungen. Von den in dieser Zeit von Varzin ausgegangenen persönlichen Schreiben Bismarcks sei das folgende erwähnt, das an einen alten Kampfgenossen, den Geheimrat Hermann Wagener, gerichtet war. Dieser stand in manchen der brennenden Fragen der Zeit auf anderem Boden als der Reichskanzler, der ihm am 8. September gleichwohl voll treuer Anhänglichkeit schrieb: „Ich würde es sehr bedauern, eine so bedeutende Kraft wie die Ihrige in einer der meinen widerstrebenden Richtung thätig zu sehen, aber die etwaige Verschiedenheit unserer Wege in dem jedenfalls kürzeren Reste unseres Lebens wird für mich nicht das Band zerreißen können, welches dreißig Jahre freundschaftlicher Beziehungen und gemeinsamer Kämpfe geschaffen haben."

Da am 30. Oktober, wie oben S. 259 erwähnt, der Reichstag eröffnet wurde, so kehrte Bismarck zu seiner ebenfalls an jenem Ort bereits berührten Beteiligung an den Beratungen des Parlaments am 21. November nach Berlin zurück, namentlich auch, um die Justizgesetze zum Abschluß zu bringen. Auf den parlamentarischen Soireen und Diners, die er vom 1. Dezember ab veranstaltete, sprach er sich auch über die orientalische Politik aus, und zwar in Übereinstimmung mit der Reichstagsrede vom 5. Dezember. Insbesondere betonte er im Gespräche kräftig die Notwendigkeit der Erhaltung Österreichs und der Abwehr einer englischen Einmischung in die orientalische Frage. Am 2. Dezember faßte er die leitenden Grundsätze seiner Orientpolitik kurz in die Worte zusammen: „Erst sind des Reiches Interessen zu wahren, dann die des österreichischen Staates,

weil sie mit den unsrigen zusammenfallen, und erst zuletzt haben wir zuzusehen, wie wir mit Rußland auf leidlich gutem Fuße weiter leben können."*)

Die großen vier Justizgesetze, an denen seit acht Jahren die hervorragendsten Juristen Deutschlands gearbeitet hatten, die deutsche Gerichtsverfassung, Civilprozeßordnung, Strafprozeßordnung und Konkursordnung, lagen ihrem Stoffe nach Bismarcks Wirkungsgebiet ferner. Aber als sie, nach Abschluß der Beratungen im Reichstag, im Dezember 1876 an dem Widerspruche des Bundesrates gegen 86 vom Reichstag gefaßte Beschlüsse doch noch zu scheitern drohten, eilte Bismarck von Varzin nach Berlin, um das bedeutsame nationale Werk zu retten. Zum ersten Mal seit Jahren führte er bei der Beratung dieser Gesetze im Bundesrate am 12. Dezember 1876 wieder den Vorsitz in dieser Körperschaft. Seine mächtige Persönlichkeit und Einwirkung ließ von den 86 „Punkten", die der Bundesrat beanstandet hatte, schließlich nur 18 übrig, welche der Bundesrat als „wirklich unannehmbar" erklärte, und auch bezüglich dieser 18 Punkte empfahl der Reichskanzler den nationalliberalen Unterhändlern Bennigsen und Miquel vertrauliche Unterhandlungen mit dem preußischen Justizminister Leonhardt, um zu einem Kompromiß zu gelangen, wenn er auch öffentlich, auf seiner parlamentarischen Soiree am 9. Dezember, dem Abgeordneten Dr. Völk auf die joviale Ansprache: „Durchlaucht, der Klügste gibt nach", erwiderte: „Ich bin lange genug der Klügste gewesen, jetzt ist an Ihnen die Reihe." Auf die weitere Bemerkung des Abgeordneten Dr. Zinn: wenn die Gesetze scheitern, so sei der preußische Partikularismus daran schuld, weil er der größte und gefährlichste sei, erwiderte Fürst Bismarck zustimmend: „Das habe ich auch schon gesagt und dem entgegengearbeitet." Seinem Verdienst ist es vor-

*) Ausführlicheres bei Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, I, 92/100, II, 212/17. Da diese Äußerungen des Fürsten großenteils der Rede im Reichstag vom 5. Dezember vorausgingen, so erregten sie das höchste Aufsehen und namentlich die Bewunderung der englischen Presse, wegen der neutralen Haltung Bismarcks gegen Rußland.

nehmlich zuzuschreiben, daß der Bundesrat schließlich dem von Bennigsen vermittelten Kompromiß die Zustimmung erteilte. In der Schlußabstimmung des Reichstags am 21. Dezember wurden auf dieser Grundlage die Civilprozeßordnung und Konkursordnung einstimmig, die Strafprozeßordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz mit 194 gegen 100 Stimmen angenommen.

Wenn Fürst Bismarck am Schlusse dieses Jahres einen Blick zurückwarf auf die Erfolge, die unter seiner Leitung das Deutsche Reich in den ersten sechs Jahren der Wiedererstehung errungen hatte, so durfte er wohl zufrieden sein. Alle Bundesstaaten und Stämme hatten sich innig und freudig in den neuen gemeinsamen Staatsverband eingelebt; auch „das jüngste Glied der deutschen Familie", Elsaß-Lothringen, wuchs mit den alten Gliedern von Jahr zu Jahr unlöslicher zusammen. Mächtig gefördert war das deutsche Gemeingefühl durch eine Fülle neuer Reichsgesetze auf den Gebieten der Rechtseinheit, wirtschaftlichen Wohlfahrt, erhöhten Wehrkraft und gesicherten Gewissensfreiheit der Nation; der kirchliche Kampf war bei siegreichem Fortschreiten der Staatsmacht zum Stillstand gekommen. In den auswärtigen Beziehungen hatte das junge Deutsche Reich alle Mächte zu Freunden gewonnen, außer Frankreich, aber auch von diesem Staate vorerst und voraussichtlich für längere Zeit keinen feindlichen Ausbruch zu besorgen, so daß Deutschland in die zu Ausgang des Jahres 1876 kriegerisch zugespitzte orientalische Verwickelung mit vollkommener Ruhe eintreten konnte. Als ein bedeutsames Anzeichen für die Sicherheit aller Verhältnisse des jungen Reiches nach außen und innen kann auch jener berühmte Erlaß Bismarcks vom 9. Januar 1876 gelten, welcher die Benutzung der preußisch-deutschen Staatsarchive zu wissenschaftlichen Zwecken in liberalster Weise gestattete und dadurch das Geschichtswerk Sybels, die Veröffentlichungen Poschingers u. s. w. ermöglichte.

Jeder andere Staatsmann als Bismarck hätte sich bei diesen großartigen Ergebnissen wahrscheinlich vollauf befriedigt gefühlt. Er aber sah sich überall noch lange nicht am Ziel seiner Wünsche, seines Strebens. Gewaltige Aufgaben standen noch ungelöst vor

ihm: die Befestigung und der Ausbau des Reiches, insbesondere durch Bekämpfung der vaterlandslosen revolutionären Sozialdemokratie und durch das Wagnis und Vollbringen einer nationalen Steuer-, Zoll- und Wirtschaftsreform; endlich die Befestigung des deutschen und europäischen Friedens durch bindende Einigung mit den natürlichen Bundesgenossen Deutschlands. Wie Bismarck diese großen Aufgaben verfolgte und löste, wird das nächste Buch darstellen.

Zehntes Buch.

Fürst Bismarck als Reichskanzler von 1877 bis 1879.

Erstes Kapitel.

Bismarcks auswärtige Politik 1877 bis 1879.

Als im Frühjahr 1877 der lang erwartete kriegerische Ausbruch im Orient erfolgte, da mochten in Deutschland und im Ausland viele Tausende Vergleiche anstellen über die preußisch-deutsche Politik während des früheren orientalischen Krieges in der Mitte der fünfziger Jahre und während der jetzigen orientalischen Krisis. Fürst Bismarck selbst hatte sich jener Erinnerung nicht erwehren können. In seiner Reichstagsrede vom 5. Dezember 1876 war sie zwar unwillkürlich aufgetaucht, aber der alle Welt fesselnde Vergleich zwischen damals und jetzt in bescheidenster Form von dem Redner nur flüchtig angedeutet worden. Wir wissen heute,*) daß während des Krimkrieges dem preußischen Bundesgesandten Otto v. Bismarck nahezu ausschließlich das Verdienst zukommt, Preußen damals vor Demütigungen und Verwickelungen bewahrt zu haben, die den preußischen und den deutschen Interessen durchaus fremd und nachteilig gewesen wären. Von diesen seinen großen Verdiensten, die erst beträchtlich später aus Poschingers Werk „Preußen am Bundestage" bekannt wurden, sagte der Reichskanzler am 5. Dezember 1876 kein Wort. Er erörterte vielmehr nur: die ihm „vom Kaiser gestellte Aufgabe, daß die guten Beziehungen, in denen wir zu den nächstbeteiligten Mächten (Österreich-Ungarn, Rußland und England) stehen, möglichst wenig getrübt aus dieser Krisis hervorgehen mögen,

---

*) S. oben Band II S. 3—114.

könnte uns nur dadurch verdorben und gestört werden, wenn irgend einer unserer Freunde von uns verlangte, unsere stärkere Freundschaft zu ihm dadurch zu bethätigen, daß wir den anderen Freund, der uns ebenfalls nichts gethan hat, der im Gegenteil unser Freund bleiben will, feindlich behandeln und unsere stärkere Liebe durch Haß gegen den anderen beweisen sollen." Das sei während des Krimkrieges häufig geschehen und sein damaliger Chef, Herr v. Manteuffel, habe mehr Neigung gehabt, solchen Wünschen nachzugeben, als der König. Wenn an Bismarck selbst als Minister dergleichen herangetreten wäre, so würde er es „sehr kräftig" zurückgewiesen haben. „Ich bin aber nicht des Glaubens, daß man uns solche Zumutungen machen werde; bis jetzt sind sie uns in keiner Weise gemacht worden."

Natürlich hüteten sich „die nächstbeteiligten Mächte" nach dieser festen öffentlichen Aussprache des deutschen Reichskanzlers wohl, sich durch „Zumutungen" solcher Art die „sehr kräftige" Abweisung zu holen, die ihnen solchenfalls deutlich in Aussicht gestellt wurde. Vielmehr war ihnen Deutschlands Freundschaft und Unterstützung nur im Anschlusse an Bismarcks Orientpolitik gesichert, „diesen Krieg zu lokasirieren, einen europäischen Krieg, einen Krieg zwischen zwei europäischen Mächten zu verhindern." Dieser von dem deutschen Staatsmanne vorgezeichneten Politik schließt sich — im Gegensatze zur Zeit des Krimkriegs — nicht bloß Österreich, sondern sogar England und Rußland an. In enger Fühlung mit Bismarck thun alle Staaten im weiteren Verlauf der Krisis ihre diplomatischen Schritte. Das erhellt klar aus den Thatsachen. Denn als am 20. Januar 1877 die Botschafterkonferenzen in Konstantinopel an dem unbelehrbaren Trotz der Türkei scheiterten, verließ außer den englischen und russischen Bevollmächtigten (Lord Salisbury und General Ignatieff) auch der deutsche, Frhr. v. Werther, Konstantinopel. Nun regte aber Rußland an, ehe es zu den Waffen griffe, die Forderungen aller europäischen Mächte an die Türkei in einem gemeinsamen Beschluß, gewissermaßen als ein europäisches Ultimatum an die Türkei festzustellen, und zunächst erörterten der russische

Großfürst Konstantin und der Botschafter v. Oubril in Berlin am 5. Februar dieses Vorhaben mit Bismarck, der ihm bereitwillig zustimmte. In den Tagen vom 4. bis 6. März verhandelte dann General Ignatieff selbst, ehe er nach Paris und London reiste, den der Türkei zu überreichenden europäischen Wunschzettel mit Bismarck und erzielte volles Einverständnis. In jenen Tagen sagte der Reichskanzler zu seinen parlamentarischen Gästen: Er wisse bereits seit zwei Jahren ganz genau, auf welche Weise die Orientfrage am leichtesten zu lösen sei. Alles spitzte die Ohren und war auf die Lösung der schwierigen Frage aus dem Munde des Reichskanzlers gespannt. Fürst Bismarck fuhr aber zur größten Überraschung fort: „Indessen, da ja die orientalische Frage Deutschland nicht interessiert, schweige ich lieber darüber.“ Große Heiterkeit folgte, die der Reichskanzler lachend teilte. General Ignatieff verhandelte auch nach seiner Rückkehr von Paris und London am 29. März vertraulich mit Bismarck. Inzwischen war unter den Mächten volles Einverständnis erzielt. Denn am 31. März unterzeichneten die Botschafter von Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich, Italien und Rußland und der englische Minister des Auswärtigen Lord Derby in London ein Protokoll, welches die der Türkei zu stellenden Friedensbedingungen festsetzte.*) Die Türkei lehnte auch diese Forderungen Europas in einem Rundschreiben vom 9. April in schroffer Weise ab, und nun erklärte Rußland ihr den Krieg. Am 19. April begab sich der Zar zu seiner Armee.

Inzwischen war anfangs April die neue schwere Kanzlerkrisis ausgebrochen, von welcher im übernächsten Kapitel die Rede sein wird, und Fürst Bismarck am 10. April auf längere Zeit beurlaubt worden. Als am 13. das Schreiben an den Reichstag, welches seine Beurlaubung anzeigte, verlesen wurde, erhob sich Bennigsen, bei Besprechung dieses Schreibens, unter dem lebhaften Beifall des Hauses zu einer begeisterten Anerkennung der Orientpolitik Bismarcks, die wie die gesamte auswärtige Politik des Reichskanzlers, das Zu-

*) Wortlaut dieses wie aller sonstigen, die orientalische Frage betreffenden Aktenstücke bei Hahn, a. a. O., III, 49 fg.

trauen aller Mächte in die friedlichen Absichten Deutschlands erwecke. Am 27. April sprach selbst der ultramontane Abg. Jörg im Reichstag seine Genugthuung über Bismarcks Orientpolitik aus. Von der allgemeinen Zustimmung des Reichstags und der Nation zu dieser Politik schied sich im Mai 1877 sehr auffallend Herr Professor Virchow in einer Rede über „Krieg und Frieden" in einer Berliner Bezirksversammlung. Er tadelte lebhaft „die vollständige Zurückhaltung darüber, wie die Reichsregierung über die nächste Zukunft denke. Sie müsse sich doch ein Bild machen, wie Europa sich gestalten solle, wenn die deutschen Interessen gewahrt bleiben sollen," und er fand es höchst bedenklich, „daß die deutsche Regierung auch darüber völlig schweige, wie sie im Interesse des künftigen Friedens einzugreifen gedenke." Man müsse ein ständiges internationales Schiedsgericht organisieren u. s. w. Die „Provinzialkorrespondenz" vom 30. Mai erinnerte den großen Naturforscher nnd „unermüdlichen Politiker" an die (in diesem Werke früher aufgezählten) sehr bedenklichen Proben seines „politischen Dilettantismus", und bedauerte daher mildherzig im Interesse des fortschrittlichen Gelehrten selbst, daß dieser dem freundschaftlichen Rate des Fürsten Bismarck nicht gefolgt sei: „über seine politischen Prophezeiungen lieber mit einer gewissen vornehmen Vergessenheit hinwegzugehen, als die Erinnerung an dieselben immer wieder wachzurufen." Über die allgemeinen Gesichtspunkte ihres Verhaltens (in der Orient-Krisis) „für Gegenwart und Zukunft" habe sich die Reichsregierung aufs klarste ausgesprochen und die Zustimmung aller Parteien dafür erhalten. „Daß aber Fürst Bismarck schon jetzt ankündige, wie er im Interesse des zukünftigen Friedens einzugreifen gedenke, das kann nur ein unglaublich naiver Dilettant in auswärtigen Dingen erwarten oder verlangen. Daß wirklich ein internationales Schiedsgericht möglich sein sollte, welches Widerstrebenden den Frieden auferlegen könnte, das hat noch kein praktischer politischer Geist geglaubt."

Am 16. April war Fürst Bismarck in Urlaub nach Friedrichsruh gereist. Aber obwohl er den Staatssekretär v. Bülow mit kaiserlicher Genehmigung als seinen Stellvertreter im Auswärtigen

Amt in Berlin zurückließ, so hatte doch Bennigsen Recht, als er am 13. April im Reichstag die Zuversicht aussprach: „der Reichskanzler wird inzwischen auch von seinem Urlaube aus die großen völkerrechtlichen Angelegenheiten leiten.“ Das geschah in der That. Als nach Ausbruch des Krieges im Mai ein Notenwechsel zwischen England und Rußland über die Friedensziele Rußlands begann, da begab sich gegen Mitte Mai der russische Botschafter in London, Graf Schuwaloff, nach Friedrichsruh zur Verhandlung mit Bismarck. Der Unterredung wohnte im Auftrage des Kaisers Graf Lehndorff bei. Diese Verhandlung und der Notenwechsel führten zu befriedigenden Ergebnissen. Auf Wunsch Rußlands hatten übrigens die deutsche Botschaft in Konstantinopel und alle deutschen Konsulate im türkischen Reiche den Schutz der in der Türkei lebenden russischen Unterthanen übernommen. Gegenüber den kriegerischen Ereignissen im Orient bewahrte die Politik des Reichskanzlers natürlich strengste Neutralität. Aber das hinderte nicht, daß er im August die Weisung an den deutschen Botschafter in Konstantinopel gelangen ließ, bei der Pforte wegen Verletzung der Genfer Konvention durch türkische Truppen Vorstellungen zu erheben. Dagegen lehnte er am 31. August das von England geforderte Einschreiten gegen die Rüstungen Serbiens ab. Am 19. und 20. September traf sich Fürst Bismarck mit dem Grafen Andrassy in Salzburg, und die dort gepflogenen längeren vertraulichen Besprechungen bestätigten und befestigten das volle Einverständnis über die leitenden Gesichtspunkte der gemeinsamen Politik in Bezug auf die wichtigen schwebenden Fragen von neuem. Am 27. September gab der ungarische Ministerpräsident Tisza das in der ungarischen Kammer öffentlich zu erkennen. Die wechselvollen Ereignisse des Krieges selbst müssen als bekannt vorausgesetzt werden. Bis zum 31. Januar 1878 war die Türkei so geschwächt und kampfunfähig geworden, daß sie in Adrianopel Waffenstillstand unter harten Bedingungen abschloß. Als die Russen trotzdem immer näher an Konstantinopel heranrückten, ließ England seine Flotte in die Dardanellen einlaufen und führte eine kriegerisch-drohende Sprache.

Gerade in diesen erregten Tagen hielt Fürst Bismarck seit seiner Beurlaubung im April 1877 wieder die erste Rede im Reichstag. Die deutsche Volksvertretung war am 6. Februar vom Kaiser mit einer Thronrede eröffnet worden, welche ganz im Sinne der Bismarckschen Politik auch der orientalischen Frage Erwähnung that und der Hoffnung auf baldigen Friedensschluß Ausdruck gab. In der Sitzung vom 19. Februar brachten die Nationalliberalen, Konservativen und Fortschrittler, „im Anschluß an die Thronrede" eine Interpellation „über die politische Lage im Orient und über die hierbei von der Regierung des Deutschen Reichs eingenommene und einzunehmende Haltung" zur Verhandlung. Fürst Bismarck, seit dem 14. März 1877 zum ersten Male wieder im Reichstag anwesend, erklärte sich bereit, die Anfrage sofort zu beantworten. Darauf begründete v. Bennigsen in eingehender warmer Rede die Interpellation und schloß die Darlegung aller Schwierigkeiten und Gefahren der gegenwärtigen politischen Lage mit den Worten: „Wir sehen aber zum Glück seit Jahren die Leitung unserer auswärtigen Politik in einer Hand, der wir mit vollem Vertrauen folgen."

Fürst Bismarck erklärte nun in seiner Rede zunächst, sein anfänglicher Zweifel, ob er die Interpellation beantworten solle, sei überwunden durch die Erwägung, aus einer Nichtbeantwortung werde man schließen, er habe vieles zu verschweigen. Das sei aber durchaus nicht der Fall, vielmehr sei er in der Verlegenheit, etwas Neues, nicht schon Bekanntes zu sagen. Der Reichskanzler durchgeht dann die einzelnen Bestimmungen des Vorfriedens mit Rücksicht auf die Frage, ob in einer derselben ein deutsches Interesse engagiert sei und verneint das. Die von Deutschland zu nehmende Stellung wäre also die, einer Änderung der Abmachungen von 1856 auf einem Kongreß zuzustimmen, falls Rußland das wünschen sollte, obwohl auch die Ablehnung der russischen Forderungen keinen europäischen Krieg zur Folge haben würde. Auf diesem Kongresse — den Österreich angeregt habe und dessen Sitz noch unbestimmt sei, aber wohl bald gefunden werde — dürfte Deutschland keine

„Preßpolitik“ (mit ausdrücklicher Festlegung der Ziele), sondern müsse mit freier Hand Staatenpolitik treiben. „Die freie Hand, welche Deutschland sich erhalten hat, die Ungewißheit über Deutschlands Entschließungen mögen nicht ganz ohne Mitwirkung in der bisherigen Erhaltung des Friedens sein. Spielen Sie die deutsche Karte aus, werfen Sie sie auf den Tisch — und jeder weiß, wie er sich danach einzurichten oder sie zu umgehen hat. Es ist das nicht praktisch, wenn man den Frieden vermitteln will. Die Vermittelung des Friedens denke ich mir nicht so, daß wir nun bei divergierenden Ansichten den Schiedsrichter spielen und sagen: So soll es sein, und dahinter steht die Macht des Deutschen Reiches (Sehr gut!), sondern ich denke sie mir bescheidener, ja — ohne Vergleich im übrigen, stehe ich nicht an, Ihnen etwas aus dem gemeinen Leben zu citieren — mehr die eines ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zu stande bringen will (Heiterkeit) . . . Das ist die Rolle, die ich mir denke, und die den freundschaftlichen Verhältnissen entspricht“, die Deutschland zu Rußland und Österreich-Ungarn, aber auch zu England hege, „und ich schmeichle mir deshalb, daß wir auch zwischen England und Rußland unter Umstängen ebenso gut Vertrauensperson sein können, als ich sicher bin, daß wir es zwischen Österreich und Rußland sind, wenn sie sich nicht von selbst einigen können (Beifall). Das Dreikaiserverhältnis, wenn man es so nennen will, während man es gewöhnlich Bündnis nennt, beruht nicht auf geschriebenen Verpflichtungen, und keiner der drei Kaiser ist verpflichtet, sich von den anderen zwei Kaisern überstimmen zu lassen. Es beruht auf der persönlichen Sympathie zwischen den drei Monarchen, auf dem persönlichen Vertrauen, welches diese hohe Herren zu einander haben, und auf dem auf langjährige persönliche Beziehungen basierten Verhältnisse der leitenden Minister in allen drei Reichen.“

Deshalb betont Fürst Bismarck die Notwendigkeit, den übertriebenen Ansprüchen, die man an Deutschlands Vermittlung stelle, hier ganz entschieden entgegenzutreten und zu erklären, daß solange er die Ehre habe, Ratgeber Sr. Majestät zu sein, nicht die Rede

davon sei. „Ich bin nicht der Meinung, daß wir den Napoleonischen Weg zu gehen hätten (Sehr gut!), um, wenn nicht der Schiedsrichter auch nur der Schulmeister in Europa sein zu wollen (Beifall). Nehmen Sie an, wir erklärten Rußland in irgend einer höflichen und freundschaftlichen Weise: wir sind zwar seit 100 Jahren Freunde gewesen, Rußland hat uns Farbe und Freundschaft gehalten, während wir in schwierigen Verhältnissen waren; aber jetzt liegt die Sache doch so: im europäischen Interesse, als Policeman von Europa, als eine Art von Friedensrichter können wir diesen europäischen Anforderungen nicht länger widerstehen. Es gibt in Rußland erhebliche Parteien, die Deutschland nicht lieben, und die glücklicherweise nicht am Ruder sind, die aber auch nicht unglücklich sein würden, wenn sie ans Ruder kämen (Heiterkeit). Sie würden sagen: nicht Österreich, nicht England — nein, unser intimer Freund, von dem wir glaubten, wegen früherer Dienste Gegendienste erwarten zu dürfen, Deutschland, welches kein Interesse im Orient hat, hat hinter unserem Rücken nicht den ‚Degen', sondern den ‚Dolch' gezückt. Und dieses Bild, das ich in übertriebener Farbe — aber die russische Deklamation übertreibt auch — zeichnete, entspricht der Wahrheit, und wir werden niemals die Verantwortung übernehmen, eine sichere, seit Menschenaltern erprobte Freundschaft einer großen mächtigen Nachbarnation, dem Kitzel, eine Richterrolle in Europa zu spielen, aufzuopfern (Beifall). Deutschland ist durch seine Erstarkung auch zu neuen Verpflichtungen herangewachsen. Aber wenn wir eine große Anzahl Bewaffneter in die Wagschale der europäischen Politik werfen können, so halte ich doch niemanden dazu berechtigt, der Nation, dem Kaiser und den Fürsten, wenn wir Angriffskriege führen wollten, den Rat zum Appell an die erprobte Bereitwilligkeit der Nation zur Hingabe von Blut und Vermögen für einen Krieg zu erteilen. Nur für den Schutz unserer Unabhängigkeit nach außen, unserer Einigkeit unter uns und für diejenigen Interessen, die so klar sind, daß, wenn wir für sie eintreten, nicht bloß das einstimmige notwendige Votum des Bundesrats, sondern auch die volle Überzeugung, die volle Begeisterung

der deutschen Nation uns trägt — nur einen solchen Krieg bin ich bereit dem Kaiser anzuraten (Lebhafter Beifall)!"

Als Windthorst dann einwandte: Deutschland habe sehr wohl die Autorität und Macht gehabt, den Krieg zu verhindern, entgegnete Bismarck: „Daran zweifle ich gar nicht. Es wäre das aber eine sehr große Thorheit, um mich nicht eines stärkeren und geläufigeren Ausdrucks zu bedienen (Heiterkeit), wenn wir das gethan hätten." Denn derartige Versuche, einen Krieg anderer mächtiger Völker zu hindern, seien dem Urheber nie gedankt worden. Bismarck erinnert an die Rolle des Zaren Nikolaus vor Olmütz, an Österreichs Zumutungen während des Krimkrieges, an die von Preußen beabsichtigte Intervention von Villafranka 1859, endlich „an die Friedensstiftung Napoleons gleich nach der Schlacht von Sadowa — was ich mir damals darüber gedacht habe, das weiß ich und habe es dem Kaiser Napoleon nicht vergessen; ich habe gut Buch geführt für seine damalige Intervention, und es wäre vielleicht für die französischen Interessen nützlicher gewesen, Frankreich hätte sich damals nicht zum Friedensstifter aufgeworfen. Der Herr Vorredner sagte ferner: Wer den Dardanellenschlüssel habe, der habe die Weltherrschaft. Er belehrt uns damit, daß der Sultan bisher die Welt beherrscht hat (Heiterkeit). Am allernotwendigsten (aber) halte ich die Widerlegung der Insinuation des Herrn Vorredners, daß wir, daß Deutschland eventuell bei einer angeblichen Dupierung Österreichs durch Rußland, wie er behauptete, mitschuldig gewesen sei. Ich kann dem Herrn versichern, daß er nicht nötig hat, uns gegenüber die Interessen Österreichs zu vertreten. Unsere Beziehungen zu Österreich sind die der Gegenseitigkeit, voller Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens, was eine große Seltenheit ist, namentlich nach den Vorgängen aus Zeiten, wo andere Parteien in Österreich noch mächtiger waren, als sie dies heute sind. Nicht bloß von Monarch zu Monarch, nicht bloß von Regierung zu Regierung — nein, ich stehe persönlich mit dem Grafen Andrassy zu meiner Freude und zu meiner Ehre in demjenigen freundschaftlichen Verhältnis, welches ihm die Möglichkeit gibt, mir jede

Frage, die er für notwendig hält im Interesse Österreichs, offen zu stellen, und er hat die Überzeugung, daß ich ihm die Wahrheit antworte, und ich habe die Überzeugung, daß er mir die Wahrheit über Österreichs Absichten sagt (Beifall). In früheren Zeiten, die dem Herrn Vorredner gefallen mögen, da war es anders; da habe ich österreichische Kollegen im Bunde mir gegenüber gehabt" — vor allem den Herrn v. Prokesch —, „denen habe ich gesagt: ‚Es ist mir gleichgültig, ob Sie reden, oder ob der Wind durch den Schornstein geht, ich glaube kein Wort von dem, was Sie sagen (Heiterkeit).'"

Im ganzen Reichstag erhob sich nur Herr Liebknecht zu einer tadelnden Rede gegen Bismarcks Orientpolitik und auswärtige Politik überhaupt — und fand dabei nur den Beifall einiger Polen. Nach den ungenauen Berichten der Zeitungen glaubte aber Graf Beust, damals Botschafter in London, in den letzten Worten Bismarcks in der Reichstagsrede vom 19. Februar eine Anspielung auf sich zu finden und richtete daher am 26. Februar folgende Zeilen aus London an den deutschen Reichskanzler:*) „Ew. Durchlaucht erlaube ich mir in Erinnerung an unseren letzten Gasteiner Aufenthalt im Anschluß eine Alpenblume zu überreichen. In gewohnter Verehrung Beust." Die „angeschlossene Alpenblume" bestand aus folgendem, vom 24. Februar datierten Gedicht:

Soll ich das Kompliment auf mich beziehn?
Wenn früher sprachen Österreichs Minister,
So glaubte Deutschlands Kanzler im Kamin
Zu hören nur ein windiges Geflüster.

Ich bin ein Freund des Scherzes, der verträgt
Den Scherz auch dann, wenn um ihn selbst sich's handelt,
Denn seht, der Wind, der durch den Schornstein fegt,
Hat manches Feuer schon in Rauch verwandelt.

Und ward der Rauch zum Weihrauch dann für ihn,
Den Sieger, ich von Herzen mich ihm beuge,
Und wünsch' ich nur, daß künftig im Kamin
Kein Wind je einen schlimmern Qualm erzeuge.

*) Diese Korrespondenz nach Kohl, Bismarck-Jahrbuch, I, 96/97.

Fürst Bismarck antwortete aus Berlin am 2. März: „Ich bin dem Mißverständnis dankbar, welches mir ein so freundliches und witziges Autograph wie das vom 26. verschafft hat. Im Interesse der Wahrheit und des Wertes, den ich auf unsere persönlichen Beziehungen lege, muß ich aber feststellen, daß meine unüberlegte Einschaltung sich auf Prokesch bezog, mit dem ich, und er so gut wie ich, einigemale zu bundesfreundlichen Expektorationen außerhalb der Grenzlinie des diplomatischen Sprachgebrnuchs gelangt bin. Der stenographische Bericht meiner Rede hat die Wendung: „Kollegen im Bunde". Jedenfalls ist es eine angenehme Erfahrung für mich, daß der Verdacht einer unüberlegten Äußerung mir bei einem Manne von Geist nur eine liebenswürdige Erinnerung an Gastein und einen eleganten Versbau als Strafe ins Haus bringt. In Hoffnung auf Wiedersehen in Gastein der Ihrige v. Bismarck."

Am 3. März 1878 wurde der Vorfriede von San-Stefano zwischen Rußland und der Türkei abgeschlossen und damit trat die Frage seiner Prüfung und Genehmigung an die europäischen Mächte heran. Wir können die mannigfachen Phasen, welche die Vorbereitungen eines europäischen Kongresses durchliefen, übergehen. Österreich schlug schon am 7. März einen Kongreß der leitenden Minister nach Berlin vor. Bismarck erklärte sich bereit, die Einladungen ergehen zu lassen, wenn alle Mächte zustimmten; das geschah aber vorläufig nicht. Denn von allen übrigen trennenden Punkten abgesehen, bereitete sich in England eine Kabinetskrisis vor, die am 28. März Lord Salisbury an Stelle Lord Derbys zum Leiter der auswärtigen Politik Großbritanniens erhob. Fürst Bismarck aber reiste am 17. April leidend nach Friedrichsruh und empfing hier zweimal den Besuch des Grafen Schuwaloff, auf dessen Reisen zwischen London und Petersburg. In seiner berühmten Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 sagte Fürst Bismarck: „Wir hatten damals (1878) sehr wenig Neigung, uns in die orientalischen Sachen zu mischen, ebenso wenig wie heute. Ich war schwer krank in Friedrichsruh, als mir von russischer Seite das Verlangen mitgeteilt wurde, zur definitiven Beilegung des Krieges einen Kongreß

der Großmächte nach Berlin zu berufen. Ich hatte zunächst wenig Neigung dazu, einmal, weil ich in der körperlichen Unmöglichkeit war, dann aber auch, weil ich keine Neigung hatte, uns so weit in die Sache zu verwickeln, wie die Rolle des Präsidiums eines Kongresses mit sich bringt. Wenn ich schließlich nachgegeben habe, so war es einerseits das deutsche Pflichtgefühl im Interesse des Friedens, namentlich aber das dankbare Andenken, das ich an die Gnade des Kaisers Alexander II. für mich stets bewahrt habe, das mich veranlaßte, diesen Wunsch zu erfüllen. Ich erklärte mich dazu bereit, wenn es uns gelänge, die Einwilligung von England und Österreich zu beschaffen. Rußland übernahm, die Einwilligung von England zu besorgen, ich nahm auf mich, sie in Wien zu befürworten; es gelang, und der Kongreß kam zu stande." Am 30. Mai wurde in London die zwischen Bismarck und Schuwaloff zuvor besprochene Grundlage der Haltung Englands und Rußlands auf dem Kongresse durch eine vorläufige vertrauliche Übereinkunft Salisburys und Schuwaloffs festgestellt. Darauf erließ Deutschland am 3. Juni die Einladung zum Kongreß in Berlin an alle Mächte.

Am 13. Juni trat der „Berliner Kongreß" unter Bismarcks Vorsitz zusammen und erledigte seine großen und schwierigen Aufgaben innerhalb Monatsfrist. Während dieser Beratungen zeigte sich der deutsche Reichskanzler immer als der „ehrliche Makler" zur Vermittelung des Friedens, und die siebenzehnjährige Ruhe, die Europa seit dem Berliner Frieden vom 13. Juli 1878 genossen hat, beweist, wie sorgfältig und gut jener ehrliche Makler seine uneigennützigen Dienste geleistet hat. In der letzten Kongreßsitzung hielt Graf Andrassy unter lebhafter Zustimmung folgende Rede: „Im Augenblicke, wo unsere Anstrengungen soeben zu einem allgemeinen Einverständnis geführt haben, würde uns unmöglich sein, dem hervorragenden Staatsmanne, welcher unsere Arbeiten geleitet hat, unsere Anerkennung nicht auszusprechen. Er hat unabänderlich im Auge gehabt, den Frieden zu sichern und zu befestigen. Er hat alle seine hingebenden Anstrengungen darauf gerichtet, die Meinungsverschiedenheiten zu versöhnen und so rasch als möglich der

Unsicherheit ein Ziel zu setzen, welche so schwer auf Europa lastete. Dank der Weisheit, der unermüdlichen Thatkraft, mit welcher unser Herr Vorsitzender unsere Arbeiten geleitet, hat er in hohem Grade beigetragen zu dem raschen Gelingen des Friedenswerkes, das wir gemeinsam unternommen haben. Ich bin daher sicher, der einmütigen Zustimmung dieser hohen Versammlung zu begegnen, wenn ich Ihnen vorschlage, Seiner Durchlaucht dem Fürsten Bismarck unseren wärmsten Dank darzubringen."

Derselbe warme Dank für Bismarcks großes Friedenswerk und für den hervorragenden Anteil des deutschen Reichskanzlers an dessen Zustandekommen ertönt in der nächsten Zeit aus den Reden der leitenden Minister vor den Parlamenten Englands, Frankreichs, Österreich-Ungarns, derselbe warme Dank findet sich ausgesprochen in den auswärtigen Staatsschriften jeuer Tage. Namentlich erkennen alle diese amtlichen Kundgebungen an, daß der Berliner Friede eine ebenso zuverlässige als ehrenvolle Grundlage dauernden Friedens im Orient schaffe. Ebenso urteilte damals aber auch das amtliche Rußland. In wiederholten Erklärungen des Auswärtigen Amtes*) wird die Versicherung erteilt, daß es der Wunsch des Zaren sei, die Bestimmungen des Berliner Vertrags in jeder Beziehung zu beachten, damit durch eine getreuliche Ausführung desselben die Pacificierung herbeigeführt werde, die ihm sehr am Herzen liege. Kein Beamter des Kaisers werde in dieser Hinsicht seine Pflichten verletzen. In einer weiteren Erklärung wird gesagt: Die strikte Ausführung des Berliner Vertrags bilde die Grundlage der gegenwärtigen Politik Rußlands. Und nachdem der Endfriede von Konstantinopel mit der Türkei geschlossen war, erschien ein Manifest des Zaren, welches sagte: „Indem wir die Festsetzungen des Berliner Kongresses als übereinstimmend mit dem von Uns verfolgten Ziel, das Leben der Christen auf der Balkanhalbinsel zu verbessern, anerkennen, haben Wir für gut befunden, den Berliner Vertrag zu bestätigen und ihn dem nun endgültig abgeschlossenen Friedensvertrage mit dem Osmanischen Reiche zu Grunde zu legen."

*) Hahn, a. a. O., III, 305/6.

Fürst Bismarck selbst sagte fast zehn Jahre später, in ruhigem Rückblick auf die damalige Erregung, am 6. Februar 1888 im Reichstag: „Während des Kongresses, kann ich wohl sagen, habe ich meine Rolle, soweit ich es irgend konnte, ohne Landesinteressen und befreundete Interessen zu verletzen, etwa so aufgefaßt, als wenn ich der vierte russische Bevollmächtigte gewesen wäre auf diesem Kongreß (Große Heiterkeit); ja, ich kann fast sagen, der dritte, denn den Fürsten Gortschakoff kann ich als Bevollmächtigten der damaligen russischen Politik, wie sie durch den wirklichen Vertreter Grafen Schuwaloff vertreten war, kaum annehmen.*) Es ist während der ganzen Kongreßverhandlungen kein russischer Wunsch zu meiner Kenntnis gekommen, den ich nicht befürwortet, ja, den ich nicht durchgesetzt hätte. Ich bin infolge des Vertrauens, das mir der leider verstorbene Lord Beaconsfield (Disraeli) schenkte, in den schwierigsten, kritischsten Momenten des Kongresses mitten in der Nacht an dessen Krankenbett erschienen und habe in den Momenten, wo der Kongreß dem Bruche nahe stand, dessen Zustimmung im Bett erreicht. Kurz, ich habe mich auf dem Kongreß so verhalten, daß ich dachte, nachdem er zu Ende war: nun, den höchsten russischen Orden in Brillanten besitze ich längst, sonst müßte ich den jetzt bekommen (Große Heiterkeit). Kurz, ich habe das Gefühl gehabt, ein Verdienst für eine fremde Macht mir erworben zu haben, wie es selten einem fremden Minister vergönnt gewesen ist.

„Welches mußte also meine Überraschung und meine Enttäuschung sein, als allmählich eine Art von Preßcampagne in Petersburg anfing, durch welche die deutsche Politik angegriffen, ich persönlich in meinen Absichten verdächtigt wurde. Diese Angriffe steigerten sich während des darauf folgenden Jahres bis 1879 zu starken Forderungen eines Druckes, den wir auf Österreich üben sollten in Sachen, wo wir das österreichische Recht nicht ohne weiteres angreifen konnten. Ich konnte dazu meine Hand nicht bieten, denn wenn wir uns Österreich entfremdeten, so gerieten wir, wenn wir nicht ganz isoliert sein wollten in Europa, notwendig in Ab-

*) S. unten die Denkschrift Bismarcks von 1879 S. 288 flg.

hängigkeit von Rußland. Wäre eine solche Abhängigkeit möglich gewesen? Ich hatte früher geglaubt, sie könnte es sein, indem ich mir sagte: wir haben gar keine streitigen Interessen; es ist gar kein Grund, warum Rußland je die Freundschaft uns kündigen sollte. Ich hatte wenigstens meinen russischen Kollegen, die mir dergleichen auseinandersetzten, nicht geradezu widersprochen. Der Vorgang betreffs des Kongresses enttäuschte mich, der sagte mir, daß selbst ein vollständiges Indienststellen unserer Politik (für gewisse Zeit) in die russische uns nicht davor schützte, gegen unseren Willen und gegen unser Bestreben mit Rußland in Streit zu geraten. Dieser Streit über Instruktionen, die wir unsern Bevollmächtigten in den Verhandlungen im Süden*) gegeben oder nicht gegeben hatten, steigerte sich bis zu Drohungen, bis zu vollständigen Kriegsdrohungen von kompetentester Seite. Durch diese Drohungen wurden wir gezwungen, zu der von mir seit Jahren vermiedenen Option zwischen unseren beiden bisherigen Freunden zu schreiten."

Diese Worte werden durch folgende zuverlässige Nachrichten ergänzt, welche dem Verfasser über die näheren Anlässe und Umstände dieser ersten russischen Verstimmung zu teil wurden. Gemäß der Abrede im Berliner Frieden war im Jahre 1879 in Novibazar eine Kommission zusammengetreten, um die dortigen Grenzen endgültig festzustellen. Zu ihr hatten die Großmächte und die beteiligten Staaten Vertreter entsendet. An Ort und Stelle ließ sich, gewissermaßen nach dem Augenschein, das Richtige besser treffen. Da verlangte Rußland plötzlich in drei persönlichen Briefen des Zaren an den Kaiser Wilhelm, daß der deutsche Vertreter in dieser Kommission immer das thue, was der russische wolle. Fürst Bismarck gebrauchte damals die Gasteiner Kur und kam fast ganz um dieselbe durch diese Zarenbriefe und die daran sich schließenden weiteren Erörterungen und Ereignisse, welche eine außerordentliche Aufregung und Arbeitsfülle erzeugten. Obwohl der Kanzler seine beiden Söhne bei sich hatte und mit ihnen von früh bis spät arbeitete, um die Sache zu bewältigen, warteten immer noch drei bis vier Feldjäger

*) in Novibazar, s. unten.

auf Abfertigung. Die Zarenbriefe hatte Kaiser Wilhelm seinem Kanzler natürlich sofort mitgeteilt und auf dessen Anraten sich auch geweigert, den russischen Zumutungen zu willfahren, obwohl diese immer schroffere und drohendere Formen annahmen. Denn zuletzt schrieb der Zar etwa: die Bewilligung seiner Forderung sei die Voraussetzung, daß der Friede zwischen beiden Völkern bestehen bleibe, der Friede hänge davon ab u. s. w. Fürst Bismarck erklärte darauf dem Kaiser Wilhelm ungefähr: Wenn diese Worte in einer amtlichen russischen Staatsschrift stünden, so würde für ihn nichts übrig bleiben, als Sr. Majestät zu raten, die deutschen Heere gegen Rußland mobil zu machen. Er bitte daher Seine Majestät, den Zaren ersuchen zu wollen, diese Angelegenheit fernerhin auf amtlichem Wege behandeln zu wollen.

Auch diesem Antrage seines Kanzlers willfahrte Kaiser Wilhelm. Aber ein Zerwürfnis mit seinem kaiserlichen Neffen von Rußland war seinem Herzen so unfaßbar, daß er plötzlich, ohne Wissen Bismarcks, seinen Vertrauten, den Feldmarschall v. Manteuffel, nach Alexandrowo sandte, um eine Unterredung mit dem Zaren nachzusuchen. Der greise Monarch machte dann am 3. September 1879 selbst den weiten Weg zu dem viel jüngeren Neffen. Hier lagen sich die hohen Herren in den Armen und weinten. Aber die Spannung, welche vorwiegend von dem Fürsten Gortschakoff, dem General Ignatieff und dem Minister Milutin erregt wurde, erfuhr durch diese herzliche Begegnung der Herrscher keine Milderung.

Fürst Bismarck hatte die russische Unfreundlichkeit sehr ernst aufgefaßt und schon vor der Kaiserbegegnung in Alexandrowo andere Wege als sein kaiserlicher Herr eingeschlagen, um der Steigerung dieser Unfreundlichkeit und deren möglichen Folgen zu begegnen. Er hatte dem Grafen Andrassy telegraphiert, ob er ihn sprechen könne, und darauf hatte Andrassy nicht bloß bejahend geantwortet, sondern sich auch sofort am 27. August selbst in Gastein eingefunden. Hier gab ihm Bismarck Kenntnis von den Zarenbriefen und der weiteren Korrespondenz, und sprach die noch durch andere Anzeichen unterstützte Besorgnis aus, daß die unfreundliche Haltung

Rußlands gegen Deutschland nur erklärlich sei, wenn der Zarenstaat auf ein Bündnis mit Frankreich hinarbeite oder dessen gar schon sicher sei. Andrassy erwiderte etwa: Gegen das russisch-französische Bündnis gibt es nur ein Gegengewicht, das deutsch-österreichische. Fürst Bismarck stimmte zu und fragte: Ja, würden Sie denn das wollen? — Gewiß, recht gerne, erwiderte Andrassy und glaubte auch dafür einstehen zu können, daß sein Kaiser einen solchen Vertrag genehmigen werde. — Nun, dann könnten wir ja die Sache machen, schloß Bismarck ungefähr das Gespräch, das an diesem und dem folgenden Tage zwischen den beiden befreundeten Staatsmännern mehrfach wieder aufgenommen wurde. Fürst Bismarck begab sich am 21. September 1879 nach Wien und verhandelte hier mit Andrassy, dem Baron Haymerle und dem ungarischen Ministerpräsidenten Tisza sowie mit dem Kaiser Franz Joseph selbst tagelang über den Abschluß eines deutsch-österreichischen Defensivvertrages, der am 24. September 1879 im Entwurf zu stande kam. Selbst dem französischen Botschafter in Wien, Herrn Teisserance de Bort, gab der deutsche Reichskanzler Kenntnis von dem Zweck dieser Verhandlungen und betonte dabei den friedlichen Charakter des deutsch-österreichischen Bündnisses.

Ausgefertigt wurde der Vertrag erst am 7. Oktober 1879, und die Verzögerung dieser Ausfertigung erklärt sich daraus, daß die Besorgnis in Erfüllung ging, welche Bismarck dem Grafen Andrassy schon in Gastein etwa in den Worten ausgedrückt hatte: er sei der Zustimmung seines kaiserlichen Herrn nicht so sicher, wie der österreichisch-ungarische Kollege der Zustimmung seines Kaisers. In der That hatte Kaiser Franz Joseph inzwischen seine volle Bereitwilligkeit zur Genehmigung des Bündnisses ausgesprochen. Kaiser Wilhelm dagegen sagte rundweg Nein! Erst nach vielen vergeblichen Versuchen gelang es schließlich — nachdem Fürst Bismarck am 25. September nach Berlin zurückgekehrt war — durch besondere Absendung des Grafen Stolberg nach Baden-Baden (am 29. September), wo Kaiser Wilhelm sich damals aufhielt, dessen Zustimmung zu erlangen.

Von wesentlicher Bedeutung für diese kaiserliche Sanktion war wohl die Denkschrift, die Fürst Bismarck über die ganze Angelegenheit, namentlich über die Haltung Deutschlands und Rußlands seit dem Berliner Kongreß, aufgesetzt hatte, und der wir folgende Stellen entnehmen:*) „Deutschland hat nach wie vor dieselben Gründe und dieselben Wünsche, mit Rußland in Freundschaft zu leben, wie früher, hat kein Interesse, diesem Nachbar gegenüber andere als friedliche und freundliche Absichten zu hegen." Selbst die Verwirklichung der weitestgehenden Pläne Rußlands im Orient würde Deutschlands eigene Interessen nicht derartig berühren, um uns zu nötigen, Rußland entgegenzutreten. Dagegen hätten wir auch kein Interesse daran, „etwaige orientalische oder panslavistische Eroberungspläne Rußlands zu fördern, denn dies würde nicht geschehen können, ohne unsere Beziehungen zu anderen Freunden, namentlich Österreich, zu verschlechtern.... Was wir nicht vertragen könnten, wäre die Zumutung, die an weitere russische Eroberungen im Orient sich knüpfende Feindschaft Österreichs und Englands auf uns zu nehmen." Ein solches Opfer zu bringen, würde, schon nach den seit dem Berliner Kongreß gemachten Erfahrungen unratsam sein. Dann wird die russenfreundliche Haltung Deutschlands auf dem Kongresse und der russische Undank etwa ebenso geschildert, wie in der früher citierten Reichstagsrede vom 6. Februar 1888. Eine „kritische Erörterung der Motive" für diese unfreundliche Haltung Rußlands sei nicht erforderlich. „Die Thatsache, mit welcher wir zu rechnen haben, ist, daß das Rußland des Grafen Schuwalow, das Rußland, welchem wir auf dem Kongreß größere Dienste erwiesen, als wir früher empfangen hatten, von der Bühne verschwunden ist, und an seine Stelle das Rußland der Herren Milutin und Ignatieff die Zügel führt in einer Richtung, welche schon während des Kongresses gekennzeichnet wurde. In dieser Beziehung erinnere ich nur an die wunderlichen Proteste des Fürsten Gortschakoff gegen amtliche Abstimmungen, die Graf Schuwalow im Namen seines kaiserlichen Herrn abgegeben hatte. Wenn man auf den Sommer des vorigen

*) Kohl, Bismarck-Jahrbuch, I, 125/30.

Jahres zurückblickt, so erscheint der Einfluß des Grafen Schuwalow wie eine vorübergehende Episode zwischen dem abgeschlossenen Kriege und der Vorbereitung zu einem neuen.“ Der Kriegsminister Milutin, dessen Einfluß gegenwärtig in Rußland vorherrsche, sei ein zweifelloser Gegner Schuwalows und dessen friedfertiger, deutschfreundlicher Politik. Er verstärke, trotz der übeln Lage der russischen Finanzen, das Heer bedeutend und sammle eine imposante Truppenmacht an der deutsch-österreichischen Grenze. Die russische offiziöse Presse gebe die Losung aus: die orientalische Frage müsse an der Spree gelöst werden, die Stimmung des russischen Volkes werde gegen Deutschland aufgereizt.

„Alledem würden wir noch keine besorgliche Bedeutung beigelegt haben, wenn nicht amtliche Vorkommnisse den Eindruck verschärft hätten. Dieselben ereigneten sich bei Gelegenheit der über die Ausführung des Berliner Friedens noch schwebenden Verhandlungen.“

Nur in drei bis vier untergeordneten Fragen hätten „die Vertreter Deutschlands in den orientalischen Kommissionen mit Österreich und England gegen Rußland gestimmt. „Diese geringen Abweichungen von den Wünschen Rußlands haben zu einer amtlichen Kritik der deutschen Politik von russischer Seite Anlaß gegeben, welche für eine unabhängige Großmacht auch dann nicht annehmbar gewesen wäre, wenn sie nicht von bedrohlichen Hinweisungen auf die Zukunft der Beziehungen beider Mächte zu einander begleitet gewesen wäre. Gleichzeitig mit diesen russischen Eröffnungen ging uns aus sicherer Quelle die Nachricht zu, daß die französische Regierung im August d. J. vertraulich von russischer Seite über ihre Geneigtheit zu gemeinsamer antideutscher Politik sondiert worden war. Die französische Regierung hatte ablehnend geantwortet.*) Diesen Thatsachen gegenüber haben wir es als notwendige Aufgabe erkennen müssen, zu ermitteln, ob die Besorgnisse für die Sicherheit des europäischen Friedens, welche wir mit Widerstreben aus den

*) Mitte September war der deutsche Botschafter in Paris, Fürst Hohenlohe, bei Bismarck in Gastein gewesen.

erwähnten Umständen entnahmen, auch von anderen befreundeten Mächten geteilt würden, und wir hatten in erster Linie dabei natürlich an Österreich zu denken.

„Die österreichisch-ungarische Monarchie ist in demselben Maße wie wir an der Erhaltung des Friedens interessiert, und gleich uns frei von Bestrebungen, in dem status quo Europas Änderungen herbeizuführen. Beide Reiche haben bis 1866 in organischen Beziehungen zueinander gestanden, durch welche beiden ihr Besitzstand gegen ungerechte Angriffe gesichert war. Dadurch sind beide Mächte niemals verhindert worden, mit dem Beiden benachbarten russischen Reiche in der engsten und ein Jahrhundert hindurch ungestörten Freundschaft zu leben."

Dasselbe gelte noch heute, wenn auch „zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche, abgesehen von der Gemeinschaft geschichtlicher Traditionen, die Gleichartigkeit der politischen Interessen ein höheres Maß von Übereinstimmung in friedlicher Politik hervorbringt. Ich habe mich in Wien zu meiner Genugthuung davon überzeugen können, daß die Liebe zum Frieden und das Bewußtsein der Übereinstimmung der Interessen der österreichisch-ungarischen und der deutschen Bevölkerung in dem Wiener Kabinet mit derselben Klarheit und Entschiedenheit vorhanden sind, wie bei uns. [In dieser Wahrnehmung finden wir eine beruhigende Bürgschaft für die Sicherheit und die Unabhängigkeit der Politik beider befreundeten Reiche, und im Besitze dieser Bürgschaft wird Deutschland sich nach wie vor der Aufgabe hingeben dürfen, seine bewährten freundschaftlichen Beziehungen zu dem mächtigen russischen Nachbarreiche wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft zu pflegen."

Genau diesen Erläuterungen Bismarcks an seinen kaiserlichen Herrn über das Bündnis mit Österreich-Ungarn vom 7. Oktober 1879 entspricht auch der Wortlaut dieses Vertrages. Denn er ist „in der Erwägung geschlossen, daß ein inniges Zusammengehen von Deutschland und Österreich-Ungarn niemand bedrohen kann, wohl aber geeignet ist, den durch die Berliner Abmachungen (des Berliner Kongresses) geschaffenen europäischen Frieden zu befestigen, indem

sich beide Majestäten feierlich versprechen, daß sie ihrem rein defensiven Abkommen eine aggressive Tendenz nach keiner Richtung jemals beilegen wollen, als ein Bund des Friedens und der gegenseitigen Verteidigung." Art. I des Vertrages bestimmt, „daß beide Teile verpflichtet sind, mit der gesamten Heeresmacht ihrer Reiche einander beizustehen und demgemäß den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen, falls wider Erwarten eines der beiden Reiche von seiten Rußlands angegriffen werden sollte." Würde einer der Vertragschließenden von einer anderen Macht, also z. B. von Frankreich, angegriffen werden, so soll der Mitkontrahent (nach Art. II) mindestens eine wohlwollende Neutralität gegen den angegriffenen Mitkontrahenten beobachten. „Wenn jedoch in solchem Falle die angreifende Macht (also z. B. Frankreich) von Rußland, in Form aktiver Mitwirkung oder durch militärische Maßnahmen, welche den Angegriffenen bedrohen, unterstützt werden sollte, so tritt die im Art. I dieses Vertrages festgesetzte Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht sofort in Kraft, und die Kriegführung der beiden Vertragsmächte wird auch dann eine gemeinsame bis zum gemeinsamen Friedensschluß."

Leider war die Unterzeichnung dieses bedeutsamsten und segensreichsten Vertrages, den je ein Minister Österreich-Ungarns geschlossen hat, die letzte amtliche Handlung des Grafen Julius Andrassy. Seine feste und selbständige, aber freilich auch kostspielige Orientpolitik hatte ihm die Ungunst der eigenen ungarischen Landsleute, aller Slaven des Kaiserstaates und der ganzen gesinnungstüchtigen Opposition deutscher Zunge, sowie der Türkenlosbesitzer im Hintergrunde, zugezogen. Zu stolz, um sich stürzen zu lassen, zog sich Graf Andrassy mit dieser größten That, die je ein österreichisch-ungarischer Minister vollbracht hat, freiwillig zurück. Es geschah dem unfruchtbar-giftigen Klüngel, der diesen verhängnisvollen Entschluß verschuldete, und den Bismarck, nach dem Führer Herbst (im Reichstag am 14. Juni 1882), treffend „die Herbstzeitlosen" nannte, schon recht, daß nun an die Stelle des klaren aufrichtigen Andrassy für anderthalb Jahrzehnte der dunkle „Ausgleichsminister" Graf

Taaffe trat, der so genannt wurde, aber weder fähig noch willens war, einen Ausgleich unter den Völkern Österreichs zu stande zu bringen. Graf Andrassy aber schrieb fröhlich und hochgemut am 10. Oktober an Bismarck:*)

„Mein werter Fürst! Ich habe, wie Sie wissen, mit Prinz Reuß unsern Vertrag unterzeichnet. Ich war glücklich, mit diesem Federzug meine Ministerthätigkeit abzuschließen. Wenn auch das Zustandekommen etwas schwierig war, so hoffe ich, daß das Erhalten um so leichter sein wird. — Es erfüllt mich mit besonderem Stolze, dieses für die beiden Reiche so segensvolle Werk vereint mit Ihnen vollbracht zu haben. Ich verlasse heute in fröhlichster Stimmung das Palais am Ballplatze**). In meinem letzten von hier datierten Briefe will ich noch Ihnen, verehrter Fürst, meinen Abschiedsgruß entbieten: Möge Ihnen Gott Gesundheit und Ausdauer verleihen, um Ihre — wie ich mich überzeugen konnte — dornenvolle Bahn zum Heile Ihres Landes und zu Ihrem stets wachsenden Ruhme weiter zu verfolgen. Ich bitte mich der Fürstin zu Füßen zu legen. Denken Sie Alle in Freundschaft Ihres in wärmster Verehrung ergebenen

Wien, den 10. Oktober 1879. Andrássy.

Im dreizehnten Jahre meiner ‚Regierung', im ersten meiner Freiheit."

Fürst Bismarck, von schwerer Krankheit heimgesucht, konnte erst am 18. Dezember aus Varzin dem „verehrten Freund" antworten: „Diese Zeilen sind die ersten, die ich seit Monaten schreibe. Wenn ich auf unsere gemeinsame Arbeit zurückblicke, so ist die einzige wohlthuende Erinnerung, die sich für mich daran knüpft, die an den persönlichen und geschäftlichen Verkehr mit Ihnen, verehrter Graf. Für das schließliche Ergebnis unserer Anstrengungen" (den Vertrag vom 7. Oktober 1879) „steht uns allerdings die Genugthuung zur Seite, daß zwischen Aachen und Mehadia die Mehrheit der ehrlichen Leute uns dankbar für den Dienst ist, der beiden großen

*) Kohl, Bismarck-Jahrbuch, I, 123/25.

**) Das Ministerium des Auswärtigen in Wien.

Reichen erwiesen wurde. Die Sorge vor Krieg ist überall dem Vertrauen zum Frieden gewichen; aber si vis pacem, para bellum, nicht unsere guten Absichten, nur unsere verbündeten Streitkräfte sind die Bürgen des Friedens. Ihre Herbst-Zeitlosen in Wien wissen das so gut, wie unsere Fortschrittler in Berlin, aber die Fraktion steht ihnen höher als das Vaterland und die eigene Person noch höher als die Fraktion. Wenn aber Monarch und Volk in die Alternative gestellt werden, zwischen ihrer Armee und ihren Parlamentsrednern wählen zu müssen, so müssen sie schließlich auch 2/3 ehrliche Leute finden, oder die Maschine ist unrichtig konstruiert. Ich hoffe, daß ich bis zu unserem Reichstag wieder geschäftsfähig werde, bin aber ungewiß, noch sehr matt. Gibt mir Gott noch wieder Gesundheit, so wird mir auch die Freude nicht versagt bleiben, Sie verehrter Freund, wiederzusehen, und mit Ihnen gemeinsam im Sinne Ihres letzten Werkes" (des Vertrages vom 7. Oktober) „beiden befreundeten Reichen ferner nützliche Dienste zu leisten. — Mit der Bitte, der Frau Gräfin den Ausdruck meiner Verehrung zu Füßen zu legen, bin ich in unwandelbarer Freundschaft und Verehrung der Ihrige v. Bismarck. — In tormentis pinxi*), pflegte Friedrich Wilhelm I auf seine Gichtbilder zu schreiben; damit nehme auch ich Ihre Nachsicht in Anspruch."

Auch die Beziehungen des Deutschen Reiches zu Italien hatte Bismarcks Staatskunst immer inniger gestaltet. Als Kaiser Wilhelm im Oktober 1875, in Begleitung des Grafen Herbert Bismarck, nach Mailand zog, zum Gegenbesuch des Königs von Italien, da konnte er der Kaiserin berichten: „Es war ein Triumphzug bis hierher nach Mailand — aber der Einzug mit dem König spottet jeder Beschreibung. Ich habe nie etwas Ähnliches gesehen." Vor allem Volk verkehrten die Herrscher wie Brüder, und beim Abschied sagte Kaiser Wilhelm zum König Italiens Viktor Emanuel: „Möchten wir und unsere Söhne nach uns stets Freunde bleiben!" Von

*) „In Schmerzen malt' ich's", schrieb der gichtgeplagte Vater Friedrichs des Großen unter die von ihm selbst gemalten Bildnisse seiner riesigen Grenadiere.

Bozen aus aber telegraphierte er dem befreundeten Monarchen: „Unsere Begegnung war ein Moment von historischer Bedeutung, weil wir beide von der Vorsehung an die Spitze von Nationen gestellt sind, die nach langem Kampf ihre Einheit errungen haben.“ Diese Überzeugung und Einsicht von der Interessengemeinschaft der beiden großen Völker und von der Notwendigkeit ihrer Verbrüderung gegen die gemeinsamen Feinde ihrer Einheit, Größe und Wohlfahrt hatte einst nur im Haupte der Gründer dieser Einheit still gewaltet. Camillo Cavour hatte einst gesprochen, er sehe das Bündnis Italiens mit Preußen in den Sternen geschrieben, und Graf Bismarck hatte es aus den Sternen auf die Erde gebracht und zum Heil beider Völker verwirklicht. Jetzt war die Erkenntnis dieser Notwendigkeit zum Gemeingut aller Deutschen und Italiener geworden, zum unveräußerlichen Erbteil auch der künftigen Herrscher, des heranwachsenden Geschlechtes. Ja, auch die Söhne hielten sich Freundschaft wie die Väter. Italien erlebte das in unbeschreiblicher Begeisterung, als am 9. Januar 1878 nach kurzer tödlicher Krankheit König Viktor Emanuel gestorben war, und nun der ritterliche Kronprinz des deutschen Reiches zur Leichenfeier nach Rom eilte. Nach der Beisetzung folgte der neue König Humbert den begeisterten Zurufen der vor seinem Palast versammelten Tausende, indem er sich an der Seite der Gemahlin, des Sohnes und des deutschen Kronprinzen auf dem Balkon des Quirinal zeigte. Da hob die herrliche Gestalt des Siegers von Königgrätz und Wörth den achtjährigen Kronprinzen Italiens auf den starken Arm, zeigte den Königssohn dem Volke und küßte ihn. Wie Sturmesbrausen ertönten da unaufhörlich die Hochrufe auf Deutschland und Italien durch die ewige Stadt. Nun stand das Bündnis nicht mehr in den Sternen, sondern in den Herzen beider Völker geschrieben.

Aber es kam die Zeit, da auch die Staatsmänner beider Staaten es niederschrieben. Von den ehemaligen Gegnern der deutschen und italienischen Einheit war Österreich-Ungarn seit 1871 nicht bloß dem Deutschen Reiche, sondern auch dem Königreich Italien von Jahr zu Jahr näher befreundet worden. Dagegen hatte sich

Italiens einstiger Freund Frankreich — der sich schon den schwächlichen Frieden von Villafranca mit Nizza und Savoyen hatte bezahlen lassen — seit 1871 immer kühler und feindseliger von dem alten Verbündeten abgewendet. Die Kreuzzugsgefahr des Jahres 1873, da der restaurierte Bourbonenkönig sein frommes Regiment mit einem Krieg für die weltliche Herrschaft des Papstes gegen Italien beginnen wollte, hatte sich mit dem Zusammenbruch jenes Restaurationsplans glücklich verzogen. Unvergessen aber war jenes Gelüste der Franzosen und unvergessen auch die mannhaft-ritterliche Sprache Bismarcks — die wir aus seinem Konflikt mit Arnim kennen — und die in Paris und Rom keinen Zweifel ließ, daß die ganze Macht Deutschlands für Italien brüderlich einstehen werde. Als 1875 dieselben ultramontanen Hetzereien in Frankreich wieder umgingen, da leitete Fürst Bismarck denselben kalten Wasserstrahl nach Paris.

Frankreich wie Italien sind von da ab jahrelang so sehr mit Erledigung der schwierigsten inneren Fragen beschäftigt, daß die auswärtige Politik gewissermaßen Ferien hat. Denn nachdem in Frankreich, wie wir sahen, am 20. November 1873 die Vollmachten des Präsidenten Mac Mahon auf sieben Jahre verlängert worden waren, verbrauchte dieser allein vierzehn Monate seiner Regierungsepoche, um die neuen Verfassungsgesetze Frankreichs (vom 24., 25. Februar und 16. Juni 1875) zu stande zu bringen,*) d. h. die Grundlagen der neuen republikanischen Staatsordnung Frankreichs zu schaffen und die Befugnisse und Wechselbeziehungen der Staatsgewalten abzugrenzen. Obwohl nach Inkrafttreten dieser neuen Verfassungsgesetze zweimal (20. Februar 1876 und 14. Oktober 1877) die Republikaner die große Mehrheit in der Abgeordnetenkammer erlangten, beharrte Mac Mahon doch bei einer monarchisch-klerikalen Politik und hatte für Mitte Dezember 1877 sogar einen militärischen Staatsstreich geplant, vor dessen blutiger Ausführung er indessen noch in letzter Stunde zurückschreckte. Am 30. Januar

*) Näheres darüber und die folgenden Ereignisse s. bei Blum, Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks S. 208/13 u. 449 fg.

1879 wurde er — nachdem am 5. Januar auch die Wahlen zum Senat eine große republikanische Mehrheit ergeben hatten — gestürzt und an seiner Stelle Jules Grévy zum Präsidenten der französischen Republik erwählt. Dieser und seine Minister aber waren zunächst einige Jahre lang gleichfalls mit inneren Wirren, Kämpfen und Verwickelungen beschäftigt, so daß an eine kriegerische auswärtige Politik vorerst nicht gedacht werden konnte, und selbst die Lockungen des Fürsten Gortschakoff zu einem russisch-französischen Bündnisse gegen Deutschland, wie wir sahen, zurückgewiesen wurden.

Italien war seit der Regierung seines neuen Königs Humbert gleichfalls durch große innere Friedensarbeiten ausschließlich in Anspruch genommen. Unter der Leitung des Ministers Depretis wurden in zäher Arbeit neue Grundlagen für die Wohlfahrt des Landes geschaffen: die Beseitigung des Zwangskurses des Staatspapiergeldes, Wiederaufnahme der Barzahlungen, Aufhebung der Mahlsteuer, Ankauf der Eisenbahnen und Abänderung des Wahlgesetzes. Aber während Italien noch mit diesen großen inneren Reformen aufs Ernsteste beschäftigt war und seine ganze Kraft ihnen widmete, hatte sich in Frankreich eine den Frieden und die italienischen Interessen lebhaft bedrohende Wendung vollzogen. Der Präsident Jules Grévy hatte von Anfang an nur als der Platzhalter für einen anderen gegolten, dessen Geist und Seele die neue Zeit und das neue Ministerium Frankreichs thatsächlich beherrschte; dieser andere aber war Leon Gambetta, der einstige Diktator von Tours und Bordeaux, dessen ganze politische Arbeit seither nur auf Ein Ziel gerichtet war: auf die Revanche gegen Deutschland. Bei den Neuwahlen des Jahres 1881 hatte er sich eine neue sichere Mehrheit verschafft und übernahm selbst noch im November dieses Jahres die Leitung des „großen Ministeriums", des „Ministeriums des Vorabends" (der Revanche). Was diese Wendung für Italien bedeute, hatten Volk und Regierung aber schon zu Anfang desselben Jahres erfahren. Eifriger als jemals war die deutschfeindliche Diplomatie Rußlands am Werke, das russisch-französische Bündnis zu stande zu bringen. Und während Italien im übrigen, noch ganz

mit inneren Sorgen beschäftigt, doch seine Vormachtstellung in Tunis von Jahr zu Jahr fester werden sah, rückten plötzlich französische Truppen daselbst ein und nötigten dem Bei am 12. Mai 1881 einen Vertrag ab, der Tunis unter französische Schutzherrschaft stellte. Damit hatte Frankreich eine Italien, namentlich Sizilien, schwer bedrohende feste Stellung an der Südküste des Mittelmeeres gewonnen, und es war hohe Zeit für die auf auswärtige Verwickelungen gar nicht vorbereiteten italienischen Staatsmänner geworden, sich nach zuverlässigen Bundesgenossen gegen diese drohenden Anschläge eines überlegenen Gegners umzusehen. Es braucht nicht gesagt zu werden, wo Italien diese Bundesgenossen suchte und fand. Fürst Bismarck hatte schon vor den Gasteiner Verhandlungen mit Andrassy über ein deutsch-österreichisches Bündnis den italienischen Ministerpräsidenten Grafen Cairoli im August 1879 in Gastein empfangen und wird ihm hier eröffnet haben, daß Italien als dritter im Bunde jederzeit willkommen sei. Jetzt mochte sich Italien dieser Zusage freudig erinnern und Bismarck hielt sie. Davon, was sich dann vollzog, erfuhr die Welt jedoch erst am 13. März 1883. Als nämlich die italienischen Neuwahlen vom 29. Oktober 1882 die regierungsfeindlichen Parteien der Radikalen, Irredentisten und Republikaner vollständig zerrieben hatten, und nur eine einzige große nationale und königstreue Regierungspartei die italienischen Kammern füllte, da offenbarte der Minister Mancini dem Parlament: daß auch Italien dem Zweikaiserbündnis von 1879 beigetreten sei, daß jetzt ein mitteleuropäischer Dreibund zwischen Deutschland, Österreich und Italien zum Schutze des Friedens bestehe. Der Abschluß geschah am 2. Januar 1883.

Alle national gesinnten Italiener erblickten fortan in diesem großen Friedensbunde, dem Werke Bismarcks, den sichersten Schutz für die schwer errungene Einheit und Selbständigkeit ihres Vaterlandes. So namentlich auch Francesco Crispi, der lange in heißer Opposition zu den Leitern der italienischen Politik gestanden, nun als Nachfolger des Ministers Depretis nach dessen Tode selbst zu dieser Leitung berufen ward. Als er am 3. Oktober 1887 den Drei-

bund in Friedrichsruh erneuert hatte, da sprach er am 25. Oktober bei einem Bankett in Turin Worte, die für die in diesem Kapitel behandelte Zeitspanne ebenso gültig sind, wie 1887 und noch heute, und die darum hier stehen mögen: „Die Geschichte unserer Zeit wird beherrscht durch einen Namen: den Namen eines Mannes, für den meine Bewunderung eine alte ist, wie denn auch die persönlichen Beziehungen, die mich an ihn knüpfen, alte sind: eines Mannes, dessen Regierungsprogramm ausgezeichnet ist durch eine bewunderungswürdige Zusammenfügung der einzelnen Teile zu einem und demselben Ziele. Dieses Ziel, doppelt dem Anschein nach, ist im Grunde eines: der Friede und die Größe seines Landes. Dieser Mann hat dreißig Jahr gearbeitet, zuerst um jenes Ziel zu erreichen, und dann, es zu bewahren. Dieser Mann ist ein alter Freund Italiens, ein Freund der ersten Stunde, ein Freund aus den Tagen der Knechtschaft und des Unglücks, denn seit 1857 war er eingeweiht in das, was inmitten so vieler Schwierigkeiten die Politik des Grafen Cavour heranreifen ließ: und er schwieg und brachte die zum Schweigen, welche reden wollten, denn er merkte wohl, welchen Widerstand das Reden erweckt haben würde, und wieviel für sein Land darauf ankam, daß die Geschicke Italiens sich erfüllten, weil die deutsche Einheit sich mit der italienischen vorbereitete. Ich werde mich über die mit ihm jüngst gehabten Besprechungen nicht verbreiten. Ich will nur sagen, daß die Übereinstimmung der Gedanken und Empfindungen, welche schon zwischen uns bestand, während aller Wechselfälle fortgedauert und sich neu bekräftigt hat, seit die Politik Italiens mir anvertraut ist. Man hat behauptet, wir hätten uns verschworen in Friedrichsruh. Mag sein, mir, dem alten Verschwörer, verursacht das Wort keine Angst. Ja, wenn man will, wir haben uns verschworen, aber für den Frieden, und deshalb können alle, die das höchste aller Güter lieben, sich anschließen an unsere Verschwörung. Von den denkwürdigen Aussprüchen, welche ich gehört habe, gestattet mir die Verschwiegenheit nur einen vor Ihnen anzuführen, der gethan ward, als ich Abschied nahm. Ich will ihn nicht verschweigen, denn in ihn faßt

sich unsere ganze Besprechung zusammen. Er lautet: ‚Wir haben Europa einen Dienst erwiesen‘. Für mein Land bin ich stolz auf diese Erinnerung, denn niemals sind in einer vollständigen und herzlichen Einigung, wie derjenigen Italiens zu seinem Verbündeten, in gleicher Weise seine Würde geachtet und seine Interessen gewährleistet worden.“

Die trefflichen Beziehungen des Deutschen Reiches zu Österreich-Ungarn, die Bismarcks aufrichtige Freundschaftspolitik wob und wirkte, hatten uns übrigens bereits ein Jahr vor dem Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses eine wertvolle Friedensfrucht eingetragen. Früher (oben S. 159) ist ausgeführt worden, daß Bismarcks friedliche Politik und Rußlands Fürwort seit 1871 auch das Verhältnis Deutschlands zu Dänemark bis 1878 recht angenehm gemacht hatten. Sowie aber Fürst Gortschakoff und die panslavistischen Staatsmänner Rußlands durch den Ausgang des Berliner Kongresses sich verstimmt fühlten, wurde die Haltung des dänischen Hofes und Volkes gegen Deutschland merklich unfreundlicher. Besonders bezeichnend hiefür mußte die Hochzeitsfeier werden, die der Kopenhagener Hof dem Welfenprinzen Herzog von Cumberland bei dessen Vermählung mit der Prinzessin Thyra von Dänemark ausrichten würde. Am 12. Juni 1878 war nämlich König Georg V. von Hannover gestorben, und dessen Sohn hatte „dem König von Preußen“ — nicht etwa dem vom Welfenhause nicht anerkannten Deutschen Kaiser —, seinem „Freundlich lieben Bruder und Vetter“ angezeigt, er „Ernst August“, werde, die ihm zugefallene Regierung des Königreichs Hannover antreten, sobald „die thatsächlichen“, für ihn „selbstverständlich nicht rechtsverbindlichen Hindernisse“ weggefallen seien, „für die Dauer dieser Hindernisse aber den Titel: Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, mit dem Prädikate ‚königliche Hoheit‘ führen.“ Dieses nach Ton und Inhalt wenig angemessene Schreiben wurde erst veröffentlicht, nachdem die Verhandlungen mit dem Prinzen, welche die Herzensgüte des Kaisers durch den Reichskanzler führen ließ, an dem welfischen Starrsinn und Hochmut sich zerschlagen hatten.

Dieser Prinz vermählte sich nun am 21. Dezember 1878 mit der genannten dänischen Prinzessin in Kopenhagen. Was bei dieser Gelegenheit an welfisch-dänischer Deutschfeindlichkeit geleistet wurde, überstieg alle Erwartungen.*) Eine Abordnung der Ritterschaft des vormaligen Königreichs Hannover überbrachte dem Brautpaar eine Adresse, die vom Standpunkte des deutschen Strafrechts aus einen schlechthin hochverräterischen Inhalt hatte. Von diesem Inhalt hatte das dänische Königspaar selbstverständlich volle Kenntnis. Gleichwohl wurden die fahrenden Welfenritter wie des Königs Privatgäste behandelt und in jeder Weise vom Hof und den Staatswürdenträgern ausgezeichnet. Der Minister des Auswärtigen gab ihnen sogar ein amtliches Ehrenmal in seinem Dienstgebäude, und nach ihrer Rückkehr ergoß sich ein dänischer Ordensregen über sie. Bismarcks Organ rügte in kräftiger Sprache, daß das „welfische Zwischenspiel in Kopenhagen Taktlosigkeiten dortiger amtlicher Kreise“ zu Tage gefördert habe, durch welche „Illusionen erneuert werden, deren Fortdauer allerdings dem Deutschen Reiche nicht gleichgültig ist.“ Zur Beseitigung derartiger „Illusionen“ auf Rückgabe Nordschleswigs an Dänemark u. s. w. hatte Fürst Bismarck aber schon seit dem 11. Oktober 1878 ein viel wirksameres Mittel zur Hand, als bloße Zeitungsartikel. Denn an diesem Tage war durch einen geheimen Vertrag zwischen Deutschland (Preußen) und Österreich der uns bekannte Art. V des Prager Friedens aufgehoben worden, der von der Möglichkeit einer Rückgabe Nordschleswigs an Dänemark handelte. Begründet war die Einwilligung Österreichs in die Aufhebung dieses Artikels mit den bedeutsamen Worten: „Nachdem Se. Majestät der Deutsche Kaiser und König von Preußen den Wert zu erkennen gegeben hat, welchen Er auf die Beseitigung dieser Modalität des (Prager) Friedens legen würde“ und „nachdem Se. Majestät der Kaiser von Österreich und König von Ungarn einen Beweis seines Wunsches zu geben gewillt ist, die zwischen beiden Mächten bestehenden freundschaftlichen Bande noch enger zu

*) Das Einzelne bei Blum, Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks, S. 445 flg.

schließen." Bald nach jenem „welfischen Zwischenspiel in Kopenhagen", am 4. Februar 1879, veröffentlichte der deutsche Reichsanzeiger plötzlich diesen geheimen Vertrag, dessen Dasein natürlich in Kopenhagen und Gmunden (dem Wohnsitz des Cumberlanders) nicht minder überraschte und verdroß, als in den Kreisen der Gortschakoff, Milutin und Ignatieff in Petersburg, namentlich durch die ärgerliche Kundgebung des österreichischen Kaisers, daß er die „zwischen beiden Mächten bestehenden freundschaftlichen Bande noch enger zu schließen" gedenke.

Aber auch mit dieser Veröffentlichung begnügte sich Bismarck noch nicht. Vielmehr folgten nun in der Provinzialkorrespondenz Enthüllungen über die früheren vergeblichen Versuche, schon von 1867 an, den Art. V des Prager Friedens zu beseitigen, die dem Leser dieses Werkes bekannt sind. Auch bestätigte Koloman Tisza im ungarischen Unterhause die früher (1871) schon von Bismarck im Reichstag kundgegebene Thatsache, daß der Art. V in den Prager Frieden überhaupt nur durch die „vermittelnde" Urheberschaft des Kaisers Napoleon III. hineingekommen sei. Die Provinzialkorrespondenz hatte ihre Enthüllungen mit den Worten geschlossen: der Abschluß des Vertrages vom 11. Oktober 1878 sei nicht bloß an sich sehr wichtig, sondern auch in den Beziehungen der beiden Mächte „nach mancher anderen Seite hin" bedeutsam. Diese „anderen Seiten" horchten hoch auf. Denn in der That machte schon das Dasein dieses Vertrages und die daraus hervortretende herzliche Freundschaft der beiden Großmächte Mitteleuropas dem thörichten Wahn ein Ende, als werde ein welfisch-dänisch-panslavistisches Bündnis mit weniger als den reichlich zwei Millionen Bajonetten Deutschlands und Österreich-Ungarns zu rechnen haben. Derartige „Illusionen" wurden aber noch viel kräftiger zerstreut durch den Abschluß des Zweikaiserbündnisses vom 7. Oktober 1879, von dessen Dasein und Inhalt Bismarck dem Zaren Alexander in vollster Offenheit sofort Kenntnis gab.

Zar Alexander bewahrte dem deutschen Kaiser, dem deutschen Reichskanzler und dem deutschen Volke nach wie vor persönlich die

alte Gunst und Freundschaft. Er erwog wohl manchmal sogar die Ersetzung Gortschakoffs durch den damaligen Botschafter Rußlands in Konstantinopel, Lobanow. Aber Gortschakoff erklärte: „Er wolle, so lange er lebe, um keinen Preis die Zügel der russischen Staatsleitung aus der Hand legen, obwohl er eingestandenermaßen nicht die Politik des Kaisers Alexanders vertrete.“ Vier Jahre vorher, 1875, bei der Begegnung des Zaren mit dem Kaiser Franz Joseph in Reichsstadt, hatte Gortschkakoff geäußert: „Er wolle nicht abtreten wie eine verlöschende Lampe, sondern wie ein niedergehendes Gestirn“. Nun hatte freilich seine Diplomatie während der letzten vier Jahre bewiesen, daß ihm selbst für die Rolle eines niedergehenden Gestirns die glänzenden Eigenschaften gänzlich mangelten. Wenn nun trotz dieser offenkundigen Mängel des russischen Staatskanzlers und seiner minder begabten gleich deutschfeindlichen Ministerkollegen, und trotz der gütigen Gesinnung des Zaren für Deutschland, die wichtigsten Staatsämter Rußlands in der Hand von Feinden Deutschlands blieben und die Verhetzung des russischen Volkes gegen Deutschland in jenen Jahren immer gehässiger betrieben wurde, so mußte Fürst Bismarck den verborgenen Ursachen und Urhebern dieser befremdenden Erscheinung nachspüren. Und er fand am Werke dieselben Todfeinde deutschen Wesens, denen im Jahre 1848 sein erster Zeitungsartikel, seine ersten Reden im Landtage gegolten hatten, um derentwillen er später als Reichskanzler den Kulturkampf beginnen mußte: die Polen.

Noch im Ruhestande, in der friedlichen Stille von Varzin und Friedrichsruh, hat sich Fürst Bismarck gegen den Verfasser wie gegen andere hierüber etwa so ausgesprochen: Bis zum Berliner Kongresse hat das Vertrauen und Wohlwollen des Zaren Alexander zu Bismarck alle Abneigung Gortschakoffs überwogen und zwar auch beim russischen Volke. Hauptsächlich von da an hat sich der Deutschenhaß und die Kriegshetzerei in einem Teile der russischen Presse eingestellt. Die Feinde des Friedens mit Deutschland sind aber in Rußland in Wahrheit namentlich die Polen. Die Polen sind gescheiter, gebildeter und gewandter als die Russen, zugleich auch

Meister der Verschwörung und Verstellung. Sie verstehen zu schweigen zwanzig Jahre lang, bis sie endlich die russische Maske abwerfen und als Polen dastehen. Die Russen haben Talent für novellistische Leistungen, Romane u. dergl., aber nicht für Politik. Sie wissen ganz genau, wessen sie sich seitens der Polen zu versehen haben. Aber sie sagen: nous le voyons bien arriver, mais nous les penderons (wir sehen es wohl kommen, aber wir werden sie hängen). Indessen ist noch nicht gewiß, wer hängt, und wer gehangen wird. Mit unglaublicher Geschicklichkeit haben sich die Polen in alle Stellungen des russischen Reiches hineingelegt. Ihre alleinige Hoffnung ist der Krieg gegen Deutschland, bei dem Rußland den kürzeren zieht und das polnische Reich wieder erstehen soll. Freilich würde Deutschland auch bei einem sehr glänzenden Siege dazu am wenigsten die Hand bieten, dieses Reich wieder aufzurichten. Ein weiterer Kriegsfreund in Rußland ist der Nihilismus. Er denkt, er könne seine Pläne auf den Trümmern eines Rußland nachteiligen Schlachtfeldes verwirklichen. Dann sind dort in demselben Sinne thätig die Geldmittel der Franzosen, Engländer und Polen, die ja teilweise noch Geld haben. Das Interesse der Franzosen, Rußland zu einem Kriege zu drängen, an welchem sie sich, je nach dem Verlaufe desselben, beteiligen können oder nicht, liegt ja auf der Hand. Auch England würde es gern sehen, wenn Deutschland sich mit Rußland schlüge, um den Engländern die indischen Sorgen für immer abzunehmen. Wenn sich nun diese kolossale vereinigte Kaufkraft auf die russischen und polnischen Preßleiter stürzt, so ist es erklärlich, daß diese Cincinnatusse erliegen, zumal da sie auch sonst nicht gerne mit einem Rübengericht sich begnügen.

Im November 1879 zeigten sich auch die ersten thatsächlichen Äußerungen russischen Deutschenhasses. Der preußische Niemen war seit 1855 der russischen Schiffahrt völlig abgabenfrei geöffnet. Bei der Befahrung des russischen Niemen aber wurden jetzt plötzlich dem Memeler Dampfer „Falke“ die brutalsten Schwierigkeiten gemacht.*)

*) Poschinger, Fürst Bismarck als Volkswirt, Bd. I, S. 269.

Die russische Behörde verlangte für Gestattung der Fahrt von dem Kapitän des deutschen Schiffes, daß dieser die deutsche Flagge streiche und die russische aufhisse. Außerdem sollte der Rheder des Schiffes, Schiller in Memel, alle in Rußland bestehenden, gegen 700 Rubel jährlich betragenden Gilden-, Strom-, Handels-, Zoll-, Stempel- und Schiffahrtsgebühren bezahlen und sich außerdem verpflichten, alle Steuern nachzuzahlen, welche künftig etwa eingeführt werden würden. Fürst Bismarck schritt gegen dieses amtliche russische Flußpiratentum aufs kräftigste ein. Noch im November befahl er in einem Erlaß aus Varzin, alle russischen Dampfer, welche den preußischen Niemen befahren wollten, anzuhalten und nicht weiter fahren zu lassen. Infolge dieser wirkungsvollen Gegenwehr, erledigte sich die Frage alsbald im Sinne der deutschen Interessen. Zugleich wurde aber schon jetzt im deutschen Kriegsministerium alles vorbereitet, um die deutsche Ostseeküste und Ostgrenze durch Befestigung der Häfen und Grenzstädte, Anlegung strategisch wichtiger Küstenbahnen u. s. w. gegen einen etwaigen Angriff von Rußland möglichst zu verstärken.

Gegen die unheimliche Wühlarbeit im Osten wie gegen die unter der Asche fortglimmende verzehrende Racheglut der westlichen Nachbarn Deutschlands hatte Bismarcks weitblickende Staatskunst den großen stillen Friedensbund mit Österreich-Ungarn und Italien begründet und aufgerichtet.

Aber auch weithin über das Weltmerr schaffte sein nachdrückliches Wort in Nicaragua und Guatemala verletzten deutschen Interessen volle Genugthuung. Und seit dem am 7. Februar 1878 erfolgten Tode des streitbaren Papstes Pius IX. und der am 20. Februar erfolgten Wahl des friedlich gesinnten Papstes Leo XIII. ergab sich für den deutschen Reichskanzler auch die Hoffnung, auf kirchlichem Gebiete wieder zum Frieden zu gelangen, die er, wie wir sehen werden, sofort zu verwirklichen sich angelegentlich bestrebt zeigte.

Zweites Kapitel.

Der Ausbau des Reiches durch Bismarck 1877/79. Friedensverhandlung mit Rom. Das Sozialistengesetz.

Die Reichstagswahlen vom 10. Januar 1877 hatten eine Stärkung der Konservativen um 13 Mitglieder ergeben; sie zählten jetzt 35 statt 22. Auch die Freikonservativen waren um 5 gewachsen. Die Nationalliberalen, immer noch 128 Mitglieder stark, hatten 25 Sitze eingebüßt. Die Agitation, welche die Nordd. Allg. Ztg. seit dem Juni 1876 zur Verstärkung der konservativen Parteien im Reichstag und Landtag und zur Sprengung der liberalen Mehrheit eröffnet hatte, war also für das Reich nicht ganz ohne Erfolg geblieben. Besonders erfreulich waren die Wahlen im Elsaß. Denn hier hatte sich inzwischen eine „autonomistische“ Partei gebildet, welche, im Gegensatz zu den Ultramontanen und Protestlern, den Anschluß der Reichslande an Deutschland als unwiderruflich anerkannte und eine thunlichst selbständige Regierung und Verwaltung derselben erstrebte. Diese Partei hatte in sämtlichen fünf unterelsässischen Wahlkreisen jetzt ihre Abgeordneten durchgesetzt.

Sie suchten, nachdem der Reichstag am 22. Februar eröffnet worden war, schon am 23. die Bewilligung einer Audienz beim Fürsten Bismarck nach, die ihnen am 24. Februar gewährt wurde und dreiviertel Stunden dauerte.*) Die vom Reichskanzler herzlich

*) Eingehend behandelt bei Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, II, 244/51.

bewillkommneten Abgeordneten trugen diesem die Wünsche ihres Landes in Bezug auf die sogenannte „Optantenfrage“ vor — sie wünschten Erleichterungen für die Rückkehr der Angehörigen der Reichslande, die ihre deutsche Staatsangehörigkeit festhalten oder wiedererwerben wollten, — und in dieser Beziehung waren ihre Wünsche durchaus erfolgreich. Denn nach eingehenden Verhandlungen Bismarcks mit dem Unterstaatssekretär der Reichslande, Herzog, und dem Kriegsministerium wurden diese Erleichterungen in einem Erlaß vom 15. März 1877 alsbald zugestanden. Aber auch bezüglich der von den fünf unter-elsässischen Abgeordneten in jener Audienz erbetenen „Autonomie“ — selbständigen Regierung und Verwaltung der Reichslande, nach dem Maße der Selbständigkeit der einzelnen Bundesstaaten des Reiches, — erhielten die Abgeordneten vom Reichskanzler in jener ersten Audienz wohlwollende Zusicherungen, wenn auch für jetzt der Fürst nicht über die bereits fertige Regierungsvorlage hinausgehen konnte, welche mit Zustimmung des Landesausschusses der Reichslande in der Hauptsache dahin ging, daß „Landesgesetze für Elsaß-Lothringen, einschließlich des Landeshaushaltsetats, mit Zustimmung des Bundesrates und ohne Mitwirkung des Reichstags vom Kaiser erlassen werden können, wenn der Landesausschuß denselben zugestimmt hat.“ Einstweilen blieben auch im Reichstag die weitergehenden Wünsche der elsässischen Autonomisten unberücksichtigt; dieser nahm vielmehr am 17. März die Vorlage unverändert an. Aber für ihre Wünsche vielversprechend waren sowohl das lebhafte Wohlwollen des Reichskanzlers als die Worte, mit denen der Führer der elsässischen Autonomisten am 11. März die Darlegung seines Standpunktes vor der nationalliberalen Fraktion begann: „Wir treten vor Sie als deutsche Abgeordnete eines deutschen Landes.“ Auf den parlamentarischen Soireen des Reichskanzlers, zu welchen dieser die elsässischen Autonomisten am Schlusse der Audienz vom 24. Februar freundlich eingeladen hatte, erörterten dann diese Abgeordneten ihre Wünsche ungezwungen weiter mit Bismarck, den Bundesräten und den Abgeordneten der reichstreuen Parteien. Alle diese Besprechungen trugen gute Früchte.

Das zeigte sich schon bei der ersten Gelegenheit, da die Frage der autonomistischen Verfassung der Reichslande im Reichstag überhaupt zur Sprache gebracht werden konnte. Geschickt benützte der Abgeordnete Schneegans die Beratung des Stellvertretungsgesetzes im Reichstag am 5. März 1878. Diese Vorlage bezweckte, die durch die längeren Urlaube des Reichskanzlers nötige Vertretung desselben gesetzlich zu regeln und es wird davon in anderem Zusammenhang im folgenden Kapitel noch die Rede sein. Der Hauptwunsch der elsässischen Autonomisten ging vorläufig dahin, den Sitz der Landesregierung der Reichslande von Berlin hinweg, wo sie durch den allein verantwortlichen Reichskanzler bisher geführt wurde, in das Land selbst, nach Straßburg zu verlegen. Dieser Wunsch war namentlich für die Zeiten begreiflich, für welche der Reichskanzler selbst sich beurlauben ließ. Der Abgeordnete Schneegans beantragte daher zu § 2 der Vorlage den Zusatz: „Der Stellvertreter des Reichskanzlers für Elsaß-Lothringen hat seinen Amtssitz in Straßburg." Als der Abg. Schneegans, in Begleitung seiner Freunde, diesen Antrag am 4. März zunächst in der nationalliberalen Fraktion erörterte, meinte die Mehrheit, der Augenblick sei schlecht gewählt, da gegenwärtig die Neuordnung der inneren Reichsangelegenheiten weit über allen anderen Fragen stünde. Schneegans betrachtete daher seinen Antrag nur als Versuchsballon und begnügte sich mit der Hoffnung, die Regierung und womöglich den Reichskanzler selbst zur Aussprache ihrer Ansicht zu veranlassen. Diese Hoffnung sollte nicht täuschen. Denn nach einer kurzen Rede des Abg. Schneegans in der Reichstagssitzung vom 8. März 1878 erwiderte Fürst Bismarck: „Der Herr Vorredner hat vollkommen recht, wenn er annimmt, daß die Sympathien nicht nur des Hauses, sondern auch der verbündeten Regierungen dem von ihm befürworteten Bestreben der Elsaß-Lothringer, zu einer selbständigen Regierung im eigenen Lande zu gelangen, zur Seite stehen," der Reichskanzler bitte aber trotzdem das Amendement abzulehnen, und zwar „nur aus dem Grund, weil sich eine Frage von dieser Tragweite so nebenher nicht erledigen läßt."

Schon bei der ersten Rede über die Vorlage, am 5. März, hatte der Reichskanzler die Unmöglichkeit betont, daß er auch fernerhin die Regierung von $1\frac{1}{2}$ Millionen Bewohnern des Reichslandes als „Nebenamt" betreibe. Er wiederholte jetzt: „Ich behalte das Streben im Auge, von dem Band los zu kommen, welches den Reichskanzler und das Ministerium für Elsaß-Lothringen in einer Person verschlingt. Dabei kommt das Land oder der Reichskanzler zu kurz, und der ganze Ausdruck des Regierungsgedankens wird ein unrichtiger, indem der faktische Schwerpunkt nicht da liegt, wo die Verantwortlichkeit gesucht wird. Es wird also auch die Frage zur Entscheidung kommen, nicht ob, sondern in welcher Weise die ministerielle Leitung für Elsaß-Lothringen sich gestalten wird. Die Schwierigkeit ist die, daß der Kaiser, der die landesherrlichen Rechte im Namen der verbündeten Regierungen in Elsaß-Lothringen ausübt, die Residenz nicht dauernd dorthin hinzulegen vermag und doch das Bedürfnis hat, von seinem Minister (oder Ministerium) für Elsaß-Lothringen Vortrag zu erhalten." Damit sei die Frage, ob man diesen Minister in Straßburg residieren lassen könne, noch nicht verneint. Denn es „läßt sich ja die Wahl der Person so denken, daß dieselbe sich eines ganz ausnahmsweisen Vertrauens bei dem Träger der landesherrlichen Rechte, Sr. Majestät dem Kaiser, erfreut und die Korrespondenz den mündlichen Verkehr vollständig und wirksam ersetzt." Am Schlusse der Rede ersuchte der Fürst, unter lebhaftem Beifall, seine Antwort auf den Antrag Schneegans für die von diesem vertretenen Absichten „mehr ermutigend als ablehnend" aufzufassen.

Schon vor dieser Rede aber hatte der Reichskanzler während der Sitzung die elsässischen Antragsteller durch den Direktor der Reichskanzlei v. Tiedemann verständigen lassen, wie er sich die beste Lösung der Frage denke. Der jeweilige Kronprinz des Deutschen Reiches solle in den Reichslanden die Souveränität Namens des Kaisers ausüben. Auf seiner parlamentarischen Soiree vom 9. März kam der Reichskanzler gegen die Autonomisten wiederholt auf das „Kronprinzenprojekt" zurück. Und am Nachmittag des

2. April hatte er mit Dreien der Autonomisten eine längere Unterredung über denselben Gegenstand. Hier führte er aus:*) der jeweilige deutsche Kronprinz solle nicht etwa Statthalter, sondern wirklicher Souverän der Reichslande namens des Reiches, wie jetzt der Kaiser, werden, bis er selbst Kaiser würde; das Land also „Kronprinzenland“. Sein Ministerium könne sich der hohe Herr selbst wählen, aus Einheimischen, Süddeutschen u. s. w. Der Kaiser war anfangs gegen das Projekt; es fand dagegen beim Kronprinzen viel Anklang, da er auf diese Weise zu selbständiger Regierung kam und einige seiner Lieblinge, wie Roggenbach und Stauffenberg, zu Ministern hätte machen können. Auch im Reichsland und in der Presse fand der Plan lebhaften Beifall. Anfangs Mai teilte der Abg. v. Stauffenberg dem Kollegen Schneegans sogar zuversichtlich mit, daß das „Kronprinzenland fertig sei“. Vielleicht wäre auch dem Fürsten Bismarck die Verlegung des kronprinzlichen Hofes nach Straßburg, bei den öfteren Meinungsverschiedenheiten, die er mit diesem erlauchten Kreise zu bestehen hatte, nicht ganz unliebsam gewesen. Aber es sollte nicht sein — die ruchlosen Attentate auf den Kaiser vom 14. Mai und 2. Juni, von denen unten die Rede sein wird, vereitelten den Plan, da nach dem 2. Juni der Kronprinz die Stellvertretung des Königs und Kaisers übernehmen mußte. In der That aber hatte sich Bismarck auch bei dieser Frage als „Advokat“ der Reichslande erprobt. Uud als solcher fragte er auf einer seiner parlamentarischen Soireen dieses Frühjahrs den Abg. Schneegans und dessen Freunde: „Nun, wie fühlen sich die Elsässer in Deutschland?“ — „Durchlaucht,“ erwiderte der Gefragte, „wir gehen eine Vernunftehe ein, das gibt oft die besten Ehen.“ — Der Fürst lachte und entgegnete: „Liebe und gegenseitige Achtung stellen sich im Zusammenleben ein; darauf stoßen wir an!“ Und es wurde angestoßen. —

Abermals ein gutes Stück weiter rückten die Wünsche der autonomistischen elsässischen Abgeordneten im Jahre 1879 der Verwirklichung entgegen. Denn als am 21. März dieses Jahres die

*) Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, II, 262/66.

Autonomisten ihren Antrag: „den Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß Elsaß-Lothringen eine selbständige, im Lande befindliche Regierung erhalte," im Reichstag begründeten, erklärte sich Fürst Bismarck, unter lebhaftem Beifall, durchaus damit einverstanden; ebenso am 27. März, nachdem alle Parteien des Hauses sich über den Antrag, durchweg zustimmend, geäußert hatten. Nachdem der Antrag Schneegans dann am nämlichen Tage ziemlich einstimmig angenommen worden war, übersandte der Reichskanzler am 14. Mai dem Bundesrate und am 2. Juni von Varzin aus dem Reichstage einen „Gesetzentwurf betr. die Verfassung und Verwaltung Lothringens", der, — in Übereinstimmung mit den „Minimalwünschen" der Autonomisten, und der Zusagen Bismarcks in den Reden vom 21. und 27. März, — bestimmte: der Kaiser kann die Ausübung seiner Souveränität einem in Straßburg residierenden Statthalter widerruflich übertragen, welcher in den Reichslanden den Reichskanzler oder dessen Stellvertreter ersetzt. Ein elsaß-lothringisches Ministerium in Straßburg übernimmt die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und gegenzeichnet die Erlasse des Statthalters. Dem Statthalter steht ein Staatsrat zur Seite, von dessen 12 Mitgliedern 3 vom Landesausschuß der Reichslande vorgeschlagen werden. Die Befugnisse des Landesausschusses werden dahin erweitert, daß derselbe innerhalb der Schranken der Landesgesetzgebung selbständig Gesetzentwürfe einbringen und Petitionen entgegennehmen kann. Auch wurde dem Statthalter das Recht eingeräumt, Kommissare mit beratender Stimme an den deutschen Bundesrat abzuordnen.

Dieses Gesetz wurde im Reichstag mit geringen Änderungen angenommen, vom Bundesrat genehmigt und am 4. Juli 1879 verkündet. Der Kaiser ernannte dann am 23. Juli von Gastein aus den Generalfeldmarschall v. Manteuffel zum Statthalter der Reichslande und deren neue Minister. Am 1. Oktober übernahm Manteuffel sein Amt, zugleich trat die neue Verfassung der Reichslande in Wirksamkeit.

Am nämlichen Tage vollzog sich auch ein für ganz Deutsch-

land wichtiges Ereignis: das Inkrafttreten der großen Justizgesetze und die feierliche Eröffnung des obersten Gerichtshofes für Deutschland, des Reichsgerichts in Leipzig. Zum Präsidenten dieses Gerichtshofes hatte Fürst Bismarck, mit seiner Empfindung für die politischen „Imponderabilien", den einstigen Präsidenten des Frankfurter und Erfurter Parlaments, den langjährigen Präsidenten des preußischen Landtags, norddeutschen Reichstags, des deutschen Zollparlaments und deutschen Reichstags, Dr. Simson, berufen, nicht bloß einen hervorragenden Juristen, sondern auch einen Mann von nationalpolitischer Bedeutung. Der Fürst hatte diesen treuen Anhänger und Führer der nationalliberalen Partei zu der höchsten Ehrenstellung deutscher Richter ausersehen, obwohl sich gerade damals die Wege des Kanzlers von der Partei Simsons trennten, und er hatte den Erkorenen zur Annahme des hohen Amtes vermocht, obwohl Simson anfangs unter Hinweis auf seine 69 Jahre abwehren wollte.

Unmittelbar nach Eröffnung des am 10. Januar 1877 gewählten Reichstags hatten übrigens nicht bloß die elsässischen Autonomisten, sondern auch die Abordnung des Vorstandes der neu konstituierten „deutschkonservativen Fraktion", am 24. Februar 1877, den Reichskanzler persönlich aufgesucht. Die Fraktion hatte besonderen Anlaß zu dieser Abordnung, da sie zwei persönliche Gegner des Fürsten, den vormaligen Redakteur der Kreuzzeitung v. Nathusius-Ludom und Herrn v. Kleist-Retzow, unter ihre Mitglieder aufgenommen hatte. So sympathisch nun auch den Reichskanzler das neue Programm der Fraktion berühren mochte, so bedenklich mußte ihm erscheinen, daß gar so mancher der einstigen „Kreuzzeitungs-Deklaranten" hier Unterschlupf gefunden hatte. Am 24. Februar 1877 zeigte daher Fürst Bismarck über die Aufnahme der genannten Führer der konservativen Fronde sich in der That ungehalten. Nach der offenen Aussprache des Redners der Abordnung, des Abg. v. Helldorf-Bedra, aber wollte Bismarck doch jeden Schein von Kleinlichkeit vermeiden, und entließ die drei Herren gnädig. Bald darauf vollzog sich auch des „Onkels" Kleist-Retzow Wiedereintritt

Die russische Behörde verlangte für Gestattung der Fahrt von dem Kapitän des deutschen Schiffes, daß dieser die deutsche Flagge streiche und die russische aufhisse. Außerdem sollte der Rheder des Schiffes, Schiller in Memel, alle in Rußland bestehenden, gegen 700 Rubel jährlich betragenden Gilden-, Strom-, Handels-, Zoll-, Stempel- und Schiffahrtsgebühren bezahlen und sich außerdem verpflichten, alle Steuern nachzuzahlen, welche künftig etwa eingeführt werden würden. Fürst Bismarck schritt gegen dieses amtliche russische Flußpiratentum aufs kräftigste ein. Noch im November befahl er in einem Erlaß aus Varzin, alle russischen Dampfer, welche den preußischen Niemen befahren wollten, anzuhalten und nicht weiter fahren zu lassen. Infolge dieser wirkungsvollen Gegenwehr, erledigte sich die Frage alsbald im Sinne der deutschen Interessen. Zugleich wurde aber schon jetzt im deutschen Kriegsministerium alles vorbereitet, um die deutsche Ostseeküste und Ostgrenze durch Befestigung der Häfen und Grenzstädte, Anlegung strategisch wichtiger Küstenbahnen u. s. w. gegen einen etwaigen Angriff von Rußland möglichst zu verstärken.

Gegen die unheimliche Wühlarbeit im Osten wie gegen die unter der Asche fortglimmende verzehrende Racheglut der westlichen Nachbarn Deutschlands hatte Bismarcks weitblickende Staatskunst den großen stillen Friedensbund mit Österreich-Ungarn und Italien begründet und aufgerichtet.

Aber auch weithin über das Weltmerr schaffte sein nachdrückliches Wort in Nicaragua und Guatemala verletzten deutschen Interessen volle Genugthuung. Und seit dem am 7. Februar 1878 erfolgten Tode des streitbaren Papstes Pius IX. und der am 20. Februar erfolgten Wahl des friedlich gesinnten Papstes Leo XIII. ergab sich für den deutschen Reichskanzler auch die Hoffnung, auf kirchlichem Gebiete wieder zum Frieden zu gelangen, die er, wie wir sehen werden, sofort zu verwirklichen sich angelegentlich bestrebt zeigte.

Zweites Kapitel.

Der Ausbau des Reiches durch Bismarck 1877/79. Friedensverhandlung mit Rom. Das Sozialistengesetz.

Die Reichstagswahlen vom 10. Januar 1877 hatten eine Stärkung der Konservativen um 13 Mitglieder ergeben; sie zählten jetzt 35 statt 22. Auch die Freikonservativen waren um 5 gewachsen. Die Nationalliberalen, immer noch 128 Mitglieder stark, hatten 25 Sitze eingebüßt. Die Agitation, welche die Nordd. Allg. Ztg. seit dem Juni 1876 zur Verstärkung der konservativen Parteien im Reichstag und Landtag und zur Sprengung der liberalen Mehrheit eröffnet hatte, war also für das Reich nicht ganz ohne Erfolg geblieben. Besonders erfreulich waren die Wahlen im Elsaß. Denn hier hatte sich inzwischen eine „autonomistische" Partei gebildet, welche, im Gegensatz zu den Ultramontanen und Protestlern, den Anschluß der Reichslande an Deutschland als unwiderruflich anerkannte und eine thunlichst selbständige Regierung und Verwaltung derselben erstrebte. Diese Partei hatte in sämtlichen fünf unterelsässischen Wahlkreisen jetzt ihre Abgeordneten durchgesetzt.

Sie suchten, nachdem der Reichstag am 22. Februar eröffnet worden war, schon am 23. die Bewilligung einer Audienz beim Fürsten Bismarck nach, die ihnen am 24. Februar gewährt wurde und dreiviertel Stunden dauerte.*) Die vom Reichskanzler herzlich

*) Eingehend behandelt bei Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, II, 244/51.

bewillkommneten Abgeordneten trugen diesem die Wünsche ihres Landes in Bezug auf die sogenannte „Optantenfrage“ vor — sie wünschten Erleichterungen für die Rückkehr der Angehörigen der Reichslande, die ihre deutsche Staatsangehörigkeit festhalten oder wiedererwerben wollten, — und in dieser Beziehung waren ihre Wünsche durchaus erfolgreich. Denn nach eingehenden Verhandlungen Bismarcks mit dem Unterstaatssekretär der Reichslande, Herzog, und dem Kriegsministerium wurden diese Erleichterungen in einem Erlaß vom 15. März 1877 alsbald zugestanden. Aber auch bezüglich der von den fünf unter-elsässischen Abgeordneten in jener Audienz erbetenen „Autonomie“ — selbständigen Regierung und Verwaltung der Reichslande, nach dem Maße der Selbständigkeit der einzelnen Bundesstaaten des Reiches, — erhielten die Abgeordneten vom Reichskanzler in jener ersten Audienz wohlwollende Zusicherungen, wenn auch für jetzt der Fürst nicht über die bereits fertige Regierungsvorlage hinausgehen konnte, welche mit Zustimmung des Landesausschusses der Reichslande in der Hauptsache dahin ging, daß „Landesgesetze für Elsaß-Lothringen, einschließlich des Landeshaushaltsetats, mit Zustimmung des Bundesrates und ohne Mitwirkung des Reichstags vom Kaiser erlassen werden können, wenn der Landesausschuß denselben zugestimmt hat.“ Einstweilen blieben auch im Reichstag die weitergehenden Wünsche der elsässischen Autonomisten unberücksichtigt; dieser nahm vielmehr am 17. März die Vorlage unverändert an. Aber für ihre Wünsche vielversprechend waren sowohl das lebhafte Wohlwollen des Reichskanzlers als die Worte, mit denen der Führer der elsässischen Autonomisten am 11. März die Darlegung seines Standpunktes vor der nationalliberalen Fraktion begann: „Wir treten vor Sie als deutsche Abgeordnete eines deutschen Landes.“ Auf den parlamentarischen Soireen des Reichskanzlers, zu welchen dieser die elsässischen Autonomisten am Schlusse der Audienz vom 24. Februar freundlich eingeladen hatte, erörterten dann diese Abgeordneten ihre Wünsche ungezwungen weiter mit Bismarck, den Bundesräten und den Abgeordneten der reichstreuen Parteien. Alle diese Besprechungen trugen gute Früchte.

Das zeigte sich schon bei der ersten Gelegenheit, da die Frage der autonomistischen Verfassung der Reichslande im Reichstag überhaupt zur Sprache gebracht werden konnte. Geschickt benützte der Abgeordnete Schneegans die Beratung des Stellvertretungsgesetzes im Reichstag am 5. März 1878. Diese Vorlage bezweckte, die durch die längeren Urlaube des Reichskanzlers nötige Vertretung desselben gesetzlich zu regeln und es wird davon in anderem Zusammenhang im folgenden Kapitel noch die Rede sein. Der Hauptwunsch der elsässischen Autonomisten ging vorläufig dahin, den Sitz der Landesregierung der Reichslande von Berlin hinweg, wo sie durch den allein verantwortlichen Reichskanzler bisher geführt wurde, in das Land selbst, nach Straßburg zu verlegen. Dieser Wunsch war namentlich für die Zeiten begreiflich, für welche der Reichskanzler selbst sich beurlauben ließ. Der Abgeordnete Schneegans beantragte daher zu § 2 der Vorlage den Zusatz: „Der Stellvertreter des Reichskanzlers für Elsaß-Lothringen hat seinen Amtssitz in Straßburg.“ Als der Abg. Schneegans, in Begleitung seiner Freunde, diesen Antrag am 4. März zunächst in der nationalliberalen Fraktion erörterte, meinte die Mehrheit, der Augenblick sei schlecht gewählt, da gegenwärtig die Neuordnung der inneren Reichsangelegenheiten weit über allen anderen Fragen stünde. Schneegans betrachtete daher seinen Antrag nur als Versuchsballon und begnügte sich mit der Hoffnung, die Regierung und womöglich den Reichskanzler selbst zur Aussprache ihrer Ansicht zu veranlassen. Diese Hoffnung sollte nicht täuschen. Denn nach einer kurzen Rede des Abg. Schneegans in der Reichstagssitzung vom 8. März 1878 erwiderte Fürst Bismarck: „Der Herr Vorredner hat vollkommen recht, wenn er annimmt, daß die Sympathien nicht nur des Hauses, sondern auch der verbündeten Regierungen dem von ihm befürworteten Bestreben der Elsaß-Lothringer, zu einer selbständigen Regierung im eigenen Lande zu gelangen, zur Seite stehen,“ der Reichskanzler bitte aber trotzdem das Amendement abzulehnen, und zwar „nur aus dem Grund, weil sich eine Frage von dieser Tragweite so nebenher nicht erledigen läßt.“

Schon bei der ersten Rede über die Vorlage, am 5. März, hatte der Reichskanzler die Unmöglichkeit betont, daß er auch fernerhin die Regierung von $1\frac{1}{2}$ Millionen Bewohnern des Reichslandes als „Nebenamt“ betreibe. Er wiederholte jetzt: „Ich behalte das Streben im Auge, von dem Band los zu kommen, welches den Reichskanzler und das Ministerium für Elsaß-Lothringen in einer Person verschlingt. Dabei kommt das Land oder der Reichskanzler zu kurz, und der ganze Ausdruck des Regierungsgedankens wird ein unrichtiger, indem der faktische Schwerpunkt nicht da liegt, wo die Verantwortlichkeit gesucht wird. Es wird also auch die Frage zur Entscheidung kommen, nicht ob, sondern in welcher Weise die ministerielle Leitung für Elsaß-Lothringen sich gestalten wird. Die Schwierigkeit ist die, daß der Kaiser, der die landesherrlichen Rechte im Namen der verbündeten Regierungen in Elsaß-Lothringen ausübt, die Residenz nicht dauernd dorthin hinzulegen vermag und doch das Bedürfnis hat, von seinem Minister (oder Ministerium) für Elsaß-Lothringen Vortrag zu erhalten.“ Damit sei die Frage, ob man diesen Minister in Straßburg residieren lassen könne, noch nicht verneint. Denn es „läßt sich ja die Wahl der Person so denken, daß dieselbe sich eines ganz ausnahmsweisen Vertrauens bei dem Träger der landesherrlichen Rechte, Sr. Majestät dem Kaiser, erfreut und die Korrespondenz den mündlichen Verkehr vollständig und wirksam ersetzt.“ Am Schlusse der Rede ersuchte der Fürst, unter lebhaftem Beifall, seine Antwort auf den Antrag Schneegans für die von diesem vertretenen Absichten „mehr ermutigend als ablehnend“ aufzufassen.

Schon vor dieser Rede aber hatte der Reichskanzler während der Sitzung die elsässischen Antragsteller durch den Direktor der Reichskanzlei v. Tiedemann verständigen lassen, wie er sich die beste Lösung der Frage denke. Der jeweilige Kronprinz des Deutschen Reiches solle in den Reichslanden die Souveränität Namens des Kaisers ausüben. Auf seiner parlamentarischen Soiree vom 9. März kam der Reichskanzler gegen die Autonomisten wiederholt auf das „Kronprinzenprojekt“ zurück. Und am Nachmittag des

2. April hatte er mit Dreien der Autonomisten eine längere Unterredung über denselben Gegenstand. Hier führte er aus:*) der jeweilige deutsche Kronprinz solle nicht etwa Statthalter, sondern wirklicher Souverän der Reichslande namens des Reiches, wie jetzt der Kaiser, werden, bis er selbst Kaiser würde; das Land also „Kronprinzenland“. Sein Ministerium könne sich der hohe Herr selbst wählen, aus Einheimischen, Süddeutschen u. s. w. Der Kaiser war anfangs gegen das Projekt; es fand dagegen beim Kronprinzen viel Anklang, da er auf diese Weise zu selbständiger Regierung kam und einige seiner Lieblinge, wie Roggenbach und Stauffenberg, zu Ministern hätte machen können. Auch im Reichsland und in der Presse fand der Plan lebhaften Beifall. Anfangs Mai teilte der Abg. v. Stauffenberg dem Kollegen Schneegans sogar zuversichtlich mit, daß das „Kronprinzenland fertig sei“. Vielleicht wäre auch dem Fürsten Bismarck die Verlegung des kronprinzlichen Hofes nach Straßburg, bei den öfteren Meinungsverschiedenheiten, die er mit diesem erlauchten Kreise zu bestehen hatte, nicht ganz unliebsam gewesen. Aber es sollte nicht sein — die ruchlosen Attentate auf den Kaiser vom 14. Mai und 2. Juni, von denen unten die Rede sein wird, vereitelten den Plan, da nach dem 2. Juni der Kronprinz die Stellvertretung des Königs und Kaisers übernehmen mußte. In der That aber hatte sich Bismarck auch bei dieser Frage als „Advokat“ der Reichslande erprobt. Uud als solcher fragte er auf einer seiner parlamentarischen Soireen dieses Frühjahrs den Abg. Schneegans und dessen Freunde: „Nun, wie fühlen sich die Elsässer in Deutschland?“ — „Durchlaucht,“ erwiderte der Gefragte, „wir gehen eine Vernunftehe ein, das gibt oft die besten Ehen.“ — Der Fürst lachte und entgegnete: „Liebe und gegenseitige Achtung stellen sich im Zusammenleben ein; darauf stoßen wir an!“ Und es wurde angestoßen. —

Abermals ein gutes Stück weiter rückten die Wünsche der autonomistischen elsässischen Abgeordneten im Jahre 1879 der Verwirklichung entgegen. Denn als am 21. März dieses Jahres die

*) Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, II, 262/66.

Autonomisten ihren Antrag: „den Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß Elsaß-Lothringen eine selbständige, im Lande befindliche Regierung erhalte,“ im Reichstag begründeten, erklärte sich Fürst Bismarck, unter lebhaftem Beifall, durchaus damit einverstanden; ebenso am 27. März, nachdem alle Parteien des Hauses sich über den Antrag, durchweg zustimmend, geäußert hatten. Nachdem der Antrag Schneegans dann am nämlichen Tage ziemlich einstimmig angenommen worden war, übersandte der Reichskanzler am 14. Mai dem Bundesrate und am 2. Juni von Varzin aus dem Reichstage einen „Gesetzentwurf betr. die Verfassung und Verwaltung Lothringens“, der, — in Übereinstimmung mit den „Minimalwünschen“ der Autonomisten, und der Zusagen Bismarcks in den Reden vom 21. und 27. März, — bestimmte: der Kaiser kann die Ausübung seiner Souveränität einem in Straßburg residierenden Statthalter widerruflich übertragen, welcher in den Reichslanden den Reichskanzler oder dessen Stellvertreter ersetzt. Ein elsaß-lothringisches Ministerium in Straßburg übernimmt die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und gegenzeichnet die Erlasse des Statthalters. Dem Statthalter steht ein Staatsrat zur Seite, von dessen 12 Mitgliedern 3 vom Landesausschuß der Reichslande vorgeschlagen werden. Die Befugnisse des Landesausschusses werden dahin erweitert, daß derselbe innerhalb der Schranken der Landesgesetzgebung selbständig Gesetzentwürfe einbringen und Petitionen entgegennehmen kann. Auch wurde dem Statthalter das Recht eingeräumt, Kommissare mit beratender Stimme an den deutschen Bundesrat abzuordnen.

Dieses Gesetz wurde im Reichstag mit geringen Änderungen angenommen, vom Bundesrat genehmigt und am 4. Juli 1879 verkündet. Der Kaiser ernannte dann am 23. Juli von Gastein aus den Generalfeldmarschall v. Manteuffel zum Statthalter der Reichslande und deren neue Minister. Am 1. Oktober übernahm Manteuffel sein Amt, zugleich trat die neue Verfassung der Reichslande in Wirksamkeit.

Am nämlichen Tage vollzog sich auch ein für ganz Deutsch-

land wichtiges Ereignis: das Inkrafttreten der großen Justizgesetze und die feierliche Eröffnung des obersten Gerichtshofes für Deutschland, des Reichsgerichts in Leipzig. Zum Präsidenten dieses Gerichtshofes hatte Fürst Bismarck, mit feiner Empfindung für die politischen „Imponderabilien“, den einstigen Präsidenten des Frankfurter und Erfurter Parlaments, den langjährigen Präsidenten des preußischen Landtags, norddeutschen Reichstags, des deutschen Zollparlaments und deutschen Reichstags, Dr. Simson, berufen, nicht bloß einen hervorragenden Juristen, sondern auch einen Mann von nationalpolitischer Bedeutung. Der Fürst hatte diesen treuen Anhänger und Führer der nationalliberalen Partei zu der höchsten Ehrenstellung deutscher Richter auserseheen, obwohl sich gerade damals die Wege des Kanzlers von der Partei Simsons trennten, und er hatte den Erkorenen zur Annahme des hohen Amtes vermocht, obwohl Simson anfangs unter Hinweis auf seine 69 Jahre abwehren wollte.

Unmittelbar nach Eröffnung des am 10. Januar 1877 gewählten Reichstags hatten übrigens nicht bloß die elsässischen Autonomisten, sondern auch die Abordnung des Vorstandes der neu konstituierten „deutschkonservativen Fraktion“, am 24. Februar 1877, den Reichskanzler persönlich aufgesucht. Die Fraktion hatte besonderen Anlaß zu dieser Abordnung, da sie zwei persönliche Gegner des Fürsten, den vormaligen Redakteur der Kreuzzeitung v. Nathusius-Ludom und Herrn v. Kleist-Retzow, unter ihre Mitglieder aufgenommen hatte. So sympathisch nun auch den Reichskanzler das neue Programm der Fraktion berühren mochte, so bedenklich mußte ihm erscheinen, daß gar so mancher der einstigen „Kreuzzeitungs-Deklaranten“ hier Unterschlupf gefunden hatte. Am 24. Februar 1877 zeigte daher Fürst Bismarck über die Aufnahme der genannten Führer der konservativen Fronde sich in der That ungehalten. Nach der offenen Aussprache des Redners der Abordnung, des Abg. v. Helldorf-Bedra, aber wollte Bismarck doch jeden Schein von Kleinlichkeit vermeiden, und entließ die drei Herren gnädig. Bald darauf vollzog sich auch des „Onkels“ Kleist-Retzow Wiedereintritt

in das Haus des ...
Verhandlungen über d...
Stolberg führte, wurde die ...
mütigen Onkels und ...
entschieden, ob er nur ...
grüßt werden würde. ...
Herzens über den Wunsch, ...
sich vom Schiffsrumpf los...
zu bestrafen; genug, als ...
Fürstin Bismarck auf das ...
Ansprache, und dann komme ...
Hälfte" nicht gut zurückstehen. ...

Neben Herrn v. Helld... Stolberg, Oberpräsident der ... bringende Verbindung zwisch... Partei und Bismarck herzustellen... in Bezug auf sein Verhältnis ... des Reichstags: er gieße getrüb... habe und bezeichnete als Zielpunkt... müsse liberal vorgegangen werden... rücksichtigung der Interessen der ... aber entsprach ganz den Bestrebungen ... Stolberg, der die Vereinigung der „... (Agrarier) ins Leben gerufen hat... Stolberg im Herrenhause sch... kräftig unterstützen (s. o. S. 22... bahnprojekt war er fördernd ein... geeignet, Bismarcks Wiederan... Wege zu leiten. Wie sehr ... zugleich des Kaisers Gunst ... daraus, daß Stolberg vom ... nach Baden-Baden gesandt ... zum Bündnis mit Österreich ... berichtet, daß im Dezember 18...

... reichender ... ernst und dem ... befunden ... den vormaligen ... wird niemals ... schland nicht ... ihrer Haltung und ... ese, welche nicht im Widerspruche ... gegen die katholische Kirche ... des Friedens wieder zu ... Freilich blutete die Kirche infolge ... Gesetze in Preußen aus ... Bistümern waren acht ... Pfarrer, sämtliche katholische ...

... Schreiben vom 17. April ... ist vom Kronprinzen unter- ... und abermals von Bis- ... Antwort verfaßt hatte. Da ... Nobilingschen Mordversuches ... hatte, so beginnt die ... des Kaisers für den ... und fährt dann fort: „Der ... Schreibens Ew. Heiligkeit ..., daß vertrauliche Er- ... ren würden, auf den ... zu verzichten, welcher ... des Schreibens ... Nach Inhalt ... Heiligkeit die in ... ausgedrückte ... den ... gegen

„Kreuzzeitungs-Deklaranten" dem Fürsten förmlich schriftliche Abbitte leisteten, worauf dieser freundlich antwortete.

Aber nicht bloß mit den alten konservativen Freunden erstrebte der Reichskanzler die Versöhnung. Sowie der streitbare Papst Pius IX. am 7. Februar 1878 die Augen geschlossen hatte, und der nach seiner Vergangenheit friedliebende Papst Leo XIII. zum Papste gekrönt worden war, suchte Fürst Bismarck auch eine Verständigung mit Rom zu gewinnen, zumal da der neue Papst seine friedliche Gesinnung sofort nach seiner Wahl durch die Ernennung des gemäßigten Kardinals Franchi zum Staatssekretär bethätigt hatte. Auch dem deutschen Kaiser zeigte Leo seine Erhebung auf den päpstlichen Stuhl in freundlichen Worten an, sprach aber auch sein Bedauern aus: „nicht die guten Beziehungen vorzufinden, welche einst zwischen Preußen und dem päpstlichen Stuhle bestanden" hätten. Darauf dankte Kaiser Wilhelm in einem vom Reichskanzler gegengezeichneten Schreiben vom 24. März dem Papste für die Anzeige seines Regierungsantrittes, wünschte ihm „von Herzen eine gesegnete Regierung der Ihrer Obhut anvertrauten Kirche" und fuhr fort: „Ich darf in Anknüpfung an den Rückblick, den Ew. Heiligkeit auf die Vergangenheit werfen, hinzufügen, daß Jahrhunderte hindurch der christliche Sinn des deutschen Volkes den Frieden im Lande und den Gehorsam gegen dessen Obrigkeit treu bewahrt hat und für die Sicherstellung dieser wertvollen Güter auch in Zukunft Bürgschaft leistet. Gern entnehme Ich den freundlichen Worten Ew. Heiligkeit die Hoffnung, daß Sie geneigt sein werden, mit dem mächtigen Einfluß, welchen die Verfassung Ihrer Kirche Ew. Heiligkeit auf alle Diener derselben gewährt, dahin zu wirken, daß auch diejenigen unter den letzteren, welche es bisher unterließen, nunmehr dem Beispiel der ihrer geistlichen Pflege befohlenen Bevölkerung folgend, den Gesetzen des Landes, in dem sie wohnen, sich fügen werden."

In seiner Erwiderung vom 17. April gab der Papst seiner Hoffnung auf Erneuerung des früheren guten Einvernehmens abermals Ausdruck und bezeichnete als Mittel zur Erreichung desselben

die Abänderung verschiedener in Preußen bestehender gesetzlicher und verfassungsmäßiger Bestimmungen. Wie ernst auch dem Papste persönlich die Versöhnung am Herzen lag, bekundete er in einem Schreiben etwa derselben Zeit an den vormaligen Erzbischof Melchers von Köln: „Unsere Seele wird niemals Ruhe finden, solange der kirchliche Friede in Deutschland nicht wiederhergestellt ist. So werden die Gläubigen, dank ihrer Haltung und dank ihrer vollen Unterwerfung unter die Gesetze, welche nicht im Widerspruche mit dem Glauben und mit den Pflichten gegen die katholische Kirche stehen, sich würdig zeigen, die Wohlthaten des Friedens wieder zu erlangen und lange zu genießen.“ Freilich blutete die Kirche infolge der scharfen Handhabung der kirchlichen Gesetze in Preußen aus tausend Wunden. Von zwölf preußischen Bistümern waren acht ohne Bischöfe, 1400 Pfarreien ohne Pfarrer, sämtliche katholische Lehrerseminare geschlossen.

Die Antwort auf das päpstliche Schreiben vom 17. April verzögerte sich bis zum 10. Juni. Sie ist vom Kronprinzen unterschrieben, der damals seinen Vater vertrat, und abermals von Bismarck gegengezeichnet, der auch diese Antwort verfaßt hatte. Da der Papst dem Kaiser aus Anlaß des Nobilingschen Mordversuches am 2. Juni seine Teilnahme ausgesprochen hatte, so beginnt die Antwort mit dem „aufrichtigen Danke namens des Kaisers für den Ausdruck Ihrer freundlichen Gesinnung“ und fährt dann fort: „Der Kaiser hatte mit der Beantwortung des Schreibens Ew. Heiligkeit vom 17. April gezögert in der Hoffnung, daß vertrauliche Erläuterungen inzwischen die Möglichkeit gewähren würden, auf den schriftlichen Ausdruck grundsätzlicher Gegensätze zu verzichten, welcher sich bei Fortsetzung des Schriftwechsels im Sinne des Schreibens Ew. Heiligkeit vom 17. April nicht vermeiden läßt. Nach Inhalt des letzteren muß ich leider annehmen, daß Ew. Heiligkeit die in dem Schreiben Meines Herrn Vaters vom 24. März ausgedrückte Hoffnung nicht glauben erfüllen zu können, daß Ew. Heiligkeit den Dienern Ihrer Kirche den Gehorsam gegen die Gesetze und gegen die Obrigkeit ihres Landes empfehlen würden. Dem dagegen in

Ihrem Schreiben vom 17. April ausgesprochenen Verlangen, die Verfassung und die Gesetze Preußens nach den Satzungen der römisch-katholischen Kirche abzuändern, wird kein preußischer Monarch entsprechen können, weil die Unabhängigkeit der Monarchie, deren Wahrung Mir gegenwärtig als ein Erbe Meiner Väter und als eine Pflicht gegen Mein Land obliegt, eine Minderung erleiden würde, wenn die freie Bewegung ihrer Gesetzgebung einer außerhalb derselben stehenden Macht untergeordnet werden sollte. Wenn es daher nicht in Meiner und vielleicht auch nicht in Ew. Heiligkeit Macht steht, jetzt einen Prinzipienstreit zu schlichten, der seit einem Jahrtausend in der Geschichte Deutschlands sich mehr als in der anderer Länder fühlbar gemacht hat, so bin ich doch gern bereit, die Schwierigkeiten, welche sich aus diesem von den Vorfahren überkommenen Konflikte für beide Teile ergeben, in dem Geiste der Liebe zum Frieden und zur Versöhnlichkeit zu behandeln, welcher das Ergebnis Meiner christlichen Überzeugung ist."

Dieses Schreiben hatte in Rom gute Wirkung. Denn als Fürst Bismarck am 17. Juli wieder zum Gebrauch der Heilquellen nach Kissingen gereist war, erschien hier am 29. Juli im Auftrage des Kardinal-Staatssekretärs Franchi der päpstliche Nuntius am Münchener Hofe, Kardinal Masella, zu vertraulichen Verhandlungen über die Beilegung des Kirchenstreites, die bis zum 16. August dauerten. Sie wurden selbstverständlich streng geheim geführt, was die ultramontane Presse zu der Forderung veranlaßte: „daß die Öffentlichkeit über den Gang und Stand der Verhandlungen unterrichtet werde," während nationale Blätter befürchteten, daß „in der Einleitung von Verhandlungen mit der Kurie schon an sich eine Verleugnung der bisherigen kirchlichen Politik der Regierung liege." Diesen beiden Anschauungen trat die „Provinzialkorrespondenz" am 14. August in einem Artikel „Fürst Bismarck und der kirchliche Friede" in den kräftigen Worten entgegen: „Diejenigen, welche am lautesten nach Veröffentlichung der Verhandlungen verlangen, gehören zu denjenigen politischen Kreisen, welche das geringste wirkliche Interesse für das Gelingen eines Friedenswerkes haben. Es

kommt darauf an, von vornherein festzustellen, daß Fürst Bismarck, wenn er an seinem Teile ernst und gewissenhaft die Hand zum Frieden bietet, damit nur erfüllt, was er inmitten des lebhaftesten Kampfes jederzeit klar und bestimmt verkündet hatte. Wenn im Geiste des kronprinzlichen Schreibens vom 10. Juni d. J. und der in demselben bezeichneten Voraussetzungen Fürst Bismarck jetzt in vorbereitende Erörterungen mit einem Vertrauensmann des Papstes über die möglichen ersten Schritte zur Anbahnung eines Ausgleichs auf dem Boden der Thatsachen eingetreten ist, so steht dies nach obigen Andeutungen in vollem Einklange seiner bisherigen Gesamtauffassung der kirchlichen Aufgaben der Regierung."

Fürst Bismarck brauchte sich auch der Kissinger Verhandlungen wahrlich nicht zu schämen. „Nach Canossa" that er dort keinen Schritt. Denn am 12. April 1880 enthüllte ein Beschluß des preußischen Staatsministeriums den Inhalt jener Verhandlungen in den Worten: „Die ursprünglichen Franchischen Vorbedingungen, auf Grund deren vor zwei Jahren die ersten Vorbesprechungen des Reichskanzlers mit dem Nuntius Masella eingeleitet wurden, beruhten auf dem Gedanken, daß beide Teile durch thatsächliche Zugeständnisse auf dem Gebiete des praktischen Lebens eine Annäherung versuchen sollten. Als solche Zugeständnisse wurden damals bezeichnet auf römischer Seite die Anerkennung der Anzeigepflicht bei der Anstellung von Geistlichen, auf preußischer die Wiederherstellung des diplomatischen Verkehrs. Dieses Programm schien beim Beginn der Kissinger Besprechungen der Genehmigung beider Teile sicher zu sein." Das Zugeständnis der Kurie, die Anerkennung der Anzeigepflicht, war sehr bedeutend, denn es war nun seit fünf Jahren Preußen gegenüber von der in der römischen Kurie herrschenden jesuitischen Partei als ganz unmöglich verweigert worden, während es anderen Staaten unbedenklich zugestanden wurde. Dagegen hätte Preußen nur seine Gesandtschaft beim Vatikan wiederherzustellen brauchen. Gleichwohl kamen die Verhandlungen auf dieser „dem praktischen Leben" entnommenen Grundlage nicht zu stande, und zwar nur deshalb nicht, weil den Kardinal-Staatssekretär

gerade jetzt das Schicksal traf, das schon so viele maßvolle päpstliche Politiker ereilte, die den Jesuiten in der Versöhnlichkeit gegen den Staat zu weit gingen: Franchi wurde am 1. August 1878 von einem plötzlichen Tode hinweggerafft.

An der sofortigen Stockung der so viel versprechenden Verhandlung ließ sich bald erkennen, daß sein Nachfolger, der Staatssekretär Kardinal Nina dem jesuitischen non possumus viel näher stand. Vorerst aber beharrte der Papst persönlich noch dabei, auf dem Wege der Verständigung fortzuschreiten. Denn am 27. August zeichnete er Nina, nachdem er die bisherige Korrespondenz mit dem Kaiser und die Kissinger Verhandlungen erwähnt, folgende Richtschnur vor: „Bei diesen Verhandlungen war es nicht Unsere Absicht, zu einem einfachen Waffenstillstand zu gelangen, welcher den Weg zu neuen Konflikten offen ließ, sondern nach Entfernung der Hindernisse einen wahren und dauerhaften Frieden zu schließen. Die Wichtigkeit dieses Zieles, das von der hohen Weisheit derer, welche die Geschicke jenes Reiches in ihren Händen haben, richtig erwogen wurde, wird dieselben, wie Wir vertrauen, dahin führen, Uns die Freundeshand zu bieten, um es zu erreichen."

Es ging aber auch diesmal dem Papste so, wie 1871 seinem Vorgänger, als dieser vor dem Ausbruch des kirchlichen Kampfes die feindliche Haltung des Zentrums gemißbilligt hatte: die päpstliche Partei Deutschlands trotzte dem Papste. Am Schlusse seines Erlasses vom 24. August hatte der Papst der Zuversicht Ausdruck gegeben: „Das Reich würde, nachdem die Gewissen beruhigt sind, in den Söhnen der katholischen Kirche wie ehedem seine treuesten und hochherzigsten Unterthanen finden." Gegen den preußischen diplomatischen Brauch veröffentlichte die Provinzialkorrespondenz schon am 2. Oktober diesen päpstlichen Erlaß, um daraus zu beweisen: „Mit dieser Stellung des Papstes aber steht in schroffem und höchst auffallendem Widerspruch die Haltung, welche die ultramontane Presse jenen friedlichen Absichten und Aussichten gegenüber beobachtet."

Von Bismarck selbst unmittelbar veranlaßt war dann zweifel-

in das Haus des Fürsten Bismarck. Nach den vorausgehenden Verhandlungen über den heikeln Punkt, die der Abg. Graf Udo Stolberg führte, wurde die Form einer Tischeinladung des reumütigen Onkels und Abgeordneten gewählt. Doch war noch unentschieden, ob er nur als Abgeordneter oder als Verwandter begrüßt werden würde. Schließlich aber siegte die Stimme des Herzens über den Wunsch, den Frondeur — „das Schaltier, das sich vom Schiffsrumpf losgerissen" — für seine feindselige Haltung zu bestrafen; genug, als er den Saal betrat, begrüßte ihn die Fürstin Bismarck auf das herzlichste mit einer verwandtschaftlichen Ansprache, und dann konnte der „Neffe" hinter seiner „besseren Hälfte" nicht gut zurückstehen.

Neben Herrn v. Helldorf war namentlich der Abg. Graf Udo Stolberg, Oberpräsident der Provinz Preußen, bemüht, eine fruchtbringende Verbindung zwischen der neugeordneten konservativen Partei und Bismarck herzustellen. Dieser erklärte zwar anfänglich in Bezug auf sein Verhältnis zur bisherigen liberalen Mehrheit des Reichstags: er gieße getrübtes Wasser nicht aus, bevor er reines habe und bezeichnete als Zielpunkt: in den großen politischen Fragen müsse liberal vorgegangen werden, in den wirtschaftlichen unter Berücksichtigung der Interessen der Landwirtschaft. Gerade das letzte aber entsprach ganz den Bestrebungen und Wünschen des Grafen Stolberg, der die Vereinigung der „Steuer- und Wirtschaftsreformer" (Agrarier) ins Leben gerufen hatte. Auch sahen wir den Grafen Stolberg im Herrenhause schon 1875 Bismarcks Kirchenpolitik kräftig unterstützen (s. o. S. 223), und auch für das Reichseisenbahnprojekt war er fördernd eingetreten. Nach alledem war er wohlgeeignet, Bismarcks Wiederannäherung an die Konservativen in die Wege zu leiten. Wie sehr Bismarck diesem Manne vertraute, der zugleich des Kaisers Gunst in hohem Grade besaß, erhellt am besten daraus, daß Stolberg vom Reichskanzler Ende September 1879 nach Baden-Baden gesandt wurde, um die Zustimmung des Kaisers zum Bündnis mit Österreich zu erwirken. Bereits früher wurde berichtet, daß im Dezember 1879 auch eine Anzahl der ehemaligen

„Kreuzzeitungs-Deklaranten" dem Fürsten förmlich schriftliche Abbitte leisteten, worauf dieser freundlich antwortete.

Aber nicht bloß mit den alten konservativen Freunden erstrebte der Reichskanzler die Versöhnung. Sowie der streitbare Papst Pius IX. am 7. Februar 1878 die Augen geschlossen hatte, und der nach seiner Vergangenheit friedliebende Papst Leo XIII. zum Papste gekrönt worden war, suchte Fürst Bismarck auch eine Verständigung mit Rom zu gewinnen, zumal da der neue Papst seine friedliche Gesinnung sofort nach seiner Wahl durch die Ernennung des gemäßigten Kardinals Franchi zum Staatssekretär bethätigt hatte. Auch dem deutschen Kaiser zeigte Leo seine Erhebung auf den päpstlichen Stuhl in freundlichen Worten an, sprach aber auch sein Bedauern aus: „nicht die guten Beziehungen vorzufinden, welche einst zwischen Preußen und dem päpstlichen Stuhle bestanden" hätten. Darauf dankte Kaiser Wilhelm in einem vom Reichskanzler gegengezeichneten Schreiben vom 24. März dem Papste für die Anzeige seines Regierungsantrittes, wünschte ihm „von Herzen eine gesegnete Regierung der Ihrer Obhut anvertrauten Kirche" und fuhr fort: „Ich darf in Anknüpfung an den Rückblick, den Ew. Heiligkeit auf die Vergangenheit werfen, hinzufügen, daß Jahrhunderte hindurch der christliche Sinn des deutschen Volkes den Frieden im Lande und den Gehorsam gegen dessen Obrigkeit treu bewahrt hat und für die Sicherstellung dieser wertvollen Güter auch in Zukunft Bürgschaft leistet. Gern entnehme Ich den freundlichen Worten Ew. Heiligkeit die Hoffnung, daß Sie geneigt sein werden, mit dem mächtigen Einfluß, welchen die Verfassung Ihrer Kirche Ew. Heiligkeit auf alle Diener derselben gewährt, dahin zu wirken, daß auch diejenigen unter den letzteren, welche es bisher unterließen, nunmehr dem Beispiel der ihrer geistlichen Pflege befohlenen Bevölkerung folgend, den Gesetzen des Landes, in dem sie wohnen, sich fügen werden."

In seiner Erwiderung vom 17. April gab der Papst seiner Hoffnung auf Erneuerung des früheren guten Einvernehmens abermals Ausdruck und bezeichnete als Mittel zur Erreichung desselben

die Abänderung verschiedener in Preußen bestehender gesetzlicher und verfassungsmäßiger Bestimmungen. Wie ernst auch dem Papste persönlich die Versöhnung am Herzen lag, bekundete er in einem Schreiben etwa derselben Zeit an den vormaligen Erzbischof Melchers von Köln: „Unsere Seele wird niemals Ruhe finden, solange der kirchliche Friede in Deutschland nicht wiederhergestellt ist. So werden die Gläubigen, dank ihrer Haltung und dank ihrer vollen Unterwerfung unter die Gesetze, welche nicht im Widerspruche mit dem Glauben und mit den Pflichten gegen die katholische Kirche stehen, sich würdig zeigen, die Wohlthaten des Friedens wieder zu erlangen und lange zu genießen.“ Freilich blutete die Kirche infolge der scharfen Handhabung der kirchlichen Gesetze in Preußen aus tausend Wunden. Von zwölf preußischen Bistümern waren acht ohne Bischöfe, 1400 Pfarreien ohne Pfarrer, sämtliche katholische Lehrerseminare geschlossen.

Die Antwort auf das päpstliche Schreiben vom 17. April verzögerte sich bis zum 10. Juni. Sie ist vom Kronprinzen unterschrieben, der damals seinen Vater vertrat, und abermals von Bismarck gegengezeichnet, der auch diese Antwort verfaßt hatte. Da der Papst dem Kaiser aus Anlaß des Nobilingschen Mordversuches am 2. Juni seine Teilnahme ausgesprochen hatte, so beginnt die Antwort mit dem „aufrichtigen Danke namens des Kaisers für den Ausdruck Ihrer freundlichen Gesinnung“ und fährt dann fort: „Der Kaiser hatte mit der Beantwortung des Schreibens Ew. Heiligkeit vom 17. April gezögert in der Hoffnung, daß vertrauliche Erläuterungen inzwischen die Möglichkeit gewähren würden, auf den schriftlichen Ausdruck grundsätzlicher Gegensätze zu verzichten, welcher sich bei Fortsetzung des Schriftwechsels im Sinne des Schreibens Ew. Heiligkeit vom 17. April nicht vermeiden läßt. Nach Inhalt des letzteren muß ich leider annehmen, daß Ew. Heiligkeit die in dem Schreiben Meines Herrn Vaters vom 24. März ausgedrückte Hoffnung nicht glauben erfüllen zu können, daß Ew. Heiligkeit den Dienern Ihrer Kirche den Gehorsam gegen die Gesetze und gegen die Obrigkeit ihres Landes empfehlen würden. Dem dagegen in

Ihrem Schreiben vom 17. April ausgesprochenen Verlangen, die Verfassung und die Gesetze Preußens nach den Satzungen der römisch-katholischen Kirche abzuändern, wird kein preußischer Monarch entsprechen können, weil die Unabhängigkeit der Monarchie, deren Wahrung Mir gegenwärtig als ein Erbe Meiner Väter und als eine Pflicht gegen Mein Land obliegt, eine Minderung erleiden würde, wenn die freie Bewegung ihrer Gesetzgebung einer außerhalb derselben stehenden Macht untergeordnet werden sollte. Wenn es daher nicht in Meiner und vielleicht auch nicht in Ew. Heiligkeit Macht steht, jetzt einen Prinzipienstreit zu schlichten, der seit einem Jahrtausend in der Geschichte Deutschlands sich mehr als in der anderer Länder fühlbar gemacht hat, so bin ich doch gern bereit, die Schwierigkeiten, welche sich aus diesem von den Vorfahren überkommenen Konflikte für beide Teile ergeben, in dem Geiste der Liebe zum Frieden und zur Versöhnlichkeit zu behandeln, welcher das Ergebnis Meiner christlichen Überzeugung ist."

Dieses Schreiben hatte in Rom gute Wirkung. Denn als Fürst Bismarck am 17. Juli wieder zum Gebrauch der Heilquellen nach Kissingen gereist war, erschien hier am 29. Juli im Auftrage des Kardinal-Staatssekretärs Franchi der päpstliche Nuntius am Münchener Hofe, Kardinal Masella, zu vertraulichen Verhandlungen über die Beilegung des Kirchenstreites, die bis zum 16. August dauerten. Sie wurden selbstverständlich streng geheim geführt, was die ultramontane Presse zu der Forderung veranlaßte: „daß die Öffentlichkeit über den Gang und Stand der Verhandlungen unterrichtet werde," während nationale Blätter befürchteten, daß „in der Einleitung von Verhandlungen mit der Kurie schon an sich eine Verleugnung der bisherigen kirchlichen Politik der Regierung liege." Diesen beiden Anschauungen trat die „Provinzialkorrespondenz" am 14. August in einem Artikel „Fürst Bismarck und der kirchliche Friede" in den kräftigen Worten entgegen: „Diejenigen, welche am lautesten nach Veröffentlichung der Verhandlungen verlangen, gehören zu denjenigen politischen Kreisen, welche das geringste wirkliche Interesse für das Gelingen eines Friedenswerkes haben. Es

kommt darauf an, von vornherein festzustellen, daß Fürst Bismarck, wenn er an seinem Teile ernst und gewissenhaft die Hand zum Frieden bietet, damit nur erfüllt, was er inmitten des lebhaftesten Kampfes jederzeit klar und bestimmt verkündet hatte. Wenn im Geiste des kronprinzlichen Schreibens vom 10. Juni d. J. und der in demselben bezeichneten Voraussetzungen Fürst Bismarck jetzt in vorbereitende Erörterungen mit einem Vertrauensmann des Papstes über die möglichen ersten Schritte zur Anbahnung eines Ausgleichs auf dem Boden der Thatsachen eingetreten ist, so steht dies nach obigen Andeutungen in vollem Einklange seiner bisherigen Gesamtauffassung der kirchlichen Aufgaben der Regierung."

Fürst Bismarck brauchte sich auch der Kissinger Verhandlungen wahrlich nicht zu schämen. „Nach Canossa" that er dort keinen Schritt. Denn am 12. April 1880 enthüllte ein Beschluß des preußischen Staatsministeriums den Inhalt jener Verhandlungen in den Worten: „Die ursprünglichen Franchischen Vorbedingungen, auf Grund deren vor zwei Jahren die ersten Vorbesprechungen des Reichskanzlers mit dem Nuntius Masella eingeleitet wurden, beruhten auf dem Gedanken, daß beide Teile durch thatsächliche Zugeständnisse auf dem Gebiete des praktischen Lebens eine Annäherung versuchen sollten. Als solche Zugeständnisse wurden damals bezeichnet auf römischer Seite die Anerkennung der Anzeigepflicht bei der Anstellung von Geistlichen, auf preußischer die Wiederherstellung des diplomatischen Verkehrs. Dieses Programm schien beim Beginn der Kissinger Besprechungen der Genehmigung beider Teile sicher zu sein." Das Zugeständnis der Kurie, die Anerkennung der Anzeigepflicht, war sehr bedeutend, denn es war nun seit fünf Jahren Preußen gegenüber von der in der römischen Kurie herrschenden jesuitischen Partei als ganz unmöglich verweigert worden, während es anderen Staaten unbedenklich zugestanden wurde. Dagegen hätte Preußen nur seine Gesandtschaft beim Vatikan wiederherzustellen brauchen. Gleichwohl kamen die Verhandlungen auf dieser „dem praktischen Leben" entnommenen Grundlage nicht zu stande, und zwar nur deshalb nicht, weil den Kardinal-Staatssekretär

gerade jetzt das Schicksal traf, das schon so viele maßvolle päpstliche Politiker ereilte, die den Jesuiten in der Versöhnlichkeit gegen den Staat zu weit gingen: Franchi wurde am 1. August 1878 von einem plötzlichen Tode hinweggerafft.

An der sofortigen Stockung der so viel versprechenden Verhandlung ließ sich bald erkennen, daß sein Nachfolger, der Staatssekretär Kardinal Nina dem jesuitischen non possumus viel näher stand. Vorerst aber beharrte der Papst persönlich noch dabei, auf dem Wege der Verständigung fortzuschreiten. Denn am 27. August zeichnete er Nina, nachdem er die bisherige Korrespondenz mit dem Kaiser und die Kissinger Verhandlungen erwähnt, folgende Richtschnur vor: „Bei diesen Verhandlungen war es nicht Unsere Absicht, zu einem einfachen Waffenstillstand zu gelangen, welcher den Weg zu neuen Konflikten offen ließ, sondern nach Entfernung der Hindernisse einen wahren und dauerhaften Frieden zu schließen. Die Wichtigkeit dieses Zieles, das von der hohen Weisheit derer, welche die Geschicke jenes Reiches in ihren Händen haben, richtig erwogen wurde, wird dieselben, wie Wir vertrauen, dahin führen, Uns die Freundeshand zu bieten, um es zu erreichen."

Es ging aber auch diesmal dem Papste so, wie 1871 seinem Vorgänger, als dieser vor dem Ausbruch des kirchlichen Kampfes die feindliche Haltung des Zentrums gemißbilligt hatte: die päpstliche Partei Deutschlands trotzte dem Papste. Am Schlusse seines Erlasses vom 24. August hatte der Papst der Zuversicht Ausdruck gegeben: „Das Reich würde, nachdem die Gewissen beruhigt sind, in den Söhnen der katholischen Kirche wie ehedem seine treuesten und hochherzigsten Unterthanen finden." Gegen den preußischen diplomatischen Brauch veröffentlichte die Provinzialkorrespondenz schon am 2. Oktober diesen päpstlichen Erlaß, um daraus zu beweisen: „Mit dieser Stellung des Papstes aber steht in schroffem und höchst auffallendem Widerspruch die Haltung, welche die ultramontane Presse jenen friedlichen Absichten und Aussichten gegenüber beobachtet."

Von Bismarck selbst unmittelbar veranlaßt war dann zweifel-

los eine zweite Veröffentlichung desselben Blattes vom 6. November, die das ganze „ränkevolle Treiben“ der Zentrumspartei enthüllte. Da wurde ausgeführt: Der Wunsch des Papstes nach Frieden finde in der ultramontanen Partei durchaus keinen Widerhall. Deren Führer suchten vielmehr sogar den Glauben an die Möglichkeit eines Friedens mit der deutschen Regierung zu ersticken. Zuerst habe die ultramontane Presse, „um sich in dieser Beziehung nicht in offenen Widerspruch mit Rom zu setzen, eifrig bestritten, daß die Anregung zu den vertraulichen Verhandlungen vom Papst ausgegangen sei; es wurde behauptet, Fürst Bismarck habe die Verhandlungen lediglich zur Erreichung augenblicklicher politischer Zwecke angeknüpft.“ Nachdem nun der Papst diese Behauptung in dem Erlaß an Kardinal Nina selbst Lügen gestraft, „sind die ultramontanen Wortführer bemüht, alle Friedensliebe und alles Verdienst an den Friedensverhandlungen dem Papste allein zuzuschreiben“, statt aber seiner Erwartung auf Erneuerung des Gehorsams der katholischen Unterthanen gegen den Staat zu entsprechen, richten sie täglich neue Verdächtigungen und Schmähungen gegen den Reichskanzler, stellen eine friedliche Lösung „mit dieser Regierung“ als unmöglich, und zur Unterstützung dieser Behauptungen die Verhandlungen als abgebrochen hin, während in Wahrheit „nach wie vor vertrauensvolle Verhandlungen zwischen der päpstlichen Kurie und dem Deutschen Reiche schweben! Dieses auffällige Verhalten ist nur erklärlich durch den Charakter, die Zusammensetzung und die Leitung der Zentrumspartei“ unter welfischer Führung, „deren leidenschaftliche Geltendmachung rein politischer Gesichtspunkte von vorneherein den kirchlichen Kampf vergiftet und damit der katholischen Bevölkerung unsäglichen Schaden bereitet hat.“ Der Artikel schloß: „Wenn das aufrichtig friedliche Streben der deutschen Regierung und des Papstes gelingen soll, so muß durch die berufenen kirchlichen Autoritäten und aus der katholischen Bevölkerung heraus dem verwirrenden und vergiftenden Treiben der Partei ein Ziel gesetzt werden, deren einflußreichsten Führern das Interesse der Kirche nur der Deckmantel für politisch unterwühlende Zwecke ist und welche der

Erwartung des Papstes in Bezug auf die Treue der katholischen Unterthanen des Deutschen Reiches durch ihr ganzes Verhalten offen Hohn sprechen.“

Diese harten Worte rechtfertigte das Zentrum selbst, indem es im Dezember 1878 im preußischen Landtag Anträge einbrachte, welche Minister Falk als Versuche, „einen Frieden auf der Grundlage der unbedingten Unterwerfung des Staates herbeizuführen,“ als unannehmbar und „unverantwortlich“ verwarf, und die auch mit großer Majorität abgelehnt wurden. Aber als Fürst Bismarck selbst in den Tagen vom 15. bis 19. September 1879 die Verhandlungen mit dem Wiener Pronuntius Jacobini in Gastein wieder aufnahm, zeigte sich deutlich, wie unheilvoll das Zentrum seit den vorjährigen Kissinger Verhandlungen in Rom gearbeitet hatte. Denn nun forderte Jacobini die Aufhebung der preußischen Maigesetze, ohne jede Gegenleistung der Kurie. Wie entschieden Bismarck diese Vorschläge zurückwies, erhellte aus einem an den deutschen Botschafter Prinzen Reuß in Wien gerichteten vertraulichen Erlaß, den der Reichskanzler am 26. Mai 1880 veröffentlichte. Da hieß es: „Ich habe weder zu Masella noch zu Jacobini je eine Silbe gesagt, welche dahin hätte gedeutet werden können, daß wir in eine Revision bezw. Abschaffung der Maigesetze nach Methode der klerikalen Forderungen willigen würden; friedliebende Praxis, erträglicher modus vivendi auf der Grundlage beiderseitiger Verträglichkeit ist alles, was mir jemals erreichbar schien. Ich habe die Rückkehr zu der Gesetzgebung von vor 1840 im Prinzip für annehmbar erklärt, die Rückkehr zu dem von 1840 bis 1870 erwachsenen Zustande aber mit großer Bestimmtheit abgelehnt, bei den drei oder vier Gelegenheiten, wo dieselben von uns verlangt wurde. Diese Ablehnung war nicht ein Mangel an Gefälligkeit, sondern unabweisbare politische Notwendigkeit.“

Bei dieser Haltung der Kurie machte Fürst Bismarck den eigenen Verhandlungen mit Jacobini in Gastein schon nach fünf Tagen ein Ende und verlegte die Fortführung derselben an den Amtssitz Jacobinis nach Wien, wo Prinz Reuß fortwährend vom

Kanzler mit gewichtigen Instruktionen versehen, und dem Botschafter außerdem der tüchtige Kirchenrechtslehrer Dr. Hübler als Beistand zugesellt wurde. Aber auch hier blieb viele Monate lang die „Methode der klerikalen Forderungen“, die Zumutung „eines Friedens auf der Grundlage der unbedingten Unterwerfung des Staates“ dieselbe. Diesen anmaßlichen Forderungen gegenüber beharrte Bismarck mit größter Bestimmtheit dabei, daß die Grenzlinien zwischen Staat und Kirche durch die preußische Gesetzgebung der Jahre 1873 bis 1875 unverrückbar gezogen seien. Nur die Beseitigung von Differenzpunkten könne freundschaftlich erörtert werden. Die Sprödigkeit der Kurie habe seit Gastein eher zu- als abgenommen, erklärte der preußische Kultusminister am 28. Mai 1880 dem Abgeordnetenhause, von „Verhandlungen“ könne daher in Wien eigentlich nicht die Rede sein, nur von Besprechungen. Diese ersten Versuche des Fürsten Bismarck, eine Verständigung mit Rom zu gewinnen, waren also gescheitert, nicht zum Nachteile Deutschlands und Preußens, sondern zum Nachteil der Kurie. Darum war es auch ganz natürlich, daß der Papst, der diese ersten Friedensverhandlungen eingeleitet hatte, auch die neuen anregte, von denen später die Rede sein wird.

Seit Jahren schon hatte aber Fürst Bismarck außer der ultramontanen Verhetzung und Untergrabung noch die einer anderen Partei am Werke gesehen, ohne ihr bisher beikommen zu können; diejenige der Sozialdemokratie. Diese Partei war im Laufe von zwölf Jahren freilich eine völlig andere geworden. Ihr Begründer Ferdinand Lassalle, stand auf nationalem Boden, nicht minder der von ihm 1863 ins Leben gerufene „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“. Dieser Verein umfaßte nur Deutsche und nur zu „friedlichen und gesetzlichen Zwecken“. Das Statut des Vereins erklärte, daß die soziale Frage zu lösen sei mit Hilfe von zwei Mitteln, die es forderte: mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht; denn dieses werde „eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes ermöglichen“, und nicht minder „eine wahrhafte Beseitigung der Klassengegensätze der Gesellschaft“.

Das andere Heilmittel aber, „Staatshilfe für Produktivassociationen", werde die Arbeiter dem Drucke des sogenannten „ehernen Lohngesetzes" entziehen. Von Zerstörung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, von Vernichtung der Monarchie, Vaterlandsliebe, Religion, Ehe, Eigentum u. s. w. keine Spur. Im Gegenteil, Lassalle und seine Anhängerschaft hatten stark monarchische Züge.*) Ihren Hauptgegner sehen sie nicht, wie die revolutionäre, kommunistische, vaterlandslose Sozialdemokratie von heute, in dem starken monarchischen deutschen Staatswesen, sondern in der preußischen Fortschrittspartei, als der politischen Vorkämpferin der „elenden Bourgeoisie". Gegen die Fortschrittspartei und deren Führer (namentlich Schultze-Delitzsch) schleuderte Lassalle seine besten Waffen und Geschosse.

Da in den Jahren der Hauptthätigkeit Lassalles, 1863 und 1864 — im August 1864 fiel er in Genf im Duell —, der innerpreußische Konflikt Bismarcks mit derselben Fortschrittspartei auf der Höhe stand, so war Lassalle allerdings in gewissem Sinne mittelbar ein Bundesgenosse des preußischen Ministerpräsidenten. Aber ein durchaus freiwilliger und selbständiger. In dem politischen Wirkungs- und Interessenkreis beider Männer war überhaupt nur ein einziger Berührungspunkt: sie hatten denselben Gegner. Schon dessen Bekämpfung aber verfolgten beide aus ganz verschiedenen Gründen, zu ganz anderen Zielen. Eine Verbindung beider zu gemeinsamem Handeln, zu gemeinsamen Zwecken — wie die Legende des vaterlandslosen Kommunismus sie erdichtet, und Herr Bebel noch 1878 auf die Tribüne des Reichstags geschleppt hat — eine solche hat nie bestanden, nicht direkt und auch nicht durch Mittelspersonen. Als Herr Bebel diese Märchen am 16. September 1878 im Reichstag vorgebracht hatte, nannte sie Fürst Bismarck am 17. September „Lügen", die Herr Bebel sich habe aufbinden lassen. „Wenn er diese Zusammenstellung von Wahrem und Falschem selbst erfunden hätte, nun dann hätte er vielleicht Talent

*) Näheres bei Blum, Die Lügen unserer Sozialdemokratie, S. 7—64.

Korrespondent der ‚Times‘ oder sonst einer größeren Zeitung zu werden (Heiterkeit), und ich könnte ihm diese einträgliche Beschäftigung empfehlen.

„Im übrigen kann ich versichern,“ fuhr er fort, „daß ich nie in meinem Leben mit irgend einem Sozialdemokraten geschäftlich verhandelt habe und kein Sozialdemokrat mit mir; denn Lassalle rechne ich nicht dazu, das war eine viel vornehmere Natur, als seine Epigonen, das war ein bedeutender Mann, mit dem konnte man wohl sprechen. Lassalle selbst hatte ein dringendes Bedürfnis, mit mir in Beziehung zu treten, und ich habe es ihm auch gar nicht schwierig gemacht. Ich habe ihn gesehen, und von dem Augenblicke an, wo ich mit ihm eine Stunde gesprochen, habe ich es nicht bereut. Ich habe ihn nicht in jeder Woche drei- bis viermal gesehen“ — wie Bebel behauptet hatte — „sondern im ganzen dreimal, meinethalben viermal, ich weiß es nicht. Unsere Beziehung konnte gar nicht die Natur einer politischen Verhandlung haben. Was hätte mir Lassalle bieten und geben können? Er hatte nichts hinter sich. In allen politischen Verhandlungen ist das do ut des eine Sache, die im Hintergrunde steht, auch wenn man anstandshalber einstweilen nicht davon spricht (Heiterkeit). Wenn man sich aber sagen muß: Was kannst du armer Teufel geben? — er hatte nichts, was er mir als Minister hätte geben können. Was er hatte, war etwas, was mich als Privatmann außerordentlich anzog: er war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich je verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig im großen Stil war, durchaus nicht Republikaner; er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und monarchische Gesinnung, seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaisertum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt. Ob das deutsche Kaisertum mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen solle, das war ihm vielleicht zweifelhaft (große Heiterkeit), aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch. Den kümmerlichen Epigonen, die sich jetzt mit ihm brüsten, hätte er ein Quos ego! zugeschleudert, sie mit Hohn in ihr Nichts zurückgewiesen, und würde sie außer stande

gesetzt haben, seinen Namen zu mißbrauchen. Lassalle war ein energischer und sehr geistreicher Mensch, mit dem zu sprechen sehr lehrreich war; unsere Unterredungen haben stundenlang gedauert, und ich habe immer bedauert, wenn sie beendet waren. Von Verhandlungen war schon deshalb nicht die Rede, weil ich in unseren Unterredungen wenig zu Worte kam (Heiterkeit), er trug die Kosten der Unterhaltung allein, aber er trug sie in angenehmer und liebenswürdiger Weise. Er war nicht der Mann, mit dem bestimmte Abmachungen über das do ut des abgeschlossen werden konnten; ich bedauere, daß seine politische Stellung und die meinige mir nicht gestatteten, viel mit ihm zu verkehren, aber ich würde mich gefreut haben, einen ähnlichen Mann von dieser Begabung und geistreichen Natur als Gutsnachbarn zu haben (Heiterkeit). Unsere Unterhaltungen drehten sich gewiß auch um das allgemeine Wahlrecht, unter keinen Umständen aber jemals um eine Octroyierung derselben" (wie Bebel behauptet hatte). „Auf einen so ungeheuerlichen Gedanken, das allgemeine Wahlrecht durch Octroyierung einzuführen, bin ich in meinem Leben nicht gekommen."

In starkem Gegensatze zu dem nationalen Sozialismus Lassalles stand der vaterlandslose revolutionäre Kommunismus, den der deutsche Flüchtling Karl Marx schon seit 1847 im Auslande gepredigt und in ein System gebracht hatte. Marx lebte seit 1849 in London. Die Genossen und Schüler um ihn hießen die „Schwefelbande". Von seinem Herrn und Meister Karl Marx hatte Wilhelm Liebknecht den blinden und unbelehrbaren Fanatismus geerbt; auch weiter gelernt, vor keinem Mittel der Verleumdung und Verhetzung zurückzuschrecken, um die Massen für sein Ziel zu gewinnen, das in der Hauptsache darin bestand, dem ehrlichen deutschen Arbeiter die Liebe zum Vaterlande aus dem Herzen zu reißen. Auch verstand er es, die Offenbarungen von Karl Marx, die in dem der junghegelschen Schule nachgebildeten Kauderwelsch geschrieben waren, in die Herrn Liebknecht geläufige Sprache des gemeinen Mannes zu übersetzen. Eigene Gedanken hat er nie gehabt. Nach Erlaß der Amnestie des Königs Wilhelm von Preußen kehrte Liebknecht,

der am badischen Aufstand 1849 teil genommen, 1862 nach Deutschland, zunächst nach Berlin, zurück, wurde hier 1865 ausgewiesen und ließ von da ab seinen giftigen Preußenhaß in Leipzig — unter Beusts Regime — in der „Mitteldeutschen Volkszeitung“ austoben. In Leipzig gelang es ihm auch, sich in dem bis dahin liberalen und nationalen Arbeiterverein einzunisten, dessen Vorsitzender der Drechsler August Bebel war. Bebels warme Beredsamkeit, reiche Begabung, ungemeine Volkstümlichkeit, waren Dinge, die Liebknecht durchaus abgingen. Mit Bebel und seinem starken Anhang in der Arbeiterschaft ließ sich die Partei gründen, die Herrn Liebknecht fehlte. In jahrelanger zäher Arbeit gelang es diesem nun, Bebel zuerst mit Mißtrauen und Haß gegen Preußen und die deutsche Sache zu erfüllen, und ihn dann vollständig und widerstandslos in die kommunistischen Träume einzuspinnen, in denen Liebknecht selbst lebte. Langsam folgten Bebels Genossen auf dieser traurigen Bahn. Vorsichtig wird die kommunistische Klaue anfangs vor Bebel und dann auch noch vor den Genossen verborgen. Erst im August 1869 ward auf dem Kongreß in Eisenach der Name „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ und damit ein Programm angenommen, welches in allen Hauptpunkten wortgetreu dem Marx'schen Statut für den Internationalen Kommunistenbund (der „Internationale“) entsprach.

Noch immer waren die Lassalleaner aber wesentlich stärker als die Kommunisten, die sich selbst gern die „Eisenacher Ehrlichen“ nannten. Erstere machten von 1867 bis 1871 unter der Leitung ihres begabten und zähen Präsidenten B. v. Schweitzer noch bedeutend größere Fortschritte, während die Vaterlandslosigkeit der „Ehrlichen“ in der nationalen Hochflut jener Jahre gebührend verachtet wurde. Die beiden Parteien bekämpften sich aufs äußerste, und es gibt wohl kaum eine menschliche Schlechtigkeit, welche die Führer beider Parteien in diesen Jahren des Kampfes sich nicht gegenseitig vorgeworfen hätten. Aber B. v. Schweitzer war schon 1871 durch den „Undank und Blödsinn“ der ehrgeizigen Viertelsbildung der Genossen, die an seiner Stelle herrschen wollten, so

verekelt, daß er die Leitung der Partei niederlegte und vom politischen Schauplatz ganz zurücktrat. Die „kümmerlichen Epigonen" Lassalles aber, die nun an seine Stelle traten, Hasenclever und Hasselmann, waren den Herren Liebknecht und Bebel in keiner Weise gewachsen. Als diese daher im Jahre 1874 eine zweijährige Festungshaft verbüßt hatten, wurde mit Hochdruck auf eine Vereinigung beider Parteien hingearbeitet. Sie gelang auf dem gemeinsamen Kongreß zu Gotha in den Tagen vom 22. bis 27. Mai 1875. Auch hier noch standen sich in den Delegierten 15000 Lassalleaner und nur 9000 Kommunisten gegenüber. Gleichwohl aber siegte in dem in Gotha beschlossenen Programm der fortan vereinigten Parteien der vaterlandslose Kommunismus vollständig über den nationalen Sozialismus Lassalles, dessen Hauptgrundsätze nur zum Schein in einigen Phrasen von dem „ehernen Lohngesetz" und der „Staatshilfe für Produktivassociationen" mit berücksichtigt wurden.

Seit dieser Vereinigung der streitenden Parteien wuchs die Sozialdemokratie außerordentlich. Bei den Reichstagswahlen von 1874 schon waren die Führer erstaunt gewesen — gegenüber dem völligen Fiasko von 1871 — 340000 Stimmen und neun Sitze zu gewinnen. Bei den Wahlen vom 10. Januar 1877 aber erlangte die Partei fast 500000 Stimmen (beinahe ein Zehntel aller) und 12 Reichstagssitze. In noch viel größerem Maße wuchsen von 1875 an ihre Mitgliederzahl, ihre verfügbaren Geldmittel, die Zahl und Verbreitung ihrer Presse. Im Reichstag freilich geschah von den dortigen Parteiabgeordneten nicht das Geringste, um ihre gerühmte Arbeiterfreundlichkeit zu bethätigen, dagegen betrieben sie um so eifriger in Versammlungen, Flugschriften und der Parteipresse die Verhetzung, die Revolutionierung und Fanatisierung der Genossen und deren Erziehung zur gemeinsten Vaterlandslosigkeit. Herr Liebknecht selbst hat in einer der Nummern des „Vorwärts" vom Februar 1895 bekannt, daß in jenen Jahren von 1875 bis 1878 nur der „Mistgabelstil" bei seiner Partei in Uebung gewesen sei. Und er muß es wissen. Denn er war ja der Stil-

meister und der für jene Stilgattung erforderliche Stoff war sein freundlich Element.

Das deutsche Volk hatte eine so freche Verhöhnung alles dessen, was ihm heilig war, noch nicht erlebt, und Fürst Bismarck war der Erste, der auf Abwehr sann. Deshalb wurde schon in die Strafgesetznovelle von 1875 eine Bestimmung aufgenommen, welche Angriffe auf die Institute der Ehe, der Familie und des Eigentums mit harten Strafen belegen wollte. Aber die unglückliche Fassung des Paragraphen veranlaßte, nachdem ein konservativer Verbesserungsvorschlag gescheitert war, dessen einstimmige Ablehnung. Doch als dringende und unvergeßliche Mahnung an das deutsche Volk blieben die Worte haften, die Bismarck bei der Schlußberatung dieser Vorlage am 9. Februar 1876 gesprochen hatte: „Die Geschäfte leiden aber auch unter einer anderen Art von Presse — ich möchte sie diejenige nennen, die im Dunkeln wirkt, nur bei dem Lichte von einer Blendlaterne. Die Zeitung, das Wochenblatt, was einem Manne von wenig Mitteln und Bildung behändigt wird, der keine Art von Kontrolle hat, die Irrtümer, ja dreisten Lügen, die ihm darin aufgebunden werden, irgendwie zu bemessen, die Zeitung, die sich in solchen Kreisen der Bevölkerung einnistet, die hat ein leichtes und sicheres Spiel, indem sie den gemeinen Mann bethört, er könne durch weniger Arbeit und durch eine Anweisung auf das Vermögen seiner Mitbürger der eigenen Not dauernd abhelfen, daß es dauernd möglich wäre, mehr zu genießen und weniger zu arbeiten. Auch diese Art von Presse hat uns wesentlich geschadet und zurückgebracht; die sozialistisch-demokratischen Umtriebe haben die deutsche Arbeit verteuert und vermindert; wir sind zurückgekommen in der Arbeit, und dadurch haben wir aufgehört, konkurrenzfähig zu sein. Das schieben wir wesentlich den sozialistischen Umtrieben zu, die die Leute auf unbestimmte, unrealisierbare Hoffnungen künftigen Glückes verweisen und sie dadurch von dem, was in dieser Welt allein sie erhält und trägt und ihnen möglichst viele Genußmittel verschaffen kann, von regelmäßiger, fleißiger Arbeit, die früher bei den Deutschen sprichwörtlich und eigentümlich war, abziehen; und

deswegen klage ich die Führer der Sozialisten an, daß sie an der Not, in der sich der Arbeiterstand heutzutage befindet, wesentlich mit schuld sind. . . . Wenn diese Zustände fortdauern, dann wird das ihr Heilmittel sein, die Zuchtrute, die Gott über diese Exzesse verhängen wird. . . . Den Wegweiser zu den Zielen der Pariser Kommune — deren Mörder und Mordbrenner hier" (von Bebel) „eine öffentliche Lobeserhebung vor dem Reichstag erhalten haben — finden wir auf allen Wegen der Sozialisten, und ich glaube, es wäre sehr viel nützlicher, die sozialistischen Blätter" (unter den Ordnungsparteien) „mehr zu verbreiten. Es sind das eben Gebilde, die von dem Verführten nur im Dunkel der Blendlaterne der Verführer gesehen werden; wenn sie hinreichend an die Luft und Sonne kommen, so müssen sie in ihrer Unausführbarkeit und verbrecherischen Thorheit erkannt werden." Eine Vorlage zur Bekämpfung dieser Verhetzung, rechnete Bismarck „zu den Würmern, die nicht sterben können", die, jetzt abgelehnt, bald einmal wiederkehren werde.

Die Sorge der Abwendung dieser Gefahren hat den Kanzler nicht mehr verlassen, lange ehe sie zum Notschrei aller Deutschen wurde. Aber auch die Riesenaufgabe einer friedlichen Lösung der sozialen Frage sah Fürst Bismarck für sich immer deutlicher heraufwachsen, wenn er den Mitteln zur Bekämpfung der kommunistischen Umsturzpartei nachsann. Und während die sozialdemokratischen Hetzapostel ihren unwissenden und gedankenlosen Heerden den Reichskanzler brandmarkten als „den Recht und Menschen verachtenden Staatsmann, an dessen Draht der Reichstag als ein Haufe von Apostaten, Junkern und Nullen tanzt", erwog dieser „Menschenverächter", in der Wilhelmstraße wie in dem stillen Laubdunkel von Varzin, in herzlichem, ehrlichem Mitleid mit dem Schicksal der Armen und Enterbten deren Heil, das die Führer, die sich von den Schweißgroschen der Arbeiter mästeten, immer nur in ihrem großen Munde führten. Schon am 10. August 1877 richtete Fürst Bismarck aus Varzin an den Minister Achenbach ein Schreiben, welches darlegte: eine Lösung der sozialen Frage sei möglich durch schärfere Kontrolle bezw. durch Einführung der Arbeiter-Unfall- und Invalidenver-

sorgung. Es war das erste Aufleuchten der großartigen Sozialpolitik dieses „Menschenverächters“. Was haben alle sozialistischen Führer dagegen geleistet? Sie haben gut gelebt — und gut gehetzt und verhetzt.

So gut, daß sich ihre Drachensaat, in dem Hirn eines Lotterbuben, der im Namen des Herrn Liebknecht noch im Herbst 1877 die Orientpolitik Bismarcks vor den Thoren Leipzigs in zielbewußten Volksversammlungen heruntergerissen hatte — natürlich im „Mistgabelstil“ — zum Kaisermorde reifte. Am 11. Mai 1878 schoß der Klempergeselle Max Hödel aus Leipzig, ein noch nicht 21jähriger, bis auf die Knochen verbummelter „Genosse“, sozialdemokratischer Agitator und Kolporteur, unter den Linden in Berlin auf das geweihte Haupt des Kaisers Wilhelm. Der erhabene Held blieb unversehrt. In der Untersuchung gegen den Mörder wurde dessen kaltblütige, vollbewußte Überlegung und Mordabsicht eingehend festgestellt. Hatte das Scheusal doch aus dem Gefängnis an die kurz zuvor frech bestohlenen Eltern am 21. Mai geschrieben: „Es thut mir sehr leid, fehlgeschossen zu haben — doch Polen ist noch nicht verloren! Max Hödel, Attentäter Sr. Majestät des Deutschen Kaisers.“ Drei Tage zuvor hatte er auch dem Gefängnisaufseher erklärt: „wenn er wieder herauskomme, werde er schon besser zielen.“ Nicht minder war seine Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei zweifellos. Herr Liebknecht aber suchte ihn im Reichstag als „wahnwitzig“ hinzustellen — das ist ja allerdings in gewissem Grade jeder „Genosse“ —, und als das nicht verfieng, wurde der Meuchelmörder zu einem von der Polizei gedungenen Werkzeug gemacht, das blind geschossen habe. Schließlich aber schrieb Herr Liebknecht in seinem „Vorwärts“: „Auf die Anklagebank! Nicht mit dem Verbrecher! Nein, mit der Gesellschaft!“ Damit war die hödelgleiche Gesinnung der sozialdemokratischen Presse und Parteileitung zur Genüge gekennzeichnet. Während ganz Deutschland in Schmerz und Zorn aufschrie über den ungeheuren Frevel, hatten jene kein Wort der Mißbilligung, nur den vergeblichen Wunsch, den Mörder von ihren unreinen Rockschößen abzuschütteln.

Fürst Bismarck war beim Eintreffen der schrecklichen Kunde in Friedrichsruh. Von hier aus erging schon am 12. Mai eine Weisung an die preußischen Minister, dem Bundesrat ein Gesetz gegen die Sozialdemokratie vorzulegen. Binnen zwei Tagen wurde dasselbe entworfen, vom Bundesrat rasch genehmigt und dem Reichstag schon am 20. Mai vorgelegt. Bismarck, der in Friedrichsruh an Gürtelrose erkrankt war, konnte leider an den Beratungen des Reichstags über diese Vorlage nicht teil nehmen. Bei seiner Anwesenheit in Berlin wäre auch mit der damaligen Reichstagsmehrheit eine Verständigung möglich gewesen. Aber die Minister Eulenburg und Hofmann vermochten die sehr dehnbaren Bestimmungen dieses Entwurfes nicht genügend zu begründen. Namentlich dem § 1 warf der Abg. v. Bennigsen mit Recht vor, daß der Satz: „Druckschriften und Vereine, welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgen, können vom Bundesrat verboten werden," auch ganz berechtigte „Ziele" der Sozialdemokratie, wie die Bestrebungen nach Arbeiterschutz und nach staatlicher und kommunaler Sozialpolitik zu den verbotenen werfe, ja ernsthafte wissenschaftliche Erörterungen mit treffe. Außerdem sei der Bundesrat fast die denkbar ungeeignetste Behörde, um diese verbietende Thätigkeit auszuüben, da er nur einen Teil des Jahres über versammelt sei und nach Instruktionen der Einzelregierungen stimme. Nicht minder bedenklich sei aber die dem Reichstag im zweiten Satze des § 1 zugedachte Rolle, die vom Bundesrat erlassenen Verbote bei seinem nächsten Zusammentritt nachzuprüfen und die Bestimmung: „Das Verbot ist außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag dies verlangt." Eine Versammlung von 400 Köpfen solle über jede Beschlagnahme befinden, gab Bennigsen zu bedenken. Im Plenum oder in der Kommission? Und wenn der Reichstag ein vom Bundesrat erlassenes Verbot aufhebe, so gereiche das doch gewiß nur der Sozialdemokratie zum Vorteil.

Fürst Bismarck selbst hätte sicherlich die Formel des Kompromisses gefunden, und würde namentlich den Nationalliberalen, wie ihr eigener Redner Gneist, überzeugend dargethan haben, daß

sie sich in einem verhängnisvollen Irrtum befänden, wenn sie meinten, die Sozialdemokratie könne nur auf dem Boden des gemeinen Rechtes mit Erfolg bekämpft werden, man dürfe kein „Ausnahmegesetz“ erlassen und der Regierung keine „diktatorische Gewalt“ einräumen. Gneist sagte scharfsinnig voraus, daß seine Parteigenossen selbst von der Ablehnung den größten Schaden haben und sie bitter bereuen würden. Gleichwohl fiel die Vorlage am 24. Mai mit 251 gegen 57 Stimmen. Am nämlichen Tage wurde der Reichstag geschlossen.

Da erfolgte schon neun Tage später, am 2. Juni nachmittags 3 Uhr, ein neues Attentat auf das Leben des Kaisers, mit weit unglücklicherem Ausgang. Denn die Mordschüsse des Dr. Nobiling verwundeten den Kaiser schwer am Kopf, an beiden Armen und im Rücken durch etwa dreißig eingedrungene Schrotkörner. Der Reichskanzler erhielt die erschütternde Nachricht in Friedrichsruh bei der Rückkehr von einer Spazierfahrt, noch vor dem Eintritt ins Haus, durch den Geheimrat v. Tiedemann. Er blieb einen Augenblick wie erstarrt stehen, stieß den Spazierstock in die Erde und bemerkte dann, als ob ein Gedankenblitz ihn durchzucke: „Jetzt wird der Reichstag aufgelöst werden.“ Schon am 3. Juni traf er, unbekümmert um die eigene Schonung, in Berlin ein. Am 4. Juni Nachmittags 2 Uhr präsidierte er einem Ministerrat, in welchem die Berufung des Kronprinzen zur Stellvertretung des schwerverwundeten Kaisers beschlossen wurde. Zwischen 4 und 5 Uhr am nämlichen Nachmittage erschien der Reichskanzler zum ersten Mal am Schmerzenslager seines geliebten Monarchen, um diesem sein innigstes Beileid auszusprechen und die Allerhöchste Ordre, welche den Kronprinzen zum Stellvertreter einsetzte, zur Genehmigung vorzulegen. Am nämlichen Abend beriet dann Fürst Bismarck noch mit dem Kronprinzen die dringendsten Maßregeln und erhielt die Genehmigung desselben zur Auflösung des Reichstags, die der Reichskanzler am 6. Juni beim Bundesrat beantragte und nach dessen Zustimmung am 11. Juni verkündete. Die Neuwahlen wurden auf den 30. Juli festgesetzt. „Mit weiteren Vorschlägen

soll er bei des Königs Lieutenant nicht durchgedrungen sein", schrieb Roon am 16. Juni an einen Vertrauten.

Die große Mehrheit des deutschen Volkes stimmte diesem Beschlusse lebhaft zu, da man dem bisherigen Reichstag, nach dem Scheitern des ersten Sozialistengesetzes, die Fähigkeit und den Willen, rasche gründliche Abhilfe zu schaffen, nicht zutraute, und andererseits die Entrüstung über diesen neuen Frevel eines sozialdemokratischen Meuchelmörders im Deutschen Reiche, ja in der ganzen gesitteten Welt eine ungeheure war. Der Papst hatte schon bei dem Attentat Hödels sein Beileid ausgesprochen und durch seinen Staatssekretär Franchi im Namen des Kaisers Bismarcks Dank erhalten. Auf die erneute Teilnahmebezeigung des Papstes bei Nobilings Attentat folgte dann das bereits in anderem Zusammenhang erwähnte feierliche Dankschreiben des Kronprinzen vom 10. Juni, unter Bismarcks Gegenzeichnung.

In unbeschreiblicher Sorge und Aufregung um das Befinden seines teuren kaiserlichen Herrn, schrieb der treue Roon am 7. Juni, noch ohne Kenntnis von der Reichstagsauflösung an Bismarck:*) „Hochverehrter Freund! Gestatten Sie Ihrem einstigen alten Kampf- und Leidensgefährten diese vertrauliche Anrede, heute wie sonst. Ich habe Sie, seitdem mein Beruf im Zuschauen besteht, niemals mit politischen Ratschlägen belästigt. Warum sollte ich heute Wasser ins Meer tragen? — Aber einen Zuruf mögen Sie mir gestatten: ‚Handeln Sie!' Es muß etwas Ernsthaftes, Energisches geschehen, um dem verletzten, nach Hilfe rufenden Rechtsbewußtsein der Nation Stütze und Trost zu geben .... Handeln Sie — unverzüglich, energisch — ohne oder mit dem Reichstage, oder auch gegen ihn! Das übelriechende ‚laissez aller' würde, ferner angewandt, sicher in das Chaos, in den Abgrund führen, angefüllt mit den Trümmern aller bisherigen Errungenschaften, aller Pietät und Civilisation. Mit den wärmsten Sympathien für Sie und die Lösung Ihrer schwierigen Aufgabe, die Sie mit sicherer Hand zu

*) Denkwürdigkeiten, II, 677.

Ihrem größten Ruhme zum Ziele führen müssen und werden, schließe ich, und verbleibe Ihr altbewährter treuergebener Freund Roon G.F.M. — N.S. Antwort wird weder begehrt noch erwartet."

Die ungeheure Erregung des Volkes über die fluchwürdigen Attentate offenbarte sich auch in zahlreichen Kundgebungen an den Reichskanzler. Von dessen Antworten erwähnen wir nur das amtliche Dankschreiben im Namen des Kronprinzen an den kaiserlichen Vizekonsul Lüders in Kronstadt (Rußland) für die Kundgebung der dortigen Deutschen und aus der Antwort an Bürger der Stadt Ludwigsburg (Württemberg) die Stelle: „Ich bin mit Ihnen der Ansicht, daß durch die meuchlerischen Anfälle auf Se. Majestät den Kaiser das deutsche Volk und sein Gemeinwesen angegriffen sind, und ich werde nach Kräften dazu mitwirken, die zügellose Agitation zu bekämpfen, als deren Früchte wir derartige Mordanfälle zu betrachten haben."

Die Stellung des Reichskanzlers zu den in den neuen Wahlkampf tretenden Parteien ist von hochkonservativer Seite bekanntlich dahin verdreht worden, Bismarck habe gesagt: „er wolle die Nationalliberalen an die Wand drücken, daß sie quietschen." Der Fürst hat sich wiederholt dagegen nachdrücklich verwahrt, je einen so rohen oder selbst einen dem Sinne nach verwandten Ausspruch gethan zu haben. Und die Wahrheit dieser Ableugnung erhellt ganz unzweifelhaft aus einer Denkschrift, in welcher Bismarck seine Stellung zu den politischen Parteien jener Tage und seine Erwartungen bezüglich der am 30. Juli bevorstehenden Reichstagswahlen aufs klarste ausspricht.*) Denn da heißt es u. a.: „Jeder aufmerksame Beobachter der politischen Bewegungen, jeder unbefangene Leser der sozialistischen Blätter mußte längst erkennen, daß die systematisch betriebene Untergrabung der Achtung vor jeder monarchischen und staatlichen, sowie vor jeder sittlichen Autorität schließlich schwere Katastrophen herbeiführen mußte. Den Zielen der Sozialdemokratie war in

*) Kohl, Bismarck-Jahrbuch, I, S. 97/121. Einige Gedanken daraus in der Provinzialkorrespondenz vom 3. bis 17. Juli 1878, Hahn, a. a. O. III, S. 414/431.

dieser Beziehung vorgearbeitet durch die seit Jahrzehnten betriebene Thätigkeit der Fortschrittspartei und ihre demokratischen Ausläufer. Die Fortschrittspartei ist die Wegebahnerin für die Sozialdemokratie gewesen; so viel sie dieselbe jetzt, nachdem ihr selbst die Herrschaft über die Massen entrissen ist, mit Worten bekämpfen mag ... Die gegen die Autorität des Staates gerichtete Aufreizung der Massen hat in den letzten Jahren ferner durch das gewissenlose Treiben der ultramontanen Presse, welches mit allen Grundsätzen christlicher und wahrhaft kirchlicher Lehren im Widerspruch steht, in einzelnen Gegenden eine weitere Nahrung und Förderung gefunden. Es konnte nicht wunder nehmen, daß die sozialistische Presse, in allmählicher Steigerung ihrer wühlerischen Thätigkeit zu einem Grade der Roheit und Verwilderung gedieh, welcher nicht bloß der staatlichen Ordnung und dem Gesetz, sondern aller Sitte und aller Achtung vor den heiligsten Gütern Hohn sprach, und daß Leute, welche täglich und ausschließlich in jener geistigen Atmosphäre und von jener Nahrung leben, schließlich jede Scheu auch vor dem Ehrwürdigsten, auch vor dem Haupte des sonst so verehrten und geliebten Kaisers, verlieren ... Deshalb kommt es bei den Wahlen darauf an, vor allem Männer in die Volksvertretung zu bringen, welche nicht bloß augenblicklich die Autorität des Gesetzes herzustellen, sondern die dauernden Ursachen der Verwirrung und Verwilderung der Massen zu beseitigen entschlossen sind.

„Daß dies von den Mitgliedern der Fortschrittspartei in der Regel nicht zu erwarten ist, geht aus der rein negierenden Stellung, welche dieselbe seit Jahrzehnten eingenommen, unzweifelhaft hervor. Mit der nationalliberalen Partei sollte eine zuverlässige Gemeinschaft zur Sicherung der Interessen des Staates und der Gesellschaft, nach den grundsätzlichen Gesichtspunkten, welche bei dem Heraustreten derselben aus der alten Fortschrittspartei maßgebend waren, möglich sein — aber das Zusammengehen mit derselben wird der Regierung erschwert durch die Thatsache, daß die Partei in ihrer Gesamtheit sich zumeist der Leitung ihres linken Flügels unterordnet, entsprechend der alten Erfahrung, daß in jeder libe-

ralen Partei die extremen Elemente die Herrschaft an sich reißen. In diesem Teil der nationalliberalen Partei, dessen Tendenzen vor allem durch das Auftreten der Abg. Lasker, Bamberger u. a. bezeichnet werden, ist der geistige Zusammenhang mit dem Wesen und grundsätzlichen Streben der alten Fortschrittspartei niemals unterbrochen worden. Wenn es der nationalliberalen Partei nicht gelingt, sich der Herrschaft jener fortschrittlichen Elemente zu entziehen, so werden die Regierungen, wenn auch mit Bedauern, auf die Gemeinschaft mit dieser bisher einflußreichsten Partei verzichten müssen . . . Damit ist für jetzt nicht die Bekämpfung der nationalliberalen Partei im Ganzen ausgesprochen: es wird vielmehr auf den Versuch ankommen, inwieweit die gemäßigten Mitglieder sich zur dauernden Sicherung der staatlichen Autorität bekennen und inwieweit sie sich der bedenklichen bisherigen Fraktionsführung zu entziehen wissen werden."

Etwa in demselben Sinne schrieb Roon am 8. Juli an Blanckenburg:*) „Reaktion? Unsinn! — Daß Bismarck, welcher aus 38 Stückchen Vitzelband das Reichsbanner gewoben, es wieder zu Charpie zerzausen lasse, um Prudelwitz & Cie. zufrieden zu stellen; daß er den Kampf gegen Rom, um der kirchlichen Zeloten aller Konfessionen willen, mit einer freiwilligen Chamade beschließe: das eine wie das andere ist doch gleich undenkbar. Daß er aber, befreit von den Fesseln falscher Alliancen und doktrinärer Ratgeber, die geilen Auswüchse unseres politischen Daseins nötigenfalls mit dem Messer herausschneide und das Leben des Reiches und Volkes zur Gesundheit zurückführe und dadurch auch die Vorbedingung zu einer befriedigenden Beendigung aller kirchlichen Zerwürfnisse erfülle: das ist möglich, wenn man ihn im gegenwärtigen kritischen Moment nach Kräften unterstützt. Was sich machen läßt, durch Bismarck machen läßt, kann und wird nur durch diplomatische Klugheit wieder gewonnen werden. So wie es verloren wurde, so muß es wieder erobert werden; der richtige Calcül muß dem

*) Denkwürdigkeiten, II, 687/88.

falschen folgen; aber möglich ist es nur, wenn Bismarck richtig verstanden und nicht — verketzert wird."

Die Reichstagswahlen vom 30. Juli 1878 ergaben zum ersten Mal eine klerikal-konservative Mehrheit und eine entsprechend starke Verminderung der Mittelparteien, namentlich der Nationalliberalen um 32 Sitze. Der Fortschritt hatte 10 Mandate eingebüßt. Die Deutschkonservativen waren um 19, die Freikonservativen um 18 gewachsen. Die konservative und offiziöse Presse hatte den Liberalismus bei weitem heftiger bekämpft, als Bismarcks maßvolle Denkschrift erwarten ließ. Und diese Heftigkeit war nach jeder Richtung den Extremen zu Gute gekommen, auch dem Centrum, den Welfen, den elsässischen Protestlern und der Volkspartei, ja — sogar der Sozialdemokratie, zu deren Bekämpfung die Neuwahlen doch eigentlich ausgeschrieben waren. Denn die Umsturzpartei hatte von ihren bisherigen zwölf Sitzen nur drei verloren. Immerhin waren die Nationalliberalen für sich allein noch die stärkste Partei, denn sie zählten mit ihrem Anhang 107, die beiden konservativen Fraktionen 115, das Centrum 94, der Fortschritt mit seinem Anhang 27, die Welfen 10, die Polen 15, die Protestler 11, die Volkspartei 5 und die Sozialdemokratie 9 Abgeordnete. Diese Zahlen sind auch für die folgenden Kapitel von Wichtigkeit.

Der zweite Entwurf eines Sozialistengesetzes, welcher dem am 9. September zusammentretenden Reichstage vorgelegt wurde, war bei weitem gründlicher gearbeitet, als der erste. Noch wesentlich verbessert aber wurde er durch die treffliche Arbeit der Reichstagskommission, die unter dem Vorsitz des sächsischen Generalstaatsanwalts Abg. v. Schwarze tagte. Der § 1 lautete jetzt: „Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten." Das Verbot wirkte für das ganze Reichsgebiet und hatte die Beschlagnahme aller Kassen und sonstigen Gegenstände der Vereine zur Folge. Der § 8 regelte das Verfahren bei Verboten solcher Art und das dagegen zulässige Beschwerdeverfahren. § 25 setzte die Centralbeschwerdekommission ein,

die aus vier Mitgliedern des Bundesrates und fünf von diesem gewählten Richtern der höchsten Gerichte des Reiches oder der Bundesstaaten bestand. Gegen gewerbsmäßige Agitatoren konnte, im Falle ihrer Verurteilung wegen Übertretung des Gesetzes, auf Einschränkung ihres Aufenthaltes erkannt werden (§ 22). Über Ortschaften und Bezirke, „welche durch die im § 1 bezeichneten Bestrebungen mit Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht" waren, konnte von der Landeszentralbehörde der sog. „kleine Belagerungszustand" verhängt werden, der eine Beschränkung des Versammlungsrechtes, der Verbreitung von Druckschriften und die Zulässigkeit der Ausweisung von Führern und Agitatoren u. s. w. aus diesem Bezirk im Gefolg hatte (§ 28).

Der Entwurf wurde in der ursprünglichen Fassung des vorbereiteten preußischen Entwurfes in der Provinzialkorrespondenz vorzeitig veröffentlicht, ehe diese Fassung die Genehmigung des Bundesrats und namentlich Bayerns und Sachsens gefunden hatte. Bismarck tadelte diese Taktlosigkeit scharf in einem Schreiben aus Kissingen vom 15. August 1878*) an den Geheimrat v. Tiedemann. Dieses Schreiben ist aber namentlich deswegen interessant, weil daraus hervorgeht, daß der Reichskanzler dem Gesetze zur Bekämpfung der Sozialdemokratie viel weitere Ziele stecken wollte, deren Aufnahme in das Gesetz die Umsturzpartei zweifellos vernichtet, wenigstens von der Oberfläche des politischen Lebens völlig hinweggefegt hätte. Denn er schrieb da: „Ich halte, wenn das Gesetz wirken soll, für die Dauer nicht möglich, den gesetzlich als Sozialisten erweislichen Staatsbürgern das Wahlrecht und die Wählbarkeit und den Genuß der Privilegien der Reichstagsmitglieder zu lassen. Ferner bedarf das Gesetz meines Erachtens eines Zusatzes in betreff der Beamten dahingehend, daß Beteiligung an sozialistischer Politik die Entlassung ohne Pension nach sich zieht. Diese Verschärfungen werden, nachdem einmal die mildere Form amtlich mitgeteilt ist, im Reichstage sehr viel weniger Aussicht haben, als der Fall sein

*) Abgedruckt in den Berliner Neuesten Nachrichten vom 27. Juni 1894.

könnte," wenn diese Veröffentlichung unterblieben wäre. „Die Vorlage, so wie sie jetzt ist, wird praktisch dem Sozialismus nicht Schaden thun, zu seiner Unschädlichmachung keinesfalls ausreichen."

Im Reichstag ergriff Fürst Bismarck über die neue Vorlage zum ersten Male das Wort am 17. September 1878. Aus dieser Rede wurden schon früher (oben S. 322 flg.) die Bemerkungen über seinen Verkehr mit Ferd. Lassalle entnommen. Im unmittelbaren Anschluß daran fuhr der Redner fort: „Ich würde auch, wenn Herr Bebel den Wunsch hätte, sich abends mit mir zu unterhalten, ihm nicht ausweichen, ich würde daran vielleicht die Hoffnung knüpfen, daß ich endlich auch erführe, wie Herr Bebel und Genossen sich den Zukunftsstaat, auf den sie durch Niederreißen alles dessen, was besteht, was uns teuer ist und schützt, vorbereiten wollen, eigentlich denken. Es ist das Besprechen außerordentlich schwierig, so lange wir darüber in demselben Dunkel tappen, wie die gewöhnlichen Zuhörer bei den Reden in sozialdemokratischen Versammlungen; sie erfahren auch nichts davon, es wird versprochen, es werde besser werden, es gäbe bei wenig Arbeit, mehr Geld — woher es kommt, namentlich, woher es auf die Dauer kommt, wenn die Teilung, die Beraubung der Besitzenden einmal geschehen sein wird; denn dann wird vielleicht der Arbeitsame und Sparsame wieder reich werden und der Faule und Ungeschickte wieder arm, und wenn das nicht ist, wenn jedem das Seinige von oben her zugewiesen werden soll, gerät man in eine zuchthausmäßige Existenz, wo keiner seinen selbständigen Beruf und seine Unabhängigkeit hat, sondern wo ein jeder unter dem Zwang der Aufseher steht. Und jetzt im Zuchthaus, da ist wenigstens ein Aufseher zur Kontrolle, das ist ein achtbarer Beamter, über den man sich beschweren kann; aber wer werden denn die Aufseher sein in dem allgemeinen sozialistischen Zuchthaus? Das werden die Redner sein, die durch ihre Beredsamkeit die große Masse für sich gewinnen, gegen die wird kein Appell sein, das werden die erbarmungslosesten Tyrannen, und die anderen Knechte der Tyrannen sein, wie sie je erfunden wurden. Ich glaube, niemand

wird in solchen Verhältnissen leben mögen, wenn er sich dieses Ideal ausmalt, was wir so durch die Ritzen zu erfahren kriegen — denn offen hat noch keiner der Herren ein positives Programm geben wollen; sowie sie mit einem solchen auftreten würden, wie sie wirklich sich die Zukunft zu gestalten gedenken, so lacht sie jeder einsichtige Arbeiter aus, und dem wollen sie sich nicht aussetzen. Alles das hat mich nicht abgehalten, für die verständigen Bestrebungen, die damals (1862/64) noch den Hauptkern in der Sozialdemokratie bildeten, für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen stets ein warmes Herz und ein offenes Ohr zu haben, und auch, was mir Lassalle darüber mitteilte, war ja anregend und lehrreich; denn er wußte viel und hatte viel gelernt — das möchte ich den Herren, die seine Nachfolger werden wollen, zunächst auch empfehlen".

Fürst Bismarck fährt fort, er habe seine „Bemühungen um die sozialen Verhältnisse aufgegeben, von dem Augenblick her, wo in versammeltem Reichstag der Abgeordnete Bebel in pathetischem Appell die französische Kommune als Vorbild politischer Einrichtungen hinstellte und sich selbst offen vor dem Volke zu dem Evangelium dieser Mörder und Mordbrenner bekannte. Jener Aufruf an die Kommune war ein Lichtstrahl, der in die Sache fiel, und von diesem Augenblick an habe ich in den sozialdemokratischen Elementen einen Feind erkannt, gegen den der Staat, die Gesellschaft sich im Stande der Notwehr befindet. Die Versuche, die ich dagegen gemacht habe bei den verschiedenen Akten der Gesetzgebung, die wir hatten" — Preßgesetz, Strafgesetznovelle, erstes Sozialistengesetz — „sind ja bekannt und in der Erinnerung des Reichstags; Sie wissen ja, ich bin damit nicht durchgekommen, ich habe sogar viel Vorwürfe darüber hören müssen, aber es hat von dem Augenblick an Versuchen, dem Sozialismus entgegenzutreten, nicht gefehlt. Ich glaube auch nicht an die Fruchtlosigkeit unserer Versuche." Nun aber sei vollends ein scharfes Einschreiten gebieterisch notwendig, da die sozialdemokratische Presse allen, die an dieser Gesetzgebung teilnehmen, zurufe, „sie möchten sich doch der Verantwort-

lichkeit einmal klar bewußt werden, die sie persönlich übernehmen, wenn sie gegen die Sozialdemokratie vorgehen. Discite moniti! Ihr seid gewarnt! Wovor denn gewarnt? Doch vor nichts anderem, als vor dem nihilistischen Messer und der Nobiling'schen Schrotflinte. Ja, m. H., wenn wir in einer solchen Weise unter der Tyrannei einer Gesellschaft von Banditen existieren sollen, dann verliert jede Existenz ihren Wert (Lebhafter Beifall)."

Zwischen dieser Sitzung und der nächsten am 9. Oktober, in welcher Fürst Bismarck wieder das Wort ergriff, lag die redliche Arbeit der Kommission. Auch hatte der Reichskanzler sich in langen Unterredungen mit dem Abgeordneten v. Bennigsen am 30. September und 7. Oktober überzeugt, daß die gesamte nationalliberale Fraktion, einschließlich der Abgeordneten Lasker und Bamberger — welche auch als Redner das bestätigten — für das Gesetz eintreten werde. Das Zentrum dagegen legte in der Reichstagssitzung vom 9. Oktober durch den Abgeordneten v. Franckenstein das denkwürdige Geständnis ab, daß es nie für ein Ausnahmegesetz stimmen werde, und der Abgeordnete Sonnemann griff die Vorlage heftig an. Darauf erhob sich Fürst Bismarck zum Wort, um zunächst dem republikanischen Abgeordneten Sonnemann unter lebhaftem „Hört! hört!" nachzuweisen, daß dessen Angriffe gegen den Entwurf sich genau „den Akkorden" anpaßten, „welche die französische Regierung angeschlagen zu sehen wünscht." Dann aber erneute er die Versicherung, daß er eine jede Bestrebung fördern werde, welche positiv auf eine Verbesserung der Lage der Arbeiter gerichtet ist. „Sobald uns von sozialdemokratischer Seite irgend ein positiver Vorschlag entgegenträte oder vorläge, wie sie in vernünftiger Weise die Zukunft gestalten wollen, um das Schicksal der Arbeiter zu verbessern, so würde ich wenigstens mich einer wohlwollenden, entgegenkommenden Prüfung der Sache nicht entziehen und würde selbst vor dem Gedanken der Staatshilfe nicht zurückschrecken, um den Leuten zu helfen, die sich selbst helfen" (d. h. auf gesetzliche Weise sich selbst helfen wollen). Statt positiver Vorschläge aber bringe die Sozialdemokratie, solange sie im Reichstag vertreten

sei, immer nur die reinste Negation, nur Untergrabung und Umsturz zu Markte. „Ich glaube auch den Grund zu wissen, warum die Herren darüber, wie sie die Welt künftig gestalten wollen, wenn sie die Herren wären, sorgfältig schweigen: sie wissen es nicht, sie haben auch den Stein der Weisen nicht. Sie können die Versprechungen niemals halten, mit denen sie jetzt die Leute verführen (Beifall rechts).

„Wenn sie diesen ihren Leuten nun glänzende Versprechungen machen, dabei in Hohn und Spott, in Bild und Wort alles, was ihnen bisher heilig gewesen ist, als einen Zopf, eine Lüge darstellen, ihnen den Glauben an Gott, an unser Königtum, die Anhänglichkeit an das Vaterland, den Glauben an die Familienverhältnisse, den Besitz, an die Vererbung dessen, was sie erwerben für ihre Kinder, — wenn sie ihnen alles das nehmen, so ist es doch nicht allzu schwer, einen Menschen von geringem Bildungsgrad dahin zu führen, daß er schließlich mit Faust spricht: „Fluch sei der Hoffnung, Fluch dem Glauben, und Fluch vor allem der Geduld!" Ein so geistig verarmter und nackt ausgezogener Mensch — was bleibt denn dem übrig, als eine wilde Jagd nach sinnlichen Genüssen, die allein ihn noch mit diesem Leben versöhnen können? (Sehr wahr!). Wenn ich zu dem Unglauben gekommen wäre, der diesen Leuten beigebracht ist — ja, m. H., ich lebe in einer reichen Thätigkeit, in einer wohlhabenden Stellung, aber das alles könnte mich doch nicht zu dem Wunsche veranlassen, einen Tag länger zu leben, wenn ich das, was der Dichter nennt: ‚An Gott und bessere Zukunft glauben', nicht hätte (Lebhafter Beifall). Rauben Sie das dem Armen, dem Sie gar keine Entschädigung gewähren können, so bereiten Sie ihn eben zu dem Lebensüberdruß vor, der sich in Thaten äußert, wie die, die wir erlebt haben."

Bismarck kommt dann weiter zu dem Ergebnis, daß die bis 1870 schüchterne Sozialdemokratie von da ab üppiger aufgetreten sei, weil sie das gelobte Land Frankreich nach Niederwerfung des Kommuneaufstandes sich versagt sah, in Deutschland dagegen „ein Land mit so milden Gesetzen fand, mit so gutmütigen Richtern

(Heiterkeit), ein Land mit so hervorragender Freude an der Kritik, ein Land, in dem die Operationsbasen des Sozialismus, die großen Städte, durch die fortschrittliche Bearbeitung sehr sorgfältig vorbereitet waren (Heiterkeit). Der Fortschritt ist, um landwirtschaftlich zu sprechen, eine sehr gute Vorfrucht (Heiterkeit) für den Sozialismus als Bodenbereiter, er gedeiht danach vorzüglich. . . . Der Deutsche hat an und für sich eine starke Neigung zur Unzufriedenheit. Ich weiß nicht, wer von uns einen zufriedenen Landsmann kennt (Heiterkeit). Der Ehrgeiz des Deutschen hat keine Grenze. Es ist das eine Eigenschaft, die ihre sehr guten Seiten hat, die deutsche Strebsamkeit, sie steckt ihr Ziel niemals zu kurz — aber sie hat auch für die Zufriedenheit im Staat ihr sehr Bedenkliches, namentlich in den unteren Beamtenklassen", die „von der sozialistischen Krankheit angesteckt" seien.

Zum Schlusse wendet sich Bismarck gegen die Unterstellung, daß ihm bei Gelegenheit der (Reichstags-)Auflösung eine Tendenzpolitik schuld gegeben worden sei, als wenn er irgend welche Reaktion oder Systemumwandlung erstrebt hätte. „Tendenzpolitik ist mir fremd, die habe ich allenfalls getrieben, ehe ich in den Staatsdienst trat, wo ich auch ein zorniges Fraktionsmitglied war, aber für einen preußischen, einen deutschen Minister ist das ganz unmöglich. Ich habe bestimmte, positive, praktische Ziele, nach denen ich strebe, zu denen mir mitunter die Linke, mitunter die Rechte geholfen hat, nach meinem Wunsche beide gemeinschaftlich helfen sollten. Aber wer die Ziele mit mir erstrebt — ob man sie sofort erreicht, oder nach langjähriger gemeinsamer Arbeit ihnen näher kommt und sie schließlich erreicht, darauf kommt es so sehr nicht an — ich gehe mit dem, der mit den Staats- und mit den Landesinteressen nach meiner Überzeugung geht; die Fraktion, der er angehört, ist mir vollständig gleichgültig." Zu dieser Sitzung war Fürst Bismarck mit umgeschnalltem Schleppsäbel erschienen.

Die Nationalliberalen und die beiden konservativen Fraktionen stimmten darauf in der Schlußsitzung des Reichstags am 19. Oktober einhellig für das Gesetz und brachten es mit 221 gegen 149

Stimmen zur Annahme. Bereits am 21. Oktober wurde es verkündet. Schon in den ersten Monaten der Geltung des Gesetzes wurden 270 Verbote veröffentlicht, durch welche 135 Vereine, 35 Zeitungen (darunter die Hauptorgane der Sozialdemokratie) und 100 Druckschriften betroffen wurden. Die gesamte sozialistische Organisation und Agitation verschwand von der Oberfläche und grub fortan nur in dunkler Tiefe ihre Maulwurfsgänge weiter. Aber dennoch hatte Fürst Bismarck vollkommen recht, wenn er in seiner Denkschrift vor den Reichstagswahlen von 1878 noch viel schärfere Maßregeln zu einem gedeihlichen Erfolge empfohlen und in seiner Schlußrede im Reichstag am 19. Oktober gesagt hatte: Die Abänderungen, die der Reichstag an der Vorlage beschlossen, würden im Bundesrat zwar einstimmige Annahme finden. „Ich will damit (aber) nicht sagen, daß alle verbündeten Regierungen gleichmäßig überzeugt wären, daß die Mittel, die Sie in ihre Hand legen, vollständig ausreichen würden, um die Zwecke, zu deren Erreichung das Gesetz eingebracht worden ist, überall zu erreichen (Hört!). Sollte die Erfahrung den Beweis liefern, daß dies nicht ausreichend der Fall ist, so werden die verbündeten Regierungen sich wiederum vertrauensvoll an Ihre Unterstützung wenden."

Das geschah schon am 9. Januar 1879, indem der Reichskanzler im Auftrage des Kaisers dem Bundesrat einen Gesetzentwurf vorlegte, welcher dem Reichstag eine mäßige Strafgewalt über seine Mitglieder einräumte, und zwar hauptsächlich aus folgendem Grunde: Der das Rechtsbewußtsein des Volkes beirrende Mißstand, daß Reden und Berichte, welche sonst der strafgerichtlichen Verfolgung unterliegen würden, infolge der Redefreiheit der Abgeordneten straffrei seien, „machte sich besonders fühlbar, seitdem die Wahlen einzelne Abgeordnete in den Reichstag geführt hatten, die die ihnen verfassungsmäßig zustehende Freiheit des Wortes zur Entwickelung von Theorien über den Staat und die bürgerliche Gesellschaft gebrauchten, welche geeignet waren, den Bestand beider zu erschüttern." Der Entwurf wollte daher dem Reichstag bei Mißbrauch der Redefreiheit eine Strafgewalt gegen seine Mitglieder einräumen und die

beanstandeten Reden oder Teile einer Rede von den stenographischen Berichten und von der Veröffentlichung ausschließen. Die Strafgewalt sollte ausgeübt werden durch eine Kommission, welcher der Präsident, die beiden Vizepräsidenten und zehn Mitglieder angehören. Die Strafen sollten, je nach der Schwere der Ungebühr, bestehen in: Verweis vor versammeltem Hause; Verpflichtung zur Entschuldigung oder zum Widerruf vor versammeltem Hause in der von der Kommission dafür vorgeschriebenen Form; Ausschließung aus dem Reichstag auf eine bestimmte Zeitdauer, die bis zum Ende der Legislaturperiode erstreckt werden kann; höhnisch nannten die radikalen Parteien diesen Entwurf „das Maulkorbgesetz“. Es wurde dem Reichstag schon einen Tag nach seinem Zusammentritt, am 13. Februar 1879 vorgelegt und kam am 4. März zur Verhandlung. Der Abg. Lasker griff es heftig an. Nach ihm erhob sich Fürst Bismarck zu der ruhigen Erklärung, daß die Regierungen dasjenige, was der Reichstag zur Wahrung seiner eigenen Würde für notwendig halte oder nicht, als eine innere Angelegenheit desselben betrachten. Anders aber liege die Sache bezüglich der sozialdemokratischen Brandreden, die hier (nach Art. 30 der R.Verf.) straflos gehalten und deshalb (nach Art. 22 der Verf.) auch straflos in hunderttausenden von Exemplaren verbreitet werden könnten. „Die sozialistische Agitation ist aber etwas ganz anderes, als wenn auch einige Redner anderer Parteien mitunter sehr unangenehme Worte sagen, eine Agitation, die sich an die urteilslosen Massen wendet, deren Begehrlichkeit durch den Notstand und unerfüllbare Versprechungen angeregt ist. Dazu das gesetzlich unanfechtbare Mittel des Abdrucks jeder Rede abzuschneiden, war der Hauptzweck dieses Gesetzes, und der Gedanke ist uns deshalb auch nicht früher, sondern erst nach der Offenbarung der Macht und der Ziele des Sozialismus, wie wir sie in diesem vergangenen Jahre noch stärker als im vorvergangenen gehabt haben — als eine Notwehr der Gesellschaft gegen die Gefahr, die uns von da droht, gekommen, und unsere Frage an Sie ist: Wollen Sie uns in dem Kampfe gegen die gefährlichen Tendenzen des Sozialismus ferner mit der Energie

beistehen, auf die wir Hoffuung hatten zu den Zeiten der Wahlen und zu den Zeiten der Attentate, oder ist die Gefahr durch das augenblickliche, wohlüberlegte Schweigen und Wohlverhalten der Sozialisten Ihnen anscheinend schon so ferne gerückt, daß Sie glauben, die Regierung mit ihrer Bitte um Beistand nach dieser Richtung hin im Stiche lassen zu können? Danach muß die Regierung ja das Maß von Erfolg, auf welchen sie überhaupt im Kampfe gegen den Sozialismus rechnen kann, ihrerseits bemessen, und wir können ohne den Beistand des Reichstags nichts machen. Verlangen Sie nur nicht von uns, daß, wenn wir im Amte bleiben sollen, die Frage mit dieser einzelnen Ablehnung für uns erledigt sei. Wir müssen auf diesem Wege weiter zu kommen suchen, und wir wären schlechte Patrioten, wenn wir anders als nach pflichtmäßiger Überzeugung handeln wollten (Beifall rechts, Zischen links und im Centrum)."

Der Entwurf wurde am 7. März mit großer Mehrheit abgelehnt, und Fürst Bismarck war nun bestrebt, durch eine scharfe Handhabung des Sozialistengesetzes die Wühlarbeit der Umsturzpartei zu bekämpfen. Aber freilich gaben die Erfahrungen jeden neuen Jahres seinem Scharfblick recht, daß die Waffen, welche der Regierung in diesem Gesetze zur Verfügung gestellt waren, noch lange nicht scharf genug seien zur Vernichtung der Umstürzler, die sich außerhalb des Gesetzes und des Vaterlandes stellten, und denen somit durch den Ausschluß von den politischen Rechten der deutschen Reichsbürger und durch Verbannung mindestens aller Führer und Agitatoren ins Ausland nur Recht geschehen wäre.

Doch niemals hatte Fürst Bismarck geglaubt, mit Repressivmaßregeln allein die soziale Krankheit heilen zu können, die in der sozialdemokratischen Bewegung sich äußerte. Er ließ sich durch die Ablehnung der letzten Vorlage auch nicht einen Augenblick entmutigen, sondern nahm nun seine großartig erdachten, positiven Reformpläne nur desto energischer in Angriff. Unverzüglich schritt er zunächst zur Durchführung der seinen Geist schon längst beschäftigenden Wirtschaftsreform, um der nationalen Arbeit im Innern

und nach Außen zu ihrem Rechte zu verhelfen, den Notstand zahlreicher Betriebszweige zu beseitigen und damit auch der von der sozialdemokratischen Partei unablässig ausgestreuten Unzufriedenheit den Nährboden zu entziehen. Und andererseits ergriff der Fürst den gewaltigen Gedanken und Plan, den Staat selbst zum Schützer und Versorger der im Daseinskampfe Schwachen und Enterbten zu machen, den Gedanken und Plan der Sozialpolitik.

Drittes Kapitel.

Bismarcks nationale Wirtschaftspolitik (1876/79).

Viele Bogen ließen sich füllen mit den Anregungen und Anträgen, die Fürst Bismarck auch in den Jahren, da er in wirtschaftlichen Fragen Delbrücks hoher Einsicht folgte, auf allen Gebieten der Volkswirtschaft gegeben hat. H. v. Poschinger hat sich in seinem Werke „Fürst Bismarck als Volkswirt" der verdienstvollen Aufgabe unterzogen, auch diese Anregungen und Anträge Bismarcks zu sammeln und wo immer möglich im Wortlaut abzudrucken. Hier muß auf diese Urkunden verwiesen werden. Mit einer bloßen Aufzählung ihres wesentlichen Inhaltes, gleichsam ihrer Stichworte, wäre dem Leser nicht gedient. Mancher würde dadurch vielleicht nur zu dem falschen Urteil verleitet, Fürst Bismarck habe sich, je nach Laune, in alle möglichen Dinge eingemischt, welche der Amtsthätigkeit anderer Minister angehörten. Hier gilt es vielmehr, eine zusammenfassende, übersichtliche, durch Einzelheiten nicht zerstreute Beurteilung zu gewinnen.

Daß den Fürsten Bismarck der Vorwurf des „Dilettantismus" in wirtschaftlichen Fragen, der von seinen Gegnern mit Vorliebe und Nachdruck erhoben wurde, durchaus nicht trifft, ist in den früheren Teilen dieses Werkes schon an Bismarcks frühesten Reden, amtlichen Berichten und Denkschriften wiederholt erwiesen worden. Allezeit hatte er für diese Fragen das wärmste Interesse. Und wenn ihm auch nicht theoretisches Fachwissen und aus nationalökonomischen Lehrbüchern gewonnene Wissenschaft eigen war, wenn

er auch dreißig Jahre lange vorwiegend im Dienst der nationalen Politik unseres Staates und Volkes gestanden und während dieser Zeit unsere Wirtschaftspolitik anderen hatte überlassen müssen, so hatte doch auch während dieses Menschenalters seine hervorragende praktische Begabung, sein durchdringender Scharfblick tausend Mißstände wahrgenommen und aufgedeckt, die seine grundwahrhaftige Natur nicht verschweigen konnte, namentlich wenn es sich um die bittere Not ganzer Stände oder einzelner Erwerbszweige unseres Volkes handelte.

Der angebliche Dilettant trat aber mit dem Ausscheiden Delbrücks auch in dessen persönliche amtliche Verantwortlichkeit für die deutsche Wirtschaftspolitik ein, und er fand da überall Dinge, die nach seiner Ansicht schleunige Abhilfe erforderten. „Ich bin als Kanzler, allein gelassen, verpflichtet, meine Meinung zu haben, nicht bloß berechtigt, ich bin verpflichtet, nach meiner Meinung zu handeln," sagte er später am 21. Februar 1879 im Reichstag. Und am 29. November 1881 fügte er ebenda hinzu: „Ich bin, da mir die Hände (Delbrücks), die ich für gut hielt, abhanden kamen, genötigt gewesen, mir die Sache selbst anzusehen, und habe gefunden, daß, wenn ich bis dahin in verba magistri geschworen hatte, die thatsächlichen Ergebnisse den Voraussetzungen nicht entsprachen, die unserer Gesetzgebung zu Grunde gelegen hatten. Ich habe den Eindruck gehabt, daß wir unter dem seit 1865 eingeführten Freihandelssystem der Auszehrung verfielen, die durch den Blutzufluß der Fünfmilliardenzahlung einige Zeit aufgehalten wurde, und daß es notwendig sei, hier eine Abhilfe eintreten zu lassen." Am 17. Februar 1881 hat Fürst Bismarck diesen Gedanken in einer Reichstagsrede namentlich mit Bezug auf die Passivität des Finanzministers Camphausen weiter ausgeführt. Camphausen habe das Glück gehabt, sagte er da, das Finanzministerium während der sieben fetten Jahre zu verwalten, „im Segen der Milliarden mit vollen Händen im Golde zu stecken, da alle Quellen flossen, wie nach nassem Wetter selbst die Hungerquellen im Lande fließen. Er ist damals der Überzeugung gewesen, daß, wenn nicht in der ganzen

Welt, doch wenigstens im preußischen Finanzministerium und seiner Verfassung alles auf das beste und vortrefflichste bestellt wäre, und ist deshalb dem Glauben unzugänglich gewesen, daß in dem alten ehrwürdigen Gebäude manche Schraube nietlos und manches Rad bocklos geworden war. Ich habe ihn in der festen, sicheren und ehrlichen Überzeugung gefunden, mit der Gott am sechsten Tage der Schöpfung auf das Geschehene zurückblickte; mit derselben Befriedigung hat er auf die sechs Jahre seines Ministeriums zurückgeblickt und gefunden, daß alles gut sei, und mich vielleicht für einen mauvais coucheur als Kollegen gehalten, weil ich nicht alles auch so vortrefflich fand und auf Reformen drängte." Thatsächlich hatte Bismarck bereits seit 1876 das verborgene Defizit durchschaut und auf Abhilfe gedrungen. Daß es um die Reichsfinanzen, trotz der Milliardenfülle, nicht glänzend stand, verriet schon die eine Thatsache, daß die in Form von Matrikularbeiträgen an das Reich geleisteten Zuschüsse, die im Jahre 1872 nur 2¼ Millionen Mark betragen hatten, im Jahre 1873 auf 59 Millionen gestiegen waren und sich auf dieser ungefähren Höhe auch bis zum Jahre 1877 hielten.

Das Jahr 1876 hatte dem Fürsten Bismarck aber auch zuerst die Überzeugung beigebracht, „daß wir unter dem seit 1865 eingeführten Freihandelssystem der Auszehrung verfielen," und zwar gewann der Reichskanzler diese Überzeugung zuerst vornehmlich aus der furchtbaren Katastrophe, welche die für den 1. Januar 1877 geplante und durchgeführte Aufhebung aller Eisenzölle über die deutsche Eisenindustrie heraufbeschwor. Für diese völlige Aufhebung schwärmte die große Mehrheit des Reichstags, auch die konservativen Parteien, da damals noch alle Landwirte auf den Freihandel schworen, der ihnen billiges Eisen und wohlfeile Maschinen liefern würde. Bismarck dagegen hatte sich, wie auch der Kaiser, gegen die Aufhebung lange kräftig gesträubt, da bei diesem Vorhaben schon ein tausendstimmiger Notschrei aus den Reihen der bedrohten deutschen Eisenindustrie sich vernehmen ließ. Die Entscheidung wurde im preußischen Ministerrate am 23. Oktober 1876 getroffen, in Abwesenheit Bismarcks, der nicht in Berlin war. Camphausens über-

zeugungstreue Beredsamkeit gab den Ausschlag für die Aufhebung. Am folgenden Tage beantragten die Minister einstimmig beim Kaiser, die Eisenzölle vom 1. Januar 1877 ab in Wegfall zu bringen. Die Folgen dieses vom Monarchen genehmigten Beschlusses waren jedoch verheerend, namentlich da der große Bankkrach, der seit 1873 das europäische Festland heimgesucht hatte, nun auch auf England übergesprungen war und hier auch die Eisenindustrie in Mitleidenschaft zog, die seit der Milliardenzeit in schwindelhafter Überproduktion gefrevelt hatte. Eine dem Reichstag im Jahre 1879 vorgelegte amtliche Denkschrift Bismarcks berechnet die unverkäuflichen Roheisenwaren, die England damals aufgespeichert hatte und um jeden Preis losschlagen mußte, um Geld zu schaffen, auf 1500 Millionen Kilogramm. Als nun am 1. Januar 1877 die deutschen Eisenzölle wegfielen, wanderten diese ungeheuren Mengen durch das offene deutsche Thor hinein und zwangen die deutschen Eisenproduzenten zum Verkauf ihrer Erzeugnisse weit unter dem Selbstkostenpreis.

Dazu kam aber, daß Frankreich seine einheimische Eisenindustrie gegen die ausländische, also namentlich gegen die deutsche, durch eine geradezu illoyale Zuwendung begünstigte, durch die Titres d'acquits-à-caution, zu deutsch etwa „Anweisungen auf rückzahlbare Zollauslagen". Der Franzose, der Erzeugnisse aus Roheisen oder Stahl nach Deutschland ausführte, erhielt nämlich, gleichviel ob er diese Erzeugnisse aus in- oder ausländischem Stoff anfertigte, von der französischen Zollverwaltung einen Schein, der ihn berechtigte, eine der ausgeführten Gewichtsmenge entsprechende Menge von Roheisen u. s. w. zollfrei vom Auslande einzuführen. Diese Scheine durften veräußert werden, und stellten in der zweiten und dritten Hand also die Vergütung für einen Eingangszoll dar, den der Besitzer des Scheins gar nicht entrichtet hatte. Er konnte also seine Eisenwaren nach Deutschland um so viel billiger verkaufen, als ihm von der Zollverwaltung für diesen Schein vergütet wurde, und vom 1. Januar 1877 an auch noch um so viel billiger, als bis dahin der deutsche Eingangszoll auf Eisenwaren betragen hatte.

Die Wirkung dieser erdrückenden und teilweise illoyalen Konkurrenz des Auslandes war für die deutsche Eisenindustrie verheerend. Eine große Zahl deutscher Hochöfen mußte ausgeblasen werden, Tausende von Arbeitern wurden brotlos. Man düngte unfreiwillig das Feld der Sozialdemokratie. Schon die Reichstagswahlen vom 10. Januar 1877 bewiesen das deutlich. Fürst Bismarck vermochte die Minister Camphausen und Achenbach gegen Ende 1876 dazu, dem Reichstag sofort eine Vorlage zu machen, welche wenigstens die Ungebühr der französischen Titres d'acquits-à-caution abzuwehren suchte, indem dem Bundesrat die Ermächtigung erteilt werden sollte, „Ausgleichsabgaben" von Eisen und Stahl u. s. w. im Wege der Verordnung zu erheben, wenn und soweit die Fürsorge für die Interessen der heimischen Industrie dies erfordern würde. Die beiden Minister traten auch in der Sitzung vom 12. Dezember 1876 warm für die Vorlage ein, Fürst Bismarck aber bezeichnete sie nur als eine „Abschlagszahlung". In dieser Äußerung witterte die Fortschrittspartei alsbald wirtschaftliche „Reaktionspläne". Andere schlossen aus dem Umstand, daß Windthorst sich zum Sprecher des notleidenden Eisengewerbes machte, es handle sich nur um ein ultramontanes Wahlmanöver in Rheinland und Westfalen. Vor allem aber war dieser Vorlage nachteilig, daß damals der Kampf um die Justizgesetze im Vordergrund des Interesses stand und die letzte Kraft des übermüdeten Reichstags verbrauchte. So wurde der Gesetzentwurf ohne Beschlußfassung in der Kommission begraben. Am 22. Dezember fand der Reichstagsschluß statt. Zugleich lief die ganze Legislaturperiode ab. Für den Fürsten Bismarck war der Verlauf dieser Sache äußerst niederschlagend. Er sah eine der bedeutendsten Industrien Deutschlands ihrer „Auszehrung und Verblutung" entgegen gehen. Seine Mahnungen, die Eisenzölle bestehen zu lassen, waren überhört worden. Das einzige Rettungsmittel der Ausgleichsabgaben ward nicht einmal durchberaten. Minister und Abgeordnete hatten sich, nach seiner Meinung, auch hier gleich schwach und unfähig erwiesen, das drohende Unheil zu beschwören. Er war „als Kanzler allein gelassen" und fühlte sich „verpflichtet, eine

eigene Meinung zu haben und nach dieser Meinung zu handeln." Diese Verpflichtung drängte sich ihm immer mächtiger, immer peinlicher auf, je weiter die Notlage um sich griff. Er sah „das Zurückgehen des Lebensstandes, der Industrie, der Arbeiter, das Darniederliegen aller Geschäfte" und alles das „trat mir so nahe", sagte er am 29. November 1881 im Reichstag, „daß ich mich um diese Dinge bekümmern mußte." Er suchte in diesen verhängnisvollen Wirkungen dieselbe Ursache, wie für die Notlage der Eisenindustrie: das Freihandelssystem, das er namentlich auch für das Darniederliegen der deutschen Landwirtschaft verantwortlich machte. Aber dafür fand er bei den damaligen Kollegen im preußischen Ministerium durchaus keinen Glauben und keine Unterstützung.

Auf das Bitterste fühlte er sich verletzt durch den bereits früher erwähnten passiven Widerstand, den die Kollegen ihm in Ausführung des Reichseisenbahnplanes leisteten. Erst am 23. März 1878 erfuhr man öffentlich aus einer Reichstagsrede des Fürsten, wie zäh und beharrlich dieser Widerstand gewesen war. Der Finanzminister Camphausen, sagte er da, sei nicht „von Haus aus von der Richtigkeit des Reichseisenbahnplanes überzeugt" gewesen. Von Jahr zu Jahr sei er (Bismarck) vertröstet und in seinen Anstrengungen lahmgelegt worden in einer Weise, die für ihn geradezu persönlich kränkend gewesen sei. „Obwohl ich die Bewilligung der Sache im Prinzip von meinen Kollegen wie vom Landtag hatte, und obschon Ministerpräsident, habe ich mich absolut unfähig finden müssen, die Sache auch nur einen Schritt weiter zu bringen." In derselben Rede erklärte Bismarck, daß er selbst bis jetzt — also bis zum 23. März 1878 — noch gar nicht „auch nur annähernd die Summen kenne, welche Preußen für seine Bahnen vom Reiche fordern werde", daß „noch nicht gelungen sei, auch nur annähernd, ein Verständnis zwischen dem Handelsministerium und dem Finanzministerium über diese Summen" u. s. w. zu stande zu bringen: „es ist mir in allen diesen letzten drei Jahren wieder so gegangen, daß ich auf den nächsten Herbst vertröstet worden bin." Ja, später sah sich der Reichskanzler gezwungen, das Reichseisenbahnprojekt ganz „zurück-

zustellen", weil der Finanzminister, wie Bismarck dem Reichstag am 17. Februar 1881 erklärte, für die preußischen Bahnen einen Preis berechnet hatte, den er wegen der Ungeheuerlichkeit des Anschlags nicht als einen ernstlichen anzusehen vermocht habe.

Am 17. Februar 1877 glückte dem Fürsten Bismarck wenigstens ein wichtiger Schritt zur künftigen Verbesserung der Reichsfinanzen. An diesem Tage gelang ihm nämlich, Camphausens Einverständnis zu gewinnen für eine höhere Besteuerung des Tabaks als Vorbereitung zum Tabakmonopol. Natürlich drang hierüber noch nichts in die Öffentlichkeit, zumal da Bismarck diese Steuererhöhung nur in Verbindung mit der gesamten künftigen Steuerreform vorschlagen wollte. Die Thronrede, mit welcher am 22. Februar 1877 der Reichstag eröffnet wurde, begnügte sich mit den Worten: „Ihre Aufgabe wird es sein, in Gemeinschaft mit den verbündeten Regierungen zu erwägen, ob und welche Maßregeln zu treffen sein werden, um den hochgesteigerten Betrag der Matrikularbeiträge durch Eröffnung anderer Einnahmequellen für das Reich zu ermäßigen."

Heftige Angriffe des Abg. Richter auf die Reichsfinanzverwaltung bei Beratung des Budgets in der Sitzung vom 10. März 1877 gaben dem Reichskanzler Gelegenheit, auf diese wichtige Frage näher einzugehen. Dem wundersamen Verlangen Richters, die Reichsbedürfnisse zu decken, indem man das Besitztum an Kapitalien, zunächst den Reichsinvalidenfonds, aufzehre, antwortete Bismarck einfach: das sei das System eines Verschwenders, „der vom Kapital lebt und sagt: Ich werde nachher mit Bewilligungsanträgen kommen, wenn ich nichts mehr habe." Richter sage dann weiter: Wir wollen keine Steuervermehrung, wir wollen eine Steuerreform. „Nun, m. H., diesen Satz unterschreibe ich von ganzem Herzen und kämpfe dafür," entgegnet der Reichskanzler, „soviel meine Gesundheit und geringe Arbeitskraft, die mir nach einem mühevollen Leben geblieben ist, es mir gestattet. Aber es gibt auch noch andere Leute außer dem Herrn Vorredner, deren Einwilligung ich dazu gewinnen muß, namentlich wenn ich deren thätige Mitwirkung dazu haben will.

Ich allein kann dergleichen nicht machen und ausarbeiten. Nur weil ich das Reich und die verbündeten Regierungen außer stande sehe, jetzt in diesem Augenblick Ihnen einen vollen Reformplan für unsere Zoll- und Steuereinrichtungen vorzulegen, habe ich zu dem natürlichen Auskunftsmittel der Matrikularumlagen gegriffen." Das sei das nach Art. 70 der Reichsverfassung einzig zulässige „konstitutionelle System — und daran muß ich mich halten. Ich weise ja die Aufgabe nicht von mir, darüber nachzudenken, was außerdem zu thun sei; im Gegenteil, ich bin meinerseits ganz entschlossen und habe das Resultat meines Nachdenkens schon gezogen, solche Reichseinnahmen, solche Reichssteuern, wie in der Verfassung gesagt ist, Ihnen vorzulegen, die Hoffnung auf Ihre Annahme haben. Und diese Hoffnung knüpfe ich an den Plan, daß wir Steuern in einer Weise kombinieren, die auf der einen Seite Erleichterung, auf der anderen Seite neue Einnahmequellen schafft, ohne das Bestreben, größere Einnahmen zu haben, als der Bedarf ist. Was hilft es einem Staate, wenn seine Regierung reich ist? Was soll er mit dem Gelde machen? Wunderliche Luxusausgaben? Für diese ist unsere Zeit sehr wenig geneigt. Ich kann mit dem besten Gewissen erklären, daß ich keinen Überschuß erstrebe, sondern nur die Deckung dessen, was uns fehlt, die Reduzierung der Matrikularumlagen; wenn es sein kann: gänzliche Abschaffung derselben; denn ich glaube nicht, daß Sie bloß um der parlamentarischen Machtfrage willen unbequeme Steuern behalten wollen (Sehr richtig!)." Wenn man gegenseitig seiner Verfassungstreue nicht traut, so „kommt man über diesen Streitigkeiten nicht dazu, zu erwägen, wie sitzt der schwere Steuerrock dem Volke am bequemsten, oder vielmehr, wie läßt er sich am bequemsten tragen; denn ganz bequem sitzt der Steuerrock niemals! Es ist immer besser, man hat keinen (Heiterkeit)."

Dann klagt Fürst Bismarck über die „Friktionen", „die sich außerhalb dieses Hauses der Verständigung über den Entwurf einer Steuerreform entgegenstellen. Ich weiß etwas davon, denn meine, wie ich glaube, ursprünglich kräftige Konstitution ist dabei zu Grunde gegangen; meine Arbeitskraft ist aufgebraucht zum großen Teil."

Gleichwohl kann er versichern: „daß wir vorderhand innerhalb des Reichskanzleramts, mit Zuziehung der preußischen Behörden, die uns ihren Beistand leihen, damit beschäftigt sind, eine Steuerreform vorzubereiten. . . . Es ist ja die Frage aufgeworfen worden, ob es zweckmäßig gewesen wäre, eine einzelne Steuer, also namentlich eine Steuer auf Tabak, Ihnen jetzt zu bringen, als Ersatz für einen Teil der Matrikularumlagen. Die Sache hat ihr Für und Wider gehabt. Ich räume offen ein, daß ich mich dawider erklärt habe und lieber die Unannehmlichkeit zu hoher Matrikularbeiträge ein Jahr hindurch, ein Budget hindurch, einmal tragen will, als die Steuerreform dadurch schädigen, daß man einen der besten und wesentlichsten Artikel, von dessen Schwimmkraft ich erwarte, daß er andere vielleicht mit tragen werde, vorwegnehme, was uns nachher abhalten würde, eine gründliche (Steuer-)Reform, von deren Notwendigkeit ich so überzeugt bin, wie irgend Einer von Ihnen, vorzunehmen. Deshalb habe ich mich gegen diese Steuer in diesem Augenblicke erklärt."

Wenn dagegen die Abg. Richter und Lasker vorgetragen hatten, „der ganze Übelstand, daß Ihnen hier eine Erhöhung der Matrikularumlagen um 25 Millionen zugemutet wird, hätte eigentlich seine Ursache darin, daß wir keine Reichsministerien, keinen Reichsfinanzminister haben," so erwidert Bismarck, an die traurigen Erfahrungen, das „warnende Beispiel" mit dem Reichseisenbahnamt anknüpfend, das „in dieser Hilflosigkeit keinem der an dasselbe gestellten Ansprüche gerecht werden könne": „In einer ähnlichen Lage würden die Reichsministerien sein. Sie würden im Durchschnitt nur sein wie jene hochverehrten ostasiatischen Persönlichkeiten, die ein großes Ansehen äußerlich haben, äußerlich, aber keine Machtvollkommenheit; der Taikun*) würde immer in den Partikularstaaten stecken (Heiterkeit). Dieser Reichsprätension gegenüber, die wurzellos" (in allen Partikularstaaten wie auch) „in dem mächtigsten Partikularstaate sein würde, würde sich der Ring des Partikularismus ganz fest

*) der weltliche Herrscher in Japan, im Gegensatz zum geistlichen, dem Mikado.

schließen, Preußen an der Spitze, und der erste und mächtigste Widersacher des Reichsministers würde der preußische Finanzminister sein (Zustimmung). . . . Ganz gewiß ist nach meiner Überzeugung, daß ich den Haupteinfluß, den es mir gegönnt ist zu üben, bisher nicht in der kaiserlichen Macht, sondern in der königlich preußischen Macht gefunden habe. Ich habe eine zeitlang aufgehört, preußischer Ministerpräsident zu sein, und ich habe mir gedacht, daß ich als Reichskanzler stark genug sei. Ich habe mich darin vollständig geirrt; nach einem Jahre bin ich reuevoll wiedergekommen und habe gesagt: Entweder will ich ganz abgehen, oder ich will im preußischen Ministerium des Präsidium wieder haben. Schneiden Sie mir die preußische Wurzel ab, und machen Sie mich allein zum Reichsminister, so, glaube ich, bin ich so einflußlos, wie ein anderer. . . Ich glaube, Sie täuschen sich über die Entwickelung, die ein Reichsministerium nehmen würde. Die Macht der Stammeseinheit, der Strom des Partikularismus, ist bei uns immer sehr stark geblieben; er hat an Stärke gewonnen, seitdem ruhige Zeiten eingetreten sind. Ich kann sagen, die Reichsflut ist rückläufig; wir gehen einer Ebbe darin entgegen. Es wird auch die Reichsflut wieder steigen. Man muß nur nicht annehmen, daß in drei oder selbst in zehn Jahren alle diese Sachen fertig gemacht werden können. Überlassen Sie unsern Kindern auch noch eine Aufgabe; sie könnten sich sonst langweilen in der Welt, wenn gar nichts mehr für sie zu thun ist (Heiterkeit).“

Im Beginn dieser bedeutenden Rede hatte Fürst Bismarck ironisch die große „Autorität“ des Abg. Richter in Finanzfragen beleuchtet und dabei auf einen Vorgang in der Reichstagssitzung vom 15. Dezember 1875 mit den Worten angespielt: „Mit der Marineverwaltung habe ich im vorigen Jahre einen monatelangen und mit vielem dialektischen Aufwand geführten Kampf gehabt, um eine noch höhere Forderung, als die im Budget damals eingestellte gewesen, dem Herrn Reichsfinanzminister gegenüber (Heiterkeit) — als solchen sehe ich den Herrn Präsidenten des Reichskanzleramtes (Hofmann) an — durchzusetzen. Ich habe zuletzt die Sache für die mindere Summe und gegen die Marineverwaltung entschieden

und konnte deshalb nicht erwarten, daß die Autorität oder die Überredungsgabe des Herrn Abg. Richter um so viel stärker wie die meinige auf die Marineverwaltung wirken würden, daß bereits in der ersten Sitzung diese letztere Verwaltung einsah, daß sie mit einem noch geringeren Satze auskommen könnte, als dem von mir schließlich bewilligten und im Anfang bestrittenen."

Der Chef der Admiralität, Herr v. Stosch, erachtete sich durch diese Erklärung des Reichskanzlers beleidigt und reichte am 12. März seine Entlassung ein. An den Fürsten Bismarck aber stellte er das Ansinnen einer schriftlichen Genugthuung, in welcher erklärt würde, der Reichskanzler habe den General nicht beleidigen wollen und die Darstellung in der Rede vom 10. März sei nicht vollständig zutreffend gewesen. Auf seiner parlamentarischen Soiree vom 17. März erzählte Fürst Bismarck seinen Gästen offen von dieser Zumutung, gab ihnen aber auch unumwunden zu erkennen, daß er diese Erklärung nicht abgeben und in dem mit Stosch erwachsenen Streite — der sich schon in das Vorjahr zurückzog und in der starken Fühlung des Marinechefs mit den Bismarck feindlichen Hofkreisen seinen Nährboden hatte — nicht nachgeben werde. Bei dieser Sachlage und offenen Aussprache des Reichskanzlers erwartete jedermann — und gewiß nicht zuletzt er selbst —, daß v. Stoschs Ausscheiden unvermeidlich sei. Aber das Unerwartete geschah. Denn obwohl Fürst Bismarck nach dem Entlassungsgesuche des Herrn v. Stosch auch noch eine Denkschrift über die beiderseitigen Differenzen an den Kaiser gerichtet hatte, lehnte dieser am 25. März das Entlassungsgesuch des Marinechefs ausdrücklich ab.

Durch diese Entscheidung, welche feindliche Hofkreise, ultramontane Intriguen u. s. w. erwirkt hatten, war Bismarcks Geduld völlig erschöpft, und das Maß von Bitterkeiten aller Art, die ihm eingeschänkt wurden, zum Überlaufen gebracht. Am 27. März bat er den Kaiser um Entlassung von allen seinen Ämtern. Es war dem Fürsten damit völlig ernst. Die schwerste Krisis seit 1870 war für unser Vaterland angebrochen. „Der Kanzler geht," schrieb damals einer seiner vertrautesten Mitarbeiter an die vom Verfasser

dieses Werkes geleiteten „Grenzboten". Als Hauptursache dieses Rücktrittes aber gab der trefflich unterrichtete Korrespondent an: die jahrelangen „Friktionen" mit Hofkreisen, die den Kanzler nach allen Seiten hin lähmten. Deshalb sei auch die dem Fürsten zugeschriebene Äußerung „sehr möglich": die größte Schwierigkeit von allen mache ihm die diplomatische Mission am eigenen Hofe. Den Mittelpunkt der bismarckfeindlichen Hofintriguen aber hätte der Hof der Kaiserin Augusta gebildet, welche der Berichterstatter der „Grenzboten" vorsichtig immer nur als „eine hohe Dame" bezeichnet. „Hier floß," schrieb er, „der Bodensatz der Kreuzzeitungsgesellschaft und der eingewurzelten Herrenhausopposition mit dem ultramontanen Gifte aus den Kanälen Roms, der polnischen und welfischen Mißvergnügten zusammen, um eine Bonbonnière voll Kreuzzeitungskonfekt und Jesuitenkonfitüren" herzustellen. Wir erinnern uns aller der Leistungen dieses „Mittelpunktes", auf welche der Grenzboten-Berichterstatter anspielt: wie den im Reichsglockenprozeß gerichtlich verurteilten oder gebrandmarkten ultramontanen und feudalen Verleumdern des Fürsten Bismarck Gnadenerlasse und Ordensauszeichnungen zu teil wurden; wie man von hier aus vor Beginn des russisch-türkischen Krieges die Zumutung der Königin Viktoria von England unterstützte: „Deutschland solle diesen Krieg verbieten"; wie man gegen Bismarcks Rat und Beschluß die Pariser Weltausstellung beschicken wollte u. s. w. Natürlich wurde von diesem „Mittelpunkt" aus auch jeder Widerstand der Kollegen und Untergebenen Bismarcks gegen dessen Politik ermuntert. Ja, man hielt in diesem Kreise, nach dem Sturze Arnims, auch schon einen neuen Nachfolger für Bismarcks Ämter bereit in der Person des Hausministers v. Schleinitz, dessen vollkommene politische Unfähigkeit, auch nur „moralische Eroberungen" zu machen, früher (Bd. II S. 226 flg.) eingehend dargelegt wurde. Nun wurde schließlich auch für Stosch gegen Bismarck Partei ergriffen.

Immerhin waren diese bitteren Erfahrungen nicht die alleinigen entscheidenden Beweggründe für Bismarcks Entlassungsgesuch vom 27. März 1877. Sowohl die aus dem Reichskanzlerpalais gut

unterrichtete „Post“, wie namentlich auch der Berichterstatter der „Grenzboten“ legen noch größeren Nachdruck auf andere Beweggründe des Fürsten. Als solche bezeichnen sie die „Unfruchtbarkeit“ der Minister, welche die von Bismarck immer vergeblich angeregte und verlangte Steuer- und Wirtschaftsreform aus eigener Initiative hätten durchführen sollen. Achenbach namentlich hatte sich vor dem Landtag gerühmt, in seinem Wörterbuche sei das Wort „unmöglich“ klein gedruckt. Dabei unterhielt dieser Minister die besten Beziehungen zum Hofe der Kaiserin Augusta wie zu den kronprinzlichen Herrschaften, und wäre daher wohl auch in der Lage gewesen, den Einfluß und das Fürwort dieser hohen Gönner für von ihm angebahnte wirtschaftliche Reformen einzusetzen. Aber nicht eine einzige selbständige Vorlage für eine brauchbare und durchgreifende Wirtschaftsreform erhielt Fürst Bismarck von den Kollegen Achenbach und Camphausen.

Schon zu Ende 1876 und auch jetzt wieder, kurz vor dem Entschlusse vom 27. März, im Januar 1877, schilderte der Fürst seine Stimmung, sein Verhältnis zu seinen Mitarbeitern bei seinen großen Plänen, in einem Gleichnis. „Er verglich sich mit einem müden Jäger, der von tagelanger ergebnisloser Pirsch abgemattet und fast verschmachtend, im Begriff ist zu Boden zu sinken und die Jagd ganz aufzugeben; da signalisieren ihm die Jägerburschen ein paar starke Wildsauen, und flugs erwacht in ihm die alte Jägerlust, mit frischer Kraft bricht er auf und begibt sich aufs neue an das herrliche Waidwerk. So auch würde er sich, müde und abgehetzt, wie er sich fühle, dennoch mit neuer Energie und alter Kraft wieder ans Werk begeben, das zu vollbringen er sich vorgesetzt, wenn ihm die hilfreichen Jägerburschen zur Hand wären, um vereint mit ihm die Sauen zu stellen.“*) Und die Moral: „Er könne nur dann im Dienste bleiben, wenn seine Kollegen zu den von ihm beabsichtigten Reformen der Steuergesetzgebung in Preußen, der

*) „Berliner Tageblatt“ vom 9. April 1877, abgedruckt bei Hahn, a. a. O., III, 320, und in etwas anderer Fassung bei Poschinger, Bismarck als Volkswirt, I, S. 111.

Zollgesetzgebung des Reiches, im Eisenbahnwesen u. s. w. aus eigenem Antriebe und mit eigenen produktiven Kräften schritten; wenn nicht, wolle er gehen, da er sich nicht stark genug fühle, um Ministerkrisen, den Bruch mit seinen alten Kollegen und das Einleben mit neuen zu ertragen. Es sei ein unbilliges Verlangen, daß er selbst die nötigen Arbeiten liefere und der Kritik eines in entgegengesetzten Spuren gehenden Ressortministers unterwerfe. Für ihn handle es sich jetzt um die Ermittelung, ob seine jetzigen Kollegen diejenigen Reformen, welche er für unabweislich halte, aus freien Stücken und eigener Überzeugung so betreiben wollten, daß sie ihn in der Richtung schieben und tragen würden, nicht aber er sie. Wollten sie ersteres, so würde er gern seinen Kredit und seinen Namen in der Firma belassen, um diese Reformen durchführen zu helfen.“

In diesem Sinne erfolgte denn auch die Lösung der „Kanzlerkrisis“. Am 28. März schon, am grünen Donnerstag, teilte Fürst Bismarck in einer vertraulichen Beratung der Minister — bei welcher nur Stosch fehlte — den Entschluß seines Rücktritts mit. Für den Fall der Ablehnung des Gesuchs durch den Kaiser erwog er mit ihnen die Art seiner Stellvertretung. Dabei betonte er die Notwendigkeit, sich über die während seiner Abwesenheit (in längerem Urlaub) einzuschlagende Politik ins Einvernehmen zu setzen. Wenn auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht kein Systemwechsel eintrete, so werde es doch nötig sein, auf die bestehenden praktischen Verhältnisse mehr als bisher Rücksicht zu nehmen. Camphausen sprach die Bereitwilligkeit aus, in diesem Sinne die Stellvertretung zu übernehmen. Am 1. April, des Fürsten 62. Geburtstage, erschienen der Kaiser, der Kronprinz und der Großherzog von Baden zur persönlichen Beglückwünschung bei Bismarck und verhandelten dabei mündlich über dessen Entlassungsgesuch. Am 7. April erfolgte die Entscheidung: der Kaiser lehnte das Entlassungsgesuch ab, indem er an den Rand das berühmte „Niemals!“ schrieb. In einer Kabinetsordre vom 10. April bewilligte der Kaiser dem Fürsten einen längeren Urlaub, und damit war die „Kanzlerkrisis“ abgeschlossen.

Am 11. zeigte der Reichskanzler seine längere Beurlaubung an, indem er mitteilte, daß während der Dauer seiner Abwesenheit „seine Vertretung in den laufenden Geschäften bezüglich der inneren Angelegenheiten des Reichs von dem Herrn Reichskanzleramts-Präsidenten (Hofmann), bezüglich der äußeren Angelegenheiten von dem Herrn Staatssekretär v. Bülow übernommen“ werde. Zu seiner Unterstützung war übrigens auch sein Sohn Graf Herbert von der kommissarischen Dienstleistung bei der deutschen Botschaft in Wien zurückgekehrt, um bei seinem Vater die Stelle eines Kabinetschefs zu übernehmen.“

In ganz Deutschland hatte die „Kanzlerkrisis“ den tiefsten Eindruck gemacht, und mit millionenstimmigem Jubel wurde ihre glückliche Lösung nun begrüßt. Dem Herzen des Fürsten thaten die zahlreichen Beweise dankbarer Verehrung und unerschütterlichen Vertrauens, die ihm aus diesem Anlaß zugingen, überaus wohl. Einer Versammlung von 1200 Bremer Bürgern dankte er am 11. April mit den Worten: „Ich bitte Sie überzeugt zu sein, daß der Entschluß, einem Beruf zu entsagen, dem ich die besten Jahre meines Lebens mit voller Hingebung gewidmet habe, mir selbst sehr schwer geworden ist. Aber das Gefühl, daß meine seit Jahren schon verminderte Arbeitskraft nicht mehr ausreicht, mir das Bewußtsein der Pflichterfüllung in meinem ehrenvollen Amte zu gewähren, mußte mich bestimmen, Seine Majestät den Kaiser um Enthebung von demselben zu bitten. Nachdem Allerhöchstderselbe diese Bitte abgelehnt und mir dabei zur Herstellung meiner Gesundheit einen Urlaub erteilt hat, halte ich für meine Pflicht, mich dem Dienste Sr. Majestät des Kaisers und des Vaterlandes so lange nicht zu entziehen, als mir die Hoffnung bleibt, daß ich die Kräfte wiedergewinnen werde, die dieser Dienst erfordert. Ich fühle mich dazu ermutigt, durch die Beweise von Vertrauen und von wohlwollender Teilnahme, welche mir zugegangen sind, und unter denen ich die mir von Ihnen übermittelte Kundgebung so vieler angesehener Bürger der freien Stadt Bremen besonders hoch anschlage.“

Am 13. April folgte dann die bereits früher erwähnte begeisterte Rede Bennigsens im Reichstag, welche, unter lebhaftem Beifall, Bismarcks unvergleichliche Verdienste pries und mit den Worten schloß: „Wir wollen hoffen, daß der Reichskanzler, wenn er durch den Urlaub, der ihm jetzt gewährt ist, seine Gesundheit gekräftigt sieht, und dann zurückkehrt, mit uns weiter zusammen arbeiten wird an der Entwickelung des Deutschen Reiches und seiner Zustände.“ Besonders rührend aber ist ein Brief, den Kaiser Wilhelm über diese ernste Kanzlerkrisis am 17. April an Roon schrieb: „Alle Ihre Betrachtungen sind auch die meinigen, und an meinem Bestreben, den Übeln der Zeit nach allen Richtungen zu begegnen, soll es wahrhaftig nicht fehlen. Aber Helfer muß ich haben, und in solcher Zeit wollte mich der Haupthelfer verlassen! Sie werden mit mir gefühlt haben, was ich in jenen Tagen gelitten habe, da Sie schon zweimal von solchen Anwandlungen Zeuge waren und einmal sich opferten! Nun, es bleibt beim Alten, wie ich es im ersten Augenblick an Bismarck sagte.“*) Von Bismarck aber empfing Roon zu seinem Geburtstage, am 30. April, ein Glückwunschtelegramm „im Andenken an gemeinsame Freuden und Leiden, Kämpfe und Erinnerungen.“

Seinen zehnmonatigen Urlaub trat Fürst Bismarck am 16. April an und begab sich zunächst nach Friedrichsruh. Am 20. Mai begann er dann die Kissinger Badekur. Auf der Durchreise durch Berlin konferierte er mit dem Kaiser und empfing den Besuch des Kronprinzen. Auch bei der Rückkehr von Kissingen nach Berlin, am 30. Juni, hatte der Reichskanzler eine dreistündige Besprechung mit dem Kronprinzen — der Kaiser war damals in Berlin nicht anwesend. Nach kurzen Abstechern nach Schönhausen und Friedrichsruh, trat der Fürst am 7. Juli die eigentliche Erholungsreise nach Varzin an, von wo er erst am 14. Februar 1878 zur Wiederaufnahme seiner Amtsgeschäfte nach Berlin zurückkehrte, während er zu seiner Stärkung im Laufe dieses Sommers auch noch Gastein

*) Roon, Denkwürdigkeiten, II, 662/3.

gebrauchte. Diese zehn Monate der Beurlaubung von den laufenden Amtsgeschäften waren aber zugleich für die deutsche Wirtschaftspolitik von der höchsten Bedeutung. Denn während dieser Zeit reiften Bismarcks große Reformpläne nach jeder Richtung hin vollständig aus.

Auf dem Gebiete der Handels- und Zollpolitik verfolgte Bismarck das Ziel, die Erzeugnisse deutscher Industrie und Landwirtschaft auf dem deutschen Markte nicht unterbieten zu lassen durch die zollfreie Einfuhr fremder Erzeugnisse von gleicher Menge und Güte. Dieses Ziel konnte nach Bismarcks Überzeugung nur erreicht werden durch Aufhebung des Freihandelssystems, durch die Rückkehr zum Schutzzoll, durch Wiedereinführung der grundsätzlichen Zollpflichtigkeit aller Waren des Auslandes. Davon versprach sich Bismarck neue Mehreinnahmen des Reiches von jährlich 70 Millionen Mark. In der Überzeugung von der Notwendigkeit dieser Maßregel wurde er bestärkt durch die Wahrnehmung, daß nicht bloß Rußland und Österreich ihren Zollgürtel stark angezogen hatten, während Deutschland ihren Erzeugnissen freundlich zollfreie Einfuhr gestattete, sondern daß auch Frankreich, gleich nach Aufhebung der deutschen Eisenzölle, im Februar 1877 einen schutzzöllnerischen Tarif den Kammern vorlegte, und diesen 1878 noch erhöhte.

Auf dem Gebiete der Eisenbahnreform erstrebte Bismarck, außer dem Reichseisenbahnplan, der in der toten Hand seiner Amtsbrüder schlummerte, bis er, wie wir sahen, ganz „zurückgestellt" werden mußte, vor allem die Abschaffung der Differentialtarife, die namentlich der schnöde Eigennutz der deutschen Privatbahnen hatte emporwuchern lassen. Durch diese Differentialtarife wurden ausländischen Gütern billigere Transportpreise gewährt als deutschen. Jene ausländischen Waren und Stoffe erfreuten sich also nicht bloß zollfreier Einfuhr in Deutschland, sondern auch einer wesentlich billigeren Beförderung innerhalb des deutschen Gebietes als deutsche Erzeugnisse bei Benutzung der heimatlichen Bahnen. Russisches Getreide z. B. fuhr billiger ins Rheinland als ostpreußisches. Die deutschen Privatbahnen begünstigten also den ausländischen Wett-

bewerb zum Nachteil des inländischen geradezu durch eine Einfuhrprämie, denn eine solche war gegeben durch die billigere Beförderung im deutschen Bahngebiet. Das erschien dem Fürsten Bismarck, zumal bei der Notlage der deutschen Industrie und Landwirtschaft, wahrhaft himmelschreiend.

Endlich strebte Bismarck nach einer Reform der preußischen und deutschen Steuer- und Finanzpolitik. Der Reichshaushalt sollte bestritten werden lediglich aus indirekten Steuern, unter Abschaffung der direkten Steuern, namentlich der Matrikularbeiträge, die als Kopfsteuer und wegen ihres schwankenden Betrages ungerecht und sehr drückend waren, besonders für die kleineren und ärmeren Bundesstaaten. Die stärkere Ausbildung des Systems der indirekten Steuern des Reiches glaubte der Reichskanzlers durchführen zu können vor allem durch das Tabakmonopol, weiter durch die Brausteuer und Stempelsteuer. Das zu erreichende Ideal dieser Reichssteuerreform bezeichnete Bismarck später im Reichstag mit den Worten: das Reich aus einem „lästigen Kostgänger" der Einzelstaaten, aus ihrem „mahnenden Gläubiger", in einen „freigebigen Versorger" zu verwandeln. Und in der That sanken nach Durchführung seiner Zoll- und Steuerreform — trotz Ablehnung des Tabakmonopols und der Brausteuer — die Matrikularbeiträge von 64 Millionen im Budgetjahr 1879/80 auf 26 Millionen in 1880/81; auf 17 Millionen in 1881/82; auf 1,3 Millionen in 1882/83; und in den folgenden Budgetperioden werden den Einzelstaaten sogar bedeutende Überschüsse herausgezahlt, nämlich 11½ Millionen in 1883/84, 41 Millionen in 1884/85, 13 Millionen in 1885/86.

Das Jahr 1877 war freilich für alle diese Reformbestrebungen noch mit Unfruchtbarkeit geschlagen. Zunächst suchte Fürst Bismarck für seine Pläne die Unterstützung der stärksten Partei des Reichstags, der nationalliberalen zu gewinnen, indem er mit deren maßvollem Führer Bennigsen Verhandlungen anknüpfte. Schon wenige Tage nach des Kanzlers Übersiedelung nach Varzin, am 7. Juli 1877, erschien Bennigsen auf Einladung daselbst zu Ver-

handlungen. Dieselben wurden das ganze Jahr 1877 hindurch fortgesetzt und, nach einer erneuten Einladung vom 19. Dezember, namentlich während Bennigsens Aufenthalt in Varzin vom 26. bis 29. Dezember eifrig weitergeführt. Diese Verhandlungen bezweckten, Bennigsen die Vizekanzlerstelle anzubieten und ihn an die Spitze des Reichsfinanzwesens zu stellen, wohl auch das preußische Finanzministerium ihm zu übertragen. Danach wäre die große Mehrheit der Nationalliberalen geneigt gewesen, Bismarcks wirtschaftliche Reformpläne unbedingt zu unterstützen. Unglücklicherweise aber hatte sich Bennigsen von dem „linken Flügel" seiner Partei — der ohnehin in Bezug auf die Gefolgschaft für Bismarcks neue Wirtschaftspolitik ein höchst unsicherer Bundesgenosse war — Bedingungen aufbürden lassen, welche die Varziner Verhandlungen mit Bennigsen Ende 1877 und ebenso die im Februar 1878 in Berlin fortgesetzten zum Scheitern bringen mußten. Bennigsen verlangte, daß außer ihm auch Forckenbeck und Stauffenberg als Minister des Innern und der Justiz, mindestens aber Forckenbeck, berufen, weiter auch „konstitutionelle Garantien" dafür geboten würden, daß in Preußen etwaige Überschüsse aus der Finanzreform zu Steuerherabsetzungen Verwendung fänden. Die letztere Bedingung würde wohl keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereitet haben, da die preußische Regierung später selbst, bei günstigerer Finanzlage, die untersten Staffeln der Klassensteuer aufhob. Dagegen waren diese Verhandlungen durch die Forderung der Mitberufung Forckenbecks und Stauffenbergs zu sehr belastet. Die „Hamburger Nachrichten" vom 26. Mai 1891 sagten darüber: „Diese Bedingung zu erfüllen, war nicht möglich, da der König sich nicht entschließen konnte, zwei Minister zu entlassen, um sie durch so fortgeschrittene Politiker zu ersetzen. Der König war entschieden gegen die Idee, der nationalliberalen Fraktion in dieser Weise das Ministerium einzuräumen, und verbot weitere Verhandlungen." Mag sein, daß dieser Punkt dann bei den neuen Besprechungen zwischen Bismarck und Bennigsen in Berlin im Februar 1878 nicht weiter berührt worden ist, und auch von Forckenbeck damals der Anspruch seines Miteintrittes in das Mini-

sterium nicht erneuert wurde. Sicher ist aber, daß nun der „linke Flügel" der Partei bemüht war, Bennigsens Verhandlungen durch eine andere Bedingung zum Scheitern zu bringen. Bennigsen hatte nämlich in der Fraktion von Anfang an kein Hehl daraus gemacht, daß er „im Notfall bis zum Tabakmonopol" bei Bewilligung neuer Steuern zu gehen bereit sei. So schon am 13. Februar 1878*) und abermals am 17. Februar. Am 22. Februar erklärte Fürst Bismarck im Reichstag das Tabakmonopol als sein „letztes Ideal". Am folgenden Tage sprach sich Camphausen ebenso aus. Bennigsen war nun erst recht der Meinung, daß er und die Fraktion „äußersten Falls bis zum Monopol gehen" könnten. Ganz anders aber dachten die Herren vom „linken Flügel" und gaben das Bennigsen in einer Besprechung bei Forckenbeck am Abend des 22. oder 23. deutlich zu erkennen. Auch der maßvolle Abgeordnete Dr. Stephani (Leipzig) drang in den Führer, nicht in die Regierung zu treten. Darauf wird nun Bennigsen mit seiner loyalen Offenheit dem Fürsten Bismarck erklärt haben, daß er für die Steuerpläne des Reichskanzlers nur auf etwa 70 nationalliberale Stimmen rechnen könne, und das brachte die Verhandlungen zum Scheitern, wenn Bismarck auch höflich sagte: „Minister werden nicht auf ewig gemacht; was diesmal nicht möglich gewesen, könne später einmal sein." Als Bennigsen dann mit der Kunde vom Abbruch der Verhandlungeu zu den Freunden zurückkehrte, sagten alle „Gott sei Dank!"**) Sie ahnten nicht, welche unheilvolle Mehrheit sie dadurch im Reichstag heraufbeschworen. Aus einem späteren Vorgang in der nationalliberalen Fraktion erhellt aber, daß die Männer des „linken Flügels" mit vollster Planmäßigkeit Bennigsens Verständigung mit Bismarck zum Scheitern brachten. Denn als der Bruch der beiden Fraktionsteile schon unheilbar geworden war, am 29. Februar 1880, da warf Forckenbeck Herrn v. Bennigsen sogar jene Verhandlungen mit Bismarck vor. Und als Bennigsen in seiner Erwiderung daran

*) Hölders Tagebuch, bei Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier II, 267/78.

**) Dr. Fr. Böttcher, Eduard Stephani, auch das Weitere S. 260/61.

erinnerte, wie loyal er damals die von Forckenbeck gestellten Bedingungen zu den seinigen gemacht habe, da überraschte Forckenbeck die Versamlung durch eine Erklärung, welche nur dahin gedeutet werden konnte, er habe jene Bedingungen geradezu in der Absicht gestellt, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen! Die Fraktion vernahm diese Erklärung mit lautlosem Staunen. Selbst Bennigsen, der sonst so unerschütterlich ruhige Mann, verhehlte nicht seine Entrüstung.

Nicht minder unfruchtbar erwiesen sich die Verhandlungen über einen Handels- und Zollvertrag mit Österreich-Ungarn, obwohl der am 9. März 1868 geschlossene dem Ablauf nahe war. Dieser Vertrag, der aus der Blütezeit der europäischen Freihandelsperiode stammte, hatte den Grundsatz ausgesprochen: Zollfreiheit für Rohstoffe, ermäßigte Zölle für gewerbliche Erzeugnisse. Jetzt dagegen wollte Österreich dem Deutschen Reiche keines von beidem zugestehen, verlangte dagegen von letzterem, daß die 1868 den österreich-ungarischen Rohstoffen und Erzeugnissen gewährten Zollfreiheiten und Zollminderungen vertragsmäßig festgelegt würden. Das wagte man dem Fürsten Bismarck als „Freihandel" zu bezeichnen. Der deutsche Reichskanzler war überhaupt nicht geneigt, den „autonomen" Zolltarif Deutschlands, den er aufzustellen gedachte, durch Zollverträge mit dem Ausland vorzeitig beeinträchtigen zu lassen. Er schrieb daher schon am 28. Juli 1877 aus Varzin an den deutschen Botschafter Grafen Stolberg in Wien, jetzt sei kein Zeitpunkt zum Abschluß eines neuen Tarifvertrags. Persönliche Beratungen Bismarcks mit dem befreundeten Grafen Andrassy in Salzburg, in den Tagen vom 18. bis 20. September 1877, führten die Sache nicht weiter, so daß Bismarck im Oktober peremptorisch erklärte, er halte einen Handelsvertrag mit Österreich unter ungünstigeren Bedingungen, als denen von 1868, für unannehmbar, und rate deshalb den Abbruch der Verhandlungen an. Herr v. Bülow, der für einen Diplomaten überhaupt etwas massiv zu schreiben pflegte, scheint diesen Erlaß zu einer Note nach Wien benützt zu haben, welche deutscherseits Bedingungen für den Handelsvertrag mit Öster-

reich aufstellte, die eine völlige Unterwerfung Österreichs verlangten. Denn Bismarck erklärte in einem Erlaß an Bülow aus Varzin vom 9. Dezember, daß „beim Mangel sachlicher Motive“ die Zumutung solcher Bedingungen an Österreich unthunlich erscheine. In einem vertraulichen Schreiben Bismarcks vom nämlichen Tage wurde der Staatssekretär noch belehrt über das Interesse Deutschlands an einem kräftigen Österreich und an Österreichs Vertrauen in die deutsche Politik. Erst länger als ein Jahr später, am 16. Dezember 1878, glückte der Abschluß des Vertrages mit Österreich. Es war aber, um den „autonomen“ deutschen Zolltarif nicht zu gefährden, nur ein Handelsvertrag, kein Zollvertrag, und nur auf ein Jahr geschlossen.

Endlich blieb das Jahr 1877 auch unfruchtbar in Bezug auf die von Bismarck bei Beginn seines Urlaubs im April, nach Camphausens früher erwähnter Zusage, sicher erwartete selbstthätige Mitwirkung der Minister zu Bismarcks Reformplänen. Der Reichskanzler schrieb daher am 15. Dezember 1877 aus Varzin an Bülow:*) „Neben der Steuerreform und der Fertigstellung der im militärischen Interesse erforderlichen Eisenbahnen, gehört die Verwirklichung der Reichsverfassung bezüglich des Eisenbahnwesens zu denjenigen Fragen, von deren Lösung ich meinen dauernden Wiedereintritt in die Geschäfte abhängig machen muß. Wenn die Ausführung des auf diesen Gebieten für notwendig Erkannten nicht durch ausreichende und *spontane* Mitwirkung *aller* in Preußen dazu kompetenten Organe sicher gestellt werden kann, so werde ich zwar, wenn meine Gesundheit es irgend gestattet, zum nächsten Reichstage erscheinen, aber nur um die Gründe meines definitiven Rücktritts öffentlich darlegen zu können. Ich werde nicht verschweigen können, daß ich keine Aussicht zu haben glaube, für die Behandlung der oben erwähnten Fragen in Preußen das Maß freiwilliger Mitwirkung zu finden, ohne welches ihre Lösung nicht möglich ist.“ In einem vertraulichen Begleitschreiben an Bülow

*) Hahn, a. a. O., IV, 424/25.

vom nämlichen Tage war noch gesagt: „Ich gebe Ihnen das beigehende Material" (das Schreiben ist im Ganzen viel länger) „der Auffassung meiner Zukunft hin, indem ich von Ihrer freundschaftlichen Gesinnung hoffe, daß Sie es mit Vorsicht verwerten werden. Unter Vorsicht meine ich, daß es mir nicht lieb sein würde, die Sache zu einer Krisis, etwa mit Camphausens Abschiedsgesuch, zu treiben: ich würde es überhaupt lieber sehen, wenn die Verwirklichung der gewünschten Reformen von den jetzigen Kollegen in Angriff genommen werden würde; mir liegt nicht an Personenwechsel, sondern an der Sache, — wenn diese aber nicht ausführbar ist, so will ich gehen."

Bülow gab am 18. und 19. Dezember Nachrichten, für welche Bismarck dem Staatssekretär am 21. Dezember verbindlich dankt, indem er Camphausens Klagen widerlegt, und dann fortfährt: „Der kritische Punkt der Gegenwart ist die Frage des Finanzprogramms. Da ist es eine vollständige Umkehr der Begriffe, wenn der Finanzminister vom Präsidenten ein Programm für das Finanzressort erwartet, nach dessen Prüfung er sich die Kritik vorbehalten will; umgekehrt liegt die positive Leistung, die Herstellung eines diskutierbaren Programms, dem Ressortminister ob. Ich bin als Präsident nicht berufen, Finanzprogramme zu erfinden und zu vertreten und auf ihre Ausführung zu verzichten oder zurückzutreten, wenn der Finanzminister ihnen nicht zustimmt." Das sei Sache Camphausens, dem Bismarck natürlich „nach Kräften beistehen werde. Wenn aber ein solches Programm gar nicht oder nicht rechtzeitig zur Vorlage kommen sollte, so werde ich entweder den Ablauf meines Urlaubs ohne Beteiligung am Reichstage abwarten, oder mich vor dem Reichstage unter Darlegung meiner vorstehenden Auffassungen auf die Rolle beschränken, die Art. 70 (der R.Verf.) dem Reichskanzler zuweist," d. h. die Bedürfnisse des Reiches durch Matrikularbeiträge zu decken.

Nachdem dann vermutlich diese scharfe Mahnung bei Camphausen endlich Gehör für Bismarcks Anliegen erweckte, folgte aus Varzin am 27. Dezember die telegraphische Weisung an den preu-

ßischen Finanzminister: seine Finanzgesetzentwürfe, darunter auch den über die Einführung des Tabakmonopols, behufs Vorlage an den Bundesrat schleunigst fertig zu stellen. Camphausen that nun sein Bestes. Nachdem der Reichstag am 6. Februar 1878 eröffnet, und Bismarck am 14. Februar nach Berlin zurückgekehrt war, konnte der Reichskanzler sofort den von ihm gebilligten Finanzreformplan Camphausens dem Reichstag vorlegen, drei Steuerentwürfe, die das Reich auf eigene Füße gestellt haben würden: die Besteuerung der Börsenpapiere und Lotterielose, einen Spielkartenstempel und die Erhöhung der Tabaksteuer. Am 22. Februar standen sie im Reichstag zur ersten Beratung, und gleich nach dem Finanzminister Camphausen ergriff Fürst Bismarck das Wort, um die Ziele seiner Steuerpolitik darzulegen.

„Wir sind meiner Überzeugung nach in der Entwickelung unseres Steuersystems, namentlich mit Hinblick auf dessen Rückwirkung auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse, hinter allen großen europäischen Staaten zurückgeblieben. Ich behaupte, daß in diesem Augenblick jede 100 Millionen Mark, die in England und Frankreich aufkommen, mit weniger Druck der Bevölkerung aufkommen, als bei uns. Sie wissen von mir, daß ich ein Gegner der direkten, ein Freund der indirekten Steuern bin, daß ich auf diesem Gebiet eine umfassende Reform anstrebe, die das Reich aus arm, was es jetzt ist, wirklich reich macht.*) Mein Ideal ist nicht ein Reich, was vor den Thüren der Einzelstaaten seine Matrikularbeiträge einsammeln muß, sondern ein Reich, welches, da es die Hauptquelle guter Finanzen, die indirekten Steuern, unter Verschluß hält, an alle Partikularstaaten im stande wäre, herauszuzahlen; und ich bin überzeugt, daß wir auf dem Wege der Reform dahin gelangen können. In dem Streben nach dieser Reform habe ich mich mit meinen preußischen Kollegen und insbesondere mit dem Herrn Finanzminister dahin geeinigt, daß diese Tabaksteuervorlage als ein

*) „Und das römische Reich — daß Gott erbarm!
Sollte jetzt heißen römisch Arm."
Wallensteins Lager, achter Auftritt.

Durchgangspunkt zu höheren Einnahmen aus dem Tabak, die ich erstrebe, dienen soll. Ich leugne nicht und halte es nicht für überflüssig, offen zu bekennen, daß ich dem Monopol zustrebe (Beifall und Bewegung), und daß ich in diesem Sinne die Vorlage als Durchgangspunkt annehme. Jedenfalls hoffe ich, daß es den Herren gefallen wird, eine feste Stellung zu dieser Frage zu nehmen; ... in der Kommission können wir uns sehr leicht darüber verständigen, ob ich das, ich fürchte leider nach meinem Zustande, letzte ideale Ziel, welches ich für das Reich in meinem Leben noch erreichen möchte, zu erreichen Hoffnung habe oder nicht (Beifall).“

Am folgenden Tage wurde die Debatte fortgesetzt, und Minister Camphausen, der in seiner Rede vom 22. Februar auf das Tabakmonopol einige humoristische Streiflichter geworfen hatte, zog jetzt plötzlich ein Schriftstück vom 17. Februar 1877 heraus (s. o. S. 352), aus dem er dem erstaunten Reichstag bewies, daß er schon damals sich für eine höhere Besteuerung des Tabaks im Wege des Monopols erklärt habe. Er nahm daher die Verantwortlichkeit der Vorlage vollständig auf sich und werde „die Konsequenzen der Beschlüsse des Reichstags ziehen“. Auch ersuchte er den neben ihm sitzenden Fürsten Bismarck, ihm zu bezeugen, daß er dem Reichskanzler „nicht einmal, sondern mehrmals die Frage vorgelegt habe, ob es den Interessen des Reichs nicht mehr entsprechen würde, eine andere Persönlichkeit mit der Leitung der Finanzen zu betrauen, als wie mich.“ Bismarck bestätigte das und setzte hinzu: „Ich habe darauf jederzeit in dem Sinne etwa erwidert, daß ich mich von einem Kollegen, mit dem ich, ich glaube, nun sieben Jahre in ziemlich schwierigen Zeiten zusammen gearbeitet habe, an dem ich die Eigenschaften der Sachkunde, der Charakterfestigkeit, der Entschiedenheit und der Wahrnehmung seines Regierungsberufs, seiner gouvernementalen Stellung schätze — daß ich mich von einem solchen Kollegen nur aus sachlich zwingenden, nicht aus persönlichen, auf augenblicklichen Regungen beruhenden Gründen trennen würde, und daß der Moment, wo möglicherweise unsere Wege sich trennen könnten, nicht vorliegt, sondern nur der Moment der Hoffnung vor-

liegt, daß unsere Wege vielleicht noch weiter zusammenführen können, als ich vor Jahren habe voraussetzen können."

Camphausen war von dieser warmen Anerkennung so gerührt, daß ihm Thränen über die Wangen rollten. Indessen lag doch der Zeitpunkt sehr nahe, da er sich vom Reichskanzler trennen sollte. Gewiß war, daß der Reichstag das Tabakmonopol und wahrscheinlich selbst eine Erhöhung der Tabaksteuer mit großer Mehrheit ablehnen würde, und für diesen Fall hatte Camphausen angekündigt, „die Konsequenzen der Beschlüsse des Reichstags zu ziehen". Namentlich aber mochte er erkennen, daß Bismarcks große wirtschaftliche Reformpläne über das hinausgingen, was seine „Charakterfestigkeit" mitzumachen geneigt war. Der Finanzminister forderte daher am 27. Februar seine Entlassung und bestand darauf, als der König anfangs die Genehmigung weigerte. Am 23. März erfolgte alsdann Camphausens Entlassung, am 30. März die Ernennung seines Nachfolgers in der Person des bisherigen Berliner Oberbürgermeisters Arthur Hobrecht. Es war der erste nationalliberale Minister und wurde schon deshalb von der fortschrittlichen Presse mit Ungunst begrüßt. Bismarck habe in ihm nur ein „folgsames Werkzeug für einen bereits fix und fertig gemachten Plan" erblickt, sagte sie. Hobrechts „Aufgabe werde sein, diesen Plan, soweit das bei Bismarcks wirtschaftlichen Plänen überhaupt möglich ist, mit Fachkenntnis zu beherrschen und zu vertreten."

Gleich hier mag bemerkt werden, daß von den drei Steuerentwürfen, die Camphausen dem Reichstag vorgelegt hatte, im Laufe der Beratungen nur das am 3. Juli verkündete Spielkartenstempelgesetz zu stande kam. Die Vorlage einer Börsensteuer gelangte nicht zum Abschluß, weil der Reichstag, wie wir sahen, nach Ablehnung des ersten Sozialistengesetzes, im Juni aufgelöst wurde. Die Tabaksteuervorlage aber, mit dem Monopol im Hintergrunde, scheiterte an dem Verlangen der liberalen Parteien, insbesondere der Nationalliberalen, nach einer „konstitutionellen Steuerpolitik" und nach einem „konstitutionellen Reichsministerium". „Die Ablehnung der Entwürfe seitens des Reichstags erfolgte nicht aus

inneren Gründen," sagt Poschinger (Bismarck als Volkswirt I S. 106) zusammenfassend, „sondern weil es im Parlamente gährte, weil sich die Parteien neu entwickelten, und weil sich von den alten keine mehr zu tiefgehenden Bewilligungen an eine Regierung entschließen mochte, die selbst noch im Ringen nach neuen Bahnen begriffen war."

Dieses „Ringen" bethätigte Bismarck schon an demselben 27. Februar, da Camphausens Entlassungsgesuch ihn zwang, nun wieder selbst „neue Bahnen" zu suchen. Am 27. Februar erließ er nämlich ein Rundschreiben an die preußischen Gesandten bei den deutschen Höfen, welches den Plan erhöhter Besteuerung bezw. Monopolisierung des Tabaks eingehend entwickelte, zugleich aber als Ziel der Steuerreform eine Vermehrung der indirekten Steuern hinstellte und höhere Steuern auf Kaffee, Petroleum und Bier verlangte. Über die geeignetste Tabakbesteuerung seien statistische Erhebungen zu veranstalten und die Ansichten der Bundesregierungen zu erkunden. Aus dem April 1878 stammt dann Bismarcks erstes allgemeines wirtschaftliches Programm; darin erklärte der Kanzler, er wolle die Behandlung der Zollfragen nicht nach den Auffassungen und Geboten bloßer Lehrmeinungen, sondern nach den Anforderungen der thatsächlichen Verhältnisse und nach den wirklichen Bedürfnissen des Volkes gestalten. Im Verein mit Hobrecht wurden diese Pläne von Bismarck in einer Denkschrift vom 2. Juli 1878 weiter entwickelt und eine Zusammenkunft aller deutschen Finanzminister in Heidelberg vorgeschlagen, die dann in den Tagen vom 5. bis 8. August stattfand und die Zustimmung sämtlicher Bundesregierungen zu Bismarcks Steuerreformplan erbrachte. Minister Hofmann erschien am 9. August und Hobrecht am 15. persönlich in Kissingen, um dem Reichskanzler über das erfreuliche Ergebnis Bericht zu erstatten. Nur in einem Punkte waren die in Heidelberg versammelten Minister von Bismarcks „letztem Ideal" abgewichen, indem sie das Tabakmonopol nicht als die zu erstrebende Form der Tabakbesteuerung bezeichneten.

Ende März 1878 traten übrigens auch die Minister Graf Friedrich Eulenburg und Achenbach zurück und wurden durch den

Oberpräsidenten von Hannover, Grafen Botho zu Eulenburg (Inneres) und Maybach (Handel) ersetzt.

In die volkswirtschaftlichen Beratungen des Reichstages im Frühjahr 1878 schiebt sich die eingehende Verhandlung über eine Verfassungsfrage ein. Als nämlich Fürst Bismarck am 11. April 1877 dem Reichstag angezeigt hatte, daß er auf längere Zeit beurlaubt und seine Stellvertretung für die inneren Angelegenheiten dem Präsidenten des Reichskanzleramtes Hofmann, für die auswärtigen Herrn v. Bülow übertragen sei, bestritt der Abg. Hänel die Verfassungsmäßigkeit einer Stellvertretung des Reichskanzlers, da dieser allein verantwortlich sei. Bismarck teilte diese Zweifel nicht, aber um einen unfruchtbaren Verfassungsstreit zu vermeiden, ließ er dem Reichstag 1878 eine Vorlage „betr. die Stellvertretung des Reichskanzlers" machen, damit in Fällen der Behinderung des Reichskanzlers an der Wahrnehmung seines Amtes die ihm übertragene Leitung der Reichsgeschäfte ohne Störung im geregelten Gang erhalten werde. Merkwürdigerweise begleitete die fortschrittliche und Centrumspresse die Vorlage dieses äußerst konstitutionellen Gesetzentwurfes mit den düstersten Klageliedern über den Verfall des deutschen Verfassungsrechtes u. s. w., und der Abg. Hänel erblickte darin, bei der ersten Beratung im Reichstag am 5. März, sogar „den Versuch zur Einführung einer Diktatur des Reichskanzlers, dem sich die Volksvertretung aufs Äußerste widersetzen" müsse. Windthorst aber erklärte die Vorlage für so dunkel und unklar in ihrer Fassung und für so bedenklich bezüglich der Selbständigkeit der Einzelstaaten, daß er eine Kommissionsberatung für dringend nötig hielt. Der Reichstag in seiner großen Mehrheit urteilte allerdings wesentlich anders. Er nahm die Vorlage als verfassungsmäßig tadellos und geschäftlich notwendig hin, beriet sie im Plenum, nicht in einer Kommission, und nahm sie am 11. März mit 171 gegen 101 Stimmen an. Fürst Bismarck war gleichfalls bestrebt, „den Grund und Boden, auf dem wir uns bewegen, trockener zu legen" uud übte dabei an den Gegnern folgende treffende Kritik: „Ich habe, bevor ich (von Varzin) nach Berlin kam,

in den Zeitungen einen Stimmungsausdruck gefunden, der mich zum Nachdenken brachte: was ist eigentlich in Deutschland geschehen, daß wir plötzlich in einer so düsteren Stimmung in Beziehung auf unsere Zukunft und Gegenwart uns befinden? Es hieß überall: So wie es ist, kann es nicht bleiben, unser Zustand ist zu fürchterlich, es muß etwas geschehen, es muß geändert werden, so kann es nun einmal nicht bleiben (Heiterkeit). Nun, ist denn die Verfassung, unter der wir leben, wirklich so unpraktisch und unbewährt? Wir sind jedenfalls weiter damit gekommen, als mit allen theoretischen Versuchen. Was ist (also) meinen Landsleuten so Entsetzliches geschehen, daß sie auf einmal so viel schlimmer daran sind, als wie vor einem Jahre? Ist es vielleicht die verhältnismäßige Ruhe und die stetige Entwickelung, in der wir uns im Vergleich zu anderen Ländern befinden? Ist es der äußere und innere Frieden? Gewiß trägt das viel dazu bei, denn thatenbedürftige Herzen, die gerade keine weitere, sie anregende und beschäftigende Aufgabe haben, als im Winter im Parlament das Volk zu vertreten, kommen notwendigerweise im Sommer auf eine gewisse Unruhe, daß etwas geschehen müsse, das Emotionsbedürfnis wird so stark, daß es nur durch Krieg oder innere Kämpfe, oder durch eine den ganzen Geist des tiefen Denkers beschäftigende Kritik der untersten Grundlage unserer Einrichtungen befriedigt werden kann.“

Da Bismarck während seiner Beurlaubungen auch als preußischer Ministerpräsident eines Stellvertreters bedurfte, so wurde eine hierauf bezügliche Gesetzesvorlage auch dem preußischen Landtag unterbreitet, diese Gelegenheit aber auch dazu benützt, einen von dem Ministerpräsidenten schon seit 1862 immer vergeblich angeregten Gedanken zu verwirklichen: die Abtrennung der Eisenbahnsachen vom preußischen Handelsministerium, die Schaffung eines selbständigen Eisenbahnministeriums. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 23. März begründete Bismarck beide Forderungen überzeugend. Gleichwohl wurde die Errichtung eines Eisenbahnministeriums abgelehnt — später kam es zu stande — und vorläufig

nur die Ernennung eines Vizepräsidenten des Staatsministeriums (als Stellvertreter für Bismarck) beschlossen. In dieses Amt wurde am 29. Mai 1878 der Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode eingesetzt. Endlich ist noch zu erwähnen, daß im Mai 1878 auch die von Bismarck gewünschte Neuschöpfung eines Zentralbureaus des Reichskanzlers zu stande kam und aus des letzteren besonderem Vertrauen der Geheime Rat v. Tiedemann an dessen Spitze berufen wurde. Mit diesen neuen Männern, Hobrecht, Maybach, Graf Stolberg und Tiedemann begann Fürst Bismarck nun, seine Wirtschaftspolitik zu verwirklichen.

Nach einem erholungs- aber auch arbeitsreichen Sommer — wir erinnern nur an die Attentate, die Beratungen des Berliner Kongresses und an die Heidelberger Zusammenkunft der deutschen Finanzminister — hatte Fürst Bismarck auch seine wirtschaftlichen Reformpläne nach jedem der früher bezeichneten Ziele hin zur Verwirklichung reif gemacht. Sie fanden in dem am 30. Juli neugewählten Reichstag mächtige Unterstützung. An der Spitze der Abgeordneten, welche aus eigenem Antrieb sich gedrungen fühlten, die Losung einer Förderung der wirtschaftlichen Reformpläne des Reichskanzlers auszugeben, standen der frühere württembergische Ministerpräsident v. Varnbüler, der bayerische Abgeordnete Dr. Völk und endlich der Abgeordnete Dr. Löwe, der zwar gemäßigter Fortschrittsmann, aber als Abgeordneter für Bochum von der Notwendigkeit überzeugt war, das deutsche Eisengewerbe und die deutsche Arbeit überhaupt durch erneute Zollschranken zu schützen. Mit Varnbüler hatte Fürst Bismarck schon am 10. Oktober 1878 eine längere Besprechung gehabt, in welcher er dem ihm seit 1867 befreundeten Staatsmann und Abgeordneten keinen Zweifel ließ, daß er beabsichtige, eine umfassende Revision des freihändlerischen Zolltarifs herbeizuführen. Das gab Anlaß und Mut zu selbständigem Vorgehen der gleichgesinnten Reichstagsabgeordneten.

Mitten aus den erregten Verhandlungen über das zweite Sozialistengesetz erließen nämlich am 17. Oktober nicht weniger als 204 Reichstagsabgeordnete — deren Zahl schon die absolute Mehr-

heit der Versammlung darstellte —, als „Volkswirtschaftliche Vereinigung", folgende Erklärung: „In den weitesten Kreisen des Deutschen Reiches sieht man mit Spannung einer endlichen klaren Entschließung der verbündeten Regierungen rücksichtlich der Grundlagen des deutschen Handelsverkehrs mit dem Auslande entgegen." Nur weil der Reichstag in seiner Herbstsession von 1878 lediglich mit dem Sozialistengesetze sich zu beschäftigen gehabt habe, und weil die Erhebungen über die wirtschaftliche Lage und die Lebensbedingungen mehrerer der wichtigsten Gewerbszweige Deutschlands noch nicht abgeschlossen seien, hätten die Unterzeichneten während dieser Tagung die vom Lande erwartete Anregung nicht gegeben und nicht geben können. Sie bezeugen aber, „daß sie angesichts der Handelspolitik der meisten Deutschland umgebenden Länder — in Erkenntnis der den Volkswohlstand schädigenden Mittel des deutschen Zolltarifs und bei der Fortdauer der auf der deutschen Gewerbethätigkeit und Landwirtschaft lastenden Krisis — eine auf das Ergebnis sorgfältiger Prüfungen und sachgemäßer Abwägungen gestützte Reform des deutschen Zolltarifs für notwendig halten und demgemäß entschlossen sind, für dieselbe in der nächsten ordentlichen Session des deutschen Reichstags einzutreten. „Obschon von verschiedenen handelspolitischen Gesichtspunkten ausgehend, finden sich die Unterzeichneten doch in dem Grundgedanken vereinigt, daß die schwierigen Fragen der deutschen Handelspolitik nicht lediglich nach den Schlagwörtern von Freihandel und Schutzzoll gelöst werden können, daß es vielmehr entscheidend darauf ankommt, die wirklichen und vermeintlichen Gegensätze der Interessen mit Sachkenntnis Umsicht und Vaterlandsliebe auszugleichen." Diese Erklärung war unterschrieben von 87 Mitgliedern des Centrums, 36 Konservativen, 39 Freikonservativen, 27 Nationalliberalen und 15 Mitgliedern kleinerer Gruppen. Die klerikal-konservative Mehrheit des neuen Reichstags trat in diesen Ziffern deutlich zu Tage; nicht minder die Spaltung der nationalliberalen Partei in den wirtschaftlichen Fragen, da, entgegen den 27 Parteimitgliedern, die sich zur „Volkswirtschaftlichen Vereinigung" bekannten, der „linke Flügel" der Frak-

tion, unter Führung von Lasker, Forckenbeck, Bamberger u. s. w. in schroffe Opposition zu Bismarcks Entwürfen trat.

Die öffentliche Meinung, und namentlich die Freihandelspartei, wurden in noch höherem Grade als durch diese Erklärung der 204 erregt durch einen Briefwechsel zwischen Varnbüler und Bismarck, der sich unmittelbar an jene Erklärung anschloß. Am 19. Oktober richtete nämlich Varnbüler an den Reichskanzler die schriftliche Anfrage: „ob es die Absicht sei, dem Reichstag bei seiner nächsten Session den Entwurf eines revidierten Zolltarifs vorzulegen, und ob die Reichsregierung, bevor dies geschehen, einen neuen Handelsvertrag mit Konventionaltarif nicht abschließen werde," da ein solcher den „autonomen" deutschen Zolltarif beeinträchtigt haben würde. Bismarck antwortete am 25. Oktober aus Friedrichsruh: „die Fragen, welche Ew. Excellenz mir in dem Schreiben vom 19. d. gestellt haben, würde ich amtlich nur dann beantworten können, wenn die verbündeten Regierungen über unsere zukünftige Zollpolitik bereits Beschlüsse gefaßt hätten. In Ermangelung solcher vermag ich Ew. Excellenz nur meine persönlichen Ansichten mitzuteilen. Soweit es mir gelingen wird, letztere zur Geltung zu bringen, liegt es allerdings in meiner Absicht, eine umfassende Revision unseres Zolltarifs herbeizuführen und die dazu erforderlichen Anträge zunächst der Prüfung der verbündeten Regierungen zu unterbreiten. Die Vorarbeiten hierfür sind bereits in Angriff genommen. Den Abschluß neuer Handelsverträge mit Konventionaltarifen vermag ich so lange nicht zu befürworten, als die Frage der Revision unseres Tarifs nicht ihre Erledigung gefunden hat." Der Kernpunkt dieses Schreibens lag — wie Freund und Feind erkannte — in der offenen Erklärung Bismarcks, daß er hier zum ersten Mal öffentlich die Abänderung des Zolltarifs als sein Ziel hinstellte, während viele bis dahin geglaubt hatten, die Drohung mit dieser Abänderung solle ihm bloß ein Mittel sein, um für die deutsche Industrie eine günstige Veränderung der Zolltarife des Auslandes zu erreichen. Am 12. November richtete der Reichskanzler eine Denkschrift an den Bundesrat, um die Beratungen über die Steuer- und Zollreform

zu beschleunigen. Er schlug zu diesem Zwecke die Einsetzung einer besonderen Kommission vor. Diesem Antrag entsprach der Bundesrat am 12. Dezember, auch in Bezug auf die von Bismarck gemachten Vorschläge der Zusammensetzung dieser Kommission. Sie bestand aus 15 Mitgliedern (Beamten des Reichs oder der Bundesstaaten), von denen 3 vom Reichskanzler, 3 von Preußen, 2 von Bayern, und je eines von Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg, Weimar und den Hansestädten ernannt wurden. Den Vorsitzenden ernannte der Reichskanzler aus der Zahl der Mitglieder. Die Aufgabe des Ausschusses erstreckte sich auf die Revision des ganzen Zolltarifs, insbesondere der Vollständigkeit und Angemessenheit der einzelnen Zollsätze, mit Ausnahme jedoch der einer besonderen Beschlußfassung unterliegenden Finanzartikel. Zum Zwecke der Bearbeitung von Detailfragen durfte die Kommission aus ihrer Mitte Unterausschüsse bilden. Diese wie der Gesamtausschuß erhielten die Befugnis, Sachverständige zu vernehmen, schriftliche Gutachten einzuziehen und durch Requisition von Landesbehörden Ermittelungen zu veranlassen." Zum Vorsitzenden ernannte der Reichskanzler den Abg. v. Varnbüler, zu Mitgliedern die Geheimräte Tiedemann und v. Bötticher. Ihnen fielen die Referate über die wichtigsten Zolltarif-Artikel zu, während den Freihändlern der Kommission der Bericht über die harmlosen Tarifpositionen, wie Spielkarten, Kunstgegenstände u. s. w. überlassen wurde.

Bismarck säumte nicht, diesem Ausschusse einen umfassenden Plan seiner gesamten Wirtschaftsreform vorzulegen. Es geschah das in einer Denkschrift an den Bundesrat aus Friedrichsruh vom 15. Dezember 1878. Da werden als Ziele der Tarifreform bezeichnet: Das Streben nach Verminderung der direkten und Vermehrung der indirekten Einnahmen; ferner die Rückkehr zu dem Grundsatz der Zollpflichtigkeit aller über die Grenze eingehenden Gegenstände. Dieses System wird auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt gerechtfertigt. Daran schließt sich der Antrag auf Beibehaltung der bisherigen Schutzzölle bezw. auf Wiederherstellung höherer und Erhöhung der gegenwärtigen, sowie auf eine Revision

der Eisenbahntarife. Das ist der Hauptinhalt dieser wichtigen Denkschrift. Im einzelnen heben wir folgende Stellen hervor. „In erster Linie steht für mich das Interesse der finanziellen Reform: Verminderung der direkten Steuerlast durch Vermehrung der auf indirekten Abgaben beruhenden Einnahmen des Reichs," beginnt Bismarck. „Wie weit Deutschland in der finanziellen Entwickelung seines Zollwesens hinter anderen Staaten zurückgeblieben ist," bewies eine der Denkschrift anliegende Übersicht, welche deutlich zeigte, wieviel weniger Zolleinnahmen Deutschland sowohl im ganzen als auf den Kopf der Bevölkerung im Laufe der letzten fünf Jahre gehabt habe als Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Danach waren in diesem Zeitraum an Zöllen vereinnahmt worden:

im Deutschen Reiche	119688266 ℳ;	auf den Kopf	2,83 ℳ
in Frankreich	177288472 „	„ „ „	4,88 „
in Großbritannien	412221192 „	„ „ „	12,59 „
in Nordamerika (V. St.)	629911645 „	„ „ „	16,34 „

Wir führen nur diese lehrreichen Ziffern aus der Übersicht an, die auch die Zolleinnahmen von Österreich-Ungarn, Rußland, Italien, Schweden, Dänemark in Betracht zog, dabei aber die großen Einnahmen nicht mitrechnete, welche Frankreich und Italien „an Stelle des Zolles vom ausländischen Tabak in der Form des Monopolertrages beziehen, und welche zu Gunsten der Gemeinden als Oktroi erhoben werden. Es beruht nicht auf Zufall", folgerte Bismarck aus dieser Zahlenvergleichung, „daß andere Großstaaten, zumal solche mit weit vorgeschrittener politischer und wirtschaftlicher Entwickelung, die Deckung ihrer Ausgaben vorzugsweise in dem Ertrag der Zölle und indirekten Steuern suchen. Die direkte Steuer, welche in einem für jeden einzelnen Steuerzahler im voraus festgestellten Betrage dem einzelnen Besteuerten abgefordert und nötigenfalls durch Zwang von ihm beigetrieben wird, wirkt ihrer Natur nach drückender als jede indirekte Abgabe, die in ihrem Betrage an den Umfang des Verbrauchs besteuerter Gegenstände sich anschließt und von dem Konsumenten in der Regel nicht besonders, sondern in und mit dem

Preise der Waren entrichtet wird. In dem größten Teile Deutschlands haben die direkten Steuern einschließlich der Kommunalabgaben eine Höhe erreicht, welche drückend ist und wirtschaftlich nicht gerechtfertigt erscheint. Am meisten leiden unter derselben gegenwärtig diejenigen Mittelklassen, deren Einkommen sich etwa in der Grenze bis zu 6000 Mark bewegt, und welche durch exekutorisch beigetriebene oder über ihre Kräfte gezahlte Steuern in ihrem wirtschaftlichen Bestande untergraben werden. Soll die Steuerreform, wie ich es für erforderlich halte, bis zu diesen Grenzen reichen, so muß sie bei der Revision des Zolltarifs auf einer möglichst breiten Grundlage beginnen. Je ergiebiger man das Zollsystem in finanzieller Hinsicht gestaltet, um so größer werden die Erleichterungen auf dem Gebiete der direkten Steuern sein können und sein müssen.

„Denn es versteht sich von selbst, daß mit der Vermehrung der indirekten Einnahmen des Reichs nicht eine Erhöhung der Gesamtsteuerlast bezweckt sein kann. Das Maß der Gesamtsteuerlast ist nur durch die Höhe des Bedarfs bedingt, durch die Höhe der Ausgaben, welche im Einverständnis zwischen Regierung und Volksvertretung als dem Bedürfnis des Reichs oder Staats entsprechend festgestellt wird. Höhere Einnahmen zu erzielen, als zur Bestreitung dieses Bedürfnisses unbedingt erforderlich ist, kann niemals in der Absicht der Regierungen liegen. . . . Nicht in der Vermehrung der für die Zwecke des Reichs und der Staaten notwendigen Lasten, sondern in der Übertragung eines größeren Teils der unvermeidlichen Lasten auf die weniger drückenden indirekten Steuern besteht das Wesen der Finanzreform, zu deren Verwirklichung auch die Zollreform dienen soll.

„Um eine dieser Rücksicht entsprechende Grundlage für die Revision zu gewinnen, empfiehlt es sich m. E., nicht bloß einzelne Artikel, welche sich dazu besonders eignen, mit höheren Zöllen zu belegen, sondern zu dem Grundsatze der Zollpflichtigkeit aller über die Grenze eingehenden Gegenstände, welche in der preußischen Zollgesetzgebung vom Jahre 1818 an als Regel aufgestellt war und später in der allgemeinen Eingangs-Abgabe des Vereins-Zolltarifs

bis zum Jahre 1865 seinen Ausdruck fand, zurückzukehren. Von dieser allgemeinen Zollpflicht würden diejenigen für die Industrie unentbehrlichen Rohstoffe auszunehmen sein, welche in Deutschland gar nicht (wie z. B. Baumwolle), und nach Befinden auch die, welche nur in einer ungenügenden Menge und Beschaffenheit erzeugt werden können. Alle nicht besonders ausgenommenen Gegenstände sollten mit einer Eingangsabgabe belegt sein, die nach dem Werte der Waren, und zwar unter Zugrundelegung verschiedener Prozentsätze, je nach dem Bedarf der einheimischen Produktion, abzustufen wäre. Die hiernach zu bemessenden Zollsätze würden auf Gewichtseinheiten, wie dies in dem bestehenden Zolltarif die Regel ist, zurückzuführen und danach zu erheben sein, soweit nicht nach der Natur des Gegenstandes eine Erhebung des Zolls per Stück (wie bei dem Vieh) oder unmittelbar nach dem Wert (wie bei Eisenbahnfahrzeugen, eisernen Flußschiffen) sich mehr empfiehlt." Die Mehreinnahme des Reiches aus dieser Zolltarifreform berechnet Bismarck, wenn man nur die Hälfte der im Jahre 1877 zollfrei aus dem Ausland eingegangenen Waren im Gesamtwerte von 2853 Millionen, also nur einen Wert von 1400 Millionen fremder Waren in Zukunft als zollpflichtig behandeln und nur einen Zoll von 5 Prozent des Wertes erheben wolle, auf jährlich 70 Millionen Mark. Die Zollerhebungs- und Verwaltungskosten würden dadurch nicht erheblich gesteigert, da schon jetzt eine summarische Revision aller die Zollgrenze vom Auslande her passierenden Güter stattfinde.

Aber auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt lasse sich die Rückkehr zum Grundsatz allgemeiner Zollpflichtigkeit nicht anfechten. Die „Theorie des Freihandels" könne unerörtert bleiben. „So lange aber die meisten der Länder, auf welche wir mit unserem Verkehr angewiesen sind, sich mit Zollschranken umgeben und die Tendenz zur Erhöhung derselben noch im Steigen begriffen ist, erscheint es mir gerechtfertigt und im wirtschaftlichen Interesse der Nation geboten, uns in der Befriedigung unserer finanziellen Bedürfnisse nicht durch die Besorgnis einschränken zu lassen, daß durch dieselben deutsche Produkte eine geringe Bevorzugung vor auslän-

dischen erfahren." Eine Beseitigung oder Verminderung der jetzt bereits bestehenden mäßigen Schutzzölle werde bei der gegenwärtigen Lage der Industrie nicht ratsam erscheinen; eher werde „im Interesse einzelner besonders leidender Zweige der heimischen Industrie eine Wiederherstellung höherer oder Erhöhung der gegenwärtigen Zollsätze sich empfehlen. Schutzzölle für einzelne Industriezweige aber wirken wie ein Privilegium und begegnen der Abneigung, welcher jedes Privilegium ausgesetzt ist. Dieser Abneigung wird ein Zollsystem nicht begegnen können, welches innerhalb der durch das finanzielle Interesse gezogenen Schranken der gesamten inländischen Produktion einen Vorzug vor der ausländischen Produktion auf dem einheimischen Markt gewährt. Ein solches System wird nach keiner Seite hin drückend erscheinen können, weil seine Wirkungen sich über alle produzierenden Kreise der Nation gleichmäßiger verteilen, als es bei einem System von Schutzzöllen für einzelne Industriezweige der Fall ist." Auch die nur konsumierende Minderheit werde durch ein solches System nur scheinbar benachteiligt, da mit der Erhöhung des Gesamtwertes der inländischen Erzeugnisse und mit der Hebung des Volkswohlstandes im ganzen, „dann auch der Gesamtheit die Mittel zur Ausgleichung von Härten zu Gebote stehen werden, namentlich für die auf ein festes Geldeinkommen angewiesenen Staats- und Gemeindebeamten, falls sich eine Erhöhung der Preise der Lebensbedürfnisse aus der Ausdehnung der Zollpflichtigkeit auf die Gesamteinfuhr ergeben sollte." Eine wesentliche Preiserhöhung werde jedoch nicht eintreten.

Denn zwar „eigentliche Finanzzölle, welche auf Gegenstände gelegt sind, die im Inlande nicht vorkommen und deren Einfuhr unentbehrlich ist, werden zum Teil den Inländer allein treffen. Bei Artikeln dagegen, welche das Inland in einer für den einheimischen Verbrauch ausreichenden Menge und Beschaffenheit zu erzeugen im stande ist, wird der ausländische Produzent den Zoll allein zu tragen haben, um auf dem deutschen Markt konkurrieren zu können." In jedem Falle könne „ein Zoll von etwa 5 bis 10 Prozent vom Wert der Ware nur einen verhältnismäßig geringen Einfluß auf

den Kaufpreis üben. Andere Momente, wie die Ungleichheiten der Frachtsätze bei den Differentialtarifen der Eisenbahnen, wirken in dieser Beziehung viel einschneidender vermöge der Einfuhrprämie, die sie dem Auslande, oft in dem vielfachen Betrage jedes vom Reich aufzulegenden Zolls, auf Kosten der deutschen Produktion gewähren. Ich bin deshalb auch der Überzeugung, daß mit der Revision der Grenzzölle eine Revision der Eisenbahntarife notwendig Hand in Hand gehen muß."

Diese Denkschrift wurde unmittelbar vor Weihnachten 1878 veröffentlicht und brachte bei Freund und Feind gewaltige Aufregung hervor. Die „Gewerbliche Zeitschrift für Rheinland und Westfalen" nannte diese Kundgebung des Reichskanzlers „eine außerordentlich wertvolle Weihnachtsgabe für Millionen, deren Christbaumlichter ohne sie sehr, sehr viel trüber gebrannt haben würden." Die „Post" sprach das Urteil aller Unbefangenen aus, als sie schrieb: „Es liegt uns hier in lichtvollster Darstellung ein großartig erdachter, streng geschlossener und in sich zusammenhängender Reformplan vor, in welchem das Problem einer Kombination der Steuer- und Zollfrage eine bewunderungswürdige Lösung gefunden hat." Mit viel unfreiwilligem Humor lüftete dagegen die freisinnige Tante Voß am 4. Februar 1879 den Schleier ihrer Weisheit: „Vom finanziellen Standpunkt ist der Plan des Kanzlers schlecht begründet, sein wirtschaftlicher ist noch schlechter, und man muß Gedanken verfolgen, die im Schreiben vom 15. Dezember nicht ausgeführt sind, um auf die letzten Absichten zu kommen."

Namentlich an dem Urteil des Auslandes hätten die leidenschaftlich erregten Gemüter deutscher Landsleute ihr eigenes Urteil berichtigen können. Denn obwohl die ausländische Presse ihre Besorgnis über die Bedrohung der ausländischen Interessen durch Bismarcks Zolltarifreform nicht verbarg, so erkannte dieselbe Presse doch rückhaltlos an, der deutsche Kanzler habe sich durch diese Denkschrift wieder erwiesen „als ein durch und durch praktischer Staatsmann, allen Parteien und Parteiführern unendlich überlegen, weil er vorurteilslos mit den Gegnern rechne." In der That hatte

Fürst Bismarck auch in dieser Denkschrift die goldene Mittelstraße des Staatsmannes eingehalten, schutzzöllnerische Übertreibungen ebenso sorgfältig vermieden als freihändlerische. Unzählige Huldigungen und Danksagungen strömten nach Friedrichsruh und wurden vielfach persönlich von dem Gefeierten beantwortet. Aber auch die Leidenschaften der feindlich entgegenstehenden Parteien und Interessen waren entfacht. „Auf den Bundesrat und demnächst auch auf den Reichstag stürmten von beiden Seiten Bittschriften ein, von denen die einen den Jammer der Gegenwart, die anderen das Elend der Zukunft darstellten, alle zusammen mit der Neigung zu mehr oder weniger derber Übertreibung."*) Und daran schloß sich ein ebenso häßlicher Preßkampf. „Gegenseitige Unterstellung der niedrigsten Beweggründe war an der Tagesordnung, fortschrittliche und gouvernementale Blätter wetteiferten miteinander in den widerwärtigsten Grobheiten." Die ohnehin schwierige Lösung der Aufgabe wurde durch diese starke Beimischung persönlicher Bitterkeit noch wesentlich erschwert und verlieh den Reichstagsverhandlungen, die dem Deutschen Reiche eine bedeutsame Reform verschaffen sollten, einen in jenen Jahren noch seltenen Zusatz persönlicher Befangenheit und Gehässigkeit.

Am 3. Januar 1879 war die Zollkommission unter Vorsitz Varnbülers zusammengetreten. Am 5. Februar kehrte Bismarck nach Berlin zurück, um seine wirtschaftlichen Vorlagen an den Reichstag zum Abschluß zu bringen und sie dort persönlich zu vertreten. Er vernahm hier, daß in Berlin eben die Versammlung der Delegierten von fünfzig deutschen Handelskammern tage und einstimmig „die Unzulässigkeit der Wiedereinführung des Grundsatzes der Zollpflichtigkeit aller Waren" und die „unbedingte Unzulässigkeit von Ausfuhrzöllen und Durchgangsabgaben" beschlossen habe. Eine dem Fürsten schlechthin feindselige Kundgebung an der ersten Schwelle seines neuen Aufgangs! Ein grollendes Echo tönte zurück von bedeutsamster Stelle. Es hallte wieder aus der Thronrede, die der genesene Kaiser vor dem am

*) Böttcher, a. a. O., S. 229/31.

12. Februar eröffneten Reichstag selbst verlas. Da hieß es: „Ich halte es für Meine Pflicht, dahin zu wirken, daß wenigstens der deutsche Markt der nationalen Produktion insoweit erhalten werde, als dies mit unseren Gesamtinteressen verträglich ist, und daß demgemäß unsere Zollgesetzgebung den bewährten Grundsätzen wieder näher trete, auf welchen die gedeihliche Wirksamkeit des Zollvereins fast ein halbes Jahrhundert beruht hat, und welche in unserer Handelspolitik seit dem Jahre 1865 in wesentlichen Teilen verlassen worden sind. Ich vermag nicht zu erkennen, daß thatsächliche Erfolge dieser Wendung unserer Zollpolitik zur Seite gestanden haben." Auch auf einen so maßvollen Mann wie den Abgeordneten für Leipzig, Dr. Stephani, machte diese völlige Lossagung von der bisherigen Handelspolitik einen „niederschmetternden Eindruck". Zu Unrecht sah er darin noch weit mehr: „Das ist Kriegserklärung gegen uns (Nationalliberale) und Ankündigung der bevorstehenden Auflösung."*) An beides dachte Bismarck nicht entfernt, aber für die hohe Erregung jener Tage ist diese Äußerung eines der ältesten und erprobtesten nationalen Abgeordneten überaus bezeichnend.

Vorerst freilich war im Reichstag die Hauptschlacht über die brennende Frage, welche die Thronrede angekündigt hatte, noch lange nicht zu erwarten, da die Zolltarifkommission mit ihren Beratungen noch bei weitem nicht zu Ende war. In der Zwischenzeit sprach sich Fürst Bismarck auf seinen parlamentarischen Abenden am 15., 22. Februar und 1. März und bei dem parlamentarischen Diner am 28. Februar mit vollstem Freimut über seine wirtschaftlichen Ansichten und Pläne aus. Dabei bemerkte er: die Zollpolitik sei mit der Medizin zu vergleichen, es gebe darin keine absolute Wissenschaft. Zur Zeit, als er sich Delbrücks Führung überlassen, habe er sich allerdings um volkswirtschaftliche Fragen nicht gekümmert und nichts zu antworten gewußt. Das erinnere ihn an einen Vorfall. Zu Rothschild sei ein Geschäftsfreund gekommen mit der

*) Böttcher, a. a. O., S. 231.

Frage: „Wie ist Ihre Ansicht über schwedisches Eisen?" Rothschild habe sich darauf sehr verwundert an einen seiner Kommis gewandt mit der Frage: „Meyer, wie denke ich über schwedisches Eisen?"

Indessen schon die Beratung über den Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn am 20. Februar 1879 gestaltete sich infolge der heftigen Angriffe Richters auf Bismarcks gesamte Wirtschaftspolitik als eine Art von Generaldebatte über die künftige Zolltarifvorlage. Richter tadelte scharf, daß die Thronrede so hart und ungerecht über die Freihandelsepoche seit 1865 urteile, während doch gerade Bismarck diese Epoche durch den Handelsvertrag mit Frankreich von 1862 eingeleitet habe. Bismarck antwortete am 21. Februar: milder habe die Thronrede doch gar nicht urteilen können, als daß der Epoche von 1865 an „keine Erfolge zur Seite ständen." Den Handelsvertrag mit Frankreich habe er abgeschlossen vorgefunden, als er am 23. September 1862 das Ministerium übernommen, und in der Zeit, als er ziemlich einsam — er könne wohl sagen, „einer Welt von Zorn und Haß gegenüber" — gestanden habe, da habe er nur politische, nicht wirtschaftliche Ziele verfolgen können und sich deshalb bei solchen der Führung Delbrücks überlassen, dessen Verdiensten Fürst Bismarck darauf in den wärmsten Worten gerecht wird. „Die mächtige Hilfe, welche die Mitwirkung einer Kraft wie die des Herrn Delbrück der ersten Einrichtung des Reiches gewährt hat, war durch nichts anderes zu ersetzen. Wir hatten keinen Mann von seiner Bedeutung... Ich bin ein Mann, der an Autoritäten glaubt und sich ihnen da, wo ich nicht notwendig auf mein eigenes Urteil verwiesen bin, gern unterordnet." Diese warme Anerkennung Delbrücks durch den Reichskanzler fiel um so wohlthuender auf, als Delbrück sich in Jena als Gegner der Wirtschaftspläne Bismarcks hatte in den Reichstag wählen lassen und seither von der fortschrittlichen Presse als „Generalstabschef der Freihandelspartei" gefeiert wurde. Auch gegen die nationalliberale Partei sprach sich Bismarck versöhnlich aus, während Herr Richter gleichsam im Namen aller Liberalen als Oppositionsredner das große Wort geführt hatte. In demselben versöhnlichen Sinne erwiderte Bismarck dem

national=linksliberalen Abg. Witte: „Ein Kampf kündigt sich im Militär an durch Artillerie. Um jedermann zu benachrichtigen, ist das vielleicht nützlich. Nehmen Sie die Art wie ich procediert habe, als Signalschüsse, aber nehmen Sie sie noch nicht als einen Kampf! Der Kampf wird uns Jahre hindurch beschäftigen; aber ich hoffe, er wird zum Heil, zum Glück, zum Gedeihen unseres Vaterlandes führen (Beifall rechts)."

Die leidenschaftliche Erregung jener Tage wird sehr deutlich an der maßlosen Heftigkeit, mit welcher, trotz dieser versöhnlichen Rede Bismarcks, der Abgeordnete Lasker am 8. März aufbrauste. Als an diesem Tage der Abgeordnete v. Bethmann=Hollweg eine Verschärfung der Maßregeln zur Bekämpfung der Rinderpest als wünschenswert bezeichnete, erklärte Bismarck, diese Wünsche gern beachten zu wollen. Die Regierung trage keine Schuld an der Niedrigkeit der Straffätze, wohl aber „die Seite, die für ihre Aufgabe hält, mehr für den Verbrecher, wie für den ehrlichen Mann bei Stellung der Straffätze sich zu interessieren — Partei zu nehmen, will ich nicht sagen, — aber die mehr Angst hat, daß dem Verbrecher zu viel geschehe, als davor, daß die Gesellschaft unzulänglich beschützt sei." Der Satz war noch nicht ganz gesprochen, als Lasker aufsprang und im Ton heftigster Erregung das Wort verlangte, während der Kanzler noch weiter redete. Obschon Bismarck den Abg. Lasker weder genannt, noch auch nur an ihn gedacht hatte, erhob sich dieser nun zu einer „zornigen Strafrede", zu einem „belehrenden Verweis", wie der Kanzler diese Entladung nannte. Im herausforderndsten Tone hielt er dem Fürsten vor, dieser sei nun einmal auf frischer That ertappt, in welcher Weise er die Gegner allgemein und persönlich verdächtige. Bismarck antwortete mit kühler Ruhe und Sicherheit, so daß Laskers Niederlage vollständig war. Aber selbst diesen gehässigen Franctireurstreich Laskers trug der Reichskanzler der nationalliberalen Fraktion nicht nach. Mitte März äußerte er zu seinen parlamentarischen Abendgästen: „Er hoffe mit Hilfe der liberalen Abgeordneten, vornehmlich des Herrn v. Bennigsen, ein Kompromiß durchzusetzen. Wenn er auch grund=

sätzlich auf seinem Programm bestehe, so lasse er doch in einzelnen Teilen mit sich handeln."*)

Auf seiner letzten parlamentarischen Soiree vor Beginn der Osterferien, am 29. März 1879, beobachtete der Reichskanzler behaglich, wie die Landtagsabgeordneten v. Bennigsen und Kleist-Retzow sich in ein langes Zwiegespräch vertieften. Scherzend bemerkte der Kanzler darüber: „Man lese an ihren Gesichtern ab, daß jeder den andern halb überzeugt zu haben glaube." Dann berührte der Fürst launig die Frage: ob man nicht, wie in England, die Parlamentssitzungen lieber erst nach dem Diner abhalten solle. Der Vormittag und Mittag müsse zur vollen Muße für die Arbeit und Vorbereitung gelassen werden, das Anhören und Redehalten seien Geistesarbeiten zweiten Grades. Auch in den Parlamentssitzungen nach dem Diner werde nicht jede Leidenschaft der Debatte ausgeschlossen bleiben; die wolle er auch nicht ausgeschlossen wissen, ebensowenig wie die Ungeduld. Nach dem Diner würde sich aber bei der Diskussion eine gesunde Leidenschaft entwickeln und die Parteien würden sich besser untereinander vertragen. Das Verdrießliche, Erregtere, die Verstimmung, welche die Debatten bei einer den Vor- und Nachmittag durchdauernden Sitzung an sich tragen, würde nicht Platz greifen, der ganze Ton würde ein coulanterer und dadurch auch das Verhältnis der Regierung zu den einzelnen Parteien ein besseres werden.

Auf Bismarcks Verlangen hatte inzwischen am 25. Februar die Tarifkommission auch die Beratung der reinen Finanzzollartikel vom Bundesrat zugewiesen erhalten, so daß eine gesonderte frühere Beratung dieser Finanzartikel im Reichstag vor dem Zolltarifgesetz unmöglich gemacht wurde. Nur die Erhöhung der Tabak-, Bier- und Branntweinsteuer sollte ohne Vorberatung in der Tarifkommission unmittelbar vom Bundesrat beschlossen werden. Am 26. Februar beschloß die Tarifkommission in erster, und am 26. März in zweiter Lesung die Einführung von Getreide- und Viehzöllen,

---

*) Poschinger, Fürst Bismarck als Volkswirt, I, 208.

Holz-, Kohlen-, Eisen- und Kupferzöllen. Die Getreidezölle sollten betragen: für Roggen, Mais und Gerste 25, für Weizen, Hafer und Hülsenfrüchte 50 Pfg. vom Zentner. Damit war die Arbeit dieser Kommission, ein umfassender Zolltarif, abgeschlossen. Der Bundesrat nahm diesen Entwurf schon am 3. April an, und Bismarck legte denselben, nebst der Tabaks- und Brausteuer, schon am 4. April dem Reichstag vor, der am nämlichen Tage bis zum 28. April seine Osterferien antrat. Diese Ruhepause war zugleich bestimmt zu Unterhandlungen der Parteiführer untereinander und mit dem Reichskanzler.

Nur die Konservativen waren gewillt, für die in der Tarifvorlage enthaltenen Finanz- und Schutzzölle, sowie für die Tabaksteuer, einhellig und unbedingt zu stimmen. Die Mehrheit der Nationalliberalen unter Bennigsens Führung war bereit ebenso zu stimmen, aber gegen Gewähr gewisser „konstitutioneller Garantien“, da der Reichstag mit Bewilligung von 70 Millionen jährlicher neuer Zolleinnahme sein jährliches Steuerbewilligungsrecht aus der Hand gab. Mit den Konservativen zusammen bildeten diese Nationalliberalen die Mehrheit. Aber auch durch Vereinigung der Konservativen und des Centrums ließ sich eine Mehrheit schaffen, und das Centrum war sich seiner Bedeutung wohl bewußt, das Zünglein an der Wage zu bilden. Als die „Volkswirtschaftliche Vereinigung“ am 30. März zusammentrat, um gegenüber der Tarif- und Steuervorlage Stellung zu nehmen, erklärte Windthorst schon: das Centrum werde die Schutzzölle bewilligen, aber bezüglich der Finanzzölle sich die Entscheidung vorbehalten. Die letzteren waren vom Centrum nicht etwa gegen „konstitutionelle Garantien“, sondern für Gegenleistungen an die hierarchisch-partikularistischen Interessen der klerikalen Partei zu haben. In einer langen vertraulichen Besprechung vom 31. März machte das Herr Windthorst dem Reichskanzler klar, und die Verständigung war wohl nach dieser Unterredung nicht weiter gediehen als zuvor. Aber schon die Thatsache einer langen Beratung Bismarcks mit dem Centrumsführer machte ungeheures Aufsehen.

Die zahllosen Zustimmungs- und Protestversammlungen, die während der Osterferien abgehalten wurden, können wir übergehen. Das wichtigste Ereignis dieser Ferienwochen war unstreitig, nach der Meinung der Freunde wie Gegner der Vorlagen, ein Schreiben Bismarcks, diesmal an den bayerischen Abgeordneten Freiherrn v. Thüngen. Letzterer richtete am 12. April an den Reichstagskollegen Grafen Wilhelm v. Bismarck die Bitte, dem Reichskanzler eine Anzahl Zustimmungsadressen aus Bayern zu dessen Programm vom 15. Dezember 1878 vorlegen zu dürfen. Der Zolltarif weiche dagegen „in mehrfacher Beziehung von diesem Programm ab,“ denn „die Landwirtschaft ist darin nicht im Verhältnisse zu Handel und Gewerbe geschützt.“ Damit könne „die Landwirtschaft sich nicht zufrieden geben“, sie werde vielmehr, wenn nicht „vor allem Getreide mit einem tüchtigen Zoll belegt werde, langsam aber sicher zu Grunde gehen. Möge die Hilfe kommen, ehe es zu spät ist! Ihr großer Vater ist der einzige Mann auf der Welt, der uns noch helfen kann, und darum ist unsere letzte Hoffnung auf ihn gerichtet.“ Fürst Bismarck selbst antwortete darauf am 16. April: „Ihr Schreiben habe ich mit großem Interesse gelesen; ich teile Ihre darin ausgesprochene Ansicht, daß die Getreidezölle als Schutz der Landwirtschaft nach Verhältnis zu den direkten Lasten, welche sie trägt, ungenügend sind. Ich habe aber in den Verhandlungen mit den Regierungen und der Tarifkommission mehr nicht erreichen können. Ein noch größeres Gewicht indessen, als auf den Zoll, lege ich auf die Eisenbahntarife, durch welche Einfuhrprämien gegeben werden, welche nicht selten das Vier- und Fünffache des 50-Pfennig-Zolles erreichen. Wenn es gelingt, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, so verspreche ich mir davon eine größere Wirkung als von der Verdoppelung oder selbst Vervierfachung der jetzt beantragten Zölle. Doch in dieser Beziehung habe ich kaum mehr Hoffnung, die Eisenbahnminister der größeren Bundesstaaten für den Zweck zu gewinnen und zu übereinstimmendem Verfahren zu bewegen. Wenn in dem Zolltarif-Entwurfe eine Verbesserung noch gewonnen werden soll, so werden vor allem die Vertreter der Land-

wirtschaft im Reichstag sich rühren, sich vereinigen und Anträge stellen müssen. Auch der Inhalt Ihres Briefes wäre mir lieber in der Öffentlichkeit, als bei meinen Akten.“

Die „Öffentlichkeit“ des Freihandels, namentlich die fortschrittliche Presse, geriet bei Bekanntwerden dieses Briefwechsels in einen Sturm der Entrüstung. „Fort mit Bismarck! Die innere Regierung des Reichs muß der Hand des Fürsten Bismarck entzogen werden! Sein Regierungssystem ist nur die Verkörperung seines Grundsatzes: Macht geht vor Recht!“ schallte es auf der ganzen Linie der Fortschrittspresse. Und die Partei-Kassandra „Tante Voß“ legte sich auch diesmal aufs Prophezeihen: „Das Spiel des Kanzlers werde eher zu Grunde gehen, als man glaube.“ Mit der gewohnten Tiefe des Blickes hatte sie auch das „Grundübel“ seiner Wirtschaftspolitik erkannt: daß er nämlich „die für die Behandlung der auswärtigen Verhältnisse angemessene Methode auf die innere Politik anwende.“ Den großartigsten Protest gegen diese Wirtschaftspolitik gedachte der fortschrittliche Magistrat von Berlin durch die Berufung eines „deutschen Städtetages“ nach der Reichshauptstadt zu veranstalten.

Nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags am 28. April schloß das Centrum seine viertägigen Fraktionsberatungen mit derselben Losung, welche die Partei schon in die Osterferien mitgenommen hatte. Die Schutzzölle wollte sie bewilligen, die Finanzzölle aber erst, wenn zuvor der „föderative Charakter des Reichs“ (nach der ultramontan-partikularistischen Auffassung) gesetzlich festgelegt sein würde. Bennigsen suchte in eifrigen Verhandlungen mit Bismarck von diesem die „konstitutionelle Gewähr des Budgetrechts des Reichstags“ zu gewinnen, wogegen die Mehrheit der Nationalliberalen für die Vorlagen eingetreten wäre. Aber das Gebahren des „linken Flügels“ der Partei machte schon am ersten Tage (28. April) und dann vollends am 1. Mai eine Verständigung selbst in den eigenen Reihen unmöglich. Ja, die stärkste Partei des Reichstags konnte die wichtigste Aufgabe der Tagung nicht einmal unter sich erörtern!

Unter solchen Anzeichen begann am 2. Mai die siebentägige Generaldebatte des Reichstags über die Tarifvorlage. Sie endete am 9. Mai mit der Ablehnung des nationalliberalen Antrags, für Finanz- und Schutzzölle zwei besondere Kommissionen einzusetzen. Vielmehr wurde auf Antrag Löwes nur eine einzige Kommission beschlossen. Diese Entscheidung der Rechten und des Centrums für den Antrag des freisinnigen Schutzzöllners Löwe bedeutete: die konservativ-ultramontane Liga wollte die Bedingungen für die Bewilligung der Finanzzölle selbst festsetzen und die Nationalliberalen aus den Verhandlungen mit Bismarck über diese Frage verdrängen. Weitaus das Bedeutendste der siebentägigen Redeschlacht waren die beiden großen Reden Bismarcks vom 2. und 8. Mai. In diesen Reden begründete er den Plan und die Notwendigkeit seiner Wirtschaftsreform aufs eingehendste, mit einer Kraft der Überzeugung und in so meisterhafter Form, daß sie mit Recht unter die hervorragendsten oratorischen Leistungen Bismarcks gestellt werden dürfen. In der ersten Rede entwickelte er das Bedürfnis einer deutschen Finanzreform aus dem geschichtlichen Verlaufe seit dem Stillstand der finanziellen Gesetzgebung im deutschen Zollverein von 1824 an. Die seitdem eingeführten Gesetze seien mehr von politischer als finanzieller Tragweite gewesen. Die Pflege der indirekten Besteuerung insbesondere sei erst mit der Schöpfung des norddeutschen Bundes bezw. des deutschen Reiches möglich geworden. Der Reichstag habe jedoch alle Versuche einer finanziellen Reform, von dem „Steuerbouquet“ v. d. Heydts an, abgelehnt. Bis zum Vorjahre sei auch nicht einmal zwischen dem Reichskanzler und dem preußischen Ministerium Einigung über die Hauptgrundsätze der Reform zu erzielen gewesen. Der Hauptbeweggrund des Reichskanzlers für eine schleunige Reform sei das Bedürfnis der finanziellen Selbständigkeit des Reichs, das zweite Motiv der ungeeignete Erhebungsmodus der im Interesse des Reichs und der Staaten aufzubringenden Lasten durch Matrikularumlagen. Denn statt „ein lästiger Kostgänger bei den Einzelstaaten zu sein, ein mahnender Gläubiger, könnte das Reich der freigebige Versorger der Einzelstaaten sein bei richtiger Benutzung der

Quellen, zu welchen die Schlüssel durch die Verfassung in die Hände des Reichs gelegt, bisher aber nicht benutzt worden sind."

Auch die Höhe der direkten Steuern in Preußen fordere gebieterisch Erleichterung. Bismarcks Wunsch sei, die staatliche Klassensteuer überhaupt in Wegfall zu bringen, die Einkommensteuer herabzusetzen, soweit sie nicht fundiertes Einkommen betrifft, die Beamten von staatlicher Einkommensteuer freizulassen, die Grund- und Gebäudesteuer an die Provinzen, Kreise und Gemeinden zu überweisen. Der Grundbesitz sei im Vergleich zum beweglichen Vermögen ganz ungebührlich schwer belastet. Endlich aber gewähre die jetzige Veranlagung unserer indirekten Steuern der einheimischen, vaterländischen Arbeit nicht das Maß vom Schutz, welches ihr gewährt werden kann, ohne die allgemeinen Interessen zu gefährden. Die „Idealistik" des Freihandels sei „ehrlicher deutscher Schwärmerei ganz würdig". Aber ganz „allein die dupe (der Narr) einer ehrlichen Überzeugung zu sein, kann man Deutschland auf die Dauer nicht zumuten", nachdem Deutschlands Nachbargrenzen wieder überall von Schutzzöllen starren. „In allen diesen (wirtschaftlichen) Fragen halte ich von der Wissenschaft gerade so wenig, wie in irgend einer anderen Beurteilung organischer Bildungen. Unsere Chirurgie hat seit 2000 Jahren glänzende Fortschritte gemacht, die ärztliche Wissenschaft in Bezug auf die inneren Verhältnisse des Körpers, in die das menschliche Auge nicht hineinsehen kann, hat keine gemacht; wir stehen heute demselben Rätsel gegenüber wie früher. So ist es auch mit der organischen Bildung der Staaten. Die abstrakten Lehren der Wissenschaft lassen mich in dieser Beziehung vollständig kalt, ich urteile nach der Erfahrung, die wir erleben. Ich sehe, daß die Länder, die sich schützen, gedeihen; ich sehe, daß die Länder, die offen sind, zurückgehen. Nach meinem Gefühl sind wir, seitdem wir unsere Tarife tief heruntergesetzt haben, in einem Verblutungsprozeß begriffen, der durch die verrufene Milliardenzahlung um ein paar Jahre aufgehalten ist, der ohne diese Milliarden aber wahrscheinlich schon vor fünf Jahren so weit gekommen wäre, wie heute. Deshalb möchte ich bitten, jede persönliche Empfindlichkeit in diesen

Fragen aus dem Spiel zu lassen, und ebenso die politische Seite; die Frage, die vorliegt, ist keine politische, sondern eine rein wirtschaftliche Frage. Wir wollen sehen, wie wir dem deutschen Körper wieder Blut, wie wir ihm die Kraft der regelmäßigen Zirkulation des Blutes wieder zuführen können." Lebhafter Beifall der großen Mehrheit wurde dem Redner zu teil.

Fürst Bismarck hatte nicht die Absicht, noch einmal während der Generaldebatte das Wort zu ergreifen. Aber eine leidenschaftliche Rede Laskers am 8. Mai nötigte ihn dazu. Denn Lasker warf dem Kanzler vor: „in dem Briefwechsel mit Thüngen seien alle agrarischen Extravaganzen überschritten, damit werde ein grundsätzlicher Krieg zwischen Stadt und Land entfesselt; Bismarcks Angaben über die Besteuerungslasten der Landwirtschaft seien wenig glaubhaft und unzuverlässig; „der Reichskanzler kenne die Gesetze seines Landes nicht, die er zur Grundlage seiner Finanz- und Wirtschaftspolitik mache; der Schutz für den Grundbesitz sei eine Finanzpolitik der Besitzer gegen den Nichtbesitzer." Lasker durfte sich nicht beklagen, daß die Abfertigung dieser ungebührlichen Angriffe scharf ausfiel. „Wenn sich ein Minister findet," erwiderte Bismarck, „der seinerseits für den Teil, der bisher in diesem Kampfe zurückgedrängt wird, der unterlegen ist, der Amboß gewesen ist seit fünfzig Jahren und sich nun einmal gegen die Hämmer sträubt, wenn für den (den Landmann) ein Minister eintritt, sollte man das dankend anerkennen und nicht sagen, ich triebe die Finanzpolitik eines Besitzers. Ja, ich kann dem Abg. Lasker ebenso gut sagen, er treibt die Finanzpolitik eines Besitzlosen; er gehört zu denjenigen Herren, von denen die Schrift sagt: sie säen nicht, sie ernten nicht, sie weben nicht, sie spinnen nicht, und doch sind sie gekleidet — ich will nicht sagen wie, aber jedenfalls sind sie gekleidet (Heiterkeit). Die Herren, die unsere Sonne nicht wärmt, die unser Regen nicht naß macht, wenn sie nicht zufällig ohne Regenschirm ausgegangen sind, die die Mehrheit bei uns in der Gesetzgebung bilden, die weder Industrie, noch Landwirtschaft, noch ein Gewerbe treiben, die verlieren leicht den Blick und das Mitgefühl für diejenigen

Interessen, die ein Minister, der auch Besitz hat, also auch zu der misera contribuens plebs (zum armen steuerzahlenden Volke) gehört, der auch regiert wird und fühlt, wie die Gesetze dem Regierten thun, offen auszusprechen sich nicht scheut." Auf den groben Vorwurf Laskers, Bismarck kenne die Gesetze nicht, antwortet dieser, unter lebhaftem Beifall des ganzen Hauses: „Ich halte es nicht für nützlich, die höchste Behörde auf diese Weise und in einem so schonungslosen Tone, selbst dann, wenn man Recht zu haben glaubt, vor dem Lande gewissermaßen öffentlich an den Pranger zu stellen. Beobachten wir doch die Form der Höflichkeit; nehmen wir nicht an, daß, wo wir öffentlich und vor dem Lande reden, wir uns von dieser Sitte dispensieren dürfen, und daß das die Sache fördert, oder die persönlichen Beziehungen unter uns oder selbst das Ansehen dessen, der es thut (Bravo! Bravo!)."

Aber auch jetzt ließ Bismarck die Rede ganz versöhnlich ausklingen. Die Vorlage sei die Rückkehr „zur alten, zur ruhmreichen und wirksamen Zollvereinspolitik." Die einzelnen neuen Tarifsätze aber seien aus einem Kompromiß hervorgegangen. „Ich möchte deshalb zu Einigkeit ermahnen; möge der einzelne, der mit dem größeren Teil der Vorlage einverstanden ist, es doch machen wie ich und sich sagen: ‚Das Beste ist des Guten Feind'. Ich kann auch nicht alles haben, was ich erstrebe, ich frage nur: Ist das, was gebracht wird, in seiner Gesamtheit, in seiner Gesamtwirkung besser als das Bestehende? Ich kann also damit schließen, daß ich nach wie vor an den Zwecken festhalte, die ich aufstellte: das Reich selbständiger zu stellen, die Gemeinden zu erleichtern, den zu hoch besteuerten Grundbesitz durch indirekte Steuern zu erleichtern, zu diesem Behufe die Abschaffung der Klassensteuer in ihrem vollen Umfange zu erstreben, und demnächst als den letzten und nicht den geringsten Zweck: der einheimischen, nationalen Arbeit und Produktion im Felde sowohl wie in der Stadt, und in der Industrie sowohl wie in der Landwirtschaft den Schutz zu gewähren, den wir leisten können, ohne unsere Gesamtheit in wichtigen Interessen zu schädigen."

Am nämlichen Tage hielt auch Windthorst eine große Rede für die Zolltarifvorlage. Kurz zuvor, auf dem parlamentarischen Abend des 3. Mai, hatte er seit zehn Jahren zum ersten Mal wieder als Gast die geselligen Räume Bismarcks betreten, das Großkreuz des welfischen Ordens auf dem Frack; vom Reichskanzler und dessen Damen war er besonders ausgezeichnet worden. Am 14. Mai wählte der Reichstag seine Tarifkommission, 18 Schutzzöllner, 6 Freihändler, die konservativ-klerikale Mehrheit aber verteilte die Ämter unter sich allein. Die Tarifsätze: Getreide, Vieh, Holz, Kohlen, Eisen, waren nicht an die Kommission verwiesen und wurden nun nacheinander im Plenum beraten. Das Eisen erhielt am 15. Mai den Vortritt, und schon am 16. wurde der Eisenschutzzoll mit 218 gegen 88 Stimmen angenommen.

Tags darauf trat „der deutsche Städtetag" in Berlin zusammen, um gegen die Besteuerung „der notwendigsten Lebensbedürfnisse" zu protestieren und sich dann auf dem Festmahl im zoologischen Garten vom Berliner Radikalismus gegen Bismarcks Politik im allgemeinen aufhetzen zu lassen, zur Gründung einer „Antikornzoll-Liga", ja „einer allgemeinen liberalen Oppositionspartei", und als Führer dieser Zukunftspartei ließ sich — der Präsident des Reichstags, v. Forckenbeck, bejubeln! Damit war sein Reichstagspräsidium unhaltbar geworden, dieses Amt aber den Nationalliberalen fortan überhaupt entzogen. Das kümmerte ja aber freilich Die um Forckenbeck längst nicht mehr. Sie erfreuten sich der Musik der Zukunft, erläutert durch die Sprache der Vergangenheit, und standen schon mit beiden Beinen im Lager der Fortschrittspartei. Am 21. Mai wurde an Forckenbecks Stelle der Konservative v. Seydewitz zum Präsidenten des Reichstags gewählt, am 24. an Stelle des „aus Gesundheitsrücksichten" gleichfalls zurückgetretenen (freihändlerischen) Abgeordneten v. Stauffenberg der Zentrumsmann Frhr. zu Franckenstein zum Vizepräsidenten. Die konservativ-klerikale Flagge war in dieser Weise amtlich über dem Präsidentensitz des deutschen Reichstags aufgezogen.

Am Vortage (23. Mai) waren auch die Getreidezölle in der

Höhe der Tarifvorlage — unter vorläufiger Ablehnung einer Erhöhung des Roggenzolls um die Hälfte, die der Abgeordnete v. Mirbach beantragte — mit 226 gegen 109 Stimmen nach zweitägiger Debatte angenommen worden. Fürst Bismarck ergriff am 21. das Wort zur Widerlegung Delbrücks, der gegen die Getreidezölle gesprochen und hohe Getreidepreise als ein Unglück, niedrige also als ein Glück bezeichnet hatte. „Sind niedrige Getreidepreise in wirtschaftlicher Beziehung an sich als ein Glück anzusehen?" fragte Bismarck. „Wenn wir das als richtig annehmen, so müßten die Länder im Osten, welche die wohlfeilsten Getreidepreise haben, die Länder der unteren Donau, an der Theiß, Galizien und der südliche Teil des europäischen Rußland in wirtschaftlicher Beziehung die glücklichsten, wohlhabendsten, kräftigst entwickelten Länder in Europa sein. Ostpreußen würde nach meiner Rechnung 25 bis 30 Prozent glücklicher sein müssen, als das Elsaß und der Breisgau." Dagegen bestünden nun erfahrungsmäßig „die höchsten Kornpreise in Europa dauernd gerade in denjenigen Ländern, in welchen alle Zweige der gewerblichen Thätigkeit am kräftigsten entwickelt sind, im Westen Deutschlands, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, namentlich im Norden Frankreichs und in England. „Es wird also auch dort der Nachweis geliefert, daß im Gegenteil die besseren Einnahmen des Landwirts wahrscheinlich die Grundlagen einer Belebung des ganzen gewerblichen Lebens sind, und ich bin überzeugt, daß, wenn unsere Landwirte ihr Korn, ich will nicht sagen teurer, aber sicherer verkaufen, der Absatz gesicherter ist, daß wir dann infolge dieses Tarifs zu einer kräftigen Erneuerung unserer wirtschaftlichen Thätigkeit gelangen werden."

Die ganze Tendenz der geringen Getreidezölle des Entwurfs sei die, „einen Teil der direkten Steuern, die jetzt auf dem Landwirt lasten, in der Form eines Konsumtionszolles an die Grenze zu verlegen, der dort das auswärtige Getreide trifft. Ich bin der Meinung, daß dieser Zoll an und für sich auf den Preis noch keinen Einfluß haben wird, ja ich sehe mit einem gewissen Bedauern darauf, denn ich muß mich fragen: rückt der Augenblick nicht näher,

wo unsere Landwirtschaft überhaupt nicht mehr bestandsfähig ist? Ja, m. H., wenn das eintritt, so geht dabei nicht bloß die Landwirtschaft zu Grunde, dabei geht auch der preußische Staat, das Deutsche Reich zu Grunde, ganz einfach (Sehr wahr!)." Nach seiner Ansicht werde der Getreidepreis durch den Zoll überhaupt nicht steigen. Denn den Zoll trage der ausländische Produzent und der Brotpreis sei unabhängig vom Kornpreis. Das russische Getreide habe nun seiner Art und Natur nach — weil es nur mit deutschem gemischt auf den Markt zu bringen sei — „einen Zwangskurs, eine gebundene Marschroute, die es notwendig auf die Wege der deutschen baltischen Häfen weist." Gegen Rußland namentlich sei also der Getreidezoll zugleich ein Kampfzoll „zur Eröffnung der russischen Grenze". Aber auch ohne die Preise zu steigern, nütze die Vorlage dem Landwirt insofern, als „sie ihm den deutschen Markt in ausgedehnterem Maße als bisher sichert." Der Getreidezoll sei weniger ein Schutz-, als ein Finanz- und Ordnungszoll. Deutschland bedürfe überhaupt nicht fremden Getreides, um zu leben. Die deutsche Landwirtschaft aber werde trotzdem durch die Einfuhr fremden Getreides geschädigt und durch die innere Gesetzgebung stiefmütterlich behandelt: durch die Grundsteuer, Doppelbesteuerung, Stempel- und Sportelgesetzgebung, die Armenpflege, die Freizügigkeit u. s. w. „Sie trägt das alles geduldig, die landwirtschaftliche Bevölkerung, vielleicht weil ihr der ganze Zusammenhang der Dinge und Übel, unter denen sie leidet, nicht vollständig zum Bewußtsein gekommen ist. Was ich dazu thun kann, sie zum Bewußtsein zu bringen, das will ich thun, nicht der Agitation, sondern der Gerechtigkeit wegen (Bravo! rechts. Zischen links). Wir wollen alle mit gleichen Schultern tragen, und die Gerechtigkeit in Verteilung der Lasten soll sein für alle, auch für den geduldigen Landmann. Aber ich habe das Vertrauen, daß, wenn das Bewußtsein einmal durchgedrungen ist, die Vertreter der Landwirtschaft in ruhiger Festigkeit auch den Kampf nicht einstellen werden, bis sie Gerechtigkeit erlangt haben (Beifall rechts. Zischen links)."

Am 27. Mai begann der Reichstag die Verhandlungen über

die Holzzölle, die rohes oder mit der Axt vorgearbeitetes ausländisches Nutz- und Bauholz trafen, und zwar weiches und hartes Holz gleich hoch, um die Zählung und Abfertigung an der Grenze zu erleichtern. Die Zölle betrugen nur 2 bis 3 Prozent des Wertes und sollten dem Notstand der deutschen Forstwirtschaft abhelfen. Trotz dieser Niedrigkeit erhoben aber die Abgeordneten der deutschen Seestädte, Schlutow und Rickert, laute Klagen über die sichere Vernichtung des „deutschen Holzhandels" durch diese Zölle. Bismarck sprach nach Schlutow und entgegnete ihm: „Der Herr Vorredner hat mit besonderer Emphase die deutsche Nationalität des Holzhandels betont, und ich möchte da den Schlüssen entgegentreten, die ein Laie daraus ziehen könnte, als ob diese Herren (in den Seestädten) deutsches Holz verführten und verkauften, und als ob das deutsche Holz durch sie einen Absatz fände, als ob die 8 Prozent, mit denen sie am Londoner Markt beteiligt sind, aus deutschem Holz beständen. Nach dieser Richtung hin sind die Herren eher russische Holzhändler als deutsche (Heiterkeit); sie sind in ihrer Eigenschaft als Landsleute uns ja immer willkommen und wir freuen uns, wenn sie am russischen Holz etwas verdienen; aber deutsche Holzhändler in dem Sinn, daß sie deutsche Erzeugnisse ausführen, — den Ruhm kann ich ihnen doch nicht zugestehen. Diese nationale Seite der Sache sollten sie lieber nicht berühren, denn sie erinnern uns daran, daß wir mit Schmerzen sehen, wie unsere einheimischen Eisenbahnen, die zum großen Teil mit dem Gelde der Steuerpflichtigen, jedenfalls mit dem Geld der Deutschen gebaut sind, Verkehrsanstalten des Auslandes geworden sind, die hauptsächlich zum Nutzen unserer ausländischen Nachbarn (Sehr richtig! rechts), viel weniger zum Nutzen der inländischen, deutschen Produktion dienen. Sie erinnern uns ferner daran, was wir ja geographisch nicht ändern können, daß unsere deutschen Seestädte vermöge der Wendung, die das Geschäft genommen hat, wesentlich zu Emporien des östlichen Auslands geworden sind und mit den Erzeugnissen unserer ausländischen Nachbarn, welche so glücklich gewesen sind, ihre Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, bei uns durchfahren und

für die Produzenten der gleichartigen deutschen Produkte nur einen Blick kühlen Mitleids haben gegenüber dem Vorteil, den sie an dem ausländischen Holz machen.

„Wenn der Herr Vorredner davon gesprochen hat, daß viele Arbeiter beim Flößen und bei der sonstigen Bearbeitung des Holzes ihr Brot fänden, so glaube ich, wird das immer auch bei der Annahme des Zolls der Fall bleiben. Ich möchte ihn aber doch bitten, eine vergleichende Statistik darüber anzustellen, welche Masse von Arbeitern in den inländischen Wäldern brotlos geworden ist dadurch, daß diese inländischen Wälder nicht mehr rentabel sind (Sehr wahr! rechts) und den früheren Absatz nicht mehr haben. Ich habe dabei namentlich die Provinz Schlesien im Sinne, wo durch die schlesischen Wälder der Länge nach die österreichischen geschnittenen Hölzer durchfahren vor den Augen der brotlosen Arbeiter, die früher in den schlesischen Wäldern eine reichliche, tägliche, ihnen angenehme und vom Vater auf den Sohn vererbende Beschäftigung fanden, zum größeren Teil als Holzhauer und als Beaufsichtiger der ganzen Entwickelung, die mit der Verwertung des Holzes verbunden ist, als Sägemüller, aber zum eben so großen Teil auch als Unternehmer im Kleinen für den Transport, der innerhalb unserer Wälder nach den Schneidemühlen und Bahnhöfen hin stattfand. Alle diese kleinen Leute, die ein Pferd im Sommer auf ihrem Acker beschäftigen, im Winter aber gar keine Beschäftigung für das Pferd haben, die verdienten erhebliches Geld den ganzen Winter hindurch mit den Holzfuhren, die in geschäftsfreie Zeit fielen, und diese Leute haben ihre Pferde abschaffen müssen, weil sie sie im Winter nicht mehr ernähren können. Und diese schlesischen Wälder, die sonst von Arbeitern wie ein Ameisenhaufen wimmelten, sind tot und still, nicht bloß zum Kummer des leitenden Oberförsters oder des Privatbesitzers, sondern namentlich zur drückenden Sorge für die Armenpflege und für die Arbeiter, die früher zu Hunderttausenden in allen jetzt ertraglosen inländischen Wäldern ihre Nahrung fanden, deren Zahl doch ganz anders ins Gewicht fällt, als die Zahl der Floßarbeiter, die zum großen Teil Ausländer sind.

„Der Herr Vorredner sagte, es sei nicht richtig, daß das russische Holz, wenn es überhaupt heraus will, bei uns durch muß." Gerade das aber weist Bismarck mit großer Orts= und Sachkenntnis überzeugend nach. „Die großen Hölzer sind nicht einmal auf den Eisenbahnen fahrbar, sondern sind auf den Wassertransport absolut angewiesen, und deshalb haben sie eine Zwangsroute notwendig nach unseren Häfen." Auch den Holzzoll werde nicht der deutsche Konsument, sondern der russische Waldbesitzer tragen, der sein Holz überhaupt nicht im einzelnen, sondern um einen Gesamtpreis für eine Quadratmeile Waldbestand an den deutschen Holzhändler verkaufe. Außerdem aber eigne sich der Holzzoll, „gerade weil das Holz an diesen Wasserweg gebunden ist, Rußland gegenüber ganz vorzüglich zu einem Kampfzoll, und ich bitte den Herrn Vorredner doch zu glauben, daß die verbündeten Regierungen in dieser Beziehung, wo es sich um die Pflege und die Wohlfahrt Deutschlands handelt, nicht von derjenigen Schüchternheit beseelt sind, die befürchtet, es könnte, wie er sagt, aus dem Walde so heraus schreien, als wie man hineinschreit, und es würden wieder Kampfzölle gegen uns gebraucht werden. Unser ganzer Holzzoll ist schon nichts als eine Repressalie. Unsere Nachbarn, Rußland und Österreich, haben alle Repressalien längst vorweg genommen; was bleibt ihnen übrig? (Sehr richtig! rechts). Sie haben seit einem halben Jahrhundert die höchsten Zölle, die möglich sind, vorweg genommen, förmlich Prohibitivzölle, und wenn man einmal durch Prohibitivzölle abgeschlossen ist, dann ist mehr nicht thunlich, es ist gerade so wie jener sagte beim Schrotverkauf: dieses schießt noch töter! So ist es auch bei den bestehenden Prohibitivzöllen anwendbar: wir sind ausgeschlossen und können noch ausgeschlossener nicht werden." Zum Schlusse weist der Redner nach, daß das deutsche Holz das beste unter allen sei, das deutsche Kiefernholz namentlich besser als das der amerikanischen pitch pine, und in welchem Maße die deutsche Waldkultur durch die Einfuhr fremden Holzes geschädigt werde. Unter lebhaftem Beifall der Rechten schließt er mit den Worten: „Und Sie sollten doch auch vom Holz dem Kaiser geben,

was des Kaisers ist, und einen kleinen Zoll für ihn übrig haben!“ Der Reichstag nahm die Holzzölle am 28. Mai mit 172 gegen 88 Stimmen an und machte am nämlichen Tage bis zum 9. Juni Pfingstferien.

Fürst Bismarck brachte die Erholungstage in Varzin zu. Vor seiner Abreise sprach er noch dem Vorsitzenden der Tarifkommission des Reichstags, dem Abg. Frhrn. zu Franckenstein, seine ernste Mißbilligung aus über das langsame Fortschreiten der Beratungen dieser Kommission. Der Tadel erreichte die ganz richtige Adresse. Denn allein das Zentrum, das sich immer noch „freie Hand“ wahren wollte, war an dieser Verzögerung schuld. Indessen ließ sich diese Zauderpolitik nun doch nicht länger forttreiben, zumal da auch Bennigsen bei der Rückkehr des Kanzlers aus Varzin am 9. Juni seine Verhandlungen mit demselben wieder eifrig aufnahm. Mit Sicherheit ließ sich nun übersehen, daß die Mehreinnahmen aus den Zollerhöhungen und der neuen Tabaksteuer die Bedürfnisse des Reiches für längere Zeit so vollständig decken würden, daß Matrikularbeiträge nicht mehr ausgeschrieben zu werden brauchten. Für das dem Reichstag damit entgehende Einnahmebewilligungsrecht verlangte Bennigsen eine „Garantie“, wogegen er und seine Freunde für den Zolltarif u. s. w. stimmen würden. Er machte den praktischen Vorschlag, einzelne Reichseinnahmen nach Quoten oder Prozentsätzen durch den Reichstag jährlich bewilligen zu lassen, namentlich die lästige und ungerechte Salzsteuer und den Kaffeezoll. Erniedrigten sich die Bedürfnisse des Reiches oder stiegen, wie vorauszusehen, die neuen Zolleinnahmen über den Voranschlag, so konnte nach Bennigsens Vorschlag die allgemeine Steuerlast ermäßigt werden. Zugleich schlug Bennigsen vor, die Verwendung der sicher zu erwartenden Überschüsse über das Reichsbedürfnis, durch Reichsgesetz in der Weise festzustellen, daß alle diese Überschüsse der Reichseinnahmen aus den neuen Schutz-, Finanzzöllen und Steuergesetzen, soweit über dieselben nicht durch Reichsgesetz verfügt werde (z. B. bei erhöhten Heeresbedürfnissen), an die Bundesstaaten nach der Kopfzahl ihrer Bevölkerung verteilt würden. Das Zentrum dagegen

verlangte durch seinen Führer, den bayerischen Freiherrn v. Franckenstein — Windthorst hielt sich klug zurück — eine ganz andere „Garantie“. Es wollte dem Reiche die Einnahme aus den Zöllen und der Tabaksteuer nur in der bisherigen Höhe von 108 Millionen Mark — äußersten Falls in Höhe von 130 Millionen — überlassen; die gesamte Mehreinnahme sollte dagegen durch Reichsgesetz, also für immer, den Bundesstaaten überwiesen werden. Um keinen Zweifel zu lassen, was dieser Antrag bezweckte, bezeichnete das Zentrum dieses Verlangen als die „föderative Garantie“, auf welcher es unter allen Umständen bestehen müsse.

Wenn diese „föderative“, d. h. staatenbündlerische, „Garantie“ gewährt wurde, so war das Reich nicht mehr Herr seiner eigenen Einnahmen. Herren dieser Einnahmen waren vielmehr die Einzelstaaten, wenigstens zur größeren Hälfte, da das Reich den ganzen, 130 Millionen übersteigenden Überschuß an die Einzelstaaten herauszahlen mußte. Damit war eine der Hauptaufgaben der von Bismarck verfolgten Finanzpolitik, das Reich auf eigene Füße zu stellen, auf unbemessene Zeit vereitelt. Dagegen blieben die Matrikularbeiträge, die Bismarcks Finanzreform abschaffen wollte, bestehen, und wurden sofort fühlbar, sowie die Reichsbedürfnisse einmal 130 Millionen überstiegen. Dann mußte das Reich wieder als „lästiger Mahner“ an den Thüren der Einzelstaaten einsammeln. Alles dieses — was zu Ehren seines Erfinders in den Worten „die Franckensteinsche Klausel“ zusammengefaßt wurde — erschien den Empfindungen von Millionen Deutscher als Verkehrung des Reichsgedankens in sein Gegenteil. Trotzdem durchlief am 25. Juni die erregende Kunde das Deutsche Reich, daß eine Mehrheit des deutschen Reichstags — Konservative und Zentrum — sich über die Franckensteinsche Klausel geeinigt habe. Zehn Tage später, nach geraumer und zweifelnder Überlegung, gab auch Bismarck seine Zustimmung. Bennigsen vermochte dem Kanzler nur 70 Gefolgsleute in Aussicht zu stellen, das Zentrum zählte 94. Vor allem aber führte in der nationalliberalen Fraktion, die am 1. und 4. Juli nach einer Pause von zwei Monaten wieder die ersten

Sitzungen über die alles beherrschende Frage hielt, der „linke Flügel“ so laut und souverän das große Wort, als habe die ganze Partei seinen Losungen zu folgen. Es ist wohl kein bloßer Zufall, daß Bismarck am Tage nach dem skandalösen Auftreten des „linken Flügels“ in der nationalliberalen Fraktionssitzung vom 4. Juli, und nachdem in eben dieser Sitzung der Antrag gestellt worden war: „die Tarifvorlage mit dem Antrag Franckenstein für unannehmbar zu erklären“, sich für diesen Antrag entschied. Dieser Tag — und auch der Beweggrund — seiner Entscheidung läßt sich feststellen aus Bismarcks Reichstagsrede vom 9. Juli, auf welche wir bald noch näher eingehen werden. Da sagte der Kanzler: „Ich werde den Franckenstein'schen Antrag befürworten — zuzustimmen habe ich ja in dieser Versammlung nicht — und zwar habe ich mich dazu erst seit kurzem entschlossen, seit wenigen Tagen, ich habe mich am vorigen Sonntag*) bedingt dazu entschlossen, ich habe mich definitiv dazu erst entschlossen, nachdem ich in einer Gesamtprüfung der Wege, welche die Herren, die heute in der Opposition sind, gehen, mich überzeugt habe, daß sie Wege eingeschlagen haben, die ich niemals gehen kann, und die die verbündeten Regierungen nicht gehen können. Die Kundgebungen, die außerhalb dieses Hauses von sehr hervorragenden Mitgliedern einer großen Partei stattgefunden haben“ (gemeint ist die nationalliberale), „ja, meine Herren, die nötigen mich zu Rat zu gehen mit meinem eigenen Pflichtgefühl gegenüber der Gesamtheit des Reiches.“

Diese Entscheidung des Reichskanzlers veranlaßte, noch ehe der Reichstag am 9. Juli darüber verhandelte, den Rücktritt der Minister Hobrecht und Falk. Der dritte liberale Minister Friedenthal ging aus anderen Gründen mit ihnen ab. An ihrer Stelle wurden Lucius Landwirtschaftsminister, Bitter Finanzminister. der bisherige Oberpräsident von Posen, v. Puttkamer, Kultusminister. Dieser Dekorationswechsel entsprach in der Farbe einigermaßen dem Haupt-

*) Der 9. Juli 1879 war ein Mittwoch, der „vorige Sonntag“ war also der 6. Juli. Am 5. erhielt Bismarck Kenntnis von den Vorgängen in der Sitzung der nationalliberalen Fraktion vom 4. Juli.

gegenstande der Reichstagsdebatte vom 9. Juli, der Klausel Franckenstein. Kein Geringerer als Bennigsen lieh da dem tiefen Eindruck dieser Rücktritte sein Wort und forderte im Namen der gesamten nationalliberalen Partei ohne Ausnahme die Ablehnung der Klausel des Centrums. Denn sie „verändert das Verhältnis der Reichsgewalt zu den einzelnen Staaten, die ohnehin nur sehr vorsichtig und eben ausreichend ausgestattete Reichsgewalt erfährt auf dem finanziellen Gebiet eine Einschränkung oder Verkümmerung ihrer Rechte." Wenn man diese unleugbare Verfassungsänderung zu bemänteln suche mit der Ausflucht, es handle sich „nur um eine andere Art der Verrechnung", so wäre das, ruft Bennigsen unter lautem Beifall, „wirklich mehr die Auffassung eines Kalkulators als eines Politikers." Auch stehe der Antrag Franckenstein der Auffassung des Reichskanzlers in dessen Reden vom 21. Februar und 2. Mai 1879 entschieden entgegen. Daß die Sache nicht bloß eine rechnerische, sondern eine wesentlich politische Seite habe, ergebe sich aus „dem Verhalten des Centrums in der Komission, in ihrer Presse und sonstigen Erklärungen." Bei weitem schärfer noch als Bennigsen sprach sein greiser Fraktionsgenosse Beseler, einst Mitglied des Frankfurter Parlaments. „Ich will die Hand nicht bieten zur Durchführung einer solchen Anarchie der Gesetzgebung," rief er. „Das nenne ich das Reich degradieren."

Nach Beseler ergriff Bismarck das Wort, um den Antrag Franckenstein so harmlos als möglich hinzustellen. „Der ganze Streit, um den es sich hier handelt, macht mir ungefähr den Eindruck wie das bekannte bonnet blanc oder blanc bonnet," sagte er, „oder ob ich spreche von einem schwarzen Tuchrock oder von einem Rock von schwarzem Tuche." Mit andern Worten, es sei vollkommen gleichgültig, ob das Reich seine Einnahmen in der Kasse behalte, oder ob sie ihm von den Einzelstaaten als Matrikularumlagen wieder entrichtet würden. Im finanziellen Ergebnis gewiß, aber nicht für die Stärkung und Popularität des Reichsgedankens. Deshalb vermied Bismarck auch sorgfältig, zu erklären, warum er jetzt den entgegengesetzten Standpunkt in Bezug auf die Selbstän-

digkeit der Reichsfinanzen vertrete als in seinen von Bennigsen angezogenen Reden vom 27. Februar und 2. Mai 1879, und warum er so lange gezögert habe, ehe er dem Centrumsantrag „bedingt" und endlich „unbedingt" zustimmte. Der Reichskanzler glaubte sich eben in die Notwendigkeit versetzt, die Tarif- und Steuerreform mit Hilfe des Centrums unter Dach zu bringen, und diese Hilfe war nur um den Preis der Klausel Franckenstein zu haben. Eine andere Entscheidung hatten die fortschrittlichen Elemente der nationalliberalen Partei verhindert, und mit ihnen hielt Bismarck daher in derselben Rede furchtbare Abrechnung. Unter „anhaltender großer Unruhe und lebhaftem Widerspruch links" machte er ihnen zum Vorwurf: „Mit Bestrebungen, die sich dergestalt kennzeichnen, kann ich nicht gehen, mit denen kann das Reich nicht bestehen, sie sind Untergrabungen des Reichsbestandes gerade so gut, wie die sozialdemokratischen Untergrabungen .... Den Herren kann ich nur eine größere Bescheidenheit für die Zukunft anraten, da sie, wenn sie hochkommen und geschlossen einig sind, was doch zu den Seltenheiten gehört, immer nur ein Viertel von der Versammlung kaum erreichen ... Eine Fraktion kann sehr wohl die Regierung unterstützen und dafür einen Einfluß auf sie gewinnen, aber wenn sie die Regierung regieren will, dann zwingt sie die Regierung, ihrerseits dagegen zu reagieren." Noch bei Beratung des Sozialistengesetzes habe Bismarck gehofft, „wir würden, vom rechten Flügel abgezählt, in drei Bataillonen, vielleicht getrennt marschieren und vereint fechten können. Diese Voraussicht hat sich leider nicht bestätigt, sondern die Herren (Nationalliberalen) sind in ihrer Presse in einen Zorn und in eine Sprachweise verfallen, die mich vollständig degoutieren und abwendig machen mußten."

Dagegen erhielt das Centrum einen bedeutsamen Händedruck in den Worten: „Wenn man sich gegenseitig kennen und durch gemeinsames Arbeiten an einem gemeinsamen und hohen Zweck sich gegenseitig achten lernt." Windthorst antwortete darauf spöttisch und kühl: Was das Centrum thue, geschehe nur der Sache willen. „Es ist uns nichts versprochen und nichts in Aussicht gestellt. Ich

sage das, weil man behauptet, wir würden schließlich düpiert werden. Wenn wir solche Versprechungen nicht haben, können wir auch nicht düpiert werden. Übrigens will ich Ihnen sagen, wer mich düpieren will, der muß ein bischen früh aufstehen. Nachdem wir dies gethan und heute thun, wird sich wohl niemand mehr finden, der behaupten wollte, daß wir reichsfeindlich sind, daß wir keinen Patriotismus haben. Die besten Freunde pflegen die zu sein, welche in der Not helfen. Das Reich war in Not, und die Einzelstaaten waren es auch, und wir bewähren uns also als Freunde auch des Reichs." Freilich nur um den Preis des Franckensteinschen Antrags, setzte Windthorst gleich hinzu. Da waren denn die „wahren Freunde des Reichs", die Herren vom Centrum, zur Hand. Sie ließen sich, wie Lasker treffend bemerkte, zu dem Wechsel auch noch den Ehrenschein ausstellen, und der Reichstag unterzeichnete beide durch Annahme der Franckensteinschen Klausel mit 211 gegen 122 Stimmen.

Das Gesamtergebnis der am 12. Juli geschlossenen Reichstagsberatungen aber war ein glänzender Sieg Bismarcks. Abgelehnt wurden nur die Brausteuer und bezüglich der Tabakbesteuerung die Lizenzsteuer und Nachsteuer. Im übrigen wurde Bismarcks Tarif- und Finanzreform mit großer Mehrheit (217 gegen 107 Stimmen) genehmigt, auch wurde die Tabaksteuer auf 85 Mark für ausländischen und auf 45 Mark für inländischen Tabak erhöht. Auf Andringen der Landwirte erhöhte der Reichstag in der dritten Lesung aus eigenem Antriebe den Roggenzoll von 50 Pfg. auf 1 Mark, wogegen die Landwirte wieder für die von den industriellen Schutzzöllnern geforderte Erhöhung der Eisenzölle stimmten.

Dagegen war Bismarck mit seinen Eisenbahnreformbestrebungen auch im Jahre 1879 schon im Bundesrat an dem Widerspruch der drei Königreiche gescheitert, obwohl er sich diesmal auf die Forderung beschränkte, das Gütertarifwesen der deutschen Eisenbahnen einheitlich durch Reichsgesetz zu regeln.*) Ebenso vergeblich waren

*) Eingehend behandelt bei Blum, Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks S. 343/46.

Bismarcks Versuche, in einem Gesetzentwurfe vom 15. Mai 1879 vom Bundesrat ein deutsches Eisenbahngesetz, einen Reichseisenbahnrat und ein Eisenbahnverwaltungsgericht bewilligt zu erhalten. Der Entwurf blieb unerledigt im Bundesrat stecken. Das waren Bismarcks letzte Anstrengungen, die Eisenbahnreform von Reichswegen und mit Reichsbehörden durchzuführen. Um so gewaltigere Erfolge erzielte er, wie wir später darlegen werden, bei Durchführung seiner Eisenbahnreformpläne auf preußischem Boden und in den Reichslanden. Dadurch zwang er die widerwilligen Mittelstaaten zur Nacheiferung.

Aber schon der Erfolg, mit welchem diese denkwürdige Tagung des Frühjahrs 1879 abschloß, war ungeheuer. Innerhalb eines halben Jahres hatte die Thatkraft und zielbewußte Klarheit des einen Mannes die herrschende Wirtschaftspartei gestürzt, Deutschlands Finanz- und Zollpolitik vollkommen umgestaltet und die in anhaltender Gedankenarbeit ersonnenen und durchdachten Gesetze im Bundesrat und Reichstag zur Annahme gebracht. Damit schien auch die Erreichung eines neuen, noch höheren Zieles möglich geworden: die deutsche Sozial-Reformpolitik.

Viertes Kapitel.

Persönliches aus den Jahren 1877 bis 1879.

Dem Jubiläum der siebzigjährigen militärischen Dienstzeit, welches Kaiser Wilhelm am 1. Januar 1877 beging, hatte Fürst Bismarck infolge einer heftigen Aderanschwellung, an welcher er damals litt, fern bleiben müssen. Die am 13. Januar 1877 erfolgte Ernennung des Grafen Herbert zum Legationssekretär bei der deutschen Botschaft in Wien war ein erfreuliches Ereignis auch für den Vater, dessen damalige gute Stimmung in folgendem von Poschinger*) berichteten Vorgang hervortritt. Der Direktor der königlichen Akademie der Künste, Maler Anton v. Werner, verkehrte in jenen Tagen viel bei Bismarck, um Porträtstudien zu dem Bilde „Die Kaiserproklamation in Versailles" zu machen, das dem Kaiser am 22. März 1877 zum 80. Geburtstag überreicht werden sollte. Auch bei einem Familiendiner im Reichskanzlerpalais, am 15. Januar, war Anton v. Werner zugegen und überbrachte dem Fürsten das erste Exemplar der eben vollendeten, von ihm illustrierten neuen zweiten Auflage von Scheffels berühmtem „Gaudeamus". Bismarck begann sofort seiner Umgebung aus der bekannten humorsprudelnden Dichtung vorzulesen und die Illustrationen seines Gastes zu erläutern. Dabei nahm er eine so trauliche Haltung ein, und aus seinen Gesichtszügen sprach soviel Heiterkeit, daß Werner sich gedrängt fühlte, diese freundliche Scene aus einer der so seltenen

*) Neue Tischgespräche und Interviews S. 96/97.

Mußestunden des Kanzlers in sein Skizzenbuch einzutragen. So entstand die bekannte und viel bewunderte Bismarck-Skizze Anton v. Werners. Scheffel seinerseits war im Sommer 1876 in Kissingen mit Bismarck persönlich bekannt geworden.

Am 27. Januar ließ der Kanzler durch den Assessor v. Kurowski, der seit 1875 drei Jahre lang das schwierige Amt des Vorstandes des „Spezialbureau des Reichskanzlers" ausgezeichnet verwaltete, dem Lehrer Hildebrand in Wachenheim in der Rheinpfalz seinen Dank für die Begrüßung durch die Schüler der dortigen oberen protestantischen Knabenschule telegraphisch aussprechen. Am 20. Februar aber richtete er ein eigenhändiges Glückwunschschreiben an Leopold v. Ranke zu dessen 60jährigem Doktorjubiläum, mit dem Wunsche: „Der Jubilar möge noch lange des Geschaffenen sich erfreuen und in reicher Geisteskraft weiter schaffen."

Am 15. März verlieh die Stadt Göttingen dem Fürsten das Ehrenbürgerrecht, in Erinnerung an die von ihm in jener Universitätsstadt „verlebte akademische Jugendzeit, in Erwiderung des oft bewiesenen treuen Gedächtnisses für diese Stadt und in freudiger Anerkennung der großen Verdienste, welche derselbe um die Machtstellung der deutschen Nation und Herstellung des deutschen Kaiserreichs sich erworben hat." Die Deputation der Stadt, welche ihm den Ehrenbürgerbrief am 1. April überreichte, wurde am 2. zum Diner geladen.

Am 22. März erschien Fürst Bismarck zum achtzigsten Geburtstag des Kaisers Wilhelm I. zu persönlichem Glückwunsch in dessen Palais. An diesem Tage ernannte ihn die Huld des Monarchen zum Erboberlandjägermeister des Herzogtums Pommern. Acht Tage darauf, am 1. April, feierte Fürst Bismarck seinen 62. Geburtstag — wir erinnern uns, in welch ernster Stimmung, da der Reichskanzler am 27. März den Abschied von allen seinen Ämtern gefordert hatte und die schwere „Kanzlerkrisis" am 1. April noch unausgetragen war. Aber nur Freude und Licht sollte den Kanzler an diesem Tage umschweben. Der Kaiser, der Kronprinz und der Großherzog von Baden erschienen persönlich bei ihm zur Beglückwünschung.

Der König von Italien sandte als Geschenk eine farbige transparente Alabastervase auf einer Säule. Unzählige Glückwünsche und Geschenke dankbarer Landsleute liefen ein. Wir erwähnen hiervon nur den originellen Gruß aus dem „halben Mond“ in Weißenfels:

Durchlaucht, wir gratulieren,
Sie sind dies zwar gewohnt,
Doch selten mag's passieren
Von Gästen aus dem Mond.

Die „Durchlaucht“ erwiderte:

Daß mir Gratulationen
Vom Monde aus gebracht,
Wo selten Gäste wohnen,
Das hätt' ich nie gedacht.

Dem Hofphotographen Festge in Erfurt dankte Bismarck am 5. April für ein sinniges Geschenk: die Übersendung der Photographien des vom Abgeordneten Otto v. Bismarck zur Zeit des Erfurter Parlaments bewohnten Hauses am Anger und des Innern der Augustinerkirche, in welcher die Sitzungen stattfanden. Am 9. April, als Deutschland bei Abschluß der Kanzlerkrisis wieder aufatmete, ernannte die Stadt Merseburg den Fürsten Bismarck zum Ehrenbürger.

Wir erinnern uns aus der früheren Darstellung der Kanzlerkrisis (s. o. S. 356 fg.), daß Bismarck am 10. April einen längeren Urlaub bewilligt erhielt, und daß zu seiner Entlastung von Arbeit an diesem Tage Graf Herbert als Kabinetschef beim Vater eintrat. Der Geburtstag der Fürstin am 11. April wurde noch in Berlin gefeiert. Am 16. aber begab sich die Familie nach Friedrichsruh. Am 29. wurde das Bismarckdenkmal zu Kissingen in den Anlagen der kgl. Salinenbadeanstalt enthüllt. Vom 25. Mai an verweilte der Fürst dann mit Gemahlin, Tochter und Sohn Herbert wieder zur Kur in Kissingen. Die Wohnung wurde in der oberen Saline genommen. Von hier schrieb er am 29. Mai an den Vorstand der Stendaler Schützengilde: „Die mir durch den meisterhaften Schuß des Herrn Klühe zugefallene Schützenkönigswürde nehme ich gern an und sage meinen Stendaler Mitbürgern für ihre freund-

was des Kaisers ist, und einen kleinen Zoll für ihn übrig haben!" Der Reichstag nahm die Holzzölle am 28. Mai mit 172 gegen 88 Stimmen an und machte am nämlichen Tage bis zum 9. Juni Pfingstferien.

Fürst Bismarck brachte die Erholungstage in Varzin zu. Vor seiner Abreise sprach er noch dem Vorsitzenden der Tarifkommission des Reichstags, dem Abg. Frhrn. zu Franckenstein, seine ernste Mißbilligung aus über das langsame Fortschreiten der Beratungen dieser Kommission. Der Tadel erreichte die ganz richtige Adresse. Denn allein das Zentrum, das sich immer noch „freie Hand" wahren wollte, war an dieser Verzögerung schuld. Indessen ließ sich diese Zauderpolitik nun doch nicht länger forttreiben, zumal da auch Bennigsen bei der Rückkehr des Kanzlers aus Varzin am 9. Juni seine Verhandlungen mit demselben wieder eifrig aufnahm. Mit Sicherheit ließ sich nun übersehen, daß die Mehreinnahmen aus den Zollerhöhungen und der neuen Tabaksteuer die Bedürfnisse des Reiches für längere Zeit so vollständig decken würden, daß Matrikularbeiträge nicht mehr ausgeschrieben zu werden brauchten. Für das dem Reichstag damit entgehende Einnahmebewilligungsrecht verlangte Bennigsen eine „Garantie", wogegen er und seine Freunde für den Zolltarif u. s. w. stimmen würden. Er machte den praktischen Vorschlag, einzelne Reichseinnahmen nach Quoten oder Prozentsätzen durch den Reichstag jährlich bewilligen zu lassen, namentlich die lästige und ungerechte Salzsteuer und den Kaffeezoll. Erniedrigten sich die Bedürfnisse des Reiches oder stiegen, wie vorauszusehen, die neuen Zolleinnahmen über den Voranschlag, so konnte nach Bennigsens Vorschlag die allgemeine Steuerlast ermäßigt werden. Zugleich schlug Bennigsen vor, die Verwendung der sicher zu erwartenden Überschüsse über das Reichsbedürfnis, durch Reichsgesetz in der Weise festzustellen, daß alle diese Überschüsse der Reichseinnahmen aus den neuen Schutz-, Finanzzöllen und Steuergesetzen, soweit über dieselben nicht durch Reichsgesetz verfügt werde (z. B. bei erhöhten Heeresbedürfnissen), an die Bundesstaaten nach der Kopfzahl ihrer Bevölkerung verteilt würden. Das Zentrum dagegen

verlangte durch seinen Führer, den bayerischen Freiherrn v. Franckenstein — Windthorst hielt sich klug zurück — eine ganz andere „Garantie". Es wollte dem Reiche die Einnahme aus den Zöllen und der Tabaksteuer nur in der bisherigen Höhe von 108 Millionen Mark — äußersten Falls in Höhe von 130 Millionen — überlassen; die gesamte Mehreinnahme sollte dagegen durch Reichsgesetz, also für immer, den Bundesstaaten überwiesen werden. Um keinen Zweifel zu lassen, was dieser Antrag bezweckte, bezeichnete das Zentrum dieses Verlangen als die „föderative Garantie", auf welcher es unter allen Umständen bestehen müsse.

Wenn diese „föderative", d. h. staatenbündlerische, „Garantie" gewährt wurde, so war das Reich nicht mehr Herr seiner eigenen Einnahmen. Herren dieser Einnahmen waren vielmehr die Einzelstaaten, wenigstens zur größeren Hälfte, da das Reich den ganzen, 130 Millionen übersteigenden Überschuß an die Einzelstaaten herauszahlen mußte. Damit war eine der Hauptaufgaben der von Bismarck verfolgten Finanzpolitik, das Reich auf eigene Füße zu stellen, auf unbemessene Zeit vereitelt. Dagegen blieben die Matrikularbeiträge, die Bismarcks Finanzreform abschaffen wollte, bestehen, und wurden sofort fühlbar, sowie die Reichsbedürfnisse einmal 130 Millionen überstiegen. Dann mußte das Reich wieder als „lästiger Mahner" an den Thüren der Einzelstaaten einsammeln. Alles dieses — was zu Ehren seines Erfinders in den Worten „die Franckensteinsche Klausel" zusammengefaßt wurde — erschien den Empfindungen von Millionen Deutscher als Verkehrung des Reichsgedankens in sein Gegenteil. Trotzdem durchlief am 25. Juni die erregende Kunde das Deutsche Reich, daß eine Mehrheit des deutschen Reichstags — Konservative und Zentrum — sich über die Franckensteinsche Klausel geeinigt habe. Zehn Tage später, nach geraumer und zweifelnder Überlegung, gab auch Bismarck seine Zustimmung. Bennigsen vermochte dem Kanzler nur 70 Gefolgsleute in Aussicht zu stellen, das Zentrum zählte 94. Vor allem aber führte in der nationalliberalen Fraktion, die am 1. und 4. Juli nach einer Pause von zwei Monaten wieder die ersten

Sitzungen über die alles beherrschende Frage hielt, der „linke Flügel" so laut und souverän das große Wort, als habe die ganze Partei seinen Losungen zu folgen. Es ist wohl kein bloßer Zufall, daß Bismarck am Tage nach dem skandalösen Auftreten des „linken Flügels" in der nationalliberalen Fraktionssitzung vom 4. Juli, und nachdem in eben dieser Sitzung der Antrag gestellt worden war: „die Tarifvorlage mit dem Antrag Franckenstein für unannehmbar zu erklären", sich für diesen Antrag entschied. Dieser Tag — und auch der Beweggrund — seiner Entscheidung läßt sich feststellen aus Bismarcks Reichstagsrede vom 9. Juli, auf welche wir bald noch näher eingehen werden. Da sagte der Kanzler: „Ich werde den Franckenstein'schen Antrag befürworten — zuzustimmen habe ich ja in dieser Versammlung nicht — und zwar habe ich mich dazu erst seit kurzem entschlossen, seit wenigen Tagen, ich habe mich am vorigen Sonntag*) bedingt dazu entschlossen, ich habe mich definitiv dazu erst entschlossen, nachdem ich in einer Gesamtprüfung der Wege, welche die Herren, die heute in der Opposition sind, gehen, mich überzeugt habe, daß sie Wege eingeschlagen haben, die ich niemals gehen kann, und die die verbündeten Regierungen nicht gehen können. Die Kundgebungen, die außerhalb dieses Hauses von sehr hervorragenden Mitgliedern einer großen Partei stattgefunden haben" (gemeint ist die nationalliberale), „ja, meine Herren, die nötigen mich zu Rat zu gehen mit meinem eigenen Pflichtgefühl gegenüber der Gesamtheit des Reiches."

Diese Entscheidung des Reichskanzlers veranlaßte, noch ehe der Reichstag am 9. Juli darüber verhandelte, den Rücktritt der Minister Hobrecht und Falk. Der dritte liberale Minister Friedenthal ging aus anderen Gründen mit ihnen ab. An ihrer Stelle wurden Lucius Landwirtschaftsminister, Bitter Finanzminister. der bisherige Oberpräsident von Posen, v. Puttkamer, Kultusminister. Dieser Dekorationswechsel entsprach in der Farbe einigermaßen dem Haupt=

*) Der 9. Juli 1879 war ein Mittwoch, der „vorige Sonntag" war also der 6. Juli. Am 5. erhielt Bismarck Kenntnis von den Vorgängen in der Sitzung der nationalliberalen Fraktion vom 4. Juli.

gegenstande der Reichstagsdebatte vom 9. Juli, der Klausel Franckenstein. Kein Geringerer als Bennigsen lieh da dem tiefen Eindruck dieser Rücktritte sein Wort und forderte im Namen der gesamten nationalliberalen Partei ohne Ausnahme die Ablehnung der Klausel des Centrums. Denn sie „verändert das Verhältnis der Reichsgewalt zu den einzelnen Staaten, die ohnehin nur sehr vorsichtig und eben ausreichend ausgestattete Reichsgewalt erfährt auf dem finanziellen Gebiet eine Einschränkung oder Verkümmerung ihrer Rechte." Wenn man diese unleugbare Verfassungsänderung zu bemänteln suche mit der Ausflucht, es handle sich „nur um eine andere Art der Verrechnung", so wäre das, ruft Bennigsen unter lautem Beifall, „wirklich mehr die Auffassung eines Kalkulators als eines Politikers." Auch stehe der Antrag Franckenstein der Auffassung des Reichskanzlers in dessen Reden vom 21. Februar und 2. Mai 1879 entschieden entgegen. Daß die Sache nicht bloß eine rechnerische, sondern eine wesentlich politische Seite habe, ergebe sich aus „dem Verhalten des Centrums in der Komission, in ihrer Presse und sonstigen Erklärungen." Bei weitem schärfer noch als Bennigsen sprach sein greiser Fraktionsgenosse Beseler, einst Mitglied des Frankfurter Parlaments. „Ich will die Hand nicht bieten zur Durchführung einer solchen Anarchie der Gesetzgebung," rief er. „Das nenne ich das Reich degradieren."

Nach Beseler ergriff Bismarck das Wort, um den Antrag Franckenstein so harmlos als möglich hinzustellen. „Der ganze Streit, um den es sich hier handelt, macht mir ungefähr den Eindruck wie das bekannte bonnet blanc oder blanc bonnet," sagte er, „oder ob ich spreche von einem schwarzen Tuchrock oder von einem Rock von schwarzem Tuche." Mit andern Worten, es sei vollkommen gleichgültig, ob das Reich seine Einnahmen in der Kasse behalte, oder ob sie ihm von den Einzelstaaten als Matrikularumlagen wieder entrichtet würden. Im finanziellen Ergebnis gewiß, aber nicht für die Stärkung und Popularität des Reichsgedankens. Deshalb vermied Bismarck auch sorgfältig, zu erklären, warum er jetzt den entgegengesetzten Standpunkt in Bezug auf die Selbstän-

digkeit der Reichsfinanzen vertrete als in seinen von Bennigsen angezogenen Reden vom 27. Februar und 2. Mai 1879, und warum er so lange gezögert habe, ehe er dem Centrumsantrag „bedingt" und endlich „unbedingt" zustimmte. Der Reichskanzler glaubte sich eben in die Notwendigkeit versetzt, die Tarif- und Steuerreform mit Hilfe des Centrums unter Dach zu bringen, und diese Hilfe war nur um den Preis der Klausel Franckenstein zu haben. Eine andere Entscheidung hatten die fortschrittlichen Elemente der nationalliberalen Partei verhindert, und mit ihnen hielt Bismarck daher in derselben Rede furchtbare Abrechnung. Unter „anhaltender großer Unruhe und lebhaftem Widerspruch links" machte er ihnen zum Vorwurf: „Mit Bestrebungen, die sich dergestalt kennzeichnen, kann ich nicht gehen, mit denen kann das Reich nicht bestehen, sie sind Untergrabungen des Reichsbestandes gerade so gut, wie die sozialdemokratischen Untergrabungen .... Den Herren kann ich nur eine größere Bescheidenheit für die Zukunft anraten, da sie, wenn sie hochkommen und geschlossen einig sind, was doch zu den Seltenheiten gehört, immer nur ein Viertel von der Versammlung kaum erreichen ... Eine Fraktion kann sehr wohl die Regierung unterstützen und dafür einen Einfluß auf sie gewinnen, aber wenn sie die Regierung regieren will, dann zwingt sie die Regierung, ihrerseits dagegen zu reagieren." Noch bei Beratung des Sozialistengesetzes habe Bismarck gehofft, „wir würden, vom rechten Flügel abgezählt, in drei Bataillonen, vielleicht getrennt marschieren und vereint fechten können. Diese Voraussicht hat sich leider nicht bestätigt, sondern die Herren (Nationalliberalen) sind in ihrer Presse in einen Zorn und in eine Sprachweise verfallen, die mich vollständig degoutieren und abwendig machen mußten."

Dagegen erhielt das Centrum einen bedeutsamen Händedruck in den Worten: „Wenn man sich gegenseitig kennen und durch gemeinsames Arbeiten an einem gemeinsamen und hohen Zweck sich gegenseitig achten lernt." Windthorst antwortete darauf spöttisch und kühl: Was das Centrum thue, geschehe nur der Sache willen. „Es ist uns nichts versprochen und nichts in Aussicht gestellt. Ich

sage das, weil man behauptet, wir würden schließlich düpiert werden. Wenn wir solche Versprechungen nicht haben, können wir auch nicht düpiert werden. Übrigens will ich Ihnen sagen, wer mich düpieren will, der muß ein bischen früh aufstehen. Nachdem wir dies gethan und heute thun, wird sich wohl niemand mehr finden, der behaupten wollte, daß wir reichsfeindlich sind, daß wir keinen Patriotismus haben. Die besten Freunde pflegen die zu sein, welche in der Not helfen. Das Reich war in Not, und die Einzelstaaten waren es auch, und wir bewähren uns also als Freunde auch des Reichs." Freilich nur um den Preis des Franckensteinschen Antrags, setzte Windthorst gleich hinzu. Da waren denn die „wahren Freunde des Reichs", die Herren vom Centrum, zur Hand. Sie ließen sich, wie Lasker treffend bemerkte, zu dem Wechsel auch noch den Ehrenschein ausstellen, und der Reichstag unterzeichnete beide durch Annahme der Franckensteinschen Klausel mit 211 gegen 122 Stimmen.

Das Gesamtergebnis der am 12. Juli geschlossenen Reichstagsberatungen aber war ein glänzender Sieg Bismarcks. Abgelehnt wurden nur die Brausteuer und bezüglich der Tabakbesteuerung die Lizenzsteuer und Nachsteuer. Im übrigen wurde Bismarcks Tarif- und Finanzreform mit großer Mehrheit (217 gegen 107 Stimmen) genehmigt, auch wurde die Tabaksteuer auf 85 Mark für ausländischen und auf 45 Mark für inländischen Tabak erhöht. Auf Andringen der Landwirte erhöhte der Reichstag in der dritten Lesung aus eigenem Antriebe den Roggenzoll von 50 Pfg. auf 1 Mark, wogegen die Landwirte wieder für die von den industriellen Schutzzöllnern geforderte Erhöhung der Eisenzölle stimmten.

Dagegen war Bismarck mit seinen Eisenbahnreformbestrebungen auch im Jahre 1879 schon im Bundesrat an dem Widerspruch der drei Königreiche gescheitert, obwohl er sich diesmal auf die Forderung beschränkte, das Gütertarifwesen der deutschen Eisenbahnen einheitlich durch Reichsgesetz zu regeln.*) Ebenso vergeblich waren

*) Eingehend behandelt bei Blum, Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks S. 343/46.

Bismarcks Versuche, in einem Gesetzentwurfe vom 15. Mai 1879 vom Bundesrat ein deutsches Eisenbahngesetz, einen Reichseisenbahnrat und ein Eisenbahnverwaltungsgericht bewilligt zu erhalten. Der Entwurf blieb unerledigt im Bundesrat stecken. Das waren Bismarcks letzte Anstrengungen, die Eisenbahnreform von Reichswegen und mit Reichsbehörden durchzuführen. Um so gewaltigere Erfolge erzielte er, wie wir später darlegen werden, bei Durchführung seiner Eisenbahnreformpläne auf preußischem Boden und in den Reichslanden. Dadurch zwang er die widerwilligen Mittelstaaten zur Nacheiferung.

Aber schon der Erfolg, mit welchem diese denkwürdige Tagung des Frühjahrs 1879 abschloß, war ungeheuer. Innerhalb eines halben Jahres hatte die Thatkraft und zielbewußte Klarheit des einen Mannes die herrschende Wirtschaftspartei gestürzt, Deutschlands Finanz- und Zollpolitik vollkommen umgestaltet und die in anhaltender Gedankenarbeit ersonnenen und durchdachten Gesetze im Bundesrat und Reichstag zur Annahme gebracht. Damit schien auch die Erreichung eines neuen, noch höheren Zieles möglich geworden: die deutsche Sozial-Reformpolitik.

Viertes Kapitel.

Persönliches aus den Jahren 1877 bis 1879.

Dem Jubiläum der siebzigjährigen militärischen Dienstzeit, welches Kaiser Wilhelm am 1. Januar 1877 beging, hatte Fürst Bismarck infolge einer heftigen Aderanschwellung, an welcher er damals litt, fern bleiben müssen. Die am 13. Januar 1877 erfolgte Ernennung des Grafen Herbert zum Legationssekretär bei der deutschen Botschaft in Wien war ein erfreuliches Ereignis auch für den Vater, dessen damalige gute Stimmung in folgendem von Poschinger*) berichteten Vorgang hervortritt. Der Direktor der königlichen Akademie der Künste, Maler Anton v. Werner, verkehrte in jenen Tagen viel bei Bismarck, um Porträtstudien zu dem Bilde „Die Kaiserproklamation in Versailles" zu machen, das dem Kaiser am 22. März 1877 zum 80. Geburtstag überreicht werden sollte. Auch bei einem Familiendiner im Reichskanzlerpalais, am 15. Januar, war Anton v. Werner zugegen und überbrachte dem Fürsten das erste Exemplar der eben vollendeten, von ihm illustrierten neuen zweiten Auflage von Scheffels berühmtem „Gaudeamus". Bismarck begann sofort seiner Umgebung aus der bekannten humorsprudelnden Dichtung vorzulesen und die Illustrationen seines Gastes zu erläutern. Dabei nahm er eine so trauliche Haltung ein, und aus seinen Gesichtszügen sprach soviel Heiterkeit, daß Werner sich gedrängt fühlte, diese freundliche Scene aus einer der so seltenen

*) Neue Tischgespräche und Interviews S. 96/97.

Mußestunden des Kanzlers in sein Skizzenbuch einzutragen. So entstand die bekannte und viel bewunderte Bismarck-Skizze Anton v. Werners. Scheffel seinerseits war im Sommer 1876 in Kissingen mit Bismarck persönlich bekannt geworden.

Am 27. Januar ließ der Kanzler durch den Assessor v. Kurowski, der seit 1875 drei Jahre lang das schwierige Amt des Vorstandes des „Spezialbureau des Reichskanzlers" ausgezeichnet verwaltete, dem Lehrer Hildebrand in Wachenheim in der Rheinpfalz seinen Dank für die Begrüßung durch die Schüler der dortigen oberen protestantischen Knabenschule telegraphisch aussprechen. Am 20. Februar aber richtete er ein eigenhändiges Glückwunschschreiben an Leopold v. Ranke zu dessen 60jährigem Doktorjubiläum, mit dem Wunsche: „Der Jubilar möge noch lange des Geschaffenen sich erfreuen und in reicher Geisteskraft weiter schaffen."

Am 15. März verlieh die Stadt Göttingen dem Fürsten das Ehrenbürgerrecht, in Erinnerung an die von ihm in jener Universitätsstadt „verlebte akademische Jugendzeit, in Erwiderung des oft bewiesenen treuen Gedächtnisses für diese Stadt und in freudiger Anerkennung der großen Verdienste, welche derselbe um die Machtstellung der deutschen Nation und Herstellung des deutschen Kaiserreichs sich erworben hat." Die Deputation der Stadt, welche ihm den Ehrenbürgerbrief am 1. April überreichte, wurde am 2. zum Diner geladen.

Am 22. März erschien Fürst Bismarck zum achtzigsten Geburtstag des Kaisers Wilhelm I. zu persönlichem Glückwunsch in dessen Palais. An diesem Tage ernannte ihn die Huld des Monarchen zum Erboberlandjägermeister des Herzogtums Pommern. Acht Tage darauf, am 1. April, feierte Fürst Bismarck seinen 62. Geburtstag — wir erinnern uns, in welch ernster Stimmung, da der Reichskanzler am 27. März den Abschied von allen seinen Ämtern gefordert hatte und die schwere „Kanzlerkrisis" am 1. April noch unausgetragen war. Aber nur Freude und Licht sollte den Kanzler an diesem Tage umschweben. Der Kaiser, der Kronprinz und der Großherzog von Baden erschienen persönlich bei ihm zur Beglückwünschung.

Der König von Italien sandte als Geschenk eine farbige transparente Alabastervase auf einer Säule. Unzählige Glückwünsche und Geschenke dankbarer Landsleute liefen ein. Wir erwähnen hiervon nur den originellen Gruß aus dem „halben Mond“ in Weißenfels:

Durchlaucht, wir gratulieren,
Sie sind dies zwar gewohnt,
Doch selten mag's passieren
Von Gästen aus dem Mond.

Die „Durchlaucht“ erwiderte:

Daß mir Gratulationen
Vom Monde aus gebracht,
Wo selten Gäste wohnen,
Das hätt' ich nie gedacht.

Dem Hofphotographen Festge in Erfurt dankte Bismarck am 5. April für ein sinniges Geschenk: die Übersendung der Photographien des vom Abgeordneten Otto v. Bismarck zur Zeit des Erfurter Parlaments bewohnten Hauses am Anger und des Innern der Augustinerkirche, in welcher die Sitzungen stattfanden. Am 9. April, als Deutschland bei Abschluß der Kanzlerkrisis wieder aufatmete, ernannte die Stadt Merseburg den Fürsten Bismarck zum Ehrenbürger.

Wir erinnern uns aus der früheren Darstellung der Kanzlerkrisis (s. o. S. 356 fg.), daß Bismarck am 10. April einen längeren Urlaub bewilligt erhielt, und daß zu seiner Entlastung von Arbeit an diesem Tage Graf Herbert als Kabinetschef beim Vater eintrat. Der Geburtstag der Fürstin am 11. April wurde noch in Berlin gefeiert. Am 16. aber begab sich die Familie nach Friedrichsruh. Am 29. wurde das Bismarckdenkmal zu Kissingen in den Anlagen der kgl. Salinenbadeanstalt enthüllt. Vom 25. Mai an verweilte der Fürst dann mit Gemahlin, Tochter und Sohn Herbert wieder zur Kur in Kissingen. Die Wohnung wurde in der oberen Saline genommen. Von hier schrieb er am 29. Mai an den Vorstand der Stendaler Schützengilde: „Die mir durch den meisterhaften Schuß des Herrn Klühe zugefallene Schützenkönigswürde nehme ich gern an und sage meinen Stendaler Mitbürgern für ihre freund-

liche Erinnerung, durch die ich mich sehr geehrt fühle, meinen verbindlichsten Dank." Die Rückkehr nach Berlin erfolgte am 30. Juni. Den 2. u. 3. Juli brachte Bismarck in Schönhausen zu, den 4. und 5. in Friedrichsruh und am 7. erfolgte dann in Begleitung von Gemahlin und Tochter die Abreise nach Varzin zu längerer Erholung. Hier erhielt er die Einladung zu der am 26. August stattfindenden Enthüllung der „Kanossasäule, genannt Bismarckstein", bei Harzburg und antwortete am 17. August: „Ich danke verbindlichst für die freundliche Einladung zur Enthüllung der Kanossa-Säule; ich kann aber leider der Feier nicht selbst beiwohnen, da mein Gesundheitszustand mir bisher noch nicht einmal gestattet, eine zweite mir empfohlene Badereise anzutreten. Ich werde aber, wo es auch sein mag, so Gott will, die Feier am 26. d. M. im Sinne der Unabhängigkeit deutschen Geistes von jeder Fremdherrschaft mit Ihnen gleichzeitig begehen."

Diese „zweite Badereise" nach Gastein konnte Bismarck indes doch schon am 20. August antreten. In Berlin, wohin ihn der Weg zunächst zu mehrtägigem Aufenthalt führte, erhielt er am 21. den Besuch des befreundeten nordamerikanischen Gesandten in Paris, Washburne, der während des französischen Krieges die in Paris zurückgebliebenen Deutschen so wacker vertreten hatte, und am nämlichen Tage erschien Bismarck zur Meldung beim Kaiser auf Schloß Babelsberg. Dieser lud den Fürsten und die Seinen für den folgenden Tag nach Schloß Babelsberg ein. Am 23. August erfolgte dann in Begleitung von Gemahlin und Tochter die Abreise nach Gastein, das am 25. erreicht wurde. Die Wohnung ward wie früher im Schwaigerhaus genommen. Bis zum 18. September blieb Bismarck mit den Seinigen in dem schon stille gewordenen Gastein, dessen Berge bei seiner Abreise schon mit frischem Schnee bedeckt waren. In Salzburg traf der Kanzler am 18. mit dem befreundeten Grafen Andrassy zusammen und besprach sich mit dem Leiter der auswärtigen Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie über die damals mit dieser schwebenden Handelsvertragsverhandlungen. In München trennte er sich am 21. September von Gemahlin und Tochter, die

noch zur Herbstkur nach Tölz gingen, der Fürst selbst kehrte am 22. nach Berlin zurück, wo er sogleich am 24. noch den bedeutungsvollen Besuch des italienischen Ministers des Auswärtigen, Crispi, empfing.

Nach kurzem Aufenthalt in Friedrichsruh vom 24. September bis 5. Oktober begab sich Bismarck am 8. alsdann nach dem geliebten Varzin, um daselbst an vier Monate, bis Mitte Februar 1878, zu verweilen. Es waren jene Monate, da die großen wirtschaftlichen Pläne gelassen und gründlich vorbereitet und die Verhandlungen mit Bennigsen geführt wurden. Da war Bismarck vom 25. Oktober an auch mit den Seinen wieder vereinigt. Zu Anfang November erschienen in Varzin drei Beamte der Telegraphenverwaltung, um dem Reichskanzler die damals neue Einrichtung des Telephons zu erläutern und die Anlage einer Telephonverbindung zwischen Varzin und Berlin auszuführen. Bismarck aber hatte keine Neigung, sich während seiner friedlichen Varziner Abgeschiedenheit in die „Rufweite“ der Reichshauptstadt bringen zu lassen. Ergötzlich schilderte der „Kladderadatsch“ die Scene,*) bei welcher der Dichter den Kanzler in Varzin durch das Telephon eine Sitzung im Abgeordnetenhause anhören läßt, in der Windthorst, Schorlemer, Bennigsen, Lasker reden:

— — — „Ich danke, Ihr Herrn für diese Erfindung,
Welche die friedlichen Tage mir stört des erquicklichen Urlaubs!“ —
Sprach's und warf auf den Boden mit Macht die gedrechselte Röhre,
Daß sie zerbarst und in Wimmern erstarb die gediegene Rede.
„Packen Sie ein, meine Herren, und sagen Sie Stephan, ich danke,
Danke recht sehr für das Ding! Adieu und glückliche Reise!“ —

Gegen den Jahresschluß erkrankte Bismarck an einer heftigen und schmerzvollen Halsentzündung, die ihn am 28. Dezember befiel, indessen bald vorüberging. Am 8. Januar 1878 erließ der Wiedergenesene in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung einen öffentlichen Dank für die zahlreichen, ihm beim Jahreswechsel zugegangenen Glückwünsche. Nachdem dann am 6. Februar der Reichstag eröffnet worden war, kehrte er am 14. nach Berlin zurück. Hier empfing er am 20. den König der Belgier zu einstündigem Besuche. Am 21.

*) Bismarck-Album des Kladderadatsch, 25. Auflage, S. 100.

wohnte er dem Galadiner bei, welches zu Ehren der Vermählung der Prinzessin Charlotte mit dem Erbprinzen von Meiningen und der Prinzessin Elisabeth mit dem Erbgroßherzog von Oldenburg ausgerichtet wurde. Am 24. Februar aber gab er wieder einmal einen leuchtenden Beweis für seine gerechte Würdigung der nationalen Vorkämpfer in den Bewegungsjahren 1848 fg. Nach einem Vortrag beim Kaiser ließ er nämlich am 24. Februar den Staatssekretär v. Bülow an Arnold Ruge in Brighton (England) schreiben: „Ew. Wohlgeboren benachrichtige ich auf das von dem Kaiserlichen Generalkonsul in London mir s. Z. vorgelegte gefl. Schreiben vom 24. Mai v. J. ergebenst, daß ich Ihnen vom 1. Januar 1877 ab bis auf weiteres einen außerordentlichen Ehrensold von jährlich 3000 M. bewilligt und den Herrn Generalkonsul beauftragt habe, Ihnen die bezüglichen Beträge für die Vergangenheit sofort, für die Zukunft in vierteljährlichen Raten pränumerando gegen Quittungen zu zahlen.“

Am 3. März empfing Fürst Bismarck den Besuch des in Berlin weilenden Kronprinzen Rudolf von Österreich, und erwiderte diesen folgenden Tages im Schlosse. Wenige Tage später, am 9. März, gab er die letzte parlamentarische Soiree und am 18. das letzte parlamentarische Diner in seiner alten Dienstwohnung.*) Deren Einrichtung und Ausstattung stammte noch aus dem Anfang dieses Jahrhunderts. Fürst Bismarck hatte oftmals seine heitere Spottlust daran geübt, aber nie auf eine Änderung gedrungen. In Frankreich würde kein Departements-Präfekt mit so bescheidenen Verhältnissen vorlieb nehmen, wie sie der Schöpfer der deutschen Einheit und Größe sechzehn Jahre lang sich gefallen ließ. Natürlich war da auch für goldbetreßte Lakaien kein Platz, und nicht einmal der Portier-Cerberus mit dem hohen goldknöpfigen Stabe in der feierlich ausgestreckten Rechten war in diesem „Palais“ zu erblicken. „Bei Bismarck klingelt man, wie bei anderen Sterblichen,“ berichtete Maurus Jókai erstaunt. Höchst bezeichnend für diese Verhältnisse ist ein Blick in das Berliner Adreßbuch vom

*) Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, I, 111/112.

Jahre 1878. Da heißt es: „Wilhelmstraße 76, Auswärtiges Amt des Deutschen Reichs (1. Abteilung)

Bade, Kutscher.
v. Bismarck-Schönhausen, Fürst, Reichskanzler.
Engel, Kammerdiener.
Grams, Hausdiener.
Lindstedt, Portier.
Niedergesäß, Diener.
Spitzenberg, Hausdiener.
Zimmermann, Gärtner."

Das war der ganze Hofstaat des Fürsten. Mehr ließ sich aber auch in den engen Räumen nicht unterbringen.

Am 23. März fand die erste parlamentarische Soiree in den neuen Prachträumen des Palais Radziwill statt. Fürst Bismarck führte seine Gäste durch die neue Pracht und sagte dabei, daß er sich in seiner alten Wohnung heimischer gefühlt habe. Später, am 18. Juni 1879, als er seine Gäste durch die drei herrlichen Gärten des Palais geleitete, erzählte er: er sei genötigt gewesen, eine Mauer um den Garten ziehen und Coulissen aus Leinwand zwischen Flaggenmasten an exponierten Stellen aufziehen zu lassen, weil das anstoßende Haus in der Königgrätzerstraße, von welchem aus man in seinen Garten hineinsehen konnte, an Engländer vermietet gewesen sei, die stundenlang, mit ihren Fernrohren bewaffnet, auf ihn lauerten und ihn in lästigster Weise beobachteten.

Zum 63. Geburtstag am 1. April 1878 brachte die Kapelle des Kaiser-Alexander-Garderegiments dem Gefeierten eine Morgenmusik dar. Aus der erheblichen Zahl der zum Feste eingelaufenen Glückwünsche sei nur ein launiger Gruß hervorgehoben, den der Dichter der „Bismarckias", Dr. Gustav Schwetschke in Halle, sandte; er stellte dem Fürsten nach der 17. Ode des 2. Buches des Horaz zum Geburtstag das Horoskop. „Wage, Skorpion und Steinbock!" schienen das Geburtstagskind „kritisierend anzuschauen". Die Wage „in den Händen eines kleinen, rechtsverbohrten Parlamenters" (Lasker). „Und von Skorpion und Steinbock welche Blicke! Doch wir wollen nur auf Einen kurz hier deuten, der halb Skorpion, halb Stein-

bock Ihm von Muffrika gesandt" (Windthorst). Aber ach! noch ein viertes düsteres Zeichen droht dem deutschen Staatsmann: die Jungfrau (virgo, d. h. Virchow), „omnibus de rebus loquax et quibusdam aliis".*) Bismarck sagte seinen „verbindlichsten Dank für den sterndeutenden Dichtergruß" und fügte bei: „Das mir gestellte Horoskop deutet zwar auf mancherlei Schwierigkeiten für die Zukunft, doch hoffe ich, dieselben mit allen mir gleich Ihnen befreundeten und helfenden Bundesgenossen glücklich zu überwinden."

Schon am 17. April zog es den Kanzler hinaus aufs Land; er reiste zunächst allein ohne Familie nach Friedrichsruh. Doch schon am 19. folgte die Fürstin nach, da ihr Gemahl sich unwohl befand. Am 20. erkrankte dieser an Gürtelrose und zwar so heftig, daß vom 24. bis 28. April der Geheimrat Dr. Struck nach Friedrichsruh berufen werden mußte. Die Attentate vom 11. Mai und 2. Juni zwangen den Halbgenesenen am 3. Juni zur Rückkehr nach Berlin. Bismarck stand noch unter dem frischen Eindruck dieser Schandthaten, als er am 27. Juni den Besuch des vormaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, des Generals Ulysses Grant, empfing, und schon früher sind in diesem Werke die rührenden Worte mitgeteilt worden, in denen der Kanzler seinem Gaste die herrliche Gestalt und Persönlichkeit seines Kaisers schilderte (Bd. II S. 201 fg.). Beide Männer waren auch darüber einig, daß man die Urheber solcher Schandthaten einfach vernichten müsse, alle, die dazu mitwirkten. Mit Bezug auf die Arbeiten des damals versammelten Berliner Kongresses bemerkte Bismarck zu Grant: „Ich glaube, Rußland hat (in dem Vertrag von San Stefano) mehr verschlungen, als es zu verdauen im stande ist, und das Ziel der Kongreßbestrebungen muß sein, Rußland Linderung zu verschaffen. Der Krieg war für Rußland hart, und es sehnt sich naturgemäß nach Frieden." Am 1. Juli erwiderte Bismarck im Kaiserhofe Grants Besuch. Und noch einmal, am 11. September, kam der amerikanische Expräsident nach

*) Stets geschwätzig über alles und auch über ein'ges mehr.

Gastein zum Besuch des Fürsten und dann auch zur Audienz beim Kaiser Wilhelm, der Bismarck beiwohnte.

Nachdem am 13. Juli 1878 der Berliner Kongreß geschlossen war, erschien am 15. Graf Lehndorff beim Reichskanzler, um diesem im Auftrag des Kaisers dessen Bild in ganzer Figur, von Winterhalter gemalt, zu überreichen.

Wie in den Vorjahren gebrauchte Bismarck auch im Jahre 1878 die Kur in Kissingen und verweilte dort in Begleitung von Gemahlin und Tochter vom 17. Juli bis 17. August. Dann gebrauchte er wie im Jahre 1877 auch noch die Kur in Gastein. Am 24. Juli hatte er die Freude, hier den von seinem Schmerzenslager wieder erstandenen Kaiser Wilhelm begrüßen zu dürfen. Am 16. August kehrte der Kanzler nach Berlin zurück, um an den Beratungen des Reichstags über das Sozialistengesetz teilzunehmen.

Nach der früher (o. S. 337) erwähnten großen Reichstagsrede vom 17. September erkrankte Bismarck am Abend an Nesselfieber und mußte auch die zwei folgenden Tage das Bett hüten. Dann folgte aber am 22. September ein sehr freudiges Familienereignis: die Verlobung der einzigen Tochter, Gräfin Marie, mit dem Grafen Kuno v. Rantzau. Am 5. Oktober empfing die Kronprinzessin die Verlobten.

Während der Beratungen der Kommission des Reichstags über das Sozialistengesetz konnte Bismarck vom 23. bis 29. September einen kurzen Ausflug nach Varzin machen. Am 29. erfolgte die Rückkehr nach Berlin. Einer höchst unpolitischen Scene, die sich im neuen Reichskanzlerpalais in jenen Tagen abspielte, ist hier zu gedenken. Der Hausherr, der damals immer noch bis tief in die Nacht hinein arbeitete und dafür des Morgens um so länger schlafen mußte, um das Gleichgewicht der Kräfte herzustellen, empfing in früher Morgenstunde den Besuch eines ihm persönlich nahestehenden Reichstagsabgeordneten, der gekommen war, um dem Freunde seine Glückwünsche zur Verlobung der Gräfin Marie darzubringen.*)

---

*) Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, II, 284/85.

Bismarck ließ sich diesmal gern in seinem Schlummer stören, befahl, den Lieben und Getreuen in das Empfangszimmer einzulassen und den „Reichshund“ Tyras, der den Herrn bis dahin bewacht hatte, in das Empfangszimmer mitzunehmen, damit der Freund bis zum Erscheinen des Reichskanzlers „wenigstens einige Zerstreuung habe“. Die ehrenvolle Aufgabe, den Hausfreund gebührend zu empfangen, übte nun der Reichshund zunächst in der Weise aus, daß er den ihm Fremden knurrend beschnüffelte, so daß dieser dem Diener die Besorgnis äußerte, Tyras werde den Eindringling am Ende à la Gortschakoff behandeln. Das geschah nun glücklicherweise nicht, aber Tyras machte sich in anderer Weise zum chien terrible. Er ergriff nämlich ohne weiteres des Abgeordneten Klapphut, der auf einem Fauteuil lag, mit den Zähnen und legte ihn würdevoll an der Thürschwelle nieder. Der Abgeordnete legte dem Verhalten des klugen Tieres offenbar eine symptomatische Bedeutung bei. Er entsann sich, daß sein früher Besuch nicht zu den Gewohnheiten des Hauses passe. Er zog seine Karte aus der Tasche und übergab sie dem Diener mit der Bemerkung, er bitte Se. Durchlaucht wegen der Störung zu so früher Morgenstunde um Entschuldigung und werde sich erlauben, nach einigen Stunden wieder vorzusprechen. Als Fürst Bismarck von dieser neuen Frevelthat seines Hundes Kenntnis erhielt, konnte er sich des Lächelns nicht erwehren, soll dann aber gesagt haben: „Der Schlingel bringt mich noch um meine besten Freunde!“

Weil hier vom „Reichshunde“ Tyras die Rede ist, sei es dem Verfasser gestattet, dessen zu gedenken, was ihm selbst der Fürst gelegentlich von eben diesem Tyras dem Älteren sowie dessen Vorgänger Sultan erzählt hat. Nach einem dazwischen geworfenen Wort der Fürstin, war Sultan der „rührendste“ Hund, den ihr Gemahl je besaß. „Wenn ich verreiste,“ bestätigte Bismarck, „so suchte er mich überall mit großer Traurigkeit. Endlich ergriff er dann zu seinem Troste meine weiße Militärmütze und meine hirschledernen Handschuhe, trug diese in den Zähnen in mein Arbeitszimmer und blieb dort, mit der Nase an meinen Sachen, liegen, bis ich wieder

kam. — Auch der alte Tyras war sehr intelligent und treu. Wenn ich nach dem Reichstag ging, so nahm ich den Weg durch den Garten hinter dem Reichskanzlerpalais, öffnete hier die Pforte nach der Königgrätzerstraße, drehte mich gegen Tyras um, der mich bis dahin vergnügt begleitet hatte, und sagte bloß: ‚Reichstag!‘. Sofort ließ der Hund Kopf und Schwanz hängen und zog niedergeschlagen von dannen. Einst hatte ich meinen Stock, den ich auf die Straße nicht mitnehmen konnte, da ich in Uniform ging, an die Innenmauer des Gartens gestellt, ehe ich durch die Pforte schritt. Nach vier Stunden kam ich aus dem Reichstag zurück. Tyras begrüßte mich nicht beim Eintritt ins Haus, wie sonst stets, und ich fragte daher den Schutzmann, wo der Hund sei? ‚Der steht seit vier Stunden hinten an der Gartenmauer und läßt niemand zu Euer Durchlaucht Stock,‘ erwiderte der Mann. Ein ander Mal ging ich in Varzin in Begleitung von Tyras spazieren und sah auf einer Karre eine Fuhre Holz liegen, die ich für gestohlen hielt, weil sie aus grünem Holze gehauen war. Ich gebot dem Hund, bei der Fuhre zu bleiben, und entfernte mich, um jemand zu holen, der die Sache aufklären könne. Als ich zurücksah, gewahrte ich aber, daß Tyras mir leise und geduckt nachschlich. Ich kehrte zurück und legte einen Handschuh auf die Karre. Da blieb Tyras dort stehen wie angewurzelt.“ Über das spätere Ende des tüchtigen Tieres erzählte der Fürst dem Verfasser: „Tyras ist an Altersschwäche eingegangen. Einen Tag vor seinem Tode war er schon so steif, daß ich ihn wie einen Hammel von oben (dem ersten Stock in Varzin) in mein Arbeitszimmer tragen lassen mußte. Dann, als ich nach Hause kam, wedelte er noch. Das nächste Mal, an seinem Todestage, konnte er auch nicht mehr wedeln und gab nur durch seinen Ausdruck zu verstehen, daß er mich erkannt habe. Während ich dann am Tische schrieb, sah ich ihn plötzlich lautlos in mein Schlafzimmer sich schleppen und gleich darauf sagte mir der Diener, der ins Schlafzimmer getreten war: ‚Der Tyras liegt tot ausgestreckt im Schlafzimmer.‘“ —

Am 22. Oktober, nach Erlaß des Sozialistengesetzes, begab

sich Fürst Bismarck auf einige Tage nach Friedrichsruh. Die Fürstin begleitete die Tochter mit deren Bräutigam am 27. zum Besuche der Mutter desselben nach Seeburg bei Kiel. Am 3. November abends kehrte der Fürst zur Hochzeitsfeier nach Berlin zurück, wo die Gemahlin schon seit dem 1. wieder weilte. Am 4. fand die Feier des Polterabends unter Teilnahme des Kronprinzen statt. Am 5. schob sich dazwischen eine Taufe im Hause des Schwagers v. Arnim-Kröchlendorf, welcher die ganze Familie Bismarck beiwohnte, am 16. aber fand dann die Vermählungsfeier im Saale des Reichskanzlerhauses statt. Der Prediger Vorberg von der Bartholomäuskirche in Berlin hielt die Traurede. Von Abgeordneten waren Kleist-Retzow, v. Blanckenburg, Dietze-Barby und Dr. Lucius geladen. Graf Lehndorff überbrachte die Geschenke des Kaisers. Für den Fürsten den Roten Adlerorden mit Krone, Zepter und Schwert; der Fürstin ein prachtvolles Armband, durch dessen Arabesken sich der Name „Maria“ schlingt, der Braut einen herrlichen Solitaire. Die Hochzeitstafel*) — im großen Speisesaal des Palais Radziwill zu ungefähr 60 Couverts gedeckt — war mit dem goldenen und silbernen Hausschatz der Familie überaus reich geschmückt. Unter den übrigen prächtigen Aufsätzen stand inmitten der Tafel ein in Silber getriebener Tafelaufsatz, gekrönt durch die Germania und ein Dreigespann aus oxydiertem Silber, ein Geschenk des russischen Kaisers. Von den Angehörigen des Reichskanzlers nahmen, außer der eigentlichen Familie, noch sein Bruder, Landrat v. Bismarck-Naugard, und sein Schwager Arnim-Kröchlendorf teil, von der Familie des Bräutigams ein älterer Bruder, Major Graf Rantzau und eine ältere Schwester. Den ersten Toast brachte in kurzen herzlichen Worten der Reichskanzler auf den Kaiser aus. Dann leerte der Staatssekretär des Auswärtigen v. Bülow mit schwungvollen Worten sein Glas auf das Wohl des Brautpaares. Darauf erhob sich Major Graf Rantzau und feierte das Elternpaar, den Fürsten und die Fürstin Bismarck. Kleist-Retzow gedachte des deutschen

*) Das Folgende nach Poschinger, Neue Tischgespräche und Interviews, S. 102.

Vaterlandes, Graf Lehndorff der Brautjungfern und Brautführer, und schließlich ergriff der Reichskanzler nochmals das Wort, um auf die Verbindung der Familien Bismarck und Rantzau zu trinken, von ihnen gelte der Wahlspruch Schleswig-Holsteins: „Up ewig ungedeelt!"

Am 12. November begab sich Bismarck dann in Begleitung des Grafen Herbert nach Friedrichsruh, um hier, wie früher berichtet wurde, die Vorarbeiten für seine großen wirtschaftlichen Reformpläne abzuschließen. Am 17. Dezember traf Minister Hobrecht in Friedrichsruh ein, um einige dieser Fragen mit dem Reichskanzler zu besprechen.*) Er kam zum zweiten Frühstück an, die amtliche Besprechung aber verschob der Fürst auf den Abend. Zunächst machte er mit dem Gast eine mehrstündige Fahrt durch den Sachsenwald und einige an seiner Grenze liegende Dörfer und Vorwerke. Nach der Rückkehr reiches Diner, Pfeife und Zigarre, dann erst zog sich Bismarck mit seinem Gast zur Beratung zurück. Nachdem Beide sich verständigt hatten, diktierte Bismarck seinem Sohne bis nach ein Uhr nachts in Gegenwart Hobrechts das Ergebnis, und als Graf Herbert nun Gute Nacht wünschte und sich empfahl, fing der Reichskanzler an, seinem Finanzkollegen über die Frage der Tabakbesteuerung zu sprechen. Da Bismarck jedoch die Vorarbeiten hierüber noch nicht vollständig gelesen hatte, so brach er die Unterhaltung ab und schlug eine Besprechung der zollpolitischen Fragen im allgemeinen vor. Es war 2 Uhr nachts vorüber, der Kanzler war aber immer noch völlig frisch. Hobrecht dagegen befand sich nach der langen Bahnfahrt und allen sonstigen Anstrengungen des Tages, am Ende seiner Kraft und bat, das Bett aufsuchen zu dürfen. Es zeigte sich nun, daß schon alles im Hause schlief, und Bismarck geleitete daher den Gast selbst in dessen Schlafzimmer und setzte, als dieser sein Licht auf den Tisch gestellt hatte, die begonnene Unterredung fort. Hobrecht entkleidete sich dabei — und entdeckte nun, daß das Bett, auf dem er saß, gar nicht zum

*) Bei Kohl, Regesten II, 172 mit falschem Datum. Der Besuch sehr eingehend geschildert bei Poschinger, Interviews S. 103/07.

Schlafen aufgemacht war. Ebensowenig das zweite im Zimmer stehende Bett. Nun dröhnte Bismarcks Stimme durch das stille Haus, bis dem Mangel abgeholfen war, und dann durfte Hobrecht endlich schlafen.

In Begleitung der Seinigen kehrte Bismarck am 5. Februar 1879 nach Berlin zurück, um hier seine großen wirtschaftlichen Reformen vor dem Reichstag zu vertreten. Hier aber war ihm ein herber Schlag beschieden: am 23. Februar starb in Berlin der treue, alte Freund Roon. Und Bismarck, der gerade damals infolge einer Erkältung an Gesichtsanschwellung litt, konnte zu seinem schmerzlichen Bedauern dem Treuen nicht einmal die letzte Ehre persönlich erweisen. Bald darauf, am 8. März, feierte der dritte der großen Paladine des Reiches, Generalfeldmarschall Moltke, sein 60jähriges Dienstjubiläum und erhielt von Bismarck ein warmes Glückwunschschreiben.

Seinen 64. Geburtstag feierte der Fürst am 1. April in voller Frische. Mehrere Musikkorps brachten Morgenmusiken dar. Der Großherzog von Baden, die Minister, die Diplomaten, die Mitglieder des Bundesrates, mehrere Reichstagsabgeordnete, Moltke und Manteuffel u. s. w. erschienen zur Gratulation. Der Kaiser und die Kaiserin schrieben, der Kronprinz telegraphierte aus Wiesbaden, der König Ludwig von Bayern aus München. Das Schreiben des Kaisers, dem eine Nachbildung des Kurfürstendenkmals beigefügt war, lautete:*) „Leider kann ich Ihnen meine Wünsche zum heutigen Tage nicht persönlich mündlich darbringen, da ich heute zum ersten Male zwar ausfahren soll, aber noch keine Treppen steigen darf. Vor allem wünsche ich Ihnen Gesundheit, denn von der hängt ja alle Thätigkeit ab und diese entwickeln Sie jetzt mehr als seit langer Zeit, ein Beweis, daß Thätigkeit auch gesund erhält. Möge es zum Wohle des Vaterlandes deswegen nur weiter so fortgehen! Ich benutze den Tag, um Ihren Schwiegersohn, den Graf Rantzau, hiermit zum Legationsrat zu ernennen, da

*) Kohl, Bismarck-Jahrbuch, I, 141.

ich glaube, Ihnen damit eine Freude zu machen. Auch sende ich Ihnen die Kopie meines großen Ahnherrn, des Großen Kurfürsten, wie er auf der langen Brücke steht, zum Andenken an den heutigen Tag, der noch recht oft für Sie und uns wiederkehren möge. Ihr dankbarer Wilhelm." Bismarck dankte dem gütigen Monarchen noch am Nachmittage persönlich.

Am nämlichen Tage wurde auch das von dem Kommerzienrat Andreä gestiftete, von Schaper und Gladenbeck geschaffene Bismarck-Denkmal auf dem Augustinerplatze in Köln enthüllt. Anton v. Werner schenkte dem Reichskanzler das von ihm gemalte Bild Moltkes und erhielt dafür am 7. April Bismarcks Dank: „Es wird mich stets in gleicher Weise an den Künstler und an den Feldherrn erinnern." Dem Oberbürgermeister Becker von Köln dankte Bismarck Mitte April für die Anzeige von der Enthüllung seines Denkmals. „Es ist mir ein erhebendes Bewußtsein, in der altberühmten Stadt, der ich schon durch die Ehre des Bürgerrechts angehöre, wenigstens im Bilde eine feste Stellung gewonnen zu haben, und ich betrachte es als ein günstiges Wahrzeichen, daß dies bei heiterem Wetter geschehen ist." Die „Getreuen in Jever" sandten am 11. April die üblichen 101 Kiebitzeier dem Fürsten als nachträgliches Geburtstagsgeschenk ein mit den Versen:

By all den Striet um Stür un Toll
Hollt wie't doch mit datt Monopoll:
De Kiewitseier, Hundert und Een,
Blievt för „Dörchläuchting" ganz alleen.

Am 17. April verabschiedete sich der Reichskanzler beim Kaiser vor dessen Abreise nach Wiesbaden. Nach Beendigung der dortigen Kur und der Rückkehr nach Berlin, erwies Kaiser Wilhelm dem Fürsten Bismarck die Ehre, zugleich mit dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin am 26. Mai 1879 im Reichskanzlerpalais zu speisen. Bei diesem Besuche betrat der Kaiser und dessen fürstlicher Begleiter zum ersten Mal die glänzenden Festräume des neuen Palais Radziwill und verweilte nach dem Diner noch in freundlicher Unterhaltung mit den Anwesenden bis halb acht Uhr abends. Bei dieser

Gelegenheit erbat und erhielt der Reichskanzler auch einen mehrmonatlichen Urlaub von seinen Dienstpflichten. Am 29. Mai begab sich Bismarck auf wenige Tage nach Varzin, kehrte aber schon am 9. Juni nach Berlin zurück, um am 11. an der Feier der goldenen Hochzeit des Kaiserpaares teilzunehmen.

Am 1. Juli gab Fürst Bismarck zu Ehren des amerikanischen Gesandten in Berlin, White, ein Diner, und einige Tage später führte dieser den pennsylvanischen Silberagitator Mr. Kelley dem Reichskanzler zu. Aus dem langen Gespräch,*) welches der Silbermann über seine Lieblingsangelegenheit mit Bismarck führte und veröffentlichte, interessieren uns jedoch weniger die bimetallistischen Schwärmereien, die Mr. Kelley dem deutschen Kanzler in den Mund legt und die mit Bismarcks amtlichen Reden nicht allenthalben vereinbar sind, als einige andere mehr persönliche Bemerkungen Bismarcks. So sagte dieser: daß er nicht mehr so kräftig sei, wie früher und nur fünf Stunden täglich an seinem Pult arbeiten könne, obgleich dies eigentlich 16 Stunden nötig sei. Seine Gewohnheit, bis weit in die Morgenstunde hinein zu arbeiten, und an wichtige Fragen zu denken, habe es ihm unmöglich gemacht, in den ruhigen Stunden der Nacht des Schlafes zu pflegen. „Die Stille nach Mitternacht“, fuhr er fort, „ist schrecklich, sie weckt alle bösen Geister meines Gemüts und läßt mich ein Opfer meiner Phantasie werden, denen zu entgehen ich aufstehen und lesen oder schreiben muß. Bei vielen derartigen Gelegenheiten habe ich Debatten im voraus gedacht, die Gegner sprechen lassen und meine Erwiderung gegeben, auch bin ich aus Furcht, meine anscheinend so effektvollen Gedanken und Worte zu vergessen, aufgestanden und habe dieselben sorgfältig zu Papier gebracht. Nie habe ich dieselben jedoch für brauchbar gefunden; sie waren stets zu subtil, um unter praktischen Leuten verwendbar zu sein und Papier und Tinte, die sich stets an der Seite meines Bettes befinden, waren nutzlos verschwendet. Wenn der erste Lärm des Tages sich bemerkbar macht, fange ich an zu

*) v. Unger, Unterredungen mit Bismarck, Bd. I, S. 209/17.

schlafen. Auf dem Lande würde ich wohl gar nicht schlafen, wenn nicht die großen Güterzüge mit drei Maschinen und mehr als hundert Wagen sich auf der circa dreihundert Schritte von meiner Wohnung (in Friedrichsruh) entfernten Bahn begegneten; durch den Lärm beruhigt, schlafe ich ein."

Dann kam er auf seine Zollpolitik, namentlich auf die Notwendigkeit der Getreidezölle zu sprechen, indem er in höchst interessanter Weise schilderte, welche weiten Strecken in Ungarn und Rußland von Leuten bebaut werden, welche weder Eigentümer noch Pächter des betr. Bodens sind und daher weder Steuern zu zahlen, noch für Zinsen zu sorgen haben. Ihre Viehherden streifen auf diesen weiten Gebieten, und in der passenden Jahreszeit holen sie Pferd und Pflug heran, um die außer dem Bereich der Weideplätze liegenden Ländereien zur Aufnahme der Saat vorzubereiten. Diese Dienstleistungen werden mit Vieh bezahlt, und wenn das Getreide reif ist, kommen dieselben Pferde zum Mähen und Dreschen und ihre Eigentümer erhalten einen Prozentsatz von der Ernte. Das Säen und Ernten von 300 Kilo Weizen kostet auf diese Weise nicht so viel, wie der deutsche Bauer für das Land, welches dieselbe Menge Getreide liefert, Steuern zu zahlen hat, und die Erfahrung einiger Jahre hat uns gelehrt, daß Deutschland unbedingt der Schutzzölle bedarf, um es vor einer derartig ungleichen Konkurrenz zu sichern."

„Die Verachtung, welche ihn über die Anmaßung derjenigen erfüllt, welche die Lehren der britischen Schule (der Manchestertheorie) als unanfechtbar darstellen, ist groß," berichtet Kelley weiter. Er bezeichnete sie als Doktrinäre und Stubengelehrte und sagte: „Doktoren, Geistliche und Advokaten, von denen jedoch wenige etwas von den Details der Staatsgeschäfte verstehen, sind meistens auf jener Seite und werden von jenen geleitet, welche nichts weiter von der Sache wissen, als was sie aus Büchern gelernt haben, in welchen unbrauchbarer Unsinn in plausible Form gebracht ist. Ich habe, sagte er, viel Ärger mit Dummköpfen gehabt, welche auf zwecklose Fragen unmögliche Antworten verlangten und, wie das französische Sprichwort sagt: ‚Um zwei Uhr den Mittag suchen'."

Am 16. Juli reiste Bismarck wieder mit Gemahlin nach Kissingen, um hier auch in diesem Jahre die ihm so wohlthätige Kur zu gebrauchen. Hier erhielt er die Kunde, daß die Stadt Essen ihm am 25. Juli das Ehrenbürgerrecht verliehen habe, vornehmlich „in dankbarer Anerkennung der einsichtsvollen und rastlosen Thätigkeit, sowie der mannhaften Entschlossenheit, mit welcher der Herr Reichskanzler die seinen Bestrebungen und seiner auf den Schutz der nationalen Arbeit abzielenden Wirtschaftspolitik entgegengesetzten Schwierigkeiten zu einer glücklichen Lösung zu bringen gewußt hat, in der zuversichtlichen Hoffnung, daß auf der mit dem Zolltarifgesetz vom 15. Juli 1879 geschaffenen Grundlage, wie im deutschen Vaterlande überhaupt, so vorzugsweise auch in den heimischen Gauen Industrie, Handel und Gewerbe zu immer neuer Blüte erstarken und zu immer reicherer Entwickelung gedeihen werden.“ Fürst Bismarck dankte aus Kissingen am 1. August in folgenden Worten*): „Diese Anerkennung, welche meine Reformbestrebungen auf wirtschaftlichem Gebiete von einer für letzteres so bedeutsamen Gemeinde wie Essen erfährt, befestigt mich in der Überzeugung, daß die von mir vertretene Politik der verbündeten Regierungen in dem deutschen Bürgerstande auch der größeren Städte dieselbe Zustimmung, wie bei der Mehrzahl der Gesamtbevölkerung des Reichs findet. Ich hoffe zuversichtlich, daß die Gesetzgebung, welche sich den Schutz deutscher Arbeit und die Verminderung der direkten Steuern zur Aufgabe gestellt hat, in den weiteren parlamentarischen Kämpfen gegen die ohne Zweifel bevorstehenden Angriffe von seiten der Mehrheit der Volksvertretung wirksam verteidigt werden wird.“

Wie wenig übrigens Bismarcks persönliches Verhältnis zu Delbrück durch die wirtschaftlichen Meinungsverschiedenheiten beider Männer gelitten hatte, zeigte sich nicht bloß auf jeder parlamentarischen Soiree des Reichskanzlers, sondern auch jetzt in Kissingen, wo Bismarck den alten verdienten Mitkämpfer am 30. Juli zu Tische lud.

---

*) Poschinger, Neue Bismarckbriefe, II, 168/69.

Am 19. August trat der Fürst über München wiederum die seit mehreren Jahren bewährte zweite Badereise nach Gastein an. Wir erinnern uns aber, wie sehr in diesem Jahr die Kur unter den diplomatischen Geschäften litt: nicht nur die Verhandlungen mit dem Nuntius Jacobini fielen in den Gasteiner Aufenthalt, sondern einen noch größeren Anteil an den Störungen hatte, wie ebenfalls früher berichtet, die russische Unfreundlichkeit, welche zunächst zur Kaiserzusammenkunft von Ostrowo, dann aber zum Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses in Wien nötigte. Am 25. September kehrte der Reichskanzler nach Berlin zurück.

Am 1. Oktober, als der neue Verfassungszustand in den Reichslanden unter Manteuffels Statthalterschaft in Kraft trat, wurde Graf Wilhelm v. Bismarck, der seither Hilfsarbeiter im Bureau seines Vaters gewesen, zum Hilfsarbeiter bei dem Statthalter Feldmarschall von Manteuffel in Straßburg ernannt. Ein anderer treuer Mitarbeiter Bismarcks, der Staatssekretär v. Bülow, hatte inzwischen seine ungewöhnliche Arbeitskraft im Dienste des Reiches verbraucht und lag auf dem Krankenlager, von dem er sich nicht mehr erheben sollte. Bismarck besuchte ihn in Begleitung der Fürstin am 6. Oktober in Potsdam und sprach ihm herzlich Mut und Trost zu. Wenige Wochen später, am 20. Oktober, starb Bülow. In Vertretung des Fürsten Bismarck, der am 9. Oktober nach Varzin gegangen war, erschien Graf Herbert bei der Trauerfeierlichkeit, reiste dann aber am 28. Oktober gleichfalls nach Varzin, um den Dienst beim Vater zu übernehmen, den außerdem in diesem Winter der als Gast in Varzin anwesende Geheime Legationsrat v. Holstein versah. Der Fürst selbst litt von Ende Oktober an dauernd an heftigen neuralgischen Schmerzen, so daß Geheimrat Dr. Struck aus Berlin Ende Oktober sowie Anfang Dezember mehrere Tage in Varzin verweilte. Wegen dieses Leidens konnte Bismarck auch sein dem Landratsamtsverweser Grafen Königsdorff „als Nachbar" gegebenes Versprechen, auf dem Rummelsburger Kreistag zu erscheinen, nicht einlösen. Als die Nachricht von dieser neuen Erkrankung durch die Presse ging, liefen hunderte von freundlichen

Ratschlägen und ärztlichen Mitteln aus Deutschland und England für den leidenden Kanzler in Varzin ein, so daß dieser am 25. November in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung öffentlich dafür dankte.

Inzwischen wurde ein freudiges Ereignis mit Spannung erwartet. Am 11. November war die Fürstin zum Besuch ihrer Tochter, der Gräfin Rantzau, nach Berlin gereist. Am 26. abends 11 Uhr erfolgte die Geburt des ersten Enkels Otto (Joh. Heinr. Herbert Wilh. Kuno) v. Rantzau in Berlin. Der alte treue Dr. Gustav Schwetschke in Halle begrüßte bei der Nachricht den Fürsten mit folgenden hübschen Versen:

Ave Ave!*)

Ein doppelt Ave dir! eins kommt von aveo,
Von avus kommt das andre froh;
Zum Tage, wo solch Frohes dir geschah,
Ruf ich auch deutsch: Heil dir, o Großpapa!

Noch ohne Ahnung von dem freudigen Ereignis, hatte Bismarck am nämlichen Tage einem unbekannten Adressaten interessante Mitteilungen über seine Vorfahren und die verschiedenen Teilungen des Schönhauser Besitzes gemacht. „Der Landtrat der alten Mark August v. Bismarck — der das Haus in unserem Schönhausen wieder aufbaute und über die Thür sein und das Wappen seiner Frau, geborenen v. Katte, anbrachte, die noch dort zu sehen sind — hatte vier Söhne und teilte unter diesen seinen Besitz: Unser Vorfahr, der bei Czaslau gefallene Oberst A. F. v. B., bekam die pommerschen Güter (Kniephof), ein anderer Ünglingen, und zwischen den beiden übrigen Söhnen wurde Schönhausen geteilt. Bis 1730 war nur ein Gut in Schönhausen. — Von den Söhnen des Landrats Augustus, die unsern Anteil von Schönhausen u. Ünglingen erhalten hatten, ist keine Nachkommenschaft geblieben, denn beides fiel im Erbgange an meinen Großvater, der der rechte Neffe jener Vorbesitzer war. Der Oberst A. F. v. B. hatte vier Söhne. Von diesen erbte mein Großvater nach seines Onkels Tode zuerst Üng-

*) Ave (Heil dir, von aveo) und ave (o Großvater, Vokativ von avus).

lingen. Der älteste Bruder meines Großvaters hatte die pommerschen Güter, aber nur einen Sohn, der kinderlos starb, so daß diese Güter bereits an meinen Vater zurückfielen. Ein anderer Bruder meines Großvaters hatte unseren Schönhausener Anteil nach dem kinderlosen Abgang des anderen Onkels geerbt, wie ich das oben schon gesagt. Dieser hatte zwei Söhne, welche als Kinder an den Pocken starben, deshalb ging dies Schönhausen (unser jetziges) nach seinem Tode auch an meinen Großvater, jedoch mit der Maßgabe, daß es zwischen Letzterem und der anderen Schönhauser Linie geteilt wurde; auf diese Weise ist unser Schönhauser Anteil nur 1/4 geblieben, der andere 3/4 geworden (durch die nochmalige Teilung)."

Wichtige Besuche füllten die erste Hälfte Dezember an. Denn nach einander fand sich der deutsche Botschafter in Konstantinopel Graf Hatzfeldt, der russische Botschafter in Berlin, Graf Peter Schuwaloff, und der englische Botschafter am russischen Hofe, Lord Dufferin, in Varzin ein. Am 25. Dezember aber erschien zum Weihnachtsfeste im Elternhause Graf Wilhelm aus Straßburg.

Da war es nun still und heimelig in dem trauten Varzin. Unter funkelnder Schneelast seufzten die starken Bäume der Wälder und an heiteren Tagen leuchtete aus der Ferne das tiefe Blau der Ostsee bis zu den Höhen, zu denen der wandernde Schritt des Besitzers dieser friedlichen Waldherrlichkeit emporstrebte. Doch viel weiter, als zu dem leuchtenden Spiegel der Ostsee drang sein Blick. Die Weltenuhr, die sonst in dem Varziner Herrenhause da drunten nimmer stillstand, mochte in diesen Festtagen rasten. Aber in diesem Herzen schlug sie rastlos fort, Stunde um Stunde. In starre Fesseln war alles Leben der Natur geschlagen. Keine Frühlingsahnung wagte sich hervor unter Schnee und Eis und dem scharfen, bitteren Nordostwind. So war es einst im ganzen deutschen Vaterlande gewesen, viele Jahre lang: Alles erstarrt, jede Frühlingshoffnung erstorben. Wer aber hatte das Eis gebrochen und alles wieder ergrünen lassen, daß sich von Millionen befreiter und beglückter deutscher Herzen der Druck löste und der Jubelruf zum Himmel drang: „Es ist Frühling geworden in Deutschland?" Nur Einer